Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0057/2017/HET/BV

Fachbereich:	Zentrale Dienste	Datum:	02.06.2017
Bearbeiter:	Maren Bornholdt	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Umbesetzung im Finanzausschuss

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:
Mit Schreiben vom 01.06.2017 ging der Antrag der FW-Fraktion auf Umbesetzung im Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen ein.

Im Finanzausschuss scheidet Michael Rahn-Wolff als GV-Mitglied aus. Neues bürgerliches Mitglied im Finanzausschuss wird Ines Bitow.
Weiterhin soll Frau Bitow das frei werdende Amt der stv. Ausschussvorsitzenden übernehmen.

Finanzierung:
-entfällt-

Fördermittel durch Dritte:
-entfällt-

Beschlussvorschlag:
Die Gemeindevertretung beschließt die Umbesetzung im Finanzausschuss laut Antrag der FW-Fraktion.

_____
Riekhof

Anlagen:
Antrag der FW auf Umbesetzung im Finanzausschuss

FW Freie Wahlgemeinschaft Hetlingen

Antrag an Sitzung der Gemeindevertretung am 22. Juni 2017

Die Freie Wahlgemeinschaft bittet darum, den Tagesordnungspunkt:
Umbesetzung von Ausschüssen auf die Tagesordnung zu nehmen.

Im **Finanzausschuss**

scheidet Michael Rahn-Wolff als GV-Mitglied aus. Als neues bürgerliches Mitglied benennen wir Ines Bitow, Hauptstraße 25.

Wir schlagen außerdem vor, dass Ines Bitow das frei werdende Amt der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden übernimmt.

Wir bitten um Zustimmung

Hetlingen am 1. Juni 2017

gez. Ralf Hübner
stellv. Fraktionsvorsitzender

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0026/2017/HET/BV

Fachbereich:	Finanzen	Datum:	09.03.2017
Bearbeiter:	Horst Tronnier	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen	01.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Erlass einer Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer

Sachverhalt:

Nachdem das Gemeindeprüfungsamt des Kreises Pinneberg im Rahmen der Prüfung einer Antragstellung der Gemeinde Hetlingen auf Gewährung einer Fehlbetragszuweisung in seiner Stellungnahme auf die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer hingewiesen hatte, hat sich der Finanzausschuss in seinen Sitzungen am 22.9.2016 und 23.2.2017 intensiv mit der Angelegenheit befasst. In der Sitzung am 23.02.2017 hat der Ausschuss empfohlen, eine Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer zum 01.07.2017 zu erlassen. Dem Ausschuss wird verwaltungsseitig nun der Entwurf einer entsprechenden Satzung zur Beratung und Beschlussempfehlung an die Gemeindevertretung vorgelegt. Eine Inkraftsetzung zum 01.07.2017 ist unter Wahrung der Bekanntmachungsfristen allerdings nicht möglich, weil die Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung frühestens am Tage der für den 22. Juni geplanten Sitzung möglich ist und Bekanntmachungen laut Hauptsatzung durch 14-tägigen Aushang erfolgen. Die Bekanntmachung ist dabei erst mit Ablauf des letzten Tages des Aushanges bewirkt. In dem vorgelegten Satzungsentwurf ist daher das Inkrafttreten am Tage nach der Bekanntmachung vorgesehen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Satzungsentwurf wurde verwaltungsseitig auf der Basis von Satzungen anderer Kommunen aus der Region erstellt. Der in dem Entwurf vorgeschlagene Steuersatz gemäß § 6 in Höhe von 12 % entspricht den Hinweisen des Landes zur Beschränkung der Aufwendungen und Ausschöpfung der Erträge und im Übrigen einem vielfach in anderen Gemeinden festgesetzten Steuersatz.

Fördermittel durch Dritte:
Entfällt

Beschlussvorschlag:
Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, eine Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer entsprechend dem vorliegenden Entwurf zu beschließen.

Die Gemeindevertretung beschließt den Erlass einer Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer gemäß dem vorliegenden Entwurf.

_____
Monika Riekhof

Anlagen:
Entwurf einer Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer

Satzung

der Gemeinde Hetlingen über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Zweitwohnungssteuersatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57) in der zurzeit geltenden Fassung, sowie der §§ 1, 2, 3 und 18 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG)in der Fassung vom 10.01.2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 27) in der zurzeit geltenden Fassung und des § 11 Absatz 1 Nr. 2 des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Informationen (Landesdatenschutzgesetz – LDSG) in der Fassung vom 09.02.2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 169) in der zurzeit geltenden Fassung, wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 22.06.2017 folgende Satzung erlassen:

§ 1

Allgemeines

Die Gemeinde Hetlingen erhebt als örtliche Aufwandsteuer eine Zweitwohnungssteuer.

§ 2

Steuergegenstand

(1) Gegenstand der Steuer ist das Innehaben einer Zweitwohnung im Gemeindegebiet.

(2) Eine Zweitwohnung ist jede Wohnung, über die jemand neben seiner Hauptwohnung zu Zwecken der persönlichen Lebensführung oder seiner Familienmitglieder oder Angehörigen verfügen kann, unabhängig davon, ob den Meldepflichten nach dem Landesmeldegesetz nachgekommen wurde.

(3) Wohnung im Sinne dieser Satzung ist jeder umschlossene Raum, der zum Wohnen oder Schlafen bestimmt ist und zu dem eine Kochgelegenheit sowie sanitäre Einrichtungen mit Waschgelegenheit gehören.

(4) Eine Wohnung verliert die Eigenschaft einer Zweitwohnung nicht dadurch, dass sie vorübergehend anders oder nicht genutzt wird.

(5) Nutzen mehrere Personen gemeinschaftlich eine Wohnung, so gilt als Zweitwohnung der auf diejenigen Personen entfallende Wohnungsanteil. Für die Berechnung des Wohnungsanteils ist die Fläche der gemeinschaftlich genutzten Räume den an der Gemeinschaft beteiligten Personen zu gleichen Teilen zuzurechnen. Dem Anteil an der Fläche der gemeinschaftlich genutzten Räume ist die Fläche der von dem Nutzungsberechtigten allein genutzten Räume hinzuzurechnen.

(6) Keine Zweitwohnung im Sinne dieser Satzung sind Wohnungen, die eine verheiratete Person, die nicht dauernd getrennt von seinem Ehepartner lebt, aus beruflichen Gründen unterhält, wenn sie diese Wohnung tatsächlich überwiegend nutzt und lediglich aufgrund besonderer melderechtlicher Vorschriften gehindert ist, diese Wohnung der tatsächlichen überwiegenden Nutzung entsprechend als Hauptwohnung anzumelden. Gleiches gilt für eingetragene Lebenspartnerschaft.

§ 3

Steuerpflichtiger

(1) Steuerpflichtiger ist, wer im Gemeindegebiet eine Zweitwohnung im Sinne des § 2 innehat.

(2) Haben mehrere Personen gemeinschaftlich eine Zweitwohnung inne, so sind sie Gesamtschuldner.

§ 4

Befreiungen

Von der Steuerpflicht befreit sind Personen, deren Zweitwohnung

a) von freien Trägern der Wohlfahrtspflege aus therapeutischen Gründen entgeltlich oder unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird,
b) von freien Trägern der Wohlfahrtspflege zur Pflege entgeltlich oder unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird oder
c) von freien Trägern der öffentlichen Jugendhilfe zu Erziehungszwecken entgeltlich oder unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.

§ 5

Steuermaßstab

(1) Die Steuer bemisst sich nach dem Jahresmietwert der Zweitwohnung.

(2) Als Jahresmietwert gilt die Jahresrohmiete. Die Vorschriften des § 79 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes vom 01.02.1991 (BGBl. I S. 230) in der zurzeit geltenden Fassung, finden mit der Maßgabe Anwendung, dass die Jahresrohmieten, die gemäß Art. 2 des Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 13.08.1965 (BGBl. I S. 851) vom Finanzamt auf den Hauptfeststellungszeitpunkt 01.01.1964 festgestellt wurden, jeweils für das Erhebungsjahr auf den September des Vorjahres hochgerechnet werden.

Diese Hochrechnung erfolgt bis Januar 1995 entsprechend der Steigerung der Wohnungsmieten nach dem Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet, der vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht wird.

Ab Januar 1995 erfolgt die Hochrechnung entsprechend der Steigerung der Wohnungsmieten (Nettokaltmiete) nach dem Verbraucherpreisindex für Deutschland im gesamten Bundesgebiet, der vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht wird.

(3) Ist eine Jahresrohmiete nicht zu ermitteln, so tritt an die Stelle des Jahresmietwertes nach Abs. 2 die übliche Miete pro Jahr im Sinne des § 79 Abs. 2 Satz 2 des Bewertungsgesetzes.

(4) Ist die übliche Miete nicht zu ermitteln, so treten an deren Stelle sechs v.H. des gemeinen Wertes der Wohnung. Die Vorschrift des § 9 des Bewertungsgesetzes findet entsprechende Anwendung.

§ 6

Steuersatz

Die Steuer beträgt 12 v.H. des Jahresrohmietwertes. Bei der Steuerfestsetzung werden die Beträge auf volle Euro nach unten abgerundet.

§ 7

Entstehung der Steuerpflicht und der Fälligkeit der Steuerschuld

(1) Die Steuerpflicht entsteht mit dem 1. des Folgemonats, von dem ab eine Zweitwohnung innegehabt wird, für die folgenden Jahre jeweils am 01. Januar eines Kalenderjahres. Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Monats, in dem der Steuerpflichtige die Wohnung aufgibt.

(2) Die Steuer wird als Jahressteuer festgesetzt. Steuerjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Die Jahressteuer ist in vierteljährlichen Teilbeträgen zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November jeden Jahres vorauszuzahlen. Für die Vergangenheit nachzuzahlende Steuerbeträge werden innerhalb eines Monats, Erstattungsbeträge mit Bekanntgabe des Steuerbescheides fällig. Beträge bis 15,00 Euro Jahressteuer sind abweichend von Satz 1 zum 01. Juli des Steuerjahres in einer Summe zu zahlen.

§ 8

Anzeige-, Auskunfts- und Mitwirkungspflichten/Steuererklärung

(1) Das Innehaben einer Zweitwohnung und deren Aufgabe im Gemeindegebiet sind innerhalb einer Woche nach Bezug bzw. Aufgabe der Wohnung oder Änderung der tatsächlichen Verhältnisse anzuzeigen.

(2) Der Inhaber einer Zweitwohnung ist zur Abgabe einer Steuererklärung innerhalb eines Monats nach Aufforderung verpflichtet. Zur Abgabe einer Steuererklärung ist auch verpflichtet, wer hierzu vom Amt Geest und Marsch Südholstein aufgefordert wird.

(3) Die zu erstellende Steuererklärung ist nach dem amtlich vorgeschriebenen Vordruck abzugeben. Sie ist eigenhändig zu unterschreiben.

(4) Die Angaben sind durch geeignete Unterlagen nachzuweisen, insbesondere durch Mietverträge bzw. Mietänderungsverträge. Das Amt Geest und Marsch Südholstein kann weitere geeignete Nachweise (z.B. für einen Befreiungstatbestand) anfordern.

(5) Die Mitwirkungspflichten der Steuerpflichtigen und die Auskunftspflichten der Steuerpflichtigen und Dritter, insbesondere derjenigen, die dem Steuerpflichtigen die Wohnung überlassen oder ihm die Mitbenutzung gestatten – z.B. Vermieter, Grundstücks- oder Wohnungseigentümer oder Verwalter nach dem Wohneigentumsgesetz in der jeweils geltenden Fassung – ergeben sich aus § 11 KAG i.V. mit §§ 90, 93 Abgabenordnung (AO).

§ 9

Datenerhebung und -verarbeitung

(1) Zur Ermittlung der Steuerpflichtigen und zur Festsetzung der Zweitwohnungssteuer im Rahmen dieser Satzung ist die Erhebung der in Satz 2 genannten Daten gem. § 13 Abs. 1 i. V. mit § 13 Abs. 3 Nr. 1 des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Informationen (Landesdatenschutzgesetz – LDSG) durch das Amt Geest und Marsch Südholstein zulässig.

Personenbezogene Daten werden erhoben über

a) Name
b) Vorname
c) Geburtsdatum
d) Familienstatus
e) Anschrift des Hauptwohnsitzes
f) Anschrift des Nebenwohnsitzes

Wird eine Person in der Gemeinde Hetlingen mit Zweit- oder Nebenwohnsitz melderechtlich erfasst, so übermittelt die Meldebehörde des Amtes Geest und Marsch Südholstein die für die Steuererhebung erforderlichen personenbezogenen Daten an die mit der Erhebung betraute Stelle. Diese Daten umfassen die Angaben zu Name, Vornamen, Geburtsdatum, Familienstatus, Hauptwohnsitzanschrift und Nebenwohnsitzanschrift in Hetlingen.

(2) Weitere für die Steuererhebung erforderliche Daten werden durch Mitteilung oder Übermittlung erhoben von:

a) den Bereichen Steuern und Amtskasse des Amtes Geest und Marsch Südholstein,
b) den Finanzbehörden des Landes, insbesondere der Bewertungsstelle,
c) dem Grundbuchamt,
d) dem Vorbesitzer, Eigentümer, Vermieter,
e) dem Fachbereich Bauen und Liegenschaften des Amtes Geest und Marsch Südholstein,
f) dem Liegenschaftskataster/Katasteramt.

Neben diesen Daten werden die für die Errechnung und Festsetzung der Steuer erforderlichen Daten erhoben.

(3) Der Einsatz von technikunterstützter Datenverarbeitung ist zulässig.

(4) Die Daten dürfen von der datenverarbeitenden Stelle zum Zwecke der Steuererhebung nach dieser Satzung in einer Datenbank gesammelt und weiterverarbeitet werden.

§ 10

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 18 Abs. 1 KAG handelt, wer als Steuerpflichtiger oder bei Wahrnehmung der Angelegenheit eines Steuerpflichtigen leichtfertig

1. über steuerrechtlich erhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder
2. die Gemeinde über steuerrechtlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt (leichtfertige Abgabenverkürzung).

Die Strafbestimmungen des § 16 KAG bei Vorsatz bleiben unberührt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 18 Abs. 2 KAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

1. den Anzeigepflichten nach § 8 Abs. 1 nicht nachkommt,
2. entgegen § 8 Abs. 2 seine Steuererklärung nicht abgibt bzw. nicht rechtzeitig abgibt,
3. entgegen § 8 Abs. 3 seine Steuererklärung nicht nach dem amtlichen Vordruck erstellt,
4. entgegen § 8 Abs. 3 seine Steuererklärung nicht eigenhändig unterschreibt,
5. die in § 8 Abs. 4 genannten Unterlagen nicht einreicht

und dadurch Steuern verkürzt oder nicht gerechtfertigte Steuervorteile für sich oder einen anderen erlangt.

(3) Gemäß § 18 Abs. 3 des KAG kann eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 mit einer Geldbuße bis zu zweitausendfünfhundert Euro, eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 2 mit einer Geldbuße bis zu fünfhundert Euro geahndet werden.

§ 11

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Hetlingen, den

Gemeinde Hetlingen

(Monika Riekhof)
Bürgermeisterin

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0027/2017/HET/BV

Fachbereich:	Finanzen	Datum:	09.03.2017
Bearbeiter:	Horst Tronnier	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen	01.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Änderung der Spielgerätesteuersatzung der Gemeinde Hetlingen

Sachverhalt:
Die Spielgerätesteuersatzung der Gemeinde Hetlingen wurde per Beschluss der Gemeindevertretung vom 07. März 2013 neu gefasst. Sie bedarf einer Änderung, als dass in den §§ 8 Absatz 1 und 10 Abs. 1 die Worte „die Gemeinde Hetlingen“ durch die Worte „das Amt Geest und Marsch Südholstein“ ersetzt werden müssen. Der Entwurf einer 1. Nachtragssatzung zur Satzung der Gemeinde Hetlingen über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten ist der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt. Ferner ist ein Auszug aus der Satzung mit vollständiger Darstellung der zitierten Paragraphen beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:
Das Amt tritt gemäß § 1 Abs. 1 der Amtsordnung (AO) als Träger von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung an die Stelle der amtsangehörigen Gemeinden. Nach § 4 AO ist das Amt Träger der ihm und den amtsangehörigen Gemeinden übertragenen Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung und darüber hinaus führt das Amt gemäß § 3 AO auch die gemeindlichen Beschlüsse in Selbstverwaltungsangelegenheiten durch. Insofern ist das Amt auch in Steuerangelegenheiten der amtsangehörigen Gemeinden zuständige Stelle und muss an entsprechender Position in der gemeindlichen Satzung erwähnt werden.

Fördermittel durch Dritte:
Entfällt

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die 1. Nachtragssatzung zur Satzung der Gemeinde Hetlingen über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten entsprechend dem vorliegenden Entwurf zu beschließen.

Die Gemeindevertretung beschließt den Erlass der 1. Nachtragssatzung zur Satzung der Gemeinde Hetlingen über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten gemäß dem vorliegenden Entwurf.

_____
Monika Riekhof

Anlagen:
Entwurf einer 1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten

Auszug aus der Spielgerätesteuersatzung der Gemeinde Hetlingen

1. Nachtragssatzung zur Satzung der Gemeinde Hetlingen über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Spielgerätesteuersatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H., Seite 57) in der zuletzt geltenden Fassung und der §§ 1 und 3 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) in der Fassung vom 10. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H., Seite 27) in der zuletzt geändert Fassung, wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 04.07.2017 folgende 1. Nachtragssatzung erlassen:

Artikel 1

§ 8 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

In Satz 1 werden die Worte „Die Gemeinde Hetlingen“ ersetzt durch die Worte „Das Amt Geest und Marsch Südholstein“.

§ 10 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

In Satz 1 werden die Worte „durch die Gemeinde Hetlingen“ ersetzt durch die Worte „durch das Amt Geest und Marsch Südholstein“.

Artikel 2

Diese Satzung tritt nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Hetlingen, den

Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin

(Monika Riekhof)

Auszug aus der Spielgerätesteuersatzung der Gemeinde Hetlingen

§ 8

Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften

(1) Die Gemeinde Hetlingen ist ohne vorherige Ankündigung berechtigt, zur Nachprüfung der Steueranmeldungen und zur Feststellung von Steuertatbeständen die Betriebs- und Abstellräume zu betreten und Geschäftsunterlagen einzusehen, die für das Erheben der Vergnügungssteuer nach dieser Satzung maßgeblich sind. Entsprechend sind die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(2) Auf Verlangen hat jederzeit eine Auslesung der Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit unter Beteiligung des zuständigen Amtes der Verwaltung der Gemeinde Hetlingen zu erfolgen. Die Zählwerksausdrucke sind entsprechend § 147 Abgabenordnung aufzubewahren.

(3) .Im Übrigen gelten für die Durchführung der Steueraufsicht und Prüfung die entsprechenden Bestimmungen des Landesverwaltungsgesetzes (LVwG) und der Abgabenordnung (AO).

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 Kommunalabgabengesetz (KAG) handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

a) der Pflicht zur Einreichung der Steueranmeldung nach § 6 und der angeforderten Zählwerksausdrucke
b) der Melde- und Anzeigepflicht nach § 7

zuwiderhandelt.

§ 10

Datenverarbeitung

(1) Zur Ermittlung der Steuerpflichtigen und zur Festsetzung der Vergnügungssteuer auf Spielgeräte im Rahmen dieser Satzung ist die Erhebung folgender personenbezogener Daten gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 13 Abs. 3 Nr. 1 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) durch die Gemeinde Hetlingen zulässig:

a) Name, Vorname(n)
b) Anschrift
c) Bankverbindung

d) Anzahl, Aufstellort, Aufstelldauer, Name und (Zulassungs-)Nummer der Spielgeräte, Spielhalle oder anderer Ort sowie die Gesamtanzahl aller Spiele und weiterer Angaben, die der Halter im Rahmen der Anmeldung machen muss und die sich aus den in § 4 Abs. 2 genannten Parametern ergeben.

(2) Personenbezogene Daten nach Abs. 1 werden erhoben durch Mitteilung bzw. Übermittlung

a) aus den Verfahren über die Ausstellung von Geeignetheitsbescheinigungen zur Aufstellung von Spielgeräten bei den Ordnungsämtern,
b) aus dem Einwohnermelderegister (§ 24 Abs. 7 i.V. mit § 24 Abs. 1 Landesmeldegesetz) und
c) in begründeten Einzelfällen nach besonderer gesetzlicher Regelung (z.B. Gewerbeordnung, Abgabenordnung, Bundeszentralregister).

(3) Die Daten dürfen von der datenverarbeitenden Stelle nur zum Zwecke der Steuererhebung nach dieser Satzung verarbeitet werden.

§ 11

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Gemeinde Hetlingen über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten vom 25.01.1990 außer Kraft.

Uetersen, den 08. März 2013

Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin

gez.
(Ostmeier)

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0033/2017/HET/BV

Fachbereich:	Finanzen	Datum:	13.04.2017
Bearbeiter:	Horst Tronnier	AZ:	912-13

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen	01.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen

Sachverhalt:

Gemäß § 5 der Haushaltssatzung der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2017 ist die Bürgermeisterin verpflichtet, der Gemeindevertretung mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßig Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.
Für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen bis zu einem Betrag von 1.000,-- € kann die Bürgermeisterin ihre Zustimmung nach § 95 d Gemeindeordnung erteilen. Die Genehmigung der Gemeindevertretung gilt in diesen Fällen als erteilt. Darüber hinaus können im Rahmen der Deckungsfähigkeit deckungsberechtigte Ansätze zu Lasten der deckungspflichtigen Ansätze erhöht werden. Eine Genehmigungspflicht ist auch hier solange nicht gegeben, wie der gesamte Deckungskreis nicht überschritten wird. Nur darüber hinausgehende über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen bedürfen der besonderen Genehmigung der Gemeindevertretung.
Dieser Beschlussvorlage ist eine Zusammenstellung aller über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Gemeinde Hetlingen als **Anlage 1** beigefügt. Ferner wird als **Anlage 2** eine Deckungskreisübersicht vorgelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Finanzausschuss und Gemeindevertretung werden um Kenntnisnahme gebeten. Sofern eine Genehmigungspflicht vorliegt, wird um Genehmigung der Haushaltsüberschreitung gebeten.

Finanzierung:

Die Deckung der Haushaltsüberschreitungen ist vorläufig durch Minderausgaben in anderen Bereichen bzw. Mehreinnahmen gewährleistet.

Fördermittel durch Dritte:
entfällt

Beschlussvorschlag:
Die gemäß der Beschlussvorlage beigefügten Zusammenstellung geleisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Gemeinde Hetlingen werden zur Kenntnis genommen. Der Finanzausschuss empfiehlt/Die Gemeindevertretung beschließt, die genehmigungspflichtigen Haushaltsüberschreitungen gemäß Zusammenstellung vom 04.05.2017 zu genehmigen.

_____
Monika Riekhof

Anlagen:
Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
Deckungskreisübersicht

Haushaltsüberschreitungen der Gemeinde Hetlingen Stand: 04.05.2017 **Anlage 1**
Haushaltsjahr 2017

Produkt: 12210 **Bürgerbüro**
Sachkonto: 5431300 **Geschäftsaufwendungen**

Haushaltssoll	Anordnungssoll	Aufträge	**Mehrbetrag**	Deckungs-kreis (DK)	Haushalts-mittel im DK	noch verfügbar im DK	**zu ge-nehmigen**	bereits genehmigt	**noch zu genehmigen**
- €	66,70 €	- €	**- 66,70 €**	nein	- €	- €	**- €**	- €	**- €**

Begründung: Abrechnung für electronic-cash-Terminal und Reisepasslesegerät (Anteil der Gemeinde Hetlingen)

Produkt: 21100 **Grundschule**
Sachkonto: 5441200 **Schülerunfallversicherung**

Haushaltssoll	Anordnungs-soll	Aufträge	**Mehrbetrag**	Deckungs-kreis (DK)	Haushalts-mittel im DK	noch verfügbar im DK	**zu ge-nehmigen**	bereits genehmigt	**noch zu genehmigen**
1.900,00 €	2.032,45 €	- €	**- 132,45 €**	9	39.300,00 €	36.056,78 €	**- €**	- €	**- €**

Begründung: Umlage 2017

Produkt: 36500 **Kindertagesstätten**
Sachkonto: 5318400 **Zuschuss Betrieb Kindertagesstätte**

Haushaltssoll	Anordnungs-soll	Aufträge	**Mehrbetrag**	Deckungs-kreis (DK)	Haushalts-mittel im DK	noch verfügbar im DK	**zu ge-nehmigen**	bereits genehmigt	**noch zu genehmigen**
351.700,00 €	351.750,00 €	- €	**- 50,00 €**	19	394.300,00 €	27.623,72 €	**- €**	- €	**- €**

Begründung: Zuschuss 2017

Produkt: 36600 **Einrichtungen der Jugendarbeit**
Sachkonto: 5211000 **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**

Haushaltssoll	Anordnungs-soll	Aufträge	**Mehrbetrag**	Deckungs-kreis (DK)	Haushalts-mittel im DK	noch verfügbar im DK	**zu ge-nehmigen**	bereits genehmigt	**noch zu genehmigen**
4.000,00 €	4.370,63 €	- €	**- 370,63 €**	nein	- €	- €	**- €**	- €	**- €**

Begründung: Unterhaltungsaufwand für den Spielplatz

Produkt: 41200 **Zuschüsse an soziale Einrichtungen**
Sachkonto: 5318400 **Kostenanteil Anlauf- und Vermittlungsstelle**

Haushaltssoll	Anordnungs-soll	Aufträge	**Mehrbetrag**	Deckungs-kreis (DK)	Haushalts-mittel im DK	noch verfügbar im DK	**zu ge-nehmigen**	bereits genehmigt	**noch zu genehmigen**
2.400,00 €	2.461,60 €	- €	**- 61,60 €**	20	4.200,00 €	- 2,40 €	**- €**	- €	**- €**

Begründung: Kostenanteil 2017

Produkt: 42400 **Sportanlagen**
Sachkonto: 5211000 **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**

Haushaltssoll	Anordnungs-soll	Aufträge	**Mehrbetrag**	Deckungs-kreis (DK)	Haushalts-mittel im DK	noch verfügbar im DK	**zu ge-nehmigen**	bereits genehmigt	**noch zu genehmigen**
- €	45,37 €	- €	**- 45,37 €**	nein	- €	- €	**- €**	- €	**- €**

Begründung: Einsatz Amtsbauhof auf Bolzplatz

Produkt: 51100 **Stadtplanung**
Sachkonto: 5431550 **Geschäftsaufwendungen - Bauleitplanung**

Haushaltssoll	Anordnungs-soll	Aufträge	**Mehrbetrag**	Deckungs-kreis (DK)	Haushalts-mittel im DK	noch verfügbar im DK	**zu ge-nehmigen**	bereits genehmigt	**noch zu genehmigen**
20.000,00 €	10.087,81 €	27.285,38 €	**- 17.373,19 €**	22	21.200,00 €	- 17.184,75 €	**17.184,75 €**	- €	**17.184,75 €**

Begründung: Bauleitverfahren

Produkt: 53500 **Konzessionsabgaben**
Sachkonto: 5911550 **Periodenfremde Aufwendungen**

Haushaltssoll	Anordnungs-soll	Aufträge	**Mehrbetrag**	Deckungs-kreis (DK)	Haushalts-mittel im DK	noch verfügbar im DK	**zu ge-nehmigen**	bereits genehmigt	**noch zu genehmigen**
- €	23.792,02 €	- €	**- 23.792,02 €**	nein	- €	- €	**23.792,02 €**	- €	**23.792,02 €**

Begründung: Abrechnung 2015

Produkt: 54100 **Neubau und Unterhaltung von Gemeindestraßen**
Sachkonto: 0891000 **Sammelposten für Vermögensgegenstände**

Haushaltssoll	Anordnungs-soll	Aufträge	**Mehrbetrag**	Deckungs-kreis (DK)	Haushalts-mittel im DK	noch verfügbar im DK	**zu ge-nehmigen**	bereits genehmigt	**noch zu genehmigen**
500,00 €	995,93 €	- €	**- 495,93 €**	nein	- €	- €	**- €**	- €	**- €**

Begründung: Verkehrsspiegel

Summen:	**- 42.387,89 €**	**40.976,77 €**	**- €**	**40.976,77 €**

Haushalts-, Kassen-, Rechnungswesen	Protokoll der Vorlaufdaten **Deckungskreisübersicht** *Summarische Zusammenfassung bewirtschafteter DK*
Auswertung erstellt am	**04.05.2017**
Auswertung erstellt durch	**Horst Tronnier**
Auswertung erstellt für HHJ	**2017**
Auswertungsparameter	
für Gemeinde(n) Von	**13 Hetlingen**
Bis	**13 Hetlingen**
Druck HHSt.-Bezeichnung	**Aktiviert**
Deckungskreis Von	**0000**
Bis	**9999**

Haushalts-, Kassen-, Rechnungswesen

Deckungskreisübersicht

Summarische Zusammenfassung bewirtschafteter Deckungskreise

erstellt am: **04.05.2017 / 09:37:59**
erstellt von: **Horst Tronnier**
erstellt für: **13 Hetlingen**
erstellt für HH-Jahr: **2017**

Deckungskreis Nr. Bezeichnung	Wirk. Einn.	Mittel im Deckungskreis				Bewirtschaftung im Deckungskreis		
		Haushaltsmittel	davon gesperrt	HH-Rest a. Vj.	ÜPL/APL	Sollübertr./ZvE.	bisher verfügt	noch verfügbar
0001 G-Gemeindeorgane		33.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13.129,68	20.370,32
0002 G-Interner Service		5.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	44,88	4.955,12
0003 G-Gebäudemanage		198.200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	138.932,64	59.267,36
0005 G-Statistik und		2.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.300,00
0006 G-Schiedsamt		600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	500,00
0007 G-Brandschutz		32.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.923,71	20.676,29
0009 G-Grundschule		39.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.243,22	36.056,78
0010 G-Schulkostenbeitr		210.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	210.000,00
0015 G-Heimat- und		500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	60,00	440,00
0018 G-Jugendarbeit		24.700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.306,08	21.393,92
0019 G-Tageseinrichtung		394.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	366.676,28	27.623,72
0020 G-Gesundheitseinri		4.200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.202,40	-2,40
0021 G-Sportstätten		3.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	394,84	3.005,16
0022 G-Stadtplanung		21.200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	38.384,75	-17.184,75
0025 G-Abwasserbeseitig		800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	800,00
0026 G-Gemeindestraßen		113.700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.394,07	77.305,93
0027 G-Straßenreinigung		10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	670,00	9.330,00
0032 G-Umlagen		745.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	714.656,78	30.943,22
Gesamt GKZ: 13 Hetlingen		**1.839.900,00 ***	**0,00 ***	**0,00 ***	**0,00 ***	**0,00 ***	**1.332.119,33 ***	**507.780,67 ***

*** *Ende der Liste* ***

Legende: alle währungsrelevanten Beträge in EUR
Wirk. Einn. (Wirkung Einnahmen): 1 - Verw. Mehreinn. f. Mehrausg., 2 - Ausgabebegr. bei Mindereinn., 3 - Kombination aus 1 und 2
Mittel aus Haushaltsresten a.Vj. werden im Deckungskreis - lt. Anwenderstammdaten - berücksichtigt.
Mittel aus üpl./apl. Bewilligungen werden im Deckungskreis - lt. Anwenderstammdaten - berücksichtigt.

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0044/2017/HET/BV

Fachbereich:	Soziales und Kultur	Datum:	09.05.2017
Bearbeiter:	Kerstin Seemann	AZ:	4/

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen	07.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

DRK-Kindertagesstätte Verlängerung der Regelöffnungszeit

Sachverhalt:

In der letzten Sitzung des Schul- und Sozialausschusses wurde empfohlen, die Regelöffnungszeit in der DRK-Kita Hetlingen für den Elementarbereich von 13 Uhr auf 14 Uhr zum 01.08.2017 zu verlängern.

Stellungnahme der Verwaltung:

Derzeit sind die Elementargruppen von 8 bis 13 Uhr geöffnet. Ein Frühdienst wird ab 7.30 Uhr und ein Spätdienst bis 16 Uhr angeboten.
Für das Kindergartenjahr 2017/2018 liegen derzeit 27 Anmeldungen für den Spätdienst –bis 14 Uhr- vor.

Finanzierung:

Für die Verlängerung der Regelöffnungszeit werden ca. 10,5 Personalstunden / Woche mehr benötigt. Dies bedeutet ca. 10.000 € Mehrkosten pro Jahr.

Für den Zeitraum vom 01.08.2017 – 31.12.2017 sind es ca. 4.200 € abzüglich der Landesförderung von ca. 700 €. Für diesen Zeitraum verbleiben noch 3.500 € als weiteres gemeindliches Defizit, dass über das Produkt 36500.5318400 im Rahmen der Jahresrechnung zu zahlen ist.

In diesem Jahr ist mit Mehreinnahmen noch nicht zu rechnen, da bereits jetzt rund 26 Kinder im Spätdienst betreut werden und diese Einnahmen einkalkuliert sind.
Nach Ablauf der Altverträge werden sich ca. 4.500 € Mehreinnahmen / pro Jahr ergeben, da die Regelbetreuung von 5 auf 6 Stunden erhöht wird. Neue Verträge wer-

den in Zukunft nur noch bis 14 Uhr abgeschlossen, so dass mit einer höheren Deckung der Ausgaben im nächsten Jahr gerechnet wird.

Fördermittel durch Dritte:
Das Land und der Kreis zahlen Zuschüsse für Personalkosten und den Betrieb.

Beschlussvorschlag:
Der Finanzausschuss / Die Gemeindevertretung stellt den Bedarf für die Erweiterung der Regelöffnungszeit für den Elementarbereich von 13 Uhr auf 14 Uhr zum 01.08.2017 fest. Die Mehrkosten werden im Rahmen des Defizitausgleiches übernommen.

_____
Riekhof
(Bürgermeisterin)

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0030/2017/HET/BV

Fachbereich:	Soziales und Kultur	Datum:	06.04.2017
Bearbeiter:	Kerstin Seemann	AZ:	4/

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Schul- und Sozialausschuss der Gemeinde Hetlingen	03.05.2017	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen	01.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Jahresrechnung 2016 DRK-Kita Hetlingen

Sachverhalt:

Der DRK-Kreisverband Pinneberg e.V. hat für das Jahr 2016 die Jahresrechnung für die Kindertagesstätte in Hetlingen vorgelegt (Anlage).

Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 523.001,27 € und die Gesamtausgaben auf 562.275,33 €, so dass sich ein Defizit von 39.274,06 € ergibt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zum August 2016 wurde eine Elementargruppe in eine Familiengruppe umgewandelt und eine Schuli-Gruppe neu eingerichtet. Hierdurch sind höhere Personalkosten sowie Zuschüsse des Landes entstanden, die zur Haushaltsplanung für das Jahr 2016 noch nicht bekannt waren. Ebenso haben sich durch diese Änderung die Kosten für die Lebensmittel sowie die entsprechenden Einnahmen erhöht.

Für die Ausstattung der neuen Gruppe sind Ausgaben von ca. 10.600 € entstanden. Diese Mehrausgaben wurden bereits in 2016 durch die gemeindlichen Gremien genehmigt.

Weiterhin sind durch krankheitsbedingte Langzeitvertretungen Mehrkosten im Bereich des pädagogischen Personals sowie des Reinigungspersonals entstanden.

Die durch die Gemeinde Hetlingen gezahlten Miet- und Nebenkosten in Höhe von 39.600 € wurden in der Jahresrechnung als Mieten, Pacht, Leasing und Schuldendienst Gemeinde dargestellt.

Für die Aufstellung und Einrichtung des Containers für die Schuli-Gruppe sind im Jahr 2016 beim Produkt 36500.5231000 Kosten in Höhe von 30.706,71 € angefallen. Die monatliche Miete beläuft sich auf 1.024,59 €.

Finanzierung:

Das Defizit von 39.274,06 € wird mit der dritten Rate für das Jahr 2017 überwiesen. Der Betrag ist im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanung bei Produktkonto 36500.5318400 einzuplanen.

Fördermittel durch Dritte:

Landeszuschuss U3: 43.000 €
Landeszuschuss Ü3: 35.000 €
Kreiszuschuss Betriebskosten. 1.792 €
Kreiszuschuss Sozialstaffel: 35.549,50 €

Beschlussvorschlag:

Der Schul- und Sozialausschuss / der Finanzausschuss empfiehlt / die Gemeindevertretung beschließt, die Jahresrechnung 2016 der DRK-Kindertagesstätte Hetlingen anzuerkennen. Das Defizit ist mit der 3. Rate anzuweisen. Die Mittel sind im Nachtrag einzuplanen.

_____
(Rahn-Wolff)
1. stellv. Bürgermeister

Anlagen:

Jahresrechnung 2016 DRK-Kita Hetlingen

Jahresrechnung 2016

TOP Ö 9.2

Kindertagestätte	**Hetlingen**	Interne Einrichtungs-nummer	**3800**

Einnahmen

		Ergebnis EUR	
	Elternbeiträge	114.877,50 €	
	Sozialstaffel Kreis Pinneberg	35.549,50 €	
	Sozialstaffel Hetlingen	354,00 €	
	Versicherungsschäden Einnahmen	381,85 €	
	Entgelte für Verpflegung	24.953,55 €	
	Betriebskostenzuschuss Kreis Pinneberg	1.792,00 €	
	Landeszuschuss für pädagogisches Personal U 3	43.000,00 €	
	Landeszuschuss für pädagogisches Personal Ü 3	35.000,00 €	
	Landeszuschuss für Integrationsmaßnahmen	7.175,72 €	
	Defizitzahlungen Kommune lfd. Jahr	209.600,00 €	
	Erstattung Schuldendiensthilfe	39.600,00 €	
	Sonstige Kostenerstattungen bzw. Zuschüsse	2.012,06 €	
	Fremdgemeindeausgleich	8.705,09 €	
	Gesamteinnahmen	**523.001,27 €**	- €

Ausgaben

	Personalkosten		
	Pädagogisches Personal	377.186,70 €	
	Sonstiges Personal	29.116,74 €	
	Sonstige Personalausgaben (inkl. FSJ = 8.773,64 €)	15.018,41 €	
	Fort- und Weiterbildung	3.083,53 €	
	Fachberatung	1.302,98 €	
	Personalkosten	**425.708,36 €**	- €
	Verwaltungskosten		
	Verwaltungskosten des Trägers	25.509,33 €	
	Sachkosten		
	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	6.731,26 €	
	Energiekosten (Heizung, Strom, Wasser, Abwasser)		
	Gebäudereinigungskosten	5.680,58 €	
	Sonstige Bewirtschaftungskosten		
	Wärmecontracting		
	Mieten und Pachten	39.600,00 €	
	Versicherungsschäden Ausgaben	381,85 €	
	Besondere Verwaltungs- u. Betriebsausgaben, geringwertiges Inventar	19.647,55 €	
	Geschäftsausgaben	2.622,37 €	
	Pädagogischer Sachbedarf / Veranstaltungen	4.307,19 €	
	Pflegerischer Sachbedarf		
	Hausapotheke		
	Verpflegungskosten	26.436,06 €	
	Integrationsmaßnahmen	5.650,78 €	
	Sprachförderungsmaßnahmen		
	Anerkannte Schuldendienstleistungen		
	Sonstige Ausgaben		
	Sachkosten	111.057,64 €	
	Gesamtausgaben	562.275,33 €	- €

UNGEDECKTE BETRIEBSKOSTEN

	Ungedeckte Betriebskosten (=Gesamtausgaben ./. Gesamteinnahmen)	39.274,06 €	- €

Datum, Unterschrift

18.4.2017

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0054/2017/HET/BV

Fachbereich:	Soziales und Kultur	Datum:	15.05.2017
Bearbeiter:	Kerstin Seemann	AZ:	4/

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen	07.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Änderung der Ermäßigung der Teilnahmebeiträge durch den Kreis Pinneberg, hier: Aufhebung der gemeindlichen Sozialstaffel

Sachverhalt:

Zum 01.08.2006 ist eine Kürzung der Sozialstaffel des Kreises Pinneberg in Kraft getreten. Um die Verschlechterung der Eltern durch den Kreis aufzufangen, hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Hetlingen damals beschlossen, eine gemeindliche Sozialstaffel einzurichten. Im Haushalt der Gemeinde standen dafür jährlich 1.000 € zur Verfügung.

Mit Schreiben vom 12.05.2017 (siehe Anlage) hat die Kreisverwaltung Pinneberg über den am 10.05.2017 gefassten Beschluss des Kreistages unterrichtet. Demnach werden die Eltern ab dem 01.08.2017 wie folgt besser gestellt:

- Geschwisterermäßigung für das zweite Kind 50 % (bisher 30%),
- ab dem 3. Kind, das eine Einrichtung besucht, wird kein Elternbeitrag gezahlt.
- Sozialstaffelberechnung des Kreises 60 % des Einkommensüberhanges (bisher 80 %)

Beispiel: Familien mit zwei Kindern in einer Elementargruppe (5 Stunden), bisheriger Elternbeitrag: 313,00 €. Elternbeitrag ab 01.08.2017: 279,00 €.

Stellungnahme der Verwaltung:

Durch die Änderung der Ermäßigung von Teilnahmebeiträgen des Kreises zum 01.08.2017 werden die Eltern besser gestellt. Die gemeindliche Sozialstaffel kann somit zum 01.08.2017 kompensiert werden.

Finanzierung:

Im Haushalt der Gemeinde standen bisher jährlich 1.000 € für Sozialstaffelleistungen zur Verfügung. Dieser Betrag wird nicht mehr benötigt.

Fördermittel durch Dritte:

-keine-

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss empfiehlt / Die Gemeindevertretung beschließt auf Grund der Änderung der Sozialstaffelregelung des Kreises Pinneberg die gemeindliche Sozialstaffel zum 01.08.2017 aufzuheben.

_____
(Riekhof)
Bürgermeisterin

Anlagen:

Schreiben des Kreises Pinneberg vom 12.05.2017

TOP Ö 9.3

Metropolregion Hamburg

kreis pinneberg

115 IHRE BEHÖRDENNUMMER Wir lieben Fragen

Kreis Pinneberg · Postfach · 25392 Elmshorn

An alle
hauptamtlichen Bürgermeister, leitenden
Verwaltungsbeamten und Amtsdirektoren
im Kreis Pinneberg

Der Landrat
Fachdienst Jugend und Bildung -
Team Kindertagesbetreuung
Förderung von Kindertageseinrichtungen
Ihre Ansprechpartnerin
Mara Rose
Tel.: 04121-4502-3452
Fax: 04121-4502-93452
m.rose@kreis-pinneberg.de
Kurt-Wagener-Straße 11
25337 Elmshorn
Zimmer 4107

Elmshorn, 12.05.2017
Az.: 4119-2-1-0-1-8 ST 2017

Änderung zur Ermäßigung von Teilnahmebeiträgen oder Gebühren der Kindertageseinrichtungen sowie der kindergartenähnlichen Einrichtungen im Kreis Pinneberg zum 01.08.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kreistag des Kreises Pinneberg hat in seiner Sitzung am 10.05.2017 eine Änderung der Satzung über die Ausgestaltung der Kindertagesbetreuung in Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen beschlossen. Die Änderung betrifft die Höhe der Ermäßigung.

Geschwisterermäßigung
Die Geschwisterermäßigung für das 2. Kind beträgt ab 01.08.2017 50 % (bisher 30 %), ab dem 3. Kind 100 % (bisher für das 3. Kind 60 % und für alle weiteren Kinder 100 %).

Ermäßigung nach Einkommen
Bei der Ermäßigung nach Einkommen sind ab August 2017, unabhängig von der Zahl der Kinder, insgesamt 60 % des errechneten Einkommensüberhanges als Beitrag einzusetzen (bisher 80 %).

Die neue Satzung wird in Kürze auf der Internetseite des Kreises Pinneberg zur Verfügung gestellt

Die Kindertageseinrichtungen werden mit beigefügtem Schreiben zeitgleich informiert. Durch Aushang in den Kindertageseinrichtungen sowie über die Internetseite des Kreises werden die Eltern informiert.
Die Kolleginnen und Kollegen der Städte, Ämter und Gemeinden, welche für die Ermäßigungsberechnung zuständig sind, werden gesondert informiert.

Sollten Sie Fragen haben, setzen Sie sich gerne mit mir in Verbindung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mara Rose

Metropolregion Hamburg

kreis pinneberg

115 IHRE BEHÖRDENNUMMER Wir lieben Fragen

Kreis Pinneberg · Postfach · 25392 Elmshorn

Der Landrat
Fachdienst Jugend und Bildung - Team Kindertagesbetreuung
Förderung von Kindertageseinrichtungen

Ihre Ansprechpartnerin
Mara Rose
Tel.: 04121-4502-3452
Fax: 04121-4502-93452
m.rose@kreis-pinneberg.de
Kurt-Wagener-Straße 11
25337 Elmshorn
Zimmer 4107

Elmshorn, 12.05.2017
4119-2-1-0-1-8 ST 2017

Änderung zur Ermäßigung von Teilnahmebeiträgen oder Gebühren der Kindertageseinrichtungen sowie der kindergartenähnlichen Einrichtungen im Kreis Pinneberg zum 01.08.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kreistag des Kreises Pinneberg hat in seiner Sitzung am 10.05.2017 eine Änderung der Satzung über die Ausgestaltung der Kindertagesbetreuung in Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen beschlossen. Die Änderung betrifft die Höhe der Ermäßigung.

Geschwisterermäßigung
Die Geschwisterermäßigung für das 2. Kind beträgt ab 01.08.2017 50 % (bisher 30 %), ab dem 3. Kind 100 % (bisher für das 3. Kind 60 % und für alle weiteren Kinder 100 %).

Ermäßigung nach Einkommen
Bei der Ermäßigung nach Einkommen sind ab August 2017, unabhängig von der Zahl der Kinder, insgesamt 60 % des errechneten Einkommensüberhanges als Beitrag einzusetzen (bisher 80 %).

Zur Information der Eltern bitte ich, die beiliegende Änderungsmitteilung per Aushang oder Übergabe zur Kenntnis zu geben.

Die neue Satzung wird in Kürze auf der Internetseite des Kreises Pinneberg zur Verfügung gestellt. Bitte leiten Sie Ihrem Träger die vorgenannten Informationen ebenfalls weiter.

Sollten Sie Fragen haben, setzen Sie sich gerne mit mir in Verbindung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mara Rose

Änderungsmitteilung zur Ermäßigung von Elternbeiträgen für das Kindergartenjahr 2017/2018

Information über die Höhe der Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen für das Kindergartenjahr 2017/2018 im Rahmen der Ermäßigung (Sozialstaffel) durch den Kreis Pinneberg

Die Satzung des Kreises Pinneberg über die Ausgestaltung der Kindertagesbetreuung in Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen im Kreis Pinneberg regelt die Ermäßigung von Beiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen (0 – 14 Jahre). Im Rahmen dieser Regelung werden Beiträge festgelegt, die als Höchstgrenze für Ermäßigungen durch den Kreis Pinneberg gelten. Ausgenommen von dieser Regelung ist die Betreuung und Förderung von Schülerinnen und Schülern in Schulen außerhalb des Unterrichtes (z.B. Betreuungsschule, betreute Grundschule, offene Ganztagsschule).
Für die Kindertageseinrichtung muss eine gültige Betriebserlaubnis von der Aufsicht für Kindertageseinrichtungen bestehen. Beim Besuch einer kindergartenähnlichen Einrichtung muss eine Mindestbetreuungszeit von 12 Stunden wöchentlich bestehen.
Die Träger von Kindertageseinrichtungen können sich an denen vom Kreis Pinneberg im Rahmen der Sozialstaffel festgelegten Beiträgen orientieren, entscheiden aber eigenverantwortlich über die Höhe der Elternbeiträge. Einige Gemeinden im Kreis Pinneberg bieten über die Sozialstaffel des Kreises hinaus eine zusätzliche Ermäßigung an. Näheres hierüber kann Ihnen Ihre Wohnortgemeinde mitteilen.

Geschwisterermäßigung (unabhängig vom Einkommen)

Werden mehrere beitragspflichtige Kinder einer Familie gleichzeitig in Kindertageseinrichtungen im Kreis Pinneberg betreut, ermäßigt sich, nach der derzeitigen Regelung, unabhängig vom Einkommen der Teilnahmebeitrag bzw. die Gebühr oder der Kostenbeitrag in der Reihenfolge des Alters der Kinder

für das 2. Kind	um 50 %
für das 3. Kind und alle weiteren Kinder	um 100 %

Es ist keine gesonderte Antragstellung erforderlich. Werden Kinder in verschiedenen Einrichtungen betreut, muss ggf. ein Nachweis vorgelegt werden. Die Träger der Kindertageseinrichtungen setzen den Geschwisterbeitrag fest und rechnen mit dem Kreis Pinneberg die Ausfallbeträge direkt ab. Nähere Informationen zur Geschwisterermäßigung für eine Betreuung in Kindertagespflege erhalten Sie bei den Familienbildungsstätten, auf der Internetseite des Kreises Pinneberg und bei den zuständigen Mitarbeiter/innen des Kreises Pinneberg.

Ermäßigung nach Einkommen

Alle Eltern haben die Möglichkeit, einen Ermäßigungsantrag bei ihrer Wohnortgemeinde zu stellen. Voraussetzung ist, dass sich der Hauptwohnsitz und der gewöhnliche Aufenthalt des Kindes im Kreis Pinneberg befindet und das Kind bei den/dem antragstellenden Eltern/Elternteil lebt. Die erforderlichen Formulare und Informationsmaterial halten die Kindertageseinrichtungen und die Wohnortgemeinden vor. Die Bewilligung einer Ermäßigung erfolgt frühestens ab Beginn des Monats, in dem der Antrag eingegangen ist.

Empfänger von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II, SGB XII oder Asylbewerberleistung werden **auf Antrag** beitragsfrei gestellt.
Für Kinder, die gemäß § 33 SGB VIII in Pflegefamilien leben, ist für jedes Pflegekind nur ein Beitrag in Höhe von 15,50 € zu zahlen. Pflegeeltern müssen die entsprechende Bescheinigung in der Kindertageseinrichtung vorlegen.
Für Kinder, die vom Schulbesuch befreit wurden und somit nicht schulpflichtig sind, ist grundsätzlich der Beitrag gemäß Richtlinie zu zahlen. Ein Antrag auf Ermäßigung kann gestellt werden.

Die Wohnortgemeinden nehmen die erforderlichen Einkommensberechnungen vor und erteilen die Bewilligungs- oder Ablehnungsbescheide. Unabhängig von der Zahl der Kinder sind insgesamt 60 % des errechneten Einkommensüberhanges als Beitrag einzusetzen. Leistungen von anderen Stellen sind ggf. vorrangig in Anspruch zu nehmen. Die Kindertageseinrichtung erhält eine Mitteilung über den maximal von den Eltern zu entrichtenden Beitrag und fertigt den Beitragsbescheid für die Eltern. Eine rückwirkende Bewilligung ist nicht möglich.

Zum Kindergartenjahr 2017/2018 erfolgt gemäß Satzung eine Anpassung der Beiträge. Ab 01.08.2017 gelten im Rahmen der Ermäßigung durch den Kreis Pinneberg (Sozialstaffel) folgende Höchstbeiträge:

Krippe (0 – 3 Jahre)		**Kindergarten (3 – 6 Jahre) und Hort (6 – 14 Jahre)**	
Betreuungszeit in Stunden	Beitrag in €	Betreuungszeit in Stunden	Beitrag in €
Ganztagsplatz *	450,00	Ganztagsplatz *	300,00
7,5	423,00	7,5	282,00
7	396,00	7	264,00
6,5	360,00	6,5	240,00
6	333,00	6	222,00
5,5	306,00	5,5	204,00
5	279,00	5	186,00
4,5	252,00	4,5	168,00
4	225,00	4	150,00
-	-	3,5	132,00
-	-	3	114,00
Aufschlag für Früh- oder Spätdienst (pro angefangene halbe Stunde)	27,00	Aufschlag für Früh- oder Spätdienst (pro angefangene halbe Stunde)	18,00

* Ein Ganztagsplatz ist ein Platz mit einer Regelöffnungszeit von 8 und mehr Stunden ohne Früh- oder Spätdienst.

Beitrag für Betreuung in kindergartenähnlichen Einrichtungen (ab 12 Std./Woche)
Beim Besuch einer kindergartenähnlichen Einrichtung muss eine Mindestbetreuungszeit von 12 Stunden wöchentlich bestehen. Der Stundensatz je Betreuungsstunde in kindergartenähnlichen Einrichtungenbeträgt **6,50 €.** Das bedeutet für eine Gruppe mit einer Öffnungszeit von 12 Stunden pro Woche einen Monatsbeitrag von 78,00 € (12 Stunden x 6,50 €).

Beitrag für Hort mit unterschiedlichen Betreuungszeiten in der Schul- und Ferienzeit
Für Hortbetreuung, die während der Schul- und Ferienzeiten verschiedene Betreuungszeiten vorhält, wird ein gemittelter Hortbeitrag als Regelbeitrag festgesetzt. Früh- und Spätdienste sind neben dem Durchschnittsbeitrag zu entrichten. Bei der Berechnung wird von drei Monaten Ferienzeiten (Ganztagsbetreuung) und neun Monaten Schulzeit (jeweilige Teilzeitbetreuung) ausgegangen.

Kreis Pinneberg
Fachdienst Jugend und Bildung
Team Kindertagesbetreuung
Förderung von Kindertageseinrichtungen
Kurt-Wagener-Str. 7
25337 Elmshorn

Stand: 12.05.2017

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0036/2017/HET/BV

Fachbereich:	Finanzen	Datum:	19.04.2017
Bearbeiter:	Horst Tronnier	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen	01.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Erlass einer 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2017

Sachverhalt:
Der Entwurf einer 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2017 ist der Vorlage als **Anlage** beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:
Im Laufe des Haushaltsjahres haben sich zum Teil bereits deutliche Mehrausgaben abgezeichnet, die im Rahmen einer Nachtragshaushaltsplanung finanziell abzusichern sind. Die Erläuterungen hierzu sind im Detail dem beigefügten Haushaltsplan zu entnehmen. An dieser Stelle wird auf die wesentlichen Veränderungen eingegangen.
Unter anderem ist eine Erneuerung der Heizungsanlage für die gemeindlichen Gebäude dringend erforderlich, wofür ein Aufwand von rd. 90.000,-- € erwartet wird. Außerdem ist die Beseitigung von Baumängeln an der Feuerwache zu berücksichtigen. Zum Teil wird dieser Aufwand über Versicherungsleistungen finanziert. Für Sanierungsarbeiten an der Mehrzweckhalle einschließlich einer Reparatur der Heizung waren im Haushalt bereits zusätzliche 45.000,-- € eingeplant worden. Im Hinblick auf weitere Sanierungsmaßnahmen unter anderem im Bereich der Wasserversorgung sieht der Entwurf des 1. Nachtrages für die Unterhaltung der gemeindlichen Liegenschaften nunmehr eine Erhöhung des Ansatzes um 95.000,-- € auf 180.000,-- € vor. Auch im Bereich der Bewirtschaftungskosten muss eine deutliche Steigerung des Ansatzes um 16.000,-- € vorgenommen werden.
Gemäß Abrechnung für 2015 muss die Gemeinde eine außerplanmäßige Rückzahlung von Konzessionsabgaben in Höhe von rd. 23.800,-- € als außerordentlichen Aufwand berücksichtigen.
Schulkostenbeiträge müssen in Kenntnis der Abrechnungen im Vorjahr um 29.000,-- € erhöht werden.
Als außerordentlicher Aufwand muss auch die Abrechnung des Defizitausgleichs 2016 für die Kindertagesstätte mit rd. 39.300,-- € berücksichtigt werden.

Für die Bauleitplanung ist der Ansatz um 16.000,-- € zu erhöhen.
Zu Beginn des Jahres ist für die Pflege von Straßenbegleitgrün und dergl. bereits ein hoher Aufwand entstanden, der eine Anpassung des Haushaltsansatzes für die Unterhaltung von Straßen und Wegen um 20.000,-- € notwendig macht.
Der Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung sieht darüber hinaus diverse Anpassungen geringeren Umfangs aufgrund der tatsächlichen Entwicklung vor.
Der Gesamtbetrag der Aufwendungen steigt um 279.400,-- € auf 2.381.300,-- €. Ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 379.800,-- € war bereits mit der Haushaltsplanung 2017 festgestellt worden.
Erfreulicherweise haben sich nach aktuellem Stand die Gewerbesteuereinnahmen deutlich erhöht. Unter Berücksichtigung der gleichfalls steigenden Gewerbesteuerumlage kann die Gemeinde nach dem aktuellen Stand mit Mehreinnahmen von rd. 179.500,-- € rechnen. Insgesamt steigen die Erträge um 245.800,-- €. Aber selbst diese außerordentlich positive Entwicklung reicht nicht aus, die Mehrbelastungen abzudecken. Der Jahresfehlbetrag steigt nochmals um 33.600,-- € auf 413.400,-- €.
An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer zukünftige Haushaltsjahre belasten werden, weil sich die Finanzkraft der Gemeinde dadurch verbessert und im Folgejahr auf die Schlüsselzuweisungen und Umlagen auswirken wird.

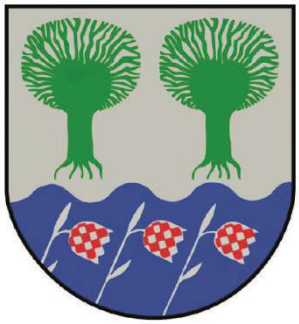
Fördermittel durch Dritte:
entfällt

Beschlussvorschlag:
Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2017 entsprechend dem vorliegenden Entwurf – mit den im Ausschuss empfohlenen Änderungen – zu beschließen.

Die Gemeindevertretung beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2017 gemäß Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

_____
Monika Riekhof

Anlagen:
Entwurf einer 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017



1. Nachtragshaushaltssatzung

mit Nachtragshaushaltsplan

der Gemeinde Hetlingen

für das

Haushaltsjahr 2017

Inhaltsverzeichnis zum 1. Nachtragshaushaltsplan der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2017

---

1. Nachtragshaushaltssatzung	Seite 2
2. Vorbericht	Seiten 3 bis 9
3. Erläuterungen	Seiten 10 bis 21
4. Ergebnisplan	Seite 22
5. Finanzplan	Seite 23 bis 24
6. Teilergebnishaushalt	Seiten 25 bis 64
7. Teilfinanzhaushalt	Seiten 65 bis 107

1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 22. Juni 2017 folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge	
			gegenüber bisher	nunmehr festgesetzt auf
1. im Ergebnisplan der				
Gesamtbetrag der Erträge	245.800 EUR	0 EUR	1.722.100 EUR	1.967.900 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen	279.400 EUR	0 EUR	2.101.900 EUR	2.381.300 EUR
Jahresüberschuss	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Jahresfehlbetrag	33.600 EUR	0 EUR	379.800 EUR	413.400 EUR
2. im Finanzplan der				
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	245.800 EUR	0 EUR	1.629.500 EUR	1.875.300 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	279.400 EUR	0 EUR	1.927.200 EUR	2.206.600 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	0 EUR	0 EUR	1.275.000 EUR	1.275.000 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	3.000 EUR	0 EUR	1.354.300 EUR	1.357.300 EUR

§ 2

Die übrigen Bestimmungen der Haushaltssatzung bleiben unverändert.

Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin

Hetlingen, den xx.xx.2017

_____
(Monika Riekhof)
Bürgermeisterin

Vorbericht
zum 1. Nachtragshaushaltsplan
der Gemeinde Hetlingen
für das Haushaltsjahr 2017

Die Finanzlage der Gemeinde Hetlingen stellt sich nach den vorliegenden Jahresabschlüssen und der Planung wie folgt dar:

Jahresabschlüsse liegen nach der Umstellung auf die Doppik zum 01.01.2011 bisher nur für die Jahre 2011 bis 2014 vor. Die nachfolgende Tabelle wurde daher mit Daten der Haushaltsplanung (ab 2015) fortgeschrieben.

Lfd.Nr.		in TEUR	
1.	bis Ende 2015 aufgelaufene Defizite	704	
2.	einen Jahresüberschuss 2016	0	
3.	einen Jahresfehlbetrag 2016	223	
4.	erwartete Überschüsse in den Jahren 2017 bis 2019	0	
5.	erwartete Defizite in den Jahren 2017 bis 2019	849	
6.	zu erwartende aufgelaufene Defizite bis Ende 2019 (Summe Lfd.Nr. 1 bis 5)	1.776	
7.	Eigenkapital Ende 2015	2.667	
8.	Eigenkapital Ende 2019	1.595	
9.	Anstieg der liquiden Mittel in den Jahren 2016 bis 2019 um	728	
10.	Abnahme der liquiden Mittel in den Jahren 2016 bis 2019 um	674	
		in TEUR	EUR/Ew.
11.	eine Verschuldung Anfang 2016	1.007	758
12.	eine Verschuldung Ende 2019	2.941	2.213
13.	eine Gesamtverschuldung (Gesamt I) Anfang 2016	1.711	1.287
14.	eine Gesamtverschuldung (Gesamt I) Ende 2016	1.882	1.416
15.	eine Gesamtverschuldung (Gesamt I) Ende 2019	4.717	3.549
16.	ein Bestand an Kassenkrediten Ende 2015	95	71
17.	eine Gesamtverschuldung (Gesamt II) Anfang 2016	1.805	1.359
18.	eine Gesamtverschuldung (Gesamt II) Ende 2016	1.977	1.488

1. Allgemeines

Im Laufe des Haushaltsjahres haben sich zum Teil bereits deutliche Mehrausgaben abgezeichnet, die im Rahmen einer Nachtragshaushaltsplanung finanziell abzusichern sind.

Im Hinblick auf die schwierige Finanzlage der Gemeinde muss die Finanzierbarkeit von außer- und überplanmäßigen Aufwendungen rechtzeitig über eine Nachtragshaushaltsplanung geklärt werden.

2. Entwicklung der Verbindlichkeiten

2.1 Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Art der Verbindlichkeit		Stand zu Beginn des Vorjahres 2016	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2017
1	2	3	4
32	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
321-	4.2.1 von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	---	---
321-	4.2.2 vom öffentlichen Bereich	---	---
321-	4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	1.007	956
34	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	---	---
	Summe	1.007	956
	Restkreditermächtigung aus Vorjahren	---	---
	Gesamtsumme	1.007	956
	Nachrichtlich:		
	Nachrichtlich Schulden aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, soweit nicht in der Bilanzposition 4.4 enthalten	---	---
	4 Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung - aus Krediten - aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	---	---

2.2 Übersicht über die Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Krediten (ohne Umschuldung)

Haushalts-jahre	Stand am 1.1.	+ Kredit-aufnahmen	- Tilgung	Stand am 31.12.		Nachrichtlich: Restkredit-ermächtigung
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	EUR/EW	TEUR
Ist 2013	1.070	---	48	1.022	768	---
Ist 2014	1.022	---	65	957	727	---
Ist 2015	957	100	50	1.007	765	---
Soll 2016	1.007	---	51	956	727	---
Soll im Haushalts-jahr	956	1.105	58	2.003	1.505	---
Soll 2018	2.003	1.170	99	3.074	2.310	
Soll 2019	3.074	---	133	2.941	2.210	
Soll 2020	2.941	---	2.244	697	524	

2.3 Schuldenübersicht

Darlehns-betrag EUR	2013 EUR	2014 EUR	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR
26.587,18	16.128,81	---	---	---	---
248.550,00	122.400,00	107.800,00	93.200,00	78.600,00	64.000,00
398.500,00	367.022,29	355.721,71	343.991,36	331.814,89	319.175,34
769.000,00	516.511,69	493.523,51	469.990,57	445.899,96	421.238,46
100.000,00	---	---	100.000,00	100.000,00	93.750,00
1.105.000,00	---	---	---	-	1.105.000,00
Summe:	1.022.062,79	957.045,22	1.007.181,93	956.314,85	2.003.163,80

3. Übersicht über die übernommenen Bürgschaften, Verpflichtungen aus Gewährverträgen sowie Rechtsgeschäften, die diesen wirtschaftlich gleichkommen

	Datum der Übernahme	Zweck	Ursprungshöhe in TEUR	voraussichtliche Höhe zu Beginn des Haushaltsjahres in TEUR	voraussichtliches Datum des Auslaufens der Bürgschaft
1	2	3	4	5	5
I. Bürgschaften	keine				
1)					
2)					
3)					
Summe					
II. Verpflichtungen	keine				
1)					
2)					
3)					
Summe					

4. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Sonderrücklagen, der Sonderposten und der Rückstellungen zu Beginn des Haushaltsjahres

		Stand zu Beginn des Vorvorjahres in TEUR	Stand zu Beginn des Vorjahres in TEUR	Stand zum Beginn des Haushalts-jahres in TEUR	Zuführung in TEUR	Entnahme in TEUR	Stand zum Ende des Haushalts-jahres in TEUR
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Sonderrücklage						
1.1	nicht aufzulösende Zuschüsse						
1.2	nicht aufzulösende Zuweisungen						
1.3	Stellplatzrücklage						
1.4	**Zwischensumme zu 1**						
2	**Sonderposten**						
2.1	aufzulösende Zuschüsse	7	14	11		2	9
2.2	aufzulösende Zuweisungen	1.392	1.350	1.311		34	1.277
2.3	aufzulösende Beiträge	1.249	1.190	1.133		56	1.077
2.4	nicht aufzulösende Beiträge						
2.5	Gebührenausgleich						
2.6	Treuhandvermögen						
2.7	Dauergrabpflege						
2.8	Sonstige Sonderposten						
2.9	**Zwischensumme zu 2**						
3	**Rückstellungen nach § 24 GemHVO-Doppik**						
3.1	Pensionsrückstellungen	0	0	0	0	0	0
3.2	Beihilferückstellungen	0	0	0	0	0	0
3.3	Altersteilzeitrückstellungen	0	0	0	0	0	0
3.4	Rückstellungen für später entstehende Kosten	0	0	0	0	0	0
3.5	Altlastenrückstellungen	0	0	0	0	0	0
3.6	Steuerrückstellungen						
3.7	Verfahrensrückstellungen	0	0	0	0	0	0
3.8	Finanzausgleichsrück-stellungen						
3.9	Instandhaltungsrück-stellungen						
3.10	Sonstige Rückstellungen nach § 24 Satz 2 GemHVO-Doppik						
3.11	**Zwischensumme zu 3**						

5. Darstellung der Entwicklung der bereinigten Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

		Bezeichnung	Haushaltsjahr					
			2015	2016	2017	2018	2019	2020
1	2	3	4	5	6	7	8	9
77	1	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.700.561	1.737.400	2.206.600	1.927.700	1.930.300	1.947.800
7341	2	abzgl. Gewerbesteuer-umlage	34.571	31.000	70.000	29.500	29.500	14.800
7371	3	abzgl. Allgemeine Umlage an das Land – Finanzausgleichsum-lage an das Land -	0	0	0	0	0	0
7372	4	abzgl. Allgemeine Umlage an Gemeinden und Gemeindeverbände – Kreisumlage, Amtsumlage, Zusatzumlage, Finanzausgleichsum-lage an den Kreis -	631.407	645.600	714.900	743.400	772.200	801.000
	5	**Bereinigte Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	1.034.583	1.060.800	1.421.700	1.154.800	1.128.600	1.132.000
	6	**Veränderung Vorjahr (%)**		+ 2,53%	+ 34,02 %	- 18,77 %	- 2,27 %	+ 0,30 %
	7	**Empfehlung (in %)**	bis zu 1,0 %	bis zu 1,0 %	bis zu 2,5 %	bis zu 1,5 %	bis zu 1,5 %	bis zu 1,5 %

6. Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände und Gesellschaften, Kommunalunternehmen nach § 106 a GO, gemeinsame Kommunalunternehmen nach § 19 b GkZ und die anderen Anstalten, die von der Gemeinde getragen werden, mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Sparkassen

Name	Stammkapital	Anteil der Gemeinde am Stammkapital		Gewinnabführung (+) Verlustabdeckung (-) Umlagen (-)		
	In TEUR	In TEUR	%	Vorvorjahr in TEUR	Vorjahr in TEUR	Haushaltsjahr in TEUR
1	2	3	4	5	6	7
I. Sondervermögen						
1) Kameradschafts-kasse der Freiwilligen Feuerwehr				0	0	0
2)						
II. Zweckverbände						
1) Wegeunter-haltungsverband				-27	-19	-32
2) Abwasserzweck-verband Pinneberg				0	0	0
2) Abwasserverband Elbmarsch				0	0	0
3) Zweckverband Integrierte Station Unterelbe				-2	-2	-2
III. Gesellschaften						
1) Raiffeisenbank Elbmarsch		0	0			
2)						
IV. Kommunalunter-nehmen nach § 106 a GO						
1)						
2)						
V. gemeinsame Kommunalunter-nehmen nach § 19 b GkZ						
1)						
2)						
VI. andere Anstalten, die von der Gemeinde getragen werden, mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Sparkassen						
1)						
2)						

7. Sperrvermerke

Der 1. Nachtragshaushaltsplan 2017 enthält keine Sperrvermerke.

Erläuterungen zum 1. Nachtragshaushaltsplan der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2017

Fachbereich Zentrale Dienste

Produktbereich 1	*Zentrale Verwaltung*
Produktbereich 11	*Innere Verwaltung*
Produktgruppe 111	*Gemeindeorgane*

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Produktsachkonto 11110.5421001 – Sitzungsgeld, Reisekosten

Bei einem Verzicht auf eine postalische Zustellung von Sitzungsunterlagen aufgrund der Nutzung des papierlosen Ratsinformationssystems des Amtes erhalten Gemeindevertreter und bürgerliche Mitglieder gemäß Hauptsatzung zusätzlich eine monatliche Aufwandsentschädigung. Hierfür wird der Ansatz um 1.000,-- € auf 6.000,-- € erhöht.

Fachbereich Bürgerservice und Ordnung

Produktbereich 1	*Zentrale Verwaltung*
Produktbereich 12	*Sicherheit und Ordnung*
Produktgruppe 121	*Statistik und Wahlen*

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Produktsachkonto 12100.4481000 – Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen

2017 werden voraussichtlich 2 Wahlen stattfinden. Im Haushalt der Gemeinde sind für die Landtagswahl und für die Bundestagswahl Haushaltsmittel bereitgestellt und Kostenerstattungen veranschlagt worden. Bei dem Amt Geest und Marsch Südholstein wird der Aufwand für Wahlen vollständig über das Amt abgewickelt. Insofern entstehen den Gemeinden keine Aufwendungen bzw. sind die Kostenerstattungen dem Amt zuzuschreiben. Kostenerstattungen für die Wahlen sind mit 1.000,-- € veranschlagt worden. Der Ansatz ist zu streichen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Produktsachkonto 12100.5421000 – Inanspruchnahme von Rechten und Diensten – Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten

Der mit 700,-- € ausgestattete Ansatz für die Wahlvorstände wird gestrichen.

Produktsachkonto 12100.5431000 – Geschäftsaufwendungen

Für die anberaumten Wahlen waren Geschäftsausgaben in Höhe von 1.600,-- € eingeplant worden. Auch dieser Ansatz ist zu streichen.

Produktbereich 1	*Zentrale Verwaltung*
Produktbereich 12	*Sicherheit und Ordnung*
Produktgruppe 122	*Ordnungsangelegenheiten*
Produkt 12210	*Bürgerbüro*

Transferaufwendungen

Produktsachkonto 12210.5312000 – Umlage

Die Außenstelle Haseldorf des Amtes Geest und Marsch Südholstein wird zum Teil auch als Bürgerbüro der Gemeinden Haselau, Haseldorf und Hetlingen genutzt. Ein Teil des Aufwandes für die Außenstelle ist daher von den Gemeinden zu erstatten. Der Aufwand für die Außenstelle ist im Amtshaushalt mit 36.000,-- € veranschlagt. 9.000,-- € sind von den Gemeinden zu erstatten. Der Anteil der Gemeinde Hetlingen beläuft sich auf der Basis der Berechnung der Amtsumlage auf 2.900,-- €.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Produktsachkonto 12210.5431300 – Geschäftsaufwendungen

Das Bürgerbüro Haseldorfer Marsch war im Amt Haseldorf für den ganzen Amtsbereich zuständig und wurde entsprechend über den Amtshaushalt abgewickelt. Im Amt Geest und Marsch Südholstein unterhalten die Gemeinden eigenständig ihre Bürgerbüros. Daher sind Kosten, die direkt im Zusammenhang mit dem Bürgerbüro Haseldorfer Marsch stehen, anteilig von den Gemeinden Haselau, Haseldorf und Hetlingen zu tragen. Hierfür werden zunächst 500,-- € bereitgestellt.

Produktbereich 1	*Zentrale Verwaltung*
Produktbereich 12	*Sicherheit und Ordnung*
Produktgruppe 126	*Brandschutz*

Außerordentliche Erträge

Produktsachkonto 12600.4911431 – Periodenfremde Erträge

Für Einsätze der Feuerwehr im Jahr 2015 wurden Kostenerstattungen in Höhe von rd. 1.000,-- € eingenommen.

Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

Produktsachkonto 12600.5811000 – Kalkulatorische Miete

Die Kalkulatorische Miete ist von 30.500,-- € auf 53.400,-- € zu erhöhen.

Fachbereich Finanzen

Produktbereich 5	*Gestaltung der Umwelt*
Produktbereich 53	*Ver- und Entsorgung*
Produktgruppe 535	*Kombinierte Versorgung*

Periodenfremde Aufwendungen

Produktsachkonto 53500.5911550 – Periodenfremde Aufwendungen

Aus der Abrechnung der Konzessionsabgaben für 2015 ergab sich eine Erstattungspflicht für die Gemeinde. Der Aufwand ist mit 23.800,-- € einzuplanen.

Produktbereich 6	*Zentrale Finanzleistungen*
Produktbereich 61	*Allgemeine Finanzwirtschaft*
Produktgruppe 611	*Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen*

Steuern und ähnliche Abgaben

Produktsachkonto 61100.4012000 – Grundsteuer B

Die Erträge aus der Veranlagung der Grundsteuer B belaufen sich auf rd. 217.000,-- €. Der Ansatz von bisher 210.000,-- € kann um 7.000,-- € erhöht werden.

Produktsachkonto 61100.4013000 – Gewerbesteuer

Auf der Basis der aktuellen Sollstellungen ist gegenüber der Haushaltsplanung eine Mehreinnahme zu erwarten. Der Haushaltsansatz kann von bisher 160.000,-- € auf 380.000,-- € erhöht werden.

Produktsachkonto 61100.4051000 – Leistungen nach dem Familienleistungs-ausgleich

Der Sonderausgleich wurde für das aktuelle Jahr auf 68.904,-- € festgesetzt. Gegenüber dem bisherigen Ansatz ergibt sich eine Mehreinnahme von 504,-- €.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Produktsachkonto 61100.4111000 – Schlüsselzuweisungen

Die Einnahmen aus dem Kommunalen Finanzausgleich werden 234.684,-- € betragen. Der Haushaltsansatz von 236.300,-- € wird um 1.700,-- € verringert.

Transferaufwendungen

Produktsachkonto 61100.5341000 – Gewerbesteuerumlage

Aufgrund der erwarteten höheren Gewerbesteuereinnahmen wird sich auch die von der Gemeinde zu zahlende Umlage entsprechend erhöhen, wobei der Umlagesatz endgültig auf 68,5 % festgesetzt wurde. Berechnung: Gewerbesteueraufkommen mit 380.000,-- € geteilt durch Hebesatz 380 % und multipliziert mit dem Umlagesatz 68,5 % = rd. 70.000,-- €. Der Ansatz in Höhe von 29.500,-- € muss um 40.500,-- € erhöht werden.

Produktsachkonto 61100.5372000 – Kreisumlage

Die Kreisumlage wurde auf 530.887,89 € festgesetzt. Der Ansatz kann von bisher 531.600,-- € um 700,-- € verringert werden.

Fachbereich Soziales und Kultur

Produktbereich 2	*Schule und Kultur*
Produktbereich 21	*Schulträgeraufgaben*
Produktgruppe 211	*Grundschulen*

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Produktsachkonto 21100.5441200 – Schülerunfallversicherung

Die Unfallversicherungsbeiträge je Schüler sind von 52,84 € auf 58,07 € gestiegen. Dadurch ergibt sich ein gestiegener Aufwand um rd. 200,-- €, so dass der Ansatz auf 2.100,-- € erhöht wird.

Produktsachkonto 21100.5452100 – Schulkostenbeiträge

Aufgrund der Abrechnung der Schulkostenbeiträge für das Vorjahr wird der Haushaltsansatz für das laufende Jahr um 5.000,-- € auf 27.000,-- € verringert.

Produktbereich 2	*Schule und Kultur*
Produktbereich 21	*Schulträgeraufgaben*
Produktgruppe 217	*Gymnasien, Kollegs*

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Produktsachkonto 21700.5452100 – Schulkostenbeiträge

Auf der Basis der Abrechnung der Schulkostenbeiträge für das Vorjahr wird der Haushaltsansatz für das laufende Jahr um 2.000,-- € auf 62.000,-- € erhöht.

Produktbereich 2	*Schule und Kultur*
Produktbereich 21	*Schulträgeraufgaben*
Produktgruppe 218	*Gesamtschulen/Gemeinschaftsschulen*

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Produktsachkonto 21820.5452100 – Schulkostenbeiträge

Aufgrund der Abrechnung der Schulkostenbeiträge für das Vorjahr muss der Haushaltsansatz für das laufende Jahr von bisher 102.000,-- € deutlich um 41.000,-- € auf 143.000,-- € erhöht werden.

Produktbereich 2	*Schule und Kultur*
Produktbereich 22	*Schulträgeraufgaben*
Produktgruppe 221	*Sonderschulen*

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Produktsachkonto 22100.5452100 – Schulkostenbeiträge

Der Ansatz wird um 11.000,-- € auf 5.000,-- € herabgesetzt.

Produktbereich 3	*Soziales und Jugend*
Produktbereich 36	*Kinder-, Jugend- und Familienhilfe*
Produktgruppe 365	*Tageseinrichtungen für Kinder*

Transferaufwendungen

Produktsachkonto 36500.5318400 – Zuschuss Betrieb Kindertagesstätte Hetlingen

Der Ansatz für die Bezuschussung der Kindertagesstätte wird um 100,-- € auf 351.800,-- € erhöht.

Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

Produktsachkonto 36500.5811000 – Kalkulatorische Miete

Die Kalkulatorische Miete ist von 21.300,-- € auf 25.200,-- € zu erhöhen.

Außerordentliche Aufwendungen

Produktsachkonto 36500.5911540 – Periodenfremde Aufwendungen aus Transferaufwendungen

Die Abrechnung des Defizitausgleichs für die Kindertagesstätte schließt mit einer Nachforderung für 2016 mit rd. 39.300,-- €.

Produktbereich 4	*Gesundheit und Sport*
Produktbereich 41	*Gesundheitsdienste*
Produktgruppe 412	*Gesundheitseinrichtungen*

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Produktsachkonto 41200.5452500 – Kostenanteil Anlauf- und Vermittlungsstelle

Der Kostenanteil für die Anlauf- und Vermittlungsstelle beträgt 2.461,60 €. Hier ist der Ansatz um 100,-- € auf 2.500,-- € zu erhöhen.

Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Bereich: Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Produktbereich 1	*Zentrale Verwaltung*
Produktbereich 11	*Innere Verwaltung*
Produktgruppe 111	*Verwaltungssteuerung und -service*
Produkt 11130	*Gebäudemanagement*

Kostenerstattungen, Kostenumlagen

Produktsachkonto 11130.4487000 – Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen

Für die Beseitigung von Baumängeln an der Feuerwache werden Versicherungsleistungen in Höhe von 20.000,-- € erwartet.

Erträge aus internen Leistungsverrechnungen

Produktsachkonto 11130.4811000 – Kalkulatorische Miete

Aufgrund dieser Nachtragshaushaltsplanung ist die Kalkulatorische Miete nunmehr wie folgt zu berücksichtigen:

Feuerwache:	53.400,-- €
Grundschule:	32.300,-- € (unverändert)
Kindertagesstätte:	25.200,-- €
Sportanlagen:	228.100,-- €

Der Ertrag erhöht sich damit um 71.000,-- € auf 339.000,-- €.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produktsachkonto 11130.5211000 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Die Heizungsanlage in der Mehrzweckhalle ist dringend erneuerungsbedürftig. Der Aufwand wurde mit rd. 90.000,-- € geschätzt. Vorsorglich war bereits ein erhöhter Ansatz eingeplant worden. Im Hinblick auf die erwarteten Kosten werden weitere 55.000,-- € bereitgestellt. Für die Beseitigung von Baumängeln an der Feuerwache werden zusätzlich 40.000,-- € eingeplant. Der Ansatz erhöht sich insgesamt von 85.000,-- € auf 180.000,-- €.

Produktsachkonto 11130.5241000 – Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Der mit 65.000,-- € ausgestattete Ansatz wird auf 81.000,-- € erhöht. 2016 hat die Bewirtschaftung der gemeindlichen Gebäude Kosten von rd. 73.000,-- € verursacht. 2017 haben sich weitere Kostensteigerungen insbesondere im Bereich der Energieversorgung ergeben, so dass eine Anpassung des Ansatzes um 16.000,-- € angezeigt erscheint.

Produktbereich 4	*Gesundheit und Sport*
Produktbereich 42	*Sportförderung*
Produktgruppe 424	*Sportstätten und Bäder*

Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

Produktsachkonto 42400.5811000 – Kalkulatorische Miete

Aufgrund der notwendigen Erneuerung der Heizungsanlage in der Mehrzweckhalle und dem erhöhten Ansatz für die Bewirtschaftung der Sportanlagen muss die kalkulatorische Miete um 64.200,-- € auf 228.100,-- € erhöht werden.

Produktbereich 5	*Gestaltung der Umwelt*
Produktbereich 51	*Räumliche Planung und Entwicklung*
Produktgruppe 511	*Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen*

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Produktsachkonto 51100.5431550 – Geschäftsaufwendungen - Bauleitplanung

Der Ansatz für die Bauleitplanung ist um 16.000,-- € auf 36.000,-- € zu erhöhen.

Produktbereich 5	*Gestaltung der Umwelt*
Produktbereich 54	*Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV*
Produktgruppe 541	*Gemeindestraßen*

Auszahlungen für Baumaßnahmen

Produktsachkonto 54100.7852000 (Bilanzkonto 0451000) – Straßen

Für die Erneuerung einer Straßenlampe in der Gemeinde werden 2.000,-- € bereitgestellt.

Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen innerhalb der Wertgrenzen von 150 € bis 1.000 €

Produktsachkonto 54100.7832000 (Bilanzkonto 0891000) – Sammelposten für Vermögensgegenstände

Für die Beschaffung eines Verkehrsspiegels sind Kosten von rd. 1.000,-- € entstanden. Der Ansatz wird von 500,-- € auf 1.500,-- € aufgestockt.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produktsachkonto 54100.5221000 – Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens

Durch einen hohen Einsatz bei der Pflege von Begleitgrün an Straßen, Wegen und Plätzen ist bereits ein großer Anteil der bereitgestellten Haushaltsmittel verbraucht worden. Der Ansatz wird von 45.000,-- € auf 65.000,-- € erhöht.

---

1. Nachtragshaushaltsplan für den Ergebnisplan 2017

Gemeinde: 13 Hetlingen

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.269.400	227.500	**1.496.900**	1.301.100	1.344.100	1.389.400
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	309.400	-1.700	**307.700**	297.700	296.800	303.000
42	3	+ sonstige Transfererträge	0	0	**0**	0	0	0
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	52.400	0	**52.400**	48.600	45.900	45.800
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	45.700	0	**45.700**	45.700	45.700	45.700
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.200	19.000	**31.200**	11.200	5.900	5.900
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	32.900	0	**32.900**	147.900	147.900	147.900
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0	0	**0**	0	0	0
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	**0**	0	0	0
	10	**= ordentliche Erträge**	**1.722.000**	**244.800**	**1.966.800**	**1.852.200**	**1.886.300**	**1.937.700**
50	11	Personalaufwendungen	67.300	0	**67.300**	64.500	64.500	64.500
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0	0	**0**	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	318.600	131.000	**449.600**	265.700	255.700	255.200
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	174.700	0	**174.700**	162.900	153.700	145.600
53	15	+ Transferaufwendungen	1.163.000	42.800	**1.205.800**	1.186.100	1.201.900	1.221.100
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	352.700	42.500	**395.200**	343.300	341.700	342.100
	17	**= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**2.076.300**	**216.300**	**2.292.600**	**2.022.500**	**2.017.500**	**2.028.500**
	18	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 17)**	**-354.300**	**28.500**	**-325.800**	**-170.300**	**-131.200**	**-90.800**
46	19	+ Finanzerträge	100	0	**100**	100	100	100
55	20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	25.600	0	**25.600**	68.100	66.500	64.900
	21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**-25.500**	**0**	**-25.500**	**-68.000**	**-66.400**	**-64.800**
	22	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)**	**-379.800**	**28.500**	**-351.300**	**-238.300**	**-197.600**	**-155.600**
49	23	+ außerordentliche Erträge	0	1.000	**1.000**	0	0	0
59	24	- außerordentliche Aufwendungen	0	63.100	**63.100**	0	0	0
	25	**= außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0**	**-62.100**	**-62.100**	**0**	**0**	**0**
	26	**= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)**	**-379.800**	**-33.600**	**-413.400**	**-238.300**	**-197.600**	**-155.600**
		Nachrichtlich:						
		Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen						
	48	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	248.000	91.000	**339.000**	203.000	203.000	203.000
	58	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	248.000	91.000	**339.000**	203.000	203.000	203.000
		= Ergebnis aus internen Leistungsbeziehungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

**** Ende der Liste "1. Nachtragshaushaltsplan für den Ergebnisplan" ****

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
60	1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	1.269.400	227.500	**1.496.900**	1.301.100	1.344.100	1.389.400
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	273.200	-1.700	**271.500**	263.500	263.700	273.700
62	3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	**0**	0	0	0
63	4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	400	0	**400**	400	400	400
641 642 646	5	+ Privatrechtiche Leistungsentgelte	45.700	0	**45.700**	45.700	45.700	45.700
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.200	19.000	**31.200**	11.200	5.900	5.900
65	7	+ Sonstige Einzahlungen	28.000	0	**28.000**	28.000	28.000	28.000
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	600	1.000	**1.600**	600	600	600
	9	**= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.629.500**	**245.800**	**1.875.300**	**1.650.500**	**1.688.400**	**1.743.700**
70	10	+ Personalauszahlungen	67.300	0	**67.300**	64.500	64.500	64.500
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0	0	**0**	0	0	0
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	318.600	131.000	**449.600**	265.700	255.700	255.200
75	13	+ Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	25.600	63.100	**88.700**	68.100	66.500	64.900
73	14	+ Transferauszahlungen	1.163.000	42.800	**1.205.800**	1.186.100	1.201.900	1.221.100
74	15	+ Sonstige Auszahlungen	352.700	42.500	**395.200**	343.300	341.700	342.100
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 bis 15)**	**1.927.200**	**279.400**	**2.206.600**	**1.927.700**	**1.930.300**	**1.947.800**
	17	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9 ./. 16)**	**-297.700**	**-33.600**	**-331.300**	**-277.200**	**-241.900**	**-204.100**
681	18	+ Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	170.000	0	**170.000**	0	0	0
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	0	**0**	333.000	333.000	334.000
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichem Anlagevermögen	0	0	**0**	0	0	0
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	**0**	0	0	0
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	**0**	0	0	0
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen Dritter)	0	0	**0**	0	0	0
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0	0	**0**	410.000	410.000	410.000
689	25	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	**0**	0	0	0
	26	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**170.000**	**0**	**170.000**	**743.000**	**743.000**	**744.000**
781	27	+ Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	**0**	0	0	0
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	655.000	0	**655.000**	0	0	0
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	21.100	1.000	**22.100**	4.000	4.000	4.000
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	**0**	0	0	0
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	620.000	2.000	**622.000**	1.170.000	0	0
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0	0	**0**	0	0	0
787	33	+ Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	**0**	0	0	0
	34	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Zeilen 27 bis 33)**	**1.296.100**	**3.000**	**1.299.100**	**1.174.000**	**4.000**	**4.000**
	35	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26 ./. 34)**	**-1.126.100**	**-3.000**	**-1.129.100**	**-431.000**	**739.000**	**740.000**
672	35a	+ Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	**0**	0	0	0
772	35b	- Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0	0	**0**	0	0	0

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
	35c	**= Saldo aus fremden Finanzmitteln**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17, 35 und 35c)**	**-1.423.800**	**-36.600**	**-1.460.400**	**-708.200**	**497.100**	**535.900**
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.105.000	0	**1.105.000**	1.170.000	0	0
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0	0	**0**	0	0	0
792	39	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	58.200	0	**58.200**	98.500	132.600	2.243.700
795	40	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0	0	**0**	0	0	0
	41	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit**	**1.046.800**	**0**	**1.046.800**	**1.071.500**	**-132.600**	**-2.243.700**
	42	**= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (Zeilen 36 und 41)**	**-377.000**	**-36.600**	**-413.600**	**363.300**	**364.500**	**-1.707.800**
	42c	**= Saldo des Finanzplans**	**-377.000**	**-36.600**	**-413.600**	**363.300**	**364.500**	**-1.707.800**
	43	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	-177.942	0	**-177.942**	-591.542	-228.242	136.258
	44	**= Liquide Mittel (Zeilen 42c und 43)**	**-554.942**	**-36.600**	**-591.542**	**-228.242**	**136.258**	**-1.571.542**

**** Ende der Liste "1. Nachtragshaushaltsplan für den Finanzplan" ****

1 Fachbereich Zentrale Dienste

Produkt 11110 Gemeindeorgane

Verantwortlich für den Teilhaushalt	*Beschreibung des Teilhaushalts*
Herr Wulff	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Zentrale Dienste.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Herr Wulff - Fachbereich Zentrale Dienste	Gemeindevertretung Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Zentrale Dienstleistungen für die Gemeindeorgane	- Koordinierung der Sitzungen und Betreuung der Gremien - Angelegenheiten der interkommunalen Zusammenarbeit - Pflege der Ortsrechtsammlung - Bekanntmachungen - Planung der Einwohnerversammlungen - Beschlussüberwachung - Klärung kommunalrechtlicher Fragen - Bereitstellung einer Internetanbindung für die Gemeinde
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Gemeindeordnung (GO), Hauptsatzung, Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde, Entschädigungssatzung
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Mitglieder der gemeindlichen Gremien, Presse, Bürger, Fachbereiche	- Verbesserung der Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Einwohnern - Sicherstellung eines reibungslosen und termingerechten Zusammenwirkens von Verwaltung, Politik und Einwohner - Organisatorische und fachliche Unterstützung der Gemeindevertretung sowie aller weiteren Gremien zur kommunalen Willensbildung -Veröffentlichung des geltenden Ortsrechts im Internet

Operationale Ziele

- Fristgerechter Versand der Einladungen mit Tagesordnung und allen relevanten Unterlagen nach Geschäftsordnung der Gemeinde
- Reibungsloser Ablauf der Sitzungsdienste, insbesondere aussagekräftige Beschlussvorlagen, Erwirkung einer aussagekräftigen Beschlussfassung sowie eine fachgerechte und zeitnahme Umsetzung der Beschlüsse
- Versand der Protokolle an die/den Vorsitzende/n innerhalb von 10 Tagen nach Sitzungstermin

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	100	0	**100**	100	100	100
	10	**= ordentliche Erträge**	**100**	**0**	**100**	**100**	**100**	**100**
50	11	Personalaufwendungen	7.200	0	**7.200**	7.200	7.200	7.200
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.000	0	**4.000**	4.000	4.000	4.000
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	22.300	1.000	**23.300**	23.300	23.300	23.300
		5421001 Sitzungsgeld, Reisekosten	*5.000*	*1.000*	***6.000***	*6.000*	*6.000*	*6.000*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**33.500**	**1.000**	**34.500**	**34.500**	**34.500**	**34.500**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-33.400**	**-1.000**	**-34.400**	**-34.400**	**-34.400**	**-34.400**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-33.400**	**-1.000**	**-34.400**	**-34.400**	**-34.400**	**-34.400**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-33.400**	**-1.000**	**-34.400**	**-34.400**	**-34.400**	**-34.400**

1. Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan 2017

Gemeinde: 13 Hetlingen

1 Fachbereich Zentrale Dienste

Produkt **11110 Gemeindeorgane**

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-33.400**	**-1.000**	**-34.400**	**-34.400**	**-34.400**	**-34.400**

2 Fachbereich Bürgerservice und Ordnung

Produkt **12100 Statistik und Wahlen**

Verantwortlich für den Teilhaushalt	***Beschreibung des Teilhaushalts***
Herr Hauschildt	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bürgerservice und Ordnung.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Herr Hauschildt - Fachbereich Bürgerservice und Ordnung	Gemeindevertretung, Wahlprüfungsausschuss
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Durchführung von Wahlen und Abstimmungen	- Volkszählungen - Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlen, Volks- und Bürgerbegehren, Volks- und Bürgerentscheiden
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Grundgesetz (GG), Volkszählungsgesetz (VZG) sowie wahlrechtliche Vorschriften (Gemeinde- und Kreiswahlgesetz (GKWG), Gemeinde- und Kreiswahlordnung (GKWO)
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Bürger/innen, Parteien und Wählervereinigungen, Statistisches Amt, Bund, Land und Kreis.	- Termingerechte und ordnungsgemäße Erhebung der Daten - Vorbereitung und Durchführung der Wahlen unter Beachtung der jeweiligen Spezialgesetze, Durchführungsverordnungen und Verwaltungsvorschriften

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.000	-1.000	**0**	0	0	0
		4481000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Land	*1.000*	*-1.000*	***0***	*0*	*0*	*0*
	10	**= ordentliche Erträge**	**1.000**	**-1.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	2.300	-2.300	**0**	1.900	0	0
		5421000 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten-Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	*700*	*-700*	***0***	*900*	*0*	*0*
		5431000 Geschäftsaufwendungen	*1.600*	*-1.600*	***0***	*1.000*	*0*	*0*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**2.300**	**-2.300**	**0**	**1.900**	**0**	**0**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-1.300**	**1.300**	**0**	**-1.900**	**0**	**0**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-1.300**	**1.300**	**0**	**-1.900**	**0**	**0**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-1.300**	**1.300**	**0**	**-1.900**	**0**	**0**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-1.300**	**1.300**	**0**	**-1.900**	**0**	**0**

2 Fachbereich Bürgerservice und Ordnung

Produkt **12201 Schiedsamt**

Verantwortlich für den Teilhaushalt	***Beschreibung des Teilhaushalts***
Herr Hauschildt	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bürgerservice und Ordnung.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Herr Hauschildt	Gemeindevertretung
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Bearbeitung von Schiedsamtsangelegenheiten	Schlichtung in privaten, bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Landesschlichtungsgesetz (LSchliG), Schiedsordnung
Zielgruppe	
Einwohner/innen	

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	0	**100**	100	100	100
	10	**= ordentliche Erträge**	**100**	**0**	**100**	**100**	**100**	**100**
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	600	0	**600**	600	600	600
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**600**	**0**	**600**	**600**	**600**	**600**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**

2 Fachbereich Bürgerservice und Ordnung

Produkt **12210 Bürgerbüro**

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Hauschildt

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Hauschildt

Kurzbeschreibung

Erste Anlaufstelle für die Einwohner/innen der Gemeinde für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, z.B. Wahrnehmung aller Aufgaben des Meldewesens einschl. aller Tätigkeiten im Zusammenahng mit Ausweis- und Reisedokumenten sowie Fundbüro

Aufgabenwahrnehmung

pflichtig

Zielgruppe

Einwohner/innen, andere Behörden und Insitutionen

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bürgerservice und Ordnung.

Produktleistungen

- Verarbeitung aller melderechtlichen Vorgänge, insbesondere An-, Ab- und Ummeldungen
- Änderung der Wohnanschrift bei Kfz-Scheinen (innerhalb des Kreises Pinneberg)
- Ausstellung sonstiger Bescheinigungen für Einwohner/innen des Amtsbereiches im Rahmen des Meldewesens
- Abwicklung aller Ausweis- und Passangelegenheiten für die Bürger/innen
- Erteilung von Auskünften aus dem Gewerberegister, Gewerbean-, ab- und ummeldungen
- Verwaltung von Fundsachen

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage

Landesmeldegesetz (LMG), Melderechtsrahmengesetz (MRRG), Lohnsteuergesetz, Passgesetz (PaßG), Personalausweisgesetz (PersAuswG), Gewerbeordnung (GewO), diverse Wahlgesetze sowie zugehörige Verordnungen

Strategische Ziele

Bürgernahe fachkundige und effiziente Beratung und Sachbearbeitung mit dem Ziel der permanenten Steigerung der Kundenzufriedenheit.

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
53	15	+ Transferaufwendungen	0	2.900	**2.900**	2.900	2.900	2.900
		5312000 Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke Gemeinden (GV)	*0*	*2.900*	***2.900***	*2.900*	*2.900*	*2.900*
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	0	500	**500**	500	500	500
		5431300 Geschäftsaufwendungen - Geschäftsausgaben	*0*	*500*	***500***	*500*	*500*	*500*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**0**	**3.400**	**3.400**	**3.400**	**3.400**	**3.400**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**0**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**0**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**0**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**0**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**

2 Fachbereich Bürgerservice und Ordnung

Produkt 12600 Brandschutz

Verantwortlich für den Teilhaushalt	*Beschreibung des Teilhaushalts*
Herr Hauschildt	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bürgerservice und Ordnung.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Herr Hauschildt	Gemeindevertretung Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	- Rettung von Personen und Tieren, Gefahrenabwehr im Rahmen der technischen Hilfeleistung - Gewährleistung der technischen und fachlichen Einsatzbereitschaft der Feuerwehr
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Brandschutzgesetz Schleswig-Holstein (BrSchG), Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz, Feuerwehrgebührensatzung
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Bevölkerung, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, andere Hilfsorganisationen	- Unterhaltung einer leistungsfähigen Freiwilligen Feuerwehr in Hetlingen, die kooperativ mit den Nachbargemeinden zusammenarbeitet - Sicherstellung eines effektiven vorbeugenden Brandschutzes durch regelmäßige Betriebsbegehungen - Rechtssichere Realisierung von Forderungen bei kostenpflichtigen Einsätzen

Operationale Ziele

- Zeitliche Einsatzorterreichung innerhalb von 15 Minuten
- Einhaltung der notwendigen Einsatzstärke
- Sicherung der Einsatzstärke durch aktive Anwerbung junger Menschen für die Freiwillige Feuerwehr und die Bereitstellung einer Jugendfeuerwehr in Kooperation mit den Nachbargemeinden
- Begehung einzelner Betriebe gemäß Vorschrift

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.400	0	**8.400**	6.700	6.700	3.700
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	300	0	**300**	300	300	300
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.700	0	**1.700**	1.700	1.700	1.700
	10	**= ordentliche Erträge**	**10.400**	**0**	**10.400**	**8.700**	**8.700**	**5.700**
50	11	Personalaufwendungen	500	0	**500**	500	500	500
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.000	0	**17.000**	13.800	13.800	13.800
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	24.600	0	**24.600**	18.500	16.900	9.800
53	15	+ Transferaufwendungen	2.700	0	**2.700**	2.700	2.700	2.700
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	12.400	0	**12.400**	12.400	12.400	12.400
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**57.200**	**0**	**57.200**	**47.900**	**46.300**	**39.200**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-46.800**	**0**	**-46.800**	**-39.200**	**-37.600**	**-33.500**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-46.800**	**0**	**-46.800**	**-39.200**	**-37.600**	**-33.500**
49	24	+ außerordentliche Erträge	0	1.000	**1.000**	0	0	0
		4911431 Periodenfremde Erträge - Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	*0*	*1.000*	***1.000***	*0*	*0*	*0*
	26	**= außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 24 und 25)**	**0**	**1.000**	**1.000**	**0**	**0**	**0**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-46.800**	**1.000**	**-45.800**	**-39.200**	**-37.600**	**-33.500**
58	29	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	30.500	22.900	**53.400**	30.500	30.500	30.500

2 Fachbereich Bürgerservice und Ordnung

Produkt **12600 Brandschutz**

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
		5811000 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	*30.500*	*22.900*	***53.400***	*30.500*	*30.500*	*30.500*
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-77.300**	**-21.900**	**-99.200**	**-69.700**	**-68.100**	**-64.000**

3 Fachbereich Finanzen

Produkt 53500 Konzessionsabgaben

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Neumann

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Finanzen.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Neumann - Fachbereich Finanzen

Fachausschuss

Finanzausschuss Hetlingen

Kurzbeschreibung

Wegenutzungsverträge und Konzessionsabgaben für Strom und Gas

Produktleistungen

- Vergabe von Konzessionen für Strom und Gas
- Abschluss und Aktualisierung der wegenutzungsverträge (aktuelle Vertragslaufzeit 1.1.2011 - 31.12.2030)
- Vereinnahmung der Konzessionsabgaben

Aufgabenwahrnehmung

pflichtig

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage

Beschlüsse der gemeindlichen Gremien, Konzessionsabgabenverordnung (KAV)

Zielgruppe

Selbstverwaltungsgremien, Verwaltungsleitung, Versorgungsunternehmen

Strategische Ziele

- Sicherung der Versorgung des Gemeindegebietes mit Strom und Gas
- Erzielung der höchstmöglichen Konzessionsabgabe

Kennzahlen

Abrechnung 2012: Strom = 36.957,90 €
Gas = 5.812,20 €

Abrechnung 2013: Strom = 38.698,15 €
Gas = 3.124,91 €

Abrechnung 2014: Strom = 43.296,68 €
Gas = 5.823,01 €

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	28.000	0	**28.000**	28.000	28.000	28.000
	10	**= ordentliche Erträge**	**28.000**	**0**	**28.000**	**28.000**	**28.000**	**28.000**
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**28.000**	**0**	**28.000**	**28.000**	**28.000**	**28.000**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**28.000**	**0**	**28.000**	**28.000**	**28.000**	**28.000**
59	25	- außerordentliche Aufwendungen	0	23.800	**23.800**	0	0	0
		5911550 Periodenfremde Aufwendungen aus sonstigen ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	*0*	*23.800*	***23.800***	*0*	*0*	*0*
	26	**= außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 24 und 25)**	**0**	**-23.800**	**-23.800**	**0**	**0**	**0**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**28.000**	**-23.800**	**4.200**	**28.000**	**28.000**	**28.000**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**28.000**	**-23.800**	**4.200**	**28.000**	**28.000**	**28.000**

3 Fachbereich Finanzen

Produkt **55300 Gräberfürsorge**

Verantwortlich für den Teilhaushalt	***Beschreibung des Teilhaushalts***
Herr Neumann	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Finanzen.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Herr Neumann - Fachbereich Finanzen	Finanzausschuss Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Zuschuss für die Unterhaltung des Friedhofes der Gemeinde Holm	Gewährung eines Zuschusses an die Gemeinde Holm für die Unterhaltung des Friedhofes
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Beschlüsse politischer Gremien
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Einwohner/innen	Erhaltung der Mitnutzung des Kommunalfriedhofes in der Nachbargemeinde Holm

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
53	15	+ Transferaufwendungen	5.500	0	**5.500**	5.600	5.700	5.800
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**5.500**	**0**	**5.500**	**5.600**	**5.700**	**5.800**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-5.500**	**0**	**-5.500**	**-5.600**	**-5.700**	**-5.800**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-5.500**	**0**	**-5.500**	**-5.600**	**-5.700**	**-5.800**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-5.500**	**0**	**-5.500**	**-5.600**	**-5.700**	**-5.800**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-5.500**	**0**	**-5.500**	**-5.600**	**-5.700**	**-5.800**

3 Fachbereich Finanzen

Produkt **57390 Dividende**

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Neumann

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Finanzen.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Neumann - Fachbereich Finanzen

Fachausschuss

Finanzausschuss Hetlingen

Kurzbeschreibung

Dividende der Raiffeisenbank Elbmarsch e.G.

Produktleistungen

Dividendenzahlung aufgrund der Mitgliedschaft der Gemeinde bei der Raiffeisenbank Elbmarsch e.G.

Aufgabenwahrnehmung

freiwillig

Zielgruppe

Raiffeisenbank Elbmarsch e.G.

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
46	20	+ Finanzerträge	100	0	**100**	100	100	100
	22	**= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)**	**100**	**0**	**100**	**100**	**100**	**100**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**100**	**0**	**100**	**100**	**100**	**100**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**100**	**0**	**100**	**100**	**100**	**100**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**100**	**0**	**100**	**100**	**100**	**100**

3 Fachbereich Finanzen

Produkt 61100 Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Neumann

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Finanzen.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Neumann - Fachbereich Finanzen

Fachausschuss

Finanzausschuss Hetlingen

Kurzbeschreibung

Nachweis und Bereitstellung der allgemeinen Deckungsmittel und Abwicklung des Finanzausgleichs

Produktleistungen

- Veranschlagung der folgenden Einnahmen:
Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Hundesteuer, Umsatzsteuerbeteiligung und steuerähnliche Erträge, allgemeine Zuweisungen des Finanzausgleichs
- Veranschlagung der folgenden Ausgaben:
allgemeine Umlagen (z. B. Amtsumlage, Kreisumlage), Gewerbesteuerumlagen

Aufgabenwahrnehmung

pflichtig

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage

Grundsteuergesetz (GrStG), Gewerbesteuergesetz (GewStG), Kreisordnung (KrO), Kreishaushaltssatzung, Abgabenordnung (AO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), Finanzausgleichsgesetz (FAG), Kommunalabgabengesetz (KAG), Satzungsrecht

Zielgruppe

Gemeindevertretung, Verwaltung, übergeordnete Dienststellen

Strategische Ziele

Mitfinanzierung des Gemeindehaushaltes durch allgemeine Deckungsmittel zur Erreichung des Haushaltsausgleichs

Operationale Ziele

Termingerechte Abforderung bzw. Auszahlung der Steuern und Umlagen

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.269.400	227.500	**1.496.900**	1.301.100	1.344.100	1.389.400
		4012000 Grundsteuer B	*210.000*	*7.000*	***217.000***	*211.000*	*212.000*	*213.000*
		4013000 Gewerbesteuer	*160.000*	*220.000*	***380.000***	*160.000*	*160.000*	*160.000*
		4051000 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	*68.400*	*500*	***68.900***	*71.000*	*73.000*	*75.000*
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	236.300	-1.700	**234.600**	238.600	250.500	260.500
		4111000 Schlüsselzuweisungen	*236.300*	*-1.700*	***234.600***	*238.600*	*250.500*	*260.500*
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	500	0	**500**	500	500	500
	10	**= ordentliche Erträge**	**1.506.200**	**225.800**	**1.732.000**	**1.540.200**	**1.595.100**	**1.650.400**
53	15	+ Transferaufwendungen	745.100	39.800	**784.900**	772.900	801.700	815.800
		5341000 Gewerbesteuerumlage	*29.500*	*40.500*	***70.000***	*29.500*	*29.500*	*14.800*
		5372000 Kreisumlage	*531.600*	*-700*	***530.900***	*552.200*	*573.600*	*595.000*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**745.100**	**39.800**	**784.900**	**772.900**	**801.700**	**815.800**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**761.100**	**186.000**	**947.100**	**767.300**	**793.400**	**834.600**
55	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	500	0	**500**	500	500	500
	22	**= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**760.600**	**186.000**	**946.600**	**766.800**	**792.900**	**834.100**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**760.600**	**186.000**	**946.600**	**766.800**	**792.900**	**834.100**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**760.600**	**186.000**	**946.600**	**766.800**	**792.900**	**834.100**

3 Fachbereich Finanzen

Produkt 61200 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Neumann

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Finanzen.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Neumann - Fachbereich Finanzen

Fachausschuss

Finanzausschuss Hetlingen

Kurzbeschreibung

Zentrale Schuldens- und Vermögensbewirtschaftung

Produktleistungen

Kredite, Schuldendienstleistungen

Aufgabenwahrnehmung

pflichtig

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage

Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), Haushaltssatzung, vertragliche Vereinbarungen

Zielgruppe

Gemeindevertretung, Verwaltung, Vertragspartner

Strategische Ziele

Wirtschaftliche Bereitstellung der notwendigen Darlehensmittel für Investitionen

Operationale Ziele

- Optimale Vereinbarung von Darlehenskonditionen
- Initiierung finanzieller Gemeinschaftsprojekte mit Nachbargemeinden und der Privatwirtschaft zur Entlastung des eigenen Haushaltes
- Suche von Dritt- oder Fördermitteln bei der Realisierung von Investitionsprojekten
- Beachtung von Wirtschaftlichkeitsprinzipien und die Durchführung von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen bei allen finaanziell relevanten gemeindlichen Naßnahmen und Projekten

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
55	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	25.100	0	**25.100**	67.600	66.000	64.400
	22	**= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)**	**-25.100**	**0**	**-25.100**	**-67.600**	**-66.000**	**-64.400**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-25.100**	**0**	**-25.100**	**-67.600**	**-66.000**	**-64.400**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-25.100**	**0**	**-25.100**	**-67.600**	**-66.000**	**-64.400**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-25.100**	**0**	**-25.100**	**-67.600**	**-66.000**	**-64.400**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt 21100 Grundschule

Verantwortlich für den Teilhaushalt	*Beschreibung des Teilhaushalts*
Frau Jathe-Klemm	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Soziales und Kultur.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Frau Jathe-Klemm - Fachbereich Soziales und Kultur	Schul- und Sozialausschuss Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Bereitstellung und Betrieb der Grundschule in Hetlingen als Primarstufe für alle schulpflichtigen Kinder aus Hetlingen (Grundschule Haseldorfer Marsch)	Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebs durch Schaffung der sächlichen und personellen Voraussetzungen in Erfüllung der Aufgaben des örtlichen Schulträgers durch: - Entwicklungsplanung - Betrieb des Schulgebäudes - Bereitstellung der Einrichtung, Lehr- und Lernmittel und des übrigen Sachbedarfs - Abwicklung von Versicherungsangelegenheiten - Öffentlichkeitsarbeit/Beratung/Auskünfte - Abrechnung und Leistung von Schulkostenbeiträgen
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Schulgesetz Schleswig-Holstein (SchulG)
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Schüler/innen, Eltern und Erzeihungsberechtigte, Schulleitung und Lehrkräfte, Schulbehörden	- Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Schulangebotes im Bereich der Primarstufe, - Steigerung von Qualität und Attraktivität der Grundschule Haseldorfer Marsch - Erhalt des Grundschulstandortes in Hetlingen
Operationale Ziele	***Kennzahlen***
- Einbindung der Grundschule in das dörfliche Gemeinschafts- und Vereinsleben an beiden Schulstandorten - Qualitativ hochwertige Ausstattung der Grundschule	Schülerzahlen am Schulstandort Hetlingen: zum Schuljahresbeginn 2014/2015 = 44 zum Schuljahresbeginn 2015/2016 = 34 zum Schuljahresbeginn 2016/2017 = 35 Schulkostenbeiträge an andere Schulträger: 2013 = 10 Schüler/innen 2014 = 12 Schüler/innen 2015 = 14 Schüler/innen

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.800	0	**2.800**	2.500	2.500	2.500
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	800	0	**800**	800	800	800
	10	**= ordentliche Erträge**	**3.600**	**0**	**3.600**	**3.300**	**3.300**	**3.300**
50	11	Personalaufwendungen	2.800	0	**2.800**	0	0	0
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.500	0	**8.500**	8.500	8.500	8.500
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	3.000	0	**3.000**	2.500	300	100
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	63.300	-4.800	**58.500**	58.800	59.100	59.500
		5441200 Schülerunfallversicherung	*1.900*	*200*	***2.100***	*2.100*	*2.100*	*2.100*
		5452100 Schulkostenbeiträge	*32.000*	*-5.000*	***27.000***	*27.000*	*27.000*	*27.000*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**77.600**	**-4.800**	**72.800**	**69.800**	**67.900**	**68.100**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-74.000**	**4.800**	**-69.200**	**-66.500**	**-64.600**	**-64.800**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-74.000**	**4.800**	**-69.200**	**-66.500**	**-64.600**	**-64.800**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **21100 Grundschule**

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-74.000**	**4.800**	**-69.200**	**-66.500**	**-64.600**	**-64.800**
58	29	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	32.300	0	**32.300**	32.300	32.300	32.300
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-106.300**	**4.800**	**-101.500**	**-98.800**	**-96.900**	**-97.100**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **21700 Gymnasium**

Verantwortlich für den Teilhaushalt	***Beschreibung des Teilhaushalts***
Frau Jathe-Klemm	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Soziales und Kultur.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Frau Jathe-Klemm	Schul- und Sozialausschuss Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Leistungen von Schulkostenbeiträgen für den Besuch von Gymnasien	Abrechnung und Leistung von Schulkostenbeiträgen für den Besuch von Gymnasien durch Hetlinger Schüler/innen
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Schulgesetz Schleswig-Holstein (SchulG)
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Schüler/innen, Eltern und Erziehungsberechtigte, Schulleitung und Lehrkräfte	- Sicherstellung eines bedarfsgerechten Schulangebotes
Operationale Ziele	***Kennzahlen***
- Zügige und sachgerechte Prüfung - Fristgerechte Zahlung der Schulkostenbeiträge	Schülerzahlen: 2013 = 44 2014 = 45 2015 = 40

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	60.000	2.000	**62.000**	62.000	62.000	62.000
		5452100 Schulkostenbeiträge	*60.000*	*2.000*	***62.000***	*62.000*	*62.000*	*62.000*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**60.000**	**2.000**	**62.000**	**62.000**	**62.000**	**62.000**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-60.000**	**-2.000**	**-62.000**	**-62.000**	**-62.000**	**-62.000**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-60.000**	**-2.000**	**-62.000**	**-62.000**	**-62.000**	**-62.000**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-60.000**	**-2.000**	**-62.000**	**-62.000**	**-62.000**	**-62.000**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-60.000**	**-2.000**	**-62.000**	**-62.000**	**-62.000**	**-62.000**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt 21820 Gemeinschaftsschule

Verantwortlich für den Teilhaushalt	***Beschreibung des Teilhaushalts***
Frau Jathe-Klemm	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Soziales und Kultur.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Frau Jathe-Klemm	Schul- und Sozialausschuss Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Leistung von Schulkostenbeiträgen für den Besuch von Gemeinschaftsschulen	Abrechnung und Leistung von Schulkostenbeiträgen für den Besuch einer Gemeinschaftsschule durch Hetlinger Schüler/innen
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Schulgesetz Schleswig-Holstein (SchulG)
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Schüler/innen, Eltern und Erziehungsberechtigte, Schulleitung und Lehrkräfte, Schulbehörden	- Sicherstellung eines bedarfsgerechten Schulangebotes
Operationale Ziele	***Kennzahlen***
- Zügige und sachgerechte Prüfung - Fristgerechte Zahlung der Schulkostenbeiträge	Schülerzahlen: 2013 = 70 2014 = 64 2015 = 61

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	102.000	41.000	**143.000**	143.000	143.000	143.000
		5452100 Schulkostenbeiträge	*102.000*	*41.000*	***143.000***	*143.000*	*143.000*	*143.000*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**102.000**	**41.000**	**143.000**	**143.000**	**143.000**	**143.000**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-102.000**	**-41.000**	**-143.000**	**-143.000**	**-143.000**	**-143.000**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-102.000**	**-41.000**	**-143.000**	**-143.000**	**-143.000**	**-143.000**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-102.000**	**-41.000**	**-143.000**	**-143.000**	**-143.000**	**-143.000**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-102.000**	**-41.000**	**-143.000**	**-143.000**	**-143.000**	**-143.000**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **22100 Förderschule**

Verantwortlich für den Teilhaushalt	***Beschreibung des Teilhaushalts***
Frau Jathe-Klemm	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Soziales und Kultur.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Frau Jathe-Klemm	Schul- und Sozialausschuss Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Leistung von Schulkostenbeiträgen für den Besuch von Förderschulen	Abrechnung und Leistung von Schulkostenbeiträgen für den Besuch einer Förderschule durch Hetlinger Schüler/innen
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Schulgesetz Schleswig-Holstein (SchulG)
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Schüler/innen, Eltern und Erziehungsberechtigte, Schulleitung und Lehrkräfte, Schulbehörden	- Sicherstellung eines bedarfsgerechten Schulangebotes
Operationale Ziele	***Kennzahlen***
- Zügige und sachgerechte Prüfung - Fristgerechte Zahlung der Schulkostenbeiträge	Schülerzahlen: 2013 = 2 2014 = 5 2015 = 8

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	16.000	-11.000	**5.000**	5.000	5.000	5.000
		5452100 Schulkostenbeiträge	*16.000*	*-11.000*	***5.000***	*5.000*	*5.000*	*5.000*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**16.000**	**-11.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-16.000**	**11.000**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-16.000**	**11.000**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-16.000**	**11.000**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-16.000**	**11.000**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **24100 Schülerbeförderung**

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Frau Jathe-Klemm

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Soziales und Kultur.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Frau Jathe-Klemm

Fachausschuss

Schul- und Sozialausschuss Hetlingen

Kurzbeschreibung

Sicherung und Optimierung der Schülerbeförderung zum Schwimmunterricht für Hetlinger Grundschüler und Finanzierung des Gemeindeanteils der Schülerbeförderung zu auswärtigen Schulen

Aufgabenwahrnehmung

pflichtig

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage

Schulgesetz Schleswig-Holstein (SchulG), Schülerbeförderungssatzung des Kreises Pinneberg

Zielgruppe

Schüler/innen, Eltern und Erziehungsberechtigte

Strategische Ziele

- Gewährleistung des Besuches auswärtiger Schulen

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	1.400	0	**1.400**	1.400	1.400	1.400
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**1.400**	**0**	**1.400**	**1.400**	**1.400**	**1.400**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-1.400**	**0**	**-1.400**	**-1.400**	**-1.400**	**-1.400**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-1.400**	**0**	**-1.400**	**-1.400**	**-1.400**	**-1.400**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-1.400**	**0**	**-1.400**	**-1.400**	**-1.400**	**-1.400**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-1.400**	**0**	**-1.400**	**-1.400**	**-1.400**	**-1.400**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **31560 Andere soziale Einrichtungen**

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Frau Jathe-Klemm

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Soziales und Kultur.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Frau Jathe-Klemm

Fachausschuss

Schul- und Sozialausschuss Hetlingen

Kurzbeschreibung

"De Notnogels" ist ein unentgeltliches Angebot an sozialen Leistungen und Hilfestellungen für alle Hetlingerinnen und Hetlinger

Aufgabenwahrnehmung

freiwillig

Zielgruppe

Einwohner/innen

Strategische Ziele

Hilfe im Alltag für jedermann zu jederzeit

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	200	0	**200**	200	200	200
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**200**	**0**	**200**	**200**	**200**	**200**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-200**	**0**	**-200**	**-200**	**-200**	**-200**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-200**	**0**	**-200**	**-200**	**-200**	**-200**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-200**	**0**	**-200**	**-200**	**-200**	**-200**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-200**	**0**	**-200**	**-200**	**-200**	**-200**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **33100 Förderung der Wohlfahrtspflege**

Verantwortlich für den Teilhaushalt	*Beschreibung des Teilhaushalts*
Frau Jathe-Klemm	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Soziales und Kultur.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Frau Jathe-Klemm	Schul- und Sozialausschuss Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Gemeindliche Seniorenarbeit	Freizeitangebote für Senioren
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
freiwillig	Beschlüsse der Gemeindevertretung, Anträge von Trägern der Wohlfahrtspflege
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Einwohner/innen, Träger der freien Wohlfahrtspflege	Durchführung einer Ausfahrt für die Senioren und Veranstaltung einer Weihnachtsfeier

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	1.600	0	**1.600**	1.600	1.600	1.600
	10	**= ordentliche Erträge**	**1.600**	**0**	**1.600**	**1.600**	**1.600**	**1.600**
53	15	+ Transferaufwendungen	4.500	0	**4.500**	4.500	4.500	4.500
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**4.500**	**0**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**4.500**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-2.900**	**0**	**-2.900**	**-2.900**	**-2.900**	**-2.900**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-2.900**	**0**	**-2.900**	**-2.900**	**-2.900**	**-2.900**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-2.900**	**0**	**-2.900**	**-2.900**	**-2.900**	**-2.900**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-2.900**	**0**	**-2.900**	**-2.900**	**-2.900**	**-2.900**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt 36210 Jugendarbeit

Verantwortlich für den Teilhaushalt	*Beschreibung des Teilhaushalts*
Frau Jathe-Klemm	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Soziales und Kultur.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Frau Jathe-Klemm	Schul- und Sozialausschuss Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
- Förderung der Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendhilfe - Bereitstellung von Angeboten und Projekten	- Betreuung der Jugendhilfeeinrichtungen - Zuschüsse für Jugendprojekte/Jugendarbeit
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), Jugendförderungsgesetz Schleswig-Holstein (JuFöG), Beschlüsse der Gemeindevertretung
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Kinder und Jugendliche, Vereine, Verbände und Institutionen	- Förderung von Angeboten und Projekten für Kinder und Jugendliche - Erhalt einer Jugendpflegerin/eines Jugendpflegers sowie eines Jugendraumes als Treffpunkt in Hetlingen (in Kooperation mit den Nachbargemeinden) - Sicherstellung eines vielfältigen jugendgerechten Angebotes in Hetlingen

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
50	11	Personalaufwendungen	8.600	0	**8.600**	8.600	8.600	8.600
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.500	0	**15.500**	15.000	15.500	15.000
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	100	0	**100**	100	0	0
53	15	+ Transferaufwendungen	500	0	**500**	500	500	500
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	100	0	**100**	100	100	100
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**24.800**	**0**	**24.800**	**24.300**	**24.700**	**24.200**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-24.800**	**0**	**-24.800**	**-24.300**	**-24.700**	**-24.200**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-24.800**	**0**	**-24.800**	**-24.300**	**-24.700**	**-24.200**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-24.800**	**0**	**-24.800**	**-24.300**	**-24.700**	**-24.200**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-24.800**	**0**	**-24.800**	**-24.300**	**-24.700**	**-24.200**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt 36500 Kindertagesstätten

Verantwortlich für den Teilhaushalt	*Beschreibung des Teilhaushalts*
Frau Jathe-Klemm	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Soziales und Kultur.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Frau Jathe-Klemm	Schul- und Sozialausschuss Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Sicherstellung und Finanzierung von familienunterstützender Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern in Kindertagesstätten durch Finanzierung der in der Trägerschaft des DRK Kreisverbandes Pinneberg betriebenen Kindertagesstätte	- Finanzierung der Einrichtung in freier Trägerschaft - Auszahlung der gemeindlichen Zuschüsse und Prüfung der Verwendungsnachweise - Kindertagesstättenbedarfsplanung, Koordination, bedarfsgerechter Ausbau
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), Kindertagesstättengesetz (KiTaG), Kindertagesstättenverordnung (KiTaVO)
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Kinder bis zur Einschulung, Erziehungsberechtigte, Träger von Kindertagesstätten	- Optimierung der Kostenstruktur bei gleichbleibender pädagogischer Qualität - Sicherstellung der Kindertagesplätze für jedes Kind - Erhalt der Kindertagesstätte in Hetlingen mit einem attraktiven, dem Arbeitsmarkt angepassten Betreuungsangebot
Operationale Ziele	***Kennzahlen***
- Jedes Kind ab 3 bis 6 Jahre soll auf Wunsch einen Kindergartenplatz erhalten. Kinder bis zum 3. Lenensjahr haben einen Anspruch auf einen Krippenplatz. - Qualitativ hochwertige Ausstattung der Kindertagesstätte	Angebot in der Kindertagesstätte Hetlingen: 2 Elementargruppen mit 20 bzw. 10 Plätzen 1 Krippengruppe mit 10 Plätzen 1 Familiengruppe mit 15 Plätzen Anzahl der Kita-Plätze insgesamt: 55 Zahl der Kinder in der Gemeinde bis zur Schulpflicht (01.07.2010 - 30.06.2016) = 65 (Vorjahr 64)

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.700	0	**9.700**	9.700	9.700	9.700
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	39.500	0	**39.500**	39.500	39.500	39.500
	10	**= ordentliche Erträge**	**49.200**	**0**	**49.200**	**49.200**	**49.200**	**49.200**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.700	0	**14.700**	10.500	0	0
53	15	+ Transferaufwendungen	353.400	100	**353.500**	358.700	363.700	368.700
		5318400 Zuschuss Betrieb Kindertagesstätte	*351.700*	*100*	***351.800***	*357.000*	*362.000*	*367.000*
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	26.200	0	**26.200**	26.200	26.200	26.200
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**394.300**	**100**	**394.400**	**395.400**	**389.900**	**394.900**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-345.100**	**-100**	**-345.200**	**-346.200**	**-340.700**	**-345.700**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-345.100**	**-100**	**-345.200**	**-346.200**	**-340.700**	**-345.700**
59	25	- außerordentliche Aufwendungen	0	39.300	**39.300**	0	0	0
		5911540 Periodenfremde Aufwendungen aus Transferaufwendungen	*0*	*39.300*	***39.300***	*0*	*0*	*0*
	26	**= außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 24 und 25)**	**0**	**-39.300**	**-39.300**	**0**	**0**	**0**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-345.100**	**-39.400**	**-384.500**	**-346.200**	**-340.700**	**-345.700**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **36500 Kindertagesstätten**

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
58	29	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	21.300	3.900	**25.200**	21.300	21.300	21.300
		5811000 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	*21.300*	*3.900*	***25.200***	*21.300*	*21.300*	*21.300*
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-366.400**	**-43.300**	**-409.700**	**-367.500**	**-362.000**	**-367.000**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **41200 Zuschüsse an soziale Einrichtungen**

Verantwortlich für den Teilhaushalt	*Beschreibung des Teilhaushalts*
Frau Jathe-Klemm	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Soziales und Kultur.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Frau Jathe-Klemm	Schul- und Sozialausschuss Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Gewährung von Zuschüssen an die Diakoniestation	Gewährung von Zuschüssen an die Diakoniestation zur Sicherstellung der Daseinsfürsorge
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
freiwillig	Beschlüsse politischer Gremien
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Diakoniestation	Sicherstellung der Daseinsfürsorge auf gemeindlicher Ebene

Operationale Ziele

- Sicherstellung der Finanzierung
- Vereinbarung von operationalen Zielen in Zusammenarbeit mit der Diakoniestation

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	4.200	100	**4.300**	4.200	4.200	4.200
		5452500 Kostenanteil Anlauf- und Vermittlungsstelle	*2.400*	*100*	***2.500***	*2.400*	*2.400*	*2.400*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**4.200**	**100**	**4.300**	**4.200**	**4.200**	**4.200**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-4.200**	**-100**	**-4.300**	**-4.200**	**-4.200**	**-4.200**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-4.200**	**-100**	**-4.300**	**-4.200**	**-4.200**	**-4.200**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-4.200**	**-100**	**-4.300**	**-4.200**	**-4.200**	**-4.200**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-4.200**	**-100**	**-4.300**	**-4.200**	**-4.200**	**-4.200**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **57500 Tourismus**

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Frau Jathe-Klemm

Produktverantwortlicher/Fachamt

Frau Jathe-Klemm

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Soziales und Kultur.

Produktleistungen

Förderung des Tourismus

Aufgabenwahrnehmung

freiwillig

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
	10	**= ordentliche Erträge**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	200	0	**200**	200	200	200
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**200**	**0**	**200**	**200**	**200**	**200**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-200**	**0**	**-200**	**-200**	**-200**	**-200**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-200**	**0**	**-200**	**-200**	**-200**	**-200**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-200**	**0**	**-200**	**-200**	**-200**	**-200**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-200**	**0**	**-200**	**-200**	**-200**	**-200**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **11120 Serviceleistungen**

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Goetze

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Fachausschuss

Gemeindevertretung Hetlingen

Produktleistungen

Bereitstellung einer Beförderungsmöglichkeit

Aufgabenwahrnehmung

freiwillig

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage

Auftrag der Verwaltungsführung

Zielgruppe

gemeindliche Einrichtungen, Vereine und Verbände, Einwohner/innen

Strategische Ziele

Vorhaltung einer Beförderungsmöglichkeit zur Nutzung durch gemeindliche Einrichtungen sowie Vereinen und Verbänden

Kennzahlen

Erstzulassung Gemeindebus: 23.07.2012

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.200	0	**2.200**	2.200	2.200	2.200
	10	**= ordentliche Erträge**	**2.200**	**0**	**2.200**	**2.200**	**2.200**	**2.200**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.000	0	**5.000**	5.000	5.000	5.000
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**5.000**	**0**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-2.800**	**0**	**-2.800**	**-2.800**	**-2.800**	**-2.800**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-2.800**	**0**	**-2.800**	**-2.800**	**-2.800**	**-2.800**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-2.800**	**0**	**-2.800**	**-2.800**	**-2.800**	**-2.800**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-2.800**	**0**	**-2.800**	**-2.800**	**-2.800**	**-2.800**

1. Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan 2017

Gemeinde: 13 Hetlingen

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt 11130 Gebäudemanagement

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Goetze

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Fachausschuss

Bau- und Wegeausschuss Hetlingen

Kurzbeschreibung

Bereitstellung, Unterhaltung und Bewirtschaftung von gemeindlichen Gebäuden

Produktleistungen

- Verwaltung und Vermietung von Gebäuden einschl. Außenanlagen an die Fachbereiche und sonstige Mieter
- Planung, Durchführung und Abrechnung von Neu-, Um-, Erwieterungsbauten, Modernisierung und Sanierung
- Bauherrenfunktion
- Wahrnehmung der Eigentümerfuktion
- Bauliche Unterhaltung
- Infrastrukturelle Leistungen (z.B. Reinigungsleistungen, Ver- und Entsorgung, Versicherung etc.)
- Energiemanagement

Aufgabenwahrnehmung

interne Serviceleistung

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage

Beschlüsse der politischen Gremien, Auftrag durch Fachbereiche und Verwaltungsführung, Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (LBO), Verdingungsordnung für Bauleistungen und für Lieferungen (VOB und VOL), Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Brandschutzbestimmungen, DIN-Vorschriften, Technische Anleitungen und Vertragsrahmenbedingungen, Energieeinsparverordnung (EnEV), Gemeindeordnung (GO)

Zielgruppe

Mieter, Gebäudenutzer, Fachbereich

Strategische Ziele

- Wirtschaftliche Verwaltung der gemeindlichen Gebäude
- Werterhaltung und -verbesserung

Operationale Ziele

- Kostenrechnung für die Gebäude
- Überblick über den Instandhaltungsstau
- Aufbau eines Energiecontrollings

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	31.400	0	**31.400**	19.400	19.400	19.400
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	100	0	**100**	100	100	100
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	20.000	**20.000**	0	0	0
		4487000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen	*0*	*20.000*	***20.000***	*0*	*0*	*0*
	10	**= ordentliche Erträge**	**31.500**	**20.000**	**51.500**	**19.500**	**19.500**	**19.500**
50	11	Personalaufwendungen	48.200	0	**48.200**	48.200	48.200	48.200
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	150.000	111.000	**261.000**	105.000	105.000	105.000
		5211000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	*85.000*	*95.000*	***180.000***	*40.000*	*40.000*	*40.000*
		5241000 Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen u.s.w.	*65.000*	*16.000*	***81.000***	*65.000*	*65.000*	*65.000*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	55.300	0	**55.300**	55.300	55.100	55.100

1. Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan 2017

Gemeinde: 13 Hetlingen

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **11130 Gebäudemanagement**

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	18.000	0	**18.000**	0	0	0
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**271.500**	**111.000**	**382.500**	**208.500**	**208.300**	**208.300**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-240.000**	**-91.000**	**-331.000**	**-189.000**	**-188.800**	**-188.800**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-240.000**	**-91.000**	**-331.000**	**-189.000**	**-188.800**	**-188.800**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-240.000**	**-91.000**	**-331.000**	**-189.000**	**-188.800**	**-188.800**
48	28	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	248.000	91.000	**339.000**	203.000	203.000	203.000
		4811000 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	*248.000*	*91.000*	***339.000***	*203.000*	*203.000*	*203.000*
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**8.000**	**0**	**8.000**	**14.000**	**14.200**	**14.200**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **11131 Liegenschaftsverwaltung**

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Goetze

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Fachausschuss

Bau- und Wegeausschuss Hetlingen, Gemeindevertretung

Kurzbeschreibung

Verwaltung des unbebauten Grundvermögens der Gemeinde, soweit nicht anderen Produktbereichen zugeordnet, sowie Abwicklung sämtlicher Grundstücksgeschäfte für die gesamte Verwaltung, einschl. bebauter Grundstücke

Produktleistungen

- Verwaltung des unbebauten Grundvermögens der Gemeinde (einschl. Kauf, Verkauf, Vermietung, Verpachtung, Tausch, Bestellung von Erbbaurechten, Vertretung der Eigentümerinteressen der Gemeinde), soweit das Vermögen nicht von anderen Fachbereichen verwaltet wird.

Aufgabenwahrnehmung

interne Serviceleistung

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage

Beschlüsse des Bau- und Wegeausschusses und der Gemeindevertretung

Zielgruppe

Andere Fachbereiche der Verwaltung, Nutzer/innen bzw. Nutzungsberechtigte der gemeindlichen Liegenschaften, potenzielle Käufer und Verkäufer

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	900	0	**900**	900	900	900
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	0	0	**0**	115.000	115.000	115.000
	10	**= ordentliche Erträge**	**900**	**0**	**900**	**115.900**	**115.900**	**115.900**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	500	0	**500**	500	500	500
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**500**	**0**	**500**	**500**	**500**	**500**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**400**	**0**	**400**	**115.400**	**115.400**	**115.400**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**400**	**0**	**400**	**115.400**	**115.400**	**115.400**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**400**	**0**	**400**	**115.400**	**115.400**	**115.400**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**400**	**0**	**400**	**115.400**	**115.400**	**115.400**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **28100 Heimatpflege**

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Goetze

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Fachausschuss

Sport-, Kultur- und Umweltausschuss Hetlingen

Produktleistungen

Allgemeine Verschönerungsarbeiten im Gemeindegebiet und Dorfputz

Aufgabenwahrnehmung

freiwillig

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage

Beschlüsse der politischen Gremien

Zielgruppe

Einwoher/innen, Naherholungssuchende

Strategische Ziele

Erhalt der Attraktivität der Gemeinde

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	100	0	**100**	100	100	0
	10	**= ordentliche Erträge**	**100**	**0**	**100**	**100**	**100**	**0**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	500	0	**500**	500	500	500
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	100	0	**100**	100	100	0
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**600**	**0**	**600**	**600**	**600**	**500**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **36600 Einrichtungen der Jugendarbeit**

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Goetze

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Kurzbeschreibung

Betrieb von Kinderpielplätzen

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.200	0	**1.200**	1.200	1.200	1.200
	10	**= ordentliche Erträge**	**1.200**	**0**	**1.200**	**1.200**	**1.200**	**1.200**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.500	0	**4.500**	4.500	4.500	4.500
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	1.200	0	**1.200**	1.200	1.200	1.200
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**5.700**	**0**	**5.700**	**5.700**	**5.700**	**5.700**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-4.500**	**0**	**-4.500**	**-4.500**	**-4.500**	**-4.500**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-4.500**	**0**	**-4.500**	**-4.500**	**-4.500**	**-4.500**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-4.500**	**0**	**-4.500**	**-4.500**	**-4.500**	**-4.500**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-4.500**	**0**	**-4.500**	**-4.500**	**-4.500**	**-4.500**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **42400 Sportanlagen**

Verantwortlich für den Teilhaushalt	***Beschreibung des Teilhaushalts***
Herr Goetze	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften	Sport-, Kultur- und Umweltausschuss
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Betrieb und Vergabe der gemeindlichen Sportanlagen	- Planung, Betrieb und Vergabe der Sportstätten - Bereitstellung der Einrichtungen und des übrigen Sonderbedarfs
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
freiwillig	Beschlüsse der politischen Gremien
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Schulpflichtige Kinder undJugendliche, Lehrerkollegium, Sportvereine, Sportler/innen	Erhalt bedarfsgerechter Sportanlagen

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
	10	**= ordentliche Erträge**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.100	0	**2.100**	2.100	2.100	2.100
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	1.600	0	**1.600**	800	400	300
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	1.300	0	**1.300**	1.300	1.300	1.300
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**5.000**	**0**	**5.000**	**4.200**	**3.800**	**3.700**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-5.000**	**0**	**-5.000**	**-4.200**	**-3.800**	**-3.700**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-5.000**	**0**	**-5.000**	**-4.200**	**-3.800**	**-3.700**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-5.000**	**0**	**-5.000**	**-4.200**	**-3.800**	**-3.700**
58	29	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	163.900	64.200	**228.100**	118.900	118.900	118.900
		5811000 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	*163.900*	*64.200*	***228.100***	*118.900*	*118.900*	*118.900*
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-168.900**	**-64.200**	**-233.100**	**-123.100**	**-122.700**	**-122.600**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt 51100 Stadtplanung

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Goetze

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Fachausschuss

Bau- und Wegeausschuss Hetlingen

Kurzbeschreibung

Planung und Entwicklung von formellen und informellen Gemeindeentwicklungsverfahren, -konzepten und -maßnahmen

Produktleistungen

- Zentrale Koordination, Strategien, Konzepte, Stellungnahmen und prozessorientierte Steuerung aller erforderlichen Maßnahmen und fachlicher Beteiligungen in allen Bereichen der Stadtentwicklung
- Bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Entwicklung/Bereitstellung von Bau- und Freiflächen durch die Aufstellung oder Änderung von vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplänen (Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, Vorhaben- und Erschließungspläne einschl. Durchführungsverträge)
- Städtebauliche Verträge
- Umfassende Planungen für die Gemeinde oder für Teilräume
- Themenspezifische Planungen sowie fachspezifische Untersuchungen und Auswertungen, z.B. für die Bereiche Wohnen, Gewerbe, Einzelhandel, Verkehr

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (LBO) einschl. Erlasse, Landesplanungsgesetz (LaPlaG), Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), Flurbereinigungsgesetz (FlurbG), Landesverwaltungsgesetz (LVwG), Gemeindeordnung (GO), Beschlüsse der politischen Gremien

Zielgruppe

Einwohner/innen der Gemeinde Hetlingen, Bauherren, Investoren, Vertreter aus Wirtschaft, Handel und Gewerbe

Strategische Ziele

- Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung
- Sicherung kommunaler Interessen bei Planungen, Rechtsverfahren bzw. Vorhaben Dritter

Operationale Ziele

Weiterentwicklung der Bauleitplanung, Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	21.200	16.000	**37.200**	1.200	1.200	1.200
		5431550 Geschäftsaufwendungen - Bauleitplanung	*20.000*	*16.000*	***36.000***	*0*	*0*	*0*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**21.200**	**16.000**	**37.200**	**1.200**	**1.200**	**1.200**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-21.200**	**-16.000**	**-37.200**	**-1.200**	**-1.200**	**-1.200**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-21.200**	**-16.000**	**-37.200**	**-1.200**	**-1.200**	**-1.200**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-21.200**	**-16.000**	**-37.200**	**-1.200**	**-1.200**	**-1.200**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-21.200**	**-16.000**	**-37.200**	**-1.200**	**-1.200**	**-1.200**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt 53800 Abwasserbeseitigung

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Goetze

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Fachausschuss

Bau- und Wegeausschuss Hetlingen

Kurzbeschreibung

Abwasserbeseitigung im Gebiet der Gemeinde Hetlingen (Schmutzwasserbeseitigung, Niederschlagswasserbeseitigung), soweit nach der Übertragung der Aufgabe an den Abwasserverband Elbmarsch (AVE) noch eine Zuständigkeit der Gemeinde gegeben ist.

Produktleistungen

Unterhaltung gemeindlicher Einrichtungen (Regenrückhaltebecken) und Abwicklung des Betriebes einer privaten Pumpstation am Cranz

Aufgabenwahrnehmung

pflichtig

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage

Landeswassergesetz (LWG), Wasserhaushaltsgesetz (WHG), Abwassersatzung, Beitrags- und Gebührensatzung, Gemeindeordnung (GO), Kommunalabgabengesetz (KAG)

Zielgruppe

Grundstückseigentümer/innen, Einwohner/innen

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	100	0	**100**	100	100	100
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	300	0	**300**	300	300	300
	10	**= ordentliche Erträge**	**400**	**0**	**400**	**400**	**400**	**400**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	800	0	**800**	800	800	800
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	100	0	**100**	100	100	100
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**900**	**0**	**900**	**900**	**900**	**900**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-500**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**	**-500**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt 54100 Neubau und Unterhaltung von Gemeindestraßen

Verantwortlich für den Teilhaushalt	*Beschreibung des Teilhaushalts*
Herr Goetze	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften	Bau- und Wegeausschuss Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Neubau und Unterhaltung von Gemeindestraßen, Wegen, Plätzen und Brücken	- Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung von Gemeindestraßen, Wegen, Plätzen und Brücken inkl. deren spezifischer Ausstattung (Beleuchtung, Lichtsignalanlagen, Verkehrszeichen, Bushaltestellen) sowie der Stra0enentwässerung (Einläufe und wegeseitengräben) - Planung, Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung und Abrechnung jeglicher Tiefbaumaßnahmen - Wahrnehmung von Dienstleistungsaufgaben für die Bürger/innen (Beratung, Genehmigungen) - Festsetzung und Einziehung von Erschließungsbeiträgen (BauGB), Ablösebeträge für Erschließungsbeiträge und Beiträge nach dem KAG
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Straßen- und Wegegesetz (StrWG), Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB), weitere Rechtsgrundlagen und Richtlinien über die Anlage von Straßen, Beschlüsse politischer Gremien
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Bürger/innen, Träger öffentlicher Belange, Wirtschaftsunternehmen	- Wirtschaftliche Bereitstellung und Erhaltung der Infrastruktur - Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht
Operationale Ziele	***Kennzahlen***
- Feststellung der Summe des regelmäßigen Unterhaltungsbedarfs - Aufstellung eines mehrjährigen Investitions- und Unterhaltungsprogramms nach Prioritäten	Umlage an den Wegeunterhaltungsverband für 30 Straßen und Wege - Schwarzdecke = 42.481,98 m² - Beton = 10.810,10 m²

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.700	0	**6.700**	6.700	5.600	4.900
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	52.000	0	**52.000**	48.200	45.500	45.400
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	900	0	**900**	900	900	900
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	4.400	0	**4.400**	4.400	4.400	4.400
	10	**= ordentliche Erträge**	**64.000**	**0**	**64.000**	**60.200**	**56.400**	**55.600**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	82.000	20.000	**102.000**	82.000	82.000	82.000
		5221000 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	*45.000*	*20.000*	***65.000***	*45.000*	*45.000*	*45.000*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	88.600	0	**88.600**	84.200	79.500	78.900
53	15	+ Transferaufwendungen	31.700	0	**31.700**	18.700	18.700	18.700
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**202.300**	**20.000**	**222.300**	**184.900**	**180.200**	**179.600**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-138.300**	**-20.000**	**-158.300**	**-124.700**	**-123.800**	**-124.000**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-138.300**	**-20.000**	**-158.300**	**-124.700**	**-123.800**	**-124.000**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-138.300**	**-20.000**	**-158.300**	**-124.700**	**-123.800**	**-124.000**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-138.300**	**-20.000**	**-158.300**	**-124.700**	**-123.800**	**-124.000**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **54500 Straßenreinigung und Winterdienst**

Verantwortlich für den Teilhaushalt	*Beschreibung des Teilhaushalts*
Herr Goetze	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften	Bau- und Wegeausschuss Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
- Straßenreinigung der Zufahrtsstraßen zum Klärwerk Hetlingen und der Hauptstraße - Durchführung des Winterdienstes im Bereich der Verantwortung der Gemeinde	Vergabe der Straßenreinigung an ein privates Unternehmen, anteilige Kostenübernahme durch den azv Südholstein als Betreiber des Klärwerks Hetlingen, Durchführung des Winterdienstes
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
pflichtig	Straßen- und Wegegesetz (StrWG), Gemeindeordnung (GO), Unfallverhütungsvorschriften
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Grundstücksanlieger/innen, Einwohner/innen, Verkehrsteilnehmer/innen	- Sauberkeit auf öffentlichen Verkehrsflächen - Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.000	0	**1.000**	1.000	1.000	1.000
	10	**= ordentliche Erträge**	**1.000**	**0**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.000**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.000	0	**10.000**	10.000	10.000	10.000
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**10.000**	**0**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**10.000**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-9.000**	**0**	**-9.000**	**-9.000**	**-9.000**	**-9.000**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-9.000**	**0**	**-9.000**	**-9.000**	**-9.000**	**-9.000**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-9.000**	**0**	**-9.000**	**-9.000**	**-9.000**	**-9.000**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-9.000**	**0**	**-9.000**	**-9.000**	**-9.000**	**-9.000**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **54700 ÖPNV**

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Goetze

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Kurzbeschreibung

Zur Schaffung von Beförderungsmöglichkeiten an den Wochenenden in den Nachtstunden wird eine zusätzliche Buslinie bezuschusst.

Produktleistungen

Bezuschussung einer zusätzlichen Buslinie.

Aufgabenwahrnehmung

freiwillig

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage

Beschlüsse der gemeindlichen Gremien

Zielgruppe

Einwohner/innen der Gemeinde, insbesondere Jugendliche

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.700	0	**11.700**	11.700	0	0
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.300	0	**5.300**	5.300	0	0
	10	**= ordentliche Erträge**	**17.000**	**0**	**17.000**	**17.000**	**0**	**0**
53	15	+ Transferaufwendungen	18.100	0	**18.100**	18.100	0	0
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**18.100**	**0**	**18.100**	**18.100**	**0**	**0**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-1.100**	**0**	**-1.100**	**-1.100**	**0**	**0**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-1.100**	**0**	**-1.100**	**-1.100**	**0**	**0**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-1.100**	**0**	**-1.100**	**-1.100**	**0**	**0**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-1.100**	**0**	**-1.100**	**-1.100**	**0**	**0**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **55200 Hafenbetrieb**

Verantwortlich für den Teilhaushalt	***Beschreibung des Teilhaushalts***
Herr Goetze	Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.
Produktverantwortlicher/Fachamt	***Fachausschuss***
Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften	Bau- und Wegeausschuss Hetlingen
Kurzbeschreibung	***Produktleistungen***
Verpachtung des Sportboothafens	Verpachtung des Sportbootehafens und des Parkplatzes
Aufgabenwahrnehmung	***Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage***
freiwillig	Beschlüsse politischer Gremien
Zielgruppe	***Strategische Ziele***
Bootseigner, Touristen	Erhaltung des Sportboothafens für den örtlichen Bedarf

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	3.500	0	**3.500**	3.500	3.500	3.500
	10	**= ordentliche Erträge**	**3.500**	**0**	**3.500**	**3.500**	**3.500**	**3.500**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.500	0	**3.500**	3.500	3.500	3.500
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**3.500**	**0**	**3.500**	**3.500**	**3.500**	**3.500**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **55400 Natur- und Landschaftspflege**

Verantwortlich für den Teilhaushalt

Herr Goetze

Produktverantwortlicher/Fachamt

Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Kurzbeschreibung

Mitgliedschaft im Verein "Regionalpark Wedeler Au"

Aufgabenwahrnehmung

freiwillig

Beschreibung des Teilhaushalts

Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.

Strategische Ziele

Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	1.000	0	**1.000**	1.000	1.000	1.000
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**1.000**	**0**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.000**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-1.000**	**0**	**-1.000**	**-1.000**	**-1.000**	**-1.000**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-1.000**	**0**	**-1.000**	**-1.000**	**-1.000**	**-1.000**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-1.000**	**0**	**-1.000**	**-1.000**	**-1.000**	**-1.000**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-1.000**	**0**	**-1.000**	**-1.000**	**-1.000**	**-1.000**

1. Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan 2017

Gemeinde: 13 Hetlingen

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **57510 Integrierte Station Unterelbe**

Verantwortlich für den Teilhaushalt
Herr Goetze

Beschreibung des Teilhaushalts
Der Teilhaushalt umfasst alle Produkte des Fachbereiches Bauen und Liegenschaften.

Produktverantwortlicher/Fachamt
Herr Goetze - Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Fachausschuss
Sport-, Kultur- und Umweltausschuss Hetlingen

Kurzbeschreibung
Zuschuss an den Zweckverband Integrierte Station Unterelbe

Produktleistungen
Zahlung einer jährlichen pauschalierten Umlage an den Zweckverband für den Betrieb der Integrierten Station Unterelbe

Aufgabenwahrnehmung
freiwillig

Aufgabenwahrnehmung / Auftragsgrundlage
Satzung des Zweckverbandes

Zielgruppe
Zweckverband Integrierte Station Unterelbe

Strategische Ziele
Stärkung der integrativen Funktion der ISU im Hinblick auf Tourismus- und Wirtschaftsförderung in der naturnahmen Haseldorfer Marsch

Ertrags- und Aufwandsarten			bisheriger Ansatz	Mehr(+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	**neuer Ansatz**	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	**2017**	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8	9
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	100	0	**100**	100	100	100
53	15	+ Transferaufwendungen	1.500	0	**1.500**	1.500	1.500	1.500
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**1.600**	**0**	**1.600**	**1.600**	**1.600**	**1.600**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-1.600**	**0**	**-1.600**	**-1.600**	**-1.600**	**-1.600**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-1.600**	**0**	**-1.600**	**-1.600**	**-1.600**	**-1.600**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-1.600**	**0**	**-1.600**	**-1.600**	**-1.600**	**-1.600**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-1.600**	**0**	**-1.600**	**-1.600**	**-1.600**	**-1.600**

**** Ende der Liste "1. Nachtragshaushaltsplan für den Teilergebnisplan" ****

1 Fachbereich Zentrale Dienste

Produkt **11110 Gemeindeorgane**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
641 642 646	5	+ privatrechtiche Leistungsentgelte	100	0	100	- - - - -	- - - - -	- - - - -	100	100	100
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**100**	**0**	**100**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**100**	**100**	**100**
70	10	Personalauszahlungen	7.200	0	7.200	- - - - -	- - - - -	- - - - -	7.200	7.200	7.200
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	4.000	0	4.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	4.000	4.000	4.000
74	15	+ sonstige Auszahlungen	22.300	1.000	23.300	- - - - -	- - - - -	- - - - -	23.300	23.300	23.300
		7421000 Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	*17.400*	*1.000*	*18.400*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*18.400*	*18.400*	*18.400*
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**33.500**	**1.000**	**34.500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**34.500**	**34.500**	**34.500**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-33.400**	**-1.000**	**-34.400**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-34.400**	**-34.400**	**-34.400**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-33.400**	**-1.000**	**-34.400**	**0**	**0**	**0**	**-34.400**	**-34.400**	**-34.400**

2 Fachbereich Bürgerservice und Ordnung

Produkt **12100 Statistik und Wahlen**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.000	-1.000	0	- - - - -	- - - - -	- - - - -	0	0	0
		6481000 Einzahlungen aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Land	*1.000*	*-1.000*	*0*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*0*	*0*	*0*
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.000**	**-1.000**	**0**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**0**	**0**	**0**
74	15	+ sonstige Auszahlungen	2.300	-2.300	0	- - - - -	- - - - -	- - - - -	1.900	0	0
		7421000 Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	*700*	*-700*	*0*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*900*	*0*	*0*
		7431000 Geschäftsauszahlungen	*1.600*	*-1.600*	*0*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*1.000*	*0*	*0*
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**2.300**	**-2.300**	**0**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**1.900**	**0**	**0**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-1.300**	**1.300**	**0**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-1.900**	**0**	**0**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-1.300**	**1.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.900**	**0**	**0**

2 Fachbereich Bürgerservice und Ordnung

Produkt **12201 Schiedsamt**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	0	100	- - - - -	- - - - -	- - - - -	100	100	100
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**100**	**0**	**100**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**100**	**100**	**100**
74	15	+ sonstige Auszahlungen	600	0	600	- - - - -	- - - - -	- - - - -	600	600	600
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**600**	**0**	**600**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**600**	**600**	**600**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-500**	**0**	**-500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-500**	**-500**	**-500**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-500**	**0**	**-500**	**0**	**0**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**

2 Fachbereich Bürgerservice und Ordnung

Produkt **12210 Bürgerbüro**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
73	14	+ Transferauszahlungen	0	2.900	2.900	- - - - -	- - - - -	- - - - -	2.900	2.900	2.900
		7312000 Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Gemeinden (GV)	*0*	*2.900*	*2.900*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*2.900*	*2.900*	*2.900*
74	15	+ sonstige Auszahlungen	0	500	500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	500	500	500
		7431000 Geschäftsauszahlungen	*0*	*500*	*500*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*500*	*500*	*500*
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**0**	**3.400**	**3.400**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**3.400**	**3.400**	**3.400**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**0**	**-3.400**	**-3.400**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**0**	**-3.400**	**-3.400**	**0**	**0**	**0**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**

2 Fachbereich Bürgerservice und Ordnung

Produkt **12600 Brandschutz**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	300	0	300	- - - - -	- - - - -	- - - - -	300	300	300
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.700	0	1.700	- - - - -	- - - - -	- - - - -	1.700	1.700	1.700
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	1.000	1.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	0	0	0
		6691430 Periodenfremde Einzahlungen aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten	*0*	*1.000*	*1.000*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*0*	*0*	*0*
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**2.000**	**1.000**	**3.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**2.000**	**2.000**	**2.000**
70	10	Personalauszahlungen	500	0	500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	500	500	500
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	17.000	0	17.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	13.800	13.800	13.800
73	14	+ Transferauszahlungen	2.700	0	2.700	- - - - -	- - - - -	- - - - -	2.700	2.700	2.700
74	15	+ sonstige Auszahlungen	12.400	0	12.400	- - - - -	- - - - -	- - - - -	12.400	12.400	12.400
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**32.600**	**0**	**32.600**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**29.400**	**29.400**	**29.400**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-30.600**	**1.000**	**-29.600**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-27.400**	**-27.400**	**-27.400**
		Investitionstätigkeit									
	26	**= Summe der investiven Einzahlungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

2 Fachbereich Bürgerservice und Ordnung

Produkt **12600 Brandschutz**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegen-über dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungs-ermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegen-über dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung Haus-haltsjahr + 1	Planung Haus-haltsjahr + 2	Planung Haus-haltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	15.600	0	15.600	0	0	0	2.000	2.000	2.000
	34	**= Summe der investiven Auszahlungen (Zeilen 27 bis 33)**	**15.600**	**0**	**15.600**	**0**	**0**	**0**	**2.000**	**2.000**	**2.000**
	35	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26 / 34)**	**-15.600**	**0**	**-15.600**	**0**	**0**	**0**	**-2.000**	**-2.000**	**-2.000**
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-46.200**	**1.000**	**-45.200**	**0**	**0**	**0**	**-29.400**	**-29.400**	**-29.400**

3 Fachbereich Finanzen

Produkt **53500 Konzessionsabgaben**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
65	7	+ sonstige Einzahlungen	28.000	0	28.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	28.000	28.000	28.000
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**28.000**	**0**	**28.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**28.000**	**28.000**	**28.000**
75	13	+ Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	23.800	23.800	- - - - -	- - - - -	- - - - -	0	0	0
		7599550 Periodenfremde Auszahlungen aus sonstigen ordentlichen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	*0*	*23.800*	*23.800*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*0*	*0*	*0*
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**0**	**23.800**	**23.800**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**0**	**0**	**0**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**28.000**	**-23.800**	**4.200**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**28.000**	**28.000**	**28.000**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**28.000**	**-23.800**	**4.200**	**0**	**0**	**0**	**28.000**	**28.000**	**28.000**

3 Fachbereich Finanzen

Produkt **55300 Gräberfürsorge**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
73	14	+ Transferauszahlungen	5.500	0	5.500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	5.600	5.700	5.800
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**5.500**	**0**	**5.500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**5.600**	**5.700**	**5.800**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-5.500**	**0**	**-5.500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-5.600**	**-5.700**	**-5.800**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-5.500**	**0**	**-5.500**	**0**	**0**	**0**	**-5.600**	**-5.700**	**-5.800**

3 Fachbereich Finanzen

Produkt **57390 Dividende**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	100	0	100	- - - - -	- - - - -	- - - - -	100	100	100
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**100**	**0**	**100**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**100**	**100**	**100**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**100**	**0**	**100**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**100**	**100**	**100**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**100**	**0**	**100**	**0**	**0**	**0**	**100**	**100**	**100**

3 Fachbereich Finanzen

Produkt **61100 Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.269.400	227.500	1.496.900	- - - - -	- - - - -	- - - - -	1.301.100	1.344.100	1.389.400
		6012000 Grundsteuer B	*210.000*	*7.000*	*217.000*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*211.000*	*212.000*	*213.000*
		6013000 Gewerbesteuer	*160.000*	*220.000*	*380.000*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*160.000*	*160.000*	*160.000*
		6051000 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	*68.400*	*500*	*68.900*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*71.000*	*73.000*	*75.000*
61	2	+ Zuweisungen und allgemeine Umlagen	236.300	-1.700	234.600	- - - - -	- - - - -	- - - - -	238.600	250.500	260.500
		6111000 Schlüsselzuweisungen	*236.300*	*-1.700*	*234.600*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*238.600*	*250.500*	*260.500*
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	500	0	500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	500	500	500
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.506.200**	**225.800**	**1.732.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**1.540.200**	**1.595.100**	**1.650.400**
75	13	+ Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	500	0	500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	500	500	500
73	14	+ Transferauszahlungen	745.100	39.800	784.900	- - - - -	- - - - -	- - - - -	772.900	801.700	815.800
		7341000 Gewerbesteuerumlage	*29.500*	*40.500*	*70.000*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*29.500*	*29.500*	*14.800*
		7372000 Allgemeine Umlagen, Gemeinden (GV)	*715.600*	*-700*	*714.900*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*743.400*	*772.200*	*801.000*
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**745.600**	**39.800**	**785.400**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**773.400**	**802.200**	**816.300**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**760.600**	**186.000**	**946.600**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**766.800**	**792.900**	**834.100**

3 Fachbereich Finanzen

Produkt **61100 Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**760.600**	**186.000**	**946.600**	**0**	**0**	**0**	**766.800**	**792.900**	**834.100**

1. Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan 2017

Gemeinde: 13 Hetlingen

3 Fachbereich Finanzen

Produkt 61200 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**0**	**0**	**0**
75	13	+ Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	25.100	0	25.100	- - - - -	- - - - -	- - - - -	67.600	66.000	64.400
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**25.100**	**0**	**25.100**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**67.600**	**66.000**	**64.400**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-25.100**	**0**	**-25.100**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-67.600**	**-66.000**	**-64.400**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-25.100**	**0**	**-25.100**	**0**	**0**	**0**	**-67.600**	**-66.000**	**-64.400**
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.105.000	0	1.105.000	0	0	0	1.170.000	0	0
792	39	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	58.200	0	58.200	0	0	0	98.500	132.600	2.243.700
	41	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit**	**1.021.700**	**0**	**1.021.700**	**0**	**0**	**0**	**1.003.900**	**-198.600**	**-2.308.100**
	42	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (Zeilen 36 und 41)	1.021.700	0	1.021.700	0	0	0	1.003.900	-198.600	-2.308.100
	42c	**= Saldo des Teilfinanzplans**	**1.021.700**	**0**	**1.021.700**	**0**	**0**	**0**	**1.003.900**	**-198.600**	**-2.308.100**

3 Fachbereich Finanzen

Produkt **61200 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **21100 Grundschule**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
61	2	+ Zuweisungen und allgemeine Umlagen	2.500	0	2.500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	2.500	2.500	2.500
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	800	0	800	- - - - -	- - - - -	- - - - -	800	800	800
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**3.300**	**0**	**3.300**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**3.300**	**3.300**	**3.300**
70	10	Personalauszahlungen	2.800	0	2.800	- - - - -	- - - - -	- - - - -	0	0	0
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	8.500	0	8.500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	8.500	8.500	8.500
74	15	+ sonstige Auszahlungen	63.300	-4.800	58.500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	58.800	59.100	59.500
		7441000 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	*2.200*	*200*	*2.400*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*2.400*	*2.400*	*2.400*
		7452000 Erstattung für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Gemeinden (GV)	*56.500*	*-5.000*	*51.500*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*51.800*	*52.100*	*52.500*
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**74.600**	**-4.800**	**69.800**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**67.300**	**67.600**	**68.000**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-71.300**	**4.800**	**-66.500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-64.000**	**-64.300**	**-64.700**
		Investitionstätigkeit									
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	4.500	0	4.500	0	0	0	1.000	1.000	1.000
	34	**= Summe der investiven Auszahlungen (Zeilen 27 bis 33)**	**4.500**	**0**	**4.500**	**0**	**0**	**0**	**1.000**	**1.000**	**1.000**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **21100 Grundschule**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	35	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26 / 34)**	**-4.500**	**0**	**-4.500**	**0**	**0**	**0**	**-1.000**	**-1.000**	**-1.000**
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-75.800**	**4.800**	**-71.000**	**0**	**0**	**0**	**-65.000**	**-65.300**	**-65.700**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **21700 Gymnasium**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
74	15	+ sonstige Auszahlungen	60.000	2.000	62.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	62.000	62.000	62.000
		7452000 Erstattung für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Gemeinden (GV)	*60.000*	*2.000*	*62.000*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*62.000*	*62.000*	*62.000*
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**60.000**	**2.000**	**62.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**62.000**	**62.000**	**62.000**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-60.000**	**-2.000**	**-62.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-62.000**	**-62.000**	**-62.000**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-60.000**	**-2.000**	**-62.000**	**0**	**0**	**0**	**-62.000**	**-62.000**	**-62.000**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **21820 Gemeinschaftsschule**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
74	15	+ sonstige Auszahlungen	102.000	41.000	143.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	143.000	143.000	143.000
		7452000 Erstattung für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Gemeinden (GV)	*102.000*	*41.000*	*143.000*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*143.000*	*143.000*	*143.000*
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**102.000**	**41.000**	**143.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**143.000**	**143.000**	**143.000**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-102.000**	**-41.000**	**-143.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-143.000**	**-143.000**	**-143.000**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-102.000**	**-41.000**	**-143.000**	**0**	**0**	**0**	**-143.000**	**-143.000**	**-143.000**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **22100 Förderschule**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
74	15	+ sonstige Auszahlungen	16.000	-11.000	5.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	5.000	5.000	5.000
		7452000 Erstattung für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Gemeinden (GV)	*16.000*	*-11.000*	*5.000*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*5.000*	*5.000*	*5.000*
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**16.000**	**-11.000**	**5.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**5.000**	**5.000**	**5.000**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-16.000**	**11.000**	**-5.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-16.000**	**11.000**	**-5.000**	**0**	**0**	**0**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **24100 Schülerbeförderung**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
74	15	+ sonstige Auszahlungen	1.400	0	1.400	- - - - -	- - - - -	- - - - -	1.400	1.400	1.400
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**1.400**	**0**	**1.400**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**1.400**	**1.400**	**1.400**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-1.400**	**0**	**-1.400**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-1.400**	**-1.400**	**-1.400**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-1.400**	**0**	**-1.400**	**0**	**0**	**0**	**-1.400**	**-1.400**	**-1.400**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **31560 Andere soziale Einrichtungen**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
74	15	+ sonstige Auszahlungen	200	0	200	- - - - -	- - - - -	- - - - -	200	200	200
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**200**	**0**	**200**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**200**	**200**	**200**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-200**	**0**	**-200**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-200**	**-200**	**-200**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-200**	**0**	**-200**	**0**	**0**	**0**	**-200**	**-200**	**-200**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **33100 Förderung der Wohlfahrtspflege**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
641 642 646	5	+ privatrechtiche Leistungsentgelte	1.600	0	1.600	- - - - -	- - - - -	- - - - -	1.600	1.600	1.600
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.600**	**0**	**1.600**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**1.600**	**1.600**	**1.600**
73	14	+ Transferauszahlungen	4.500	0	4.500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	4.500	4.500	4.500
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**4.500**	**0**	**4.500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**4.500**	**4.500**	**4.500**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-2.900**	**0**	**-2.900**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-2.900**	**-2.900**	**-2.900**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-2.900**	**0**	**-2.900**	**0**	**0**	**0**	**-2.900**	**-2.900**	**-2.900**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **36210 Jugendarbeit**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
70	10	Personalauszahlungen	8.600	0	8.600	- - - - -	- - - - -	- - - - -	8.600	8.600	8.600
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	15.500	0	15.500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	15.000	15.500	15.000
73	14	+ Transferauszahlungen	500	0	500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	500	500	500
74	15	+ sonstige Auszahlungen	100	0	100	- - - - -	- - - - -	- - - - -	100	100	100
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**24.700**	**0**	**24.700**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**24.200**	**24.700**	**24.200**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-24.700**	**0**	**-24.700**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-24.200**	**-24.700**	**-24.200**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-24.700**	**0**	**-24.700**	**0**	**0**	**0**	**-24.200**	**-24.700**	**-24.200**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **36500 Kindertagesstätten**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
61	2	+ Zuweisungen und allgemeine Umlagen	9.700	0	9.700	- - - - -	- - - - -	- - - - -	9.700	9.700	9.700
641 642 646	5	+ privatrechtiche Leistungsentgelte	39.500	0	39.500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	39.500	39.500	39.500
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**49.200**	**0**	**49.200**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**49.200**	**49.200**	**49.200**
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	14.700	0	14.700	- - - - -	- - - - -	- - - - -	10.500	0	0
75	13	+ Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	39.300	39.300	- - - - -	- - - - -	- - - - -	0	0	0
		7599540 Periodenfremde Auszahlungen aus Transferauszahlungen	*0*	*39.300*	*39.300*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*0*	*0*	*0*
73	14	+ Transferauszahlungen	353.400	100	353.500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	358.700	363.700	368.700
		7318000 Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	*353.400*	*100*	*353.500*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*358.700*	*363.700*	*368.700*
74	15	+ sonstige Auszahlungen	26.200	0	26.200	- - - - -	- - - - -	- - - - -	26.200	26.200	26.200
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**394.300**	**39.400**	**433.700**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**395.400**	**389.900**	**394.900**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-345.100**	**-39.400**	**-384.500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-346.200**	**-340.700**	**-345.700**
		Investitionstätigkeit									

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **36500 Kindertagesstätten**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-345.100**	**-39.400**	**-384.500**	**0**	**0**	**0**	**-346.200**	**-340.700**	**-345.700**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **41200 Zuschüsse an soziale Einrichtungen**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
74	15	+ sonstige Auszahlungen	4.200	100	4.300	- - - - -	- - - - -	- - - - -	4.200	4.200	4.200
		7452000 Erstattung für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Gemeinden (GV)	*4.200*	*100*	*4.300*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*4.200*	*4.200*	*4.200*
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**4.200**	**100**	**4.300**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**4.200**	**4.200**	**4.200**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-4.200**	**-100**	**-4.300**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-4.200**	**-4.200**	**-4.200**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-4.200**	**-100**	**-4.300**	**0**	**0**	**0**	**-4.200**	**-4.200**	**-4.200**

4 Fachbereich Soziales und Kultur

Produkt **57500 Tourismus**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
74	15	+ sonstige Auszahlungen	200	0	200	- - - - -	- - - - -	- - - - -	200	200	200
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**200**	**0**	**200**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**200**	**200**	**200**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-200**	**0**	**-200**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-200**	**-200**	**-200**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-200**	**0**	**-200**	**0**	**0**	**0**	**-200**	**-200**	**-200**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **11120 Serviceleistungen**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.200	0	2.200	- - - - -	- - - - -	- - - - -	2.200	2.200	2.200
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**2.200**	**0**	**2.200**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**2.200**	**2.200**	**2.200**
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	5.000	0	5.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	5.000	5.000	5.000
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**5.000**	**0**	**5.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**5.000**	**5.000**	**5.000**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-2.800**	**0**	**-2.800**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-2.800**	**-2.800**	**-2.800**
		Investitionstätigkeit									
	26	**= Summe der investiven Einzahlungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	35	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26 / 34)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-2.800**	**0**	**-2.800**	**0**	**0**	**0**	**-2.800**	**-2.800**	**-2.800**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **11130 Gebäudemanagement**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
61	2	+ Zuweisungen und allgemeine Umlagen	12.000	0	12.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	0	0	0
641 642 646	5	+ privatrechtiche Leistungsentgelte	100	0	100	- - - - -	- - - - -	- - - - -	100	100	100
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	20.000	20.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	0	0	0
		6487000 Einzahlungen aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen	*0*	*20.000*	*20.000*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*0*	*0*	*0*
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**12.100**	**20.000**	**32.100**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**100**	**100**	**100**
70	10	Personalauszahlungen	48.200	0	48.200	- - - - -	- - - - -	- - - - -	48.200	48.200	48.200
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	150.000	111.000	261.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	105.000	105.000	105.000
		7211000 Auszahlungen für Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	*85.000*	*95.000*	*180.000*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*40.000*	*40.000*	*40.000*
		7241000 Auszahlungen für Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen u.s.w.	*65.000*	*16.000*	*81.000*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*65.000*	*65.000*	*65.000*
74	15	+ sonstige Auszahlungen	18.000	0	18.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	0	0	0
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**216.200**	**111.000**	**327.200**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**153.200**	**153.200**	**153.200**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-204.100**	**-91.000**	**-295.100**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-153.100**	**-153.100**	**-153.100**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **11130 Gebäudemanagement**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		Investitionstätigkeit									
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	170.000	0	170.000	0	0	0	0	0	0
	26	**= Summe der investiven Einzahlungen**	**170.000**	**0**	**170.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	500	0	500	0	0	0	500	500	500
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	420.000	0	420.000	0	0	0	0	0	0
	34	**= Summe der investiven Auszahlungen (Zeilen 27 bis 33)**	**420.500**	**0**	**420.500**	**0**	**0**	**0**	**500**	**500**	**500**
	35	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26 / 34)**	**-250.500**	**0**	**-250.500**	**0**	**0**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-454.600**	**-91.000**	**-545.600**	**0**	**0**	**0**	**-153.600**	**-153.600**	**-153.600**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **11131 Liegenschaftsverwaltung**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
641 642 646	5	+ privatrechtiche Leistungsentgelte	900	0	900	- - - - -	- - - - -	- - - - -	900	900	900
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**900**	**0**	**900**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**900**	**900**	**900**
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	500	0	500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	500	500	500
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**500**	**0**	**500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**500**	**500**	**500**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**400**	**0**	**400**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**400**	**400**	**400**
		Investitionstätigkeit									
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Gundstücken und Gebäude	0	0	0	0	0	0	333.000	333.000	334.000
	26	**= Summe der investiven Einzahlungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**333.000**	**333.000**	**334.000**
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	655.000	0	655.000	0	0	0	0	0	0
	34	**= Summe der investiven Auszahlungen (Zeilen 27 bis 33)**	**655.000**	**0**	**655.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	35	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26 / 34)**	**-655.000**	**0**	**-655.000**	**0**	**0**	**0**	**333.000**	**333.000**	**334.000**
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-654.600**	**0**	**-654.600**	**0**	**0**	**0**	**333.400**	**333.400**	**334.400**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **11131 Liegenschaftsverwaltung**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **28100 Heimatpflege**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**-----**	**-----**	**-----**	**0**	**0**	**0**
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	500	0	500	-----	-----	-----	500	500	500
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**500**	**0**	**500**	**-----**	**-----**	**-----**	**500**	**500**	**500**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-500**	**0**	**-500**	**-----**	**-----**	**-----**	**-500**	**-500**	**-500**
		Investitionstätigkeit									
	34	**= Summe der investiven Auszahlungen (Zeilen 27 bis 33)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	35	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26 / 34)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-500**	**0**	**-500**	**0**	**0**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **36600 Einrichtungen der Jugendarbeit**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	4.500	0	4.500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	4.500	4.500	4.500
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**4.500**	**0**	**4.500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**4.500**	**4.500**	**4.500**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-4.500**	**0**	**-4.500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-4.500**	**-4.500**	**-4.500**
		Investitionstätigkeit									
	26	**= Summe der investiven Einzahlungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	34	**= Summe der investiven Auszahlungen (Zeilen 27 bis 33)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	35	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26 / 34)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-4.500**	**0**	**-4.500**	**0**	**0**	**0**	**-4.500**	**-4.500**	**-4.500**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **42400 Sportanlagen**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**-----**	**-----**	**-----**	**0**	**0**	**0**
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.100	0	2.100	-----	-----	-----	2.100	2.100	2.100
74	15	+ sonstige Auszahlungen	1.300	0	1.300	-----	-----	-----	1.300	1.300	1.300
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**3.400**	**0**	**3.400**	**-----**	**-----**	**-----**	**3.400**	**3.400**	**3.400**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-3.400**	**0**	**-3.400**	**-----**	**-----**	**-----**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**
		Investitionstätigkeit									
	34	**= Summe der investiven Auszahlungen (Zeilen 27 bis 33)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	35	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26 / 34)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-3.400**	**0**	**-3.400**	**0**	**0**	**0**	**-3.400**	**-3.400**	**-3.400**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **51100 Stadtplanung**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
74	15	+ sonstige Auszahlungen	21.200	16.000	37.200	- - - - -	- - - - -	- - - - -	1.200	1.200	1.200
		7431000 Geschäftsauszahlungen	*21.200*	*16.000*	*37.200*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*1.200*	*1.200*	*1.200*
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**21.200**	**16.000**	**37.200**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**1.200**	**1.200**	**1.200**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-21.200**	**-16.000**	**-37.200**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-1.200**	**-1.200**	**-1.200**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-21.200**	**-16.000**	**-37.200**	**0**	**0**	**0**	**-1.200**	**-1.200**	**-1.200**

1. Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan 2017

Gemeinde: 13 Hetlingen

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt 53800 Abwasserbeseitigung

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	300	0	300	- - - - -	- - - - -	- - - - -	300	300	300
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**300**	**0**	**300**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**300**	**300**	**300**
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	800	0	800	- - - - -	- - - - -	- - - - -	800	800	800
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**800**	**0**	**800**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**800**	**800**	**800**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-500**	**0**	**-500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-500**	**-500**	**-500**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-500**	**0**	**-500**	**0**	**0**	**0**	**-500**	**-500**	**-500**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **54100 Neubau und Unterhaltung von Gemeindestraßen**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	900	0	900	- - - - -	- - - - -	- - - - -	900	900	900
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**900**	**0**	**900**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**900**	**900**	**900**
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	82.000	20.000	102.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	82.000	82.000	82.000
		7221000 Auszahlungen für Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	*45.000*	*20.000*	*65.000*	- - - - -	- - - - -	- - - - -	*45.000*	*45.000*	*45.000*
73	14	+ Transferauszahlungen	31.700	0	31.700	- - - - -	- - - - -	- - - - -	18.700	18.700	18.700
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**113.700**	**20.000**	**133.700**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**100.700**	**100.700**	**100.700**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-112.800**	**-20.000**	**-132.800**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-99.800**	**-99.800**	**-99.800**
		Investitionstätigkeit									
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0	0	0	0	0	0	410.000	410.000	410.000
	26	**= Summe der investiven Einzahlungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**410.000**	**410.000**	**410.000**
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	500	1.000	1.500	0	0	0	500	500	500
		7832000 Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze i.H.v. 150 Euro und	*500*	*1.000*	*1.500*	*0*	*0*	*0*	*500*	*500*	*500*

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **54100 Neubau und Unterhaltung von Gemeindestraßen**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		unterhalb der Wertgrenze i.H.v. 1.000 Euro									
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	200.000	2.000	202.000	0	0	0	1.170.000	0	0
		7852000 Auszahlungen aus Tiefbaumaßnahmen	*200.000*	*2.000*	*202.000*	*0*	*0*	*0*	*1.170.000*	*0*	*0*
	34	**= Summe der investiven Auszahlungen (Zeilen 27 bis 33)**	**200.500**	**3.000**	**203.500**	**0**	**0**	**0**	**1.170.500**	**500**	**500**
	35	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26 / 34)**	**-200.500**	**-3.000**	**-203.500**	**0**	**0**	**0**	**-760.500**	**409.500**	**409.500**
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-313.300**	**-23.000**	**-336.300**	**0**	**0**	**0**	**-860.300**	**309.700**	**309.700**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **54500 Straßenreinigung und Winterdienst**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
61	2	+ Zuweisungen und allgemeine Umlagen	1.000	0	1.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	1.000	1.000	1.000
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.000**	**0**	**1.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**1.000**	**1.000**	**1.000**
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	10.000	0	10.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	10.000	10.000	10.000
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**10.000**	**0**	**10.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**10.000**	**10.000**	**10.000**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-9.000**	**0**	**-9.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-9.000**	**-9.000**	**-9.000**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-9.000**	**0**	**-9.000**	**0**	**0**	**0**	**-9.000**	**-9.000**	**-9.000**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **54700 ÖPNV**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
61	2	+ Zuweisungen und allgemeine Umlagen	11.700	0	11.700	- - - - -	- - - - -	- - - - -	11.700	0	0
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.300	0	5.300	- - - - -	- - - - -	- - - - -	5.300	0	0
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**17.000**	**0**	**17.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**17.000**	**0**	**0**
73	14	+ Transferauszahlungen	18.100	0	18.100	- - - - -	- - - - -	- - - - -	18.100	0	0
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**18.100**	**0**	**18.100**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**18.100**	**0**	**0**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-1.100**	**0**	**-1.100**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-1.100**	**0**	**0**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-1.100**	**0**	**-1.100**	**0**	**0**	**0**	**-1.100**	**0**	**0**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **55200 Hafenbetrieb**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
641 642 646	5	+ privatrechtiche Leistungsentgelte	3.500	0	3.500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	3.500	3.500	3.500
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**3.500**	**0**	**3.500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**3.500**	**3.500**	**3.500**
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.500	0	3.500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	3.500	3.500	3.500
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**3.500**	**0**	**3.500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**3.500**	**3.500**	**3.500**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**0**	**0**	**0**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**0**	**0**	**0**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **55400 Natur- und Landschaftspflege**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
74	15	+ sonstige Auszahlungen	1.000	0	1.000	- - - - -	- - - - -	- - - - -	1.000	1.000	1.000
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**1.000**	**0**	**1.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**1.000**	**1.000**	**1.000**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-1.000**	**0**	**-1.000**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-1.000**	**-1.000**	**-1.000**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-1.000**	**0**	**-1.000**	**0**	**0**	**0**	**-1.000**	**-1.000**	**-1.000**

5 Fachbereich Bauen und Liegenschaften

Produkt **57510 Integrierte Station Unterelbe**

Ein- und Auszahlungsarten			bisheriger Ansatz	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Ansatz	neuer Ansatz	bisheriger Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Mehr (+) oder weniger gegenüber dem bisherigen Betrag an VE	neuer Betrag an Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			2017	2017	2017	2017	2017	2017	2018	2019	2020
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
		laufende Verwaltungstätigkeit									
73	14	+ Transferauszahlungen	1.500	0	1.500	- - - - -	- - - - -	- - - - -	1.500	1.500	1.500
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 bis 15)**	**1.500**	**0**	**1.500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**1.500**	**1.500**	**1.500**
	17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)**	**-1.500**	**0**	**-1.500**	**- - - - -**	**- - - - -**	**- - - - -**	**-1.500**	**-1.500**	**-1.500**
		Investitionstätigkeit									
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17,35,35c und 35f)**	**-1.500**	**0**	**-1.500**	**0**	**0**	**0**	**-1.500**	**-1.500**	**-1.500**

*** *Ende der Liste "1. Nachtragshaushaltsplan für den Teilfinanzplan"* ***

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0047/2017/HET/BV

Fachbereich:	Finanzen	Datum:	09.05.2017
Bearbeiter:	Horst Tronnier	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Hetlingen	08.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2015

Sachverhalt:

Nach den letztjährigen Beschlüssen der Gemeindevertretung Hetlingen über die Feststellung der Jahresergebnisse 2011 bis 2014 hat die Verwaltung nunmehr auch die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2015 vorbereitet. Dem Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Hetlingen wird der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2015 nunmehr zur Prüfung vorgelegt.
Nach § 44 der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) besteht der Jahresabschluss aus

1. der Ergebnisrechnung
2. der Finanzrechnung
3. den Teilrechnungen
4. der Bilanz
5. dem Anhang
6. dem Lagebericht

Nach § 95 n Gemeindeordnung (GO) hat der Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung die Jahresrechnung mit allen Unterlagen dahingehend zu prüfen, ob

a) der Haushalt eingehalten ist,
b) die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt worden sind,
c) bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,
d) das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind,
e) der Anhang zum Jahresabschluss vollständig und richtig ist,

f) der Lagebericht zum Jahresabschluss vollständig und richtig ist.

Der Ausschuss kann die Prüfung nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten.

Die von der Verwaltung aufgestellte Jahresrechnung der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2015 schließt

1. im Ergebnishaushalt mit

einem Gesamtbetrag der Erträge mit	1.695.504,80 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen mit	1.764.508,67 EUR
einem Jahresüberschuss mit	0,00 EUR
einem Jahresfehlbetrag mit	69.003,87 EUR

und

2. im Finanzhaushalt mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit	1.590.052,40 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit	1.700.561,47 EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit mit	269.854,37 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit mit	67.204,72 EUR

Nach § 26 GemHVO-Doppik sind Jahresüberschüsse, die nicht zum Ausgleich eines vorgetragenen Jahresfehlbetrages benötigt werden, der Ergebnisrücklage oder der Allgemeinen Rücklage zuzuführen. Jahresfehlbeträge sollen durch Umbuchung aus Mitteln der Ergebnisrücklage ausgeglichen werden. Soweit ein Ausgleich nicht möglich ist, wird ein Jahresfehlbetrag vorgetragen.

Stellungnahme der Verwaltung:
Verwaltungsseitig wird empfohlen, die Jahresrechnung der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2015 in der vorgelegten Fassung gemäß Anlage festzustellen.

Finanzierung:
entfällt

Fördermittel durch Dritte:
entfällt

Beschlussvorschlag:
Die Jahresrechnung der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2015 wird wie folgt festgestellt:

1. im Ergebnishaushalt mit

einem Gesamtbetrag der Erträge mit	1.695.504,80 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen mit	1.764.508,67 EUR
einem Jahresüberschuss mit	0,00 EUR
einem Jahresfehlbetrag mit	69.003,87 EUR

und

2. im Finanzhaushalt mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit	1.590.052,40 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit	1.700.561,47 EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit mit	269.854,37 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit mit	67.204,72 EUR

Der Jahresfehlbetrag wird in Höhe von 69.003,87 € festgestellt. Der Jahresfehlbetrag ist gemäß § 26 GemHVO-Doppik als Jahresfehlbetrag vorzutragen.

_____
Monika Riekhof

Anlagen:
Entwurf der Jahresrechnung der Gemeinde Hetlingen für das Haushaltsjahr 2015

Jahresabschluss 2015

der Gemeinde Hetlingen

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Erläuterungen zur Aufstellung des Jahresabschlusses

1.1 Erläuterungen zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2

2. Jahresabschluss 2015

2.1 Gesamtergebnisrechnung 2015 3

2.2 Gesamtfinanzrechnung 2015 4

2.3 Schlussbilanz zum 31.12.2015 6

3. Anhang zum Jahresabschluss

3.1 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung gem. § 51 Abs 1 GemHVO-Doppik 10

3.2 Erläuterungen zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Schlussbilanz 18

3.3 Erläuterungen zur Schlussbilanz gem. § 51 Abs. 1 GemHVO-Doppik 20

3.4 Erläuterungen zum Jahresabschluss gem. § 51 Abs. 2 GemHVO-Doppik 33

4. Anlagen zum Anhang des Jahresabschlusses

4.1 Anlagenspiegel (amtliches Muster) 36

4.2 Anlagenspiegel (verkürzte Darstellung) 38

4.3 Forderungsspiegel 40

4.4 Verbindlichkeitenspiegel 41

4.5 Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen 42

4.6 Übersicht über die Sondervermögen, Zweckverbände, Gesellschaften, Kommunalunternehmen, andere Anstalten sowie Wasser- und Bodenverbände 43

4.7 Teilergebnisrechnung und Teilfinanzrechnung 44

5. Lagebericht

5.1 Lagebericht zum Jahresabschluss 90

1. Allgemeine Erläuterungen zur Aufstellung des Jahresabschlusses

1.1 Erläuterungen zur Aufstellung des Jahresabschlusses

Führt eine Gemeinde gemäß § 75 Gemeindeordnung (GO) die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung, so hat diese gemäß § 95 m GO in Verbindung mit § 44 GemHVO-Doppik zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen.

Der Jahresabschluss umfasst gemäß § 44 Abs. 1 und Abs. 2 GemHVO-Doppik die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung, die Teilrechnungen, die Bilanz, den Anhang sowie den Lagebericht.

Der Jahresabschluss ist gemäß § 95 m Abs. 2 GO innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufzustellen und von dem/der Bürgermeister/in zu unterzeichnen (§ 44 Abs. 3 GemHVO-Doppik). Danach ist der Jahresabschluss inklusive Lagebericht der Kommunalaufsicht und dem Gemeindeprüfungsamt bis zum 1. Mai des Jahres vorzulegen (§ 44 Abs. 4 GemHVO-Doppik).

Der Jahresabschluss ist gemäß § 95 n Abs. 1 GO dem Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung vorzulegen. Der Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung bezieht sich in seiner Prüfung darauf, ob der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage der Gemeinde vermittelt, sowie darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Bestimmungen eingehalten wurden. Der Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung erstellt über seine Prüfung einen Schlussbericht.

Danach wird der geprüfte Jahresabschluss durch den/die Bürgermeister/in der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung zugeleitet (§ 95 n Abs. 3 GO). Die Gemeindevertretung beschließt über den Jahresabschluss sowie über die Verwendung von Jahresüberschüssen bzw. über die Behandlung von Jahresfehlbeträgen. Hierüber hat die Gemeindevertretung bis spätestens zum 31.12. des Folgejahres zu beschließen.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 konnten die Fristen nicht eingehalten werden, da die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011 aufgrund umfangreicher Datenerfassungen und Bewertungen erst am 09.10.2014 von der Gemeindevertretung beschlossen werden konnte. Die Vorlage des Jahresabschlusses 2015 und dessen Beschluss bis zum 31.12.2016 durch die Gemeindevertretung waren somit nicht realisierbar.

Ergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.042.682,47	1.200.200,00	**1.206.339,55**	6.139,55	- - - - -
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	292.140,08	300.400,00	**320.082,96**	19.682,96	- - - - -
42	3	+ sonstige Transfererträge	0,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.592,28	400,00	**52.624,50**	52.224,50	- - - - -
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	31.774,94	45.800,00	**47.714,67**	1.914,67	- - - - -
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.464,12	4.600,00	**4.158,35**	-441,65	- - - - -
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	123.298,00	45.500,00	**64.597,73**	19.097,73	- - - - -
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**1.547.951,89**	**1.596.900,00**	**1.695.517,76**	**98.617,76**	**- - - - -**
50	11	Personalaufwendungen	82.770,46	73.900,00	**67.823,29**	-6.076,71	0,00
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	318.007,41	335.900,00	**263.842,13**	-72.057,87	0,00
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	200.206,29	141.700,00	**195.431,14**	53.731,14	0,00
53	15	+ Transferaufwendungen	866.375,94	981.100,00	**923.284,54**	-57.815,46	0,00
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	276.416,44	291.700,00	**285.416,33**	-6.283,67	0,00
	17	**= Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**1.743.776,54**	**1.824.300,00**	**1.735.797,43**	**-88.502,57**	**0,00**
	18	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 17)**	**-195.824,65**	**-227.400,00**	**-40.279,67**	**187.120,33**	**0,00**
46	19	+ Finanzerträge	20.552,49	100,00	**-12,96**	-112,96	- - - - -
55	20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	30.711,93	28.200,00	**28.711,24**	511,24	0,00
	21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**-10.159,44**	**-28.100,00**	**-28.724,20**	**-624,20**	**0,00**
	22	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)**	**-205.984,09**	**-255.500,00**	**-69.003,87**	**186.496,13**	**0,00**
49	23	+ außerordentliche Erträge	1.415,32	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
59	24	- außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00
	25	**= außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**1.415,32**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	26	**= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)**	**-204.568,77**	**-255.500,00**	**-69.003,87**	**186.496,13**	**0,00**
		Nachrichtlich:					
		Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen					
	48	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	249.688,54	232.400,00	**180.935,25**	-51.464,75	- - - - -
	58	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	249.688,54	232.400,00	**180.935,25**	-51.464,75	- - - - -
		= Ergebnis aus internen Leistungsbeziehungen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- - - - -**

**** Ende der Liste "Ergebnisrechnung" ****

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haus-haltsjahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertrage-ne Er-mächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
60	1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	1.067.124,17	1.200.200,00	**1.208.389,62**	8.189,62	- - - - -
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	243.681,56	257.000,00	**271.985,01**	14.985,01	- - - - -
62	3	+ sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	624,58	400,00	**0,00**	-400,00	- - - - -
641 642 646	5	+ privatrechtiche Leistungsentgelte	27.332,28	45.800,00	**44.273,83**	-1.526,17	- - - - -
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.569,06	4.600,00	**5.053,34**	453,34	- - - - -
65	7	+ sonstige Einzahlungen	57.823,06	45.000,00	**60.255,31**	15.255,31	- - - - -
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	21.183,49	600,00	**95,29**	-504,71	- - - - -
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.426.338,20**	**1.553.600,00**	**1.590.052,40**	**36.452,40**	**- - - - -**
70	10	+ Personalauszahlungen	83.155,46	73.900,00	**67.734,91**	-6.165,09	0,00
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	332.238,67	335.900,00	**238.473,15**	-97.426,85	0,00
75	13	+ Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	30.711,93	28.200,00	**28.711,24**	511,24	0,00
73	14	+ Transferauszahlungen	843.446,65	981.100,00	**963.822,99**	-17.277,01	0,00
74	15	+ sonstige Auszahlungen	152.252,50	291.700,00	**401.819,18**	110.119,18	0,00
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 bis 15)**	**1.441.805,21**	**1.710.800,00**	**1.700.561,47**	**-10.238,53**	**0,00**
	17	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9/16)**	**-15.467,01**	**-157.200,00**	**-110.509,07**	**46.690,93**	**0,00**
681	18	+ Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	39.887,78	11.000,00	**159.387,71**	148.387,71	- - - - -
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	68.915,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	**8.891,09**	8.891,09	- - - - -
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	**1.575,57**	1.575,57	- - - - -
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	31.621,33	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	137.551,06	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
	26	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**277.975,17**	**11.000,00**	**169.854,37**	**158.854,37**	**- - - - -**
781	27	+ Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	21.209,73	34.500,00	**14.191,10**	-20.308,90	0,00
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	105.085,25	103.150,33	**3.150,33**	-100.000,00	0,00
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00

Finanzrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haus-haltsjahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertrage-ne Er-mächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00
	34	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Zeilen 27 bis 33)**	**126.294,98**	**137.650,33**	**17.341,43**	**-120.308,90**	**0,00**
	35	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26/34)**	**151.680,19**	**-126.650,33**	**152.512,94**	**279.163,27**	**0,00**
672	35a	+ Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00
772	35b	- Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00
	35c	**= Saldo aus fremden Finanzmitteln**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17, 35, 35c und 35f)**	**136.213,18**	**-283.850,33**	**42.003,87**	**325.854,20**	**0,00**
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,00	100.000,00	**100.000,00**	0,00	- - - - -
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
693	39	+ Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	65.017,57	49.900,00	**49.863,29**	-36,71	0,00
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00
	43	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit**	**-65.017,57**	**50.100,00**	**50.136,71**	**36,71**	**0,00**
	44	**= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (Zeilen 36 und 43)**	**71.195,61**	**-233.750,33**	**92.140,58**	**325.890,91**	**0,00**
	44b	**= Saldo der Finanzrechnung**	**71.195,61**	**-233.750,33**	**92.140,58**	**325.890,91**	**0,00**
	45	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	-258.071,11	-186.876,00	**-186.875,50**	0,50	0,00
	46	**= Liquide Mittel (Zeilen 44 und 45)**	**-186.875,50**	**-420.626,33**	**-94.734,92**	**325.891,41**	**0,00**

**** Ende der Liste "Finanzrechnung" ****

Bilanz 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Aktiva (in EUR)

Position	Bezeichnung	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015
1	2	3	4
	1. Anlagevermögen	**6.231.483,26**	**6.211.633,10**
01	1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	170,41	127,81
02-09	1.2 Sachanlagen	6.229.797,53	6.209.989,97
02	1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	207.185,79	207.185,79
021	1.2.1.1 Grünflächen	75.365,63	75.365,63
022	1.2.1.2 Ackerland	101.653,17	101.653,17
023	1.2.1.3 Wald, Forsten	6.664,51	6.664,51
029	1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	23.502,48	23.502,48
03	1.2 2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	4.067.323,28	4.012.531,22
032	1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	920.578,07	909.358,51
033	1.2.2.2 Schulen	853.009,55	839.801,66
031	1.2.2.3 Wohnbauten	0,00	0,00
034	1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	2.293.735,66	2.263.371,05
04	1.2.3 Infrastrukturvermögen	1.777.536,00	1.741.351,75
041	1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	230.103,42	230.068,12
042	1.2.3.2 Brücken und Tunnel	111.097,87	106.938,42
043	1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00
044	1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	0,00
045	1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	1.321.109,66	1.292.051,44
046	1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	115.225,05	112.293,77
05	1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00
06	1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00
07	1.2.6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	146.756,28	118.232,55
08	1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.996,18	31.883,46
09	1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	98.805,20
	1.3 Finanzanlagen	1.515,32	1.515,32
10	1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
11	1.3.2 Beteiligungen	1.515,32	1.515,32
12	1.3.3 Sondervermögen	0,00	0,00
13	1.3.4 Ausleihungen	0,00	0,00
13-	1.3.4.1 Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	0,00	0,00
13-	1.3.4.2 Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00
14-	1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00
	2. Umlaufvermögen	**209.159,55**	**24.611,91**
15	2.1 Vorräte	0,00	0,00
151,152,153	2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	0,00
1551, 156	2.1.2 unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00	0,00
1552,154	2.1.3 fertige Erzeugnisse und Waren	0,00	0,00
157,158,159	2.1.4 Geleistete Anzahlungen und sonstige Vorräte	0,00	0,00
	2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	209.159,55	24.611,91
161	2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	159.387,71	0,00
169	2.2.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	20.314,35	3.681,32
171	2.2.3 Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	2.245,88	631,30
179	2.2.4 Sonstige Privatrechtliche Forderungen	31,53	0,00

Bilanz 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Aktiva (in EUR)

Position	Bezeichnung	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015
1	2	3	4
178	2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände	27.180,08	20.299,29
14	2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
18	2.4 Liquide Mittel	0,00	0,00
19	**3. Aktive Rechnungsabgrenzung**	**333.016,63**	**326.900,89**
	4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	**0,00**	**0,00**
	Summe AKTIVA	**6.773.659,44**	**6.563.145,90**

Bilanz 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Passiva (in EUR)

Position	Bezeichnung	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015
1	2	3	4
20	**1. Eigenkapital**	**2.735.533,80**	**2.666.529,93**
201	1.1 Allgemeine Rücklage	2.747.938,36	2.747.938,36
202	1.2 Sonderrücklage	0,00	0,00
203	1.3 Ergebnisrücklage	192.164,21	0,00
204	1.4 Vorgetragener Jahresfehlbetrag	0,00	-12.404,56
205	1.5 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-204.568,77	-69.003,87
	1.6 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00
23	**2. Sonderposten**	**2.692.459,32**	**2.597.269,90**
231	2.1 aufzulösende Zuschüsse	12.147,53	18.244,54
232	2.2 aufzulösende Zuweisungen	1.431.565,95	1.389.019,28
233	2.3 für Beiträge	1.248.745,84	1.190.006,08
2331	2.3.1 aufzulösende Beiträge	1.248.745,84	1.190.006,08
2332	2.3.2 nicht aufzulösende Beiträge	0,00	0,00
234	2.4 Gebührenausgleich	0,00	0,00
235	2.5 Treuhandvermögen	0,00	0,00
236	2.6 Dauergrabpflege	0,00	0,00
239	2.7 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
25, 26, 27, 28	**3. Rückstellungen**	**0,00**	**0,00**
251	3.1 Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
281	3.2 Altersteilzeitrückstellung	0,00	0,00
261	3.3 Rückstellung für später enstehende Kosten	0,00	0,00
262	3.4 Altlastenrückstellung	0,00	0,00
282-	3.5 Steuerrückstellung	0,00	0,00
283	3.6 Verfahrensrückstellung	0,00	0,00
284	3.7 Finanzausgleichsrückstellung	0,00	0,00
27	3.8 Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00
285	3.9 Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die kleine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist	0,00	0,00
289	3.10 Sonstige andere Rückstellungen	0,00	0,00
3	**4. Verbindlichkeiten**	**1.344.377,21**	**1.298.850,23**
30-	4.1 Anleihen	0,00	0,00
32	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	957.045,22	1.007.181,93
32-	4.2.1 von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	0,00	0,00
32-	4.2.2 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00
32-	4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	957.045,22	1.007.181,93
33	4.3 Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	186.875,50	94.734,92
34	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00
35	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	118,66	114.199,69
36	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00
37	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	200.337,83	82.733,69
39	**5. Passive Rechnungsabgrenzung**	**1.289,11**	**495,84**
	Summe PASSIVA	**6.773.659,44**	**6.563.145,90**

Nachrichtlich:

1. Summe der übertragenen Ermächtigungen für Aufwendungen nach § 23 Abs. 1 GemHVO-Dopppik: 0 TEUR.

2. Summe der übertragenen Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach § 23 Abs. 2 GemHVO-Doppik: 0 TEUR.

**** Ende der Liste "Bilanz" ****

3. Anhang zum Jahresabschluss 2015

3.1 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung gemäß § 51 Abs. 1 GemHVO-Doppik

Erträge

Steuern und ähnliche Abgaben (Position 40)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
1.200.200,00 €	1.206.339,55 €	+ 6.139,55 €

Bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer wurden Mehreinnahmen in Höhe von 4.336,00 € bzw. 2.429,00 € erzielt, bei der Gewerbesteuer hingegen eine Mindereinnahme in Höhe von 1.379,37 €.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen (Position 41)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
300.400,00 €	320.082,96 €	+ 19.682,96 €

Hier konnten Mehreinnahmen bei dem Landeszuschuss für die Kindertagesstätte (+ 14.235,00 €) sowie Mehrerträge bei der Auflösung von Sonderposten aus Schenkungen (+ 3.046,36 €) verzeichnet werden.

Sonstige Transfererträge (Position 42)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
0,00 €	0,00 €	0,00 €

Hier haben keine Buchungen stattgefunden.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Position 43)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
400,00 €	52.624,50 €	+ 52.224,50 €

Die hauptsächliche Ursache für diese Mehreinnahme begründet sich in der Auflösung von Sonderposten für Beiträge in Höhe von 52.624,50 €.

Privatrechtliche Leistungsentgelte (Position 441 bis 446)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
45.800,00 €	47.714,67 €	+ 1.914,67 €

Diese Summe resultiert vor allem aus Mehrerträgen bei der Erstattung von Bewirtschaftungskosten (+ 4.361,48 €) und der Erstattung von Stromkosten (+ 4.962,86 €). Diesen Mehrerträgen stehen jedoch Mindererträge bei den Mieteinnahmen (- 7.821,84 €) gegenüber.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Position 448)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
4.600,00 €	4.158,35 €	- 441,65 €

Diese Summe setzt sich aus Mindereinnahmen bei den Kostenerstattungen des Landes und der privaten Unternehmen sowie Mehrerträgen bei den Kostenerstattungen der privaten Unternehmen zusammen.

Sonstige ordentliche Erträge (Position 45)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
45.500,00 €	64.597,73 €	+ 19.097,73 €

Diese Summe resultiert aus Mehrerträgen bei den Konzessionsabgaben (+ 7.369,77 €), der Auflösung von sonstigen Sonderposten (+ 6.115,26 €) sowie aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf sonstige öffentlich-rechtliche und sonstige privatrechtliche Forderungen (+ 6.004,45 €).

Aktivierte Eigenleistungen (Position 471)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
0,00 €	0,00 €	0,00 €

Hier haben keine Buchungen stattgefunden.

Bestandsveränderungen (Position 472)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
0,00 €	0,00 €	0,00 €

Auch hier sind keine Buchungen erfolgt.

Ordentliche Erträge (Summe Positionen 40 bis 472)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
1.596.900,00 €	1.695.517,76 €	+ 98.617,76 €

Aus den obigen Darstellungen ergibt sich somit diese Darstellung der ordentlichen Erträge.

Aufwendungen

Personalaufwendungen (Position 50)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
73.900,00 €	67.823,29 €	- 6.076,71 €

Bei den Personalkosten sind Minderaufwendungen in Höhe von 6.076,71 € entstanden.

Versorgungsaufwendungen (Position 51)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
0,00 €	0,00 €	0,00 €

Hier sind keine Buchungen erfolgt.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 52)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
335.900,00 €	263.842,13 €	- 72.057,87 €

Mehrausgaben sind bei der Jugendbetreuung (+ 2.155,27 €) entstanden.

Dem gegenüber stehen Minderaufwendungen bei verschiedenen Sachkonten. Neben vielen kleineren einzelnen Positionen sind insbesondere folgende Minderaufwendungen zu benennen:

Unterhaltung der Grundstücke (Sachkonto 5211000) - 30.358,06 €
Bewirtschaftung der Grundstücke (Sachkonto 5241000) - 20.468,18 €
Straßenreinigung/Winterdienst (Sachkonto 5241300) - 3.853,30 €
Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Sachkonto 5271000) - 6.668,37 €

Für die Sanierung der Mehrzweckhalle waren zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt worden (Sachkonto 5211000), im Haushaltsjahr 2015 wurde hiervon nur ein geringer Teil verbraucht. Deutliche Einsparungen hat es auch bei den Bewirtschaftungskosten für die gemeindlichen Liegenschaften gegeben (Sachkonto 5241000).

Bilanzielle Abschreibungen (Position 57)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
141.700,00 €	195.431,14 €	+ 53.731,14 €

Bei den Abschreibungen ergaben sich deutliche Mehraufwendungen gegenüber der Haushaltsplanung (+ 53.731,14 €). Bei den Abschreibungen handelt es sich um zahlungsneutralen Aufwand, der nicht zur Auszahlung führt.

Transferaufwendungen (Position 53)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
981.100,00 €	923.284,54 €	- 57.815,46 €

Bei den Transferaufwendungen sind insgesamt Minderaufwendungen in Höhe von 57.815,46 € entstanden. Diese resultieren vor allem aus Minderaufwendungen bei der Umlage an den Wegeunterhaltungsverband sowie bei den Zuschüssen für das Jubiläum der Feuerwehr und dem Betrieb der Kindertagesstätte. Die Deckenerneuerung der Gemeindestraße Blink erfolgte im Jahr 2013 durch den Wegeunterhaltungsverband. Bei der Deckenerneuerung handelte es sich jedoch nicht um bauliche Unterhaltung, sondern mit der Deckenerneuerung (Sanierung) wurde die Nutzungsdauer der Straße Blink um zehn Jahre verlängert. Deshalb sind die Kosten als Investition zu buchen. Die entsprechende Korrektur erfolgte somit über den Jahresabschluss 2015: in Höhe der Herstellungskosten der Deckensanierung (41.253,44 €) wurde eine Verbindlichkeit gegenüber dem Wegeunterhaltungsverband gebucht, die nachträglichen Herstellungskosten wurden dem Sachanlagevermögen zugeschrieben, die Umlage an den Wegeunterhaltungsverband wurde gegen die Verbindlichkeit an den Wegeunterhaltungsverband gebucht (Ansatz: 27.000,-- €). Durch die Abrechnung des gemeindlichen Zuschusses für die Kindertagesstätte ist eine weitere Einsparung in Höhe von rd. 23.800,-- € entstanden. Für das Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr waren vorsorglich 5.000,-- € bereitgestellt worden, die nicht in Anspruch genommen worden sind.

Sonstige ordentliche Aufwendungen (Position 54)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
291.700,00 €	285.416,33 €	- 6.283,67 €

Bei den Sonstigen Ordentlichen Aufwendungen sind insgesamt Minderaufwendungen in Höhe von 6.283,67 € entstanden. Für die Erstellung eines Beleuchtungskonzeptes waren 10.000,-- € eingeplant worden. Die Umsetzung der Maßnahme war ohne dieses Konzept möglich. Für die Erstellung eines Beleuchtungskonzeptes waren 10.000,-- € eingeplant worden. Die Umsetzung der Maßnahme war ohne dieses Konzept möglich. Die Haushaltsmittel für die Bauleitplanung in Höhe von 5.000,-- € wurden gleichfalls nicht in Anspruch genommen. Einsparungen haben sich darüber hinaus bei Geschäftsaufwendungen ergeben. Auf der anderen Seite sind für Schulkostenbeiträge Mehrkosten gegenüber der Haushaltsplanung von rd. 10.800,-- € und für den Kostenausgleich für die Unterbringung von Kindern in auswärtigen Kindertageseinrichtungen von rd. 3.900,-- € entstanden. Einzelwertberichtigungen auf sonstige öffentlich-rechtliche sowie privatrechtliche Forderungen haben rd. 2.000,-- € ausgemacht.

Ordentliche Aufwendungen (Summe Positionen 50 bis 54)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
1.824.300,00 €	1.735.797,43 €	- 88.502,57 €

Aus den obigen Darstellungen ergibt sich somit diese Darstellung der ordentlichen Aufwendungen.

Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit

(Summe der ordentlichen Erträge abzüglich der ordentlichen Aufwendungen)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
- 227.400,00 €	- 40.279,67 €	+ 187.120,33 €

Finanzerträge (Position 46)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
100,00 €	- 12,96 €	- 112,96 €

Hier werden eine Dividende und gegebenenfalls Zinsansprüche aus der Führung der Einheitskasse gebucht. 2015 ergab sich aufgrund des negativen Kassenbestandes der Gemeinde Hetlingen eine Zinsverpflichtung gegenüber der Einheitskasse.

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Position 55)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
28.200,00 €	28.711,24 €	511,24 €

Die Mehraufwendungen resultieren aus Gewerbesteuererstattungen.

Finanzergebnis (Position 46 abzüglich 55)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
- 28.100,00 €	-28.724,20 €	- 624,20 €

Das Finanzergebnis ergibt sich aus den Finanzerträgen abzüglich der Zinsen und sonstiger Finanzaufwendungen.

Ordentliches Ergebnis

(Summe aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit und dem Finanzergebnis)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
- 255.500,00 €	- 69.003,87 €	186.496,13 €

Außerordentliche Erträge (Position 49)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
0,00 €	0,00 €	0,00 €

Es wurden keine außerordentliche Erträge verbucht.

Außerordentliche Aufwendungen (Position 59)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
0,00 €	0,00 €	0,00 €

Es wurden keine außerordentliche Aufwendungen verbucht.

Außerordentliches Ergebnis (Position 49 abzüglich 59)
(Summe der außerordentlichen Erträge abzüglich der außerordentlichen Aufwendungen)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
0,00 €	0,00 €	0,00 €

Jahresergebnis

(Summe aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit, dem Finanzergebnis und dem außerordentlichen Ergebnis)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
- 255.500,00 €	- 69.003,87 €	186.496,13 €

Das Jahresergebnis ergibt sich aus dem ordentlichen Ergebnis und dem außerordentlichen Ergebnis. **Das hier ausgewiesene Ist-Ergebnis stellt den Jahresfehlbetrag 2015 dar.** Nach der Haushaltsplanung der Gemeinde Hetlingen war für 2015 mit einem erheblichen negativen Abschluss zu rechnen. Das Ergebnis hat sich gegenüber der Planung deutlich verbessert. Es verblieb ein Defizit von rd. 69.000,-- €.

Nachrichtlich:

Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Positionen 48 und 58)

Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis	Vergleich
232.400,00 €	180.935,25 €	- 51.464,75 €

Hier werden die internen Leistungsverrechnungen verbucht. Bei der internen Leistungsverrechnung handelt es sich um die Abrechnung der kalkulatorischen Miete. Es handelt sich hierbei um zahlungsneutrale interne Verrechnungen, die sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen in gleicher Höhe erfolgt sind. Grundlage zur Kalkulation der Verrechnungen ist die Kosten- und Leistungsrechnung für das Gebäudemanagement.

3.2 Erläuterungen zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften der Schlussbilanz 2015

Der doppische Jahresabschluss 2015 wurde nach den Vorschriften der Gemeindeordnung (GO) in Verbindung mit der GemHVO-Doppik sowie dem Handelsgesetzbuch aufgestellt.
Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden nachfolgend kurz erläutert. Eine detaillierte Darstellung der gewählten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurde in der Eröffnungsbilanz der Gemeinde Hetlingen vorgenommen. In allen Folgeabschlüssen wird auf diese detaillierte Darstellung verzichtet. Es gilt der Grundsatz der formellen und materiellen Bilanzkontinuität.

Anlagevermögen
Zugänge im Anlagevermögen (Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um die Abschreibungen, bewertet (§§ 54 und 55 GemHVO-Doppik). Als Abschreibungsmethode findet ausschließlich die lineare Abschreibung Anwendung. Die dabei zu Grunde gelegten Nutzungsdauern bestimmen sich nach der Abschreibungstabelle der GemHVO-Doppik (§ 43 Abs. 4 GemHVO-Doppik).
Selbständig nutzbare Anlagegüter mit einem Anschaffungswert ab 150,00 € bis zu 1.000,00 € netto werden als Sammelposten erfasst und über fünf Jahre abgeschrieben (§ 38 Abs. 4 GemHVO-Doppik).
Für einzelne Anlagegruppen aus dem Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden entgegen dem Grundsatz der Einzelbewertung gemäß § 37 Abs. 2 GemHVO-Doppik Festwerte gebildet: die Bewertung von Schülertischen und –stühlen erfolgt anhand von Festwerten.
Die Bewertung der Finanzanlagen erfolgt ebenfalls auf Grundlage der Anschaffungskosten (§ 55 Abs. 3 GemHVO-Doppik).

Umlaufvermögen
Die Bewertung der Vorräte erfolgte zum Bilanzstichtag zu den Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips (§ 43 Abs. 9 GemHVO-Doppik).
Die Forderungen sind mit dem Nennwert bilanziert. Bei zweifelhaften Forderungen erfolgt eine Einzelwertberichtigung, bei Uneinbringlichkeit wurden diese ausgebucht. Bei einwandfreien Forderungen wurde das (Rest-) Ausfallrisiko durch eine Pauschalwertberichtigung berücksichtigt.
Kassenführend für die Gemeinde Hetlingen ist das Amt Haseldorf. Deshalb erfolgt kein Ausweis liquider Mittel, sondern einer entsprechenden Forderung bzw. Verbindlichkeit aus der Einheitskasse in der Bilanz.

Aktive Rechnungsabgrenzung
Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Bilanzstichtag geleistete Zahlungen bilanziert, die Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag darstellen (§ 49 Abs. 1 GemHVO-Doppik). Investitionskostenzuschüsse an Dritte für Anlagegüter, an denen der Gemeinde Hetlingen nicht das wirtschaftliche Eigentum obliegt, sind ebenfalls als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten zu bilanzieren.

Eigenkapital
Veränderungen im Eigenkapital ergeben sich aus der Bildung bzw. Auflösung von Rücklagen (§ 25 GemHVO-Doppik) sowie aus dem Ausgleich und die Einstellung von Fehlbeträgen aus der Ergebnisrechnung (§ 26 GemHVO-Doppik). Darüber hinaus führen Berichtigungen der Eröffnungsbilanz zu Verschiebungen innerhalb des Eigenkapitals (§ 56 Abs. 2 GemHVO-Doppik).

Sonderposten
Erhaltene Zuschüsse und Zuweisungen für den Erwerb oder die Herstellung von Vermögensgegenständen werden als Sonderposten bilanziert und entsprechend der Nutzungsdauer des bezuschussten Anlagegutes aufgelöst (§ 40 Abs. 5 GemHVO-Doppik).

Rückstellungen
Rückstellungen sind für die Gemeinde Hetlingen nicht zu bilanzieren.

Verbindlichkeiten
Als Verbindlichkeiten der Gemeinde Hetlingen wurden die Bestände der laufenden Kredite, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zum Bilanzstichtag ermittelt und mit dem Rückzahlungsbetrag in der Bilanz ausgewiesen.

3.3 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Schlussbilanz gemäß § 51 Abs. 1 GemHVO-Doppik

Die einzelnen Posten der Bilanz werden nachfolgend näher erläutert. Gemäß § 51 Abs. 1 GemHVO-Doppik sind die Anwendungen von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen im Anhang zu beschreiben. Zusätzlich sind Abweichungen von den bisher angewandten Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden sowie vom Grundsatz der Einzelbewertung ebenfalls im Anhang aufzuzeigen.

Einzelerläuterungen zur Aktivseite der Bilanz

Immaterielle Vermögensgegenstände (Bilanzposition 01)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
170,41 €	**127,81 €**

Im vergangenen Jahr wurde eine Software für die Grundschule Hetlingen erworben. Lizenzen sind als immaterielle Vermögensgegenstände zu bilanzieren. Der Rückgang des Bilanzwertes ergibt sich aus der Abschreibung.

Sachanlagen (Bilanzposition 02 bis 09)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
6.229.797,53 €	**6.209.989,97 €**

Zu den Sachanlagen gehören unbebaute und bebaute Grundstücke, Gebäude, Infrastrukturvermögen, Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Anlagen im Bau. Der Gesamtwert der Sachanlagen teilt sich wie nachstehend aufgeführt auf:

Unbebaute Grundstücke (Bilanzposition 02)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
207.185,79 €	**207.185,79 €**

Bei der Bilanzposition Unbebaute Grundstücke gibt es keine Veränderung gegenüber dem Vorjahreswert.

Bebaute Grundstücke (Bilanzposition 03)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
4.067.323,28 €	**4.012.531,22 €**

Die Bilanzposition bebaute Grundstücke setzt sich wie folgt zusammen:

1.2.2.1	Kinder- und Jugendeinrichtungen	909.358,51 €
1.2.2.2	Schulen	839.801,66 €
1.2.2.3	Wohnbauten	0,00 €
1.2.2.4	Sonstige Dienst- und Betriebsgebäude	2.263.371,05 €.

Die Veränderung des Bilanzwertes gegenüber dem Vorjahr ist durch Abschreibungen auf Gebäude begründet.

Infrastrukturvermögen (Bilanzposition 04)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
1.777.536,00 €	**1.741.351,75 €**

Die Veränderung des Bilanzwertes gegenüber dem Vorjahr ist vor allem durch Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen begründet. Für die Deckenerneuerung der Gemeindestraße Blink wurden nachträgliche Herstellungskosten aktiviert.

Bauten auf fremden Grund und Boden (Bilanzposition 05)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Die Gemeinde Hetlingen verfügt nicht über Bauten auf fremdem Grund und Boden.

Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler (Bilanzposition 06)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Die Gemeinde Hetlingen verfügt nicht über Kunstgegenstände.

Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge (Bilanzposition 07)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
146.756,28 €	**118.232,55 €**

In der Anlagengruppe Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge ist die Veränderung zum Vorjahr im Wesentlichen durch die Verbuchung von Abschreibungen begründet. Anlagegüter mit einem Anschaffungswert ab 150,00 € bis zu 1.000,00 € netto wurden als Sammelposten erfasst (Bilanzkonto 0791000), hierbei handelt es sich um Anschaffungen für die Feuerwehr (Schutzkleidung, Ausstattung).

Betriebs- und Geschäftsausstattung (Bilanzposition 08)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
30.996,18 €	**31.883,46 €**

Die Anlagegruppe Betriebs- und Geschäftsausstattung umfasst alle Einrichtungsgegenstände der Büros (Computer, Stühle, Tische, Schränke), Geräte der Feuerwehr sowie Spielzeug der Kindertagesstätte. Anlagegüter mit einem Anschaffungswert ab 150,00 € bis zu 1.000,00 € netto wurden als Sammelposten erfasst (Bilanzkonto 0891000). Als größere Anschaffung im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung ist die Schenkung der Spielkombination Rutschenturm für den Kinderspielplatz zu nennen.

Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.167,92 €
Beschaffung von Spielgeräten (> 1.000,00 €)	17,00 €
Beschaffung von Hardware (> 1.000,00 €)	770,73 €
Sammelposten (150,00 € - 1.000,00 €)	11.941,80 €
Sammelposten Hardware (150,00 € - 1.000,00 €)	5.997,60 €
Geschenkte Vermögensgegenstände	8.988,41 €

Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau (Bilanzposition 09)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**98.805,20 €**

Die durch die Gemeinde Hetlingen im Laufe des Jahres 2015 ausgeführten, jedoch nicht bis zum Bilanzstichtag vollendeten Baumaßnahmen werden in der Bilanz als Anlagen im Bau ausgewiesen. Für das Haushaltsjahr 2015 ist die Erneuerung der Straßenbeleuchtung als Anlage im Bau zu bilanzieren. Die Umstellung auf die LED-Beleuchtung ist in großem Umfang bereits im Jahr 2015 erfolgt, die Abnahme und damit die Inbetriebnahme der neuen Straßenbeleuchtung jedoch erst im Juni 2016.

Finanzanlagen (Bilanzposition 10 bis 14-)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
1.515,32 €	**1.515,32 €**

Der Bilanzwert hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Er setzt sich zusammen aus einem Anteil in Höhe von 100,00 € an der Raiffeisenbank Elbmarsch eG und der Beteiligung an dem Zweckverband Integrierte Station Unterelbe in Haseldorf mit 1.415,32 €.

Umlaufvermögen (Bilanzposition 15 bis 18)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
209.159,55 €	**24.611,91 €**

Zum Umlaufvermögen gehören alle Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb der Kommune zu dienen, deren Zweckbestimmung einen Verbrauch oder Verkauf vorsehen.
Als Umlaufvermögen der Gemeinde Hetlingen sind lediglich Forderungen auszuweisen, da die Gemeinde Hetlingen weder über Vorräte noch über liquide Mittel verfügt.

Vorräte (Bilanzposition 15)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Die Gemeinde Hetlingen verfügt nicht über Vorratsvermögen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (Bilanzposition 161 bis 178)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
209.159,55 €	**24.611,91 €**

Die Forderungen der Gemeinde Hetlingen sind zu Nennbeträgen bilanziert, die bestehenden Ausfallrisiken sind durch Wertberichtigungen (Pauschalwertberichtigung bei einwandfreien Forderungen, Einzelwertberichtigung bei zweifelhaften Forderungen) berücksichtigt.

Forderungen der Gemeinde Hetlingen:

Öffentlich-rechtliche Forderungen		
aus Dienstleistungen		0,00 €
Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	54.249,49 €	
Wertberichtigungen	- 50.568,17 €	3.681,32 €
Privatrechtliche Forderungen		
aus Dienstleistungen	637,68 €	
Wertberichtigungen	- 6,38 €	631,30 €
Sonstige privatrechtliche Forderungen		0,00 €
Sonstige Vermögensgegenstände *		20.299,29 €

* Forderungen zur Vorjahresabgrenzung

Gesamtbetrag der Forderungen: **24.611,91 €**

Wertpapiere des Umlaufvermögens (Bilanzposition 14)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Die Gemeinde Hetlingen verfügt nicht über Wertpapiere des Umlaufvermögens.

Liquide Mittel (Bilanzposition 18)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Kassenführend für die Gemeinde Hetlingen ist das Amt Haseldorf (bis 31.12.2016). Deshalb sind bei der Gemeinde Hetlingen keine liquiden Mittel zu bilanzieren.

Aktive Rechnungsabgrenzung (Bilanzposition 19)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
333.016,63 €	**326.900,89 €**

Die aktive Rechnungsabgrenzung besteht aus der Rechnungsabgrenzung aus Dienstleistungen und Warenlieferungen zur periodengerechten Abgrenzung des Aufwandes sowie aus geleisteten Investitionszuschüssen an Dritte, die periodengerecht über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst werden. Nachfolgend sind die Einzelpositionen erläutert:

ARAP aus Dienstleistungen und Warenlieferungen

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
4.838,25 €	**12.374,42 €**

Zu den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aus Dienstleistungen und Warenlieferungen gehören alle Aufwendungen, die bereits im Vorjahr für das Folgejahr im Voraus bezahlt wurden, jedoch ganz oder anteilig den Aufwendungen des Folgejahres zuzurechnen sind.

ARAP aus geleisteten Investitionszuschüssen

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
328.178,38 €	**314.526,47 €**

Für geleistete Investitionszuschüsse an Dritte für die Herstellung oder den Erwerb von Vermögensgegenständen, die nicht in das Eigentum der Gemeinde Hetlingen übergehen, sind ebenfalls aktive Rechnungsabgrenzungsposten zu bilden. Die Auflösung der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten erfolgt über die festgelegte Nutzungsdauer oder die Zweckbindungsfrist. Die Wertveränderung gegenüber dem Vorjahreswert resultiert aus der Auflösung der Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aus geleisteten Investitionszuschüssen.

Einzelerläuterungen zur Passivseite der Bilanz

Eigenkapital (Bilanzposition 20)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
2.735.533,80 €	**2.666.529,93 €**

Zum Eigenkapital einer Gemeinde gehören die Allgemeine Rücklage, Sonderrücklagen, die Ergebnisrücklage, vorgetragene Jahresfehlbeträge, der Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag und gegebenenfalls nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbeträge. Das Eigenkapital der Gemeinde Hetlingen besteht 2015 aus der Allgemeinen Rücklage, einem vorgetragenen Jahresfehlbetrag und dem Jahresfehlbetrag 2015. Das Eigenkapital der Gemeinde Hetlingen teilt sich wie nachstehend aufgeführt auf:

Allgemeine Rücklage (Bilanzposition 201)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
2.747.938,36 €	**2.747.938,36 €**

Die Allgemeine Rücklage wurde 2015 nicht durch Umbuchungen verändert.

Sonderrücklage (Bilanzposition 202)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Die Gemeinde Hetlingen verfügt über keine Sonderrücklage.

Ergebnisrücklage (Bilanzposition 203)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
192.164,21 €	**0,00 €**

Der Jahresfehlbetrag 2014 in Höhe von 204.568,77 € wurde anteilig durch die Ergebnisrücklage gemäß § 26 Abs. 3 GemHVO-Doppik ausgeglichen. Damit verfügt die Gemeinde Hetlingen nicht mehr über eine Ergebnisrücklage.

Vorgetragener Jahresfehlbetrag (Bilanzposition 204)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**- 12.404,56 €**

Da die Ergebnisrücklage nicht ausreichend zum vollständigen Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2014 war, wurde der verbliebene Restbetrag in Höhe von 12.404,56 € gemäß § 26 Abs. 4 GemHVO-Doppik als Jahresfehlbetrag vorgetragen.

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Bilanzposition 205)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
-204.568,77 €	**- 69.003,87 €**

Aus der Ergebnisrechnung für das Jahr 2015 ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 69.003,87 €.

Sonderposten (Bilanzposition 23)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
2.692.459,32 €	**2.597.269,90 €**

Sonderposten dienen der bilanziellen Abbildung aufzulösender Zuschüsse und Zuweisungen sowie Beiträge. Sie werden darüber hinaus für den Gebührenausgleich, Treuhandvermögen, Dauergrabpflege und als sonstige Sonderposten eingerichtet. In der Bilanz der Gemeinde Hetlingen sind die nachstehend aufgeführten Sonderposten auszuweisen:

Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen (Bilanzposition 231 und 232)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
1.443.713,48 €	**1.407.263,82 €**

Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen dienen der bilanziellen Abbildung erhaltener Zuschüsse und Zuweisungen. Die Sonderposten werden parallel zur Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst, wodurch der Aufwand aus den Abschreibungen des Vermögensgegenstandes entsprechen neutralisiert wird. Die Veränderungen zum Vorjahr ergeben sich im Wesentlichen aus den Auflösungen der Sonderposten.

Sonderposten aus Beiträgen (Bilanzposition 233)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
1.248.745,84 €	**1.190.006,08 €**

Der Sonderposten aus Beiträgen umfasst alle aufzulösenden Beiträge aus Ausbau- und Erschließungsmaßnahmen. Die Veränderungen zum Vorjahr ergeben sich aus den Auflösungen der Sonderposten aus Beiträgen.

Gebührenausgleich (Bilanzposition 234)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Die Gemeinde Hetlingen unterhält keine kostenrechnende Einrichtung.

Treuhandvermögen (Bilanzposition 235)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Die Gemeinde Hetlingen verwaltet kein Treuhandvermögen.

Dauergrabpflege (Bilanzposition 236)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Die Gemeinde Hetlingen unterhält keinen Friedhof.

Sonstige Sonderposten (Bilanzposition 239)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Sonstige Sonderposten sind von der Gemeinde Hetlingen nicht anzulegen.

Rückstellungen (Bilanzposition 25 bis 28)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Rückstellungen sind seitens der Gemeinde Hetlingen derzeit nicht zu bilanzieren. Gemäß § 24 GemHVO-Doppik sind Rückstellungen zu bilden für Pensionsverpflichtungen und Beihilfeverpflichtungen, für zukünftige Verpflichtungen zur Lohn- und Gehaltszahlung für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit, für später entstehende Kosten der Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung, für die Sanierung von Altlasten, für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen, für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren, für erwartete Mehraufwendungen bei den Umlagen aufgrund überdurchschnittlicher Gewerbesteuererträge im Vergleich zu den beiden Vorjahren, für im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltung und für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist.

Pensionsrückstellungen (Bilanzposition 251)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Pensionsrückstellungen sind von der Gemeinde nicht zu bilanzieren.

Altersteilzeitrückstellungen (Bilanzposition 281)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Altersteilzeitrückstellungen sind von der Gemeinde nicht zu bilanzieren.

Rückstellungen für später entstehende Kosten (Bilanzposition 261)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Rückstellungen für später entstehende Kosten sind von der Gemeinde nicht zu bilanzieren.

Altlastenrückstellungen (Bilanzposition 262)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Altlastenrückstellungen sind von der Gemeinde nicht zu bilanzieren.

Steuerrückstellungen (Bilanzposition 282-)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Steuerrückstellungen sind von der Gemeinde nicht zu bilanzieren.

Verfahrensrückstellungen (Bilanzposition 283)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Verfahrensrückstellungen sind von der Gemeinde nicht zu bilanzieren.

Finanzausgleichsrückstellungen (Bilanzposition 284)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Finanzausgleichsrückstellungen sind von der Gemeinde nicht zu bilanzieren.

Instandhaltungsrückstellungen (Bilanzposition 27)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Instandhaltungsrückstellungen sind von der Gemeinde nicht zu bilanzieren.

Rückstellungen für Verbindlichkeiten (Bilanzposition 285)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist, sind von der Gemeinde nicht zu bilanzieren.

Verbindlichkeiten (Bilanzposition 3)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
1.344.377,21 €	**1.298.850,23 €**

Verbindlichkeiten entstehen aus Anleihen, aus Krediten für Investitionen, aus Kassenkrediten, aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, aus Lieferungen und Leistungen und aus Transferleistungen. Sonstige Verbindlichkeiten können aus Vorjahresabgrenzungen entstehen. Die Gemeinde Hetlingen hat nachstehend aufgeführte Verbindlichkeiten:

Anleihen (Bilanzposition 30-)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Die Gemeinde Hetlingen hat aus Anleihen keine Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen (Bilanzposition 32)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
957.045,22 €	**1.007.181,93 €**

Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten handelt es sich um Kredite vom privaten Kreditmarkt. Der Verbindlichkeitenspiegel auf Seite 41 zeigt die Fristigkeiten der Kredite auf.

Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten (Bilanzposition 33)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
186.875,50 €	**94.734,92 €**

Aus der Führung der Einheitskasse hat die Gemeinde aufgrund ihres negativen Kassenbestandes eine Verbindlichkeit gegenüber dem Amt in Höhe von 94.734,92 €.

Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen (Bilanzposition 34)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Die Gemeinde Hetlingen hat keine Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Bilanzposition 35)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
118,66 €	**114.199,69 €**

Die Abrechnung der Umrüstung der Straßenbeleuchtung nahm mit 98.805,20 € einen wesentlichen Teil der offenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen der Gemeinde Hetlingen ein.

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen (Bilanzposition 36)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
0,00 €	**0,00 €**

Die Gemeinde hatte keine Verbindlichkeiten (Kassenausgabereste) aus Transferleistungen.

Sonstige Verbindlichkeiten (Bilanzposition 37)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
200.337,83 €	**82.733,69 €**

Unter der Bilanzposition Sonstige Verbindlichkeiten werden alle diejenigen Verbindlichkeiten bilanziert, für welche keine anderen Positionen nach dem verbindlichen Kontenrahmen vorgesehen sind. Unter den Sonstigen Verbindlichkeiten werden bei der Gemeinde Hetlingen vor allem Verbindlichkeiten zur Vorjahresabgrenzung ausgewiesen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahreswert ergibt sich durch den Rückgang der Verbindlichkeiten zur Vorjahresabgrenzung, insbesondere bei den Verbindlichkeiten aus sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Schulkostenbeiträge)
Hinweis: In der Schlussbilanz 31.12.2014 erfolgte der Ausweis der Sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 387.213,33 € unter Berücksichtigung der Verbindlichkeit aus der Führung der Einheitskasse in Höhe von 186.875,50 €. Ab dem Haushaltsjahr 2015 erfolgt der Ausweis der Verbindlichkeit aus der Einheitskasse programmtechnisch nicht mehr unter den Sonstigen Verbindlichkeiten, sondern unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten.

Passive Rechnungsabgrenzung (Bilanzposition 39)

Bilanzwert Vorjahr	Bilanzwert zum 31.12.2015
1.289,11 €	**495,84 €**

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um die periodengerechte Abgrenzung von Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die jedoch einen Ertrag für das Folgejahr darstellen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert resultiert daraus, dass die Gemeinde Hetlingen im Vorjahr (2014) Zuschüsse des Kreises und des Landes für die Schulsozialarbeit 2014/2015 erhalten hat.

3.4 Weitere Erläuterungen zur Schlussbilanz gemäß § 51 Abs. 2 GemHVO-Doppik

1. Besondere Umstände, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermittelt

Es liegen keine besonderen Umstände vor, die der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entgegenstehen.

2. Abweichungen vom Grundsatz der Einzelbewertung und von bisher angewandten Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden

Vom Grundsatz der Einzelbewertung wurde im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung bei der Bewertung der Schülertische und –stühle abgewichen. Hier wurden für die genannten Anlagegüter Festwerte gebildet. Von den bisher angewandten Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden wurde im Übrigen nicht abgewichen.

3. Angaben zu den Positionen „Sonderrücklage“, „Sonderposten“ und „Sonstige Rückstellungen“, sofern es sich um wesentliche Beträge handelt

Eine Sonderrücklage und sonstige Rückstellungen wurden nicht bilanziert. Angaben zu der Bilanzposition „Sonderposten“ können den Seiten 26 ff entnommen werden.

4. Abweichungen von der linearen Abschreibung sowie von der Abschreibungstabelle bei der Festlegung der Nutzungsdauer von Vermögensgegenständen

Es wurde ausschließlich die lineare Abschreibung angewandt. Von der Abschreibungstabelle des Landes Schleswig-Holstein abweichende Nutzungsdauern wurden nicht festgelegt.

5. Angaben von noch nicht erhobenen Beiträgen aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen

Im Jahr 2015 wurden keine Erschließungsmaßnahmen durchgeführt.

6. Angaben von Art und Umfang derivativer Finanzinstrumente

Im Jahr 2015 wurden keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

7. Angaben zur Umrechnung von Fremdwährungen

Fremdwährungsgeschäfte wurden im Jahr 2015 nicht getätigt.

8. Weitere Angaben, soweit sie nach Vorschrift der Gemeindeordnung oder der Gemeindehaushaltsverordnung für den Anhang vorgesehen sind

Weitere Angaben zur Bilanz wurden bereits bei den Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen vorgenommen. Es wird somit auf die Seiten 20 bis 32 verwiesen.

Anlagen zum Anhang zum Jahresabschluss 2015 der Gemeinde Hetlingen

Anlage 1a: Anlagenspiegel (amtliches Muster) 36
Anlage 1b: Anlagenspiegel (verkürzte Darstellung) 38
Anlage 2: Forderungsspiegel 40
Anlage 3: Verbindlichkeitenspiegel 41
Anlage 4: Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen 42
Anlage 5: Übersicht über die Sondervermögen, Zweckverbände, Gesellschaften, Kommunalunternehmen, andere Anstalten und Wasser- und Bodenverbände 43
Anlage 6: Teilergebnisrechnung und Teilfinanzrechnung 44

Eingeschränkt auf: Alle Anlagenummern

FIBU-Bilanzstruktur		Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibung				Restbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwerte am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	Kennzahlen	
		Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchungen 2)	Endstand	Anfangsstand	Zugang, d.h. Abschreibung im Haushaltsjahr 3)	Abgang, d.h. angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 5 ausgewiesenen Abgänge	Endstand	1)		Durchschnittlicher Abschreibungssatz 4)	Durchschnitt-licher Restbuchwert 5)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	v.H.	v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
	1. Anlagevermögen	**9.288.043,23**	**158.776,28**	**4,00**	**35.047,70**	**9.481.863,21**	**3.091.656,97**	**178.574,90**	**1,76**	**3.270.230,11**	**6.211.633,10**	**6.196.386,26**	**0,00**	**0,00**
01	1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	213,01	0,00	0,00	0,00	213,01	42,60	42,60	0,00	85,20	127,81	170,41	19,99	60,00
02-09	1.2 Sachanlagen	9.286.314,90	158.776,28	4,00	35.047,70	9.480.134,88	3.091.614,37	178.532,30	1,76	3.270.144,91	6.209.989,97	6.194.700,53	1,88	65,50
02	1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	207.185,79	0,00	0,00	0,00	207.185,79	0,00	0,00	0,00	0,00	207.185,79	207.185,79	0,00	100,00
021	1.2.1.1 Grünflächen	75.365,63	0,00	0,00	0,00	75.365,63	0,00	0,00	0,00	0,00	75.365,63	75.365,63	0,00	100,00
022	1.2.1.2 Ackerland	101.653,17	0,00	0,00	0,00	101.653,17	0,00	0,00	0,00	0,00	101.653,17	101.653,17	0,00	100,00
023	1.2.1.3 Wald, Forsten	6.664,51	0,00	0,00	0,00	6.664,51	0,00	0,00	0,00	0,00	6.664,51	6.664,51	0,00	100,00
029	1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	23.502,48	0,00	0,00	0,00	23.502,48	0,00	0,00	0,00	0,00	23.502,48	23.502,48	0,00	100,00
03	1.2 2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	4.794.346,98	0,00	0,00	0,00	4.794.346,98	727.023,70	54.792,06	0,00	781.815,76	4.012.531,22	4.067.323,28	1,14	83,69
032	1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	1.033.607,34	0,00	0,00	0,00	1.033.607,34	113.029,27	11.219,56	0,00	124.248,83	909.358,51	920.578,07	1,08	87,97
033	1.2.2.2 Schulen	1.003.799,96	0,00	0,00	0,00	1.003.799,96	150.790,41	13.207,89	0,00	163.998,30	839.801,66	853.009,55	1,31	83,66
034	1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	2.756.939,68	0,00	0,00	0,00	2.756.939,68	463.204,02	30.364,61	0,00	493.568,63	2.263.371,05	2.293.735,66	1,10	82,09
04	1.2.3 Infrastrukturvermögen	3.626.481,85	45.205,63	4,00	35.047,70	3.706.731,18	1.884.028,85	81.352,34	1,76	1.965.379,43	1.741.351,75	1.742.453,00	2,19	46,97
041	1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	195.020,42	0,00	0,00	35.047,70	230.068,12	0,00	0,00	0,00	0,00	230.068,12	195.020,42	0,00	100,00
042	1.2.3.2 Brücken und Tunnel	171.322,13	0,00	0,00	0,00	171.322,13	60.225,26	4.159,45	0,00	64.384,71	106.937,42	111.096,87	2,42	62,41
045	1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	3.136.005,62	45.205,63	4,00	0,00	3.181.207,25	1.814.894,96	74.261,61	1,76	1.889.154,81	1.292.052,44	1.321.110,66	2,33	40,61
046	1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	124.133,68	0,00	0,00	0,00	124.133,68	8.908,63	2.931,28	0,00	11.839,91	112.293,77	115.225,05	2,36	90,46
07	1.2.6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	541.314,11	3.497,95	0,00	0,00	544.812,06	394.570,83	32.008,68	0,00	426.579,51	118.232,55	146.743,28	5,87	21,70

Anlagenbuchführung
Anlagenspiegel

erstellt am: **02.05.2017 / 14:53:17**
erstellt von: **Horst Tronnier**
erstellt für: **13 Hetlingen**
Haushaltsjahr: **2015**

Eingeschränkt auf: Alle Anlagenummern

FIBU-Bilanzstruktur		Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibung				Restbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwerte am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	Kennzahlen	
		Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchungen 2)	Endstand	Anfangsstand	Zugang, d.h. Abschreibung im Haushaltsjahr 3)	Abgang, d.h. angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 5 ausgewiesenen Abgänge	Endstand	1)		Durchschnittlicher Abschreibungssatz 4)	Durchschnitt-licher Restbuchwert 5)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	v.H.	v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
08	1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	116.986,17	11.267,50	0,00	0,00	128.253,67	85.990,99	10.379,22	0,00	96.370,21	31.883,46	30.995,18	8,09	24,85
09	1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	98.805,20	0,00	0,00	98.805,20	0,00	0,00	0,00	0,00	98.805,20	0,00	0,00	100,00
	1.3 Finanzanlagen	1.515,32	0,00	0,00	0,00	1.515,32	0,00	0,00	0,00	0,00	1.515,32	1.515,32	0,00	100,00
11	1.3.2 Beteiligungen	1.515,32	0,00	0,00	0,00	1.515,32	0,00	0,00	0,00	0,00	1.515,32	1.515,32	0,00	100,00
	1991 3. Aktive Rechnungsabgrenzung	**341.297,63**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**341.297,63**	**13.119,25**	**13.651,91**	**0,00**	**26.771,16**	**314.526,47**	**328.178,38**	**1,80**	**66,20**
	Summe Anlagevermögen	**9.629.340,86**	**158.776,28**	**4,00**	**35.047,70**	**9.823.160,84**	**3.104.776,22**	**192.226,81**	**1,76**	**3.297.001,27**	**6.526.159,57**	**6.524.564,64**	**1,82**	**66,43**
	23 2. Sonderposten	**4.214.821,11**	**9.206,44**	**0,00**	**0,00**	**4.224.027,55**	**1.522.361,79**	**104.395,86**	**0,00**	**1.626.757,65**	**2.597.269,90**	**2.692.459,32**	**1,85**	**66,43**
231	2.1 aufzulösende Zuschüsse	23.762,19	9.206,44	0,00	0,00	32.968,63	11.614,66	3.109,43	0,00	14.724,09	18.244,54	12.147,53	9,43	55,33
232	2.2 aufzulösende Zuweisungen	2.235.854,48	0,00	0,00	0,00	2.235.854,48	804.288,53	42.546,67	0,00	846.835,20	1.389.019,28	1.431.565,95	1,90	62,12
233	2.3 für Beiträge	1.955.204,44	0,00	0,00	0,00	1.955.204,44	706.458,60	58.739,76	0,00	765.198,36	1.190.006,08	1.248.745,84	3,00	60,86
2331	2.3.1 aufzulösende Beiträge	1.955.204,44	0,00	0,00	0,00	1.955.204,44	706.458,60	58.739,76	0,00	765.198,36	1.190.006,08	1.248.745,84	3,00	60,86
	Summe PASSIVA	**4.214.821,11**	**9.206,44**	**0,00**	**0,00**	**4.224.027,55**	**1.522.361,79**	**104.395,86**	**0,00**	**1.626.757,65**	**2.597.269,90**	**2.692.459,32**	**1,98**	**65,52**

Legende: 1 - Spalte 7./. Spalte 11, 2 -Umbuchung von einer Anlageklasse in eine andere, 3 Zuschreibungen sind in Spalte 9 gesondert aufzuführen, 4 - (Spalte 9 * 100) : Spalte 7, 5 - (Spalte 12 * 100) : Spalte 7,9 - inkl. Umbuchungen
alle währungsrelevanten Beträge in EUR
Spalte 1 - Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird

Anlagenbuchführung
Anlagenspiegel

erstellt am: **02.05.2017 / 14:53:53**
erstellt von: **Horst Tronnier**
erstellt für: **13 Hetlingen**
Haushaltsjahr: **2015**

Eingeschränkt auf: Alle Anlagenummern

FIBU-Bilanzstruktur	Anschaffungswerte				Zuschüsse	Abschreibung / Wertberichtigung				Restbuchwerte (Endstand)
	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Endstand		bisherige Abschreibung	Abschreibung im Haushaltsjahr	Abgang d.h. angesammelte Abschreibungen auf die Abgänge aus Spalte 4	Endstand	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Anlagevermögen	**9.288.043,23**	**334.606,73**	**140.786,75**	**9.481.863,21**	**0,00**	**3.091.656,97**	**179.788,25**	**1.215,11**	**3.270.230,11**	**6.211.633,10**
01 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	213,01	0,00	0,00	213,01	0,00	42,60	42,60	0,00	85,20	127,81
02-09 1.2 Sachanlagen	9.286.314,90	334.606,73	140.786,75	9.480.134,88	0,00	3.091.614,37	179.745,65	1.215,11	3.270.144,91	6.209.989,97
02 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	207.185,79	0,00	0,00	207.185,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	207.185,79
021 1.2.1.1 Grünflächen	75.365,63	0,00	0,00	75.365,63	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	75.365,63
022 1.2.1.2 Ackerland	101.653,17	0,00	0,00	101.653,17	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	101.653,17
023 1.2.1.3 Wald, Forsten	6.664,51	0,00	0,00	6.664,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.664,51
029 1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	23.502,48	0,00	0,00	23.502,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23.502,48
03 1.2 2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	4.794.346,98	57.960,52	57.960,52	4.794.346,98	0,00	727.023,70	54.792,06	0,00	781.815,76	4.012.531,22
032 1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	1.033.607,34	0,00	0,00	1.033.607,34	0,00	113.029,27	11.219,56	0,00	124.248,83	909.358,51
033 1.2.2.2 Schulen	1.003.799,96	0,00	0,00	1.003.799,96	0,00	150.790,41	13.207,89	0,00	163.998,30	839.801,66
034 1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	2.756.939,68	57.960,52	57.960,52	2.756.939,68	0,00	463.204,02	30.364,61	0,00	493.568,63	2.263.371,05
04 1.2.3 Infrastrukturvermögen	3.626.481,85	162.760,21	82.510,88	3.706.731,18	0,00	1.884.028,85	82.565,69	1.215,11	1.965.379,43	1.741.351,75
041 1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	195.020,42	35.047,70	0,00	230.068,12	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	230.068,12
042 1.2.3.2 Brücken und Tunnel	171.322,13	0,00	0,00	171.322,13	0,00	60.225,26	4.159,45	0,00	64.384,71	106.937,42
045 1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	3.136.005,62	127.712,51	82.510,88	3.181.207,25	0,00	1.814.894,96	75.474,96	1.215,11	1.889.154,81	1.292.052,44

Legende: alle währungsrelevanten Beträge in EUR

Anlagenbuchführung
Anlagenspiegel

erstellt am: **02.05.2017 / 14:53:54**
erstellt von: **Horst Tronnier**
erstellt für: **13 Hetlingen**
Haushaltsjahr: **2015**

Eingeschränkt auf: Alle Anlagenummern

FIBU-Bilanzstruktur	Anschaffungswerte				Zuschüsse	Abschreibung / Wertberichtigung				Restbuchwerte (Endstand)
	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Endstand		bisherige Abschreibung	Abschreibung im Haushaltsjahr	Abgang d.h. angesammelte Abschreibungen auf die Abgänge aus Spalte 4	Endstand	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
046 1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	124.133,68	0,00	0,00	124.133,68	0,00	8.908,63	2.931,28	0,00	11.839,91	112.293,77
07 1.2.6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	541.314,11	3.497,95	0,00	544.812,06	0,00	394.570,83	32.008,68	0,00	426.579,51	118.232,55
08 1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	116.986,17	11.582,85	315,35	128.253,67	0,00	85.990,99	10.379,22	0,00	96.370,21	31.883,46
09 1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	98.805,20	0,00	98.805,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	98.805,20
1.3 Finanzanlagen	1.515,32	0,00	0,00	1.515,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.515,32
11 1.3.2 Beteiligungen	1.515,32	0,00	0,00	1.515,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.515,32
1991 3. Aktive Rechnungsabgrenzung	**341.297,63**	**0,00**	**0,00**	**341.297,63**	**0,00**	**13.119,25**	**13.651,91**	**0,00**	**26.771,16**	**314.526,47**
Summe Anlagevermögen	**9.629.340,86**	**334.606,73**	**140.786,75**	**9.823.160,84**	**0,00**	**3.104.776,22**	**193.440,16**	**1.215,11**	**3.297.001,27**	**6.526.159,57**
23 2. Sonderposten	**4.214.821,11**	**9.206,44**	**0,00**	**4.224.027,55**	**0,00**	**1.522.361,79**	**104.395,86**	**0,00**	**1.626.757,65**	**2.597.269,90**
231 2.1 aufzulösende Zuschüsse	23.762,19	9.206,44	0,00	32.968,63	0,00	11.614,66	3.109,43	0,00	14.724,09	18.244,54
232 2.2 aufzulösende Zuweisungen	2.235.854,48	0,00	0,00	2.235.854,48	0,00	804.288,53	42.546,67	0,00	846.835,20	1.389.019,28
233 2.3 für Beiträge	1.955.204,44	0,00	0,00	1.955.204,44	0,00	706.458,60	58.739,76	0,00	765.198,36	1.190.006,08
2331 2.3.1 aufzulösende Beiträge	1.955.204,44	0,00	0,00	1.955.204,44	0,00	706.458,60	58.739,76	0,00	765.198,36	1.190.006,08
Summe PASSIVA	**4.214.821,11**	**9.206,44**	**0,00**	**4.224.027,55**	**0,00**	**1.522.361,79**	**104.395,86**	**0,00**	**1.626.757,65**	**2.597.269,90**

Legende: alle währungsrelevanten Beträge in EUR

Forderungsspiegel (31.12.2015)

Art der Forderung (1)		**Gesamtbetrag des Haushaltsjahres in EUR**	**davon mit einer Restlaufzeit von** (2)			**Gesamtbetrag des Vorjahres in EUR**
			bis zu 1 Jahr in EUR	1 bis 5 Jahre in EUR	Mehr als 5 Jahre in EUR	
1 (3)	2	3	4	5	6	7
161	2.2.1 öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienst-leistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	159.387,71 €
169	2.2.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	3.681,32 €	3.027,77 €	653,55 €	0,00 €	20.314,35 €
171	2.2.3 privatrechtliche Forderungen aus Dienst-leistungen	631,30 €	631,30 €	0,00 €	0,00 €	2.245,88 €
179	2.2.4 sonstige privat-rechtliche Forderungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	31,53 €
178	2.2.5 sonstige Vermögensgegenstände	20.299,29 €	20.299,29 €	0,00 €	0,00 €	27.180,08 €
	Summe	24.611,91 €	23.958,36 €	653,55 €	0,00 €	209.159,55 €

(1) siehe auch § 48 Abs. 3 GemHVO-Doppik
(2) Als Restlaufzeit gilt der Zeitraum zwischen dem Abschlussstichtag des Jahresabschlusses und dem letzten Fälligkeitstag der einzelnen Forderung.
(3) Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

Verbindlichkeitenspiegel (31.12.2015)

Art der Verbindlichkeit		**Gesamtbetrag des Haushalts-jahres in EUR**	**mit einer Restlaufzeit von**			**Gesamtbetrag des Vorjahres in EUR**
			bis zu 1 Jahr in EUR	**1 bis 5 Jahre in EUR**	**Mehr als 5 Jahre in EUR.**	
1	2	3	4	5	6	7
30	4.1 Anleihen					
32	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	1.007.181,93 €			1.007.181,93 €	957.045,22 €
321-	4.2.1 von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen					
321-	4.2.2 vom öffentlichen Bereich					
321-	4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	1.007.181,93 €			1.007.181,93 €	957.045,22 €
33	4.3 Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	94.734,92€	94.734,92 €			186.875,50 €
34	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen					
35	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	114.199,69 €	114.199,69 €			118,66 €
36	4.6 Verbindlichkeiten aus Trabsferleistungen					
37	4.7 sonstige Verbindlichkeiten	82.733,69 €	82.733,69 €			200.337,83 €
	Summe	**1.298.850,23 €**	**291.668,30 €**		**1.007.181,93 €**	**1.344.377,21 €**
	Nachrichtlich:					
	Schulden aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich-kommen, soweit nicht in der Bilanzposition 4.4 enthalten					
	Schulden der Sonder-vermögen mit Sonder-rechnung					
	- aus Krediten					
	- aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen					

Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen (31.12.2015)

Übersicht über die übertragenen Aufwendungen nach § 23 Abs. 1 GemHVO-Doppik

Produktgruppe/Unterproduktgruppe		**Übertragen auf das neue Haushaltsjahr in EUR**	**davon gebunden in EUR**	**davon frei verfügbar in EUR**
Nummer	**Bezeichnung**			
1	2	3	4	5
		0,00	0,00	0,00
Summe		**0,00**	**0,00**	**0,00**

Übersicht über die übertragenen Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach § 23 Abs. 2 GemHVO-Doppik

Produktgruppe/Unterproduktgruppe		**Übertragen auf das neue Haushaltsjahr in EUR**	**davon gebunden in EUR**	**davon frei verfügbar in EUR**
Nummer	**Bezeichnung**			
1	2	3	4	5
		0,00	0,00	0,00
Summe		**0,00**	**0,00**	**0,00**

Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände und Gesellschaften, Kommunalunternehmen nach § 106 a GO, gemeinsame Kommunalunternehmen nach § 19 b GkZ und die anderen Anstalten, die von der Gemeinde getragen werden, mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Sparkassen

Name	Stammkapital	Anteil der Gemeinde am Stammkapital		Gewinnabführung (+) Verlustabdeckung (-) Umlagen (-)		
	In TEUR	In TEUR	%	Vorvorjahr in TEUR	Vorjahr in TEUR	Haushaltsjahr in TEUR
1	2	3	4	5	6	7
I. Sondervermögen						
II. Zweckverbände						
1) Wegeunter-haltungsverband				-16	-16	-27
2) Abwasserzweck-verband Pinneberg				0	0	0
3) Abwasserverband Elbmarsch				0	0	0
4) Zweckverband Integrierte Station Unterelbe				-2	-2	-2
III. Gesellschaften						
1) Raiffeisenbank Elbmarsch		0	0			
IV. Kommunalunternehmen nach § 106 a GO						
V. gemeinsame Kommunalunternehmen nach § 19 b GkZ						
VI. andere Anstalten, die von der Gemeinde getragen werden, mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Sparkassen						

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**
Produktbereich	**11**	**Innere Verwaltung**
Produktgruppe	**111**	**Verwaltungssteuerung und -Service**
Produkt	**11110**	**Gemeindeorgane**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.148,56	5.100,00	**2.829,53**	-2.270,47	0,00
		5231100 Dienstzimmerentschädigung	*127,83*	*400,00*	***0,00***	*-400,00*	*0,00*
		5291001 Repräsentationen und Kosten für Ehrungen	*3.191,51*	*3.000,00*	***1.719,13***	*-1.280,87*	*0,00*
		5291002 Neujahrsempfang	*829,22*	*1.200,00*	***1.110,40***	*-89,60*	*0,00*
		5291003 Neubürgerpaket	*0,00*	*500,00*	***0,00***	*-500,00*	*0,00*
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	18.373,25	22.000,00	**18.637,10**	-3.362,90	0,00
		5421000 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten-Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	*11.622,93*	*11.700,00*	***10.490,13***	*-1.209,87*	*0,00*
		5421001 Sitzungsgeld, Reisekosten	*3.810,20*	*5.800,00*	***4.749,04***	*-1.050,96*	*0,00*
		5429001 Verfügungsmittel	*201,24*	*600,00*	***288,34***	*-311,66*	*0,00*
		5429100 Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	*766,77*	*900,00*	***846,34***	*-53,66*	*0,00*
		5431000 Geschäftsaufwendungen	*1.350,00*	*1.500,00*	***1.564,10***	*64,10*	*0,00*
		5431200 Geschäftsaufwendungen - Post-, Telefon- und GEZ-Gebühren	*291,45*	*400,00*	***306,78***	*-93,22*	*0,00*
		5431500 Geschäftsaufwendungen - Gerichtskosten	*0,00*	*500,00*	***0,00***	*-500,00*	*0,00*
		5441000 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	*330,66*	*600,00*	***392,37***	*-207,63*	*0,00*
	17	davon Verfügungsmittel	201,24	600,00	**288,34**	-311,66	0,00
		5429001 Verfügungsmittel	*201,24*	*600,00*	***288,34***	*-311,66*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**22.521,81**	**27.100,00**	**21.466,63**	**-5.633,37**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-22.521,81**	**-27.100,00**	**-21.466,63**	**5.633,37**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-22.521,81**	**-27.100,00**	**-21.466,63**	**5.633,37**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-22.521,81**	**-27.100,00**	**-21.466,63**	**5.633,37**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-22.521,81**	**-27.100,00**	**-21.466,63**	**5.633,37**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**
Produktbereich	**11**	**Innere Verwaltung**
Produktgruppe	**111**	**Verwaltungssteuerung und -Service**
Produkt	**11120**	**Interner Service**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.272,72	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		4161300 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Schenkungen	*2.272,72*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	**70,31**	70,31	- - - - -
		4488000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen übrige Bereiche	*0,00*	*0,00*	***70,31***	*70,31*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**2.272,72**	**0,00**	**70,31**	**70,31**	**- - - - -**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.490,04	2.800,00	**2.480,90**	-319,10	0,00
		5231000 Mieten und Pachten	*15,48*	*0,00*	***14,72***	*14,72*	*0,00*
		5251000 Haltung von Fahrzeugen	*2.474,56*	*2.800,00*	***2.466,18***	*-333,82*	*0,00*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	2.272,72	0,00	**0,00**	0,00	0,00
		5711070 Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	*2.272,72*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	1.000,00	**11,80**	-988,20	0,00
		5431000 Geschäftsaufwendungen	*0,00*	*1.000,00*	***11,80***	*-988,20*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**4.762,76**	**3.800,00**	**2.492,70**	**-1.307,30**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-2.490,04**	**-3.800,00**	**-2.422,39**	**1.377,61**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-2.490,04**	**-3.800,00**	**-2.422,39**	**1.377,61**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-2.490,04**	**-3.800,00**	**-2.422,39**	**1.377,61**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-2.490,04**	**-3.800,00**	**-2.422,39**	**1.377,61**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**
Produktbereich	**11**	**Innere Verwaltung**
Produktgruppe	**111**	**Verwaltungssteuerung und -Service**
Produkt	**11130**	**Gebäudemanagement**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	19.847,48	17.500,00	**19.931,11**	2.431,11	- - - - -
		4162000 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen	*19.847,48*	*17.500,00*	***19.931,11***	*2.431,11*	- - - - -
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	5.269,08	100,00	**3.459,61**	3.359,61	- - - - -
		4461600 Erstattung von Bewirtschaftungskosten	*5.269,08*	*100,00*	***3.459,61***	*3.359,61*	- - - - -
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.023,51	0,00	**265,20**	265,20	- - - - -
		4487000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen	*2.023,51*	*0,00*	***265,20***	*265,20*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**27.140,07**	**17.600,00**	**23.655,92**	**6.055,92**	**- - - - -**
50	11	Personalaufwendungen	68.268,67	41.000,00	**40.949,03**	-50,97	0,00
		5012000 Dienstaufwendungen und dergl. - Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	*50.809,69*	*31.500,00*	***31.942,74***	*442,74*	*0,00*
		5022000 Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmer/-innen	*5.093,03*	*3.000,00*	***2.535,80***	*-464,20*	*0,00*
		5032000 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeitnehmer/-innen	*12.365,95*	*6.500,00*	***6.470,49***	*-29,51*	*0,00*
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	152.877,97	154.700,00	**111.239,40**	-43.460,60	0,00
		5211000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	*76.723,09*	*75.000,00*	***48.122,15***	*-26.877,85*	*0,00*
		5241000 Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen u.s.w.	*75.702,61*	*78.600,00*	***61.743,85***	*-16.856,15*	*0,00*
		5241999 Periodenfremde Aufwendungen - Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen u.s.w.	*452,27*	*1.100,00*	***1.373,40***	*273,40*	*0,00*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	55.222,48	54.200,00	**55.292,82**	1.092,82	0,00
		5711000 Abschreibungen auf immaterielle Vermögengegenstände und Sachanlagen	*0,00*	*54.200,00*	***0,00***	*-54.200,00*	*0,00*
		5711030 Abschreibungen auf bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	*54.721,71*	*0,00*	***54.792,06***	*54.792,06*	*0,00*
		5711070 Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	*288,95*	*0,00*	***288,95***	*288,95*	*0,00*
		5711080 Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	*211,82*	*0,00*	***211,81***	*211,81*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**276.369,12**	**249.900,00**	**207.481,25**	**-42.418,75**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-249.229,05**	**-232.300,00**	**-183.825,33**	**48.474,67**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-249.229,05**	**-232.300,00**	**-183.825,33**	**48.474,67**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-249.229,05**	**-232.300,00**	**-183.825,33**	**48.474,67**	**0,00**
48	28	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	249.688,54	232.400,00	**180.935,25**	-51.464,75	- - - - -

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**
Produktbereich	**11**	**Innere Verwaltung**
Produktgruppe	**111**	**Verwaltungssteuerung und -Service**
Produkt	**11130**	**Gebäudemanagement**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
		4811000 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	*0,00*	*232.400,00*	***0,00***	*-232.400,00*	- - - - -
		4811800 Erträge aus ILV - Kalkulatorische Miete	*249.688,54*	*0,00*	***180.935,25***	*180.935,25*	- - - - -
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**459,49**	**100,00**	**-2.890,08**	**-2.990,08**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**
Produktbereich	**11**	**Innere Verwaltung**
Produktgruppe	**111**	**Verwaltungssteuerung und -Service**
Produkt	**11131**	**Liegenschaftsverwaltung**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	675,56	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		4162000 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen	*675,56*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	942,38	900,00	**942,38**	42,38	- - - - -
		4411000 Mieten und Pachten	*942,38*	*900,00*	***942,38***	*42,38*	- - - - -
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	54.542,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		4541000 Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	*54.542,00*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**56.159,94**	**900,00**	**942,38**	**42,38**	**- - - - -**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	369,18	800,00	**206,86**	-593,14	0,00
		5241000 Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen u.s.w.	*369,18*	*800,00*	***206,86***	*-593,14*	*0,00*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	318,84	0,00	**35,30**	35,30	0,00
		5711300 Bestandsveränderungen Flurstücke - Korrektur Buchwert / Neuvermessung	*0,00*	*0,00*	***35,30***	*35,30*	*0,00*
		5731600 Abschreibungen auf sonstige privatrechtliche Forderungen	*318,84*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**688,02**	**800,00**	**242,16**	**-557,84**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**55.471,92**	**100,00**	**700,22**	**600,22**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**55.471,92**	**100,00**	**700,22**	**600,22**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**55.471,92**	**100,00**	**700,22**	**600,22**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**55.471,92**	**100,00**	**700,22**	**600,22**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**
Produktbereich	**12**	**Sicherheit und Ordnung**
Produktgruppe	**121**	**Statistik und Wahlen**
Produkt	**12100**	**Statistik und Wahlen**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.171,52	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		4481000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Land	*1.171,52*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**1.171,52**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- - - - -**
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	1.177,39	0,00	**0,00**	0,00	0,00
		5421000 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten-Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	*240,00*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
		5431000 Geschäftsaufwendungen	*937,39*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**1.177,39**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-5,87**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-5,87**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-5,87**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-5,87**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**
Produktbereich	**12**	**Sicherheit und Ordnung**
Produktgruppe	**122**	**Ordnungsangelegenheiten**
Produkt	**12200**	**Ordnungsangelegenheiten**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	748,21	0,00	**748,21**	748,21	- - - - -
		4161300 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Schenkungen	*748,21*	*0,00*	***748,21***	*748,21*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**748,21**	**0,00**	**748,21**	**748,21**	**- - - - -**
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	748,21	0,00	**748,21**	748,21	0,00
		5711070 Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	*748,21*	*0,00*	***748,21***	*748,21*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**748,21**	**0,00**	**748,21**	**748,21**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**
Produktbereich	**12**	**Sicherheit und Ordnung**
Produktgruppe	**122**	**Ordnungsangelegenheiten**
Produkt	**12201**	**Schiedsamt**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	**0,00**	-100,00	- - - - -
		4311100 Schiedsamtsgebühr	*0,00*	*100,00*	***0,00***	*-100,00*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**0,00**	**100,00**	**0,00**	**-100,00**	**- - - - -**
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	214,50	600,00	**214,50**	-385,50	0,00
		5421000 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten-Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	*100,00*	*100,00*	***100,00***	*0,00*	*0,00*
		5431000 Geschäftsaufwendungen	*114,50*	*500,00*	***114,50***	*-385,50*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**214,50**	**600,00**	**214,50**	**-385,50**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-214,50**	**-500,00**	**-214,50**	**285,50**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-214,50**	**-500,00**	**-214,50**	**285,50**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-214,50**	**-500,00**	**-214,50**	**285,50**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-214,50**	**-500,00**	**-214,50**	**285,50**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**
Produktbereich	**12**	**Sicherheit und Ordnung**
Produktgruppe	**126**	**Brandschutz**
Produkt	**12600**	**Brandschutz**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	13.117,88	7.900,00	**13.649,19**	5.749,19	- - - - -
		4161300 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Schenkungen	*265,65*	*0,00*	***796,96***	*796,96*	- - - - -
		4162000 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen	*12.852,23*	*7.900,00*	***12.852,23***	*4.952,23*	- - - - -
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	300,00	**0,00**	-300,00	- - - - -
		4321000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	*0,00*	*300,00*	***0,00***	*-300,00*	- - - - -
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.427,08	1.700,00	**1.200,00**	-500,00	- - - - -
		4481000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Land	*205,80*	*500,00*	***0,00***	*-500,00*	- - - - -
		4483000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Zweckverbände	*1.200,00*	*1.200,00*	***1.200,00***	*0,00*	- - - - -
		4487000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen	*21,28*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**14.544,96**	**9.900,00**	**14.849,19**	**4.949,19**	**- - - - -**
50	11	Personalaufwendungen	202,21	400,00	**620,81**	220,81	0,00
		5041100 Amtsärztliche Untersuchungen	*202,21*	*400,00*	***620,81***	*220,81*	*0,00*
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.028,57	24.600,00	**17.136,25**	-7.463,75	0,00
		5211000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	*0,00*	*500,00*	***0,00***	*-500,00*	*0,00*
		5251000 Haltung von Fahrzeugen	*1.666,13*	*11.600,00*	***10.794,76***	*-805,24*	*0,00*
		5261000 Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	*4.181,03*	*4.700,00*	***2.467,24***	*-2.232,76*	*0,00*
		5262000 Aus- und Fortbildung, Umschulung	*2.626,05*	*2.800,00*	***713,60***	*-2.086,40*	*0,00*
		5271000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	*4.338,59*	*3.800,00*	***2.082,03***	*-1.717,97*	*0,00*
		5291001 Repräsentationen und Kosten für Ehrungen	*216,77*	*1.200,00*	***1.078,62***	*-121,38*	*0,00*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	29.659,59	23.000,00	**29.761,05**	6.761,05	0,00
		5711000 Abschreibungen auf immaterielle Vermögengegenstände und Sachanlagen	*0,00*	*23.000,00*	***0,00***	*-23.000,00*	*0,00*
		5711040 Abschreibungen auf Infrastrukturvermögen	*127,83*	*0,00*	***127,83***	*127,83*	*0,00*
		5711070 Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	*26.075,60*	*0,00*	***26.163,06***	*26.163,06*	*0,00*
		5711080 Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	*3.456,16*	*0,00*	***3.456,16***	*3.456,16*	*0,00*
		5711210 Abschreibungen Abgang Vermögensgegenstand	*0,00*	*0,00*	***14,00***	*14,00*	*0,00*
53	15	+ Transferaufwendungen	1.110,76	8.100,00	**1.504,44**	-6.595,56	0,00
		5313400 Umlage Schlauchpflege	*1.110,76*	*1.600,00*	***1.504,44***	*-95,56*	*0,00*
		5318100 Zuschuss Fahrerlaubnis Klasse C	*0,00*	*1.500,00*	***0,00***	*-1.500,00*	*0,00*
		5318303 Zuschuss Jubiläum	*0,00*	*5.000,00*	***0,00***	*-5.000,00*	*0,00*
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	10.928,22	12.200,00	**11.236,11**	-963,89	0,00
		5421000 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten-Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	*4.130,00*	*4.300,00*	***4.130,00***	*-170,00*	*0,00*

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**
Produktbereich	**12**	**Sicherheit und Ordnung**
Produktgruppe	**126**	**Brandschutz**
Produkt	**12600**	**Brandschutz**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
		5429000 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten- sonstige Aufwendungen	*1.813,55*	*1.900,00*	***1.813,55***	*-86,45*	*0,00*
		5429100 Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	*530,50*	*600,00*	***541,50***	*-58,50*	*0,00*
		5429300 Einsatzkosten	*53,19*	*600,00*	***565,88***	*-34,12*	*0,00*
		5431000 Geschäftsaufwendungen	*484,60*	*600,00*	***449,31***	*-150,69*	*0,00*
		5431200 Geschäftsaufwendungen - Post-, Telefon- und GEZ-Gebühren	*1.059,72*	*1.000,00*	***647,28***	*-352,72*	*0,00*
		5441000 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	*2.856,66*	*3.200,00*	***3.088,59***	*-111,41*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**54.929,35**	**68.300,00**	**60.258,66**	**-8.041,34**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-40.384,39**	**-58.400,00**	**-45.409,47**	**12.990,53**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-40.384,39**	**-58.400,00**	**-45.409,47**	**12.990,53**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-40.384,39**	**-58.400,00**	**-45.409,47**	**12.990,53**	**0,00**
58	29	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	32.344,51	28.600,00	**25.247,76**	-3.352,24	- - - - -
		5811000 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	*0,00*	*28.600,00*	***0,00***	*-28.600,00*	- - - - -
		5811800 Aufwendungen aus ILV - Kalkulatorische Miete	*32.344,51*	*0,00*	***25.247,76***	*25.247,76*	- - - - -
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-72.728,90**	**-87.000,00**	**-70.657,23**	**16.342,77**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**
Produktbereich	**21**	**Allgemeine Schulen**
Produktgruppe	**211**	**Grundschulen**
Produkt	**21100**	**Grundschule**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.348,45	2.500,00	**6.319,46**	3.819,46	- - - - -
		4142000 Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke Gemeinden (GV)	*3.679,80*	*2.500,00*	***5.651,81***	*3.151,81*	- - - - -
		4161300 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Schenkungen	*668,65*	*0,00*	***667,65***	*667,65*	- - - - -
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.413,34	300,00	**1.003,70**	703,70	- - - - -
		4482099 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Gemeinden (GV) - periodenfremde erträge	*0,00*	*0,00*	***26,04***	*26,04*	- - - - -
		4487000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen	*1.413,34*	*300,00*	***977,66***	*677,66*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**5.761,79**	**2.800,00**	**7.323,16**	**4.523,16**	**- - - - -**
50	11	Personalaufwendungen	11.132,96	24.300,00	**18.185,19**	-6.114,81	0,00
		5012000 Dienstaufwendungen und dergl. - Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	*9.783,94*	*19.300,00*	***13.803,69***	*-5.496,31*	*0,00*
		5022000 Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmer/-innen	*401,40*	*1.600,00*	***1.168,72***	*-431,28*	*0,00*
		5032000 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeitnehmer/-innen	*947,62*	*3.400,00*	***3.212,78***	*-187,22*	*0,00*
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.956,76	10.600,00	**7.679,87**	-2.920,13	0,00
		5271000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	*71,40*	*3.000,00*	***789,70***	*-2.210,30*	*0,00*
		5291200 Lernmittel	*2.121,11*	*1.800,00*	***1.697,20***	*-102,80*	*0,00*
		5291210 Lehr- und Unterrichtsmittel	*152,25*	*900,00*	***502,86***	*-397,14*	*0,00*
		5291220 Schulveranstaltungen	*612,00*	*300,00*	***132,85***	*-167,15*	*0,00*
		5291230 Kosten für Schwimmunterricht	*0,00*	*2.000,00*	***2.016,11***	*16,11*	*0,00*
		5291299 Periodenfremde Aufwendungen für sonst. Dienstleistungen	*0,00*	*2.600,00*	***2.541,15***	*-58,85*	*0,00*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	4.592,36	3.000,00	**4.231,62**	1.231,62	0,00
		5711000 Abschreibungen auf immaterielle Vermögengegenstände und Sachanlagen	*0,00*	*3.000,00*	***0,00***	*-3.000,00*	*0,00*
		5711010 Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	*42,60*	*0,00*	***42,60***	*42,60*	*0,00*
		5711070 Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	*183,45*	*0,00*	***183,45***	*183,45*	*0,00*
		5711080 Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	*4.356,31*	*0,00*	***4.005,57***	*4.005,57*	*0,00*
		5711210 Abschreibungen Abgang Vermögensgegenstand	*10,00*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	29.684,82	30.400,00	**38.491,91**	8.091,91	0,00
		5431000 Geschäftsaufwendungen	*3.000,42*	*3.000,00*	***2.619,34***	*-380,66*	*0,00*
		5431200 Geschäftsaufwendungen - Post-, Telefon- und GEZ-Gebühren	*192,18*	*300,00*	***86,68***	*-213,32*	*0,00*

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**
Produktbereich	**21**	**Allgemeine Schulen**
Produktgruppe	**211**	**Grundschulen**
Produkt	**21100**	**Grundschule**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
		5431310 Geschäftsaufwendungen - Entgelte EDV	*52,32*	*200,00*	***224,87***	*24,87*	*0,00*
		5431890 Geschäftsaufwendungen - sonstige Geschäftsausgaben	*0,00*	*500,00*	***0,00***	*-500,00*	*0,00*
		5441000 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	*238,14*	*300,00*	***241,31***	*-58,69*	*0,00*
		5441200 Schülerunfallversicherung	*2.327,75*	*1.900,00*	***2.082,48***	*182,48*	*0,00*
		5452100 Schulkostenbeiträge	*23.874,01*	*24.000,00*	***33.119,63***	*9.119,63*	*0,00*
		5452199 Schulkostenbeiträge - periodenfremde Aufwendungen	*0,00*	*200,00*	***117,60***	*-82,40*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**48.366,90**	**68.300,00**	**68.588,59**	**288,59**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-42.605,11**	**-65.500,00**	**-61.265,43**	**4.234,57**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-42.605,11**	**-65.500,00**	**-61.265,43**	**4.234,57**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-42.605,11**	**-65.500,00**	**-61.265,43**	**4.234,57**	**0,00**
58	29	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.560,71	30.700,00	**23.637,30**	-7.062,70	- - - - -
		5811000 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	*0,00*	*30.700,00*	***0,00***	*-30.700,00*	- - - - -
		5811800 Aufwendungen aus ILV - Kalkulatorische Miete	*25.560,71*	*0,00*	***23.637,30***	*23.637,30*	- - - - -
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-68.165,82**	**-96.200,00**	**-84.902,73**	**11.297,27**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**
Produktbereich	**21**	**Allgemeine Schulen**
Produktgruppe	**216**	**Kombinierte Haupt- und Realschulen / Regionalschulen**
Produkt	**21620**	**Regionalschule**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	1.992,00	2.000,00	**2.033,15**	33,15	0,00
		5452100 Schulkostenbeiträge	*1.992,00*	*2.000,00*	***2.033,15***	*33,15*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**1.992,00**	**2.000,00**	**2.033,15**	**33,15**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-1.992,00**	**-2.000,00**	**-2.033,15**	**-33,15**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-1.992,00**	**-2.000,00**	**-2.033,15**	**-33,15**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-1.992,00**	**-2.000,00**	**-2.033,15**	**-33,15**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-1.992,00**	**-2.000,00**	**-2.033,15**	**-33,15**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**
Produktbereich	**21**	**Allgemeine Schulen**
Produktgruppe	**217**	**Gymnasien, Kollegs**
Produkt	**21700**	**Gymnasium**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	66.759,95	68.000,00	**58.966,20**	-9.033,80	0,00
		5452100 Schulkostenbeiträge	*66.759,95*	*68.000,00*	***58.966,20***	*-9.033,80*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**66.759,95**	**68.000,00**	**58.966,20**	**-9.033,80**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-66.759,95**	**-68.000,00**	**-58.966,20**	**9.033,80**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-66.759,95**	**-68.000,00**	**-58.966,20**	**9.033,80**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-66.759,95**	**-68.000,00**	**-58.966,20**	**9.033,80**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-66.759,95**	**-68.000,00**	**-58.966,20**	**9.033,80**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**
Produktbereich	**21**	**Allgemeine Schulen**
Produktgruppe	**218**	**Gesamtschulen / Gemeinschaftsschulen**
Produkt	**21820**	**Gemeinschaftsschule**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	95.011,75	98.000,00	**103.857,58**	5.857,58	0,00
		5452100 Schulkostenbeiträge	*95.011,75*	*98.000,00*	***103.857,58***	*5.857,58*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**95.011,75**	**98.000,00**	**103.857,58**	**5.857,58**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-95.011,75**	**-98.000,00**	**-103.857,58**	**-5.857,58**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-95.011,75**	**-98.000,00**	**-103.857,58**	**-5.857,58**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-95.011,75**	**-98.000,00**	**-103.857,58**	**-5.857,58**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-95.011,75**	**-98.000,00**	**-103.857,58**	**-5.857,58**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**
Produktbereich	**22**	**Sonderschulen**
Produktgruppe	**221**	**Sonderschulen**
Produkt	**22100**	**Förderschule**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	9.916,72	10.500,00	**15.346,82**	4.846,82	0,00
		5452100 Schulkostenbeiträge	*9.916,72*	*10.500,00*	***15.346,82***	*4.846,82*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**9.916,72**	**10.500,00**	**15.346,82**	**4.846,82**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-9.916,72**	**-10.500,00**	**-15.346,82**	**-4.846,82**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-9.916,72**	**-10.500,00**	**-15.346,82**	**-4.846,82**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-9.916,72**	**-10.500,00**	**-15.346,82**	**-4.846,82**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-9.916,72**	**-10.500,00**	**-15.346,82**	**-4.846,82**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**
Produktbereich	**24**	**Schülerbeförderung**
Produktgruppe	**241**	**Schülerbeförderung**
Produkt	**24100**	**Schülerbeförderung**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	1.360,44	1.400,00	**1.163,62**	-236,38	0,00
		5429000 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten- sonstige Aufwendungen	*1.360,44*	*1.400,00*	***1.163,62***	*-236,38*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**1.360,44**	**1.400,00**	**1.163,62**	**-236,38**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-1.360,44**	**-1.400,00**	**-1.163,62**	**236,38**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-1.360,44**	**-1.400,00**	**-1.163,62**	**236,38**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-1.360,44**	**-1.400,00**	**-1.163,62**	**236,38**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-1.360,44**	**-1.400,00**	**-1.163,62**	**236,38**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**
Produktbereich	**26**	**Theater, Musik**
Produktgruppe	**262**	**Musikpflege**
Produkt	**26200**	**Musikpflege und Konzerte**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	600,00	**0,00**	-600,00	- - - - -
		4487000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen	*0,00*	*600,00*	***0,00***	*-600,00*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**0,00**	**600,00**	**0,00**	**-600,00**	**- - - - -**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	600,00	**0,00**	-600,00	0,00
		5271000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	*0,00*	*600,00*	***0,00***	*-600,00*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**0,00**	**600,00**	**0,00**	**-600,00**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**
Produktbereich	**28**	**Heimat- und sonstige Kulturpflege**
Produktgruppe	**281**	**Heimat- und sonstige Kulturpflege**
Produkt	**28100**	**Heimatpflege**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	1.500,00	**2.009,78**	509,78	- - - - -
		4148100 Spenden	*0,00*	*1.500,00*	***1.946,71***	*446,71*	- - - - -
		4161000 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen	*0,00*	*0,00*	***63,07***	*63,07*	- - - - -
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		4321000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	*100,00*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	**0,00**	-100,00	- - - - -
		4421000 Erträge aus dem Verkauf von Vorräten	*0,00*	*100,00*	***0,00***	*-100,00*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**100,00**	**1.600,00**	**2.009,78**	**409,78**	**- - - - -**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	626,90	500,00	**414,59**	-85,41	0,00
		5221000 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	*626,90*	*500,00*	***414,59***	*-85,41*	*0,00*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	**370,68**	370,68	0,00
		5711080 Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	*0,00*	*0,00*	***370,68***	*370,68*	*0,00*
53	15	+ Transferaufwendungen	3.041,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00
		5318000 Zuschüsse an Verbände und Vereine	*3.041,00*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	150,00	200,00	**150,00**	-50,00	0,00
		5429100 Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	*150,00*	*200,00*	***150,00***	*-50,00*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**3.817,90**	**700,00**	**935,27**	**235,27**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-3.717,90**	**900,00**	**1.074,51**	**174,51**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-3.717,90**	**900,00**	**1.074,51**	**174,51**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-3.717,90**	**900,00**	**1.074,51**	**174,51**	**0,00**
58	29	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	102.820,51	0,00	**82.446,14**	82.446,14	- - - - -
		5811800 Aufwendungen aus ILV - Kalkulatorische Miete	*102.820,51*	*0,00*	***82.446,14***	*82.446,14*	- - - - -
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-106.538,41**	**900,00**	**-81.371,63**	**-82.271,63**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**
Produktbereich	**28**	**Heimat- und sonstige Kulturpflege**
Produktgruppe	**281**	**Heimat- und sonstige Kulturpflege**
Produkt	**28101**	**Gemeindejubiläum**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	575,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		4148100 Spenden	*575,00*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**575,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- - - - -**
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	1.754,51	0,00	**0,00**	0,00	0,00
		5431000 Geschäftsaufwendungen	*1.754,51*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**1.754,51**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-1.179,51**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-1.179,51**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-1.179,51**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-1.179,51**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**
Produktbereich	**31**	**Grundversorgung und Hilfen**
Produktgruppe	**312**	**Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)**
Produkt	**31200**	**Grundsicherung nach SGB II**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	7.197,59	300,00	**0,00**	-300,00	0,00
		5461000 Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	*7.197,59*	*300,00*	***0,00***	*-300,00*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**7.197,59**	**300,00**	**0,00**	**-300,00**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-7.197,59**	**-300,00**	**0,00**	**300,00**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-7.197,59**	**-300,00**	**0,00**	**300,00**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-7.197,59**	**-300,00**	**0,00**	**300,00**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-7.197,59**	**-300,00**	**0,00**	**300,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**
Produktbereich	**31**	**Grundversorgung und Hilfen**
Produktgruppe	**315**	**Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendhilfe)**
Produkt	**31560**	**Andere soziale Einrichtungen**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	374,85	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		4148100 Spenden	*374,85*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**374,85**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- - - - -**
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	416,48	200,00	**0,00**	-200,00	0,00
		5431000 Geschäftsaufwendungen	*416,48*	*200,00*	***0,00***	*-200,00*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**416,48**	**200,00**	**0,00**	**-200,00**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-41,63**	**-200,00**	**0,00**	**200,00**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-41,63**	**-200,00**	**0,00**	**200,00**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-41,63**	**-200,00**	**0,00**	**200,00**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-41,63**	**-200,00**	**0,00**	**200,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**
Produktbereich	**33**	**Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege**
Produktgruppe	**331**	**Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege**
Produkt	**33100**	**Förderung der Wohlfahrtspflege**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	400,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		4148100 Spenden	*400,00*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	1.550,00	1.600,00	**1.900,00**	300,00	- - - - -
		4461000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	*1.550,00*	*1.600,00*	***1.900,00***	*300,00*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**1.950,00**	**1.600,00**	**1.900,00**	**300,00**	**- - - - -**
53	15	+ Transferaufwendungen	5.465,82	4.500,00	**5.287,61**	787,61	0,00
		5318000 Zuschüsse an Verbände und Vereine	*243,74*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
		5318900 Zuschuss Seniorenbetreuung	*5.222,08*	*4.500,00*	***5.287,61***	*787,61*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**5.465,82**	**4.500,00**	**5.287,61**	**787,61**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-3.515,82**	**-2.900,00**	**-3.387,61**	**-487,61**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-3.515,82**	**-2.900,00**	**-3.387,61**	**-487,61**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-3.515,82**	**-2.900,00**	**-3.387,61**	**-487,61**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-3.515,82**	**-2.900,00**	**-3.387,61**	**-487,61**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**
Produktbereich	**36**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
Produktgruppe	**362**	**Jugendarbeit**
Produkt	**36210**	**Jugendarbeit**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
50	11	Personalaufwendungen	3.166,62	8.200,00	**8.068,26**	-131,74	0,00
		5012000 Dienstaufwendungen und dergl. - Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	*2.428,44*	*5.700,00*	***5.826,36***	*126,36*	*0,00*
		5022000 Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmer/-innen	*165,17*	*700,00*	***463,05***	*-236,95*	*0,00*
		5032000 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeitnehmer/-innen	*573,01*	*1.800,00*	***1.778,85***	*-21,15*	*0,00*
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.501,14	13.500,00	**14.983,33**	1.483,33	0,00
		5291300 Jugendbetreuung	*14.042,66*	*12.500,00*	***14.655,27***	*2.155,27*	*0,00*
		5291710 Kosten des Jugendbeirates	*458,48*	*1.000,00*	***328,06***	*-671,94*	*0,00*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	148,31	0,00	**19,31**	19,31	0,00
		5711080 Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	*148,31*	*0,00*	***19,31***	*19,31*	*0,00*
53	15	+ Transferaufwendungen	0,00	500,00	**310,50**	-189,50	0,00
		5318010 Zuschuss für Jugendfahrten	*0,00*	*500,00*	***310,50***	*-189,50*	*0,00*
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	71,88	100,00	**52,95**	-47,05	0,00
		5431200 Geschäftsaufwendungen - Post-, Telefon- und GEZ-Gebühren	*71,88*	*100,00*	***52,95***	*-47,05*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**17.887,95**	**22.300,00**	**23.434,35**	**1.134,35**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-17.887,95**	**-22.300,00**	**-23.434,35**	**-1.134,35**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-17.887,95**	**-22.300,00**	**-23.434,35**	**-1.134,35**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-17.887,95**	**-22.300,00**	**-23.434,35**	**-1.134,35**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-17.887,95**	**-22.300,00**	**-23.434,35**	**-1.134,35**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**
Produktbereich	**36**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
Produktgruppe	**365**	**Tageseinrichtungen für Kinder**
Produkt	**36500**	**Kindertagesstätten**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.350,00	0,00	**14.375,00**	14.375,00	- - - - -
		4141304 Kita-Landeszuschuss für U3	*9.550,00*	*0,00*	***14.235,00***	*14.235,00*	- - - - -
		4141999 Kita-Landeszuschuss - periodenfremd	*6.660,00*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
		4162000 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen	*140,00*	*0,00*	***140,00***	*140,00*	- - - - -
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	18.000,00	39.600,00	**32.013,77**	-7.586,23	- - - - -
		4411000 Mieten und Pachten	*15.100,00*	*27.700,00*	***19.901,60***	*-7.798,40*	- - - - -
		4411001 Mietnebenkosten	*2.900,00*	*11.900,00*	***12.112,17***	*212,17*	- - - - -
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	221,67	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		4482000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Gemeinden (GV)	*116,67*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
		4482099 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Gemeinden (GV) - periodenfremde erträge	*105,00*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**34.571,67**	**39.600,00**	**46.388,77**	**6.788,77**	**- - - - -**
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	309,60	0,00	**309,60**	309,60	0,00
		5711080 Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	*309,60*	*0,00*	***309,60***	*309,60*	*0,00*
53	15	+ Transferaufwendungen	213.413,68	267.200,00	**242.909,67**	-24.290,33	0,00
		5318400 Zuschuss Betrieb Kindertagesstätte	*212.235,45*	*265.500,00*	***241.740,62***	*-23.759,38*	*0,00*
		5318600 Zuschuss Tagespflege	*465,23*	*700,00*	***626,55***	*-73,45*	*0,00*
		5318700 Zuschuss Sozialstaffel	*713,00*	*1.000,00*	***542,50***	*-457,50*	*0,00*
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	19.313,33	23.200,00	**26.883,35**	3.683,35	0,00
		5431200 Geschäftsaufwendungen - Post-, Telefon- und GEZ-Gebühren	*944,88*	*1.200,00*	***943,32***	*-256,68*	*0,00*
		5452300 Kostenanteile gemäß § 25 Abs. 2 KiTaG	*18.368,45*	*22.000,00*	***25.940,03***	*3.940,03*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**233.036,61**	**290.400,00**	**270.102,62**	**-20.297,38**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-198.464,94**	**-250.800,00**	**-223.713,85**	**27.086,15**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-198.464,94**	**-250.800,00**	**-223.713,85**	**27.086,15**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-198.464,94**	**-250.800,00**	**-223.713,85**	**27.086,15**	**0,00**
58	29	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	32.565,62	21.000,00	**23.096,53**	2.096,53	- - - - -
		5811000 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	*0,00*	*21.000,00*	***0,00***	*-21.000,00*	- - - - -
		5811800 Aufwendungen aus ILV - Kalkulatorische Miete	*32.565,62*	*0,00*	***23.096,53***	*23.096,53*	- - - - -
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-231.030,56**	**-271.800,00**	**-246.810,38**	**24.989,62**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**
Produktbereich	**36**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
Produktgruppe	**366**	**Einrichtungen der Jugendarbeit**
Produkt	**36600**	**Einrichtungen der Jugendarbeit**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	**833,54**	833,54	- - - - -
		4161300 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Schenkungen	*0,00*	*0,00*	***833,54***	*833,54*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**833,54**	**833,54**	**- - - - -**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.589,04	3.000,00	**3.602,49**	602,49	0,00
		5211000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	*1.589,04*	*2.500,00*	***3.602,49***	*1.102,49*	*0,00*
		5271000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	*0,00*	*500,00*	***0,00***	*-500,00*	*0,00*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	**833,60**	833,60	0,00
		5711080 Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	*0,00*	*0,00*	***833,60***	*833,60*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**1.589,04**	**3.000,00**	**4.436,09**	**1.436,09**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-1.589,04**	**-3.000,00**	**-3.602,55**	**-602,55**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-1.589,04**	**-3.000,00**	**-3.602,55**	**-602,55**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-1.589,04**	**-3.000,00**	**-3.602,55**	**-602,55**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-1.589,04**	**-3.000,00**	**-3.602,55**	**-602,55**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**4**	**Gesundheit und Sport**
Produktbereich	**41**	**Gesundheitsdienste**
Produktgruppe	**412**	**Gesundheitseinrichtungen**
Produkt	**41200**	**Zuschüsse an soziale Einrichtungen**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	4.029,36	4.100,00	**4.041,72**	-58,28	0,00
		5452400 Kostenanteil Diakoniestation Haseldorfer Marsch	*1.669,12*	*1.700,00*	***1.674,24***	*-25,76*	*0,00*
		5452500 Kostenanteil Anlauf- und Vermittlungsstelle	*2.360,24*	*2.400,00*	***2.367,48***	*-32,52*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**4.029,36**	**4.100,00**	**4.041,72**	**-58,28**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-4.029,36**	**-4.100,00**	**-4.041,72**	**58,28**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-4.029,36**	**-4.100,00**	**-4.041,72**	**58,28**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-4.029,36**	**-4.100,00**	**-4.041,72**	**58,28**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-4.029,36**	**-4.100,00**	**-4.041,72**	**58,28**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**4**	**Gesundheit und Sport**
Produktbereich	**42**	**Sportförderung**
Produktgruppe	**424**	**Sportstätten und Bäder**
Produkt	**42400**	**Sportanlagen**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	32,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		4411000 Mieten und Pachten	*32,00*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**32,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**- - - - -**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.486,03	13.700,00	**7.439,27**	-6.260,73	0,00
		5211000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	*7.702,14*	*10.000,00*	***6.417,28***	*-3.582,72*	*0,00*
		5241000 Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen u.s.w.	*0,00*	*1.000,00*	***0,00***	*-1.000,00*	*0,00*
		5251000 Haltung von Fahrzeugen	*783,89*	*1.500,00*	***846,59***	*-653,41*	*0,00*
		5271000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	*0,00*	*1.200,00*	***175,40***	*-1.024,60*	*0,00*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	1.793,53	0,00	**1.522,53**	1.522,53	0,00
		5711070 Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	*1.325,93*	*0,00*	***1.477,53***	*1.477,53*	*0,00*
		5711080 Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	*467,60*	*0,00*	***45,00***	*45,00*	*0,00*
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	1.287,95	1.300,00	**1.237,20**	-62,80	0,00
		5431200 Geschäftsaufwendungen - Post-, Telefon- und GEZ-Gebühren	*1.287,95*	*1.300,00*	***1.237,20***	*-62,80*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**11.567,51**	**15.000,00**	**10.199,00**	**-4.801,00**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-11.535,51**	**-15.000,00**	**-10.199,00**	**4.801,00**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-11.535,51**	**-15.000,00**	**-10.199,00**	**4.801,00**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-11.535,51**	**-15.000,00**	**-10.199,00**	**4.801,00**	**0,00**
58	29	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	56.397,19	152.100,00	**26.507,52**	-125.592,48	- - - - -
		5811000 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	*0,00*	*152.100,00*	***0,00***	*-152.100,00*	- - - - -
		5811800 Aufwendungen aus ILV - Kalkulatorische Miete	*56.397,19*	*0,00*	***26.507,52***	*26.507,52*	- - - - -
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-67.932,70**	**-167.100,00**	**-36.706,52**	**130.393,48**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung und Umwelt**
Produktbereich	**51**	**Räumliche Planung und Entwicklung**
Produktgruppe	**511**	**Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen**
Produkt	**51100**	**Stadtplanung**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	1.684,74	6.200,00	**999,40**	-5.200,60	0,00
		5431000 Geschäftsaufwendungen	*1.007,16*	*1.200,00*	***999,40***	*-200,60*	*0,00*
		5431550 Geschäftsaufwendungen - Bauleitplanung	*677,58*	*5.000,00*	***0,00***	*-5.000,00*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**1.684,74**	**6.200,00**	**999,40**	**-5.200,60**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-1.684,74**	**-6.200,00**	**-999,40**	**5.200,60**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-1.684,74**	**-6.200,00**	**-999,40**	**5.200,60**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-1.684,74**	**-6.200,00**	**-999,40**	**5.200,60**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-1.684,74**	**-6.200,00**	**-999,40**	**5.200,60**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung und Umwelt**
Produktbereich	**52**	**Bauen und Wohnen**
Produktgruppe	**522**	**Wohnbauförderung**
Produkt	**52200**	**Wohnungsbauförderung**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
46	20	+ Finanzerträge	79,06	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		4618000 Zinserträge sonstiger inl. Bereich	*79,06*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
	22	**= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)**	**79,06**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**79,06**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**79,06**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**79,06**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung und Umwelt**
Produktbereich	**53**	**Ver- und Entsorgung**
Produktgruppe	**535**	**Kombinierte Versorgung**
Produkt	**53500**	**Konzessionsabgaben**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	61.255,31	45.000,00	**52.369,77**	7.369,77	- - - - -
		4511000 Konzessionsabgaben	*61.255,31*	*45.000,00*	***52.369,77***	*7.369,77*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**61.255,31**	**45.000,00**	**52.369,77**	**7.369,77**	**- - - - -**
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	2.569,68	0,00	**92,83**	92,83	0,00
		5457000 Erstattungen von Aufwendungen von Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit private Unternehmen	*2.569,68*	*0,00*	***92,83***	*92,83*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**2.569,68**	**0,00**	**92,83**	**92,83**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**58.685,63**	**45.000,00**	**52.276,94**	**7.276,94**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**58.685,63**	**45.000,00**	**52.276,94**	**7.276,94**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**58.685,63**	**45.000,00**	**52.276,94**	**7.276,94**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**58.685,63**	**45.000,00**	**52.276,94**	**7.276,94**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung und Umwelt**
Produktbereich	**53**	**Ver- und Entsorgung**
Produktgruppe	**538**	**Abwasserbeseitigung**
Produkt	**53800**	**Abwasserbeseitigung**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	64,00	0,00	**64,00**	64,00	- - - - -
		4162000 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen	*64,00*	*0,00*	***64,00***	*64,00*	- - - - -
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	300,00	**296,10**	-3,90	- - - - -
		4487000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen	*0,00*	*300,00*	***296,10***	*-3,90*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**64,00**	**300,00**	**360,10**	**60,10**	**- - - - -**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	221,75	800,00	**111,50**	-688,50	0,00
		5211000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	*0,00*	*500,00*	***0,00***	*-500,00*	*0,00*
		5241000 Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen u.s.w.	*221,75*	*300,00*	***111,50***	*-188,50*	*0,00*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	86,84	0,00	**86,84**	86,84	0,00
		5711040 Abschreibungen auf Infrastrukturvermögen	*86,84*	*0,00*	***86,84***	*86,84*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**308,59**	**800,00**	**198,34**	**-601,66**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-244,59**	**-500,00**	**161,76**	**661,76**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-244,59**	**-500,00**	**161,76**	**661,76**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-244,59**	**-500,00**	**161,76**	**661,76**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-244,59**	**-500,00**	**161,76**	**661,76**	**0,00**

Hauptproduktbereich **5** **Gestaltung und Umwelt**
Produktbereich **54** **Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPVN**
Produktgruppe **541** **Gemeindestraßen**
Produkt **54100** **Neubau und Unterhaltung von Gemeindestraßen**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.130,99	18.000,00	**9.559,33**	-8.440,67	- - - - -
		4161300 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Schenkungen	*103,49*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
		4162000 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen	*12.027,50*	*18.000,00*	***9.559,33***	*-8.440,67*	- - - - -
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.492,28	0,00	**52.624,50**	52.624,50	- - - - -
		4321000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	*524,58*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
		4371000 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge	*50.967,70*	*0,00*	***52.624,50***	*52.624,50*	- - - - -
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	2.547,30	0,00	**5.964,73**	5.964,73	- - - - -
		4461610 Erstattung von Stromkosten	*2.534,71*	*0,00*	***4.962,86***	*4.962,86*	- - - - -
		4461699 Periodenfremde Erstattung von Bewirtschaftungskosten	*12,59*	*0,00*	***1.001,87***	*1.001,87*	- - - - -
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	207,00	900,00	**523,04**	-376,96	- - - - -
		4487000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen	*207,00*	*900,00*	***455,10***	*-444,90*	- - - - -
		4488000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen übrige Bereiche	*0,00*	*0,00*	***67,94***	*67,94*	- - - - -
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	6.982,04	0,00	**6.115,26**	6.115,26	- - - - -
		4573000 Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten	*6.982,04*	*0,00*	***6.115,26***	*6.115,26*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**73.359,61**	**18.900,00**	**74.786,86**	**55.886,86**	**- - - - -**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	107.677,38	90.200,00	**86.995,55**	-3.204,45	0,00
		5221000 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	*44.522,72*	*45.000,00*	***44.107,56***	*-892,44*	*0,00*
		5241000 Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen u.s.w.	*39.183,96*	*44.000,00*	***42.169,61***	*-1.830,39*	*0,00*
		5241099 Periodenfremde Aufwendungen, Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen u.s.w.	*23.687,60*	*200,00*	***333,88***	*133,88*	*0,00*
		5271000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	*283,10*	*1.000,00*	***384,50***	*-615,50*	*0,00*
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	104.993,81	61.500,00	**102.159,58**	40.659,58	0,00
		5711000 Abschreibungen auf immaterielle Vermögengegenstände und Sachanlagen	*0,00*	*61.500,00*	***0,00***	*-61.500,00*	*0,00*
		5711040 Abschreibungen auf Infrastrukturvermögen	*87.690,16*	*0,00*	***81.139,91***	*81.139,91*	*0,00*
		5711070 Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	*3.558,75*	*0,00*	***3.147,48***	*3.147,48*	*0,00*
		5711080 Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	*1.285,65*	*0,00*	***1.127,49***	*1.127,49*	*0,00*
		5731600 Abschreibungen auf sonstige privatrechtliche Forderungen	*0,00*	*0,00*	***3.152,79***	*3.152,79*	*0,00*

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung und Umwelt**
Produktbereich	**54**	**Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPVN**
Produktgruppe	**541**	**Gemeindestraßen**
Produkt	**54100**	**Neubau und Unterhaltung von Gemeindestraßen**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
		5741000 Abschreibungen auf geleistete Zuwendungen (aktive Rechnungsabgrenzung)	*12.459,25*	*0,00*	***13.591,91***	*13.591,91*	*0,00*
53	15	+ Transferaufwendungen	15.987,64	27.000,00	**0,00**	-27.000,00	0,00
		5313200 Umlage an den Wegeunterhaltungsverband	*15.987,64*	*27.000,00*	***0,00***	*-27.000,00*	*0,00*
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	2.046,80	10.000,00	**0,00**	-10.000,00	0,00
		5431510 Geschäftsaufwendungen - Sachverständigenkosten	*2.046,80*	*10.000,00*	***0,00***	*-10.000,00*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**230.705,63**	**188.700,00**	**189.155,13**	**455,13**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-157.346,02**	**-169.800,00**	**-114.368,27**	**55.431,73**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-157.346,02**	**-169.800,00**	**-114.368,27**	**55.431,73**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-157.346,02**	**-169.800,00**	**-114.368,27**	**55.431,73**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-157.346,02**	**-169.800,00**	**-114.368,27**	**55.431,73**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung und Umwelt**
Produktbereich	**54**	**Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPVN**
Produktgruppe	**545**	**Straßenreinigung**
Produkt	**54500**	**Straßenreinigung und Winterdienst**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	926,94	1.500,00	**1.085,34**	-414,66	- - - - -
		4143000 Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke Zweckverbände	*926,94*	*1.500,00*	***1.085,34***	*-414,66*	- - - - -
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	800,00	**800,00**	0,00	- - - - -
		4488000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen übrige Bereiche	*0,00*	*800,00*	***800,00***	*0,00*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**926,94**	**2.300,00**	**1.885,34**	**-414,66**	**- - - - -**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.599,91	11.500,00	**5.288,41**	-6.211,59	0,00
		5241200 Bewirtschaftung - Reinigung	*4.437,08*	*6.500,00*	***4.141,71***	*-2.358,29*	*0,00*
		5241300 Straßenreinigung/Winterdienst	*1.162,83*	*5.000,00*	***1.146,70***	*-3.853,30*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**5.599,91**	**11.500,00**	**5.288,41**	**-6.211,59**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-4.672,97**	**-9.200,00**	**-3.403,07**	**5.796,93**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-4.672,97**	**-9.200,00**	**-3.403,07**	**5.796,93**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-4.672,97**	**-9.200,00**	**-3.403,07**	**5.796,93**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-4.672,97**	**-9.200,00**	**-3.403,07**	**5.796,93**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung und Umwelt**
Produktbereich	**55**	**Natur- und Landschaftspflege**
Produktgruppe	**552**	**Öffentliche Gewässer/Wasserbauliche Anlagen**
Produkt	**55200**	**Hafenbetrieb**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	3.434,18	3.500,00	**3.434,18**	-65,82	- - - - -
		4411000 Mieten und Pachten	*3.434,18*	*3.500,00*	***3.434,18***	*-65,82*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**3.434,18**	**3.500,00**	**3.434,18**	**-65,82**	**- - - - -**
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.434,18	3.500,00	**3.434,18**	-65,82	0,00
		5231200 Nutzungsentschädigung	*3.434,18*	*3.500,00*	***3.434,18***	*-65,82*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**3.434,18**	**3.500,00**	**3.434,18**	**-65,82**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung und Umwelt**
Produktbereich	**55**	**Natur- und Landschaftspflege**
Produktgruppe	**553**	**Friedhofs- und Bestattungswesen**
Produkt	**55300**	**Gräberfürsorge**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
53	15	+ Transferaufwendungen	5.284,29	5.400,00	**5.294,21**	-105,79	0,00
		5318200 Zuschuss an die Kirchengemeinde	*5.284,29*	*5.400,00*	***5.294,21***	*-105,79*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**5.284,29**	**5.400,00**	**5.294,21**	**-105,79**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-5.284,29**	**-5.400,00**	**-5.294,21**	**105,79**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-5.284,29**	**-5.400,00**	**-5.294,21**	**105,79**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-5.284,29**	**-5.400,00**	**-5.294,21**	**105,79**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-5.284,29**	**-5.400,00**	**-5.294,21**	**105,79**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung und Umwelt**
Produktbereich	**56**	**Umweltschutz**
Produktgruppe	**561**	**Umweltschutzmaßnahmen**
Produkt	**56100**	**Umweltschutzmaßnahmen**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
53	15	+ Transferaufwendungen	600,00	0,00	**500,00**	500,00	0,00
		5318000 Zuschüsse an Verbände und Vereine	*600,00*	*0,00*	***500,00***	*500,00*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**600,00**	**0,00**	**500,00**	**500,00**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-600,00**	**0,00**	**-500,00**	**-500,00**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-600,00**	**0,00**	**-500,00**	**-500,00**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-600,00**	**0,00**	**-500,00**	**-500,00**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-600,00**	**0,00**	**-500,00**	**-500,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung und Umwelt**
Produktbereich	**57**	**Wirtschaft und Tourismus**
Produktgruppe	**573**	**Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen**
Produkt	**57390**	**Dividende**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
46	20	+ Finanzerträge	7,37	100,00	**7,37**	-92,63	- - - - -
		4651000 Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	*7,37*	*100,00*	**7,37**	*-92,63*	- - - - -
	22	**= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)**	**7,37**	**100,00**	**7,37**	**-92,63**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**7,37**	**100,00**	**7,37**	**-92,63**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**7,37**	**100,00**	**7,37**	**-92,63**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**7,37**	**100,00**	**7,37**	**-92,63**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung und Umwelt**
Produktbereich	**57**	**Wirtschaft und Tourismus**
Produktgruppe	**575**	**Tourismus**
Produkt	**57510**	**Integrierte Station Unterelbe**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	60,00	0,00	**60,00**	60,00	0,00
		5741000 Abschreibungen auf geleistete Zuwendungen (aktive Rechnungsabgrenzung)	*60,00*	*0,00*	***60,00***	*60,00*	*0,00*
53	15	+ Transferaufwendungen	1.500,00	1.500,00	**1.500,00**	0,00	0,00
		5313300 Umlage an den Zweckverband Integrierte Station Unterelbe	*1.500,00*	*1.500,00*	***1.500,00***	*0,00*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**1.560,00**	**1.500,00**	**1.560,00**	**60,00**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-1.560,00**	**-1.500,00**	**-1.560,00**	**-60,00**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-1.560,00**	**-1.500,00**	**-1.560,00**	**-60,00**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-1.560,00**	**-1.500,00**	**-1.560,00**	**-60,00**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-1.560,00**	**-1.500,00**	**-1.560,00**	**-60,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich **6** **Zentrale Finanzleistungen**
Produktbereich **61** **Allgemeine Finanzwirtschaft**
Produktgruppe **611** **Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen**
Produkt **61100** **Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.042.682,47	1.200.200,00	**1.206.339,55**	6.139,55	- - - - -
		4011000 Grundsteuer A	*22.487,19*	*23.600,00*	***23.654,32***	*54,32*	- - - - -
		4012000 Grundsteuer B	*175.165,68*	*196.700,00*	***196.691,01***	*-8,99*	- - - - -
		4013000 Gewerbesteuer	*62.740,60*	*190.000,00*	***188.620,63***	*-1.379,37*	- - - - -
		4021000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*683.121,00*	*683.000,00*	***687.336,00***	*4.336,00*	- - - - -
		4022000 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	*19.974,00*	*30.000,00*	***32.429,00***	*2.429,00*	- - - - -
		4032000 Hundesteuer	*11.250,00*	*13.500,00*	***14.116,59***	*616,59*	- - - - -
		4051000 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	*67.944,00*	*63.400,00*	***63.492,00***	*92,00*	- - - - -
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	220.308,00	251.500,00	**251.508,00**	8,00	- - - - -
		4111000 Schlüsselzuweisungen	*220.308,00*	*251.500,00*	***251.508,00***	*8,00*	- - - - -
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	203,00	500,00	**108,25**	-391,75	- - - - -
		4565000 Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen	*203,00*	*500,00*	***108,25***	*-391,75*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**1.263.193,47**	**1.452.200,00**	**1.457.955,80**	**5.755,80**	**- - - - -**
53	15	+ Transferaufwendungen	619.972,75	666.900,00	**665.978,11**	-921,89	0,00
		5341000 Gewerbesteuerumlage	*17.574,00*	*35.000,00*	***34.571,00***	*-429,00*	*0,00*
		5372000 Kreisumlage	*456.652,95*	*479.700,00*	***479.687,13***	*-12,87*	*0,00*
		5372200 Amtsumlage	*145.745,80*	*152.200,00*	***151.719,98***	*-480,02*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**619.972,75**	**666.900,00**	**665.978,11**	**-921,89**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**643.220,72**	**785.300,00**	**791.977,69**	**6.677,69**	**0,00**
55	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.599,00	500,00	**1.089,25**	589,25	0,00
		5592000 Verzinsung von Steuernachforderungen	*1.599,00*	*500,00*	***1.089,25***	*589,25*	*0,00*
	22	**= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)**	**-1.599,00**	**-500,00**	**-1.089,25**	**-589,25**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**641.621,72**	**784.800,00**	**790.888,44**	**6.088,44**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**641.621,72**	**784.800,00**	**790.888,44**	**6.088,44**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**641.621,72**	**784.800,00**	**790.888,44**	**6.088,44**	**0,00**

Teilergebnisrechnung 2015

Gemeinde: 13 Hetlingen

Hauptproduktbereich	**6**	**Zentrale Finanzleistungen**
Produktbereich	**61**	**Allgemeine Finanzwirtschaft**
Produktgruppe	**612**	**Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**
Produkt	**61200**	**Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haushalts-jahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	315,65	0,00	**6.004,45**	6.004,45	- - - - -
		4583200 Erträge aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	*0,00*	*0,00*	***2.826,54***	*2.826,54*	- - - - -
		4583600 Erträge aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf sonstige privatrechtliche Forderungen	*315,65*	*0,00*	***3.177,91***	*3.177,91*	- - - - -
	10	**= ordentliche Erträge**	**315,65**	**0,00**	**6.004,45**	**6.004,45**	**- - - - -**
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	475,08	0,00	**2.000,09**	2.000,09	0,00
		5473200 Aufwendungen aus Einzelwertberichtigungen auf sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	*455,58*	*0,00*	***1.959,75***	*1.959,75*	*0,00*
		5473400 Aufwendungen aus Einzelwertberichtigungen auf privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	*19,50*	*0,00*	***40,34***	*40,34*	*0,00*
	18	**= ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**	**475,08**	**0,00**	**2.000,09**	**2.000,09**	**0,00**
	19	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 18)**	**-159,43**	**0,00**	**4.004,36**	**4.004,36**	**0,00**
46	20	+ Finanzerträge	20.466,06	0,00	**-20,33**	-20,33	- - - - -
		4612100 Rücklagenzinsen	*20.466,06*	*0,00*	***-20,33***	*-20,33*	- - - - -
55	21	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	29.112,93	27.700,00	**27.621,99**	-78,01	0,00
		5512000 Zinsaufwendungen an Gemeinden (GV)	*79,85*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
		5517000 Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	*29.033,08*	*27.700,00*	***27.621,99***	*-78,01*	*0,00*
	22	**= Finanzergebnis (= Zeilen 20 und 21)**	**-8.646,87**	**-27.700,00**	**-27.642,32**	**57,68**	**0,00**
	23	**= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 19 und 22)**	**-8.806,30**	**-27.700,00**	**-23.637,96**	**4.062,04**	**0,00**
49	24	+ außerordentliche Erträge	1.415,32	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		4911000 Außerordentliche Erträge	*1.415,32*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
	26	**= außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 24 und 25)**	**1.415,32**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	27	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 23 und 26)**	**-7.390,98**	**-27.700,00**	**-23.637,96**	**4.062,04**	**0,00**
	30	**= Ergebnis (= Zeilen 27, 28, 29)**	**-7.390,98**	**-27.700,00**	**-23.637,96**	**4.062,04**	**0,00**

**** Ende der Liste "Teilergebnisrechnung" ****

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haus-haltsjahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertrage-ne Er-mächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
60	1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	1.067.124,17	1.200.200,00	**1.208.389,62**	8.189,62	-----
		6011000 Grundsteuer A	*22.528,71*	*23.600,00*	***23.674,78***	*74,78*	-----
		6012000 Grundsteuer B	*174.158,16*	*196.700,00*	***196.264,53***	*-435,47*	-----
		6013000 Gewerbesteuer	*91.705,30*	*190.000,00*	***189.649,72***	*-350,28*	-----
		6021000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*679.876,00*	*683.000,00*	***689.227,00***	*6.227,00*	-----
		6022000 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	*19.974,00*	*30.000,00*	***32.429,00***	*2.429,00*	-----
		6032000 Hundesteuer	*10.938,00*	*13.500,00*	***13.652,59***	*152,59*	-----
		6051000 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	*67.944,00*	*63.400,00*	***63.492,00***	*92,00*	-----
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	243.681,56	257.000,00	**271.985,01**	14.985,01	-----
		6111000 Schlüsselzuweisungen	*220.308,00*	*251.500,00*	***251.508,00***	*8,00*	-----
		6141000 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	*16.210,00*	*0,00*	***14.235,00***	*14.235,00*	-----
		6142000 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Gemeinden (GV)	*4.968,91*	*2.500,00*	***3.368,36***	*868,36*	-----
		6143000 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Zweckverbänden	*844,80*	*1.500,00*	***926,94***	*-573,06*	-----
		6148000 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von übrigen Bereichen	*1.349,85*	*1.500,00*	***1.946,71***	*446,71*	-----
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	624,58	400,00	**0,00**	-400,00	-----
		6311000 Verwaltungsgebühren	*0,00*	*100,00*	***0,00***	*-100,00*	-----
		6321000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	*624,58*	*300,00*	***0,00***	*-300,00*	-----
641 642 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	27.332,28	45.800,00	**44.273,83**	-1.526,17	-----
		6411000 Mieten und Pachten	*23.000,10*	*44.000,00*	***35.447,95***	*-8.552,05*	-----
		6421000 Einzahlungen aus Verkauf	*0,00*	*100,00*	***0,00***	*-100,00*	-----
		6461000 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	*4.332,18*	*1.700,00*	***8.825,88***	*7.125,88*	-----
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.569,06	4.600,00	**5.053,34**	453,34	-----
		6481000 Einzahlungen aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Land	*1.808,65*	*500,00*	***0,00***	*-500,00*	-----
		6482000 Einzahlungen aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Gemeinden (GV)	*1.870,35*	*0,00*	***26,04***	*26,04*	-----
		6483000 Einzahlungen aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Zweckverbände	*1.262,90*	*1.200,00*	***1.893,00***	*693,00*	-----
		6487000 Einzahlungen aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen private Unternehmen	*3.627,16*	*2.100,00*	***2.334,30***	*234,30*	-----
		6488000 Einzahlungen aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen übrige Bereiche	*0,00*	*800,00*	***800,00***	*0,00*	-----
65	7	+ sonstige Einzahlungen	57.823,06	45.000,00	**60.255,31**	15.255,31	-----
		6511000 Konzessionsabgaben	*57.823,06*	*45.000,00*	***60.255,31***	*15.255,31*	-----
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	21.183,49	600,00	**95,29**	-504,71	-----
		6612000 Zinseinzahlungen Gemeinden (GV)	*20.466,06*	*0,00*	***-20,33***	*-20,33*	-----
		6618000 Zinseinzahlungen sonstiger inländischer Bereich	*79,06*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	-----

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haus-haltsjahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertrage-ne Er-mächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
		6651000 Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen, Beteiligungen	*7,37*	*100,00*	***7,37***	*-92,63*	- - - - -
		6692000 Verzinsung von Steuernachforderungen und -erstattungen	*631,00*	*500,00*	***108,25***	*-391,75*	- - - - -
	9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.426.338,20**	**1.553.600,00**	**1.590.052,40**	**36.452,40**	**- - - - -**
70	10	+ Personalauszahlungen	83.155,46	73.900,00	**67.734,91**	-6.165,09	0,00
		7012000 Dienstbezüge Arbeitnehmer/-innen	*63.407,07*	*56.500,00*	***51.572,79***	*-4.927,21*	*0,00*
		7022000 Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmer/-innen	*5.659,60*	*5.300,00*	***4.167,57***	*-1.132,43*	*0,00*
		7032000 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung Arbeitnehmer/-innen	*13.886,58*	*11.700,00*	***11.462,12***	*-237,88*	*0,00*
		7041000 Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dgl. für Beschäftigte	*202,21*	*400,00*	***532,43***	*132,43*	*0,00*
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	332.238,67	335.900,00	**238.473,15**	-97.426,85	0,00
		7211000 Auszahlungen für Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	*85.987,75*	*88.500,00*	***43.109,63***	*-45.390,37*	*0,00*
		7221000 Auszahlungen für Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	*45.221,82*	*45.500,00*	***33.603,16***	*-11.896,84*	*0,00*
		7231000 Auszahlungen für Mieten und Pachten	*3.592,21*	*3.900,00*	***3.434,18***	*-465,82*	*0,00*
		7241000 Auszahlungen für Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen u.s.w.	*157.269,75*	*137.500,00*	***113.094,44***	*-24.405,56*	*0,00*
		7251000 Haltung von Fahrzeugen	*5.489,78*	*15.900,00*	***13.942,07***	*-1.957,93*	*0,00*
		7261000 Dienst- und Schutzbekleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	*4.604,55*	*4.700,00*	***2.325,63***	*-2.374,37*	*0,00*
		7262000 Aus- und Fortbildung, Umschulung	*4.155,60*	*2.800,00*	***713,60***	*-2.086,40*	*0,00*
		7271000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen	*5.502,50*	*10.100,00*	***3.221,33***	*-6.878,67*	*0,00*
		7291000 Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	*20.414,71*	*27.000,00*	***25.029,11***	*-1.970,89*	*0,00*
75	13	+ Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	30.711,93	28.200,00	**28.711,24**	511,24	0,00
		7512000 Zinsauszahlungen an Gemeinden (GV)	*79,85*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
		7517000 Zinsauszahlungen an Kreditinstitute	*29.033,08*	*27.700,00*	***27.621,99***	*-78,01*	*0,00*
		7592000 Verzinsungen von Steuernachforderungen	*1.599,00*	*500,00*	***1.089,25***	*589,25*	*0,00*
73	14	+ Transferauszahlungen	843.446,65	981.100,00	**963.822,99**	-17.277,01	0,00
		7313000 Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Zweckverbände	*18.598,40*	*30.100,00*	***29.992,08***	*-107,92*	*0,00*
		7318000 Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	*209.066,50*	*284.100,00*	***267.012,80***	*-17.087,20*	*0,00*
		7341000 Gewerbesteuerumlage	*13.383,00*	*35.000,00*	***35.411,00***	*411,00*	*0,00*
		7372000 Allgemeine Umlagen, Gemeinden (GV)	*602.398,75*	*631.900,00*	***631.407,11***	*-492,89*	*0,00*
74	15	+ sonstige Auszahlungen	152.252,50	291.700,00	**401.819,18**	110.119,18	0,00
		7421000 Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	*19.984,04*	*21.900,00*	***19.692,81***	*-2.207,19*	*0,00*
		7429000 Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	*4.847,79*	*6.200,00*	***4.923,22***	*-1.276,78*	*0,00*
		7431000 Geschäftsauszahlungen	*14.148,79*	*28.500,00*	***10.351,44***	*-18.148,56*	*0,00*
		7441000 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	*5.903,10*	*6.000,00*	***8.295,61***	*2.295,61*	*0,00*

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haus-haltsjahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertrage-ne Er-mächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
		7452000 Erstattung für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Gemeinden (GV)	*97.961,77*	*228.800,00*	***358.195,84***	*129.395,84*	*0,00*
		7457000 Erstattung für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit, private Unternehmen	*2.447,01*	*0,00*	***122,67***	*122,67*	*0,00*
		7461000 Leistungsbeteiligung bei Leistungen f. Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	*6.960,00*	*300,00*	***237,59***	*-62,41*	*0,00*
	16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 bis 15)**	**1.441.805,21**	**1.710.800,00**	**1.700.561,47**	**-10.238,53**	**0,00**
	17	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9/16)**	**-15.467,01**	**-157.200,00**	**-110.509,07**	**46.690,93**	**0,00**
681	18	+ Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	39.887,78	11.000,00	**159.387,71**	148.387,71	- - - - -
		6811000 Investitionszuwendungen vom Land	*39.887,78*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
		6812000 Investitionszuwendungen von Gemeinden (GV)	*0,00*	*11.000,00*	***0,00***	*-11.000,00*	- - - - -
		6813000 Investitionszuwendungen von Zweckverbänden	*0,00*	*0,00*	***159.387,71***	*159.387,71*	- - - - -
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	68.915,00	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		6821000 Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	*68.915,00*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	**8.891,09**	8.891,09	- - - - -
		6831000 Einzahlungen aus der Veräußerung bewegl. Sachen d. Anlagevermögens oberhalb d. Wertgrenze i.H.v. 1.000,- Euro	*0,00*	*0,00*	***8.891,09***	*8.891,09*	- - - - -
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	**1.575,57**	1.575,57	- - - - -
		6851000 Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	*0,00*	*0,00*	***1.575,57***	*1.575,57*	- - - - -
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	31.621,33	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		6868300 Rückflüsse von Ausleihungen sonstiger inländischer Bereich Laufzeit (mehr als 5 Jahre)	*31.621,33*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	137.551,06	0,00	**0,00**	0,00	- - - - -
		6881000 Beiträge und ähnliche Entgelte	*137.551,06*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	- - - - -
	26	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**277.975,17**	**11.000,00**	**169.854,37**	**158.854,37**	**- - - - -**
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	21.209,73	34.500,00	**14.191,10**	-20.308,90	0,00
		7831000 Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalt der Wertgrenze i.H.v. 1.000 Euro	*0,00*	*26.000,00*	***8.891,69***	*-17.108,31*	*0,00*
		7831200 Hardware - Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze i.H.v. 1.000 Euro	*2.312,17*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
		7832000 Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze i.H.v. 150 Euro und unterhalb der Wertgrenze i.H.v. 1.000 Euro	*18.897,56*	*8.500,00*	***5.299,41***	*-3.200,59*	*0,00*
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	105.085,25	103.150,33	**3.150,33**	-100.000,00	0,00

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres	**Ist-Ergebnis des Haus-haltsjahres**	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertrage-ne Er-mächti-gungen
			2014	2015	**2015**	2015	2016
			in EUR	in EUR	**in EUR**	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	**6**	7	8
		7851000 Auszahlungen aus Hochbaumaßnahmen	*12.546,61*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
		7852000 Auszahlungen aus Tiefbaumaßnahmen	*92.538,64*	*103.150,33*	***3.150,33***	*-100.000,00*	*0,00*
	34	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Zeilen 27 bis 33)**	**126.294,98**	**137.650,33**	**17.341,43**	**-120.308,90**	**0,00**
	35	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26/34)**	**151.680,19**	**-126.650,33**	**152.512,94**	**279.163,27**	**0,00**
	36	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17, 35, 35c und 35f)**	**136.213,18**	**-283.850,33**	**42.003,87**	**325.854,20**	**0,00**
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,00	100.000,00	**100.000,00**	0,00	- - - - -
		6927310 Kreditaufnahmen f. Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Kreditinstitute Laufzeit (mehr als 5 Jahre), Euro-Währung	*0,00*	*100.000,00*	***100.000,00***	*0,00*	- - - - -
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	65.017,57	49.900,00	**49.863,29**	-36,71	0,00
		7922310 Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gemeinden (GV) Laufzeit (mehr als 5 Jahre) Euro-Währung	*16.128,81*	*0,00*	***0,00***	*0,00*	*0,00*
		7927310 Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Kreditinstitute Laufzeit (mehr als 5 Jahre) Euro-Währung	*48.888,76*	*49.900,00*	***49.863,29***	*-36,71*	*0,00*
	43	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit**	**-65.017,57**	**50.100,00**	**50.136,71**	**36,71**	**0,00**
	44	**= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (Zeilen 36 und 43)**	**71.195,61**	**-233.750,33**	**92.140,58**	**325.890,91**	**0,00**
	44b	**= Saldo der Finanzrechnung**	**71.195,61**	**-233.750,33**	**92.140,58**	**325.890,91**	**0,00**
	45	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	-258.071,11	-186.876,00	**-186.875,50**	0,50	0,00
		3791802 Verbindlichkeiten aus der Führung der Einheitskasse gegenüber GKZ 02 - Amt Haseldorf	*-258.071,11*	*0,00*	***-186.875,50***	*-186.875,50*	*0,00*
		<Diverse>	*0,00*	*-186.876,00*	***0,00***	*186.876,00*	*0,00*
	46	**= Liquide Mittel (Zeilen 44 und 45)**	**-186.875,50**	**-420.626,33**	**-94.734,92**	**325.891,41**	**0,00**

**** Ende der Liste "Finanzrechnung" ****

Lagebericht

zum Jahresabschluss 2015

der Gemeinde Hetlingen

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines 92

2. Jahresergebnis 92

3. Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage

3.1 Vermögens- und Schuldenlage 92

3.2 Ertrags- und Aufwandslage..... 94

3.3 Finanzlage 97

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung 98

5. Bilanzkennzahlen

5.1 Allgemeines 99

5.2 Kennzahlen zur Analyse der Vermögenslage 102

5.1 Kennzahlen zur Analyse der Schuldenlage 104

5.1 Kennzahlen zur Analyse der Ertrags- und Aufwandslage 106

5.1 Kennzahlen zur Analyse der Finanzlage 110

5.1 Kennzahlen zur Analyse der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation..... 111

6. Ausblick auf zukünftige Entwicklungen.....114

1. Allgemeines

Dem Jahresabschluss ist gemäß § 44 Abs. 2 GemHVO-Doppik ein Lagebericht beizufügen. Der Lagebericht soll ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln (§ 52 GemHVO-Doppik).
Der Lagebericht soll demnach einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse aus der Aufstellung der Bilanz geben und so verfasst werden, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage der Gemeinde vermittelt wird. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, ist im Lagebericht zu berichten. Darüber hinaus hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Bilanz und der Vermögens- und Schuldenlage der Gemeinde zu erhalten. Außerdem sind die wesentlichen Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde aufzuzeigen.

2. Jahresergebnis

Die Ergebnisrechnung zum 31.12.2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 69.003,87 € ab. Gegenüber dem Vorjahr (Jahresfehlbetrag – 204.568,77 €) bedeutet dies eine Verbesserung des Jahresergebnisses.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht die Entstehung des Jahresergebnisses.

	Plan 2015 (in €)	Ist 2015 (in €)	Abweichung (in €)	Abweichung (in %)
Ordentliche Erträge	1.596.900,00	1.695.517,76	98.617,76	6,18
Ordentliche Aufwendungen	1.824.300,00	1.735.797,43	-88.502,57	-4,85
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-227.400,00	-40.279,67	187.120,33	82,29
Finanzergebnis	-28.100,00	-28.724,20	-624,20	2,22
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	-255.500,00	-69.003,87	186.496,13	72,99

3. Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage

3.1 Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2015 beläuft sich auf 6.563.145,90 € und ist damit gegenüber der Schlussbilanz zum 31.12.2014 um 210.513,54 € (3,11 %) gesunken. Obwohl die Bilanzsumme für bestimmte Bilanzkennzahlen eine Maßgröße darstellt, so lässt sich anhand der Bilanzsumme höchstens die Einordnung der Gemeinde Hetlingen in eine Größenklasse vornehmen; die Bilanzsumme enthält jedoch darüber hinaus keine Aussagekraft bezüglich des Vermögens oder der Finanzierungsstruktur.
Das Vermögen der Gemeinde Hetlingen besteht zu 94,64 % aus Vermögensgegenständen des Anlagevermögens. Die Vermögensstruktur der Gemeinde ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Jahresabschluss der Gemeinde Hetlingen 2015: Vermögens- und Schuldenlage

Aktiva	**31.12.2014**		**31.12.2015**	
1. Anlagevermögen	**6.231.483,26 €**	**92,0%**	**6.211.633,10 €**	**94,6%**
Immaterielle Vermögensgegenstände	170,41 €	0,0%	127,81 €	0,0%
Sachanlagen	6.229.797,53 €	92,0%	6.209.989,97 €	94,6%
Finanzanlagen	1.515,32 €	0,0%	1.515,32 €	0,0%
2. Umlaufvermögen	**209.159,55 €**	**3,1%**	**24.611,91 €**	**0,4%**
Vorräte	- €		- €	
Forderungen	209.159,55 €	3,1%	24.611,91 €	0,4%
Liquide Mittel	- €		- €	
3. Rechnungsabgrenzungsposten	**333.016,63 €**	**4,9%**	**326.900,89 €**	**5,0%**
Bilanzsumme:	**6.773.659,44 €**		**6.563.145,90 €**	

Für detaillierte Informationen zur Entwicklung der Bilanzpositionen wird auf die Erläuterungen zur Schlussbilanz ab Seite 20 im Anhang zum Jahresabschluss 2015 verwiesen.

Die Kapitalstruktur der Gemeinde Hetlingen ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Passiva	**31.12.2014**		**31.12.2015**	
1. Eigenkapital	**2.735.533,80 €**	**40,4%**	**2.666.529,93 €**	**40,6%**
Allgemeine Rücklage	2.747.938,36 €	40,6%	2.747.938,36 €	**41,9%**
Sonderrücklage	- €		- €	
Ergebnisrücklage	192.164,21 €	2,8%	0,00 €	**0,0%**
vorgetragener Fehlbetrag	- €		-12.404,56 €	**-0,2%**
Jahresüberschuss/Fehlbetrag	- 204.568,77 €	-3,0%	- 69.003,87 €	**-1,1%**
2. Sonderposten	**2.692.459,32 €**	**39,7%**	**2.597.269,90 €**	**39,6%**
3. Rückstellungen	**- €**	**0,0%**	**- €**	**0,0%**
4. Verbindlichkeiten	**1.344.377,21 €**	**19,8%**	**1.298.850,23 €**	**19,8%**
5. Rechnungsabgrenzungsposten	**1.289,11 €**	**0,0%**	**495,84 €**	**0,0%**
Bilanzsumme:	**6.773.659,44 €**		**6.563.145,90 €**	

Die Übersicht der Kapitalstruktur zeigt deutlich auf, dass die Gemeinde Hetlingen über ausreichend Eigenkapital verfügt. Die Eigenkapitalquote (= Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 40,6 %.
Auch wenn für die öffentliche Verwaltung keine Referenzgröße definiert ist, so sollte die Eigenkapitalquote in Anlehnung an die Privatwirtschaft mindestens 20 % betragen. Diese Referenzgröße wird von der Gemeinde Hetlingen deutlich überschritten.

Eigenkapitalquote: 40,6 %

Das Fremdkapital (Rückstellungen + Verbindlichkeiten) beträgt zum Bilanzstichtag 1.298.850,23 €; damit ergibt sich eine Fremdkapitalquote (=Fremdkapital / Bilanzsumme) von 19,8 %. Für die Fremdkapitalquote ist ebenfalls keine Referenzgröße für die öffentlichen Verwaltungen definiert. In Anlehnung an die Privatwirtschaft sollte die Fremdkapitalquote unter 67 % liegen. Zum Bilanzstichtag 31.12.2015 weist die Gemeinde Hetlingen somit eine niedrige Fremdkapitalquote auf.

Fremdkapitalquote: 19,8 %

3.2 Ertrags- und Aufwandslage

Im Haushaltsjahr 2015 konnte die Gemeinde Hetlingen ihre Aufwendungen erneut nicht durch Erträge decken. Der Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ist negativ. Das Finanzergebnis ist aufgrund der bestehenden Verbindlichkeiten und der damit verbundenen Zinslasten negativ. Insgesamt ergibt sich im Ergebnishaushalt ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 69.003,87 €. Obwohl das Jahresergebnis 2015 negativ ist, stellt dieses dennoch eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahresergebnis in Höhe von –204.568,77 € dar.

In den nachfolgenden Übersichten sind die ordentlichen Erträge und Aufwendungen nach Ergebnispositionen aufgeschlüsselt. Dabei sind den Ergebnispositionen des Haushaltsjahres 2015 die Vorjahreszahlen gegenübergestellt. Die Ertrags- und Aufwandslage 2015 hat sich gegenüber den Vorjahreswerten insgesamt zwar verbessert, dennoch bleibt es bei der Feststellung eines Jahresfehlbetrages.

Ordentliche Erträge

	Ist 2014 (in €)	Ist 2015 (in €)	Abweichung (in €)	Abweichung (in %)
Steuern und Abgaben	1.042.682,47	1.206.339,55	163.657,08	15,70%
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	292.140,08	320.082,96	27.942,88	9,56%
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.592,28	52.624,50-	1.032,22	2,00%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	31.774,94	47.714,67	15.939,73	50,16%
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.464,12	4.158,35	- 2.305,77	-35,67%
Sonstige ordentliche Erträge	123.298,00	64.597,73	- 58.700,27	-47,61%
Aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	
Bestandsveränderungen	-	-	-	
Summe ordentliche Erträge	1.547.951,89	1.695.517,76	147.565,87	9,53%

Die Erträge aus Steuern und Abgaben sind gegenüber dem Vorjahreswert deutlich gestiegen (+ 15,70 %), insbesondere bei der Gewerbesteuer sind Mehreinnahmen zu verzeichnen.

Auch die Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen) sind gegenüber dem Vorjahr nochmals gestiegen (+ 9,56 %).

Bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten ergeben sich keine wesentlichen Veränderungen, weil diese überwiegend aus Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge bestehen.

Privatrechtliche Leistungsentgelte (+ 50,16 %) sind insbesondere aufgrund der Erhöhung der Miete mit Nebenkosten für die Kindertagesstätte gestiegen.

Erträge aus Kostenerstattungen sind gegenüber dem Vorjahreswert deutlich gesunken (- 35,67 %), insbesondere die Erträge aus Kostenerstattungen des Landes und der privaten Unternehmen. Sie spielen mit rd. 4.200,-- € aber auch nur eine untergeordnete Rolle.

Die Verringerung der sonstigen ordentlichen Erträge gegenüber dem Vorjahr (- 47,61 %) sind darauf zurückzuführen, dass 2014 noch zwei Grundstücksveräußerungen im Baugebiet Achter de Kark mit entsprechenden Erträgen erfolgt waren. Eine vergleichbare Einnahme ist 2015 nicht mehr erzielt worden. Außerdem wurden niedrigere Erträge aus Konzessionsabgaben als im Vorjahr erzielt.

Insgesamt ist die Gesamtsumme der ordentlichen Erträge um 9,53 % gegenüber dem Vorjahreswert gestiegen. Hierzu hat insbesondere das höhere Steueraufkommen (erneute Erhöhung der Hebesätze der Realsteuern per 01.01.2015) beigetragen.

Ordentliche Aufwendungen

	Ist 2014 (in €)	Ist 2015 (in €)		Abweichung (in €)	Abweichung (in %)
Personalaufwendungen	82.770,46	67.823,29	-	14.947,17	-18,06%
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	318.007,41	263.842,13	-	54.165,28	-17,03%
Bilanzielle Abschreibungen	200.206,29	195.431,14	-	4.775,15	-2,39%
Transferaufwendungen	866.375,94	923.284,54		56.908,60	6,57%
Sonstige ordentliche Aufwendungen	276.416,44	285.416,33		8.999,89	3,26%
Summe ordentliche Aufwendungen	1.743.776,54	1.735.797,43	-	7.979,11	-0,46%

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 18,06 % gesunken.

Für Sach- und Dienstleistungen sind die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 17,03 % gesunken. Deutlich geringere Ausgaben sind für die Unterhaltung der gemeindlichen Liegenschaften (rd. 28.000,-- €) und die Bewirtschaftung (rd. 35.000,-- €) entstanden. Für die Haltung von Fahrzeugen ist dagegen ein Mehraufwand von etwa 10.000,-- € eingetreten.

Beim Anlagevermögen der Gemeinde haben sich 2015 nur geringe Veränderungen ergeben. Entsprechend sind die bilanziellen Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (-2,39 %).

Bei den Transferaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr Steigerungen zu verzeichnen (+ 6,57 %). Der Zuschuss für die Kindertagesstätte ist um rd. 29.500,-- € gestiegen. Weitere Kostensteigerungen ergaben sich bei der Kreisumlage (+ 23.000,-- €) und der Amtsumlage (+ 6.000,-- €).

Der Anstieg der sonstigen ordentlichen Aufwendungen (3,26 %) ist vor allem durch gestiegene Schulkostenbeiträge sowie höhere Kostenbeteiligungen für die Unterbringung von Kindern in auswärtigen Kindertagesstätten begründet.

Die Gesamtsumme der ordentlichen Aufwendungen ist gegenüber dem Vorjahreswert um 0,46 % gesunken.

Für detaillierte Informationen zur Entwicklung der Ergebnispositionen wird auf die Erläuterungen zur Ergebnisrechnung ab Seite 10 im Anhang zum Jahresabschluss 2015 verwiesen.

3.3 Finanzlage (ohne Einheitskasse)

Die Finanzlage der Gemeinde Hetlingen hat sich gegenüber dem Vorjahr zwar verbessert, ist aber noch immer angespannt. Die Finanzlage zum 31.12.2015 weist einen Finanzmittelüberschuss (ohne Einheitskasse) in Höhe von 42.003,87 € aus. Dieser Finanzmittelüberschuss resultiert aus dem negativen Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von -110.509,07 € (Ziff. 3 der nachfolgenden Tabelle) und dem positiven Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 152.512,94 € (Ziffer 6). Aufgrund der Kreditaufnahme hat sich auch bei der Finanzierungstätigkeit ein positiver Saldo ergeben. Die Liquidität der Gemeinde ist aufgrund negativer Vorträge aus Vorjahren aber weiterhin negativ.

Entwicklung der Finanzrechnung (ohne Einheitskasse)

		in Euro	in Euro
1	Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.590.052,40	
2	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.700.561,47	
3	Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (1.+2.)	-110.509,07	
4	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	169.854,37	
5	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	17.341,43	
6	Saldo aus Investitionstätigkeit (4.+5.)	152.512,94	
7	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0,00	
8	Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag (3.+6.+7.)	42.003,87	
9	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	50.136,71	
10	Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln		92.140,58
11	Anfangsbestand an Finanzmitteln		-186.875,50
12	Liquide Mittel (10.+11.)		-94.734,92

Hinweis: Aufgrund der Einheitskasse des Amtes sind positive liquide Mittel der Gemeinde Hetlingen in der Schlussbilanz als Forderungen, negative Bestände als Verbindlichkeit gegenüber dem Amt auszuweisen.

Berechnung Cash Flow (ohne Einheitskasse)

1. Cash flow aus laufender Verwaltungstätigkeit

	in Euro
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.590.052,40
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	- 1.700.561,47
Einzahlungen Aufnahme von Kassenkrediten	0,00
Saldo aus fremden Finanzmitteln	0,00
Cash flow aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-110.509,07

2. Cash flow aus der Investitionstätigkeit

	in Euro
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	159.387,71
Einzahlungen aus Veräußerung Sach-AV	8.891,09
Einzahlungen aus Veräußerung Finanzanlagen	0,00
Einzahlungen aus Baumaßnahmen	1.575,57
Einzahlungen aus Rückflüssen für Investitionen	0,00
Einzahlungen aus Beiträgen und Entgelten	0,00
Auszahlungen für Investitionszuschüsse	0,00
Auszahlungen für Erwerb Sach-AV	- 14.191,10
Auszahlungen für Erwerb Finanzanlagen	0,00
Auszahlungen für Baumaßnahmen	- 3.150,33
Auszahlungen für Gewährung von Ausleihungen	0,00
Cash flow aus der Investitionstätigkeit	152.512,94

3. Cash flow aus der Finanzierungstätigkeit

	in Euro
Einzahlungen aus Aufnahme von Krediten	100.000,00
Auszahlung aus Tilgung von Krediten	- 49.863,29
Cash flow aus der Finanzierungstätigkeit	50.136,71

4. Cash flow am Ende der Periode

	in Euro
Summe Cash flow (1.-3.)	92.140,58
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	-186.875,50
Cash flow am Ende der Periode	-94.734,92

Der cash flow aus laufender Verwaltungstätigkeit ist negativ, da die Auszahlungen die Einzahlungen übersteigen. Der cash flow aus Investitionstätigkeit ist aufgrund der Zahlung eines Investitionszuschusses des Abwasserzweckverbandes Pinneberg für den Bau des Feuerwehrgerätehauses (Zahlungseingang 15.01.2015) positiv. Der Cash flow aus der Finanzierungstätigkeit ist durch die Aufnahme eines Kredites positiv. Für 2015 ergibt sich für die Gemeinde Hetlingen ein positiver cash flow in Höhe von 92.140,58 €. Insgesamt ist der jahresübergreifend fortgeschriebene cash flow mit – 94.734,92 € weiterhin negativ.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Es sind keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung für das Haushaltsjahr 2015 zu erwähnen.

5. Bilanzkennzahlen

5.1 Allgemeines

Die wirtschaftliche Lage der Gemeinde Hetlingen wird mithilfe von Bilanzkennzahlen betriebswirtschaftlich betrachtet. Bilanzkennzahlen sollen komplexe Sachverhalte in schnell erfassbare Informationen verdichten. Es ist jedoch zu beachten, dass im Verdichtungsprozess des Sachverhaltes zu einer Kennzahl auch wesentliche Elemente verloren gehen können, die für eine sachgerechte Beurteilung relevant sind. Kennzahlen sind somit nie allein zu betrachten sondern immer im Kontext ihrer Entstehung. Darüber hinaus ist anzumerken, dass die Kennzahlen überwiegend der Privatwirtschaft entnommen wurden und sich deshalb teilweise auf vollständig veräußerbares Vermögen beziehen. Die Kommunen sind jedoch gesetzlich zur Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben verpflichtet und können folglich nicht völlig frei über ihr Vermögen verfügen und dieses bei Bedarf veräußern. Darüber hinaus fehlt es für einige Positionen des gemeindlichen Vermögens, z. B. für das Infrastrukturvermögen, an einem Markt, wo dieses Vermögen veräußert werden könnte. Aus diesem Grund ist ein interkommunaler Vergleich nur bedingt möglich. Der intertemporale Vergleich der Bilanzkennzahlen kann jedoch eine wichtige Informationsgrundlage liefern, auf deren Basis weitere politische Steuerungen erfolgen können. Deshalb wurden in dem vorliegenden Lagebericht Bilanzkennzahlen aufgenommen, obwohl nach der GemHVO-Doppik kein Ausweis von Bilanzkennzahlen erfolgen muss.

Bilanzkennzahlen der Gemeinde Hetlingen

Die nachfolgende Übersicht zeigt für die Gemeinde Hetlingen berechnete Bilanzkennzahlen zum 31.12.2015:

Gemeinde Hetlingen - Bilanzkennzahlen 31.12.2015

Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage		
Steuerquote	(Steuern und ähnliche Abgaben / ordentliche Erträge) x 100	71,15%
Finanzausgleichsquote	(Erträge aus Finanzausgleich / ordentliche Erträge) x 100	18,58%
Transferaufwandsquote	(Transferaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	53,19%
Zinslastquote	(Finanzaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	1,65%
Zuwendungsquote	(Erträge aus Zuwendungen / ordentliche Erträge) x 100	18,88%
Aufwandsdeckungsgrad	(Ordentliche Erträge / ordentliche Aufwendungen) x 100	97,68%
Personalintensität	(Personalaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	3,91%
Sach- und Dienstleistungsintensität	(Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	15,20%

Kennzahlen zur Vermögenslage		
Anlageintensität	(Anlagevermögen / Bilanzsumme) x 100	94,62%
Infrastrukturquote	(Infrastrukturvermögen / Bilanzsumme) x 100	26,52%
Abschreibungs-intensität	(Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen / ordentliche Aufwendungen) x 100	11,26%
Anlagen-deckungsgrad I	(Eigenkapital / Anlagevermögen) x 100	42,96%
Anlagen-deckungsgrad II	(Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge + langfristiges Fremdkapital / Anlagevermögen) x 100	100,99%
Investitionsquote	(Bruttoinvestitionen / (Abgänge des Anlage-vermögens + Abschreibungen auf das Anlage-vermögen)) x 100	8,25%

Kennzahlen zur Schuldenlage		
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	(kurzfristige Verbindlichkeiten / Bilanzsumme) x 100	4,44%
Dynamischer Verschuldungsgrad	(Effektive Verschuldung / Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit)	-3.165,10%
Drittfinanzierungsquote	(Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / bilanzielle Abschreibung auf Anlagevermögen) x 100	50,29%

Kennzahlen zur Finanzlage		
Dynamischer Verschuldungsgrad	(Effektive Verschuldung / Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit)	-3.165,10%
Liquidität II. Grades	(Liquide Mittel + kurzfristige Forderungen) / kurzfristige Verbindlichkeiten) x 100	8,21%
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	(kurzfristige Verbindlichkeiten / Bilanzsumme) x 100	4,44%
Investitionsquote	(Bruttoinvestitionen / (Abgänge des Anlage-vermögens + Abschreibungen auf das Anlage-vermögen)) x 100	8,25%
Reinvestitionsquote	(Gesamtinvestition ins Anlagevermögen / Gesamte Abschreibung auf Anlagevermögen) x 100	8,87%

Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation		
Eigenkapitalquote I	(Eigenkapital/ Bilanzsumme) x 100	40,65%
Eigenkapitalquote II	(Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge) x 100 / Bilanzsumme	80,18%
Aufwandsdeckungsgrad	(Ordentliche Erträge / ordentliche Aufwendungen) x 100	97,68%

5.2 Kennzahlen zur Analyse der Vermögenslage

Kennzahl	Anlagenintensität
Ermittlung	Anlagenintensität = Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme
Aussage	Anteil des Gesamtvermögens, welcher im Anlagevermögen gebunden ist.
Beschreibung	Die Anlagenintensität zeigt auf, welchen Anteil das Anlagevermögen am Gesamtvermögen der Kommune hat. Eine Anlagenintensität von 90 % besagt damit, dass sich 90 % des Vermögens im Anlagevermögen befindet. Da Kommunen unter relativ starren Rahmenbedingungen agieren, ist es im Vergleich zur Privatwirtschaft durchaus üblich, dass Kommunen über eine hohe Anlagenintensität verfügen.
Gemeinde Hetlingen	Die Anlagenintensität beträgt 94,62 % (Vorjahr 91,06 %). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahreswert ist durch die gesunkene Bilanzsumme (geringerer Forderungsbestand) bei nahezu unverändertem Anlagevermögen begründet.

Kennzahl	Infrastrukturquote
Ermittlung	Infrastrukturquote = Infrastrukturvermögen x 100 / Bilanzsumme
Aussage	Anteil des Gesamtvermögens, welcher im Infrastrukturvermögen gebunden ist.
Beschreibung	Die Infrastrukturquote zeigt auf, welchen Anteil das Infrastrukturvermögen am Gesamtvermögen der Kommune hat.
Gemeinde Hetlingen	Die Infrastrukturquote beträgt 26,52 % (Vorjahr 25,97 %). Der leichte Anstieg der Infrastrukturquote resultiert aus der gesunkenen Bilanzsumme (geringerer Forderungsbestand) bei nur geringfügig gesunkenem Infrastrukturvermögen.

Kennzahl	Abschreibungsintensität
Ermittlung	Abschreibungsintensität = Abschreibung x 100 / ordentliche Aufwendungen
Aussage	Anteil der bilanziellen Abschreibungen an den gesamten Aufwendungen.
Beschreibung	Die Abschreibungsintensität zeigt das Verhältnis der bilanziellen Abschreibungen zu den gesamten Aufwendungen an. Die Höhe der Abschreibungen ist durch die Kommune nahezu nicht beeinflussbar. Eine geringe Abschreibungsintensität kann ein Indiz dafür sein, dass das Anlagevermögen der Kommune bereits fast vollständig abgeschrieben ist und demnach gegebenenfalls veraltet ist.
Gemeinde Hetlingen	Die Abschreibungsintensität beträgt 11,26 % (Vorjahr 11,47 %). Die Abschreibungsintensität ist gegenüber dem Vorjahreswert nahezu unverändert, da sowohl bei den bilanziellen Abschreibungen als auch der Gesamtsumme der ordentlichen Aufwendungen nur geringe Abweichungen gegenüber den Vorjahreswerten bestehen.

Kennzahl	Anlagendeckungsgrad I
Ermittlung	Anlagendeckungsgrad I = Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen
Aussage	Anteil des Anlagevermögens, welcher durch Eigenkapital finanziert ist.
Beschreibung	Der Anlagendeckungsgrad I zeigt auf, welcher Anteil des Anlagevermögens langfristig durch das Eigenkapital finanziert ist. In der Privatwirtschaft sollte der Anlagendeckungsgrad I größer als 60 % sein, um finanzielle Stabilität des Unternehmens zu gewährleisten. Für Kommunen gibt es derzeit noch keinen entsprechenden Richtwert.
Gemeinde Hetlingen	Der Anlagendeckungsgrad I beträgt 42,96 % (Vorjahr 43,90 %). Der Anlagendeckungsgrad I ist gegenüber dem Vorjahreswert leicht gesunken, da das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahreswert leicht gesunken ist.

Kennzahl	Anlagendeckungsgrad II
Ermittlung	Anlagendeckungsgrad II = (Eigenkapital + Sonderposten + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen
Aussage	Anteil des Anlagevermögens, welcher durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital finanziert ist.
Beschreibung	Der Anlagendeckungsgrad II zeigt auf, welcher Anteil des Anlagevermögens durch das Eigenkapital und durch langfristiges Fremdkapital finanziert ist. Da das Anlagevermögen langfristig gebunden ist, sollte auch die Finanzierung langfristig erfolgen. In der Privatwirtschaft sollte der Anlagendeckungsgrad II mindestens 100 % betragen (Goldene Bilanzregel).
Gemeinde Hetlingen	Der Anlagendeckungsgrad II beträgt 100,99 % (Vorjahr 102,46 %). Der leichte Rückgang des Anlagendeckungsgrades II ergibt sich aus dem etwas geringeren Eigenkapital und Sonderposten.

Kennzahl	Investitionsquote
Ermittlung	Investitionsquote = Bruttoinvestition x 100 / (Abgänge + Abschreibungen auf Anlagevermögen)
Aussage	Umfang der Investitionen der Kommune zum Ausgleich des Substanzverlustes durch Vermögensabgänge und Abschreibungen.
Beschreibung	Die Investitionsquote zeigt auf, in welchem Umfang der Substanzverlust durch Abgänge und Abschreibungen auf das Anlagevermögen durch neue Investitionen kompensiert wird. Eine Investitionsquote unter 100 % führt dauerhaft zum Substanzverlust des Anlagevermögens (Überalterung), eine Investitionsquote von 100 % dient der Beibehaltung des Status quo.
Gemeinde Hetlingen	Die Investitionsquote betrug 8,25 % (Vorjahr 55,70 %). Der sehr deutliche Rückgang der Investitionsquote resultiert aus den geringen Bruttoinvestitionen (keine Baumaßnahme im Haushaltsjahr 2015, Fertigstellung Umrüstung LED-Beleuchtung in 2016).

5.3 Kennzahlen zur Schuldenlage

Kennzahl	Kurzfristige Verbindlichkeitsquote
Ermittlung	Kurzfristige Verbindlichkeitsquote = kurzfristige Verbindlichkeiten x 100 / Bilanzsumme
Aussage	Belastung der Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital.
Beschreibung	Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote zeigt auf, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird. Bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.
Gemeinde Hetlingen	Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote beträgt 4,44 % (Vorjahr 5,66 %). Der Rückgang der kurzfristigen Verbindlichkeitsquote beruht auf dem Rückgang der kurzfristigen Verbindlichkeiten (Verbindlichkeiten zur Vorjahresabgrenzung).

Kennzahl	Dynamischer Verschuldungsgrad
Ermittlung	Dynamischer Verschuldungsgrad = Effektive Verschuldung / Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit
Aussage	Bewertung der Schuldentilgungsfähigkeit der Kommune.
Beschreibung	Der dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren unter gleichbleibenden Bedingungen eine Entschuldung der Kommune möglich wäre. Durch die Einbeziehung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit als zeitraumbezogene Größe, weist diese Kennzahl einen dynamischen Charakter auf. Ein negatives Ergebnis bedeutet, dass keine Schuldentilgung aus dem laufenden Geschäft möglich ist. Berechnung effektive Verschuldung: Effektive Verschuldung = Gesamtes Fremdkapital – liquide Mittel – kurzfristige Forderungen
Gemeinde Hetlingen	Der dynamische Verschuldungsgrad beträgt -3.165,10 % (Vorjahr -580,27 %). Bei sehr hohen Werten ist eine sinnvolle Interpretation der Kennzahl nur eingeschränkt möglich. Ein hoher Wert sagt aus, dass das Tempo eines möglichen Schuldenabbaus sehr gering ist. Der negative Wert bedeutet, dass aus dem operativen Geschäft keine Schuldentilgung möglich ist. Der Cash flow aus laufender Verwaltungstätigkeit ist negativ.

Kennzahl	Drittfinanzierungsquote
Ermittlung	Drittfinanzierungsquote = Erträge aus der Auflösung von Sonderposten x 100 / Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen
Aussage	Umfang, in welchem Erträge aus der Auflösung von Sonderposten die Aufwendungen aus den bilanziellen Abschreibungen kompensieren.
Beschreibung	Die Drittfinanzierungsquote zeigt auf, in welchem Umfang die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten die Aufwendungen aus den bilanziellen Abschreibungen kompensieren. Die Drittfinanzierungsquote stellt dar, inwieweit das abnutzbare Vermögen durch Dritte finanziert wurde. Sie zeigt somit auch die Abhängigkeit der Kommune von der Finanzierung Dritter auf. Eine hohe Drittfinanzierungsquote wirkt sich positiv auf die Ergebnisrechnung aus, da die Belastung des Haushaltes durch die bilanziellen Abschreibungen dann umso geringer ist.
Gemeinde Hetlingen	Die Drittfinanzierungsquote beträgt 50,29 % (Vorjahr 50,26 %). Die Drittfinanzierungsquote ist gegenüber dem Vorjahreswert unverändert geblieben.

5.4 Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage

Kennzahl	Steuerquote
Ermittlung	Steuerquote = Steuern und ähnliche Abgaben x 100 / Ordentliche Erträge
Aussage	Indiz für die originäre Finanzkraft der Kommune, die sich im Wesentlichen aus den Steuererträgen ergibt.
Beschreibung	Die Steuerquote zeigt auf, inwieweit sich die Kommune aus eigenen Mitteln finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Eine hohe Steuerquote ist ein Indiz dafür, dass die Kommune über eine gute Steuerkraft verfügt. Damit ist allerdings keine Aussage verbunden, ob die Steuereinnahmen ausreichend sind, alle Aufwendungen zu decken. Bei der Steuerquote ist ein intertemporaler Vergleich notwendig, um einmalige Effekte (z.B. Steuernachzahlung) ausschließen zu können.
Gemeinde Hetlingen	Die Steuerquote beträgt 71,15 % (Vorjahr 67,36 %). Die gestiegene Steuerquote im Vergleich zum Vorjahreswert resultiert insbesondere aus gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen.

Kennzahl	Finanzausgleichsquote
Ermittlung	Finanzausgleichsquote = Erträge aus Finanzausgleich / Gesamterträge
Aussage	Anteil der Erträge, die auf den kommunalen Finanzausgleich zurückzuführen sind.
Beschreibung	Die Finanzausgleichsquote zeigt auf, in welchem Umfang die Kommune von den Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich abhängig ist. Berechnung Erträge aus dem Finanzausgleich: Erträge aus dem Finanzausgleich = Leistungen aus dem Familienausgleich + Schlüsselzuweisungen + Allgemeine Zuweisungen
Gemeinde Hetlingen	Die Finanzausgleichsquote beträgt 18,58 % (Vorjahr 18,62 %). Die Finanzausgleichsquote ist im Vergleich zum Vorjahreswert nahezu unverändert.

Kennzahl	Transferaufwandsquote
Ermittlung	Transferaufwandsquote = Transferaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen
Aussage	Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen.
Beschreibung	Die Transferaufwandsquote zeigt auf, in welchem Umfang es sich bei den ordentlichen Aufwendungen um Transferaufwendungen handelt. Bei einem interkommunalen Vergleich ist zu beachten, dass die Höhe der Transferaufwandsquote erheblich von der Organisation und von der Aufgabenstruktur abhängt.
Gemeinde Hetlingen	Die Transferaufwandsquote beträgt 53,19 % (Vorjahr 49,64 %). Bei den Transferaufwendungen der Gemeinde handelt es sich insbesondere um den Zuschuss für den Betrieb der Kindertagesstätte sowie Umlagen (Gewerbesteuerumlage, Kreisumlage, Amtsumlage). Der Anstieg der Transferaufwandsquote gegenüber dem Vorjahreswert begründet sich vor allem durch gestiegene Umlagen (Kreis-, Amts- und Gewerbesteuerumlagen) sowie den höheren Zuschuss für den Betrieb der Kindertagesstätte.

Kennzahl	Zinslastquote
Ermittlung	Zinslastquote = Finanzaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen
Aussage	Zusätzliche Belastung des Haushaltes durch die Finanzaufwendungen.
Beschreibung	Die Zinslastquote zeigt das Verhältnis von zu leistenden Finanzaufwendungen zu den gesamten ordentlichen Aufwendungen auf. Sie zeigt die anteilige Belastung der Kommune durch Zinsaufwendungen für aufgenommene Kredite. Eine hohe Zinslastquote ist ein Indiz dafür, dass die Handlungsmöglichkeiten der Kommune wegen einer hohen Verschuldung oder eines hohen Zinsniveaus eingeschränkt sind. Eine Zinslastquote von 0 – 2 % bedeutet eine geringe Belastung, von 2 – 5 % eine mittlere Belastung, von 5 – 8 % eine hohe Belastung und von über 8 % eine sehr hohe Belastung, die einer Überschuldung gleich kommt.
Gemeinde Hetlingen	Die Zinslastquote beträgt 1,65 % (Vorjahr 1,76 %). Eine Zinslastquote von 1,65 % entspricht somit noch einer geringen Belastung. Der Rückgang der Zinslastquote gegenüber dem Vorjahreswert begründet sich vor allem durch den Anstieg der Gesamtsumme der ordentlichen Aufwendungen.

Kennzahl	Zuwendungsquote
Ermittlung	Zuwendungsquote = Erträge aus Zuwendungen x 100 / Ordentliche Erträge
Aussage	Abhängigkeit der Kommune von Zuwendungen.
Beschreibung	Die Zuwendungsquote zeigt auf, wie abhängig die Kommune von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter ist.
Gemeinde Hetlingen	Die Zuwendungsquote beträgt 18,88 % (Vorjahr 18,87 %). Die Zuwendungsquote ist gegenüber dem Vorjahreswert unverändert.

Kennzahl	Personalintensität
Ermittlung	Personalintensität = Personalaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen
Aussage	Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen.
Beschreibung	Die Personalintensität zeigt auf, in welchem Umfang die ordentlichen Aufwendungen durch Personalaufwendungen bedingt sind. Die Kennzahl Personalintensität soll Hinweise geben, ob die Kommune im Bereich Personal wirtschaftlich aufgestellt ist oder ob gegebenenfalls hier Konsolidierungspotential besteht. Bei dem interkommunalen Vergleich ist jedoch zu beachten, dass die Höhe der Personalintensität erheblich von der Organisation der Aufgabenerledigung abhängt.
Gemeinde Hetlingen	Die Personalintensität beträgt 3,91 % (Vorjahr 4,74 %). Hetlingen ist als ehrenamtliche Gemeinde in eine Amtsverwaltung eingegliedert, von der die Verwaltungsgeschäfte wahrgenommen werden. Für die Verwaltungstätigkeit entstehen den amtsangehörigen Gemeinden also keine direkten Personalkosten, worauf die niedrige Personalintensität der Gemeinde zurückzuführen ist.

Kennzahl	Sach- und Dienstleistungsintensität
Ermittlung	Sach- und Dienstleistungsintensität = Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen
Aussage	Anteil der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen an den gesamten ordentlichen Aufwendungen.
Beschreibung	Die Sach- und Dienstleistungsintensität zeigt auf, in welchem Umfang sich die Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.
Gemeinde Hetlingen	Die Sach- und Dienstleistungsintensität beträgt 15,20 % (Vorjahr 18,22 %). Der deutliche Rückgang der Sach- und Dienstleistungsintensität gegenüber dem Vorjahreswert ergibt sich aus den gesunkenen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Jahr 2015, insbesondere für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der bebauten Grundstücke.

Zu den Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage gehört auch der Aufwandsdeckungsgrad. Die entsprechende Kennzahl wird bei der Analyse der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation auf Seite 102 vorgestellt.

5.5 Kennzahlen zur Finanzlage

Kennzahl	Liquidität II. Grades
Ermittlung	Liquidität II. Grades = (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen) x 100 / kurzfristige Verbindlichkeiten
Aussage	Stichtagsbezogene Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“ der Kommune.
Beschreibung	Die Liquidität II. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.
Gemeinde Hetlingen	Die Liquidität II. Grades beträgt 8,21 % (Vorjahr 53,72 %). Der deutliche Rückgang der Kennzahl Liquidität II. Grades gegenüber dem Vorjahreswert resultiert daraus, dass der Bestand an kurzfristigen Forderungen gegenüber dem Vorjahreswert gesunken ist.

Kennzahl	Reinvestitionsquote
Ermittlung	Reinvestitionsquote = Gesamtinvestitionen ins Anlagevermögen x 100 / Gesamte Abschreibungen auf Anlagevermögen
Aussage	Anteil der Investitionen, der durch Abschreibungen erwirtschaftet wurde.
Beschreibung	Die Reinvestitionsquote zeigt das Verhältnis von Investitionen im Anlagevermögen zur Summe der gesamten Abschreibungen auf das Anlagevermögen auf. Die Reinvestitionsquote stellt somit dar, in welchem Umfang die Investitionen des Haushaltsjahres durch die bilanziellen Abschreibungen erwirtschaftet wurden. Die Reinvestitionsquote sollte größer als 100 % sein, um das Anlagevermögen durch Investitionen zu erhöhen und somit eine Überalterung des Anlagevermögens zu verhindern.
Gemeinde Hetlingen	Die Reinvestitionsquote beträgt 8,87 % (Vorjahr 63,08 %). Der sehr deutliche Rückgang der Reinvestitionsquote resultiert aus der niedrigen Investitionstätigkeit im Haushaltsjahr (keine Neubaumaßnahmen).

Weitere Kennzahlen zur Analyse der Finanzlage sind der dynamischen Verschuldungsgrad, die kurzfristige Verbindlichkeitsquote sowie die Investitionsquote. Diese Kennzahlen wurden bereits bei den Kennzahlen zur Vermögenslage und bei den Kennzahlen zur Schuldenlage vorgestellt. Insofern wird an dieser Stelle auf die Seiten 102 ff. verwiesen.

5.6 Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

Kennzahl	Eigenkapitalquote I
Ermittlung	Eigenkapitalquote I = Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme
Aussage	Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital.
Beschreibung	Die Eigenkapitalquote I zeigt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital auf der Passivseite der Bilanz. In der Privatwirtschaft ist die Eigenkapitalquote eine relevante Kennzahl hinsichtlich der Unabhängigkeit von Kreditgebern und dient als Indikator für die Kreditwürdigkeit. Derzeit ist keine Referenzgröße für eine Mindest-Eigenkapitalquote für Kommunen definiert.
Gemeinde Hetlingen	Die Eigenkapitalquote I beträgt 40,65 % (Vorjahr 39,97 %). Damit übersteigt die Eigenkapitalquote I deutlich die Referenzgröße in der Privatwirtschaft von 20 %. Die leicht gestiegene Eigenkapitalquote resultiert daraus, dass die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahreswert stärker gesunken ist als das Eigenkapital.

Kennzahl	Eigenkapitalquote II
Ermittlung	Eigenkapitalquote II = (Eigenkapital + Sonderposten) x 100 / Bilanzsumme
Aussage	Anteil des „wirtschaftlichen“ Eigenkapitals am Gesamtkapital.
Beschreibung	Die Eigenkapitalquote II zeigt den Anteil des „wirtschaftlichen“ Eigenkapitals am Gesamtkapital auf der Passivseite der Bilanz. Als „wirtschaftliches“ Eigenkapital wird hierbei das Eigenkapital, ergänzt um die Sonderposten, bezeichnet, da die Sonderposten Eigenkapitalcharakter haben. Der Eigenkapitalcharakter der Sonderposten resultiert aus der fehlenden Rückzahlungsverpflichtung der Kommune für die erhaltenen Zuweisungen und Beiträge. Die Eigenkapitalquote II sollte größer als 40 % sein.
Gemeinde Hetlingen	Die Eigenkapitalquote II beträgt 80,18 % (Vorjahr 79,32 %). Damit liegt die Eigenkapitalquote II deutlich oberhalb des Referenzwertes von 40 %. Die Eigenkapitalquote II ist gegenüber dem Vorjahreswert nahezu unverändert, da sowohl das Eigenkapital und der Bestand der Sonderposten als auch die Bilanzsumme gegenüber den Vorjahreswerten gesunken sind.

Kennzahl	Aufwandsdeckungsgrad
Ermittlung	Aufwandsdeckungsgrad = Ordentliche Erträge x 100 / Ordentliche Aufwendungen
Aussage	Anteil der ordentlichen Aufwendungen, die durch ordentliche Erträge gedeckt sind.
Beschreibung	Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt auf, welcher Anteil der ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden kann. Ab einem Aufwandsdeckungsgrad von 100 % reichen die ordentlichen Erträge zur Deckung der ordentlichen Aufwendungen aus. Der Aufwandsdeckungsgrad ist jedoch nicht mit dem Haushaltsausgleich gleichzusetzen, denn der Haushaltsausgleich umfasst neben dem ordentlichen Ergebnis auch das Finanzergebnis sowie das außerordentliche Ergebnis.
Gemeinde Hetlingen	Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 97,68 % (Vorjahr 88,69 %). Die ordentlichen Erträge der Gemeinde Hetlingen reichen somit nicht aus, um die ordentlichen Aufwendungen zu decken. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Kennzahl Aufwandsdeckungsgrad deutlich verbessert, insbesondere aufgrund des Anstiegs der Gesamtsumme der ordentlichen Erträge um 9,53 % und der konstanten Höhe der Gesamtsumme der ordentlichen Aufwendungen (Rückgang um 0,46 %).

Gemeinde Hetlingen – Entwicklung Bilanzkennzahlen 2011 – 2015

Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage	2011	2012	2013	2014	2015
Steuerquote	60,63 %	66,37 %	72,78 %	67,36 %	71,15 %
Finanzausgleichsquote	14,52 %	16,42 %	18,03 %	18,62 %	18,58 %
Transferaufwandsquote	49,01 %	52,81 %	50,22 %	49,64 %	53,19 %
Zinslastquote	1,52 %	1,75 %	1,97 %	1,76 %	1,65 %
Zuwendungsquote	13,01 %	15,90 %	17,87 %	18,87 %	18,88 %
Aufwandsdeckungsgrad	114,63 %	99,13 %	86,09 %	88,69 %	97,68 %
Personalintensität	3,98 %	3,28 %	3,50 %	4,74 %	3,91 %
Sach- und Dienstleistungsintensität	17,31 %	16,32 %	17,20 %	18,22 %	15,20 %

Kennzahlen zur Vermögenslage	2011	2012	2013	2014	2015
Anlagenintensität	90,66 %	86,82 %	99,17 %	91,06 %	94,62 %
Infrastrukturquote	22,88 %	19,90 %	19,56 %	25,97 %	26,52 %
Abschreibungsintensität	11,62 %	10,67 %	9,47 %	11,47 %	11,26 %
Anlagendeckungsgrad I	58,53 %	55,65 %	43,94 %	43,90 %	42,96 %
Anlagendeckungsgrad II	109,73 %	114,69 %	95,87 %	102,46 %	100,99 %
Investitionsquote	266,57 %	207,11 %	611,69 %	55,70 %	8,25 %

Kennzahlen zur Schuldenlage	2011	2012	2013	2014	2015
Kurzfristige Verbindlichkeiten	0,50 %	1,63 %	4,92 %	5,66 %	4,44 %
Dynamischer Verschuldungsgrad	1,43 %	-1560,40 %	-554,42 %	-580,27 %	- 3165,10 %
Drittfinanzierungsquote	47,19 %	48,34 %	48,15 %	50,26 %	50,29 %

Kennzahlen zur Finanzlage	2011	2012	2013	2014	2015
Dynamischer Verschuldungsgrad	1,43 %	-1560,40 %	-554,42 %	-580,27 %	- 3165,10 %
Liquidität II. Grades	1880,32 %	879,13 %	13,70 %	53,72 %	8,21 %
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	0,50 %	1,63 %	4,92 %	5,66 %	4,44 %
Investitionsquote	266,57 %	207,11 %	611,69 %	55,70 %	8,25 %
Reinvestitionsquote	378,54 %	258,28 %	624,10 %	63,08 %	8,87 %

Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation	2011	2012	2013	2014	2015
Eigenkapitalquote I	53,06 %	48,32 %	43,58 %	39,97 %	40,65 %
Eigenkapitalquote II	90,62 %	83,88 %	79,93 %	79,32 %	80,18 %
Aufwandsdeckungsgrad	114,63 %	99,13 %	86,09 %	88,69 %	97,68 %

6. Ausblick auf zukünftige Entwicklungen

Im Lagebericht ist darüber hinaus über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu berichten, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind; außerdem ist ein Ausblick auf die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zu geben. Als Vorgänge von besonderer Bedeutung sind hierbei grundsätzlich diejenigen Vorgänge zu sehen, die geeignet sind, die Beurteilung der Entwicklung und der Lage der Gemeinde, wie sie durch den Jahresabschluss und den Lagebericht aufgezeigt wurden, nicht unerheblich zu beeinflussen. Insbesondere handelt es sich hierbei um Vorgänge, welche die grundlegende Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Gemeinde beeinflussen können.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der größte Teil der Steuereinnahmen der Gemeinde Hetlingen resultiert aus gewinnabhängigen Steuern (Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer). Insofern ist die Gemeinde Hetlingen von Konjunktureinbrüchen direkt betroffen. Nach Einbrüchen bei der Gewerbesteuer im vergangenen Jahr konnten im Haushaltsjahr 2015 hingegen Mehrerträge bei der Gewerbesteuer erzielt werden.

Die Aufwendungen der Gemeinde Hetlingen sind gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben (Rückgang um 0,46 %). Zu den Aufwendungen der Gemeinde Hetlingen gehören insbesondere der Zuschuss für den Betrieb der Kindertagesstätte, die Schulkostenbeiträge, Kreis- und Amtsumlage sowie die Bewirtschaftung der Liegenschaften. Bei den Aufwendungen handelt es sich somit überwiegend um pflichtige Aufwendungen, bei welchen die Gemeinde Hetlingen keinen Einfluss auf die Höhe der Aufwendungen nehmen kann. Im Haushaltsjahr 2015 konnte die Gemeinde Hetlingen von gestiegenen Steuereinnahmen und der hieraus resultierenden guten Finanzlage profitieren (Anstieg der Gesamtsumme der Erträge um 9,53 %). Diese Entwicklung spiegelt auch der intertemporale Vergleich des Aufwandsdeckungsgrades wider:

Aufwandsdeckungsgrad Haushaltsjahr 2011: 114,63 % (alle Aufwendungen konnten durch entsprechende Erträge gedeckt werden)
Aufwandsdeckungsgrad Haushaltsjahr 2012: 99,13 €
Aufwandsdeckungsgrad Haushaltsjahr 2013: 86,09 €
Aufwandsdeckungsgrad Haushaltsjahr 2014: 88,69 €
Aufwandsdeckungsgrad Haushaltsjahr 2015: 97,68 €

Für das Haushaltsjahr 2015 ist somit insbesondere aufgrund der gestiegenen Steuereinnahmen ein deutlicher Anstieg des Aufwandsdeckungsgrades auf 97,68 % zu verzeichnen, die Gemeinde Hetlingen kann ihre Aufwendungen jedoch nicht vollständig durch entsprechende Erträge decken.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Aufgrund der angespannten finanziellen Situation hat die Gemeindevertretung mehrfach bereits Erhöhungen der Realsteuerhebesätze beschlossen, um neben der Verbesserung der Ertragssituation auch die Beantragung von Fehlbetragszuweisungen zu ermöglichen. Seit 2013 erfolgte eine stufenweise Erhöhung der Realsteuerhebesätze. Auch für das Haushaltsjahr 2015 wurde eine weitere Erhöhung der Realsteuerhebesätze beschlossen:
Grundsteuer A: Erhöhung von 310 % auf 330% (2013), 360 % (2014) 370 % (2015)
Grundsteuer B: Erhöhung von 310 % auf 360 % (2013), 380 % (2014), 420 % (2015)
Gewerbesteuer: Erhöhung von 330 % auf 340 % (2013), 360 % (2014) 380 % (2015)
Mit der Erhöhung der Realsteuerhebesätze sind entsprechende Mehreinnahmen für die Gemeinde Hetlingen verbunden: 34.000,00 € Mehreinnahmen in 2013, 11.500,00 € Mehreinnahmen in 2014, 24.000,00 € Mehreinnahmen in 2015.
Für das Haushaltsjahr 2017 wurde auf Vorschlag der CDU-Fraktion eine weitere Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf nunmehr 450 % beschlossen. Im Haushaltsplan 2017 wurden entsprechende Mehreinnahmen in Höhe von 15.000,00 € angesetzt.
Eine Erhöhung der Hundesteuer ist ebenfalls im Haushaltsjahr 2015 erfolgt, hiermit ist eine Mehreinnahme in Höhe von 2.000,00 € verbunden. Für das Haushaltsjahr 2017 wurde eine weitere Erhöhung der Hundesteuer auf nunmehr 120,00 € beschlossen. Für die Erhöhung der Hundesteuer wird eine Mehreinnahme in Höhe von 1.000,00 € geplant.

Für die Haushaltsjahre 2013 bis 2015 wurde die Gewährung von Fehlbetragszuweisungen beim Land beantragt. Für das Haushaltsjahr 2013 wurde der Gemeinde Hetlingen eine Fehlbetragszuweisung in Höhe von 80.000,00 € gewährt.
Bereits für das Haushaltsjahr 2014 wurden Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung beschlossen, wodurch die Aufwendungen reduziert werden konnten. Als Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung wurden eine Reduzierung der Aufwendungen für den Neujahrsempfang und Neubürgerpakete, der Sitzungsgelder und für projektbezogene Maßnahmen örtlicher Vereine und Verbände beschlossen. Ab dem Haushaltsjahr 2015 erfolgt keine Förderung projektbezogener Maßnahmen örtlicher Vereine und Verbände mehr. Zur Einsparung des hohen Energiebedarfs der Straßenbeleuchtung erfolgte Ende des Jahres 2015 im Rahmen einer energetischen Sanierung die Umstellung der gesamten Straßenbeleuchtung auf LED-Technik. Durch die Umstellung auf die LED-Technik sind Einsparungen beim Energieverbrauch in Höhe von 50 % bis 65 % zu erwarten.

Hetlingen, den

(Monika Riekhof)
Bürgermeisterin

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0034/2017/HET/BV

Fachbereich:	Bauen und Liegenschaften	Datum:	18.04.2017
Bearbeiter:	René Goetze	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Wegeausschuss der Gemeinde Hetlingen	18.05.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 12 für das Gebiet südlich der Holmer Straße, östlich der Wohnbebauung Blink, nördlich der 2. Deichlinie in einer Tiefe von ca. 150 m

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:
Die Gemeindevertretung Hetlingen hat am 13.10.2016 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 12 aufzustellen.

Anlass ist die geplante Ausweisung eines Wohn-, Misch- und Gewerbegebietes zur Deckung des örtlichen Bedarfs an Wohnraum und Gewerbeflächen.

Dieser Beschluss wurde bekannt gemacht.

Gleichzeitig hat die Gemeindevertretung beschlossen, die frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen. Beide Beteiligungen haben statt gefunden und die eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen sind der Vorlage beigefügt.

Mit der Durchführung des Planverfahrens wurde gemäß Beschlussfassung das Stadtplanungsbüro WRS beauftragt. Das Büro hat einen Entwurf für den Bebauungsplan erarbeitet, welcher der Vorlage als Anlage beigefügt ist und im Rahmen der Sitzung vorgestellt werden wird. Berücksichtigt wurden in dem Entwurf bereits vorliegende Fachgutachten.
Die Verwaltung empfiehlt den vorliegenden Entwurf zu beschließen (ggf. mit Änderungen) und die Verwaltung mit den nächsten Verfahrensschritten zu beauftragen.

Finanzierung:
Die Kosten des Verfahrens stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:
Der Bau- und Wegeausschuss empfiehlt / Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 12 für das Gebiet südlich der Holmer Straße, östlich der Wohnbebauung „Blink“, nördlich der 2. Deichlinie in einer Tiefe von ca. 150 m und die Begründung werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.

2. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

_____
Riekhof

Anlagen:
- Planzeichnung und Begründung
- Abwägung Stellungnahmen frühzeitige Beteiligungen

Textliche Festsetzungen (Teil B)

Es gilt die Baunutzungsverordnung vom 26.06.1962 i.d.F. vom 23.01.1990
zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548).

A. Planungsrechtliche Festsetzungen nach § 9 (1) BauGB und Landesbauordnung Schleswig-Holstein (LBO S-H)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) BauGB und § 1 (6) BauNVO)

1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA) (§ 4 BauNVO i. V. m. § 1 (6) BauNVO)

Gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauNVO sind folgende gemäß § 4 (3) Nr. 4 und Nr. 5 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig:

Gartenbaubetriebe

Tankstellen

1.2 Mischgebiet (MI) (§ 6 BauNVO i. V. m. § 1 (5 und 6) BauNVO)

Gemäß § 1 (5) und (6) Nr. 1 BauNVO sind folgende gemäß § 6 (2) Nr. 3, Nr. 7 und Nr. 8 BauNVO allgemein sowie die gemäß § 6 (3) ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig :

Einzelhandelsbetriebe

Tankstellen

Vergnügungsstätten

1.3 Eingeschränktes Gewerbegebiet (GEe) (§ 8 BauNVO i. V. m. § 1 (5 und 6) BauNVO)

Gemäß § 1 (5) und (6) Nr. 1 BauNVO sind folgende gemäß § 8 (2) BauNVO allgemein sowie gemäß § 8 (3) ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig:

Vergnügungsstätten (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO), insbesondere Spielhallen und ähnliche Unternehmen im Sinne der §§ 33a-i der Gewerbeordnung, die der Aufstellung von Spielgeräten mit und ohne Gewinnmöglichkeit dienen, Wettbüros, Bordelle, bordellartige Betriebe sowie Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen oder auf Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet sind,

Betriebe des Beherbergungsgewerbes (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr.1 BauNVO)

Einzelhandelsbetriebe (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO),

Tankstellen

Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber oder Betriebsleiter gemäß § 8 (3) Nr. 1 BauNVO sind ausnahmsweise zulässig, sofern ihre Grundfläche 30% der insgesamt errichteten Grundfläche nicht überschreitet.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 und 3 BauGB, § 16 (6) i. V. m. §§ 18, 20 und 22 BauNVO)

2.1 Mindestgrundstücksgröße

In den Teilgebieten WA1 und WA2 ist je Einzelhaus eine Grundstücksfläche von mindestens 600 m² nachzuweisen.

2.2 Anzahl Wohneinheiten

In den Teilgebieten WA1 und WA2 sind je Einzelhaus maximal 2 Wohneinheiten zulässig. Dabei ist die zweite Wohneinheit ausschließlich als Einliegerwohnung mit einer Größe von maximal 65 m² zulässig.

Ausnahmsweise sind im Teilbaugebiet MI2 maximal 10 Wohneinheiten je Einzelhaus zulässig.

2.3 Geschossigkeiten

Im Teilbaugebiet WA1 ist maximal 1 Vollgeschoss zulässig.

In den Teilbaugebieten WA2, MI1 und MI2 sind maximal zwei Vollgeschosse zulässig.

2.4 Höhe der baulichen Anlagen (§ 18 Abs. 1 BauNVO)

Für die Gebäude werden, bezogen auf die Oberkante des fertigen Fußbodens (OKFF) des Erdgeschosses, maximale Höhen festgesetzt.

Im Teilgebiet WA1 gelten die Firsthöhe (FH) sowie die Traufhöhe (TH).

In den Teilgebieten WA2, MI1 und MI2 gelten im Falle geneigter Dächer die Firsthöhe (FH) sowie die Traufhöhe (TH), im Falle von Flachdächern die Gebäudehöhe (GH). Die festgesetzten maximalen Firsthöhen (FH), Traufhöhen (TH) bzw. Gebäudehöhen (GH) sind der Planzeichnung zu entnehmen.

Produktionsbedingte Anlagen geringeren Umfangs wie Schornsteine, Lüftungsanlagen oder Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie dürfen in den Misch- und Gewerbegebieten bis zu 2 m über die maximale Gebäudehöhe hinausragen.

2.5 Sockelhöhe (§§ 16 Abs. 2 Nr. 4 und 18 Abs. 1 BauNVO)

Es ist eine maximale Sockelhöhe von bis zu 0,60 m über dem jeweiligen Bezugspunkt zulässig. Die Sockelhöhe wird definiert durch die Oberkante des fertigen Fußbodens (OKFF) des Erdgeschosses.

2.6 Bezugspunkt

Der Bezugspunkt (Bz) für die Sockelhöhe baulicher Anlagen (s. 2.5) sowie die Höhe von Grundstückseinfriedungen ist die Oberkante des Fahrbahnaufbaus der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsfläche, gemessen in der Fahrbahnachse, in Höhe des Mittelpunktes der gemeinsamen Grenze zwischen Verkehrsflächen und jeweiligem Grundstück.

3. Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen - Lärmschutz § 1 (4) Nr. 2 BauNVO, § 9 (1) Nr. 24 BauGB

3.1 Schutz vor Verkehrslärm

Zum Schutz der Wohn- und Büronutzungen werden für Neu-, Um- und Ausbauten die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwurfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) entsprechend den nachfolgenden Abbildungen festgesetzt.

Die Abbildung 2 gilt ausschließlich für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden.

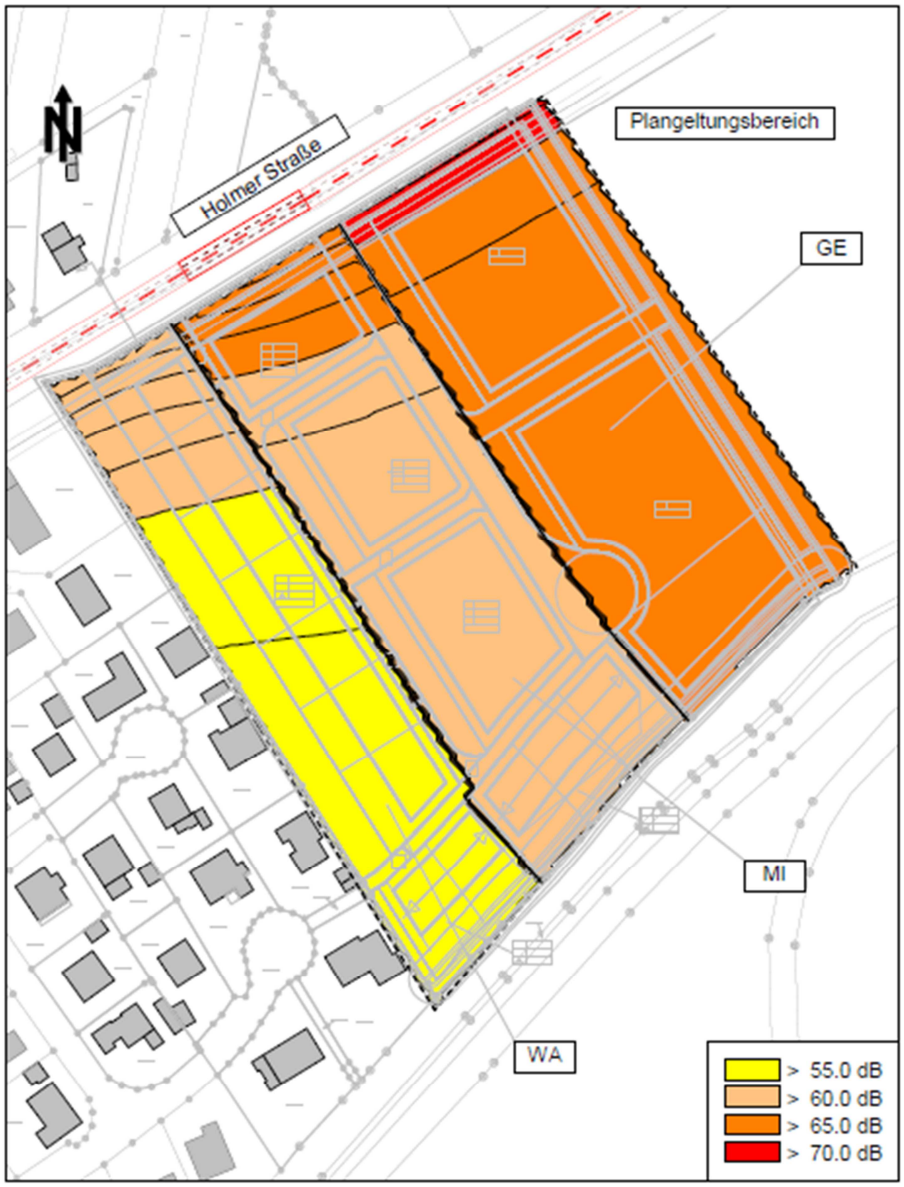


Abbildung 1: maßgeblicher Außenlärmpegel für schutzbedürftige Räume

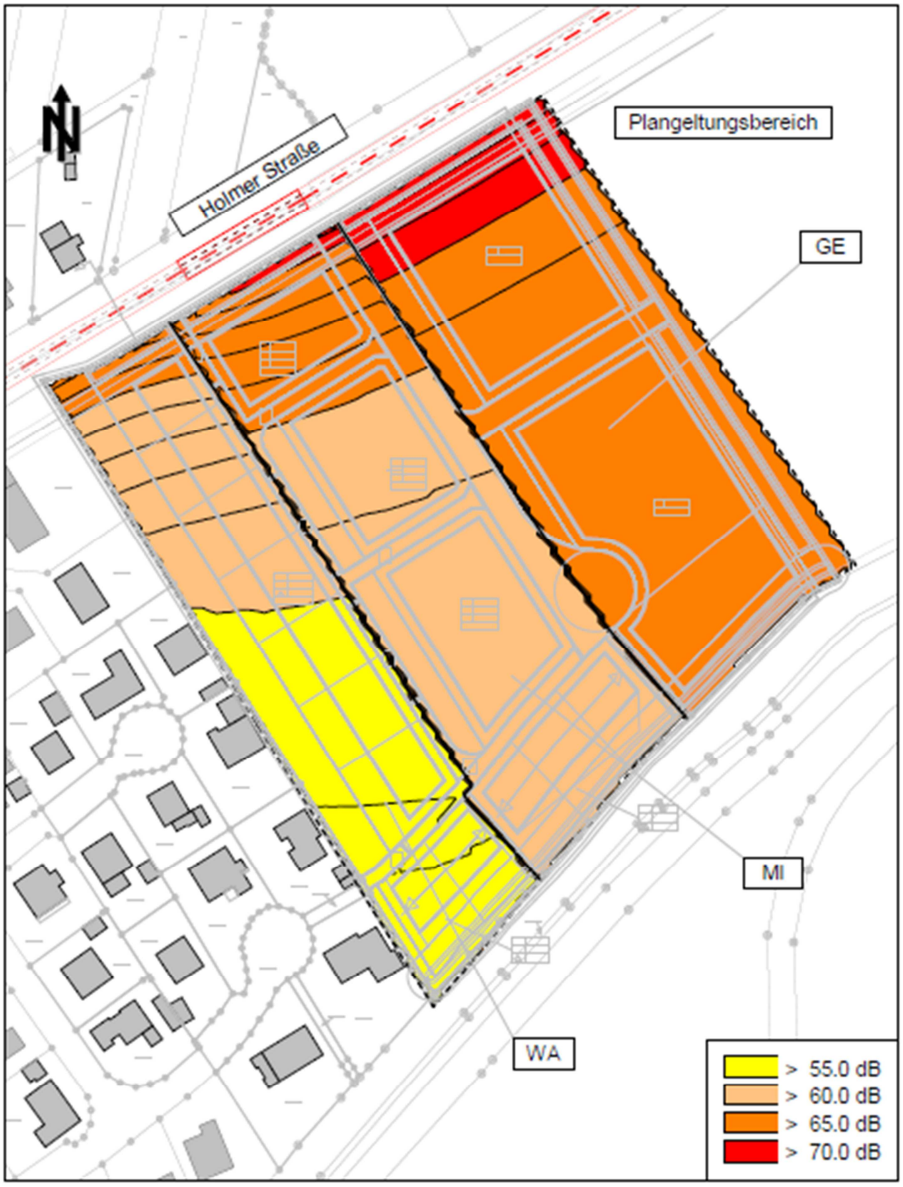


Abbildung 2: maßgeblicher Außenraumpegel für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden

Zur Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung des Gebäudes in den nicht nur vorübergehend zum Aufenthalt von Menschen vorgesehenen Räumen sind die Anforderungen an das resultierende Schalldamm-Maß gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) zu ermitteln.

Im Rahmen der jeweiligen Baugenehmigungsverfahren ist die Eignung der für die Außenbauteile der Gebäude gewählten Konstruktionen nach den Kriterien der DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) nachzuweisen.

Zum Schutz der Nachtruhe sind im Gewerbegebiet sowie im allgemeinen Wohngebiet und Mischgebiet bis zu einem Abstand von 88 m zur Straßenmitte der Holmer Straße bei Neu- , Um- und Ausbauten für Schlaf- und Kinderzimmer schallgedämmte Lüftungen vorzusehen, falls der notwendige hygienische Luftwechsel nicht auf andere geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Weise sichergestellt werden kann und die Anforderungen an das resultierende Schalldammmaß gemäß den ermittelten und ausgewiesenen maßgeblichen Außenlärmpegeln nach DIN 4109 erfüllt werden.

Von den vorgenannten Festsetzungen kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung geringere Anforderungen an den passiven Schallschutz resultieren.

4. Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen mit ihren Einfahrten gemäß § 9 (1) Nr. 4 BauGB, §§ 12 und 14 BauNVO und § 50 LBO SH

4.1 Nebenanlagen (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB, § 14 BauNVO)

Im gesamten Plangebiet sind Nebenanlagen, insbesondere Garten- / Gerätehäuser sowie Geräteschuppen auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, jedoch nicht auf Flächen für Anpflanzungen zulässig.

4.2 Stellplätze und Garagen (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB, § 12 BauNVO)

In den Teilgebieten WA1, WA2 und MI2 sind für die erste Wohneinheit jeweils zwei Stellplätze zu schaffen. Für die untergeordnete zweite Wohneinheit (Einliegerwohnung) ist jeweils ein Stellplatz zu schaffen.

Ausnahmsweise ist im Teilbaugebiet MI2 nur ein Stellplatz je Wohneinheit zu schaffen, sofern ein Gebäude mit mehr als 2 Wohneinheiten errichtet wird.

In den Teilbaugebieten MI1 ist je Wohneinheit ein Stellplatz zu schaffen.

Die erforderlichen Stellplätze sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen in Form von offenen Stellplätzen, offenen Kleingaragen (Carports) oder geschlossenen Kleingaragen zulässig. Zu der das Grundstück erschließenden öffentlichen Verkehrsfläche ist ein Mindestabstand von 5,00 m einzuhalten. Zu allen anderen angrenzenden Verkehrsflächen ist ein Mindestabstand von 1,00 m einzuhalten.

5. Sichtdreiecke

Innerhalb der Sichtdreiecke sind Bebauung, Bepflanzung oder sonstige sichtbehindernde Gegenstände über 0,80 m Höhe, gemessen von der Straßenoberkante des Fahrbahnrandes der übergeordneten Straße, unzulässig. Ausgenommen sind einzeln stehenden Bäume mit einem Astansatz von über 2,80 m.

B. Grünordnerische Festsetzungen gemäß § 9 (1) Nr. 15, 20 u. 25 BauGB

6. Schutzmaßnahmen für Boden und Wasserhaushalt

6.1 Das anfallende Oberflächenwasser von Dachflächen und befestigten Flächen, von denen kein Eintrag von Schadstoffen in das Grundwasser zu erwarten ist, ist in offenen Entwässerungsgräben zu sammeln. Die Entwässerungsgräben sind als offene, begrünte Gräben zu gestalten und dauerhaft zu erhalten.

6.2 Alle Geh- und Fahrwege sind in wasser- und luftdurchlässiger Bauweise herzustellen. Die Wasserdurchlässigkeit des Bodens wesentlich mindernde Befestigungen wie Betonunterbau, Fugenverguß oder Asphaltierung sind unzulässig.

6.3 Im Gewerbe- und Mischgebiet sind Dächer mit einer Neigung von weniger als 11° mit einem mindestens 8 cm starken durchwurzelbaren Substrataufbau zu versehen und extensiv zu begrünen. Ausgenommen sind Flächen für technische Dachaufbauten bis höchstens 50 v.H. der Dachfläche.

6.4 Flach geneigte Dächer von Nebengebäuden, Garagen und Carports mit einer Dachneigung von weniger als 11° sind mit einer extensiven Dachbegrünung zu versehen.

6.5 Bauliche und technische Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Grundwasserabsenkungen führen können, sind nicht zulässig.

7. Vegetation

7.1 Auf ebenerdigen Stellplatzanlagen ist für je vier Stellplätze ein großkroniger Laubbaum zu pflanzen.

7.2 In den Gewerbegebieten und den Teilgebieten MI1 muss der Durchgrünungsanteil auf den jeweiligen Grundstücken mindestens 20 vom Hundert (v.H.) betragen. Mindestens 10 v.H. der Grundstücksflächen sind mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen.

7.3 In den Teilgebieten WA1, WA2 und MI2 ist je Grundstück ein Laubbaum zu pflanzen.

7.4 Für festgesetzte Baum- und Strauchanpflanzungen sind standortgerechte, heimische Laubgehölze (siehe Pflanzliste) zu verwenden und dauerhaft zu erhalten. Großkronige Bäume müssen einen Stammumfang von mindestens 18 cm, Kleinkronige von mindestens 14 cm in 1,0 m über dem Erdboden gemessen, aufweisen.

Im Kronenbereich großkroniger Bäume ist eine offene Vegetationsfläche von mindestens 12 m² anzulegen und zu begrünen.

7.5 Für die als Anpflanzungsgebot festgesetzten Bäume und Sträucher sind bei deren Abgang Ersatzpflanzungen so vorzunehmen, dass der Umfang und der jeweilige Charakter der Pflanzung erhalten bleiben. Die Bäume müssen einen Stammumfang von mindestens 14/18 cm in 1 m Höhe über dem Erdboden aufweisen.

7.6 In den Mischgebieten und den Gewerbegebieten sind die Grundstückseinfriedungen zur Planstraße A nur mit standortgerechten, heimischen Hecken (siehe Pflanzliste) zulässig (siehe auch Ziffer 9.8).

7.7 In den Gewerbegebieten sind Außenwände von Gebäuden, deren Fensterabstand mehr als 5 m beträgt sowie fensterlose Fassaden mit Schling- oder Kletterpflanzen zu begrünen. Je 2 m Wandlänge ist mindestens eine Pflanze zu verwenden.

8. Sonstige Festsetzungen

8.1 In den Mischgebieten und den Gewerbegebieten sind Außenbeleuchtungen nur in Form monochromatisch abstrahlender Leuchten und mit einem geschlossenen Glaskörper zulässig. Sie sind so zu erstellen, dass sie geringstmöglich in Grün- und Wasserflächen einwirken.

8.2 Allen Teilgebieten ist zum Ausgleich von Eingriffen in Boden, Natur und Landschaft außerhalb des Geltungsbereichs auf dem Ökokonto der Gemeinde Hetlingen, Flurstück 21/2 in der Gemarkung Hetlingen, eine Fläche zugeordnet.

C. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 84 LBO SH in Verbindung mit § 9 BauGB

9. **Örtliche Bauvorschrift** (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

9.1 Geltungsbereich:

Die örtliche Bauvorschrift über Gestaltung umfasst den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 12.

9.2 Dachform und –neigung (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

In allen Allgemeinen Wohngebieten und Mischgebieten sind Satteldächer, Walmdächer, Pultdächer und Flachdächer mit einer Neigung von 0° - 60° zulässig.

Die Dächer von Nebengebäuden und Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO sind im gesamten Plangebiet mit einer Dachneigung von 0° - 60° zulässig.

9.3 Dacheindeckung und -farben (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

In allen Allgemeinen Wohngebieten und Mischgebieten sind für die Dachflächen der Hauptgebäude ausschließlich Pfanneneindeckungen in den Farben Rot, Rotbraun oder Anthrazit (vgl. Ziffer 9.6) zulässig. Flachdächer unter 12° Neigung, Verglasungen, Solaranlagen und begrünte Dächer sind von dieser Festsetzung ausgenommen.

Engobierte Dacheindeckungen sind zulässig, glasierte Dacheindeckungen sind unzulässig.

9.4 Dachgauben und Einschnitte (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

Je Dachseite ist maximal eine Dachgaube oder ein Dacheinschnitt zulässig. Die Gesamtlänge der Dachgaube oder des Dacheinschnitts je Dachseite darf insgesamt nicht mehr als 50 % der Gesamtlänge der dazugehörigen Traufe betragen. Dachgauben oder Dacheinschnitte müssen zur Ortgangkante einen Abstand von mindestens 2,00 m einhalten.

9.5 Fassadengestaltung (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

Die Verkleidung der Außenhaut der Hauptbaukörper ist nur in Verblendmauerwerk in den Farbtönen Rot, Rotbraun oder Anthrazit (vgl. Ziffer 9.6) oder in Putz in den Farben Weiß, Grau, Gelb oder Blau (vgl. Ziffer 9.6) zulässig. Daneben ist die Nutzung von Zinkblech oder Holzmaterialien bis zu einem Anteil von 30% der Außenwandfläche zulässig.

9.6 Farbtöne

Für die in Punkt 9.3 und 5.5 festgesetzten Farben sind nur Farbtöne in Annäherung an die folgenden RAL Farben allgemein zulässig:

Farbton Rot: 2001 (Rotorange), 2002 (Blutorange), 3000 (Feuerrot), 3002 (Karminrot), 3003 (Rubinrot), 3013 (Tomatenrot), 3016 (Korallenrot),

Farbton Rotbraun: 8001 (Ockerbraun), 8004 (Kupferbraun), 8012 (Rotbraun), 8015 (Kastanienbraun), 8023 (Orangebraun)

Farbton Anthrazit: 7016 (Anthrazitgrau), 7021 (Schwarzgrau), 7022 (Umbragrau), 7024 (Graphitgrau)

Farbton Grau, Weiß, Gelb und Blau: mit Hellbezugswert (Maß für Helligkeit von Oberflächen) größer als 70.

9.7 Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie sind im gesamten Plangebiet auf den Fassaden und / oder Dächern zulässig, sofern sie sich in die Fassade bzw. die Dachlandschaft einfügen.

9.8 Einfriedungen

Im Gewerbegebiet und Mischgebiet sind die Grundstückseinfriedungen zur Planstraße A nur mit standortgerechten, heimischen Hecken (siehe Pflanzliste) zulässig (siehe auch Ziffer 7.6).

Einfriedungen mit Zäunen sind in den Allgemeinen Wohn- und den Mischgebieten bis zu einer Höhe von maximal 1,20 m zulässig. Diese sind ausschließlich grundstücksseitig zulässig.

Im Gewerbegebiet sind die Grundstücke mit mindestens 1,20 m hohen Zäunen einzufrieden. Diese sind ausschließlich grundstücksseitig anzuordnen.

9.9 Anforderungen an die Gestaltung von Werbeanlagen (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

Innerhalb des Gewerbegebietes ist eine Gemeinschaftswerbeanlage mit einer Höhe von maximal 5,00 m und maximal 15 m² Ansichtsfläche für die ansässigen Gewerbetreibenden zulässig.

Werbeanlagen sind ausschließlich als Eigenwerbung an der Stätte der Leistung direkt am Gebäude und bis zu einer Flächengröße von max. 0,25 qm zulässig. Je Gebäude und Grundstück darf nur eine Werbeanlage angebracht werden. Bei leuchtenden, hinterleuchteten und angeleuchteten Werbeanlagen sind grelles, wechselndes und blinkendes Licht unzulässig.

Fahnenmasten und Fahnen sind unzulässig.

9.10 Ordnungswidrigkeitsvorschrift

Gemäß § 84 (1) LBO SH handelt ordnungswidrig, werden unter Ziffer 7.2 bis 7.5 aufgeführten örtlichen Bauvorschriften zuwider handelt. Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 82 (3) LBO SH mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 € geahndet werden.

D. Hinweise

10.1 Der westliche Teil des Plangebietes liegt innerhalb des archäologischen Interessensgebietes „Hetlinger Geesthügel“. Werden während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 15 DSchG der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.

10.2 Parallel zur Holmer Straße liegt ein Schmutzwasserkanal des Zweckverbandes Hauptsammler West. In einem Abstand von 2,50 m beiderseits der Mittellinie des Kanals dürfen keine Anlagen und Gebäude errichtet werden, die die Reinigung und die Unterhaltung des Kanasl beeinträchtigen könnten.

10.3 Die DIN-Norm 4109, Schallschutz im Hochbau wird im Amtshaus des Amtes Geest und Marsch Südholstein zur Einsicht bereitgehalten.

10.4 Pflanzliste

Bäume:

Acer platanoides	Spitzahorn
Acer pseudoplatanus	Bergahorn
Acer campestre ***	Feldahorn
Betula pendula	Sandbirke
Carpinus betulus	Hainbuche
Crataegus monogyna ***	Eingriffliger Weißdorn
Fagus sylvatica	Rotbuche
Fraxinus excelsior	Esche
Ilex aquifolia ***	Stechpalme
Malus sylvestris ***	Holzapfel
Prunus padus *	Trauben-Kirsche
Populus tremula *	Espe
Pyrus pyraster ***	Wildbirne
Quercus petraea	Trauben-Eiche
Quercus robur	Stiel-Eiche
Sorbus aucuparia *	Vogelbeere
Taxus baccata ***	Eibe
Tilia cordata	Winter-Linde

*** kleinkronige Baumarten

Sträucher / **Hecken:** (Baumarten und zusätzlich)

Cornus mas	Kornelkirsche
Cornus sanguinea	Roter Hartriegel
Corylus vellana	Haselnuss
Euonymus europaeus	Pfaffenhütchen
Frangula alnus	Faulbaum
Ilex aquifolium	Stechpalme
Ligustrum vulgare	Liguster
Lonicera xylosteum	Heckenkirsche
Prunus spinosa	Schlehe
Rhamnus catharticus	Kreuzdorn
Rosa canina	Hunds-Rose
Rubus spec.	Brombeere
Salix caprea	Salweide
Sambucus nigra	Holunder
Viburnum opulus	Schneeball

Schling- und Kletterpflanzen:

Clematis vitalba	Waldrebe
Hedera helix	Efeu
Lonicera periclymenum	Wald-Geißblatt
Lonicera caprifolium	Jelängerjelieber

TOP Ö 12

LAIRM CONSULT GmbH

Beratendes Ingenieurbüro
für Akustik, Luftreinhaltung
und Immissionsschutz

Bekannt gegebene Messstelle
nach §29b BImSchG
(Geräuschmessungen)

DAkkS Deutsche Akkreditierungsstelle D-PL-19845-01-00

Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen

-Stand 04. Mai. 2017-

Entwurf

Projektnummer: 16008

3. Mai 2017

Im Auftrag von:
Gemeinde Hetlingen
Amtsstraße 12

25436 Moorrege

Dieses Gutachten wurde im Rahmen des erteilten Auftrages für das oben genannte Projekt / Objekt erstellt und unterliegt dem Urheberrecht. Jede anderweitige Verwendung, Mitteilung oder Weitergabe an Dritte sowie die Bereitstellung im Internet – sei es vollständig oder auszugsweise – bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Urhebers.

LAIRM CONSULT GmbH , Haferkamp 6, 22941 Bargteheide,
Tel.: +49 (4532) 2809-0; Fax: +49 (4532) 2809-15; E-Mail: info@lairm.de

Inhaltsverzeichnis

1. Anlass und Aufgabenstellung ... 3
2. Örtliche Situation ... 3
3. Beurteilungsgrundlagen ... 4
3.1. Schalltechnische Anforderungen in der Bauleitplanung ... 4
3.1.1. Allgemeines ... 4
3.1.2. Möglichkeiten zur Vermeidung von Konflikten ... 6
3.2. Gewerbelärm ... 7
4. Gewerbelärm ... 9
4.1. Allgemeines ... 9
4.2. Betriebsbeschreibung Brillenhersteller ... 9
4.3. Vorbelastungen ... 10
4.4. Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 12 ... 10
4.5. Emissionen ... 10
4.5.1. Gewerbeflächen ... 10
4.5.2. Brillenhersteller ... 11
4.6. Immissionen ... 11
4.6.1. Allgemeines zur Schallausbreitung ... 11
4.6.2. Quellenmodellierung ... 12
4.6.3. Immissionsorte ... 12
4.6.4. Beurteilungspegel ... 13
4.7. Spitzenpegel ... 15
4.8. Qualität der Prognose ... 16
5. Verkehrslärm ... 17
5.1. Verkehrsmengen ... 17
5.2. Emissionen aus Straßenverkehrslärm ... 17
5.3. Immissionen ... 17
5.3.1. Allgemeines ... 17
5.3.2. B-Plan-induzierter Zusatzverkehr ... 17
5.3.3. Schutz des Plangeltungsbereichs vor Verkehrslärm ... 18

6. Vorschläge für Begründung und Festsetzungen 20
6.1. Begründung 20
6.2. Festsetzungen 25
7. Quellenverzeichnis 26
8. Anlagenverzeichnis I

1. Anlass und Aufgabenstellung

In der Gemeinde Hetlingen ist mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12 die Entwicklung am östlichen Ortsrand geplant.

Die Ausweisung ist als allgemeines Wohngebiet, als Mischgebiet und als Gewerbegebiet vorgesehen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ist u. a. der Schutz der Nachbarschaft vor Lärm sicherzustellen.

Auf der Ebene der Bauleitplanung sind grundsätzlich folgende Konflikte zu bearbeiten:

- Schutz der Nachbarschaft vor Immissionen aus Gewerbelärm vom Plangebiet;
- Schutz der Nachbarschaft vor Verkehrslärm auf öffentlichen Straßen durch den B-Plan-induzierten Zusatzverkehr;
- Schutz des Plangeltungsbereichs vor Straßenverkehrslärm.

Im Rahmen der Vorsorge in der Bauleitplanung erfolgt üblicherweise eine Beurteilung anhand der Orientierungswerte (OW) gemäß Beiblatt 1 [6] zur DIN 18005, Teil 1, „Schallschutz im Städtebau“[7], wobei zwischen gewerblichem Lärm und Verkehrslärm unterschieden wird. Andererseits kann sich die Beurteilung des Verkehrslärms auf öffentlichen Verkehrswegen an den Kriterien der 16. BImSchV („Verkehrslärmschutzverordnung“[4]) orientieren.

Grundsätzlich ist im Bebauungsplanverfahren die zu erwartende Lärmbelastung durch den Verkehrslärm für das Plangebiet zu ermitteln und ggf. zu klären, ob Lärmschutzmaßnahmen zum Schutz des Plangeltungsbereiches erforderlich sind. Ggf. sind Festsetzungen von passivem Schallschutz gemäß DIN 4109 erforderlich.

Zur Beurteilung des Gewerbelärms verweist die aktuelle Fassung der DIN 18005, Teil 1 [6] auf die TA Lärm, die im Rahmen des nachgeordneten Baugenehmigungsverfahrens maßgebend ist. Grundsätzlich ist bei einer Beurteilung gemäß TA Lärm die Gesamtbelastung aus Gewerbelärm zu betrachten. Daher sind im vorliegenden Fall die umliegenden gewerblichen Nutzungen zu berücksichtigen.

2. Örtliche Situation

Die in Aussicht genommene Fläche befindet sich südöstlich der Holmer Straße (L261) und schließt an das vorhandene Wohngebiet an. Im Nordosten sind landwirtschaftliche Betriebe vorhanden.

Die maßgebenden schutzbedürftigen Bebauungen befinden sich in folgenden Bereichen:

- Die mögliche Bebauung (IO 1 bis IO 4) innerhalb des Plangeltungsbereichs westlich angrenzend der geplanten Gewerbeflächen ist als Mischgebiet (MI) vorgesehen.

- Die mögliche Bebauung (IO 5 bis IO 8) innerhalb des Plangeltungsbereichs in den westlich rückwärtigen Bereichen des Mischgebiets ist als allgemeines Wohngebiet (WA) geplant.
- Die nächstgelegene schutzbedürftige Wohnbebauung außerhalb des Plangeltungsbereichs befindet sich nördlich der Holmer Straße (IO 9 und IO 10). Die Bebauung an der Holmer Straße ist im Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen als gemischte Bauflächen ausgewiesen. Es wird von einem Schutzanspruch vergleichbar dem eines Mischgebiets (MI) ausgegangen.
- Die Wohnbebauung außerhalb des Plangeltungsbereichs nördlich der Holmer Straße (IO 11) am Grünen Damm ist im Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen als landwirtschaftliche Flächen ausgewiesen. Es wird von einem Schutzanspruch vergleichbar dem eines Mischgebiets (MI) ausgegangen.

Tabelle 1: Immissionsorte

Sp	1	2	3	4
Ze	**Immissions-orte**	**Adresse**	**Einstufung**	**Anzahl der Geschosse**
1	IO 1	Holmer Straße (Plangebiet)	MI	4 m
2	IO 2	Holmer Straße (Plangebiet)	MI	4 m
3	IO 3	Holmer Straße (Plangebiet)	MI	4 m
4	IO 4	Holmer Straße (Plangebiet)	MI	4 m
5	IO 5	Holmer Straße (Plangebiet)	WA	4 m
6	IO 6	Holmer Straße (Plangebiet)	WA	4 m
7	IO 7	Holmer Straße (Plangebiet)	WA	4 m
8	IO 8	Holmer Straße (Plangebiet)	WA	4 m
9	IO 9	Holmer Straße 19	MI	2
10	IO 10	Holmer Straße 19	MI	2
11	IO 11	Grüner Damm 9	MI	2

Die genauen örtlichen Gegebenheiten sind den Lageplänen in der Anlage A 1 zu entnehmen.

3. Beurteilungsgrundlagen

3.1. Schalltechnische Anforderungen in der Bauleitplanung

3.1.1. Allgemeines

Die Berücksichtigung der Belange des Schallschutzes erfolgt nach den Kriterien der DIN 18005 Teil 1 [6] in Verbindung mit dem Beiblatt 1 [7] unter Beachtung folgender Gesichtspunkte:

- Nach § 1 Abs. 6 BauGB sind bei der Bauleitplanung die Belange des Umweltschutzes zu berücksichtigen.

- Nach § 50 BImSchG ist die Flächenzuordnung so vorzunehmen, dass schädliche Umwelteinwirkungen unter anderem auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete soweit wie möglich vermieden werden.

Die Orientierungswerte nach [7] stellen aus der Sicht des Schallschutzes im Städtebau erwünschte Zielwerte dar. Sie dienen lediglich als Anhalt, so dass von ihnen sowohl nach oben (bei Überwiegen anderer Belange) als auch nach unten abgewichen werden kann.

Konkreter wird im Beiblatt 1 zur DIN 18005/1 in diesem Zusammenhang ausgeführt: „In vorbelasteten Bereichen, insbesondere bei vorhandener Bebauung, bestehenden Verkehrswegen und in Gemengelagen, lassen sich die Orientierungswerte oft nicht einhalten. Wo im Rahmen der Abwägung mit plausibler Begründung von den Orientierungswerten abgewichen werden soll, weil andere Belange überwiegen, sollte möglichst ein Ausgleich durch andere geeignete Maßnahmen (z.B. durch geeignete Gebäudeanordnung und Grundrissgestaltung, bauliche Schallschutzmaßnahmen (insbesondere für Schlafräume) vorgesehen und planungsrechtlich abgesichert werden."

Über den Abwägungsspielraum gibt es keine Regelungen. Zur Beurteilung des Verkehrslärms kann man hilfsweise als Obergrenze die Immissionsgrenzwerte (IGW) der 16. BImSchV [4] heranziehen, da davon ausgegangen werden kann, dass die 16. BImSchV rechtlich insoweit nicht strittig ist.

Die Beurteilungspegel der Geräusche verschiedener Arten von Schallquellen (Verkehr, Industrie und Gewerbe, Freizeitlärm) sollen gemäß Beiblatt 1 zur DIN 18005 Teil 1 wegen der unterschiedlichen Einstellung der Betroffenen zu verschiedenen Arten von Geräuschquellen jeweils für sich allein mit den Orientierungswerten verglichen und nicht addiert werden.

Für die im Rahmen dieser Untersuchung zu betrachtenden Nutzungsarten legt Beiblatt 1 zur DIN 18005 Teil 1 die in Tabelle 2 zusammengefassten Orientierungswerte für Beurteilungspegel aus Verkehrs- und Gewerbelärm fest. Beurteilungszeiträume sind die 16 Stunden zwischen 6 und 22 Uhr tags sowie die 8 Stunden von 22 bis 6 Uhr nachts.

Tabelle 2: Orientierungswerte nach DIN 18005 Teil 1, Beiblatt 1 [7]

Nutzungsart	**Orientierungswert nach [7]**		
	tags	**nachts**	
		Verkehr [a]	**Anlagen** [b]
	dB(A)		
reine Wohngebiete (WR), Wochenendhausgebiete und Ferienhausgebiete	50	40	35
allgemeine Wohngebiete (WA), Kleinsiedlungsgebiete (WS) und Campingplatzgebiete	55	45	40
Friedhöfe, Kleingartenanlagen und Parkanlagen	55	55	55
Dorfgebiete (MD) und Mischgebiete (MI)	60	50	45
Kerngebiete (MK) und Gewerbegebiete (GE)	65	55	50
sonstige Sondergebiete, soweit sie schutzbedürftig sind, je nach Nutzungsart	45 bis 65	35 bis 65	35 bis 65

[a] gilt für Verkehrslärm;
[b] gilt für Industrie-, Gewerbe- und Freizeitlärm sowie für Geräusche von vergleichbaren öffentlichen Anlagen

Tabelle 3: Immissionsgrenzwerte nach § 2 Absatz 1 der 16. BImSchV – Verkehrslärmschutzverordnung [4]

Nr.	Gebietsnutzung	Immissionsgrenzwerte	
		tags	nachts
		dB(A)	
1	Krankenhäuser, Schulen, Kurheime und Altenheime	57	47
2	reine und allgemeine Wohngebiete und Kleinsiedlungsgebiete	59	49
3	Kerngebiete, Dorfgebiete und Mischgebiete	64	54
4	Gewerbegebiete	69	59

Gewerbliche Anlagen sind gemäß Abschnitt 7.5 der DIN 18005, Teil 1 nach den Vorgaben der TA Lärm zu beurteilen (vgl. Abschnitt 3.2).

3.1.2. Möglichkeiten zur Vermeidung von Konflikten

Um bereits in der Phase der Bauleitplanung sicherzustellen, dass auch bei enger Nachbarschaft von gewerblicher Nutzung, Verkehrswegen und Wohnen die Belange des Schallschutzes betreffende Konflikte vermieden werden, stehen verschiedene planerische Instrumente zur Verfügung.

Von besonderer Bedeutung sind:

- die Gliederung von Baugebieten nach in unterschiedlichem Maße schutzbedürftigen Nutzungen,
- aktive Schallschutzmaßnahmen wie Lärmschutzwände und -wälle;
- Emissionsbeschränkungen für Gewerbeflächen durch Festsetzung maximal zulässiger flächenbezogener immissionswirksamer Schallleistungspegel als Emissionskontingentierung „nach der Art der Betriebe und Anlagen und deren besonderen Bedürfnissen und Eigenschaften“ im Sinne von § 1, (4), Satz 1, Ziffer 2 BauNVO sowie eines entsprechenden Nachweisverfahrens,
- Maßnahmen der Grundrissgestaltung und der Anordnung von Baukörpern derart, dass dem ständigen Aufenthalt von Personen dienende Räume zu den lärmabgewandten Gebäudeseiten hin orientiert werden,
- Vorzugsweise Anordnung der Außenwohnbereiche im Schutz der Gebäude,
- ersatzweise passiver Schallschutz an den Gebäuden über maßgebliche Außenlärmpegel nach DIN 4109, Schallschutz im Hochbau, [8],[9] und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) [10], [11].

Nicht Gegenstand von Festsetzungen im Bebauungsplan sind – unter Beachtung des Gebotes der planerischen Zurückhaltung – Regelungen im Detail, wenn zum Schutz der Nachbarschaft vor Lärmeinwirkungen erforderliche konkrete Maßnahmen in Form von Auflagen im Baugenehmigungsverfahren durchsetzbar sind.

3.2. Gewerbelärm

Nach § 22 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BImSchG [1] sind nicht genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten und zu betreiben, dass

- schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche verhindert werden, die nach dem Stand der Technik zur Lärmminderung vermeidbar sind, und
- nach dem Stand der Technik zur Lärmminderung unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG) ist nach TA Lärm „ ... sichergestellt, wenn die Gesamtbelastung[1] am maßgeblichen Immissionsort die Immissionsrichtwerte nicht überschreitet.“ Die Immissionsrichtwerte sind in der Tabelle 4 aufgeführt.

Die Art der in Nummer 6.1 bezeichneten Gebiete und Einrichtungen ergibt sich aus den Festlegungen in den Bebauungsplänen. Sonstige in Bebauungsplänen festgesetzte Flächen für Gebiete und Einrichtungen sowie Gebiete und Einrichtungen, für die keine Festsetzungen bestehen, sind nach Nummer 6.1 entsprechend der Schutzbedürftigkeit zu beurteilen.

Tabelle 4: Immissionsrichtwerte (IRW) nach Nummer 6 TA Lärm [5]

Bauliche Nutzung	Üblicher Betrieb				Seltene Ereignisse [(a)]			
	Beurteilungspegel		Kurzzeitige Geräuschspitzen		Beurteilungspegel		Kurzzeitige Geräuschspitzen	
	Tag	Nacht	Tag	Nacht	Tag	Nacht	Tag	Nacht
	dB(A)							
Gewerbegebiete	65	50	95	70	70	55	95	70
Kern-, Dorf- und Mischgebiete	60	45	90	65	70	55	90	65
Allgemeine Wohngebiete und Kleinsiedlungsgebiete	55	40	85	60	70	55	90	65
Reine Wohngebiete	50	35	80	55	70	55	90	65
Kurgebiete, bei Krankenhäusern und Pflegeanstalten	45	35	75	55	70	55	90	65

[(a)] im Sinne von Nummer 7.2, TA Lärm „ ... an nicht mehr als an zehn Tagen oder Nächten eines Kalenderjahres und nicht an mehr als an jeweils zwei aufeinander folgenden Wochenenden ...“

Die Immissionsrichtwerte der TA Lärm beschreiben Außenwerte, die in 0,5 m Abstand vor der Mitte des geöffneten Fensters des vom Geräusch am stärksten betroffenen schutzwürdigen Raumes einzuhalten sind.

[1] Die Gesamtbelastung wird gemäß TA Lärm als Summe aus Vor- und Zusatzbelastung definiert. Die Vorbelastung ist nach Nummer 2.4 TA Lärm „die Belastung eines Ortes mit Geräuschimmissionen von allen Anlagen, für die diese Technische Anleitung gilt, ohne den Immissionsbeitrag der zu beurteilenden Anlage.“ Letzterer stellt die Zusatzbelastung dar.“

Es gelten die in Tabelle 5 aufgeführten Beurteilungszeiten. Die erhöhte Störwirkung von Geräuschen in den Tageszeiten mit erhöhter Empfindlichkeit wird für Einwirkungsorte in allgemeinen und reinen Wohngebieten, in Kleinsiedlungsgebieten sowie in Kurgebieten und bei Krankenhäusern und Pflegeanstalten durch einen Zuschlag von 6 dB(A) zum Mittelungspegel berücksichtigt, soweit dies zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten erforderlich ist.

Die Genehmigung für die zu beurteilende Anlage darf auch bei einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte aufgrund der Vorbelastung aus Gründen des Lärmschutzes nicht versagt werden, wenn der von der Anlage verursachte Immissionsbeitrag im Hinblick auf den Gesetzeszweck als nicht relevant anzusehen ist. Das ist in der Regel der Fall, wenn die von der zu beurteilenden Anlage ausgehende Zusatzbelastung die Immissionsrichtwerte nach Nummer 6 am maßgeblichen Immissionsort um mindestens 6 dB(A) unterschreitet („Relevanzkriterium“).

Unbeschadet der Regelung im vorhergehenden Absatz soll für die zu beurteilende Anlage die Genehmigung wegen einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte nach Nummer 6 aufgrund der Vorbelastung auch dann nicht versagt werden, wenn dauerhaft sichergestellt ist, dass diese Überschreitung nicht mehr als 1 dB(A) beträgt.

Tabelle 5: Beurteilungszeiten nach Nummer 6, TA Lärm [5]

<table>
<tr><th colspan="6">Beurteilungszeitraum</th></tr>
<tr><th colspan="3">werktags</th><th colspan="3">sonn- und feiertags</th></tr>
<tr><th colspan="2">Tag</th><th rowspan="2">Nacht [(a)]</th><th colspan="2">Tag</th><th rowspan="2">Nacht [(a)]</th></tr>
<tr><th>gesamt</th><th>Ruhezeit</th><th>gesamt</th><th>Ruhezeit</th></tr>
<tr><td rowspan="3">6 bis 22 Uhr</td><td>6 bis 7 Uhr</td><td rowspan="3">22 bis 6 Uhr (lauteste Stunde)</td><td rowspan="3">6 bis 22 Uhr</td><td>6 bis 9 Uhr</td><td rowspan="3">22 bis 6 Uhr (lauteste Stunde)</td></tr>
<tr><td>—</td><td>13 bis 15 Uhr</td></tr>
<tr><td>20 bis 22 Uhr</td><td>20 bis 22 Uhr</td></tr>
<tr><td colspan="6">[(a)] Nummer 6.4, TA Lärm führt dazu aus: „Die Nachtzeit kann bis zu einer Stunde hinausgeschoben oder vorverlegt werden, soweit dies wegen der besonderen örtlichen oder wegen zwingender betrieblicher Verhältnisse unter Berücksichtigung des Schutzes vor schädlichen Umwelteinwirkungen erforderlich ist. Eine achtstündige Nachtruhe der Nachbarschaft im Einwirkungsbereich der Anlage ist sicherzustellen.“</td></tr>
</table>

Geräusche des An- und Abfahrtverkehrs auf öffentlichen Verkehrsflächen in einem Abstand bis zu 500 m von dem Betriebsgrundstück sollen entsprechend Nummer 7.4 der TA Lärm „ ... durch Maßnahmen organisatorischer Art soweit wie möglich vermindert werden, sofern

- sie den Beurteilungspegel der vorhandenen Verkehrsgeräusche für den Tag oder die Nacht um mindestens 3 dB(A) erhöhen,
- keine Vermischung mit dem übrigen Verkehr erfolgt ist und
- die Immissionsgrenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung [4] erstmals oder weitergehend überschritten werden.“

Die Beurteilung des anlagenbezogenen Verkehrs auf öffentlichen Straßen orientiert sich an der 16. BImSchV, in der die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke (DTV) zugrunde gelegt wird. Die Beurteilungszeit nachts umfasst gemäß 16. BImSchV abweichend von der TA Lärm den vollen Nachtabschnitt von 8 Stunden (22 – 6 Uhr).

4. Gewerbelärm

4.1. Allgemeines

Im vorliegenden Fall ist eine korrekte städtebauliche Abstufung vom Gewerbegebiet über ein Mischgebiet zum allgemeinen Wohngebiet geplant, daher ist eine Festsetzung von Emissionskontingenten nicht erforderlich. Dies folgt dem Grundsatz der planerischen Zurückhaltung auch wenn formal das Gewerbegebiet aufgrund der vorgesehenen direkten Nachbarschaft zum Mischgebiet aus immissionsschutzrechtlicher Sicht grundsätzlich einer gewissen Beschränkung unterliegt.

Für ein Grundstück im geplanten Gewerbegebiet ist bereits eine konkrete Nutzung vorgesehen bzw. angedacht, hierfür wird ein exemplarischer Betrieb geprüft.

Für die Darstellung der Gewerbelärmimmissionen von den gewerblich Flächen wird teilweise der städtebauliche Ansatz von flächenbezogenen Schallleistungspegeln L_W" (bezogen auf eine Grundfläche von 1 m²) verwendet.

Für die Berechnung von Mindestabständen oder zur Feststellung von Schutzmaßnahmen ist gemäß DIN 18005/1 für Gewerbegebiete mit Lw" = 60 dB(A) sowohl tags als auch nachts zu rechnen. Diese Werte sind demnach als Anhaltswerte für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete anzusehen.

4.2. Betriebsbeschreibung Brillenhersteller

Das dem exemplarischen Betrieb zugrunde liegende Betriebsszenario beschreibt einen maßgeblichen mittleren Spitzentag (an mehr als 10 Tagen im Jahr erreicht) und stellt den nach der TA Lärm für die Beurteilung heranzuziehenden üblichen Betrieb dar.

Der Betrieb des Brillenherstellers möchte sich im südöstlichen Bereich des geplanten Gewerbegebiets ansiedeln. Die Betriebszeit beginnt morgens ab 7 Uhr. Gemäß Betreiberangaben sind mit maximal 20 Mitarbeitern an dem geplanten Standort zu rechnen. Es wird zur sicheren Seite davon ausgegangen, dass alle Mitarbeiter bis zu 3 x täglich mit dem Pkw an- und abfahren. Somit ergibt sich für die Mitarbeiterstellplätze eine Verkehrserzeugung von 60 Pkw-Bewegungen am Tag, davon werden zur sicheren Seite 20 Anfahrten in der morgendlichen Ruhezeit angesetzt.

Die Anlieferung von Rohmaterialien für den Brillenhersteller erfolgt mit einem Kleintransporter einmal in der Woche. Für den maßgeblichen Spitzentag wird somit eine Anlieferung im Tagesabschnitt (7:00 bis 20:00 Uhr) außerhalb der Ruhezeiten angenommen.

Für die Auslieferung wird für den maßgeblichen Spitzentag ein Kleintransporter berücksichtigt. Es wird davon ausgegangen, dass die Ladevorgänge der gefertigten Brillen lärmarm per Hand erfolgen.

Zur Berücksichtigung von haustechnischen Anlagen wurden auf dem Dach eine Lüftungsanlage und ein Klimagerät angesetzt.

Der Brillenhersteller benötigt weiterhin zur Produktion ein Schraubenkompressor, welcher jedoch in einem schallgedämmten Raum vorgesehen ist.

Im Nachtzeitraum ist kein Betrieb des Brillenherstellers geplant.

4.3. Vorbelastungen

Als Vorbelastungen werden die Emissionen von den im Norden vorhandenen landwirtschaftlich genutzten Flächen berücksichtigt.

Für die vorhandenen Gewerbeflächen wurde tags und nachts der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt.

Die Ansätze sind in Anlage A 2.2.4 dargestellt. Die Lage der Flächen kann dem Lageplan der Anlage A 1.2 entnommen werden.

4.4. Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 12

Für die geplanten gewerblichen Flächen innerhalb des Bebauungsplans Nr. 12 für die derzeit noch keine konkrete Nutzung bekannt ist, wird tags der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt wurde.

Für den Nachtzeitraum wurden Ansätze abgeleitet, die mit der geplanten und vorhandenen Wohnbebauung im Umfeld verträglich sind. Es ergeben sich für die Gewerbeflächen flächenbezogene Schallleistungspegel L_W" von 49 dB(A) nachts für die nördliche Teilfläche und 50 dB(A) nachts für die südliche Teilfläche (bezogen auf 1 Quadratmeter).

Die verwendeten Ansätze für die flächenbezogenen immissionswirksamen Schallleistungspegel sind in der Anlage A 2.2.4 dargestellt. Die Lage der Flächen kann dem Lageplan der A 1.2 entnommen werden.

4.5. Emissionen

4.5.1. Gewerbeflächen

Für die gewerblich genutzten Flächen innerhalb und außerhalb des Plangeltungsbereichs erfolgt die Berücksichtigung über einen Ansatz von flächenbezogenen Schallleistungspegeln L_W" (bezogen auf eine Grundfläche von 1 m², Quellhöhe 1,0 m über Gelände) gemäß Abschnitt 4.3 und 4.4.

4.5.2. Brillenhersteller

Die maßgeblichen Emissionsquellen auf dem exemplarischen Betriebsgrundstück sind gegeben durch:

- Kleintransporter-Fahrten auf dem Betriebsgrundstück;
- Stellplatzgeräusche (Türenschlagen, Motorstarten, etc.);
- Ladegeräusche;
- Betrieb der haustechnischen Anlagen.

Alle weiteren Quellen sind gegenüber den oben genannten nicht pegelbestimmend und werden daher vernachlässigt.

Die Ermittlung der Geräusche durch die Pkw- und Lkw-Stellplätze erfolgt gemäß der aktuellen Fassung der Parkplatzlärmstudie [15]. Bei der Quellenmodellierung der Pkw-Stellplätze wurde das zusammengefasste Verfahren nach Abschnitt 8.2.1 der Parkplatzlärmstudie verwendet. Der Parkplatzsuchverkehr und der Durchfahranteil sind bereits in den Zuschlägen enthalten und daher nicht gesondert zu erfassen. Für die Anlieferungen mittels Kleinstransporter wurde das getrennte Verfahren nach Abschnitt 8.2.2 der Parkplatzlärmstudie genutzt.

Die Entladegeräusche bei den Anlieferungen wurden gemäß der Ladelärmstudie des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie [17] ermittelt. Für die Anlieferungen im Tageszeitraum mit einem Kleintransporter wird die Entladung von 5 Paletten zu Grunde gelegt. Es wurden Ladearbeiten mit Palettenhubwagen über fahrzeugeigene Ladebordwand betrachtet, somit ergibt sich ein Schallleistungspegel von 99,1 dB(A) (inkl. Impulszuschlag).

Für das Klimagerät wurde ein typischer Schallleistungspegel von 70 dB(A) und für die Lüftungsanlage von 75 dB (A) für den Betrieb zugrunde gelegt. Diese Werte werden von Anlagen, die dem Stand der Technik entsprechen, problemlos eingehalten. Bei allen haustechnischen Anlagen wird unterstellt, dass sie keine ton- und/oder impulshaltigen Geräusche erzeugen (Stand der Technik).

Die Schallleistungspegel sind in Anlage A 2.2 aufgeführt. Dort finden sich auch die verwendeten Basis-Oktavspektren. Die Lage der Quellen kann den Lageplan in Anlage A 1.3 entnommen werden.

4.6. Immissionen

4.6.1. Allgemeines zur Schallausbreitung

Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgte mit Hilfe des EDV-Programms CadnaA [21] auf Grundlage des in der TA Lärm [5] beschriebenen Verfahrens. Die in die Modellrechnung eingehenden örtlichen Gegebenheiten sowie die Lage der Lärmquellen und Immissionsorte sind aus der Anlage A 1 ersichtlich.

Im Ausbreitungsmodell werden berücksichtigt:

- die Abschirmwirkung von vorhandenen Gebäuden sowie Reflexionen an den Gebäudeseiten (Höhen nach Ortsbesichtigung [26] geschätzt);
- Quellenhöhen gemäß Abschnitt 4.6.2;
- Immissionsorthöhen gemäß Abschnitt 4.6.3.

Das maßgebende Umfeld des Plangeltungsbereichs ist weitgehend eben, so dass mit einem ebenen Geländemodell gerechnet wurde.

Die Berechnung der Dämpfungsterme erfolgte in Oktaven, die Bodendämpfung wurde gemäß dem alternativen Verfahren aus Abschnitt 7.3.2 der DIN ISO 9613-2 [19] ermittelt.

Die Formeln zur Berechnung der Schallausbreitung gelten für eine die Schallausbreitung begünstigende Wettersituation („Mitwindausbreitungssituation“). Zur Berechnung des Beurteilungspegels ist gemäß der TA Lärm in der Regel eine meteorologische Korrektur nach DIN 9613-2 [19] zu berücksichtigen. Diese Korrektur beinhaltet die Häufigkeit des Auftretens von Mitwindsituationen, so dass der Beurteilungspegel einen Langzeitmittelungspegel darstellt. Bei der Berechnung der Beurteilungspegel wurde zur sicheren Seite auf die Berücksichtigung der meteorologischen Korrektur verzichtet.

Davon abweichend wurde bei der Ermittlung der Beurteilungspegelanteile aus den angrenzenden Gewerbeflächen unter Berücksichtigung der pauschalen flächenbezogenen Schallleistungspegel mit den A-bewerteten Schallleistungspegeln ohne Meteorologiekorrektur gerechnet.

4.6.2. Quellenmodellierung

Die Parkvorgänge der Pkw und Kleintransporter sowie die Ladearbeiten werden als Flächenschallquellen berücksichtigt. Die Fahrgeräusche der Kleintransporter-Fahrwege werden als Linienquellen modelliert. Die haustechnischen Anlagen werden als Punktquellen dargestellt. Die Lage der Quellen kann den Anlagen A 1 entnommen werden.

Die Emissionshöhen betragen:

- Pkw -Stellplatzanlage: 0,5 m über Gelände;
- Kleintransporter-Fahrwege: 0,5 m über Gelände;
- Kleintransporter-Parken: 0,5 m über Gelände;
- Ladegeräusche : 1,0 m über Gelände;
- Haustechnik auf dem Dach: 1,0 m über Dach.

4.6.3. Immissionsorte

Die Berechnungen erfolgen für die in dem Lageplan der Anlage A 1.1 verzeichneten Immissionsorte. Die Immissionshöhen betragen 2,5 m über Gelände für das Erdgeschoss und jeweils 2,8 m zusätzlich für jedes weitere Geschoss.

4.6.4. Beurteilungspegel

Auf Grundlage der obigen Emissionsansätze für die vorhandenen und geplanten gewerblich genutzten Flächen sowie des geplanten Betriebs des Brillenherstellers wurden die Beurteilungspegel an den maßgeblichen Immissionsorten außerhalb des Gewerbegebiets sowohl tags als auch nachts berechnet. Die zugehörigen Gesamtpegel sind für den Prognose-Nullfall und für den Prognose-Planfall in der Tabelle 6 zusammengestellt. Grafische Darstellungen befinden sich in Abbildung 1 und Abbildung 2. Teilpegelanalysen für den Tages- und Nachtabschnitt finden sich in der Anlage A 3.

Tabelle 6: Beurteilungspegel aus Gewerbelärm

Sp	1	2	3	4	5	4	5	6	7	8	9
Ze	Immissionsort					Prognose-Nullfall		Prognose-Planfall		Differenz	
	Nr.	Gebiet	Immissions-richtwert		Ge-schoss						
			tags	nachts		tags	nachts	tags	nachts	tags	nachts
			dB(A)			dB(A)		dB(A)		dB(A)	
1	IO 1	MI	60	45	EG	-	-	53	43	-	-
2	IO 1	MI	60	45	1.OG	-	-	54	44	-	-
3	IO 1	MI	60	45	2.OG	-	-	54	44	-	-
4	IO 2	MI	60	45	EG	-	-	54	44	-	-
5	IO 2	MI	60	45	1.OG	-	-	55	45	-	-
6	IO 2	MI	60	45	2.OG	-	-	55	45	-	-
7	IO 3	MI	60	45	EG	-	-	53	44	-	-
8	IO 3	MI	60	45	1.OG	-	-	55	45	-	-
9	IO 3	MI	60	45	2.OG	-	-	55	45	-	-
10	IO 4	MI	60	45	EG	-	-	53	42	-	-
11	IO 4	MI	60	45	1.OG	-	-	54	43	-	-
12	IO 5	WA	55	40	EG	-	-	46	39	-	-
13	IO 5	WA	55	40	1.OG	-	-	46	39	-	-
14	IO 5	WA	55	40	2.OG	-	-	47	39	-	-
15	IO 6	WA	55	40	EG	-	-	47	39	-	-
16	IO 6	WA	55	40	1.OG	-	-	47	39	-	-
17	IO 6	WA	55	40	2.OG	-	-	48	39	-	-
18	IO 7	WA	55	40	EG	-	-	47	39	-	-
19	IO 7	WA	55	40	1.OG	-	-	47	39	-	-
20	IO 7	WA	55	40	2.OG	-	-	48	39	-	-
21	IO 8	WA	55	40	EG	-	-	45	38	-	-
22	IO 8	WA	55	40	1.OG	-	-	46	38	-	-
23	IO 9	MI	60	45	EG	35	35	43	37	8	2
24	IO 9	MI	60	45	1.OG	36	36	44	38	8	2
25	IO 10	MI	60	45	EG	36	36	44	38	8	2
26	IO 10	MI	60	45	1.OG	36	36	44	38	8	2

Zusammenfassend ist Folgendes für den Tagesabschnitt festzuhalten:

- An der möglichen Bebauung ergeben sich im Bereich des Mischgebiets (MI) an den Immissionsorten IO 1 bis IO 4 Gesamtbeurteilungspegel von bis zu 55 dB(A). Der Immissionsrichtwert für Mischgebiete von 60 dB(A) tags wird somit eingehalten.
- An den möglichen Immissionsorten IO 5 bis IO 8 innerhalb des Plangeltungsbereichs wird der Immissionsrichtwert für allgemeine Wohngebiete von 55 dB(A) mit Beurteilungspegeln aus der Gesamtbelastung von bis 48 dB(A) tags eingehalten.

- An den vorhandenen Immissionsorten IO 9 und IO 10 außerhalb des Plangeltungsbereichs ergeben sich im Prognose-Nullfall Beurteilungspegel von bis 36 dB(A) tags. Damit wird der Immissionsrichtwert für Mischgebiete von 60 dB(A) tags sicher eingehalten. Im Prognose-Planfall ergeben sich Beurteilungspegel von bis zu 44 dB(A) tags. Der Immissionsrichtwert für Mischgebiete wird weiterhin eingehalten. Die maximalen Zunahmen betragen bis zu 8 dB(A).

Für den Nachtzeitraum sind folgende Ergebnisse festzustellen:

- Es ergeben sich für die mögliche Bebauung im Bereich des Mischgebiets (MI) an den Immissionsorten IO 1 bis IO 4 Gesamtbeurteilungspegel von bis zu 45 dB(A). Der Immissionsrichtwert für Mischgebiete von 45 dB(A) nachts wird somit eingehalten.
- An den möglichen Immissionsorten IO 5 bis IO 8 innerhalb des Plangeltungsbereichs wird der Immissionsrichtwert für allgemeine Wohngebiete von 40 dB(A) mit Beurteilungspegeln aus der Gesamtbelastung von bis 39 dB(A) nachts eingehalten.
- An den vorhandenen Immissionsorten IO 9 und IO 10 ergeben sich im Prognose-Nullfall Beurteilungspegel von bis zu 36 dB(A) nachts. Somit wird der Immissionsrichtwert für Mischgebiete von 45 dB(A) nachts eingehalten. Im Prognose-Planfall werden Beurteilungspegel von bis 38 dB(A) nachts erreicht. Der Immissionsrichtwert für Mischgebiete von 45 dB(A) nachts wird weiterhin eingehalten. Die maximalen Zunahmen betragen bis zu 2 dB(A).

Abbildung 1: Beurteilungspegel tags

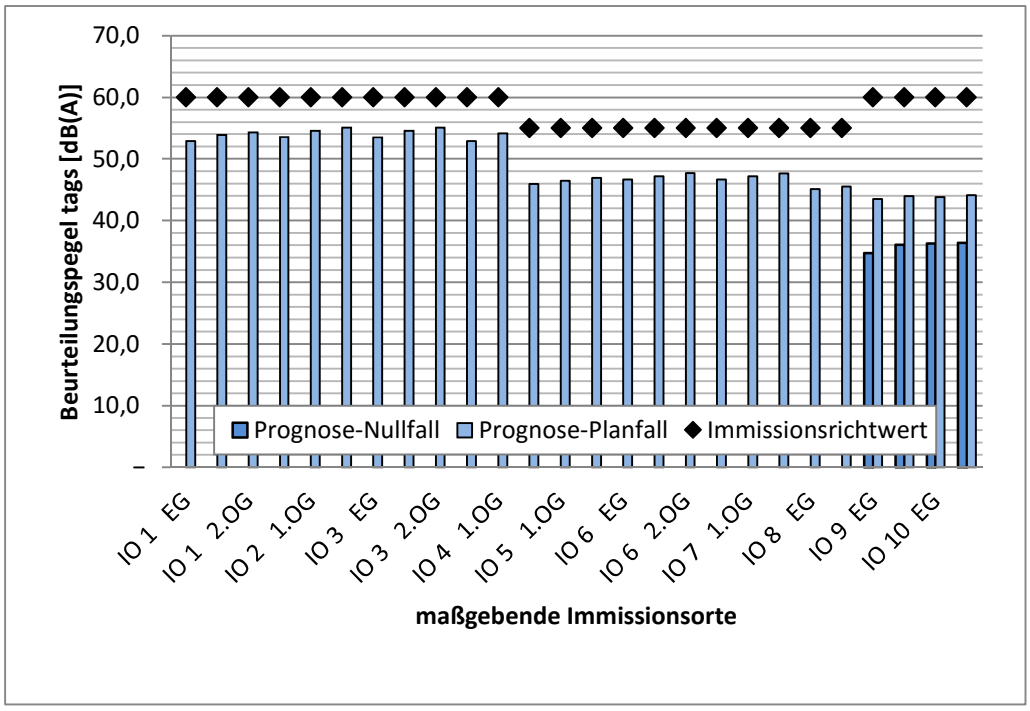
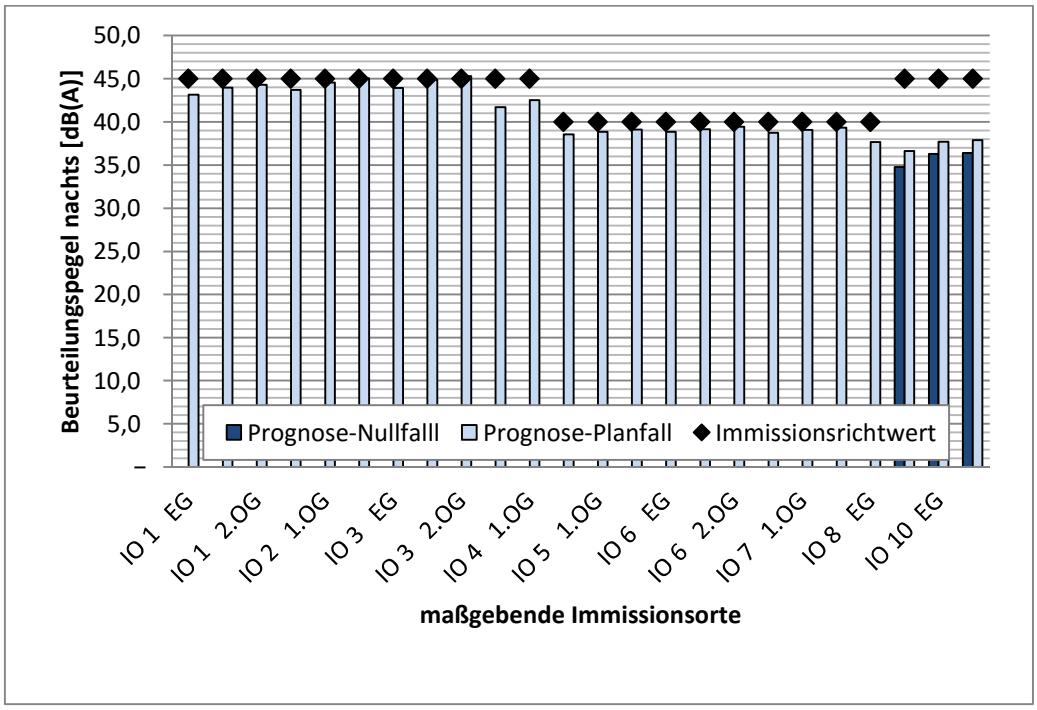


Abbildung 2: Beurteilungspegel nachts



4.7. Spitzenpegel

Um die Einhaltung der Spitzenpegelkriterien gemäß TA Lärm [5] zu prüfen, wurden die erforderlichen Mindestabstände abgeschätzt, die zur Einhaltung der maximal zulässigen Spitzenpegel erforderlich sind. Abschirmungen wurden nicht berücksichtigt.

Bezüglich der Spitzenpegel sind beschleunigte Pkw-Abfahrten, Türen- bzw. Kofferraumschließen auf den Stellplätzen sowie kurzzeitige Geräuschspitzen bei der Be- und Entladung von Interesse. Die erforderlichen Mindestabstände zur Einhaltung des zulässigen Spitzenpegels sind in der Tabelle 5 zusammengestellt.

Im vorliegenden Fall werden die Mindestabstände tags zu allen benachbarten Nutzungen eingehalten, so dass dem Spitzenpegelkriterium der TA Lärm im Tageszeitraum entsprochen wird. Im Nachtzeitraum wird der Mindestabstand durch die Ladegeräusche zu den benachbarten Nutzungen unterschritten, daher sind Nachtanlieferungen nicht möglich.

Tabelle 7: Mindestabstand zur Einhaltung der maximal zulässigen Spitzenpegel

Vorgang	Schall-leistungs-pegel [dB(A)]	Mindestabstand [m]		Mindestabstand [m]	
		WA[1)]		MI [1)]	
		tags	nachts	tags	nachts
Ladegeräusche	120 [2)]	23	230	13	139
Türen-/ Kofferraum-schließen	99,5 [3)]	< 1	36	< 1	21
Beschleunigte Pkw-Abfahrt	92,5 [3)]	< 1	17	< 1	9

1) Zulässiger Spitzenpegel (WR): 80 dB(A) tags, 55 dB(A) nachts; (WA): 85 dB(A) tags, 60 dB(A) nachts; (MI): 90 dB(A) tags, 65 dB(A) nachts; (GE): 95 dB(A) tags, 70 dB(A) nachts
2) Schätzung zur sicheren Seite;
3) Gemäß Parkplatzlärmstudie [15];
4) keine Vorgänge nachts

4.8. Qualität der Prognose

Die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung verwendeten Ansätze liegen auf der sicheren Seite. Hinsichtlich der Betriebszeiten und der Belastungen wurden konservative Ansätze verwendet, so dass eine Überschreitung der im Rahmen der vorliegenden Untersuchung ermittelten Beurteilungspegel mit einiger Sicherheit nicht zu erwarten ist.

Angaben über die Standardabweichungen für die Quellgrößen finden sich in den Tabellen der Anlage A 2.2.6. Die Angabe einer Standardabweichung für die angesetzten Quellgrößen kann an dieser Stelle jedoch lediglich der Orientierung dienen und beschreibt die zu erwartende Streuung der Pegelwerte.

An den maßgebenden Immissionsorten beträgt die zu erwartende Standardabweichung etwa 1 bis 3 dB(A) je nach Entfernung zu den Quellen.

(Anmerkung: Die angeführten Standardabweichungen dienen nur als Anhaltswerte zur Einschätzung der Qualität der Prognose. Belastbare Aussagen über die statistische Pegelverteilung sind nur dann möglich, wenn bei der Prognose für die Belastungen und die Schallleistungen von Mittelwerten ausgegangen wird. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden jedoch alle Ansätze *zur sicheren Seite* hin getroffen und liegen gegenüber den Mittelwerten deutlich höher.)

5. Verkehrslärm

5.1. Verkehrsmengen

Als maßgebende Quelle wird die Holmer Straße als öffentlicher Verkehrsweg berücksichtigt.

Die Verkehrsbelastungen für Prognosehorizont 2030/2035 für die Holmer Straße wurden für den Prognose-Nullfall und den Prognose-Planfall vom Büro d+p daenekamp und partner zur Verfügung gestellt [25]. Gemäß [25] ergibt sich für das Plangebiet insgesamt eine Verkehrserzeugung von 746 Kfz/ 24 h.

Da die Lkw-Anteile lediglich als Schwerverkehrsanteil vorliegen, wurden diese mittels dem Umrechnungsfaktor 1,64 gemäß [14] auf den Lkw-Anteil p (Kfz mit mehr als 2,8 t zulässigem Gesamtgewicht) umgerechnet.

Eine Zusammenstellung der Verkehrsbelastungen findet sich in der Anlage A 4.1.1.

5.2. Emissionen aus Straßenverkehrslärm

Die Emissionspegel wurden entsprechend den Rechenregeln gemäß RLS-90[13] berechnet. Eine Zusammenstellung zeigt die Anlage A 4.1.3. Die Zunahmen der Emissionspegel liegen im Bereich der Wahrnehmbarkeitsschwelle von 1 dB(A).

5.3. Immissionen

5.3.1. Allgemeines

Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgte mit Hilfe des EDV-Programms CadnaA [21] auf Grundlage der Rechenregeln der RLS-90 [13]. Die in die Modellrechnung eingehenden örtlichen Gegebenheiten sowie die Lage der Lärmquellen und Immissionsorte sind aus der Anlage A 1 ersichtlich.

Für die Beurteilung werden im Ausbreitungsmodell zudem die Abschirmwirkung von vorhandenen Gebäuden sowie Reflexionen an den Gebäudeseiten berücksichtigt. Die Immissionshöhen betragen für das Erdgeschoss 2,8 m über Gelände sowie jeweils 2,8 m zusätzlich für jedes weitere Geschoss.

5.3.2. B-Plan-induzierter Zusatzverkehr

Zur Beurteilung der vom Verkehr auf öffentlichen Straßen in der Umgebung hervorgerufenen Geräuschimmissionen wurden für den Prognose-Nullfall und den Prognose-Planfall für exemplarische Immissionsorte außerhalb des Plangeltungsbereiches die Beurteilungspegel für den Tages- und Nachtabschnitt getrennt berechnet. Die Ergebnisse sind tabellarisch in Tabelle 8 dargestellt.

Insgesamt ist festzustellen, dass an allen Immissionsorten die Immissionsgrenzwerte von 64 dB(A) tags und 54 dB(A) nachts für Mischgebiete sowohl im Prognose-Nullfall als auch im Prognose-Planfall eingehalten werden. Die maximalen Zunahmen betragen bis zu 1,1 dB(A).

Damit sind die Auswirkungen des B-Plan-induzierten Zusatzverkehrs als nicht weiter beurteilungsrelevant einzustufen.

Tabelle 8: Beurteilungspegel aus Straßenverkehrslärm an den maßgebenden Immissionsorten

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Ze	Immissionsort					Beurteilungspegel Straßenverkehrslärm					
	Nr.	Gebiet	Immissionsgrenzwert		Geschoss	Prognose-Nullfall		Prognose-Planfall		Zunahmen	
			tags	nachts		tags	nachts	tags	nachts	tags	nachts
			dB(A)			dB(A)		dB(A)		dB(A)	
1	IO 9	MI	64	54	EG	58,3	51,4	58,5	51,4	0,2	0,0
2	IO 9	MI	64	54	1.OG	58,9	52,0	59,1	52,0	0,2	0,0
3	IO 10	MI	64	54	EG	56,9	50,0	57,1	50,1	0,2	0,1
4	IO 10	MI	64	54	1.OG	57,7	50,9	58,0	51,0	0,3	0,1
5	IO 11	MI	64	54	EG	55,3	48,5	56,4	49,0	1,1	0,5
6	IO 11	MI	64	54	1.OG	56,5	49,7	57,6	50,2	1,1	0,5

5.3.3. Schutz des Plangeltungsbereichs vor Verkehrslärm

Innerhalb des Plangebiets sind Ausweisungen im Südwesten als allgemeines Wohngebiet, im mittleren Bereich als Mischgebiet und im Nordosten als Gewerbegebiet geplant. Die Beurteilungspegel aus Verkehrslärm im Plangebiet sind in der Anlage A 4.2 in Form von Rasterlärmkarten dargestellt.

Zur Beurteilung von Schutzmaßnahmen im Bereich der Erdgeschosse (Aufpunkthöhe 2,8 m) und der Obergeschosse (Aufpunkthöhe: 5,6 m und 8,4 m) wurden Berechnungen durchgeführt.

Im Plangeltungsbereich ergeben sich Beurteilungspegel aus Straßenverkehrslärm von bis zu etwa 66 dB(A) tags und etwa 58 dB(A) nachts.

Insgesamt ist festzustellen, dass im gesamten Bereich des Gewerbegebiets die Orientierungswerte für Gewerbegebiete von 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts lediglich im straßennahen Bereich der Holmer Straße geringfügig überschritten werden. Die Immissionsgrenzwerte für Gewerbegebiete von 69 dB(A) tags und von 59 dB(A) nachts werden im gesamten Plangeltungsbereich eingehalten.

Im gesamten Bereich des Mischgebiets wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 60 dB(A) tags im straßennahen Bereich überschritten wird. Der Immissionsgrenzwert für

Mischgebiete von 64 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Im Nachtabschnitt wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 50 dB(A) nachts im nördlichen Baufenster des Mischgebiets überschritten. Der Immissionsgrenzwert für Mischgebiete von 54 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von 25 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Im Bereich des allgemeinen Wohngebiets wird der Orientierungswert von 55 dB(A) tags in einem kleinen Teilbereich im Norden innerhalb der Baugrenzen überschritten. Der Grenzwert für allgemeine Wohngebiete von 59 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Im Nachtzeitraum wird der Orientierungswert für allgemeine Wohngebiete von 45 dB(A) wird ebenfalls im nördlichen Teilbereich des allgemeinen Wohngebiets überschritten. Der Immissionsgrenzwert von 49 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von etwa 40 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Die Umsetzung von aktivem Lärmschutz ist aufgrund der nur gebietsweise Überschreitungen und geplanten Geschossigkeit und somit der Dimensionierung der erforderlichen Lärmschutzwand innerhalb des Plangebietes aus städtebaulicher Sicht nicht zu empfehlen.

Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den Erd- sowie den Obergeschossen können aufgrund der Bauweise durch Grundrissgestaltung (Verlegung der schützenswerten Nutzungen auf die lärmabgewandte Seite) oder passiven Schallschutz geschaffen werden.

Die Anforderungen an den passiven Schallschutz zum Schutz von Büro- und Wohnnutzungen vor Verkehrslärm ergeben sich gemäß DIN 4109 [8],[9] und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) [10],[11].

Die Dimensionierung des passiven Schallschutzes erfolgt über die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen. Die maßgeblichen Außenlärmpegel sind in der Abbildung 3 für schutzbedürftige Räume und in Abbildung 4 für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden, dargestellt.

Abweichend vom Entwurf zur 1. Änderung des Teils 2 bezüglich Abschnitt 4.4.5.7 erfolgt die Ermittlung des maßgeblichen Außenlärmpegels unter Berücksichtigung der VDI 3722-2 Abschnitt 5.6 durch Überlagerung aller jeweiligen maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 [8], [9] und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) [10], [11] der auf das Plangebiet einwirkenden Lärmquellen (Straßenverkehrslärm sowie Gewerbelärm).

Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass bei einem maßgeblichen Außenlärmpegel von > 70 dB(A) mit erheblichem passivem Schallschutz und damit zusätzlichen Baukosten zu rechnen ist.

Zum Schutz der Nachtruhe sind im Gewerbegebiet von ausnahmsweise zulässigen Wohnnutzungen für Schlaf- und Kinderzimmer schallgedämmte Lüftungen vorzusehen, falls der notwendige hygienische Luftwechsel nicht auf andere geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Weise sichergestellt werden kann.

Für das Mischgebiet und das allgemeine Wohngebiet zum Schutz der Nachtruhe in den Bereichen in denen der Orientierungswert von 45 dB(A) nachts überschritten wird für

Schlaf- und Kinderzimmer schallgedämmte Lüftungen vorzusehen, falls der notwendige hygienische Luftwechsel nicht auf andere geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Weise sichergestellt werden kann.

Außenwohnbereiche können aufgrund der Einhaltung des Immissionsgrenzwertes tags im gesamten Plangeltungsbereich frei angeordnet werden.

6. Vorschläge für Begründung und Festsetzungen

6.1. Begründung

a) Allgemeines

In der Gemeinde Hetlingen ist mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12 die Entwicklung eines Gewerbegebiets, eines Mischgebiets und eines allgemeines Wohngebiets geplant.

Die in Aussicht genommene Fläche befindet sich südöstlich der Holmer Straße (L261). Im Nordosten sind landwirtschaftliche Betriebe vorhanden.

Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Einwirkungen des Straßenverkehrslärms auf das Plangebiet und die Auswirkungen des B-Plan-induzierten Zusatzverkehrs untersucht.

Für den Verkehrslärm kann sich gemäß DIN 18005, Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“ die Beurteilung auf öffentlichen Verkehrswegen an den Kriterien der 16. BImSchV („Verkehrslärmschutzverordnung“) orientieren.

Die DIN 18005, Teil 1 verweist für die Beurteilung von Anlagen auf die TA Lärm, so dass die Immissionen aus Anlagenlärm auf Grundlage der TA Lärm beurteilt werden.

Als Untersuchungsfälle wurden der Prognose-Nullfall ohne Umsetzung der geplanten Maßnahmen und der Prognose-Planfall berücksichtigt. Beide Untersuchungsfälle beziehen sich auf den Prognose-Horizont 2030/35.

b) Gewerbelärm

In der vorliegenden schalltechnischen Untersuchung wurden die Auswirkungen des geplanten Gewerbegebietes auf die Nachbarschaft geprüft.

Für die Darstellung der Gewerbelärmimmissionen von den gewerblich Flächen wird daher der städtebauliche Ansatz von flächenbezogenen Schallleistungspegeln L_W” (bezogen auf eine Grundfläche von 1 m²) verwendet.

Für die Berechnung von Mindestabständen oder zur Feststellung von Schutzmaßnahmen ist gemäß DIN 18005/1 für Gewerbegebiete mit Lw” = 60 dB(A) sowohl tags als auch nachts zu rechnen. Diese Werte sind demnach als Anhaltswerte für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete anzusehen.

Als Vorbelastungen werden die Emissionen von den im Norden vorhandenen landwirtschaftlich genutzten Flächen berücksichtigt. Für die vorhandenen Gewerbeflächen wurde

tags und nachts der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt.

Für die nördlichen geplanten gewerblichen Flächen innerhalb des Bebauungsplans Nr. 12 wird tags der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt. Für den Nachtzeitraum wurden Ansätze abgleitet, die mit der geplanten und vorhandenen Wohnbebauung im Umfeld verträglich sind.

Auf dem östlichen Betriebsgrundstück ist die Ansiedlung eines Brillenherstellers vorgesehen. Für den Brillenhersteller liegen bereits Betriebsdaten vor, so dass dieser Betrieb detailliert betrachtet wurde.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sowohl an der geplanten Bebauung innerhalb des Plangeltungsbereichs als auch an der vorhandenen Bebauung außerhalb des Plangeltungsbereichs die jeweiligen Immissionsrichtwerte aus der Gesamtbelastung im Tageszeitraum und im Nachtzeitraum eingehalten werden.

Hinsichtlich der kurzzeitig auftretenden Geräuschspitzen werden die Mindestabstände tags zu allen benachbarten Nutzungen eingehalten, so dass dem Spitzenpegelkriterium der TA Lärm im Tageszeitraum entsprochen wird. Im Nachtzeitraum wird der Mindestabstand durch die Ladegeräusche zu den benachbarten Nutzungen unterschritten, daher sind Nachtanlieferungen nicht möglich.

Insgesamt ist das geplante Gewerbegebiet mit dem geplanten Mischgebiet und dem geplanten allgemeinen Wohngebiet sowie mit der vorhandenen Bebauung mit den Anforderungen der TA Lärm grundsätzlich verträglich.

c) Verkehrslärm

Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Belastungen aus Verkehrslärm berechnet. Dabei wurde der Straßenverkehrslärm auf den maßgeblichen Straßenabschnitten berücksichtigt. Die Straßenverkehrsbelastungen für Prognosehorizont 2030/2035 für die Holmer Straße wurden für den Prognose-Nullfall und den Prognose-Planfall den Angaben des Büros d+p daenekamp und partner entnommen.

Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgte auf Grundlage der Rechenregeln der RLS-90.

Es zeigt sich, dass durch den B-Plan-induzierten Zusatzverkehr keine beurteilungsrelevanten Zunahmen zu erwarten sind.

Insgesamt ist festzustellen, dass im gesamten Bereich des Gewerbegebiets die Orientierungswerte für Gewerbegebiete von 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts lediglich im straßennahen Bereich der Holmer Straße geringfügig überschritten werden. Die Immissionsgrenzwerte für Gewerbegebiete von 69 dB(A) tags und von 59 dB(A) nachts werden im gesamten Plangeltungsbereich eingehalten.

Im gesamten Bereich des Mischgebiets wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 60 dB(A) tags im straßennahen Bereich überschritten wird. Der Immissionsgrenzwert für Mischgebiete von 64 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Im Nachtab-

schnitt wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 50 dB(A) nachts im nördlichen Baufenster des Mischgebiets überschritten. Der Immissionsgrenzwert für Mischgebiete von 54 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von 25 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Im Bereich des allgemeinen Wohngebiets werden die Orientierungswerte von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts in einem kleinen Teilbereich im Norden innerhalb der Baugrenzen überschritten. Der Grenzwert für allgemeine Wohngebiete von 59 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Der Immissionsgrenzwert von 49 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von etwa 40 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Die Umsetzung von aktivem Lärmschutz ist aufgrund der nur gebietsweise Überschreitungen und geplanten Geschossigkeit und somit der Dimensionierung der erforderlichen Lärmschutzwand innerhalb des Plangebietes aus städtebaulicher Sicht nicht zu empfehlen.

Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den Erd- sowie den Obergeschossen können aufgrund der Bauweise durch Grundrissgestaltung (Verlegung der schützenswerten Nutzungen auf die lärmabgewandte Seite) oder passiven Schallschutz geschaffen werden.

Gemäß DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) ergeben sich Anforderungen an den passiven Schallschutz zum Schutz der Wohn- und Büronutzungen vor von außen eindringenden Geräuschen. Die Dimensionierung des passiven Schallschutzes erfolgt über die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen. Die maßgeblichen Außenlärmpegel sind in der Abbildung 3 für schutzbedürftige Räume und in Abbildung 4 für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden, dargestellt.

Abweichend vom Entwurf zur 1. Änderung des Teils 2 bezüglich Abschnitt 4.4.5.7 erfolgt die Ermittlung des maßgeblichen Außenlärmpegels unter Berücksichtigung der VDI 3722-2 Abschnitt 5.6 durch Überlagerung aller jeweiligen maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017), der auf das Plangebiet einwirkenden Lärmquellen (Straßenverkehrslärm sowie Gewerbelärm).

Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass bei einem maßgeblichen Außenlärmpegel von > 70 dB(A) mit erheblichem passivem Schallschutz und damit zusätzlichen Baukosten zu rechnen ist.

Abbildung 3: maßgeblicher Außenlärmpegel für schutzbedürftige Räume

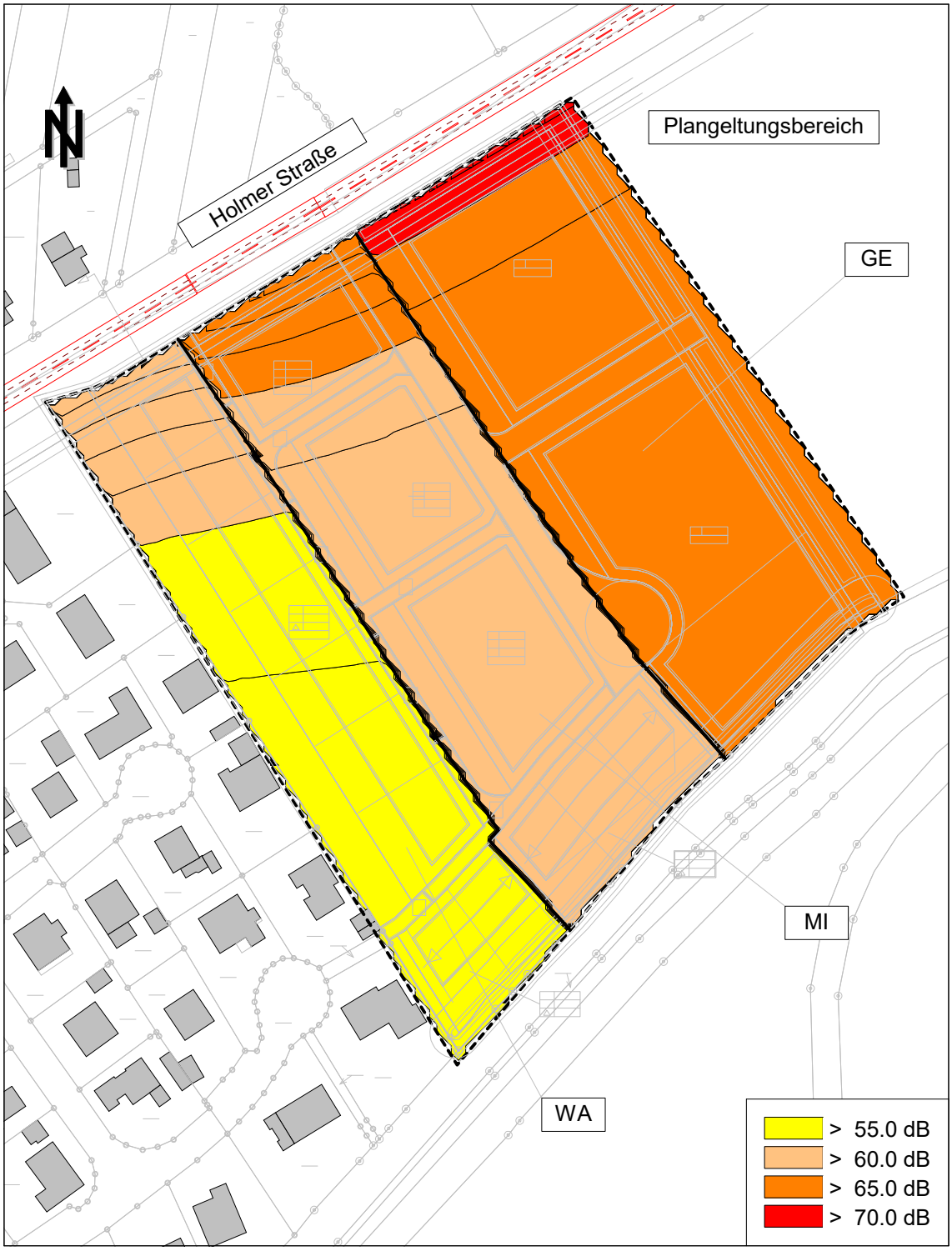
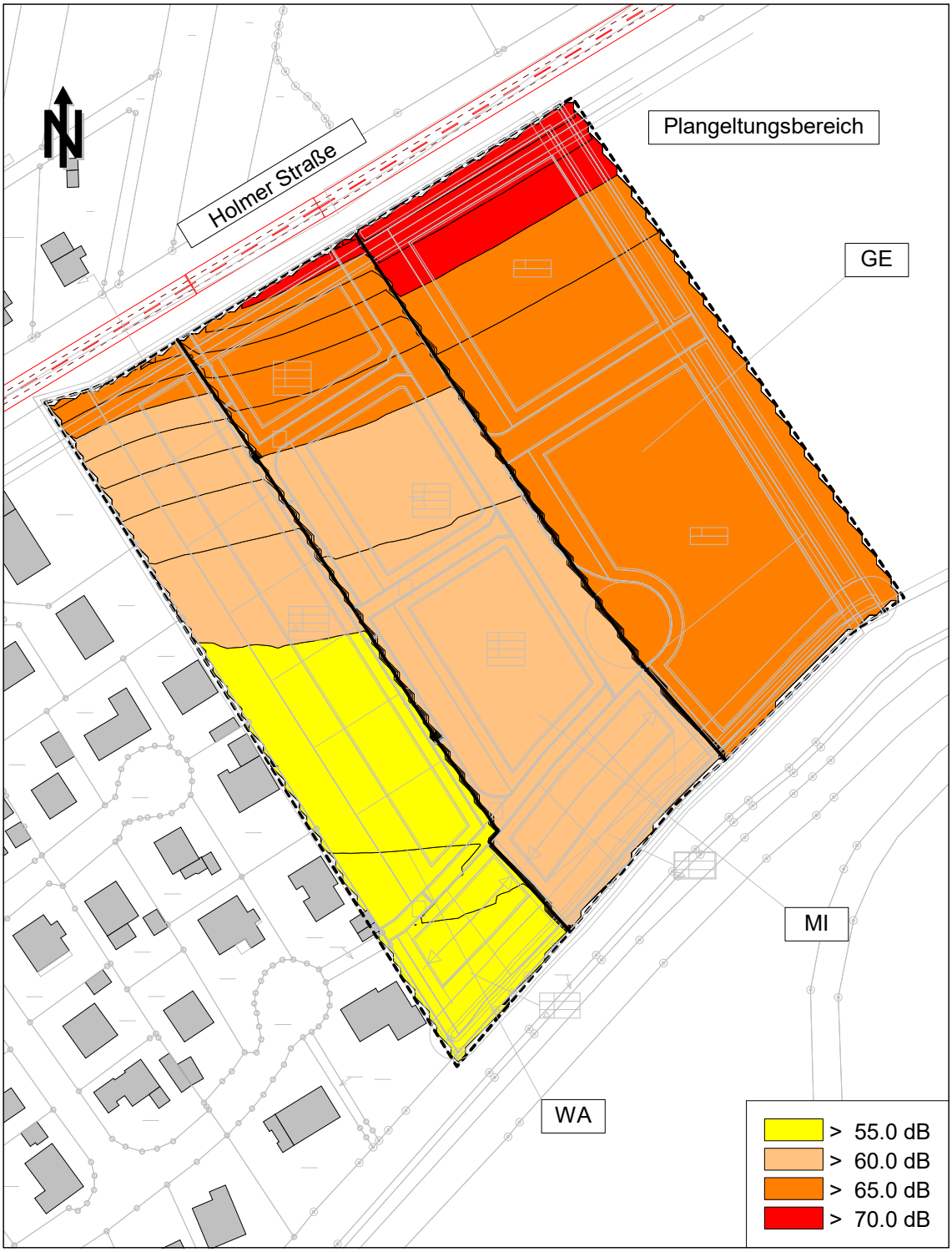


Abbildung 4: maßgeblicher Außenlärmpegel für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden



6.2. Festsetzungen

a) Verkehrslärm

Zum Schutz der Wohn- und Büronutzungen werden für Neu-, Um- und Ausbauten die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) entsprechend den nachfolgenden Abbildungen festgesetzt.

Die Abbildung 4 gilt ausschließlich für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden.

(Hinweis 1 an den Planer: Die maßgeblichen Außenlärmpegel sind Abbildung 3 *und* Abbildung 4 *zu entnehmen. Diese sind entsprechend in die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes zu übernehmen)*

(Hinweis 2 an die Verwaltung und den Planverfasser: Die DIN-Vorschrift 4109 ist im Rahmen des Planaufstellungsverfahrens durch die Verwaltung zur Einsicht bereitzuhalten und hierauf in der Bebauungsplanurkunde hinzuweisen).

Zur Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung des Gebäudes in den nicht nur vorübergehend zum Aufenthalt von Menschen vorgesehenen Räumen sind die Anforderungen an das resultierende Schalldämm-Maß gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) zu ermitteln.

Im Rahmen der jeweiligen Baugenehmigungsverfahren ist die Eignung der für die Außenbauteile der Gebäude gewählten Konstruktionen nach den Kriterien der DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) nachzuweisen.

Zum Schutz der Nachtruhe sind im Gewerbegebiet sowie im allgemeinen Wohngebiet und Mischgebiet bis zu einem Abstand von 88 m zur Straßenmitte der Holmer Straße bei Neu-, Um- und Ausbauten für Schlaf- und Kinderzimmer schallgedämmte Lüftungen vorzusehen, falls der notwendige hygienische Luftwechsel nicht auf andere geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Weise sichergestellt werden kann und die Anforderungen an das resultierende Schalldämmmaß gemäß den ermittelten und ausgewiesenen maßgeblichen Außenlärmpegeln nach DIN 4109 erfüllt werden.

Von den vorgenannten Festsetzungen kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung geringere Anforderungen an den passiven Schallschutz resultieren.

Bargteheide, den 4. Mai 2017

erstellt durch: geprüft durch:

Dipl.-Ing. (FH) Annett Ignatowitz
Projektingenieurin

Dipl.-Ing. Björn Heichen
Geschäftsführender Gesellschafter

7. Quellenverzeichnis

Gesetze, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien

[1] Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 55 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626, 637)

[2] Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 2005 (BGBl. I Nr. 37 vom 28.06.2005 S. 1757) zuletzt geändert am 21. Dezember 2006 durch Artikel 2 des Gesetzes zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte (BGBl. I Nr. 64 vom 27.12.2006 S. 3316);

[3] Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert am 22. April 1993 durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) (BGBl. I S. 466);

[4] Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) vom 12. Juni 1990 (BGBl. I Nr. 27 vom 20.06.1990 S. 1036) zuletzt geändert am 19. September 2006 durch Artikel 3 des Ersten Gesetzes über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BGBl. I Nr. 44 vom 30.09.2006 S. 2146);

[5] Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (6. BImSchVwV), TA Lärm - Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm vom 26. August 1998 (GMBl. Nr. 26 vom 28.08.1998 S. 503);

[6] DIN 18005 Teil 1, Schallschutz im Städtebau - Teil 1: Grundlagen und Hinweise für die Planung, Juli 2002;

[7] DIN 18005 Teil 1 Beiblatt 1, Schallschutz im Städtebau; Berechnungsverfahren; Schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung, Mai 1987;

[8] DIN 4109, Schallschutz im Hochbau, Teil 1: Mindestanforderungen, Juli 2016;

[9] DIN 4109, Schallschutz im Hochbau, Teil 2: Rechnerische Nachweise der Erfüllung der Anforderungen, Juli 2016;

[10] E DIN 4109-1/A1, Schallschutz im Hochbau, Teil 1 : Mindestanforderungen; Änderung A1, Januar 2017;

[11] E DIN 4109-2/A2, Schallschutz im Hochbau, Teil 2 : Rechnerische Nachweise der Erfüllung der Anforderungen; Änderung A1, Januar 2017;

[12] DIN 45691, Geräuschkontingentierung, Dezember 2006;

Emissions-/Immissionsberechnung

[13] Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen, RLS-90, Ausgabe 1990;

[14] Statistische Mitteilungen des KBA FZ 25, 1.1.2012;

[15] Parkplatzlärmstudie, Empfehlungen zur Berechnung von Schallemissionen aus Parkplätzen, Autohöfen und Omnibusbahnhöfen sowie von Parkhäusern und Tiefgaragen, Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz, 6. vollständig überarbeitete Auflage, 2007;

[16] Hessische Landesanstalt für Umwelt, Technischer Bericht zur Untersuchung der LKW- und Ladegeräusche auf Betriebsgeländen von Frachtzentren, Auslieferungslagern und Speditionen, aus: Umweltplanung, Arbeits- und Umweltschutz, Heft 1992, 16. Mai 1995;

[17] Hessische Landesanstalt für Umwelt und Geologie, Technischer Bericht zur Untersuchung der Geräuschemissionen durch Lastkraftwagen auf Betriebsgeländen von Frachtzentren, Auslieferungslagern, Speditionen und Verbrauchermärkten sowie weiterer typischer Geräusche insbesondere von Verbrauchermärkten, Lärmschutz in Hessen, Heft 3, Wiesbaden, 2005;

[18] Technischer Bericht Nr. L 4054 zur Untersuchung der Geräuschemissionen von Tankstellen, Umweltplanung, Arbeits- und Umweltschutz, Heft Nr. 275, Hessische Landesanstalt für Umwelt, 1999;

[19] DIN ISO 9613-2; Akustik – Dämpfung des Schalls bei der Ausbreitung im Freien – Teil 2: Allgemeine Berechnungsverfahren (ISO 9613-2:1996), Deutsche Fassung EN ISO 717-1:1996, Januar 1997;

[20] DIN EN ISO 717-1, Akustik - Bewertung der Schalldämmung in Gebäuden und von Bauteilen - Teil 1: Luftschalldämmung November 2006;

[21] DataKustik GmbH, Software, Technische Dokumentation und Ausbildung für den Immissionsschutz, München, Cadna/A® für Windows™, Computerprogramm zur Berechnung und Beurteilung von Lärmimmissionen im Freien, Version 2017 (32-Bit), November 2016;

Sonstige projektbezogene Quellen und Unterlagen

[22] Entwurf Bebauungsplan Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen, vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt, E-Mail vom 03. Mai 2017;

[23] Digitale Kartengrundlage, vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt, E-Mail vom 11.01.2017;

[24] Betriebsbeschreibung Brillenhersteller, mit dem Auftraggeber abgestimmt, Februar 2017;

[25] Verkehrsbelastungen, von d+p daenekamp und partner zur Verfügung gestellt, E-Mail vom 06.April 2017;

[26] Informationen gemäß Ortstermin mit Fotodokumentation, LAIRM CONSULT GmbH, 06.01.2017.

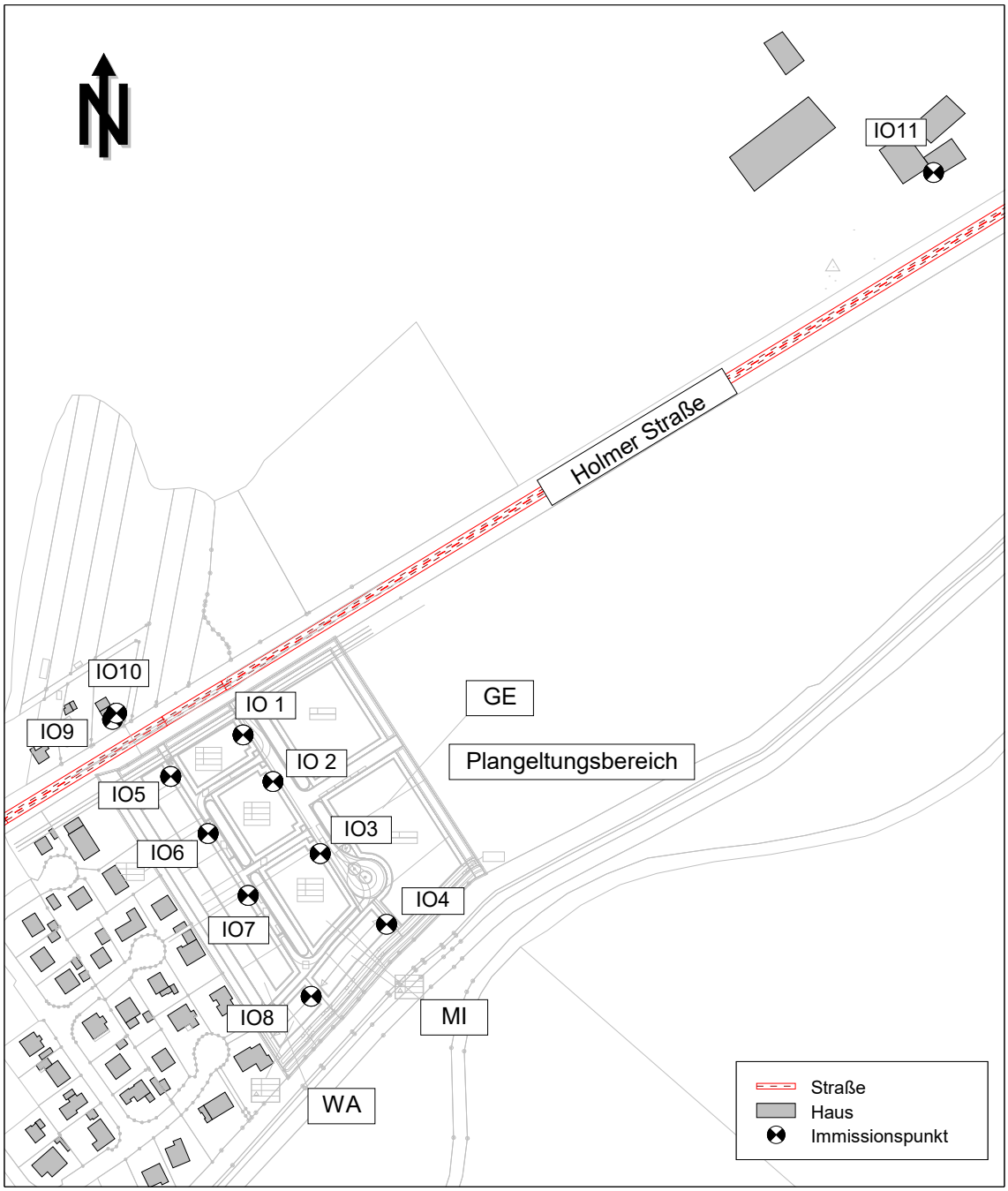
8. Anlagenverzeichnis

A 1 Lagepläne III
A 1.1 Übersichtsplan, Maßstab 1:4.000 III
A 1.2 Lage der Quellen, Maßstab 1:4.000 IV
A 1.3 Lage der Quellen des Brillenherstellers, Maßstab 1:1.000 V
A 3 Beurteilungspegel aus Gewerbelärm XIV
A 3.1 Prognose-Nullfall XIV
A 3.1.1 Teilpegelanalyse tags XIV
A 3.2 Teilpegelanalyse nachts XIV
A 3.3 Prognose-Planfall XV
A 3.3.1 Teilpegelanalyse tags XV
A 3.4 Teilpegelanalyse nachts XV
A 4 Verkehrslärm XVI
A 4.1 Straßenverkehrslärm XVI
A 4.1.1 Verkehrsbelastungen XVI
A 4.1.2 Basis-Emissionspegel XVI
A 4.1.3 Emissionspegel XVII
A 4.1.4 Zunahmen der Emissionspegel XVII
A 4.2 Beurteilungspegel aus Verkehrslärm XVIII
A 4.2.1 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 2,0 m, Maßstab 1:1.750 ... XVIII
A 4.2.2 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 2,8 m, Maßstab 1:1.750 XIX
A 4.2.3 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 5,6 m, Maßstab 1:1.750 XX
A 4.2.4 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 8,4 m, Maßstab 1:1.750 XXI
A 4.2.5 Beurteilungspegel nachts, Aufpunkthöhe 2,8 m, Maßstab 1:1.750 XXII
A 4.2.6 Beurteilungspegel nachts, Aufpunkthöhe 5,6 m, Maßstab 1:1.750 XXIII
A 4.2.7 Beurteilungspegel nachts, Aufpunkthöhe 8,4 m, Maßstab 1:1.750 XXIV
A 5 Maßgeblicher Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 XXV
A 5.1 für schutzbedürftige Räume, maßgebendes Geschoss, Maßstab 1:1.750 .. XXV

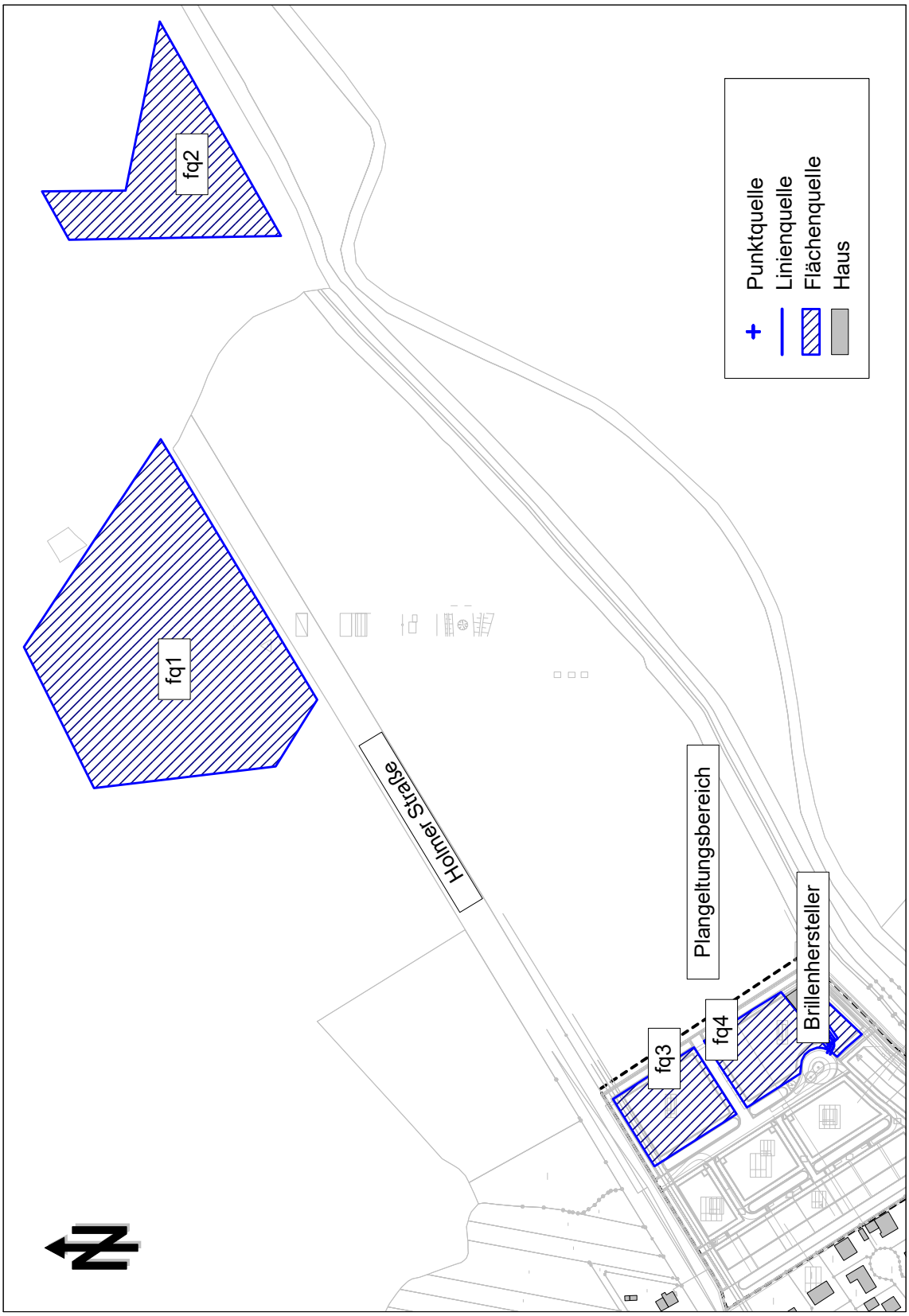
A 5.2 für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden, maßgebendes Geschoss, Maßstab 1:1.750 XXVI

A 1 Lagepläne

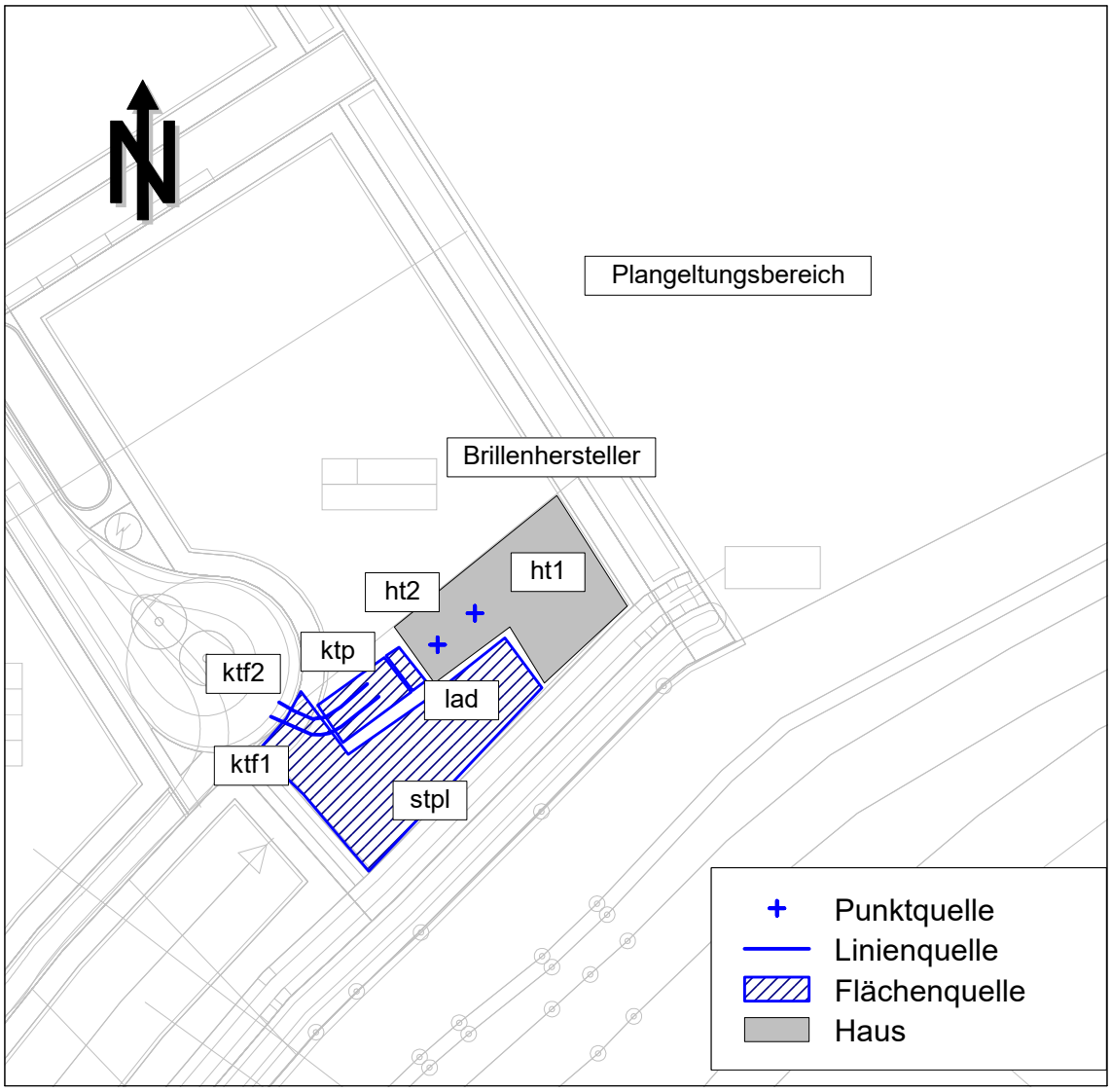
A 1.1 Übersichtsplan, Maßstab 1:4.000



A 1.2 Lage der Quellen, Maßstab 1:4.000



A 1.3 Lage der Quellen des Brillenherstellers, Maßstab 1:1.000



A 2 Gewerbelärm

A 2.1 Belastungen

Das Verkehrsaufkommen im Plangebiet ist in der folgenden Tabelle zusammengestellt:

Sp	1	3	4	5	6	7	8	9
Ze	**Teilverkehr**	**Stell-plätze** / **Anteil**	**Kürzel**	**Rich-tung**	**Anzahl Fahrzeuge**			
					tags		**nachts**	
					T_{r1}	**T_{r2}**	**T_{r3}**	**T_{r4}**
					Kfz / 13 h	**Kfz / 3 h**	**Kfz / 8 h**	**Kfz / 1 h**
Brillenhersteller								
Pkw-Verkehre								
1	Stellplatzanlage	100 %	pkzu	zu	10	20		
2			pkab	ab	30			
Lkw-Verkehr								
3	Kleintransporter Anlieferung	100 %	kt1zu	zu	1			
4			kt1ab	ab	1			
5	Kleintransporter Auslieferung	100 %	kt2zu	zu	1			
6			kt2ab	ab	1			

Anmerkungen und Erläuterungen:

Spalte 2:..... Anzahl der Stellplätze;

Spalte 3:..... Anteil an Gesamtzahl;

Spalten 6-9:... Beurteilungszeiträume wie folgt:

T_{r1}:... außerhalb der Ruhezeiten tags (7 bis 20 Uhr)

T_{r2} :.. in den Ruhezeiten tags (6 bis 7 Uhr und 20 bis 22 Uhr);

T_{r3}:... gesamte Nacht (22 bis 6 Uhr) (für die Beurteilung des Gewerbelärms gemäß TA Lärm nicht maßgebend);

T_{r4}:... lauteste Stunde nachts (zwischen 22 und 6 Uhr);

Sp	1	3	4	5	6	7	8	9
Ze	**Teilverkehr**	**Stell-**	**Kürzel**	**Rich-**	**Anzahl Fahrzeuge**			
Ze	**Vorgänge**		**Kürzel**	**Anteil**	**Anzahl der Vorgänge bzw.**			
					tags		**nachts**	
					T_{r1}	**T_{r2}**	**T_{r3}**	**T_{r4}**
					9 h	**7 h**		**1 h**
Sonstiges								
1	Haustechnik		ht	100%	13,0 h	3,0 h		1,0 h

Anmerkungen und Erläuterungen:

Spalte 1: .....Bezeichnung des Vorgangs;

Spalten 4-7: ...Beurteilungszeiträume wie folgt:

T_{r1}: ...außerhalb der Ruhezeiten tags (7 bis 20 Uhr)

T_{r2} : ..in den Ruhezeiten tags (6 bis 7 Uhr und 20 bis 22 Uhr);

T_{r3}: ...gesamte Nacht (22 bis 6 Uhr) (für die Beurteilung des Gewerbelärms gemäß TA Lärm nicht maßgebend);

T_{r4}: ...lauteste Stunde nachts (zwischen 22 und 6 Uhr);

A 2.2 Basisschallleistungen der einzelnen Quellen

A 2.2.1 Fahrbewegungen Pkw

Die Berechnung der von den fahrenden Kfz ausgehenden Schallemissionen erfolgt in Anlehnung an die in der Parkplatzlärmstudie [15] beschriebene Vorgehensweise nach der RLS-90 [13].

Um die Einheitlichkeit des Rechenmodells für alle Lärmquellen (Fahrzeugverkehr, Parkvorgänge) zu gewährleisten, werden die Emissionspegel nach RLS-90 in mittlere Schallleistungspegel für ein Ereignis pro Stunde umgerechnet. Die folgende Tabelle zeigt den Ansatz.

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ze	Kürzel	Fahrwegsbezeichnung	mittlere Schallleistungspegel (ein Vorgang pro Stunde)							
			v	D_v	Länge	Δh	g	D_{Stg}	D_{StrO}	$L_{W,r,1}$
			km / h	dB(A)	m		%	dB(A)		
1	f1	Kleintransporter Zufahrt	30	-8,8	14	0,0	0,0	0,0	1,5	60,7
2	f2	Kleintransporter Abfahrt	30	-8,8	17	0,0	0,0	0,0	1,5	61,6

Anmerkungen und Erläuterungen:

Spalte 1..... Bezeichnung der Lärmquellen;

Spalte 2..... siehe Lageplan in Anlage A 1 zur Anordnung der einzelnen Fahrstrecken auf dem Betriebsgelände;

Spalte 3..... Nach Abschnitt 4.4.1.1.2 der RLS-90 ist mit der zulässigen Höchstgeschwindigkeit, mindestens jedoch mit v = 30 km / h zu rechnen.

Spalte 4..... Geschwindigkeitskorrekturen nach Gleichung 8 der RLS-90;

Spalte 5..... Längen der Fahrstrecke;

Spalte 6..... Höhendifferenzen im jeweiligen Abschnitt;

Spalte 7..... Längsneigung des Fahrweges (Steigungen und Gefälle nach Abschnitt 4.4.1.1.4 der RLS-90 gleich behandelt);

Spalte 8..... Korrekturen für Steigungen und Gefälle nach Gleichung 9 der RLS-90;

Spalte 9..... Zuschläge für unterschiedliche Straßenoberflächen nach Tabelle 4 der RLS-90 (hier Betonsteinpflaster mit Fugen > 3 mm angesetzt);

Spalte 10..... Der Schallleistungspegel für eine Fahrt pro Stunde ergibt sich aus dem Emissionspegel nach Gleichung 6 der RLS-90 zu

$$L_{W,r,1} = L_{m,E} + 10\lg(l) + 19{,}2\,dB(A).$$

Dabei ist l die tatsächliche Fahrweglänge unter Berücksichtigung des Höhenunterschiedes. Der Korrektursummand von 19,2 dB resultiert aus den unterschiedlichen Bezugsabständen ($L_{m,E}$: Schalldruckpegel in 25 m Abstand von der Emissionsachse $\Leftrightarrow$ $L_{W,r,1}$: Schallleistungspegel bezogen auf eine Länge von 1 m).

A 2.2.2 Parkvorgänge

Neben den Fahrbewegungen sind im Bereich der Stellplatzanlagen zusätzlich die Geräusche aus den Parkvorgängen (Ein- und Ausparken, Türenschlagen etc.), dem Parkplatzsuchverkehr und dem Durchfahrtsanteil zu berücksichtigen. Es finden die Ansätze der Parkplatzlärmstudie [15] Verwendung.

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8
Ze	Kürzel	Quelle	mittlere Schallleistungspegel (ein Vorgang pro Stunde)					
			L_{W0}	K_{PA}	K_I	K_{StrO}	K_D	$L_{W,r,1}$
			dB(A)					
1	parkm	Pkw-Stellplatz Mitarbeiter (Zusammengfasstes Verfahrenen)	63,0	0	4	1,0	2,6	70,6
2	parka	Pkw-Stellplatz Anlieferung	63,0	0	4	0,0	0,0	67,0

Anmerkungen und Erläuterungen:

Spalte 3 .....Ausgangsschallleistungen für eine Bewegung pro Stunde (siehe Abschnitt 8.2 der Parkplatzlärmstudie);

Spalte 4 .....Zuschläge für unterschiedliche Parkplatztypen nach Tabelle 34 der Parkplatzlärmstudie;

Spalte 5 .....Zuschläge für die Impulshaltigkeit der Geräusche (Türenklappen), ebenfalls nach Tabelle 34 der Parkplatzlärmstudie;

Spalte 6 .....Zuschläge für unterschiedliche Straßenoberflächen gemäß Parkplatzlärmstudie (bei getrenntem Verfahren gemäß Abschnitt 8.2.2 der Parkplatzlärmstudie sowie bei Parkplätzen an Einkaufszentren nicht erforderlich);

Spalte 7 .....Zuschläge für den Schallanteil der durchfahrenden Fahrzeuge gemäß Parkplatzlärmstudie, bei getrenntem Verfahren gemäß Abschnitt 8.2.2 der Parkplatzlärmstudie nicht erforderlich;

Spalte 8 .....mittlerer Schallleistungspegel, ein Vorgang pro Stunde;

A 2.2.3 Anlieferungen

Die Schallleistungspegel, die Einwirkzeiten für einen Vorgang und der sich daraus ergebende Schallleistungs-Beurteilungspegel, beziehen sich auf einen Vorgang pro Stunde, und sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt.

Sp	1	2		3	4	5	6
Ze	Kürzel	Vorgang		mittlere Schallleistungspegel (ein Vorgang pro Stunde)			
				L_{W0}	K_I	T_E	$L_{W,r,1}$
				dB(A)		min.	dB(A)
1	ladp	Ladearbeiten mit Palettenhubwagen über fahrzeugeigene Ladebordwand	10 Vorgänge	99,1	0	60	99,1

Anmerkungen und Erläuterungen:

Spalte 2 .....Ausgangsschallleistungen für einen Vorgang pro Stunde;

Spalte 3 .....Zuschläge für die Impulshaltigkeit der Geräusche;

Spalte 4..... Einwirkzeiten je Vorgang;

Spalte 5..... mittlerer Schallleistungspegel, ein Vorgang pro Stunde;

A 2.2.4 Flächenbezogene Schallleistungspegel

Sp	1		2	3	4	5	6
Ze	Kürzel	Gewerbefläche	mittlere Schallleistungspegel				
			Fläche	L_W"		$L_{W,r,1}$	
				tags	nachts	tags	nachts
			m²	dB(A) (pro m²)		dB(A)	
1	fq1	Vorbelastung 1	25.700	60	60	104,1	104,1
2	fq2	Vorbelastung 2	9.330	60	60	99,7	99,7
3	fq3	B-Plan 12	3.390	60	49	95,3	84,3
4	fq4	B-Plan 12	3.160	60	50	95,0	85,0

Anmerkungen und Erläuterungen:

Spalten 1:..... Bezeichnung der einzelnen Lärmquellen;

Spalten 2:..... Fläche in m²;

Spalten 3-4.... flächenbezogener Schallleistungspegel gemäß Festsetzungen in B- Plänen bzw. geeignete Ansätze;

A 2.2.5 Oktavspektren Schallleistungspegel

In der folgenden Übersicht sind die verwendeten Basis-Oktavspektren angegeben, die bei der Schallausbreitungsberechnung verwendet wurden. Grundlage bilden typische Oktavspektren aus aktuellen Regelwerken (DIN EN 717-1 [20], Tankstellenlärmstudie [18] und Herstellerangaben).

Sp	1		2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ze	Vorgang		relativer Schallpegel (auf 0 dB(A) normiert)								
			31,5 Hz	63 Hz	125 Hz	250 Hz	500 Hz	1 kHz	2 kHz	4 kHz	8 kHz
			dB(A)								
1	alltief	Quellen allgemein, eher tiefenlastig (DIN EN 717-1, Spektrum Nr. 2)		-18	-14	-10	-7	-4	-6	-11	
2	lkladep	Lkw-Verladung (Paletten)	-33	-24	-10	-4	-7	-9	-13	-19	-25
3	parkfahr	Pkw-Anfahrten		-8	-6	-14	-9	-9	-9	-11	-18
4	parkpr	Parken an P+R-Anlagen, arithm. Mittel		-14	-12	-15	-9	-6	-6	-8	-14
5	radvent	Lüfter (typisches Spektrum)	0	-24	-14	-12	-7	-4	-5	-12	-17

A 2.2.6 Abschätzung der Standardabweichungen

Im Folgenden werden die Standardabweichungen σ der Quellen abgeschätzt. Für jede Quelle sind verschiedene Fehler wie z.B. in den Belastungsansätzen (Verkehrszahlen), den Schallleistungspegeln, der Quellenmodellierung, der angenommenen Fahrwegslängen und Geschwindigkeiten und damit der Einwirkzeiten etc. zu berücksichtigen. Sofern die Einzelfehler statistisch voneinander unabhängig sind, kann der Gesamtfehler als Wurzel aus der Summe der Quadrate der Einzelstandardabweichungen berechnet werden.

Folgende Annahmen werden für die Einzelfehler getroffen:

Eingangsgröße	rel. Fehler	+ σ dB(A)	- σ dB(A)	σ_{Mittel} dB(A)
Basisschallleistung L_{W0}, Pkw-Fahrt	—	2,5	2,5	2,5
Basisschallleistung L_{W0}, Lkw-Fahrt	—	3,0	3,0	3,0
Basisschallleistung Ladearbeiten	—	3,0	3,0	3,0
Pkw-Parkvorgang (inkl. Zuschläge)	—	2,5	2,5	2,5
Lkw-Parkvorgang (inkl. Zuschläge)	—	3,0	3,0	3,0
Fahrweglänge $l_{\perp}$	± 10 %	0,4	0,5	0,4
Geschwindigkeit v	± 33 %	1,2	1,7	1,5
Anzahl der Vorgänge	± 20 %	0,8	1,0	0,9
Anzahl der Lieferungen	± 20 %	0,8	1,0	0,9
Ladezeiten	± 33 %	1,2	1,7	1,5
Dauer der Vorgänge	± 20 %	0,8	1,0	0,9

Für die mittleren Gesamtstandardabweichungen ergibt sich damit:

Sp	1		2	3	4	5	6	7	8
Ze	Vorgang		Einzelstandardabweichung						Gesamt
			σ_{LW0}	$\sigma_{l,\perp}$	σ_v	σ_T	$\sigma_{LW,r,1}$	σ_{Anzahl}	σ_{LWA}
			dB(A)						
Kleinrtansporter-Fahrwege (bezogen auf eine Bewegung)									
1	pf	Pkw-Fahrt	2,5	0,4	1,5	—	2,9	0,9	3,1
Pkw-Stellplatz									
2	pk	Stellplatz	3,0	—	—	—	3,0	0,9	3,1
Anlieferung									
3	lad	Laden	3,0	—	—	1,5	3,4	0,9	3,5
Haustechnik									
4	hht	Haustechnik	3,0	—	—	0,4	3,0	—	3,0

A 2.3 Schallleistungspegel für die Quellbereiche

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Ze	Quelle	Vorgänge					Emissionen		$L_{W,r}$			$\sigma_{LW,r}$
		Kürzel	Anzahl				$L_{W,Basis}$		t mRZ	t oRZ	n	dB(A)
			P	t			Kürzel	$L_{W,r,1}$				
			%	T_{r1}	T_{r2}	T_{r4}		dB(A)	dB(A)			
Pkw-Stellplatzanlage												
1	stpl	pkzu	100	10	20		parkm	70,6	78,1	73,3		
2		pkab	100	30			parkm	70,6	73,3	73,3		
3		stpl							79,3	76,3		3,1
Kleintransporter-Fahrten												
4	ktf1	kt1zu	100	1			f1	60,7	48,7	48,7		
5		kt2zu	100	1			f1	60,7	48,7	48,7		
6		ktf1							51,7	51,7		3,1
7	ktf2	kt1ab	100	1			f2	61,6	49,5	49,5		
8		kt1ab	100	1			f2	61,6	49,5	49,5		
9		ktf2							52,5	52,5		3,1
Kleintransporter-Parken												
10	ktp	kt1zu	100	1			parka	67,0	55,0	55,0		
11		kt1ab	100	1			parka	67,0	55,0	55,0		
12		kt2zu	100	1			parka	67,0	55,0	55,0		
13		kt2ab	100	1			parka	67,0	55,0	55,0		
14		ktp							61,0	61,0		3,1
Ladearbeiten,Ladezonen												
15	lad	kt1zu	100	1			ladp	99,1	87,1	87,1		
16		lad							87,1	87,1		3,5
Haustechnik												
17	ht1	ht	100	9 h	7 h	1 h	kg	70,0	73,6	70,0	70,0	
18		ht1							73,6	70,0	70,0	3,0
19	ht2	ht	100	13 h	3 h	1 h	lt	75,0	76,9	75,0	75,0	
20		ht2							76,9	75,0	75,0	3,0
pauschale Flächenquellen												
21	fq1	tags	100	13 h	3 h		fq1	104,1	104,1	104,1		
22		nachts	100			1 h	fq1	104,1			104,1	
23		fq1							104,1	104,1	104,1	3,0
24	fq2	tags	100	13 h	3 h		fq2	99,7	99,7	99,7		
25		nachts	100			1 h	fq2	99,7			99,7	
26		fq2							99,7	99,7	99,7	3,0
27	fq3	tags	100	13 h	3 h		fq3	95,3	95,3	95,3		
28		nachts	100			1 h	fq3	84,3			84,3	
29		fq3							95,3	95,3	84,3	3,0
30	fq4	tags	100	13 h	3 h		fq4	95,0	95,0	95,0		
31		nachts	100			1 h	fq4	85,0			85,0	
32		fq4							95,0	95,0	85,0	3,0

Anmerkungen zur Tabelle:

Spalte 1..... Bezeichnung der einzelnen Lärmquellen;

Spalte 2..... Bezeichnung des Einzelvorganges in Anlage A 2.1;

Spalte 3..... Anteil der Einzelvorgänge, der im jeweiligen Bereich auftritt;

Spalten 4 - 6.. Siehe Erläuterungen zu Spalte 3 in Anlage A 2.1; der Beurteilungszeitraum nachts umfasst eine Stunde (T_{r4}).

Anmerkung: Alle Werte in den Spalten 4 bis 6 wurden auf eine ganze Zahl von Vorgängen mathematisch gerundet. Dadurch bedingt sind geringfügige Abweichungen von der Gesamtsumme nach Anlage A 2.1 möglich, die jedoch keinen Einfluss auf die Genauigkeit der schalltechnischen Berechnungen haben.

Spalten 7 - 8 ..Basisschallleistungen für einen Vorgang pro Stunde, nach Anlage A 2.2.1 bis A 2.2.4;

Spalten 9 - 11 Schallleistungs-Beurteilungspegel tags (t) und nachts (n) inklusive der Zeitbeurteilung und mit allen nach TA Lärm gegebenenfalls erforderlichen Zuschlägen (mit/ohne Ruhezeitenzuschlag (mRZ/oRZ));

Spalte 12 .....Standardabweichung des Schallleistungspegels (Anmerkung: Die Angabe einer Standardabweichung für die angesetzten Schallleistungspegel soll der Orientierung dienen und beschreibt die zu erwartende Streuung der Pegelwerte.)

A 2.4 Zusammenfassung der Schallleistungs-Beurteilungspegel

Zum Abschluss der Beschreibung des Emissionsmodells fasst die Tabelle die Schallleistungs-Beurteilungspegel für alle Einzelquellen zusammen.

Sp	1	2	3	4	5	6	7
Ze		**Lärmquelle**		**Basis-Oktav-Spektrum**	**Schallleistungs-Beurteilungspegel**		
					tags mRZ	**tags oRZ**	**nachts**
	Gruppe	**Bezeichnung**	**Kürzel**	**Kürzel**	**dB(A)**		
Brillenhersteller							
1	Pkw-Verkehr	Stellplatz	stpl	parkpr	79,3	76,3	
2	Anlieferung	Kleintransporter Zufahrt	ktf1	parkfahr	51,7	51,7	
3		Kleintransporter Abfahrt	ktf2	parkfahr	52,5	52,5	
4		Parken Anlieferung	ktp	parkpr	61,0	61,0	
5		Entladung Anlieferung	lad	lkladep	87,1	87,1	
6	Haustechnik	Klimagerät	ht1	alltief	73,6	70,0	70,0
7		Abluftanlage	ht2	radvent	76,9	75,0	75,0
8	Gewerbeflächen	Vorbelastung 1	fq1	—	104,1	104,1	104,1
9		Vorbelastung 2	fq2	—	99,7	99,7	99,7
10		B-Plan 12	fq3	—	95,3	95,3	84,3
11		B-Plan 12	fq4	—	95,0	95,0	85,0

A 3 Beurteilungspegel aus Gewerbelärm

A 3.1 Prognose-Nullfall

A 3.1.1 Teilpegelanalyse tags

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lärmquelle		**Teilbeurteilungspegel tags**									
			IO 1	**IO 2**	**IO 3**	**IO 4**	**IO 5**	**IO 6**	**IO 7**	**IO 8**	**IO 9**	**IO 10**
	Bezeichnung	**Kürzel**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**1.OG**	**1.OG**
Vorbelastung												
1	Vorbelastung 1	fq1	-	-	-	-	-	-	-	-	**35,5**	**35,8**
2	Vorbelastung 2	fq2	-	-	-	-	-	-	-	-	27,2	27,3
3	Summe		-	-	-	-	-	-	-	-	36	36

A 3.2 Teilpegelanalyse nachts

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lärmquelle		**Teilbeurteilungspegel nachts**									
			IO 1	**IO 2**	**IO 3**	**IO 4**	**IO 5**	**IO 6**	**IO 7**	**IO 8**	**IO 9**	**IO 10**
	Bezeichnung	**Kürzel**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**1.OG**	**1.OG**
Vorbelastung												
1	Vorbelastung 1	fq1	-	-	-	-	-	-	-	-	**35,5**	**35,8**
2	Vorbelastung 2	fq2	-	-	-	-	-	-	-	-	27,2	27,3
3	Summe		-	-	-	-	-	-	-	-	36	36

A 3.3 Prognose-Planfall

A 3.3.1 Teilpegelanalyse tags

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lärmquelle		**Teilbeurteilungspegel tags**									
			IO 1	**IO 2**	**IO 3**	**IO 4**	**IO 5**	**IO 6**	**IO 7**	**IO 8**	**IO 9**	**IO 10**
	Bezeichnung	**Kürzel**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**1.OG**	**1.OG**
Brillenhersteller												
1	Stellplatz	stpl	19,6	22,7	30,5	42,9	22,1	24,8	28,1	29,8	16,5	16,1
2	Kleintransporter Zufahrt	ktf1	-2,6	0,6	8,9	16,6	-3,8	-1,3	1,6	2,8	-6,7	-7,1
3	Kleintransporter Abfahrt	ktf2	-1,9	1,2	9,4	18,1	-3,1	-0,6	2,5	3,8	-6,0	-6,4
4	Parken Anlieferung	ktp	5,9	9,0	16,8	25,5	4,9	7,3	10,5	12,0	2,0	1,2
5	Entladung Anlieferung	lad	33,0	36,6	44,7	51,3	33,2	35,8	38,4	38,8	30,0	29,9
6	Klimagerät	ht1	15,9	18,9	25,0	26,9	17,4	19,7	21,9	22,1	10,8	10,9
7	Abluftanlage	ht2	20,9	24,1	30,6	35,1	20,8	23,3	25,9	26,4	15,9	15,9
8	Summe Brillenhersteller		34	37	45	**52**	34	36	39	40	30	30
Gewerbeflächen												
9	Vorbelastung 1	fq1	36,8	36,6	36,3	36,0	35,9	35,7	35,4	34,9	35,5	35,8
10	Vorbelastung 2	fq2	28,2	28,2	28,2	28,2	27,5	27,5	27,5	27,4	27,2	27,3
11	B-Plan 12	fq3	**53,7**	**53,7**	47,2	41,1	**44,7**	**44,6**	42,7	38,6	**41,4**	**41,6**
12	B-Plan 12	fq4	44,4	48,9	**53,7**	49,3	41,1	43,2	**44,4**	**41,9**	37,8	37,8
13	Summe Gewerbeflächen		54	55	55	50	47	47	47	44	44	44
14	Gesamtsumme		54	55	55	54	47	48	48	46	44	44

A 3.4 Teilpegelanalyse nachts

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lärmquelle		**Teilbeurteilungspegel nachts**									
			IO 1	**IO 2**	**IO 3**	**IO 4**	**IO 5**	**IO 6**	**IO 7**	**IO 8**	**IO 9**	**IO 10**
	Bezeichnung	**Kürzel**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**1.OG**	**1.OG**
Brillenhersteller												
1	Stellplatz	stpl	-56,7	-53,6	-45,8	-33,4	-57,2	-54,5	-51,2	-49,5	-59,8	-60,2
2	Kleintransporter Zufahrt	ktf1	-54,3	-51,1	-42,8	-35,1	-55,5	-53,0	-50,1	-48,9	-58,4	-58,8
3	Kleintransporter Abfahrt	ktf2	-54,4	-51,3	-43,1	-34,4	-55,6	-53,1	-50,0	-48,7	-58,5	-58,9
4	Parken Anlieferung	ktp	-55,1	-52,0	-44,2	-35,5	-56,1	-53,7	-50,5	-49,0	-59,0	-59,8
5	Entladung Anlieferung	lad	-54,1	-50,5	-42,4	-35,8	-53,9	-51,3	-48,7	-48,3	-57,1	-57,2
6	Klimagerät	ht1	15,9	18,9	25,0	26,9	13,8	16,1	18,3	18,5	10,8	10,9
7	Abluftanlage	ht2	20,9	24,1	30,6	35,1	18,9	21,4	24,0	24,5	15,9	15,9
8	Summe Brillenhersteller		22	25	32	36	20	23	25	25	17	17
Gewerbeflächen												
9	Vorbelastung 1	fq1	36,8	36,6	36,3	36,0	35,9	35,7	35,4	34,9	35,5	35,8
10	Vorbelastung 2	fq2	28,2	28,2	28,2	28,2	27,5	27,5	27,5	27,4	27,2	27,3
11	B-Plan 12	fq3	42,7	42,7	36,2	30,1	33,7	33,6	31,7	27,6	30,4	30,6
12	B-Plan 12	fq4	34,4	38,9	43,7	39,3	31,1	33,2	34,4	31,9	27,8	27,8
13	Summe Gewerbeflächen		44	45	45	42	39	39	39	38	38	38
14	Gesamtsumme		44	45	45	43	39	39	39	38	38	38

A 4 Verkehrslärm

A 4.1 Straßenverkehrslärm

A 4.1.1 Verkehrsbelastungen

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ze	Kürzel	Straßenabschnitt	Prognose-Nullfall 2030/35			Prognose-Planfall 2030/35			
			DTV	p_t	p_n	DTV	p_t	p_n	Neuverkehr
			Kfz/ 24 h	%	%	Kfz/ 24 h	%	%	
Holmer Straße (L261)									
1	str1	nordöstlich Zufahrt (außerorts)	2.532	4,4	4,0	3.205	4,5	4,2	673
2	str2	südwestlich Zufahrt (außerorts)	2.532	4,4	4,0	2.605	4,3	4,0	73
3	str3	südwestlich Zufahrt (innerorts)	2.532	4,4	4,0	2.605	4,3	4,0	73

A 4.1.2 Basis-Emissionspegel

Die folgende Zusammenstellung zeigt die in dieser Untersuchung verwendeten Basis-Emissionspegel $L_{m,E}$ gemäß RLS-90. Die Angaben sind auf 1 Pkw- oder Lkw-Fahrt je Stunde bezogen.

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ze	Straßentyp		Steigung/ Gefälle		Straßenoberfläche		Geschwindigkeiten		Emissionspegel	
			g	D_{Stg}	StrO	D_{StrO}	v_{PKW}	v_{LKW}	$L_{m,E,1}$	
									Pkw	Lkw
	Kürzel	Beschreibung	%	dB(A)		dB(A)	km/h		dB(A)	
1	asph100	nicht geriffelte Gussasphalte, Asphaltbetone und Splitmastix-asphalt	< 5	0,0	asphalt	0,0	100	100	37,2	48,1
2	asph050		< 5	0,0	asphalt	0,0	50	50	30,7	44,3

A 4.1.3 Emissionspegel

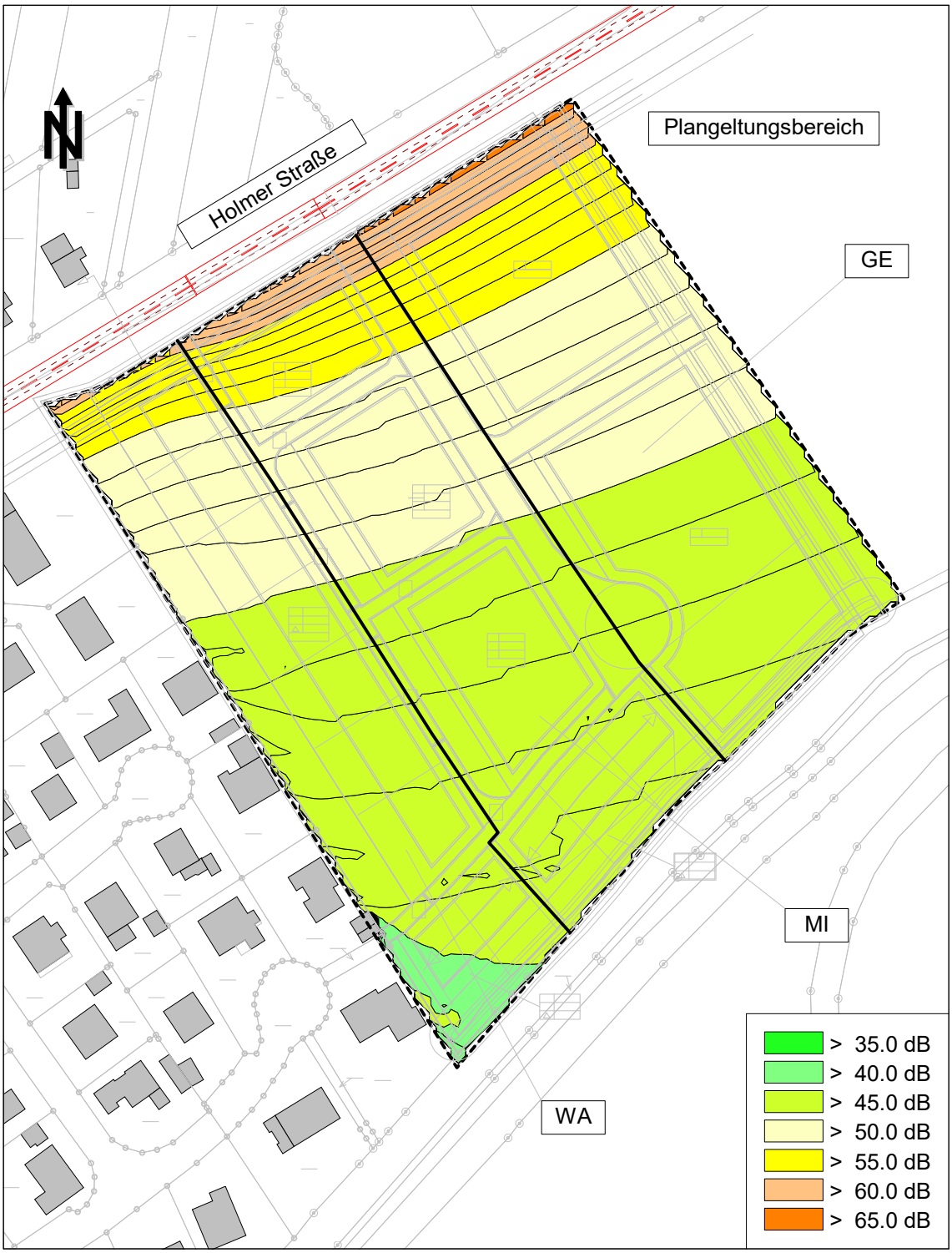
Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Ze	Straßen-abschnitt	Basis-$L_{m,E}$	Prognosehorizont 2030/35						Prognose-Planfall 2030/35					
			maßgebliche Verkehrs-stärken		maßgebl. Lkw-Anteile		Emissions-pegel $L_{m,E}$		maßgebliche Verkehrs-stärken		maßgebl. Lkw-Anteile		Emissions-pegel $L_{m,E}$	
			M_t	M_n	p_t	p_n	tags	nachts	M_t	M_n	p_t	p_n	tags	nachts
			Kfz/h		%		dB(A)		Kfz/h		%		dB(A)	
Holmer Straße (L261)														
1	str1	asph100	143	31	4,4	4,0	60,1	53,3	183	34	4,5	4,2	61,2	53,8
2	str2	asph100	143	31	4,4	4,0	60,1	53,3	147	31	4,3	4,0	60,2	53,3
3	str3	asph050	143	31	4,4	4,0	55,2	48,3	147	31	4,3	4,0	55,3	48,3

A 4.1.4 Zunahmen der Emissionspegel

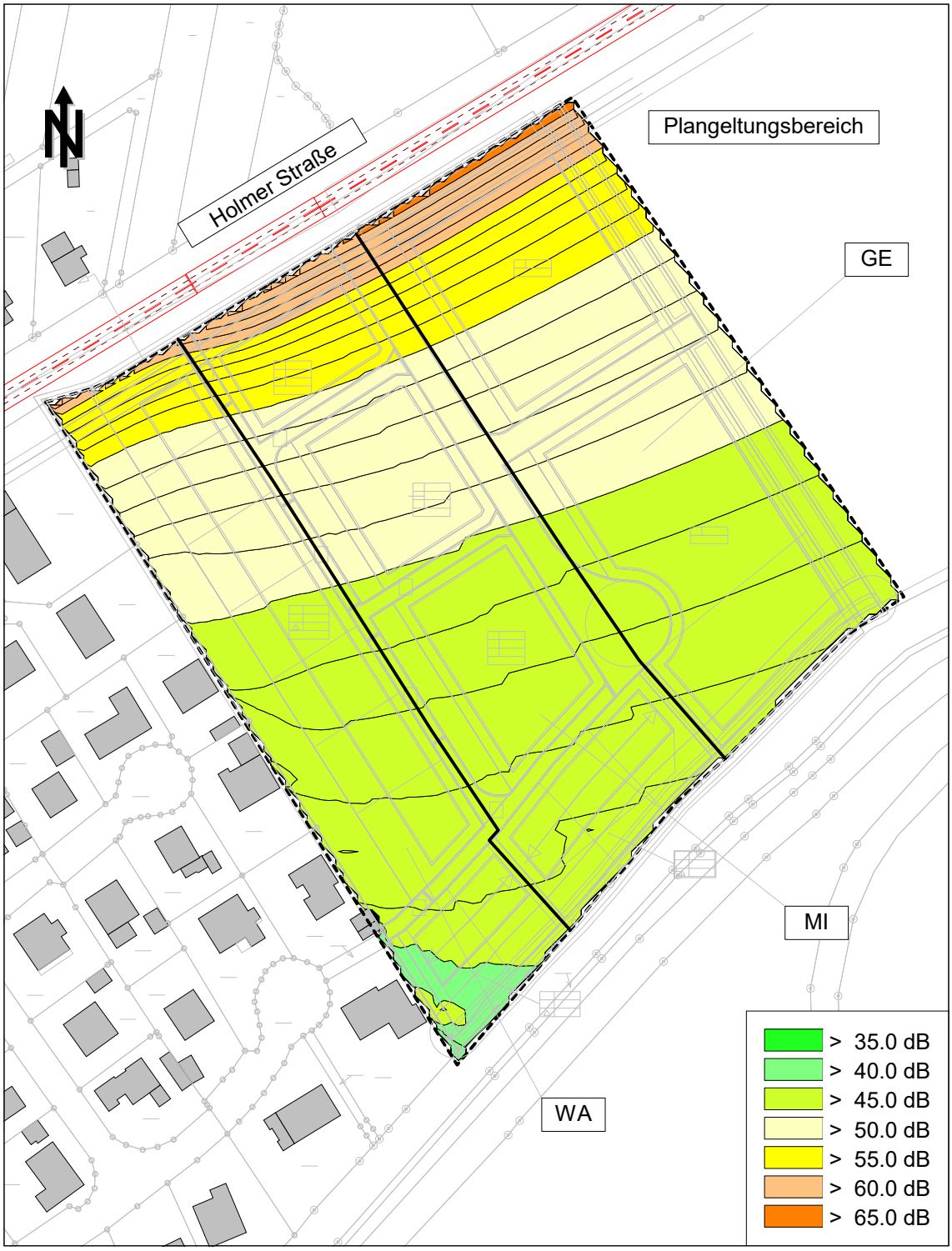
Sp	1	2	3	4	5	6	7	8
Ze	Kürzel	Straßenabschnitt	Emissionspegel $L_{m,E}$					
			Prognose-Nullfall		Prognose-Planfall		Zunahmen	
			tags	nachts	tags	nachts	tags	nachts
			dB(A)					
Holmer Straße (L261)								
1	str1	nordöstlich Zufahrt (außerorts)	60,1	53,3	61,2	53,8	1,1	0,5
2	str2	südwestlich Zufahrt (außerorts)	60,1	53,3	60,2	53,3	0,1	0,0
3	str3	südwestlich Zufahrt (innerorts)	55,2	48,3	55,3	48,3	0,1	0,0

A 4.2 Beurteilungspegel aus Verkehrslärm

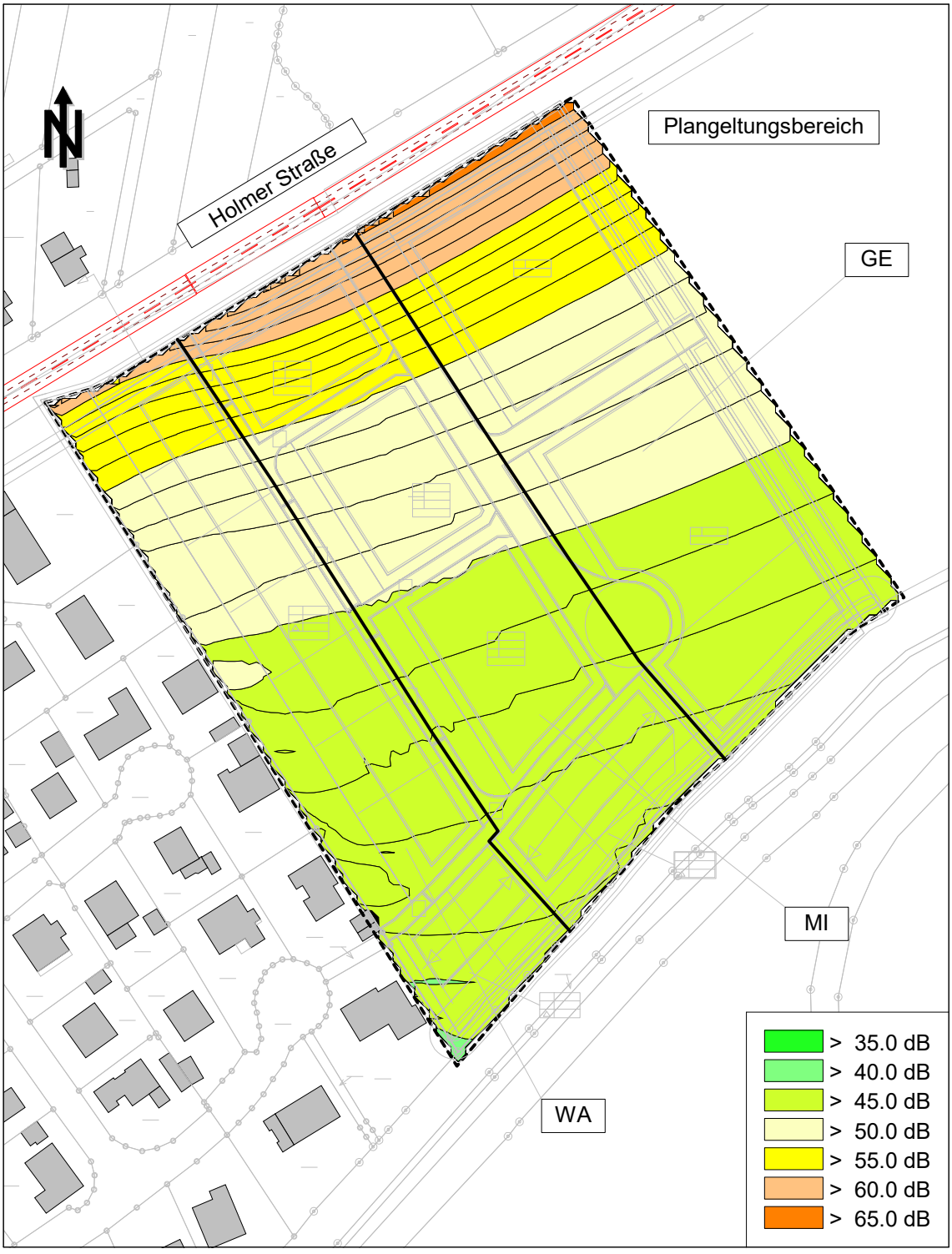
A 4.2.1 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 2,0 m, Maßstab 1:1.750



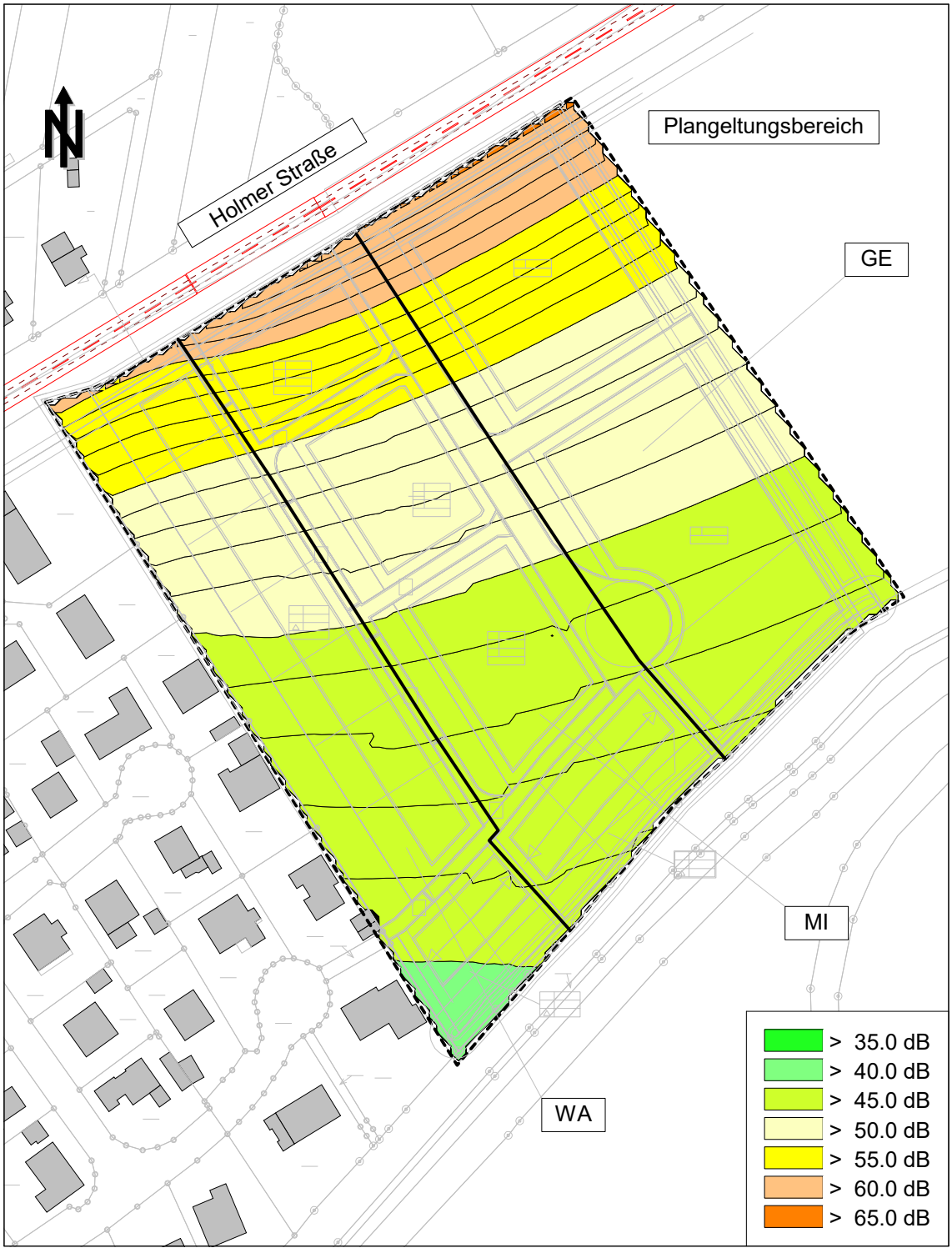
A 4.2.2 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 2,8 m, Maßstab 1:1.750



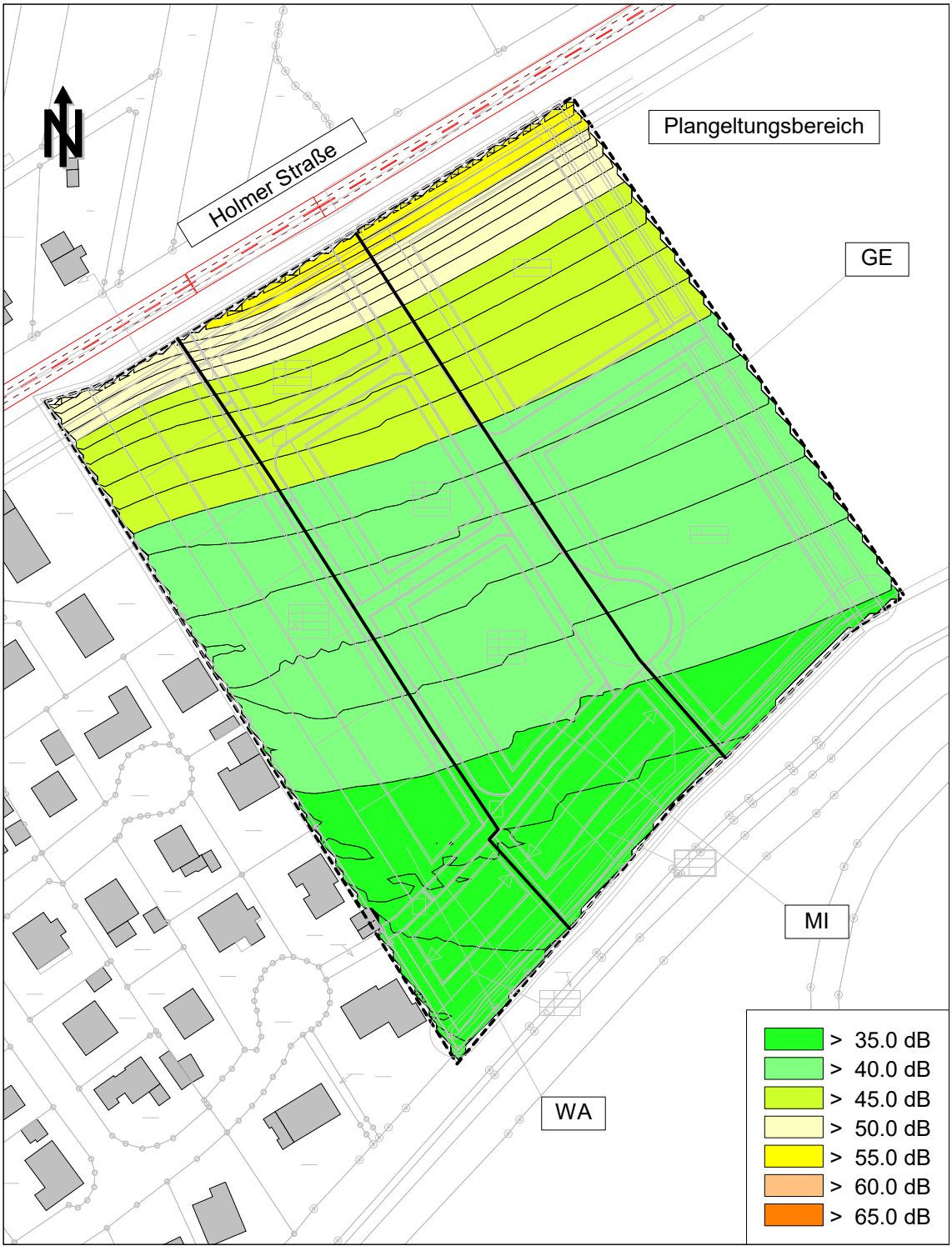
A 4.2.3 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 5,6 m, Maßstab 1:1.750



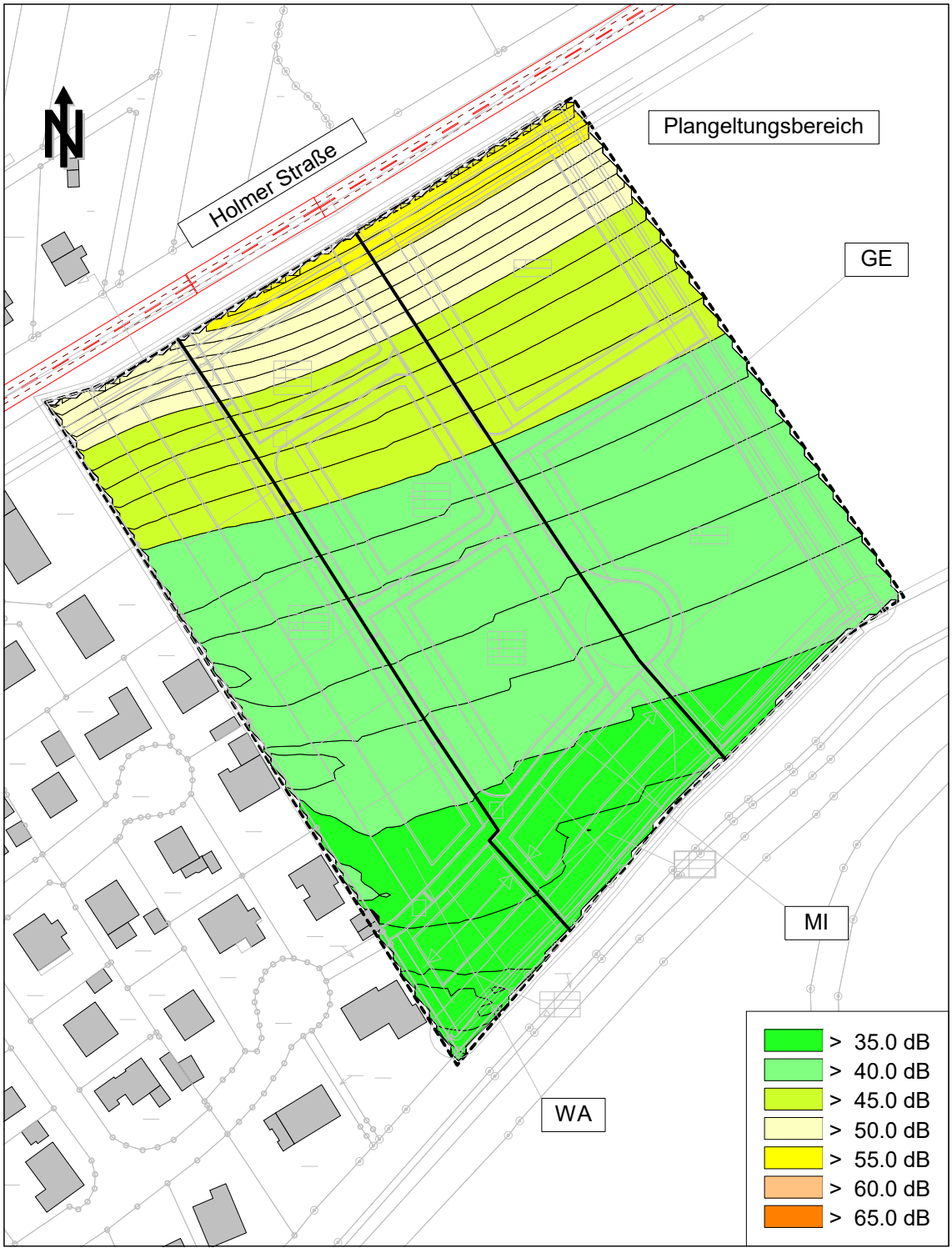
A 4.2.4 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 8,4 m, Maßstab 1:1.750



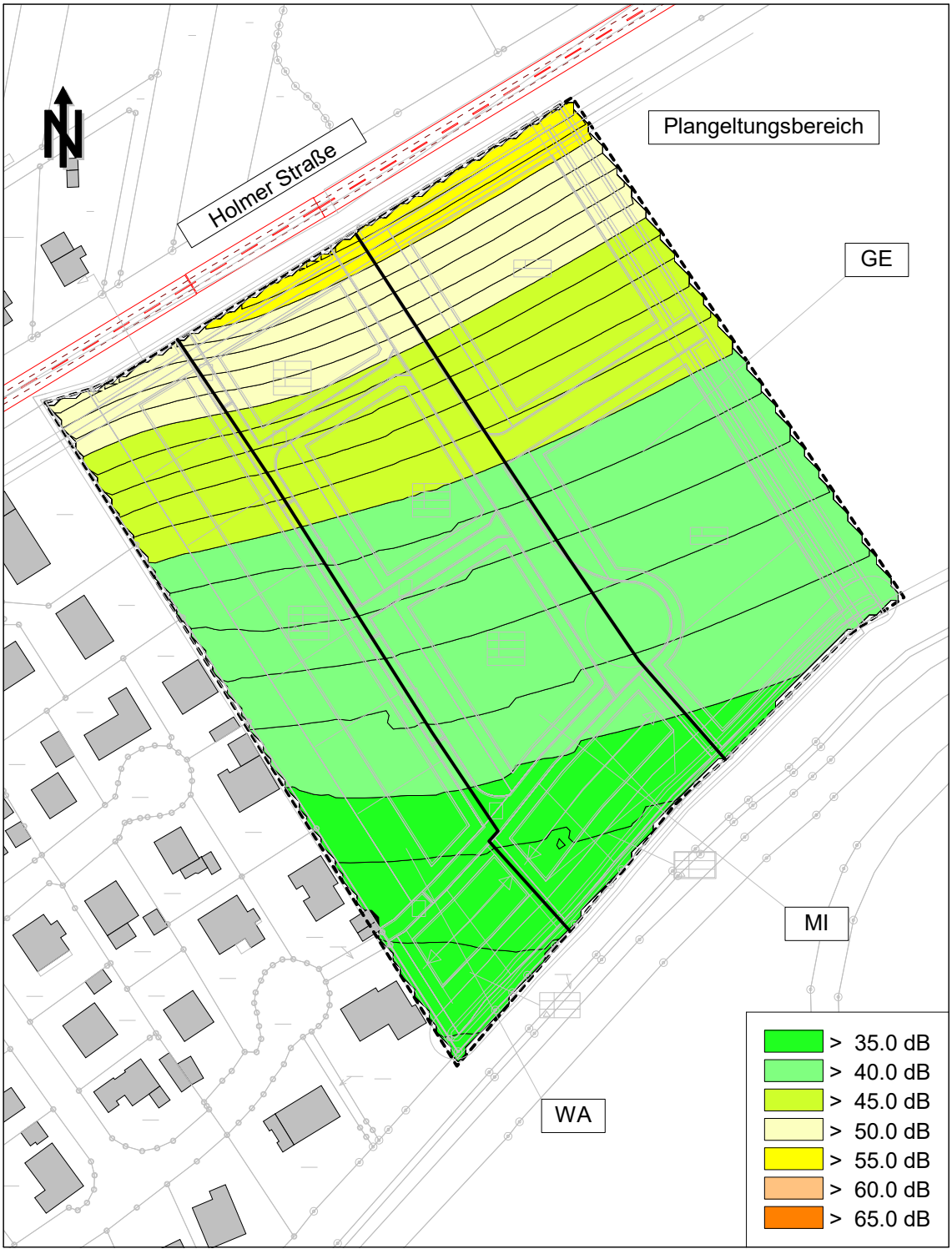
A 4.2.5 Beurteilungspegel nachts, Aufpunkthöhe 2,8 m, Maßstab 1:1.750



A 4.2.6 Beurteilungspegel nachts, Aufpunkthöhe 5,6 m, Maßstab 1:1.750

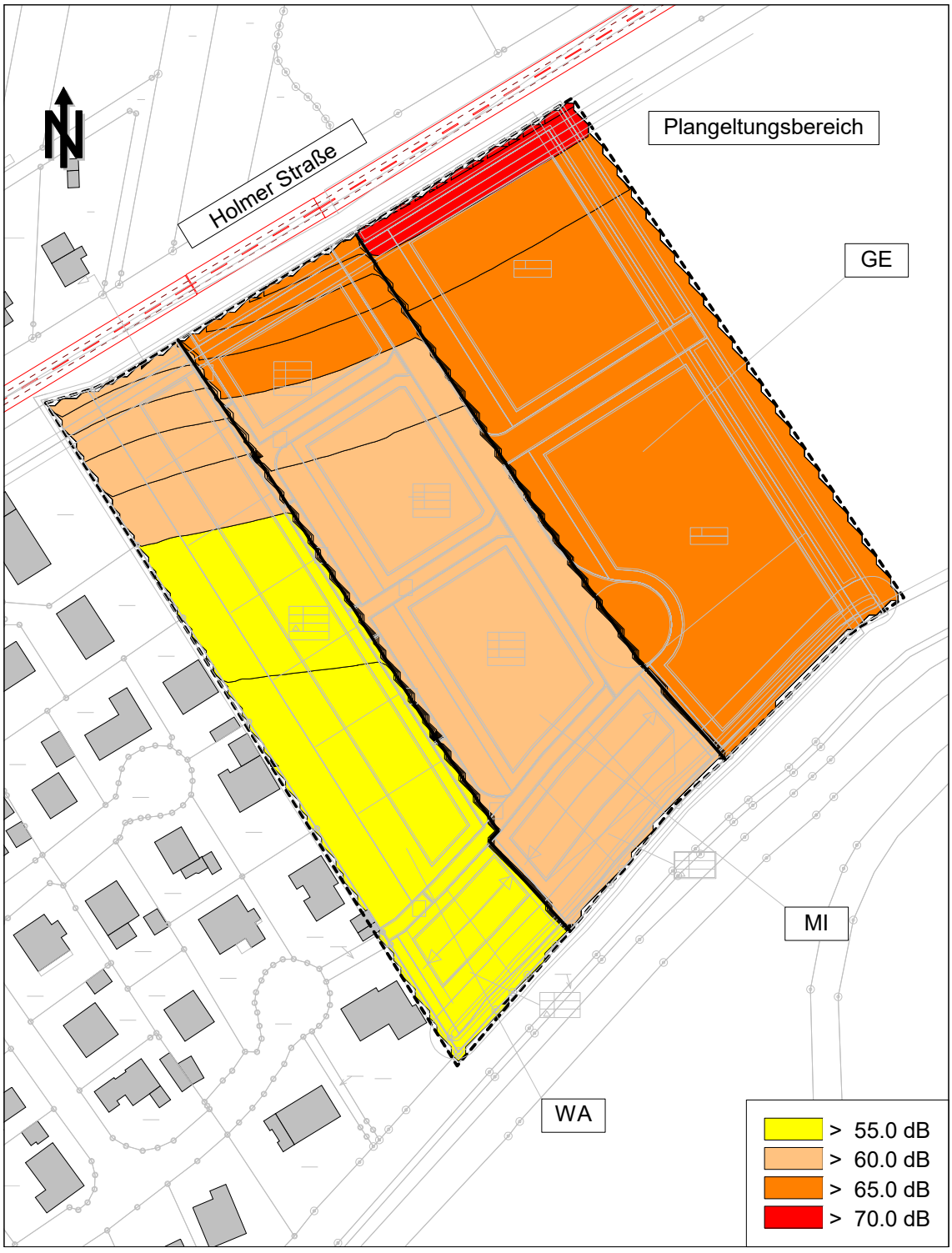


A 4.2.7 Beurteilungspegel nachts, Aufpunkthöhe 8,4 m, Maßstab 1:1.750

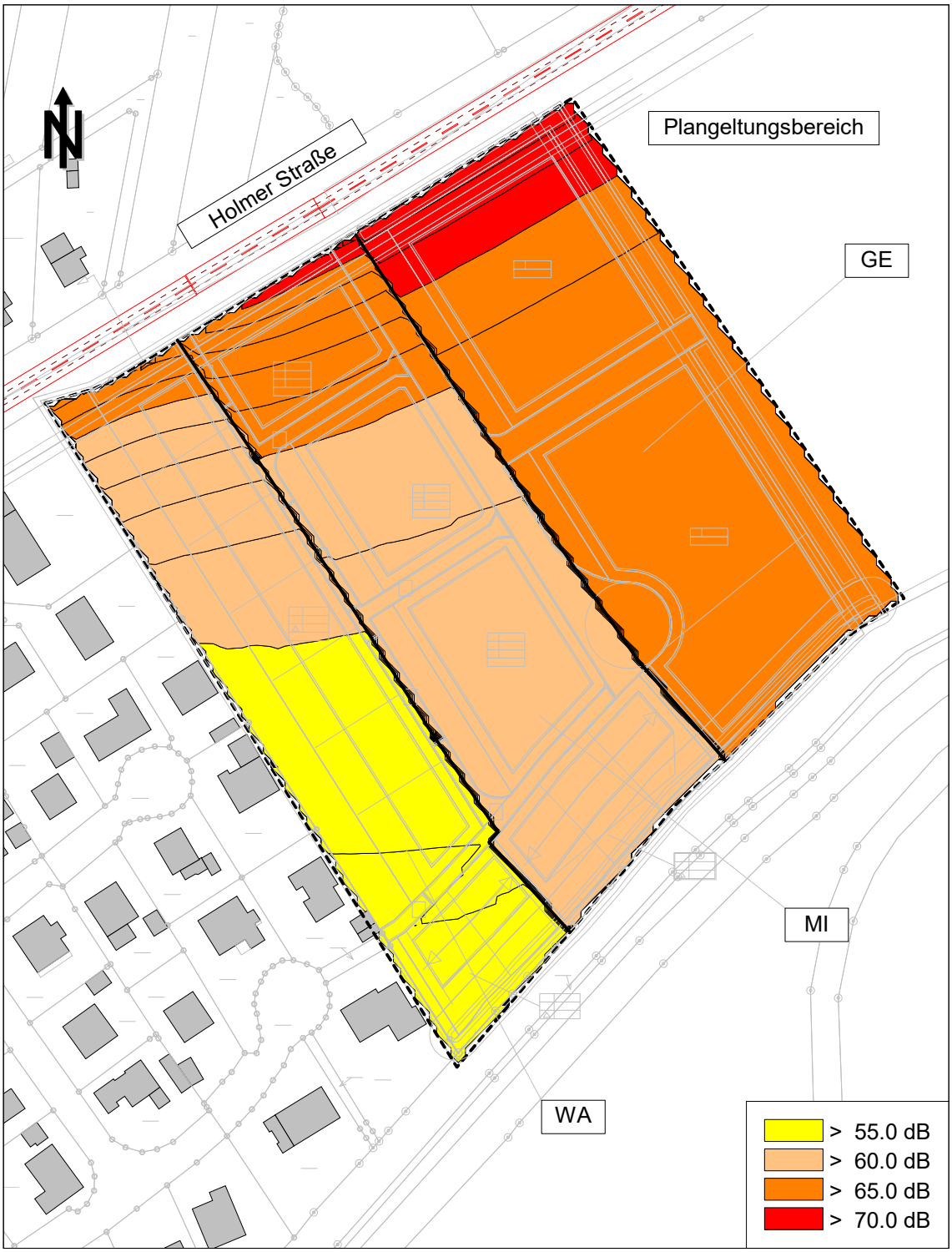


A 5 Maßgeblicher Außenlärmpegel gemäß DIN 4109

A 5.1 für schutzbedürftige Räume, maßgebendes Geschoss, Maßstab 1:1.750



A 5.2 für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden, maßgebendes Geschoss, Maßstab 1:1.750



I. Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

1. Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO)

WA — Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

MI — Mischgebiete (§ 6 BauNVO)

GE(e) — eingeschänkte Gewerbegebiete (§ 8 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

GRZ 0,3 — Grundflächenzahl als Höchstmaß, z. B. 0,3

II — Anzahl der Vollgeschosse als Höchstmaß, z. B. II

TH 6,50m — Traufhöhe als Höchstmaß, z. B. 6,50 m

FH 10,00m — Firsthöhe als Höchstmaß, z. B. 10,00 m

GH 10,00m — Gebäudehöhe als Höchstmaß, z. B. 10,00 m

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO)

Grundflächenzahl als Höchstmaß, z. B. 0,3

Firstrichtung

E — nur Einzelhäuser zulässig

4. Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Öffentliche Straßenverkehrsfläche

Straßenbegrenzungslinie

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Verkehrsberuhigter Bereich

1 — für Fußgänger, Radfahrer, Anlieger, Rettungs- und Instandhaltungsfahrzeuge

2 — für Fußgänger, Radfahrer, Rettungs- und Instandhaltungsfahrzeuge

5. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken

Flächen für Versorgungsanlagen

Elektrizität: Transformatorenstation

6. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

Schmutzwasserkanal, unterirdisch, mit beidseitig 2,50 m Schutzstreifen

7. Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

öffentliche Grünflächen

8. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
(§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 4, § 40 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

9. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6, § 40 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und Abs. 6 BauGB)

Bäume anpflanzen

9. Sonstige Planzeichen

Umgrenzung von Flächen für Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)

M — Flächen für die Aufstellung von Abfallbehältern

G, F, L zg. azv Südholstein — Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten das azv Südholstein zu belastende Flächen

G, F zg. SV Hetlingen — Mit Geh- und Fahrrechten zugunsten des SV Hetlingen zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB), von jeglicher baulichen Anlage, auch Grundstückseinfriedungen freizuhalten

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Sichtdreieck mit 110 m Schenkellänge (70 km/h)

II. Kennzeichnungen, Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 BauGB)

20.00 — Anbauverbotszone entlang der Landesstraße L 261 (§ 29 Abs. 1 StrWG)

III. Darstellungen ohne Normcharakter

vorhandene Grundstücksgrenzen

vorhandene Gebäude mit Nebengebäuden

12/5 — Flurstücksnummern

geplante Grundstücksgrenzen

eingemessene Bäume, Bestand

vorhandener Wall, eingemessen

vorhandener Graben, eingemessen

vorhandener Deich, eingemessen

Gemeinde Hetlingen
Bebauungsplan 12
"Gewerbegebiet"

Planzeichenerklärung (Teil A)

Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Planverfasser:
WIRSIND
ARCHITEKTEN & STADTPLANER

WRS ARCHITEKTEN & STADTPLANER GMBH
Markusstraße 7 20355 Hamburg
Tel 040 39 15 41 stadtplaner@wirsind.net
Axel Winckler Stefan Röhr-Kramer Daniel Schöning

Stand: 04.05.2017 Maßstab 1:1.000 bearb. Röhr-Kramer/Hildebrandt

Lütten Ort

Holmer Straße (L261)

Planstraße A

Planstraße B

OD - Abs 010 Stat. 2.437

MI 1	GRZ 0,35
II	TH 6,50
	FH 10,00
GH 10,00	

GE(e)	GRZ 0,6
GH 10,00	

WA 1	GRZ 0,30
I	TH 4,00
E	FH 9,00

WA 2	GRZ 0,30
II	TH 6,50
E	FH 10,00
GH 10,00	

MI 2	GRZ 0,30
II	TH 6,50
E	FH 10,00
GH 10,00	

G, F zg. SV Hetlingen

G, F, L zg. azv Südholstein

Blink

Nord

Gemeinde Hetlingen
Bebauungsplan 12
"Gewerbegebiet"

Planzeichnung (Teil A)

Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Planverfasser:
WIRSIND
ARCHITEKTEN & STADTPLANER

WRS ARCHITEKTEN & STADTPLANER GMBH
Markusstraße 7 20355 Hamburg
Tel 040 39 15 41 stadtplaner@wirsind.net
Axel Winckler Stefan Röhr-Kramer Daniel Schöning

Stand: 04.05.2017 Maßstab 1:1.000 bearb. Röhr-Kramer/Hildebrandt

Gemeinde Hetlingen

Begründung zum Bebauungsplan Nr. 12

für das Gebiet südlich der Holmer Straße, östlich der Wohnbebauung „Blink“,
nördlich der 2. Deichlinie in einer Tiefe von ca. 150 m

Unterlagen zur Beteiligung nach § 3(2) und § 4(2) BauGB
Stand: 04.05.2017



Auftraggeber:

Gemeinde Hetlingen
Hauptstraße 23
25489 Haseldorf
www.hetlingen.de

Auftragnehmer:

WRS ARCHITEKTEN & STADTPLANER GMBH
Markusstraße 7
20355 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Seite

1 Allgemeines ... 1
1.1 Gründe und Planerfordernis ... 1
1.2 Lage im Gemeindegebiet ... 1
1.2.1 Nutzungs- und Freiraumstruktur, Orts- und Landschaftsbild ... 1
1.2.2 Infrastruktur ... 2
1.2.3 Kultur- und sonstige Sachgüter ... 2
1.2.4 Altlasten ... 2
1.3 Bedarfe ... 2

2 Planerische Rahmenbedingungen ... 3
2.1 Raumordnung / Gemeinsame Landesplanung ... 3
2.1.1 Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP) ... 3
2.1.2 Regionalplan (RegPlan) / Regionales Entwicklungskonzept (REK) ... 4
2.2 Bauleitplanung ... 5
2.2.1 Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen (2013) ... 5
2.2.1 Benachbarter Bebauungsplan Nr. 3 ... 5
2.3 Städtebaulicher Rahmenplan der Gemeinde Hetlingen (1996) ... 6
2.4 Planungsvorgaben Natur und Landschaft ... 6
2.4.1 Landschaftsplan ... 6
2.4.2 Schutzgebiete und Objekte ... 6

3 Ziele des Bebauungsplanes Nr. 12 ... 7
3.1 Einbindung dieses Bebauungsplanes ... 7
3.2 Siedlungsentwicklung ... 7
3.2.1 Erschließung / Infrastruktur ... 7
3.2.2 Orstbild / Landschaftsbild / Naherholung ... 8
3.3 Naturschutz und Landschaftspflege ... 8
3.4 Landschaftsplanung ... 8
3.5 Alternative Flächen ... 8

4 Städtebauliches Konzept ... 9
4.1 Art der baulichen Nutzung ... 9
4.1.1 Allgemeine Wohngebiete WA ... 9
4.1.2 Mischgebiete MI ... 10
4.1.3 Eingeschränkte Gewerbegebiet GEe ... 10
4.1.4 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte ... 11
4.2 Maß der baulichen Nutzung ... 11
4.2.1 Mindestgrundstücksgröße, Zahl der Wohneinheiten ... 11
4.2.2 Überbaubare Grundstücksfläche ... 12
4.2.3 Grundflächenzahl ... 12
4.2.4 Geschossigkeit, Bauweise ... 12
4.2.5 Höhenbegrenzung und Höhenlage der Gebäude ... 12
4.3 Gestaltung ... 13
4.3.1 Dachgestaltung ... 13
4.3.2 Fassadengestaltung ... 13
4.3.3 Farbtöne ... 14
4.3.4 Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie ... 14
4.3.5 Einfriedungen ... 14
4.3.6 Anforderungen an die Gestaltung von Werbeanlagen ... 14

5 Natur und Landschaft ... 15
5.1 Öffentliche Grünflächen ... 15
5.2 Flächen für Anpflanzungen ... 15
5.3 Eingriffs- und Ausgleichsregelung ... 16

6 Erschließung ... 18
6.1 Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz ... 18
6.2 Sichtdreiecke ... 18

6.3 Innere Erschließung / Planstraßen / Verkehrsflächen bes. Zweckbestimmung.....18
6.4 Fußläufige Erschließung 18
6.5 Öffentliche Parkplätze.....19
6.6 Private Stellplätze 19
6.7 Nebenanlagen.....19
7 Ver- und Entsorgung 20
7.1 Trinkwasser 20
7.2 Schmutzwasser 20
7.3 Oberflächenentwässerung.....20
7.4 Brandschutz 22
7.5 Energieversorgung.....22
7.6 Abfallbeseitigung.....22
7.7 Fernmeldetechnische Versorgung.....22
8 Immissionsschutz..... 22
8.1 Gewerbelärm 23
8.2 Verkehrslärm.....23
9 Umweltprüfung 25
10 Landschaftsplanerischer Beitrag..... 25
11 Hinweise..... 25
11.1 Kulturdenkmäler.....25
11.2 Schmutzwasserkanal.....26
12 Nachrichtliche Übernahmen 26
12.1 Anbauverbotszone 26
13 Flächenbilanz 26
13.1 Flächen 26
13.2 Kosten 27
14 Anlagen..... 27

1 Allgemeines

Grundlagen dieses Bebauungsplanes sind:

das **Baugesetzbuch** (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), in der zuletzt geänderten Fassung,

die **Baunutzungsverordnung** (BauNVO) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), in der zuletzt geänderten Fassung,

die **Planzeichenverordnung 1990** (PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), in der zuletzt geänderten Fassung,

die **Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein** (LBO SH) vom 22. Januar 2009 (GVOBl. 2009, S. 6), in der zuletzt geänderten Fassung,

das **Bundesnaturschutzgesetz** vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), in der zuletzt geänderten Fassung,

das **Gesetz zum Schutz der Natur** (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG SH) vom 24. Februar 2010 (GVOBl. S. 301), in der zuletzt geänderten Fassung,

die **Landesverordnung über gesetzlich geschützte Biotope** (Biotopverordnung) vom 22. Januar 2009 (GOVBl. 2009, S. 52),

der **Regionalplan für den Planungsraum I, Schleswig-Holstein Süd**, Fortschreibung,

der **Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP)** (Amtschl. SH 2010 S. 719),

der **Landschaftsplan Gemeinde Hetlingen** mit Stand aus dem Jahr 1998.

1.1 Gründe und Planerfordernis

Mit der Ausweisung eines Allgemeinen Wohngebietes, eines Mischgebietes und eines eingeschränkten Gewerbegebietes am nordöstlichen Rand der Gemeinde werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen in erster Linie für Umsiedelung und Expansion von ortsansässigen Gewerbebetrieben sowie in zweiter Linie für die Errichtung von Wohngebäuden geschaffen. Damit wird der festgestellten endogenen Nachfrage an Wohnbau- und Gewerbegrundstücken entsprochen.

Im geltenden Flächennutzungsplan aus dem Jahr 2013 ist die Fläche des Plangeltungsbereiches im westlichen Bereich als Mischgebiet und im östlichen Bereich als Gewerbegebiet dargestellt. Einen rechtskräftigen Bebauungsplan für das Gebiet gibt es bisher nicht. Das Planerfordernis nach § 1 (3) BauGB für die Aufstellung dieses Bebauungsplanes ist damit gegeben.

1.2 Lage im Gemeindegebiet

Das Plangebiet liegt am nordöstlichen Rand der Gemeinde Hetlingen. Im Norden grenzt es an die Holmer Straße (L 261), im Osten an freie Landschaft, im Süden an den Deich (2. Deichlinie) und im Westen an das Wohngebiet „Blink".

1.2.1 Nutzungs- und Freiraumstruktur, Orts- und Landschaftsbild

Das Plangebiet grenzt im Osten an die freie Landschaft, südlich angrenzend befinden sich ein Entwässerungsgraben und ein Deich der 2. Deichlinie. Unmittelbar im Westen grenzt der Siedlungskörper mit Einfamilienhausbebauung an.

Derzeit wird die Fläche landwirtschaftlich genutzt. Die einzige Zufahrt befindet sich am nordwestlichen Rand des Plangebietes.

Das Ortsbild westlich des Plangebietes ist geprägt durch zusammenhängende Bebauung mit überwiegend Einfamilienhäusern. Nördlich, östlich und südlich dominieren die landwirtschaftliche Nutzung sowie der Deich das Landschaftsbild.

1.2.2 Infrastruktur

In der Gemeinde Hetlingen gibt es diverse Vereine, Bildungseinrichtungen und Freizeitangebote. Der Kindergarten und die Grundschule liegen ca. 1.100 m vom Plangebiet entfernt, weiterführende Schulen sind in Wedel (ca. 8,5 km entfernt) ansässig. Der Sportverein mit Fußballplatz und zwei Tennisplätzen ist ca. 1.000 m vom Plangebiet entfernt im Ortskern gelegen. Im Plangebiet selbst sind keine Infrastruktureinrichtungen vorhanden oder geplant.

1.2.3 Kultur- und sonstige Sachgüter

Kulturgüter besitzen als Zeugnis menschlichen Handelns einen politisch-gesellschaftlichen Wert, denn sie geben Aufschluss über das Leben früherer hier lebender Menschen.

Der westliche Teil des Plangebiets liegt im archäologischen Interessensgebiet „Geesthügel Hetlingen“ des Archäologischen Landesamtes. Es ist mit kaiserzeitlichen und frühmittelalterlichen Funden zu rechnen.

Werden während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 15 DSchG der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.

1.2.4 Altlasten

Altlastenstandorte oder Altlastenverdachtsflächen sind im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes nicht bekannt. Hinweise auf Altlasten aus der früheren landwirtschaftlichen Nutzung liegen bisher nicht vor.

1.3 Bedarfe

Schon 2013 hatten sechs ortsansässige Gewerbebetriebe Interesse an Gewerbeflächen außerhalb des Ortskerns angemeldet. Diese Betriebe liegen alle in vollständig bebauten Wohn-, Misch- oder Dorfgebieten im Ortskern. Deren beengte Situation führt zu Konflikten mit den Nachbarn und bietet den Betrieben kaum Expansionsmöglichkeiten.

Derzeit gibt es konkrete Anfragen für zwei Gewerbeflächen und eine Mischgebietsfläche von ortsansässigen Betrieben an die Gemeinde. Diese Betriebe sind auf längere Sicht innerhalb des Ortskerns nicht zukunftsfähig. In der Gemeinde sind zudem keine alternativen Gewerbeflächen vorhanden, die Betriebe sollen, nicht zuletzt wegen der mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze, am Ort gehalten werden.

2 Planerische Rahmenbedingungen

2.1 Raumordnung / Gemeinsame Landesplanung

2.1.1 Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP)

Der Landesentwicklungsplan schafft auf Landesebene die räumlichen Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung. Ziel der Landesregierung ist es, Wachstum zu schaffen und gleichzeitig die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Die Raumordnung hat dabei die Aufgabe, die vielfältigen und teilweise konkurrierenden Nutzungsansprüche an den Raum zu koordinieren und Gestaltungs- und Ermessensspielräume im Sinne dieser Ziele zu nutzen.

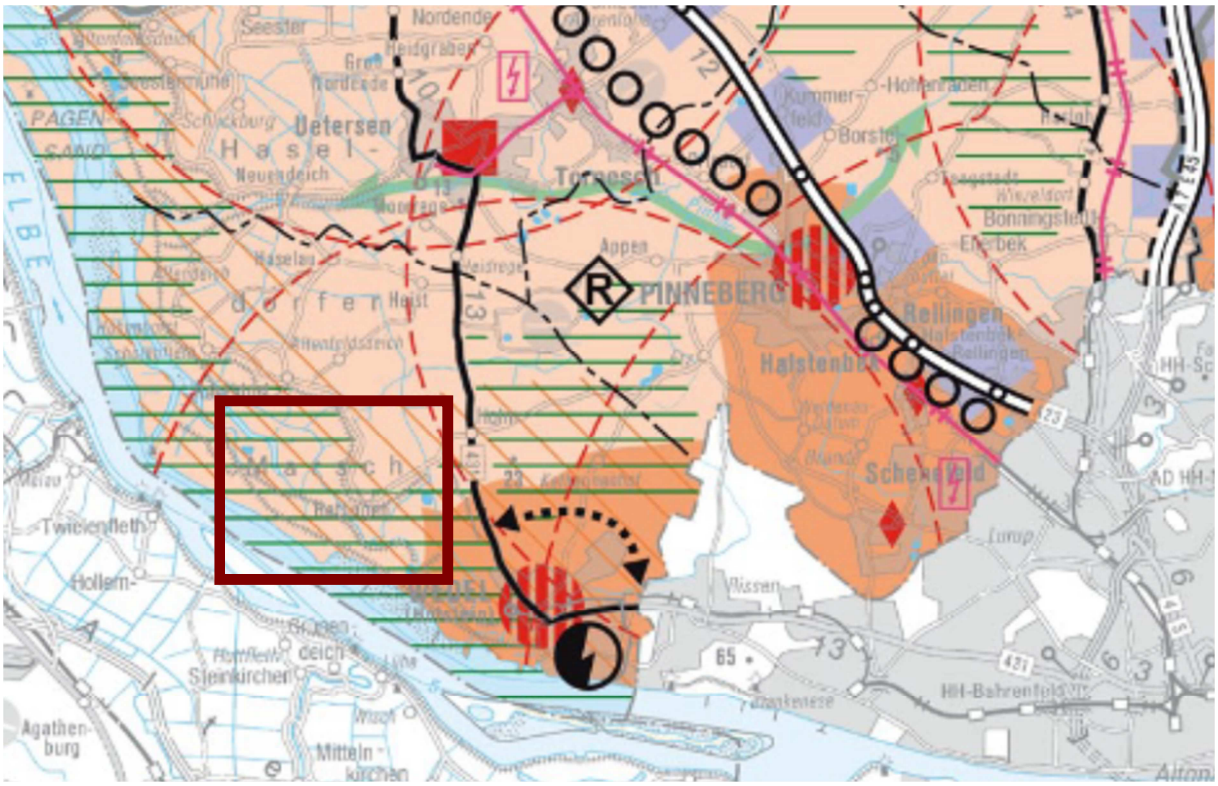


Abb. 1: Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (2010, Ausschnitt)

Der LEP stuft die Gemeinde Hetlingen als Gemeinde im Ordnungsraum um Hamburg ein. In Ordnungsräumen erfolgt die Siedlungsentwicklung vorrangig auf den Siedlungsachsen und ist außerhalb der Siedlungsachsen auf die Zentralen Orte zu konzentrieren. "In Gemeinden, die keine [Siedlungs-] Schwerpunkte sind [wie Hetlingen], können im Zeitraum 2010 bis 2025 bezogen auf ihren Wohnungsbestand am 31.12.2009 neue Wohnungen im Umfang von bis zu 15% in den Ordnungsräumen [...] gebaut werden." (Ziffer 2.5.2 4Z)

In Bezug auf die Gewerbeentwicklung ist dem LEP folgende Aussage zu entnehmen: „Alle Gemeinden können unter Beachtung ökologischer und landschaftlicher Gegebenheiten eine bedarfsgerechte Flächenvorsorge für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe sowie die Ansiedlung ortsangemessener Betriebe treffen.“ (Ziffer 2.6 1G)

Der Bebauungsplan Nr. 12 entspricht den hier gemachten Vorgaben, da mit diesem Bebauungsplan zum Einen maximal 25 Wohneinheiten, zum Anderen Gewerbeflächen für den örtlichen Bedarf geschaffen werden sollen.

2.1.2 Regionalplan (RegPlan) / Regionales Entwicklungskonzept (REK)

Der Regionalplan (RegPlan) für den Planungsraum I / Schleswig-Holstein Süd stellt die übergeordneten Planungsvorgaben und Handlungsspielräume für die kommunale Bauleitplanung dar. Der Bebauungsplan Nr. 21 entspricht den hier gemachten Vorgaben.

Für die Metropolregion Hamburg ist im REK 2000 von der Stadt Hamburg und den angrenzenden schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Landkreisen für die Metropolregion ein trilaterales Leitbild und Handlungskonzept erarbeitet worden.

Die Raumordnungspläne für die Metropolregion Hamburg stellen als gemeinsames räumliches Leitbild eine Entwicklung entlang bestimmter Achsen und die dezentrale Konzentration in diesen Achsenräumen dar. Es sind zentrale Orte sowie Entwicklungs- und Entlastungsorte festgelegt. Innerhalb der Region soll bei der planerischen Umsetzung von Projekten und Vorhaben dem Prinzip der innerregionalen Vernetzung gefolgt werden.

Im Folgenden werden die das Plangebiet betreffenden Vorgaben der regionalen Landesplanung und des REK (als informelles Planungsinstrument) dargestellt.

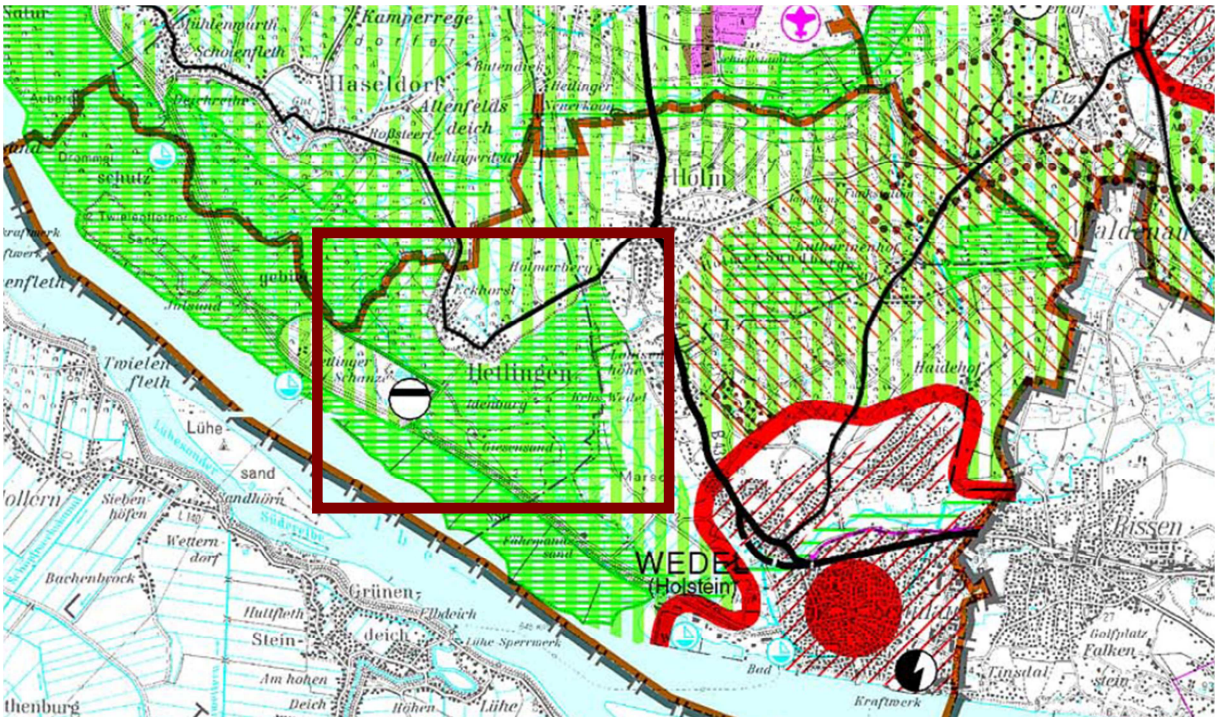


Abb. 2: Regionalplan (1998, Ausschnitt)

Die Gemeinde Hetlingen gehört zum Kreis Pinneberg im Planungsraum I / Schleswig-Holstein Süd. Der Regionalplan und das REK stellen dar, dass Hetlingen im Ordnungsraum um Hamburg liegt, in dem sich die weitere Entwicklung des Ordnungskonzepts entlang von Siedlungsachsen vollziehen soll.

Die Gemeinde liegt außerhalb der Verdichtungsräume und abseits der Grundrichtung der Siedlungsachsen. Folglich soll nur der örtliche Bedarf der Wohnbauentwicklung gedeckt werden. Hinsichtlich der Entwicklung von Gewerbeflächen wird der Gemeinde die Möglichkeit eingeräumt, Flächenvorsorge für die Ansiedelung ortsangemessener Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sowie für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe zu treffen.

Die Ziele dieses Bebauungsplanes befinden sich damit im Einklang mit den Zielen der Raumordnung.

2.2 Bauleitplanung

2.2.1 Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen (2013)

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan von 2013 weist im westlichen Teil gemischte, im östlichen Teil gewerbliche Bauflächen aus. Zwischen diesen gemischten Bauflächen und dem vorhandenen Wohngebiet „Blink“ sowie parallel zur Holmer Straße ist jeweils ein öffentlicher Grünstreifen vorgesehen. Die Ausweisung des Mischgebietes soll gemäß Begründung zum FNP der Entflechtung von Gewerbe- und Wohnnutzung innerhalb der Ortslage dienen. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 12 kann alternativ mit der angedachten Dreiteilung in Wohngebiet, Mischgebiet und Gewerbegebiet aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt werden, da der Trennungsgrundsatz von Wohnen und Gewerbe gewahrt wird.

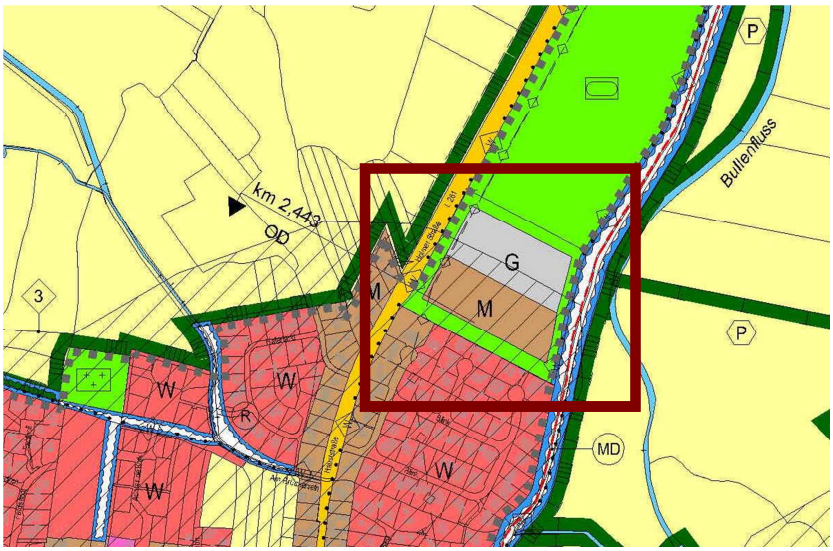


Abb. 3: Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen (2013, Ausschnitt)

2.2.1 Benachbarter Bebauungsplan Nr. 3

Westlich grenzt das Plangebiet an das Wohngebiet „Blink“, das in der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 (1973) als Mischgebiet mit offener Bauweise festgesetzt ist.

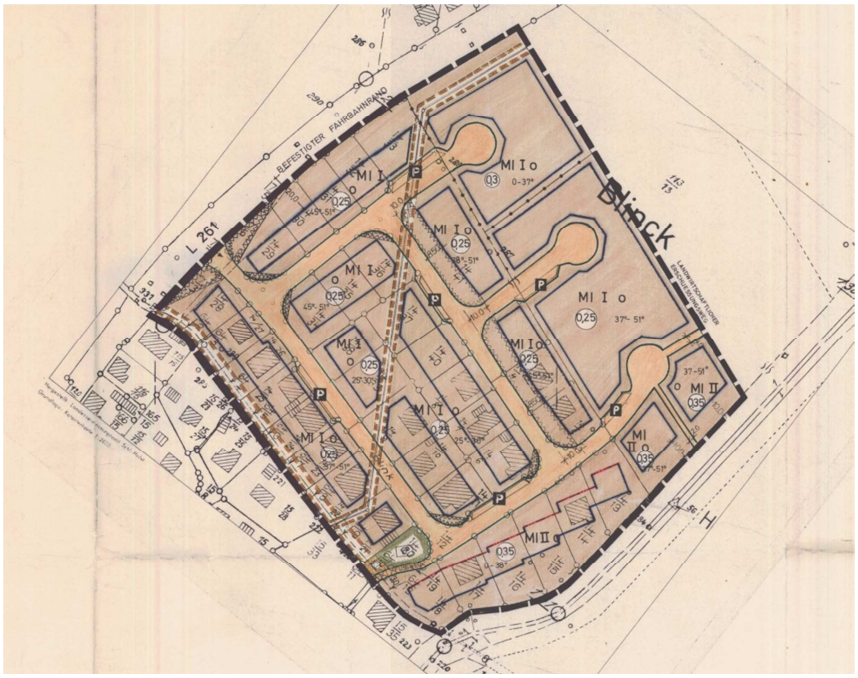


Abb. 3: Bebauungsplan Nr. 3, 2. Änderung der Gemeinde Hetlingen (1973)

2.3 Städtebaulicher Rahmenplan der Gemeinde Hetlingen (1996)

Der Entwurf zum städtebaulichen Rahmenplan der Gemeinde Hetlingen aus dem Jahr 1996 stellt eine Ergänzung der Wohnbebauung „Blink“ durch weitere Wohngebäude dar. Als Abgrenzung zur damals geplanten Sportanlage ist eine Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft verzeichnet.

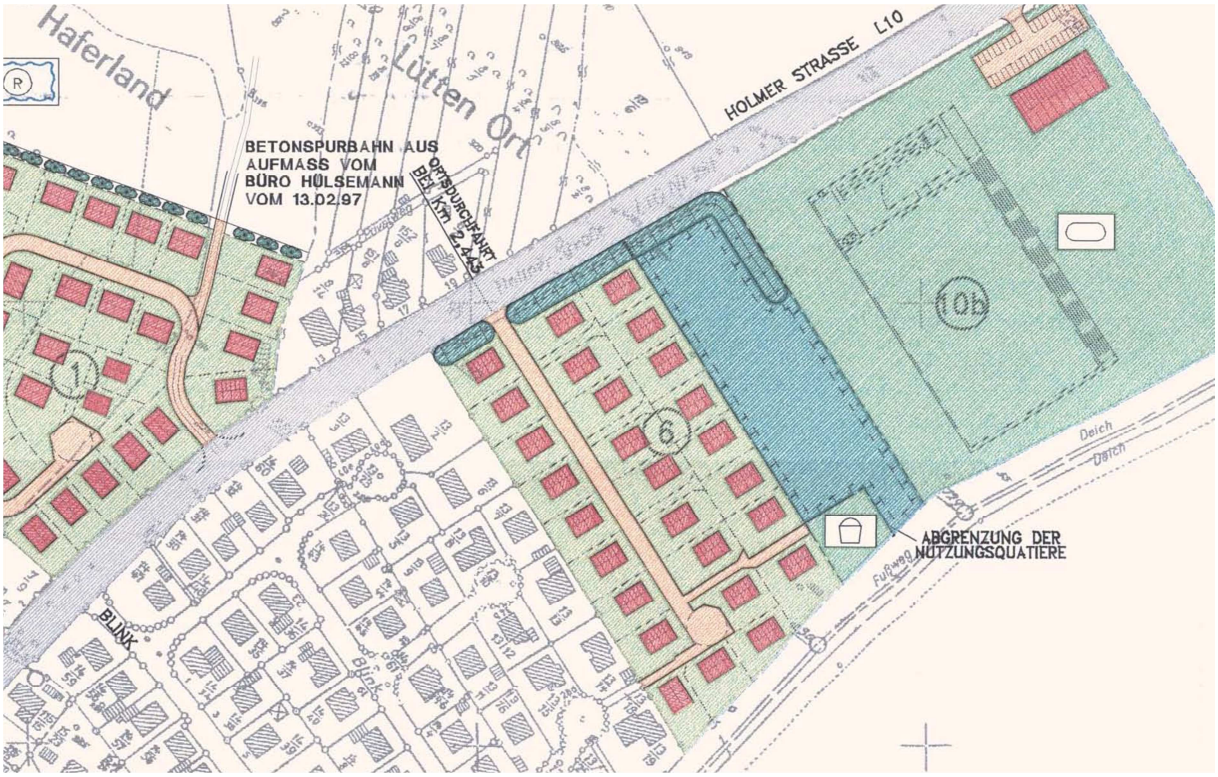


Abb. 4: Städtebaulicher Rahmenplan (1996, Ausschnitt)

2.4 Planungsvorgaben Natur und Landschaft

2.4.1 Landschaftsplan

Der Landschaftsplan der Gemeinde Hetlingen wurde am 20.07.1998 festgestellt. Die Entwicklungskonzeption sieht für den Geltungsbereich dieses B-Plans in Fortsetzung des heutigen Siedlungsrands in einer Breite von 100 m gemischte Bauflächen oder Wohnbauflächen und daran anschließend eine alternative Sonderfläche Sport vor. Die angrenzende Baumreihe an der L261 ist als Allee dargestellt.

2.4.2 Schutzgebiete und Objekte

Im Geltungsbereich des Bebaungsplanes sind keine Biotope gemäß Biotopverordnung vorhanden. Südlich angrenzend an den südlich an das Plangebiet grenzenden Deich der 2. Deichlinie befindet sich das Natura 2000- und EU-Vogelschutzgebiet Nr. 2323-401.

3 Ziele des Bebauungsplanes Nr. 12

Ziel der Planung ist zum Einen die Schaffung von Misch- und eingeschränkten Gewerbeflächen für die Verlagerung oder Erweiterung bereits ortsansässiger und die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe sowie zum Anderen die Entwicklung weiterer Wohnbauflächen zur Deckung des örtlichen Bedarfes. Dabei werden alle planerischen Vorgaben der Landesplanung und der übergeordneten Bauleitplanung berücksichtigt.

3.1 Einbindung dieses Bebauungsplanes

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 12 „Gewerbegebiet" hat die Gemeinde Hetlingen die Erschließung einer ca. 3 ha großen landwirtschaftlich genutzten Fläche am Ortsrand beschlossen.

Der LEP 2010 beschreibt die Gemeinde Hetlingen als **Gemeinde ohne zentralörtliche Einstufung** im Ordnungsraum Hamburg (Ziff. 2.5.2 Abs. 3, siehe auch Kap. 2.1.2). Als Gemeinde im Achsenzwischenraum soll sie den **örtlichen Bedarf** decken. Für die aktuellen Bedarfe (insbesondere an Gewerbeflächen) sind derzeit **keine alternativen Flächenpotentiale** im Gemeindegebiet vorhanden, da weder der Flächennutzungsplan andere Gewerbeflächen ausweist noch weitere Bebauungspläne vorhanden sind. In anderen Bebauungsplänen ausgewiesene Wohn- und gemischte Bauflächen sind bereits vollständig ausgeschöpft.

Die hier überplante Fläche am östlichen Rand der Gemeinde Hetlingen eignet sich aufgrund ihrer direkten Anbindung an das übergeordnete Straßennetz sowie der Randlage in besonderem Maße für eine gewerbliche Entwicklung. Aufgrund der direkten Nachbarschaft zu bestehender Wohnbebauung eignet sich das Gebiet zudem für eine wohnbauliche Entwicklung. Die Entwicklung von gemischten Bauflächen dient einerseits als Puffer zwischen Wohn- und eingeschränktem Gewerbegebeit und andererseits zur Deckung des in Kapitel 1.3 beschriebenen bestehenden Bedarfes an gemischten Bauflächen.

3.2 Siedlungsentwicklung

3.2.1 Erschließung / Infrastruktur

Für die Erschließung des Neubaugebietes sind folgende Ziele maßgebend:

- gute Erreichbarkeit des überregionalen Straßennetzes (L 261, B 431 und A 23)
- flächensparende Erschließung innerhalb des Plangebietes

Mit diesem Bebauungsplan werden Flächen im Anschluss an den bestehenden Siedlungskörper mit direkter Anbindung an die L 261 entwickelt. Damit besteht eine Verknüpfung mit dem übergordneten Straßennetz und den Gemeindestraßen gleichermaßen.

Hetlingen verfügt über eine für die Gemeindegröße (ca. 1.300 Einwohner) gute soziale Infrastruktur. In der Gemeinde gibt es zahlreiche Vereine, Bildungseinrichtungen und Freizeitangebote (Sportvereine, kulturelle Einrichtungen).

Die Kindertagesstätte und die Grundschule liegen ca. 1.000 m vom Plangebiet entfernt im Zentrum der Gemeinde. In ebenfalls ca. 1.000. Entfernung befinden sich die Sportanlagen sowie die freiwillige Feuerwehr, weiterführende Schulen in Moorrege, Uetersen und Wedel. Die Kirche liegt ca. 600 m vom Plangebiet entfernt. Im Plangebiet selbst sind keine Infrastruktureinrichtungen vorhanden oder geplant.

3.2.2 Orstbild / Landschaftsbild / Naherholung

Das Plangebiet liegt am nordöstlichen Rand der Ortslage. Die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung prägt das Orts- und Landschaftsbild. Der Deich der 2. Deichlinie begrenzt das Plangebiet auf der Südseite, westlöich liegen die vorhandene Bebauung des Wohngebietes „Blink". Die Allee entlang der Holmer Straße (L 261) fasst das Plangebiet von Norden, nach Osten erstrecken sich landwirtschaftlich genutzte Flächen. Für das Ortsbild bildet das Plangebiet den Übergang der Siedlung in die freie Landschaft.

Das Plangebiet selbst hat keine direkte Bedeutung für die Naherholung, da es zurzeit landwirtschaftlich genutzt und im Sinne der Naherholung nicht erschlossen ist.

Im Rahmen dieser Maßnahme werden rein fußläufige Anbindungen an das Wohngebiet „Blink" und die Holmer Straße geschaffen. Zudem wird eine Anbindung an den im Flächennutzungsplan weiter nordöstlich vorgesehenen Sportplatz östlich des Plangebietes planungsrechtlich gesichert.

Das Landschaftsbild kann durch Maßnahmen wie die Anpflanzung von groß- und kleinkronigen Bäumen in den Saumstreifen, im Straßenraum und auf den Grundstücken sowie durch einen neu anzulegenden grünen Ortsrand landschaftsgerecht neu gestaltet werden.

3.3 Naturschutz und Landschaftspflege

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sind gemäß dem Verfahren und den inhaltlichen Anforderungen nach § 1 (6) Nr. 7 BauGB in Verbindung mit § 1a BauGB die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Umweltschutzes zu beachten und zu berücksichtigen. Gemäß § 1a (2) BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden, dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen (Bodenschutzklausel).

Für das Plangebiet dieses Bebauungsplanes wurde ein landschaftsplanerischer Beitrag erarbeitet, der als Anlage beigefügt ist.

3.4 Landschaftsplanung

Für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes formuliert der landschaftsplanerische Beitrag folgende Anforderungen:

- Berücksichtigung der Belange des Artenschutzes
- Minimierung der Versiegelung und Ausgleich der Versiegelungsfolgen
- naturnahe Bewirtschaftung und Reinigung des Oberflächenabflusses
- Gestaltung des Landschafts- bzw. Ortsbildes und Einbindung des Plangebietes in die Landschaft

3.5 Alternative Flächen

Die Flächen dieses Bebauungsplanes liegen angrenzend an den Siedlungszusammenhang der Gemeinde Hetlingen. Durch die Entwicklung von Wohnbauflächen, gemischten und gewerblichen Bauflächen in dem bislang landwirtschaftlich genutzten Bereich am nordöstlichsten Rand der Gemeinde wird das Siedlungsgebiet der Gemeinde erweitert und den örtlichen Bedarfen an Wohn-, Misch- und Gewerbebauflächen entsprochen. Zugleich wird der Orstrand neu gestaltet und damit in das Landschaftsbild integriert.

4 Städtebauliches Konzept

Das städtebauliche Konzept sieht nach bereits erfolgter Abstimmung mit dem Kreis Pinneberg eine Dreiteilung des Plangebietes vor, die ohne Änderung des Flächennutzungsplanes umsetzbar ist. Im Westen soll ein Allgemeines Wohngebiet mit bis zu 9 Einfamilienhäusern an die vorhandene Bebauung „Blink" angrenzen, im Osten soll ein eingeschränktes Gewerbegebiet den Abschluss des Siedlungskörpers ausbilden. Für das eingeschränkte Gewerbegebiet ist eine Lärmbegrenzung nach Westen erforderlich. Nach Osten soll die künftige Bebauung den Ortsrand gestalten. Dazwischen ist ein Mischgebiet mit ca. 40% nicht störender gewerblicher Nutzungen, 5 Einfamilienhäusern sowie gegebenenfalls Etagenwohnungen geplant, um den Trennungsgrundsatz zwischen Wohnen und Gewerbe zu wahren.



Abb. 5: Städtebauliches Konzept (Stand: 08.02.2017)

4.1 Art der baulichen Nutzung

4.1.1 Allgemeine Wohngebiete WA

Diese Ausweisung sichert die überwiegende Wohnnutzung im westlichen Teil des Plangebietes (WA 1 und WA2), lässt jedoch eingeschränkt Spielraum für verträgliche andere Nutzungen. Es soll grundsätzlich eine Nutzungsmischung ermöglicht werden. Gewollt sind allerdings nur die dem Wohnen zugeordneten Nutzungen (wie z. B. Heimarbeit, Büros, kleine Dienstleistungsbetriebe u. dgl.). Diese Ausweisung ermöglicht auch die Errichtung von Wohnungen für Betreutes Wohnen.

Um den Wohncharakter dieses Teilbereiches zu unterstützen und ein störungsfreies Wohnen zu gewährleisten, werden die nach § 4 (3) BauNVO in Allgemeinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen

- Anlagen für Verwaltungen (Nr. 3) und
- Tankstellen (Nr. 5)

ausgeschlossen. Diese Nutzungen würden die Erschließung des Gebietes überlasten und den Charakter des Wohngebietes stören. Der Ausschluss erfolgt auch vor dem Hintergrund der (von diesen Betrieben ausgehenden) Immissionsbelastung für die Wohnnutzung.

Gemeinbedarfseinrichtungen sind im Gebiet nicht geplant. Der durch die Überplanung entstehende zusätzliche Bedarf an Grundschulplätzen wird durch die bestehende Grundschule abgedeckt.

4.1.2 Mischgebiete MI

Mischgebiete nach § 6 BauNVO dienen dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Diese Ausweisung im mittleren Teilbereich des Bebauungsplanes (MI 1 und MI 2) dient der Schaffung von gemischt genutzten Flächen für Wohnnutzung und gewerbliche Nutzung, wie z. B. Handwerksbetriebe ohne starke Emissionen. Dabei sollte gemäß BauNVO ein in etwa gleichgewichtiges Verhältnis von Wohn- und Gewerbenutzung, mindestens jedoch ein Anteil von 40% einer der beiden Nutzungsarten gewahrt werden.

Um den Mischgebietscharakter der Gebiete zu unterstützen und dennoch ein störungsarmes Wohnen zu gewährleisten, werden die nach § 6 (2) BauNVO in Mischgebieten zulässigen Nutzungen

- Einzelhandelsbetriebe (Nr. 3),
- Tankstellen (Nr. 7) und
- Vergnügungsstätten (sowohl die nach Nr. 8 allgemein wie auch die nach § 6 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen V.)

ausgeschlossen. Diese Nutzungen würden die Erschließung des Gebietes überlasten und den Charakter des Mischgebietes stören. Der Ausschluss erfolgt auch vor dem Hintergrund der (von diesen Betrieben ausgehenden) Immissionsbelastung für die gebietsinterne und im Allgemeinen Wohngebiet angrenzende Wohnnutzung.

4.1.3 Eingeschränkte Gewerbegebiet GEe

Gewerbegebiete nach § 8 BauNVO dienen vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben. Diese Ausweisung schafft im östlichen Bereich des Plangebietes (GE(e)) die planungsrechtliche Grundlage für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben, die aufgrund ihrer Einschränkungen verträglich gegenüber der angrenzenden Mischnutzung sind.

Das eingeschränkte Gewerbeiebiet soll ortsansässigen Gewerbebetrieben Expansionsmöglichkeiten bieten und Entwicklungsreserven für ortsangemessene Gewerbebetriebe für die Zukunft bereitstellen.

Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber oder Betriebsleiter (gemäß § 8 (3) Nr. 1 BauNVO) sind ausnahmsweise zulässig, sofern ihre Grundfläche nicht mehr als 30% der insgesamt errichteten Grundfläche beträgt. Diese Festsetzung sichert, dass eine Wohnnutzung für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber oder Betriebsleiter dem Gewerbebetrieb deutlich untergeordnet ist. Die Flächen sollen überwiegend dem Arbeiten vorbehalten bleiben.

Zur Sicherung des angestrebten ortsangemessenen Charakters der Gewerbegebiete werden die nach § 8 (2) BauNVO zulässigen Nutzungen

- Vergnügungsstätten (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO), insbesondere Spielhallen und ähnliche Unternehmen im Sinne der §§ 33a-i der Gewerbeordnung, die der Aufstellung von Spielgeräten mit und ohne Gewinnmöglichkeit dienen, Wettbüros, Bordelle, bordellartige Betriebe sowie Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen oder auf Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet sind,
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr.1 BauNVO)
- Einzelhandelsbetriebe (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO),
- Tankstellen

ausgeschlossen. Diese Nutzungen würden den Charakter eines produzierenden Gewerbegebietes stören und die geplante Erschließung überlasten. Der Ausschluss erfolgt auch vor dem Hintergrund der von diesen Betrieben ausgehenden Immissionsbelastung für die Wohnnutzung.

4.1.4 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte

Entlang des Deiches an der südlichen Grenze des Plangeltungsbereiches ist ein Graben vorhanden. Dieser ist für die Oberflächenentwässerung notwendig und muss von Zeit zu Zeit inspiziert und ggf. geräumt werden. Zu diesem Zweck ist ein fünf Meter breiter Streifen auf den an diesen Graben angrenzenden Privatgrundstücke in den jeweiligen Teilgebieten frei und mit schwerem Gerät befahrbar zu halten. Aus diesem Grund dürfen hier keine baulichen Anlagen errichtet werden, die dies behindern. Bodenversiegelungen (auch Stellplätze) sind von diesem Verbot ausgenommen. Zu diesem Zweck wird hier ein Geh- und Fahrrecht in der Planzeichnung eingetragen. In die privatrechtlichen Kaufverträge ist dies zu übernehmen.

Zur Entwässerung des Plangebietes sind offenen Trockengräben geplant, die als Retentionsflächen dienen und eine gedrosselten Abfluss in das Regenrückhaltebecken „Haferland“ ermöglichen. Der Anschluss des Plangebietes an die Regenwasserkanalisation erfolgt im Südwesten des Plangebietes. Die Entwässerunggräben westlich der Mischgebietsflächen müssen daher an den westlichen Entwässerungsgraben angeschlossen werden. Dies erfolgt über einen Kanal, der über Privatgrund verlaufen muss (siehe auch Kapitel 7.3). Zu diesem Zweck wird hier ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht in der Planzeichnung eingetragen. In die privatrechtlichen Kaufverträge ist dies zu übernehmen.

4.2 Maß der baulichen Nutzung

Das zulässige Maß der baulichen Nutzung ist abhängig von der festgesetzten Gebietstypologie und der angetrebten Dichte. Es wird über die Grundflächenzahl sowie die Geschossigkeit begrenzt.

4.2.1 Mindestgrundstücksgröße, Zahl der Wohneinheiten

Mit der Festsetzung der Mindestgrundstücksgröße und der Begrenzung der Anzahl der Wohneinheiten je Grundstück wird die Gesamtanzahl der Wohneinheiten im Quartier begrenzt, damit das geplante Erschließungsnetz nicht überlastet wird. Auf diese Weise wird eine hohe Wohnqualität gesichert sowie eine mit der Nachbarschaft des Quartiers und mit der Lage am Ortsrand verträgliche bauliche Dichte erreicht.

Daher ist für **Einzelhäuser (WA 1, WA 2 und MI 2)** generell eine Grundstücksgröße von mindestens 600 m² nachzuweisen.

Die höchstzulässige Zahl der Wohneinheiten ist auf maximal zwei je Einzelhaus festgesetzt. Dabei ist die zweite Wohneinheit ausschließlich als untergeordnete Einliegerwohnung mit einer Größe von maximal 65 m² zulässig.

Ausnahmsweise sind im Teilbaugebiet MI 2 maximal 10 Wohneinheiten je Einzelhaus zulässig. Diese Festsetzung ermöglicht es der Gemeinde, im Ausnahmefall auch Geschosswohnungsbau zuzulassen – eine entsprechende Nachfrage ist in Form einer Bauherrengeminschaft vor Ort vorhanden.

4.2.2 Überbaubare Grundstücksfläche

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgelegt. Diese setzen die maximale Ausdehnung der überbaubaren Fläche fest und sind so definiert, dass die Grundstücke gut bebaubar sind und zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen ein Abstand von 3 m eingehalten wird.

Dadurch werden insbesondere in den Allgemeinen Wohngebieten zusammenhängende, von Bebauung freizuhaltende Gartenbereiche gesichert.

4.2.3 Grundflächenzahl

Im Teilbaugebiet **WA 1 (Allgemeines Wohngebiet)** ist eine maximale Grundflächenzahl (GRZ) von 0,3 zulässig. Diese Festsetzung stellt die gewünschte lockere Bebauung sicher. Damit fügt sich das Gebiet in die vorhandene Nachbarschaft am Blink ein.

In den Teilbaugebieten **WA 2, MI 1 und MI 2 (Allgemeines Wohngebiet und Mischgebiete)** soll die Bebauung eine stärkere räumliche Wirkung entfalten. Insofern soll eine höhere Ausnutzung der Grundstücke möglich sein. Daher wird eine maximale GRZ von 0,35 festgesetzt.

In den Teilbaugebieten **GE(e) (eingeschränkte Gewerbegebiete)** soll eine gewerbegebietsverträgliche Ausnutzung möglich sein. Daher ist eine GRZ von 0,6 festgesetzt.

4.2.4 Geschossigkeit, Bauweise

Die Festlegung der maximal **zweigeschossigen Bauweise** in Teilbaugebieten **WA 2, MI 1 und MI 2** erfolgt vor dem Hintergrund der damit erreichbaren besseren Oberflächen-Volumen-Verhältnisse der Gebäude.

Im Teilbaugebiet **WA 1** ist in Korrespondenz zur Bebauung am Blink nur **ein Vollgeschoss** zulässig. Damit wird sichergestellt, dass sich die Bebauung in die Nachbarschaft einfügt.

In den Teilbaugebieten **WA 1, WA 2 und MI 2** sind nur **Einzelhäuser** zulässig. Diese Festsetzung soll die geplante Siedlungsdichte wahren und somit sicherstellen, dass die geplante Erschließung nicht überlastet wird.

4.2.5 Höhenbegrenzung und Höhenlage der Gebäude

Um die Gesamthöhe der Bebauung zu begrenzen und so die Einfügung in die Nachbarschaft zu erzielen, werden zusätzlich Trauf- und Firsthöhen bzw. eine Gebäudehöhe sowie eine Sockelhöhe festgesetzt. Diese sind je nach Gebietsypologie und angestrebter Dichte unterschiedlich. Im Falle geneigter Dächer gelten die Firsthöhe (FH) sowie die Traufhöhe (TH). Im Falle von Flachdächern gilt die Gebäudehöhe (GH).

Als Bezug für diese Höhen wird die Oberkante des fertigen Fußbodens (OKFF) des Erdgeschosses festgesetzt. Dieser bildet wiederum die Oberkante der **Sockelhöhe, die maximal**

0,60 m über dem jeweiligen Bezugspunkt liegen darf. Der **Bezugspunkt (Bz)** für die Sockelhöhe der Gebäude sowie die Höhe von Grundstückseinfriedungen ist die Oberkante der Straße vor dem Gebäude, definiert durch die Oberkante des Fahrbahnaufbaus der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsfläche, gemessen in der Fahrbahnachse, in Höhe des Mittelpunktes der gemeinsamen Grenze zwischen Verkehrsflächen und jeweiligem Grundstück.

Im Einzelnen werden folgende Höhen festgelegt:

Im Teilbaugebiet **WA 1** sind eine maximale **Traufhöhe von 4,00 m**, eine maximale **Firsthöhe von 9,00 m** und eine maximale **Gebäudehöhe von 9,00 m** zulässig.

In den Teilbaugebieten **WA 2, MI 1 und MI 2** sind eine maximale **Traufhöhe von 6,50 m**, eine maximale **Firsthöhe von 10,00 m** und eine maximale **Gebäudehöhe von 10,00 m** zulässig.

In den **eingeschränkten Gewerbegebieten** ist eine maximale **Gebäudehöhe von 10,00 m** zulässig.

Produktionsbedingte Anlagen geringeren Umfangs wie Schornsteine, Lüftungsanlagen oder Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie dürfen in den Misch- und Gewerbegebieten bis zu 2 m über die maximale Gebäudehöhe hinausragen.

4.3 Gestaltung

Um eine möglichst hohe Flexibilität und genügend Spielräume für die gestalterische und funktionale Vielfalt zu ermöglichen, werden nur einzelne, grundlegende Festsetzungen getroffen. Ziel ist hierbei, über „Spielregeln" für das Bauen eine gewisse Homogenität der Architekturen und damit einen harmonischen Gesamteindruck des Quartiers zu erzeugen. Es sollen weder eine Eintönigkeit immer gleicher Gebäude aufgrund zu eng gefasster Festlegungen noch ein „Wildwuchs" allzu unterschiedlicher Farben und Formen entstehen.

Der Gestaltung des Ortsbildes aufgrund § 84 (1) LBO im Sinne des § 9 (1) Nr. 4 und (6) BauGB werden folgende Prinzipien zugrunde gelegt:

4.3.1 Dachgestaltung

In allen **Allgemeinen Wohngebieten und Mischgebieten** sind **Satteldächer, Walmdächer, Pultdächer und Flachdächer** mit einer Neigung von 0° - 60° zulässig.

Die Dächer von Nebengebäuden und Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO sind im gesamten Plangebiet mit einer Dachneigung von 0° - 60° zulässig.

In allen Allgemeinen Wohngebieten und Mischgebieten sind für die Dachflächen der Hauptgebäude ausschließlich **Pfanneneindeckungen** in den **Farben Rot, Rotbraun oder Anthrazit** (vgl. Ziffer 9.6) zulässig. Flachdächer unter 12° Neigung, Verglasungen, Solaranlagen und begrünte Dächer sind von dieser Festsetzung ausgenommen.

Zur Vermeidung von Spiegelungseffekten sind engobierte Dacheindeckungen zulässig, glasierte Dacheindeckungen hingegen unzulässig.

Je Dachseite ist maximal eine **Dachgaube oder ein Dacheinschnitt** zulässig. Die Gesamtlänge der Dachgaube oder des Dacheinschnitts je Dachseite darf insgesamt nicht mehr als 50 % der Gesamtlänge der dazugehörigen Traufe betragen. Dachgauben oder Dacheinschnitte müssen zur Ortgangkante einen Abstand von mindestens 2,00 m einhalten.

4.3.2 Fassadengestaltung

Die Verkleidung der Außenhaut der Hauptbaukörper ist nur in Verblendmauerwerk in den Farbtönen Rot, Rotbraun oder Anthrazit (vgl. Ziffer 9.6) oder in Putz in den Farben Weiß,

Grau, Gelb oder Blau (vgl. Ziffer 9.6) zulässig. Daneben ist die Nutzung von Zinkblech oder Holzmaterialien bis zu einem Anteil von 30% der Außenwandfläche zulässig.

4.3.3 Farbtöne

Für die in den textlichen Festsetzungen 9.3 und 9.5 festgesetzten Farben sind nur Farbtöne in Annäherung an die folgenden RAL-Tönen allgemein zulässig:

Farbton Rot: 2001 (Rotorange), 2002 (Blutorange), 3000 (Feuerrot), 3002 (Karminrot), 3003 (Rubinrot), 3013 (Tomatenrot), 3016 (Korallenrot);

Farbton Rotbraun: 8001 (Ockerbraun), 8004 (Kupferbraun), 8012 (Rotbraun), 8015 (Kastanienbraun), 8023 (Orangebraun);

Farbton Anthrazit: 7016 (Anthrazitgrau), 7021 (Schwarzgrau), 7022 (Umbragrau), 7024 (Graphitgrau);

Farbton Grau, Weiß, Gelb und Blau: mit Hellbezugswert (Maß für Helligkeit von Oberflächen) größer als 70.

4.3.4 Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie

Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie sind im gesamten Plangebiet auf den Fassaden und/oder Dächern zulässig, sofern sie sich in die Fassade bzw. die Dachlandschaft einfügen.

4.3.5 Einfriedungen

Im eingeschränkten Gewerbegebiet (GE(e)) und Mischgebiet (MI) sind die Grundstückseinfriedungen zur Planstraße A nur mit standortgerechten, heimischen Hecken (siehe Pflanzliste) zulässig (siehe auch Ziffer 7.6).

Einfriedungen mit **Zäunen** sind in den **Allgemeinen Wohn- und den Mischgebieten** bis zu einer Höhe von **maximal 1,20 m** zulässig. In den **eingeschränkten Gewerbegebieten** sind die Grundstücke mit **mindestens 1,20 m hohen Zäunen** einzufrieden, um eine widerrechtliche Nutzung der umgebenden öffentlichen Grünfläche durch die Gewerbetreibenden zu verhindern. Diese sind ausschließlich grundstücksseitig anzuordnen.

Mit diesen Festsetzungen wird sichergestellt, dass gestalterisch unerwünschte Einfriedungen, die das Ortsbild stören würden, entlang der Planstraße A vermieden werden und ein angenehmer Gesamteindruck beim Betreten des Gebietes entsteht.

4.3.6 Anforderungen an die Gestaltung von Werbeanlagen

Innerhalb des eingeschränkten **Gewerbegebietes** ist eine **Gemeinschaftswerbeanlage** mit einer Höhe von maximal 5,00 m und maximal 15 m² Ansichtsfläche für die ansässigen Gewerbetreibenden zulässig.

Werbeanlagen sind ausschließlich als **Eigenwerbung** an der Stätte der Leistung direkt am Gebäude und bis zu einer Flächengröße von max. 0,25 m² zulässig. Je Gebäude und Grundstück darf nur eine Werbeanlage angebracht werden. Bei leuchtenden, hinterleuchteten und angeleuchteten Werbeanlagen sind grelles, wechselndes und blinkendes Licht unzulässig. Fahnenmasten und Fahnen sind unzulässig, da diese eine Scheuchwirkung auf Vögel haben und damit das Natura 2000-Gebiet südlich angrenzend an den Deich negativ beeinflussen würden.

Diese Festsetzungen sichern einerseits die Möglichkeit der Eigenwerbung für die Gewerbetreibenden und sorgen andererseits dafür, dass das Gebiet nicht von Werbeanlagen dominiert wird.

5 Natur und Landschaft

Für die Kleinklima- und Luftsituation ergeben sich bei Realisierung der grünordnungsplanerischen Maßnahmen keine nachhaltig negativen Auswirkungen.

Für die Pflanzen- und Tierwelt ergeben sich keine Beeinträchtigungen. Durch den Erhalt des grabenbegleitenden Gehölzes und zusätzlicher Gehölzpflanzungen wird der Grünanteil erhöht und damit potentielle Nist- und Nahrungsbiotope für nicht störungsempfindliche Vogelarten geboten.

Der Anteil oberflächenwasserabflussrelevanter Bebauung und Flächen auf dem Grundstück wird erhöht. Dezentrale Versickerungsmöglichkeiten, z.B. im Bereich von Stellplätzen und ein dezentrales Oberflächenentwässerungskonzept können Auswirkungen minimieren.

Aus diesem Grund wird eine Bestandserfassung der artenschutzrechtlich bedeutenden Gruppen in Form einer Potentialanalyse durchgeführt. Der darauf aufbauende artenschutzrechtliche Fachbeitrag wird im Laufe des Verfahrens ergänzt.

In Abhängigkeit des Oberflächenentwässerungskonzeptes können trotz der schwierigen, stauenden Bodenverhältnisse zur Reduzierung des Oberflächenabflusses und partiellen Grundwasseranreicherung die Pkw-Stellplätze in wasser- und luftdurchlässiger Bauweise hergestellt werden. Dies kann in der Ausführung über Splittfugenpflaster oder sog. Ökodrainpflaster erfolgen.

5.1 Öffentliche Grünflächen

Grünplanerische Maßnahmen sollen zur Gestaltung der Aufenthaltsqualität, zur Minimierung und zum Ausgleich von Eingriffen in den Naturhaushalt und in das Plangebiet beitragen. Im Norden und Osten sind daher öffentliche Grünflächen zur Ausbildung eines grünen Ortsrandes vorgesehen. Innerhalb des Plangebietes sind weitere Grünflächen in Nord-Süd-Ausrichtung geplant, die zur Aufnahme von Entwässerungsgräben vorgesehen sind. Im Süden ist zudem eine öffentliche Grünfläche festgesetzt, die den Deichseitengraben aufnimmt. Der Graben wird damit in seiner Gestalt und Funktion gewahrt und die vorhandene Flora und Fauna geschützt.

5.2 Flächen für Anpflanzungen

Zum Schutz und zur Entwicklung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen werden im Bebauungsplan diverse Festsetzungen getroffen. Die Bestimmung, dass für die Anpflanzungen nur standortgerechte, heimische Arten verwendet werden dürfen, dient dem Ziel, eine stadtökologisch wirksame Anreicherung des Naturhaushaltes und landschaftsgestalterisch optimale Einbindung zu erreichen. Standortgerechte und heimische Pflanzenarten bieten neben ihren sonstigen bioklimatischen Funktionen heimischen Tierarten einen nachhaltigen Lebensraum (siehe Pflanzenauswahlliste). Blühende und fruchtende heimische Gehölze bieten Insekten und Vögeln Lebensgrundlagen, sichern die natürliche Nahrungskette und dienen daher auch unmittelbar dem Artenschutz. Um diese Funktionen langfristig zu sichern, sind die Anpflanzungen auf Dauer zu erhalten und zu pflegen.

Auch im Hinblick auf das Orts- und Landschaftsbild und die Wohnqualität ist die Anpflanzung von Gehölzstrukturen im Plangebiet von hoher Bedeutung.

Des Weiteren tragen die Anpflanzungen darüber hinaus durch Verschattungs-, Verdunstungs- und Filterfunktionen zu einer Stabilisierung des Kleinklimas und der Lufthygiene bei.

Die Festsetzungen umfassen Pflanzgebote für Einzelbäume und Sträucher. Um auch langfristig die ökologischen und gestalterischen Funktionen zu erfüllen, sind bei Abgang von

durch Anpflanzungsgebot festgesetzten Gehölzen grundsätzlich Ersatzpflanzungen in gleichwertiger Qualität vorzunehmen.

In den **Teilbaugebieten WA 1, WA 2 und MI 2** ist je Grundstück **ein standortgerechter Laubbaum** zu pflanzen, um eine angemessene Durchgrünung der Wohngebiete zu sichern und eine nachhaltige landschafts- und ortsbildgerechte Gliederung des Plangebietes zu erzielen.

Auf **ebenerdigen Stellplatzanlagen** ist für je vier Stellplätze ein **großkroniger Laubbaum** zu pflanzen.

In den **eingeschränkten Gewerbegebieten** und den **Teilbaugebieten MI 1** muss der Durchgrünungsanteil auf den jeweiligen Grundstücken mindestens 20 vom Hundert (v.H.) betragen. Mindestens 10 v.H. der Grundstücksflächen sind mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen.

Die Baumpflanzungen übernehmen kleinklimatische Ausgleichsfunktionen, tragen zur optischen Gliederung bei und sorgen für eine gute Durchgrünung des Plangebiets. Zur Sicherung der gewünschten Durchgrünung müssen gute Wuchsbedingungen für alle Baumpflanzungen gewährleistet werden: Im Kronenbereich eines jeden Baumes ist eine offene Vegetationsfläche von mindestens 12 m² anzulegen bzw. zu erhalten, um die Nährstoff-, Luft- und Wasserversorgung des Baumes sicherzustellen und damit ein nachhaltiges Wachstum zu gewährleisten. Um möglichst kurzfristig den gewünschten Durchgrünungseffekt zu erreichen, sind für die festgesetzten Baumpflanzungen Mindestpflanzqualitäten vorgegeben.

In den **eingeschränkten Gewerbegebieten** sind **Außenwände von Gebäuden**, deren Fensterabstand mehr als 5 m beträgt sowie fensterlose Fassaden mit **Schling- oder Kletterpflanzen** zu begrünen. Je 2 m Wandlänge ist mindestens eine Pflanze zu verwenden.

An der **Nord- und Ostgrenze** des Plangebietes sind in den Grünflächen **Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern** festgesetzt. Diese dienen der Ortsrandgestaltung und Abschirmung zur freien Landschaft und tragen zur Schaffung naturraumtypischer Lebensräume für Pflanzen und Tiere bei. Zusätzlich sind Flächen zum Anpflanzen an der westlichen Grenze des Teilbaugebietes WA 2 sowie an der westlichen Grenze des südlichen Gewerbegrundstückes festgesetzt. Diese Festsetzungen dienen jeweils der Abschirmung zur und dem Schutz der angrenzenden Nachbarbebauung.

Zur Vermeidung von gestalterisch unerwünschten **Einfriedungen entlang der Planstraße A**, die das Ortsbild stören, sind im Mischgebiet sowie im eingeschränkten Gewerbegebiet Grundstückseinfriedungen zur Planstraße A nur aus **standortgerechten, heimischen Hecken** anzulegen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen.

Im **Gewerbe- und Mischgebiet** sind **Außenbeleuchtungen** nur in Form monochromatisch abstrahlender Leuchten und mit einem geschlossenen Glaskörper zulässig. Sie sind so zu erstellen, dass sie geringstmöglich in Grün- und Wasserflächen einwirken.

5.3 Eingriffs- und Ausgleichsregelung

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sind gemäß dem Verfahren und den inhaltlichen Anforderungen nach § 1 (6) Nr. 7 BauGB, in Verbindung mit § 1a BauGB die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Umweltschutzes zu beachten und zu berücksichtigen. Gemäß § 1a (2) BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden, dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen (Bodenschutzklausel). Dazu gehört auch, dass die zu erwartenden Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes soweit als möglich

im Plangebiet selbst gemindert, ausgeglichen oder ersetzt werden. Zu der Entscheidung über die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Abwägung gehören auch Entscheidungen über Festsetzungen, die dazu dienen, die zu erwartenden Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes auf den Grundstücksflächen, auf denen Eingriffe zu erwarten sind, oder im sonstigen Geltungsbereich des Bauleitplans auszugleichen, zu ersetzen oder zu mindern. Anhand der "Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der verbindlichen Bauleitplanung" in der Anlage zum gemeinsamen Runderlass des Innenministeriums und des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten vom August 1998 ist im Rahmen der Umweltprüfung ermittelt worden, ob die dargestellten Ausgleichsmaßnahmen eine volle Kompensation des Eingriffes erreichen.

Für das Plangebiet dieses Bebauungsplanes wurde ein Umweltbericht erarbeitet. Darin wurden der Zustand des Plangebietes, seine Bedeutung für den Planungsraum und die geplanten Nutzungen gegenübergestellt, um abwägen zu können, ob und inwieweit erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes hervorgerufen werden, und ob diese durch grünordnerische und landschaftspflegerische Maßnahmen sowie eine landschaftsgerechte Neugestaltung ausgeglichen werden können.

Für die Eingriffe des Bebauungsplans Nr. 12 ist auf 8.279 m² Ausgleich zu leisten. Diese 0,8 ha werden planextern auf dem Ökokonto der Gemeinde Hetlingen (Gemarkung Hetlingen, Flur 13, Flurstück 21/2) erbracht.

Wegen der Einzelheiten, insbesondere der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung wird auf den landschaftsplanerischen Beitrag (Anlage zur Begründung) verwiesen.

6 Erschließung

6.1 Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz

Die Anbindung an das übergeordnete Straßennetz erfolgt über die Holmer Straße (Landesstraße 261). Gemäß Absprache mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr ist eine direkte Anbindung möglich.

Ein Linksabbieger von der Landesstraße ist nach Aussage das Landesbetriebs Straße und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein hierbei nicht erforderlich. Nach erfolgtem Ausbau der Planstraße A und Bebauung des Gebiets sollte geprüft werden, ob die nach StVO charakteristischen und örtlichen Gegebenheiten für ein Versetzen der Ortstafel vor die Einmündung der Planstraße gegeben sind.

6.2 Sichtdreiecke

Innerhalb der für die in diesem Abschnitt der Landesstraße zulässige Höchstgeschwindikeit von 70 km/h bemessenen Sichtdreiecke sind Bebauung, Bepflanzung oder sonstige sichtbehindernde Gegenstände von über 0,8 m Höhe, gemessen von der Straßenoberkante des Fahrbahnrandes der übergeordneten Straße, unzulässig. Ausgenommen sind einzeln stehende Bäume mit einem Astansatz von über 2,80 m.

6.3 Innere Erschließung / Planstraßen / Verkehrsflächen bes. Zweckbestimmung

Die interne Erschließung des Plangebietes ist über die **Planstraße A** vorgesehen. Diese hat eine Breite von 8,35 m einschließlich einseitigem Gehweg, die Wendekehre hat einen Radius von 12,00 m.

Die Wohnhäuser werden über drei Stichstraßen **(Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung)** mit einer Breite von 4,50 m erreicht. Diese dürfen – neben ihrer Nutzung als Fuß- und Radweg - von Anliegern, Rettungs- und Instandhaltungsfahrzeugen befahren werden.

Die Gewerbegrundstücke werden entweder direkt über die Planstraße A, oder über die **Planstraße B** erschlossen. Diese hat eine Breite von 8,00 m einschließlich einseitigem Gehweg. Die Planstraße B ist damit so dimensioniert, dass sie gleichzeitig als mögliche Erschließung der gemäß Flächennutzungsplan vorgesehenen Sportplatzflächen nordöstlich des Gebietes genutzt werden kann, da der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr eine weitere Erschließung von der Landesstraße zukünftig ausgeschlossen hat.

6.4 Fußläufige Erschließung

Die Abschnitte der oben erläuterten Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (für Anlieger befahrbar) werden zu einer vollständigen Fuß- und Radwegeverbindung bis zur Holmer Straße im Norden und zur Straße „Am Blink“ im Süden ergänzt durch einzelne nicht für PKW befahrbare Abschnitte. Auch diese werden als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, in diesem Falle als ausschließlich für Rettungs- sowie Instandhaltungsfahrzeuge befahrbarer Fuß- und Radweg festgesetzt.

Der in der 2. Änderung des B-Plans Nr. 3 „Blink“ vorgesehene Stich nach Osten wird in das Konzept aufgenommen, um hier eine Zufahrt für den Notfall herstellen zu können.

6.5 Öffentliche Parkplätze

Entlang der Erschließungsstraßen werden insgesamt 11 öffentliche Parkplätze realisiert. Im Allgemeinen werden ca. 30 % öffentliche Parkplätze als ausreichend erachtet. Bei ca. 30 möglichen Wohneinheiten und 11 öffentlichen Parkplätzen ist die Versorgung mit öffentlichen Parkplätzen als gut einzustufen. In der Planstraße B befinden sich 6 Plätze, im Bereich der Stichstraße befinden sich weitere 5 Parkplätze.

6.6 Private Stellplätze

Die Parkplätze in den öffentlichen Straßen im Plangebiet sollen Besuchern des Quartiers vorbehalten bleiben. Daher sind in den **Teilbaugebieten WA 1, WA 2 und MI 2** für die erste Wohneinheit **2 Stellplätze** nachzuweisen. Für die untergeordnete zweite Wohneinheit (Einliegerwohnung) ist ein Stellplatz zu schaffen. Damit wird der erfahrungsgemäß hohen Anzahl an erforderlichen privaten Stellplätzen gerecht.

Ausnahmsweise ist im Teilbaugebiet MI 2 nur 1 Stellplatz je Wohneinheit zu schaffen, sofern ein Gebäude mit mehr als 2 Wohneinheiten errichtet wird.

In den **Teilbaugebieten MI 1** ist je Wohneinheit **1 Stellplatz** zu schaffen.

Die erforderlichen Stellplätze sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche in Form von offenen Stellplätzen, Garagen und Carports zulässig. In den Teilbaugebieten WA 1, WA 2, MI 1 und MI 2 sind diese mit einem Abstand von mindestens 5,00 m zu der das Grundstück erschließenden öffentlichen Verkehrsfläche zu errichten, um ausreichend Fläche für einen weiteren Abstellplatz für Kraftfahrzeuge auf den Grundstücken zu gewährleisten. Zur Schaffung von ausreichend Raum für eine ansprechende Einfriedung der Stellplätze, ist zu allen anderen angrenzenden Verkehrsflächen ein Mindestabstand von 1,00 m einzuhalten.

In den Gewerbegebieten sind auf den Grundstücken ausreichend Stellplätze für Mitarbeiter und Besucher herzustellen.

6.7 Nebenanlagen

Im gesamten Plangebiet sind Nebenanlagen, insbesondere Garten- / Gerätehäuser sowie Geräteschuppen auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, jedoch nicht auf Flächen für Anpflanzungen sowie auf Flächen mit Geh- und Fahrrecht zugunsten des SV Hetlingen zulässig. Diese Festsetzung bietet einen möglichst großen Gestaltungsspielraum für die Bauherren und sichert gleichzeitig, dass Flächen für Anpflanzungen und Flächen mit Geh- und Fahrrecht zugunsten des SV Hetlingen freigehalten werden.

7 Ver- und Entsorgung

7.1 Trinkwasser

Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser wird durch den Wasserbeschaffungsverband Haseldorfer Marsch gewährleistet. Weitere Details (Anschlusspunkte etc.) sind im weiteren Verfahren mit dem Versorgungsträger abzustimmen.

7.2 Schmutzwasser

Die Schmutzwasserbeseitigung erfolgt durch Anschluss an das bestehende Kanalnetz im Nordwesten des Gebietes in der Holmer Straße. Aufgrund der geringen Geländehöhen muss das anfallende Schmutzwasser mit einer Pumpstation über eine Druckrohrleitung DN 80 zum Anschlussschacht Nr. 201095 gepumpt werden. Aufgrund der geringen Platzverhältnisse wird vorläufig auf einen Druckentspannungsschacht verzichtet. Die Pumpstation ist unmittelbar südlich der Holmer Straße innerhalb des Mischgebiets vorgesehen. Eine detaillierte Planung erfolgt im Rahmen der Erschließungsplanung.

Der im Norden längs zur Holmer Straße verlaufende vorhandene Schmutzwassersammler des Zweckverbandes Hauptsammler West stellt keine Behinderung bei der Durchführung der Bauarbeiten dar. In einem Abstand von 2,50 m beiderseits der Mittellinie des Kanals dürfen keine Anlagen und Gebäude errichtet werden, die die Reinigung und die Unterhaltung des Kanals beeinträchtigen könnten.

7.3 Oberflächenentwässerung

Die Versickerung des Oberflächenwassers ist nach ersten Untersuchungen nicht möglich. Zur Oberflächenentwässerung ist daher in Absprache mit dem Kreis Pinneberg und dem azv Südholstein ein offenes Grabensystem mit drei Trockengräben zur Ableitung des anfallenden Regenwassers sowie Nutzung des Deichgrabens geplant.

Die drei neu herzustellenden Gräben sind über Rohre DN 300 miteinander verbunden. Der Graben 1 ist zudem mit einem 2,50 m breiten Pflegeweg zur Unterhaltung vorgesehen. Die Gräben 2 und 3 sind von der öffentlichen Verkehrsfläche zugänglich, sodass ein zusätzlicher Pfegeweg nicht notwendig ist. Für die Verbindung zwischen Graben 1 und 2 ist ein Kanal über Privatgrund zu verlegen. Hierfür ist eine Grunddienstbarkeit einzutragen.

Alle Gräben leiten im Südwesten über den Schacht Nr. 101090 in die bestehende Regenwasserkanalisation ein, welche im Nordosten der Gemeinde Hetlingen an das Regenrückhaltebecken „Haferland“ anschließt. Da das bestehende Rückhaltebecken nicht für den zusätzlich anfallenden Abfluss von ca. 435 m³ ausgelegt ist, wird das Niederschlagswasser aus den Gräben nur gedrosselt in die Kanalisation eingeleitet. Hierfür wird, vorbehaltlich der Abstimmung mit der unteren Wasserbehörde, der marschtypische Drosselabfluss von ca. 1,20 l/sha angesetzt. Die Entwässerungsgräben innerhalb des Bebauungsgebietes fungieren somit als ein Retentionsraum.

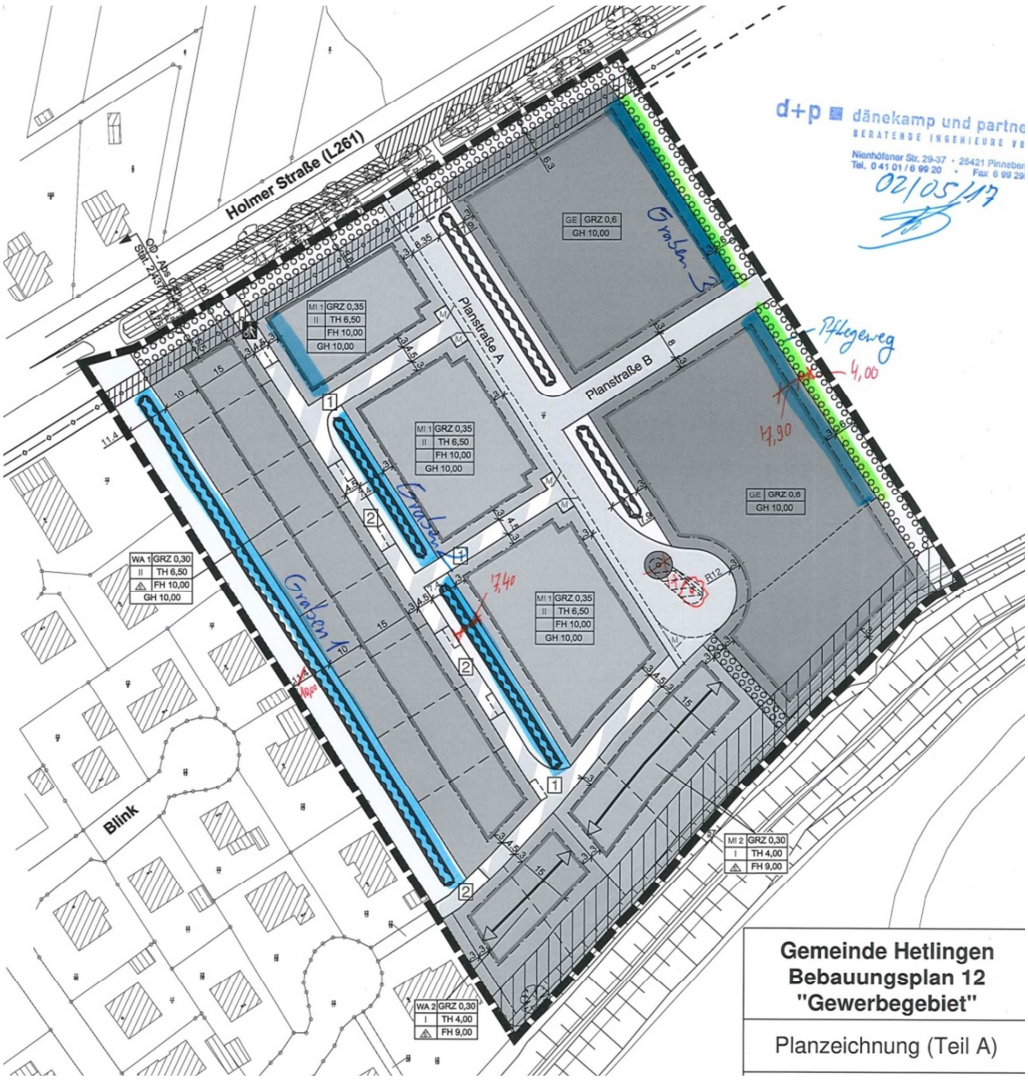
Der vorhandene Entwässerungsgraben entlang der 2. Deichlinie fällt in den Verantwortungsbereich des Gewässer- und Landschaftsverbandes des Kreises Pinneberg (GuLV). Für die Grabennutzung sind im Zuge der Vorplanung eine Genehmigung einzuholen und gegebenenfalls Schutzmaßnahmen, wie zum Beispiel Erosionsschutz der Sohle und Böschung durchzuführen.

Es wurde zudem geprüft, ob die Entwässerungsgräben entlang der Planstraße A an den östlichen Rand der Gewerbegrundstücke verschoben werden können. Dazu nimmt das beauftragte Ingenieurbüro dänekamp+partner wie folgt Stellung:

Derzeit sind die 3 Gräben mit Rohrleitungen verbunden und als ein einzelner Rückhalteraum geplant. Die Rohrleitungen sind hierzu weitestgehend ohne nennenswertes Gefälle eingeplant. Bei einer Verlegung des Grabens Nr. 3 östlich des Gewerbegebietes werden die Rohrleitungen für die Berücksichtigung als Gesamtretentionsraum zu lang. Folglich sind die 3 Gräben als Einzelretentionsräume (Graben 1 für das Wohngebiet, Graben 2 für das Mischgebiet und Graben 3 für das Gewerbegebiet, jeweils mit angrenzenden Verkehrsflächen) nachzuweisen, welches einen sehr geringen Abfluss (0,4 l/s bis 1,6 l/s) aus den Einzelgräben bedeutet. Dies hat eine deutlich wartungsintensivere Drossel zur Folge (Verstopfungsgefahr aufgrund geringer Durchlässigkeit). Eine weitere Abstimmung mit dem AZV ist zwingend erforderlich. Für jeden Graben ist ein eigenes Drosselbauwerk und eigener Notüberlauf vorzusehen. Dafür könnten die Rohrleitungen über die Grundstücke der Wohnbebauung entfallen.

Aufgrund des hohen Versiegelungsgrades im Gewerbe- und Mischgebiet sind die Gräben entsprechend der beigefügten Skizze in der Länge zu verändern. Der Graben im Bereich des Wohngebietes kann im Gegenzug verschmälert werden. In Graben 3 muss zudem die Einstauhöhe deutlich erhöht werden (bis ca. 30 cm unter Geländeoberkante), was dazu führt, dass die Gewerbetreibenden ihr Oberflächenwasser oberflächlich ableiten müssten (ACO-Rinnen, Pflastermulden etc.).

Die Planstraße A (Haupterschließung) muss zudem über zusätzliche Straßenabläufe entwässert werden. Es sind zusätzliche Kosten in Höhe von ca. 30.000 € brutto einzukalkulieren.



Sobald eine Entscheidung zur Lage der Entwässerungsgräben vorliegt, werden das Wasserwirtschaftliche Konzept und die Anlage zur Begründung ergänzt. Wegen der Einzelheiten wird daher auf das Wasserwirtschaftliche Konzept[1] verwiesen.

7.4 Brandschutz

Die Löschwasserversorgung wird durch den Anschluss an eine vorhandene Trinkwasserleitung in der Holmer Straße sowie durch eine zusätzliche Einrichtung zur Löschwasserversorgung innerhalb des Plangebietes gesichert.

7.5 Energieversorgung

Die Versorgung mit Strom, Gas und Frischwasser wird durch Erweiterung der vorhandenen Leitungen sichergestellt.

7.6 Abfallbeseitigung

Träger der Abfallbeseitigung ist der Kreis Pinneberg, der sich zu diesem Zwecke der Gemeinnützigen Abfallbeseitigungsgesellschaft mbH (GAB) bedient. Der gesamte Müll wird in der MVA Tornesch-Ahrenlohe verwertet.

7.7 Fernmeldetechnische Versorgung

Die fernmeldetechnische Versorgung des Gebietes erfolgt durch Erweiterung des bestehenden Netzes.

8 Immissionsschutz

In der Gemeinde Hetlingen ist mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12 die Entwicklung eines Gewerbegebiets, eines Mischgebiets und eines allgemeines Wohngebiets geplant.

Die in Aussicht genommene Fläche befindet sich südöstlich der Holmer Straße (L261). Im Nordosten sind landwirtschaftliche Betriebe vorhanden.

Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Einwirkungen des Straßenverkehrslärms auf das Plangebiet und die Auswirkungen des B-Plan-induzierten Zusatzverkehrs untersucht.

Für den Verkehrslärm kann sich gemäß DIN 18005, Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“ die Beurteilung auf öffentlichen Verkehrswegen an den Kriterien der 16. BImSchV („Verkehrslärmschutzverordnung“) orientieren.

Die DIN 18005, Teil 1 verweist für die Beurteilung von Anlagen auf die TA Lärm, so dass die Immissionen aus Anlagenlärm auf Grundlage der TA Lärm beurteilt werden.

Als Untersuchungsfälle wurden der Prognose-Nullfall ohne Umsetzung der geplanten Maßnahmen und der Prognose-Planfall berücksichtigt. Beide Untersuchungsfälle beziehen sich auf den Prognose-Horizont 2030/35.

1 d+p dänekamp und partner: Wasserwirtschaftliches Konzept zum Bebauungsplan Nr. 12

8.1 Gewerbelärm

In der vorliegenden schalltechnischen Untersuchung[2] wurden die Auswirkungen des geplanten Gewerbegebietes auf die Nachbarschaft geprüft.

Für die Darstellung der Gewerbelärmimmissionen von den gewerblichen Flächen wird daher der städtebauliche Ansatz von flächenbezogenen Schallleistungspegeln LW'' (bezogen auf eine Grundfläche von 1 m²) verwendet.

Für die Berechnung von Mindestabständen oder zur Feststellung von Schutzmaßnahmen ist gemäß DIN 18005/1 für Gewerbegebiete mit Lw'' = 60 dB(A) sowohl tags als auch nachts zu rechnen. Diese Werte sind demnach als Anhaltswerte für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete anzusehen.

Als Vorbelastungen werden die Emissionen von den im Norden vorhandenen landwirtschaftlich genutzten Flächen berücksichtigt. Für die vorhandenen Gewerbeflächen wurde tags und nachts der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt.

Für die nördlichen geplanten gewerblichen Flächen innerhalb des Bebauungsplans Nr. 12 wird tags der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt. Für den Nachtzeitraum wurden Ansätze abgleitet, die mit der geplanten und vorhandenen Wohnbebauung im Umfeld verträglich sind.

Im südlichen Bereich des Gewerbegebietes ist die Ansiedlung eines Brillenherstellers vorgesehen. Für den Brillenhersteller liegen bereits Betriebsdaten vor, so dass dieser Betrieb detailliert betrachtet wurde.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sowohl an der geplanten Bebauung innerhalb des Plangeltungsbereichs, als auch an der vorhandenen Bebauung außerhalb des Plangeltungsbereichs die jeweiligen Immissionsrichtwerte aus der Gesamtbelastung im Tageszeitraum und im Nachtzeitraum eingehalten werden.

Hinsichtlich der kurzzeitig auftretenden Geräuschspitzen werden die Mindestabstände tags zu allen benachbarten Nutzungen eingehalten, so dass dem Spitzenpegelkriterium der TA Lärm im Tageszeitraum entsprochen wird. Im Nachtzeitraum wird der Mindestabstand durch die Ladegeräusche zu den benachbarten Nutzungen unterschritten, daher sind Nachtanlieferungen nicht möglich.

Insgesamt ist das geplante Gewerbegebiet mit dem geplanten Mischgebiet und dem geplanten Allgemeinen Wohngebiet sowie mit der vorhandenen Bebauung mit den Anforderungen der TA Lärm grundsätzlich verträglich.

8.2 Verkehrslärm

Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Belastungen aus Verkehrslärm berechnet. Dabei wurde der Straßenverkehrslärm auf den maßgeblichen Straßenabschnitten berücksichtigt. Die Straßenverkehrsbelastungen für den Prognosehorizont 2030/2035 für die Holmer Straße wurden für den Prognose-Nullfall und den Prognose-Planfall den Angaben des Büros d+p daenekamp und partner entnommen.

Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgte auf Grundlage der Rechenregeln der RLS-90.

Es zeigt sich, dass durch den B-Plan-induzierten Zusatzverkehr keine beurteilungsrelevanten Zunahmen zu erwarten sind.

2 LAIRM CONSULT GMBH: Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen

Insgesamt ist festzustellen, dass im gesamten Bereich des Gewerbegebiets die Orientierungswerte für Gewerbegebiete von 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts lediglich im straßennahen Bereich der Holmer Straße geringfügig überschritten werden. Die Immissionsgrenzwerte für Gewerbegebiete von 69 dB(A) tags und von 59 dB(A) nachts werden im gesamten Plangeltungsbereich eingehalten.

Im gesamten Bereich des Mischgebiets wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 60 dB(A) tags im straßennahen Bereich überschritten. Der Immissionsgrenzwert für Mischgebiete von 64 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Im Nachtabschnitt wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 50 dB(A) nachts im nördlichen Baufenster des Mischgebiets überschritten. Der Immissionsgrenzwert für Mischgebiete von 54 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von 25 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Im Bereich des Allgemeinen Wohngebiets werden die Orientierungswerte von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts in einem kleinen Teilbereich im Norden innerhalb der Baugrenzen überschritten. Der Grenzwert für Allgemeine Wohngebiete von 59 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Der Immissionsgrenzwert von 49 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von etwa 40 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Die Umsetzung von aktivem Lärmschutz ist aufgrund der nur gebietsweise Überschreitungen und geplanten Geschossigkeit und somit der Dimensionierung der erforderlichen Lärmschutzwand innerhalb des Plangebietes aus städtebaulicher Sicht nicht zu empfehlen.

Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den Erd- sowie den Obergeschossen können aufgrund der Bauweise durch Grundrissgestaltung (Verlegung der schützenswerten Nutzungen auf die lärmabgewandte Seite) oder passiven Schallschutz geschaffen werden.

Gemäß DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) ergeben sich Anforderungen an den passiven Schallschutz zum Schutz der Wohn- und Büronutzungen vor von außen eindringenden Geräuschen. Die Dimensionierung des passiven Schallschutzes erfolgt über die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen. Die maßgeblichen Außenlärmpegel sind in der Abbildung 3 für schutzbedürftige Räume und in Abbildung 4 für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden, dargestellt.

Abweichend vom Entwurf zur 1. Änderung des Teils 2 bezüglich Abschnitt 4.4.5.7 erfolgt die Ermittlung des maßgeblichen Außenlärmpegels unter Berücksichtigung der VDI 3722-2 Abschnitt 5.6 durch Überlagerung aller jeweiligen maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) der auf das Plangebiet einwirkenden Lärmquellen (Straßenverkehrslärm sowie Gewerbelärm).

Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass bei einem maßgeblichen Außenlärmpegel von > 70 dB(A) mit erheblichem passiven Schallschutz und damit zusätzlichen Baukosten zu rechnen ist.

9 Umweltprüfung

Nach der seit dem 20.07.2004 geltenden Fassung des Baugesetzbuches ist grundsätzlich zu jedem Bauleitplan eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Der als Anlage beigefügte Umweltbericht[3] ist Bestandteil dieser Begründung. Wegen der Einzelheiten wird deshalb auf die Anlage verwiesen.

10 Landschaftsplanerischer Beitrag

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sind gemäß dem Verfahren und den inhaltlichen Anforderungen nach § 1 (6) Nr. 7 BauGB, in Verbindung mit § 1a BauGB die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Umweltschutzes zu beachten und zu berücksichtigen. Für das Plangebiet dieses Bebauungsplanes wurde daher ein landschaftsplanerischer Beitrag erarbeitet. Darin wurden der Zustand des Plangebietes und die geplanten Nutzungen beschrieben und bewertet sowie Maßnahmen zur Minimierung von Beeinträchtigungen aufgezeigt. Weiterhin werden Angaben zum Artenschutz und zum Ausgleich von Eingriffen gemacht.

Der als Anlage beigefügte landschaftsplanerische Beitrag (Umweltbericht) ist Bestandteil dieser Begründung. Wegen der Einzelheiten wird deshalb auf die Anlage verwiesen.

11 Hinweise

11.1 Kulturdenkmäler

Kulturdenkmäler sind Gegenstände aus vergangener Zeit, die Zeugnisse, insbesondere des geistigen oder künstlerischen Schaffens, des handwerklichen oder technischen Wirkens oder historischer Ereignisse oder Entwicklungen darstellen, an deren Erhaltung und Pflege oder wissenschaftlicher Erforschung und Dokumentation aus geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht.

Der westliche Teil des Plangebietes liegt innerhalb des archäologischen Interessengebietes „Hetlinger Geesthügel“. Werden während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 15 DSchG der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.

[3] Dipl.-Ing. Dirk Matzen Ladschaftsarchitekt BDLA: Landschaftsplanerischer Beitrag zum-Plan 12 der Gemeinde Hetlingen – Umweltbericht -

11.2 Schmutzwasserkanal

Parallel zur Holmer Straße liegt ein Schmutzwasserkanal des Zweckverbandes Hauptsammler West. In einem Abstand von 2,50 m beiderseits der Mittellinie des Kanals dürfen keine Anlagen und Gebäude errichtet werden, die die Reinigung und die Unterhaltung des Kanals beeinträchtigen könnten.

12 Nachrichtliche Übernahmen

Gemäß § 9 Abs. 6 BauGB sollen Festsetzungen, die aufgrund anderer gesetzlicher Vorschriften getroffen wurden, nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen werden.

12.1 Anbauverbotszone

Zur Sicherung der Möglichkeit eines späteren Ausbaus der Landesstraßen, dürfen gemäß § 29 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt an Landesstraßen keine Hochbauten jeglicher Art in einer Entfernung bis zu 20 m errichtet werden. Der Abstand wird gemessen vom äußeren Rand der befestigten, für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn.

Diese Anbauverbotszone wird aufgrund des § 9 Abs. 6 BauGB nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen.

13 Flächenbilanz

13.1 Flächen

Der Plangeltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen mit der Lagebezeichnung südlich der Holmer Straße, östlich der Wohnbebauung „Blink“, nördlich der 2. Deichlinie in einer Tiefe von ca. 150 m, hat eine Gesamtgröße von 30.650 qm.

Allgemeine Wohnbaugebiete	5.750 qm
Mischgebiete	7.250 qm
Gewerbegebiete	8.300 qm
Oberflächenentwässerung	3.500 qm
Verkehrsfläche (inkl. 50 m² Müll)	2.200 qm
Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung	1.200 qm
Grünflächen (inkl. Stromkasten/Internet)	2.000 qm
Fuß- und Radwege	400 qm
Fläche für Trafostation	50 qm
Geltungsbereich des Bebauungsplanes	**30.650 qm**

13.2 Kosten

Die Gemeinde Hetlingen trägt die Plnungs- und Erschließungskosten.

Als laufende Kosten der Gemeinde sind die Pflege der öffentlichen Straßenverkehrsflächen und der Grünflächen mit ihren Anpflanzungen zu berücksichtigen.

14 Anlagen

Landschaftsplanerischer Beitrag zum Bebauungsplan Nr. 12 „Umweltbericht“
Dipl.-Ing. Dirk Matzen Landschaftsarchitekt BDLA, Kirchenstraße 20, 22869 Schenefeld, 07.04.2017

Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen
L*AI*R*P*M CONSULT GmbH, Haferkamp 6, 22941 Bargteheide, 03.05.2017

Wasserwirtschaftliches Konzept zur Abführung des Oberflächenwassers zum B-Plan Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen
d+p Dänekamp und Partner, Nienhöfener Straße 29 - 37, 25421 Pinneberg, in Arbeit

Verkehrsuntersuchung Bebauungsplan Nr. 12
d+p Dänekamp und Partner, Nienhöfener Straße 29 – 37, 25421 Pinneberg, 31.03.2017

Baugrunduntersuchung, -beurteilung und Gründungsberatung
Ingenieurgesellschaft Dr.-Ing. Michael Beuße mbG, Wilkensweg 6, 21149 Hamburg, 06.04.2017

V E R K E H R S U N T E R S U C H U N G

- Gemeinde Hetlingen, Erschließung B.-Plan Nr. 12 -

Inhaltsverzeichnis

1. Vorhandene Situation 1

1.1 Erfassung Bestandssituation 1

2. Vorgehen der Abschätzung der Verkehrsmengen 2

2.1. Abschätzung der Verkehrsmengen Mischgebiet 2

2.1.1. Ermittlung der Strukturgrößen 2
2.1.2. Verkehrsaufkommen 3
2.1.3. Tagesbelastung und Stundenwerte 4

2.2. Abschätzung der Verkehrsmengen Wohngebiet 5

2.2.1. Ermittlung der Strukturgrößen 5
2.2.2. Verkehrsaufkommen 6
2.2.3. Tagesbelastung und Stundenwerte 7

2.3. Abschätzung der Verkehrsmengen Gewerbegebiet 7

2.3.1. Ermittlung der Strukturgrößen 7
2.3.2. Verkehrsaufkommen 8
2.3.3. Tagesbelastung und Stundenwerte 8

2.4. Abschätzung der Verkehrsmengen Gesamterschließung 9

3. Verteilung auf umliegendes Straßennetz 9

4. Verkehrsaufkommen umliegendes Straßennetz 10

5. Prognose Verkehrsmengen 2030 10

VORABZUG

6. Verkehrsqualität 11

6.1 Grundlagen der Bewertung 11

6.2 Leistungsfähigkeit gem. HBS 2015 13

7. Geplante Erschließung 14

Abkürzungen

FGSV	Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen
DTV	Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke
HBS	Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen
MIV	motorisierter Individualverkehr
MSV	maßgebende stündliche Verkehrsstärke
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr

VORABZUG

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Plangebiet (Bing Maps, 2017 Microsoft Corporation) 1

Abbildung 2: Verkehrsströme 2030 11

Quellenverzeichnis

BVU, iTP, IVV, Planco. „Verkehrsverflechtungsprognose 2030." Juni 2014.

Dr.-Ing. Dietmar Bosserhoff. „Abschätzung des Verkehrsaufkommens durch Vorhaben der Bauleitplanung." August 2011.

Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen. „Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen." Ausgabe 2015.

Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von Gebietstypen. „Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von Gebietstypen." Ausgabe 2006.

Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen. „Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen." Ausgabe 2006.

Prinz, Städtebauliches Entwerfen. „Städtebauliches Entwerfen." Stuttgart 1993.

Statistisches Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland. „Statistisches Jahrbuch." 2013.

—. „Statistisches Jahrbuch." 2010.

VORABZUG

1. Vorhandene Situation

Die zu untersuchende geplante Erschließung befindet sich in der Holmer Straße (L261) kurz vor der Ortsdurchfahrt in der Gemeinde Hetlingen. Die geplante Erschließung erfolgt über einen unsignalisierten Knotenpunkt Planstraße / Holmer Straße.

Die Holmer Straße führt in Richtung Norden zur B 431 in der Gemeinde Holm. In Richtung Süden führt die L 261 in Richtung Haseldorf.



Abbildung 1: Plangebiet (Bing Maps, 2017 Microsoft Corporation)

1.1 Erfassung Bestandssituation

Die Holmer Straße hat eine Breite von ca. 6,00 m und ist gemäß Richtlinie zur Anlage von Landstraßen als regionale Verbindungsstraße der Entwurfskategorie EKL 4 einzustufen. Es sind sowohl außerorts als auch in der Ortsdurchfahrt keine Linksabbiegefahrstreifen auf der L261 vorhanden. Außerhalb der Ortsdurchfahrt ist die Holmer Straße eine Allee.

2. Vorgehen der Abschätzung der Verkehrsmengen

Um die zu erwartenden Verkehrsmengen möglichst realistisch abzuschätzen, wird ein Verfahren gewählt, welches jeweils einen Mindest- und Maximalwert bei den anzunehmenden Parametern berücksichtigt. Aus dem arithmetischen Mittel der Eingangswerte ergibt sich eine hinreichend genaue, den Regelwerken entsprechende Abschätzung der Verkehrsmengen (Dr.-Ing. Dietmar Bosserhoff).

Um die möglichen Auswirkungen auf die geplante Einmündung zu untersuchen sind die Verkehrsmengen aus der geplanten Nutzung zu ermitteln.

Im Nachfolgenden werden die Verfahrensschritte einzeln erläutert.

2.1. Abschätzung der Verkehrsmengen Mischgebiet

2.1.1. Ermittlung der Strukturgrößen

Für das geplante Mischgebiet werden gemäß Planung ca. 18 Wohneinheiten und eine gewerbliche Bruttogeschossfläche von ca. 3.800 m² angesetzt.

In Abhängigkeit von der geplanten Ersterschließung wird eine Haushaltsgröße von 3,0 Einwohnern / Wohneinheit bis maximal 3,5 EW/WE angesetzt. (Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von Gebietstypen). Bei der gewerblichen Nutzung wird bei einer zu erwartenden Nutzung durch beispielsweise Handwerksbetriebe, Kfz-Instandsetzung oder unternehmensorientierte Dienstleistungen ohne merklichen

VORABZUG

Kundenverkehr eine Bruttogeschossfläche von ca. und 50 bis 70 m² je Beschäftigtem angesetzt.

Es ergibt sich somit eine Beschäftigtenanzahl von ca. 65 und eine Einwohnerzahl von ca. 59.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 1 „Strukturgrößen“ aufgeführt.

2.1.2. Verkehrsaufkommen

Unter Bezugnahme auf die Einwohnerzahl ergeben sich für das geplante Mischgebiet - unter Berücksichtigung einer Wegehäufigkeit von mindestens 3,5 bis maximal 4,0 Wege (rechnerisch somit 3,75) pro Einwohner und Tag sowie aufgrund der schlechten Verkehrsanbindung durch kein ÖPNV-Angebot und einem Anteil des MIV von 40 bis 90 Prozent - bei einem Belegungsgrad von 1,3 Personen je Kfz im Mittel 121 Fahrten pro Tag.

Im Allgemeinen gilt, dass unter günstigen Voraussetzungen, d.h. bei Erreichbarkeit von Nahversorgungs- und Gemeinbedarfseinrichtungen auf kurzen Wegen und attraktiver ÖPNV-Erschließung der Pkw-Anteil nur etwa 30 % aller Wege beträgt. Im umgekehrten Fall, d.h. bei fehlenden oder weit entfernten Nahversorgungs- und Gemeinbedarfseinrichtungen und nicht attraktiver ÖPNV-Anbindung, beträgt der Pkw-Anteil ca. 70 %. In ländlichen Gegenden geht der PKW-Anteil gegen 100 %.

Durch die Besucher der geplanten Wohnbebauung sind hier werktags bei einem MIV-Anteil von 40 bis 90 Prozent und einem Anteil von maximal 3 Prozent am Einwohnerverkehr im Mittel zusätzlich 4 Fahrten pro Werktag zu erwarten.

VORABZUG

Durch den Wirtschaftsverkehr der Einwohner kommen bei 0,1 Kfz-Fahrten pro Einwohner und Tag noch einmal 6 Fahrten hinzu.

Durch die Beschäftigten sind hier werktags bei einem MIV-Anteil von 40 bis 90 Prozent und einer Wegehäufigkeit von 2,5 bis 3,0 Wegen pro Beschäftigtem und Tag - bei einem Belegungsgrad von 1,1 Personen je Kfz - im Mittel zusätzlich 128 Fahrten pro Werktag zu erwarten.

Der Wirtschaftsverkehr der Beschäftigten macht bei einer geschätzten Häufigkeit von. 0,5 bis 1,0 Kfz-Fahrten je Beschäftigtem im Mittel 52 Fahrten am Tag aus.

Der Kundenverkehr beträgt unter Berücksichtigung einer Wegehäufigkeit von 0,5 bis 1 Weg je Beschäftgtem und Tag und einem MIN-Anteil von 40 bis 90 Prozent bei einer PKW-Besetzung von 1,5 Personen je PKW im Mittel 27 Fahrten pro Werktag.

Als Gesamtverkehr aus der geplanten Nutzung sind somit im Mittel 337 Kfz-Fahrten in 24 Stunden (werktags) zu erwarten gewesen.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 1 „Verkehrsaufkommen“ aufgeführt.

VORABZUG

2.1.3. Tagesbelastung und Stundenwerte

Teilt man diese Gesamtleistung nun auf richtungsbezogene Einzelströme auf, so ergeben sich als Quell- bzw. Zielverkehr als Mittel 172 Kfz pro Tag.

Unter Berücksichtigung der normierten Tagesganglinie (Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von

Gebietstypen) für den vorliegenden Gebietstyp sind maximal 18 Fahrzeuge in der Zeit von 17 bis 18 Uhr als Quellverkehr und maximal 22 Fahrzeuge als Zielverkehr in der Zeit von 7 bis 8 Uhr zu erwarten.

Für die geplante Nutzung ergeben sich in der maßgebenden Spitzenstunde (18 – 19 Uhr) 22 Fahrzeuge als maximaler Zielverkehr und 13 Fahrzeuge als Quellverkehr in diesem Zeitraum.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 1 „Kfz-Stundenwerte“ aufgeführt.

2.2. Abschätzung der Verkehrsmengen Wohngebiet

2.2.1. Ermittlung der Strukturgrößen

Für das geplante Wohngebiet sind wir gemäß vorliegender Planung von 9 Wohneinheiten ausgegangen.

In Abhängigkeit von der Bebauung wird die durchschnittliche Haushaltsgröße für Einfamilienhäuser mit 3,5 Einwohnern pro Wohneinheit angegeben (Prinz, Städtebauliches Entwerfen). Dieser wird als Maximalwert für die Geschosswohnungen angesetzt.

Als Mindestwert wird in Abhängigkeit von der Gemeindegröße 3,0 Einwohner je Wohneinheit angesetzt (Statistisches Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland).

Rechnerisch ergibt sich also ein Wert von 3,25 Einwohnern je Wohneinheit für die Wohnbebauung.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 2 „Strukturgrößen“ aufgeführt.

VORABZUG

2.2.2. Verkehrsaufkommen

Unter Bezugnahme auf die Einwohnerzahl ergeben sich für das geplante Baugebiet - unter Berücksichtigung einer Wegehäufigkeit von mindestens 3,5 bis maximal 4,0 Wege (rechnerisch somit 3,75) pro Einwohner und Tag sowie aufgrund der schlechten Verkehrsanbindung durch kein ÖPNV-Angebot und einem Anteil des MIV von 80 bis 90 (rechnerisch 85) Prozent - bei einem Belegungsgrad von 1,3 Personen je Kfz im Mittel 75 Fahrten pro Tag.

Im Allgemeinen gilt, dass unter günstigen Voraussetzungen, d.h. bei Erreichbarkeit von Nahversorgungs- und Gemeinbedarfseinrichtungen auf kurzen Wegen und attraktiver ÖPNV-Erschließung der Pkw-Anteil nur etwa 30 % aller Wege beträgt. Im umgekehrten Fall, d.h. bei fehlenden oder weit entfernten Nahversorgungs- und Gemeinbedarfseinrichtungen und nicht attraktiver ÖPNV-Anbindung, beträgt der Pkw-Anteil ca. 70 %. In ländlichen Gegenden geht der PKW-Anteil gegen 100 %.

Durch die Besucher der geplanten Wohnbebauung sind hier werktags bei einem MIV-Anteil von 90 bis 100 (rechnerisch 95) Prozent und einem Anteil von maximal 5 Prozent am Einwohnerverkehr im Mittel zusätzlich 4 Fahrten pro Werktag zu erwarten.

Als Gesamtverkehr aus der Erschließung sind somit unter Berücksichtigung des zusätzlichen Wirtschaftsverkehres (Anlieferung, Versorgung etc. im Mittel 3 Kfz/Tag) im Mittel 82 Kfz-Fahrten in 24 Stunden zu erwarten.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 2 „Verkehrsaufkommen“ aufgeführt.

VORABZUG

2.2.3. Tagesbelastung und Stundenwerte

Teilt man diese Gesamtleistung nun auf richtungsbezogene Einzelströme auf, so ergeben sich als Quell- bzw. Zielverkehr als Mittel 42 Kfz pro Tag.

Unter Berücksichtigung der normierten Tagesganglinie (Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von Gebietstypen) für den vorliegenden Gebietstyp sind maximal 6 Fahrzeuge in der Zeit von 6 bis 7 Uhr als Quellverkehr und maximal 6 Fahrzeuge als Zielverkehr in der Zeit von 17 bis 18 Uhr zu erwarten.

Für die geplante Bebauung ergeben sich in der maßgebenden Spitzenstunde (7 – 8 Uhr) 1 Fahrzeug als maximaler Zielverkehr und 6 Fahrzeuge als Quellverkehr in diesem Zeitraum.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 2 „Kfz-Stundenwerte“ aufgeführt.

VORABZUG

2.3. Abschätzung der Verkehrsmengen Gewerbegebiet

2.3.1. Ermittlung der Strukturgrößen

Für das geplante Gewerbegebiet werden gemäß Planung ca. 18 Wohneinheiten und eine 4.850 m² Bruttogeschossfläche angesetzt.

Bei der Nutzung wird bei einer zu erwartenden Nutzung durch beispielsweise Handwerksbetriebe, Kfz-

Instandsetzung oder unternehmensorientierte Dienstleistungen ohne merklichen Kundenverkehr eine Bruttogeschossfläche von ca. und 50 bis 70 m² je Beschäftigtem angesetzt.

Es ergibt sich somit eine Beschäftigtenanzahl von ca. 91.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 3 „Strukturgrößen“ aufgeführt.

2.3.2. Verkehrsaufkommen

Durch die Beschäftigten sind hier werktags bei einem MIV-Anteil von 40 bis 90 Prozent und einer Wegehäufigkeit von 2,5 bis 3,0 Wegen pro Beschäftigtem und Tag - bei einem Belegungsgrad von 1,1 Personen je Kfz - im Mittel zusätzlich 176 Fahrten pro Werktag zu erwarten.

Durch den zu erwartenden Kundenverkehr mit 0,5 bis 1,0 Wegen je Beschäftigtem und Tag bei einem MIV-Anteil von 90 bis 100 Prozent kommen noch 74 Kfz-Fahrten im Mittel hinzu.

Der Wirtschaftsverkehr macht bei einer geschätzten Häufigkeit von 0,2 bis 0,5 Kfz-Fahrten je Beschäftigtem im Mittel 54 Fahrten am Tag aus.

Als Gesamtverkehr aus der geplanten Nutzung sind somit im Mittel 304 Kfz-Fahrten in 24 Stunden (werktags) zu erwarten gewesen.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 3 „Verkehrsaufkommen“ aufgeführt.

2.3.3. Tagesbelastung und Stundenwerte

VORABZUG

Teilt man diese Gesamtleistung nun auf richtungsbezogene Einzelströme auf, so ergeben sich als Quell- bzw. Zielverkehr als Mittel 154 Kfz pro Tag.

Unter Berücksichtigung der normierten Tagesganglinie (Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von Gebietstypen) für den vorliegenden Gebietstyp sind maximal 18 Fahrzeuge in der Zeit von 17 bis 18 Uhr als Quellverkehr und maximal 29 Fahrzeuge als Zielverkehr in der Zeit von 7 bis 8 Uhr zu erwarten.

Für die geplante Nutzung ergeben sich in der maßgebenden Spitzenstunde (7 – 8 Uhr) 29 Fahrzeuge als maximaler Zielverkehr und 5 Fahrzeuge als Quellverkehr in diesem Zeitraum.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 3 „Kfz-Stundenwerte“ aufgeführt.

2.4. Abschätzung der Verkehrsmengen Gesamterschließung

Für das Gesamte geplante Erschließungsgebiet ergibt sich folglich ein zu erwartender Tagesverkehr von täglich 724 Kfz. Hiervon entfallen ca. 22 Kfz auf den Schwerverkehr (>3,5t).

In der maßgebenden Spitzenstunde treten hiervon zwischen 7 und 8 Uhr 24 Kfz als Quellverkehr aus dem Plangebiet und 52 Kfz als Zielverkehr in das Plangebiet auf.

3. Verteilung auf umliegendes Straßennetz

Für die maßgebende Spitzenstunde ist für den Quellverkehr mit einer Aufteilung von 90 Prozent der Verkehre in Richtung

VORABZUG

Holm und 10 Prozent der Verkehre in Richtung Haseldorf zu rechnen.

Der Zielverkehr kommt schätzungsweise zu 90 Prozent aus Richtung Holm und zu 10 Prozent aus Richtung Haseldorf.

4. Verkehrsaufkommen umliegendes Straßennetz

Die aktuellen Verkehrszahlen für die Hauptstraße sind den Verkehrsdaten des Landesbetriebes aus dem Jahr 2005 auf Höhe Streckenkilometer 3,2 entnommen. Hieraus ergibt sich eine Querschnittsbelastung von 2388 Kfz/24h (werktags) bei einem Schwerverkehrsanteil von 2,7 Prozent. Für die Maximalbelastung der Hauptrichtung in der Spitzenstunde wird für beide Richtungen 188 Kfz angenommen. Bei einer Hochrechnung aus der Verkehrsverpflechtungsprognose 2025 (BVU, iTP, IVV, Planco) ist bis 2010 mit einer Steigerung von 0,2 Prozent pro Jahr zu rechnen. Daraus folgt, dass in 2010 mit Verkehren von 2412 Kfz/24h (werktags) für den Gesamtquerschnitt der Holmer Straße zu rechnen ist. Dies bedeutet eine Belastung in der Spitzenstunde von 190 Kfz.

5. Prognose Verkehrsmengen 2030

Bei der Prognose für das Jahr 2030 ist mit einer Verkehrssteigerung von 5 Prozent (BVU, iTP, IVV, Planco) gegenüber 2010 zu rechnen. Die Folgende Belastung in der Spitzenstunde wurde somit für die Bewertung zugrunde gelegt:

VORABZUG

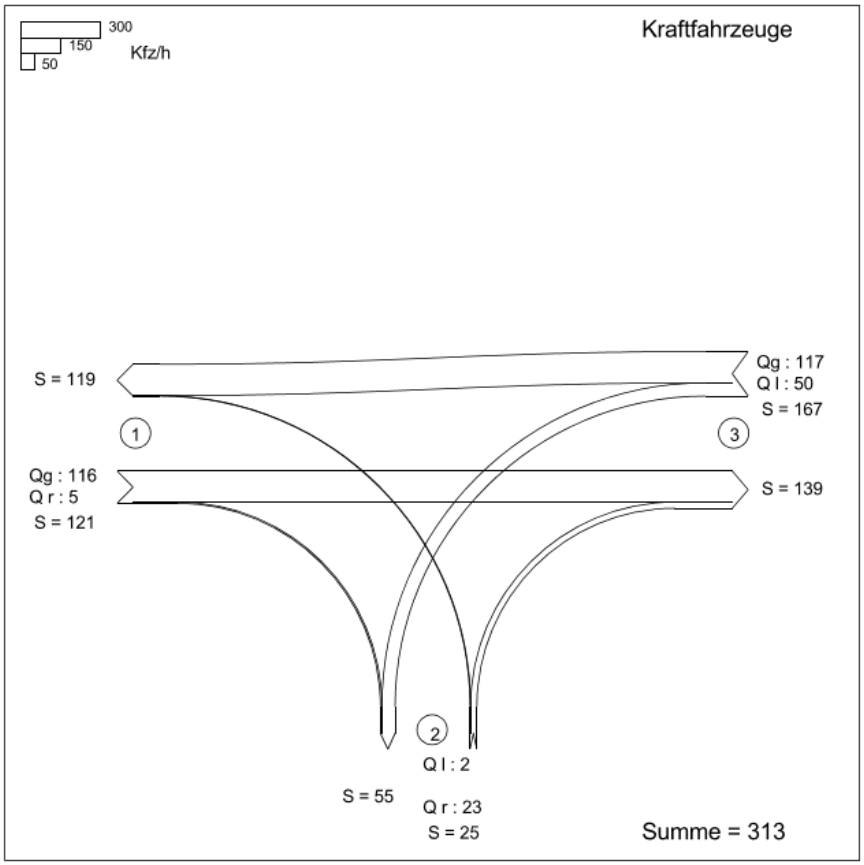


Abbildung 2: Verkehrsströme 2030

6. Verkehrsqualität

6.1 Grundlagen der Bewertung

Der einzelne Knotenpunkt ohne Lichtsignalanlagen wird auf Grundlage des Handbuchs für die Bemessung von Straßenverkehrsräumen, Teil L Landstraßen, Ausgabe 2015 (HBS 2015) bewertet.

Für unsignalisierte Knotenpunkte ist als Bewertungskriterium die Wartezeit des einzelnen Verkehrsteilnehmers entscheidend. Zur Einteilung in die einzelnen Qualitätsstufen des Verkehrsablaufes sind die Vorgaben aus Tabelle L5-1 aus dem HBS 2015 maßgebend.

QSV	Kfz-Verkehr mittlere Wartezeit t_w [s]
A	≤ 10
B	≤ 20
C	≤ 30
D	≤ 45
E	> 45
F	-[1)]

[1)] Die QSV F ist erreicht, wenn die nachgefragte Verkehrsstärke q über der Kapazität C liegt.

Tabelle 1: L5-1 gem. HBS 2015, Grenzwerte für Qualitätsstufen

VORABZUG

Maßgebend für die Beurteilung der Verkehrsqualität eines Knotenpunktes mit Lichtsignalanlage ist die schlechteste Qualitätsstufe, die sich für einen einzelnen Fahrstreifen ergibt.

Die Qualitätsstufen bedeuten:

QSV A: Die Mehrzahl der Verkehrsteilnehmer kann nahezu ungehindert den Knotenpunkt passieren. Die Wartezeiten sind sehr gering.

QSV B: Die Abflussmöglichkeiten der wartepflichtigen Verkehrsströme werden vom bevorrechtigten Verkehr beeinflusst. Die dabei entstehenden Wartezeiten sind gering.

QSV C: Die Verkehrsteilnehmer in den Nebenströmen müssen auf eine merkbare Anzahl von bevorrechtigten Verkehrsteilnehmern achten. Die Wartezeiten sind spürbar. Es kommt zur Bildung von Stau, der jedoch weder hinsichtlich seiner räumlichen Ausdehnung noch bezüglich der zeitlichen Dauer eine starke Beeinträchtigung darstellt.

QSV D: Die Mehrzahl der Verkehrsteilnehmer in den Nebenströmen muss Haltevorgänge, verbunden mit

deutlichen Zeitverlusten, hinnehmen. Für einzelne Verkehrsteilnehmer können die Wartezeiten hohe Werte annehmen. Auch wenn sich vorübergehend ein merklicher Stau in einem Nebenstrom ergeben hat, bildet sich dieser wieder zurück. Der Verkehrszustand ist noch stabil.

QSV E: Es bilden sich Staus, die sich bei der vorhandenen Belastung nicht mehr abbauen. Die Wartezeiten nehmen sehr große und dabei stark streuende Werte an. Geringfügige Verschlechterungen der Einflussgrößen können zum Verkehrszusammenbruch (d.h. ständig zunehmende Staulänge) führen. Die Kapazität ist erreicht.

QSV F: Die Anzahl der Verkehrsteilnehmer, die in einem Verkehrsstrom dem Knotenpunkt je Zeiteinheit zufließen, ist über eine Stunde größer aös die Kapazität für diesen Verkehrsstrom. Es bilden sich lange, ständig wachsende Staus mit besonders hohen Wartezeiten. Diese Situation löst sich erst nach einer deutlichen Abnahme der Verkehrsstärken im zufließenden Verkehr wieder auf. Der Knotenpunkt ist überlastet.

6.2 Leistungsfähigkeit gem. HBS 2015

Die Ergebnisse der Leistungsfähigkeitsberechnung sind detailliert in Anlage 4 dargestellt.

Zusammenfassend lässt sich die Verkehrsqualität für die Einmündung als sehr gut beschreiben. Die Wartezeiten sind sehr gering (entspricht Qualitätsstufe A). Für die Abbieger in die Planstraße ergeben sich ebenfalls gute bis sehr gute Verkehrsqualitäten. Auch hier wird die Qualitätsstufe A erreicht.

VORABZUG

Ein Handlungsbedarf ergibt sich in der Regel ab Qualitätsstufe E.

Auf einen Linksabbieger aus Gründen der Leistungsfähigkeit kann somit verzichtet werden.

7. Geplante Erschließung

Für die Erschließung des Gebietes ist eine Anbindung an die Landesstraße 261 ca. bei Station 2+380 vorgesehen. Die Anbindung erfolgt plangleich ohne separate Abbiegefahrstreifen. Aufgrund der geringen vorhandenen und zu erwartenden Verkehrsmengen ist gem. Richtlinie zur Anlage von Landstraßen (RAL) in diesem begründeten Ausnahmefall auf die Einrichtung eines Linksabbiegefahrstreifens auf der L261 zu verzichten. Aufgrund der örtlichen Nähe zu der geschlossenen Ortschaft (ca. 60 m) ist als Entwurfsgrundsatz für die Prüfung der Anbindung eine innerörtliche Lage vorauszusetzen.

Es wird empfohlen nach Abschluss der Maßnahme eine Versetzung des Ortsdurchgangsschildes zu prüfen. Für die Gewährleistung der vorgesehenen Sichtdreiecke ist vor Inbetriebnahme der Erschließungsstraße das vorhandene Tempo 70 Verkehrsschild um ca. 30 m in Richtung Holm zu versetzen.

Bei der Prüfung der Sichtbeziehungen bestehen bei dem vorgesehenen Tempo 70 in Richtung Holm keine Einschränkungen durch die vorhandene Allee. In Richtung Hetlingen sind hier jedoch nachweislich 2 Bäume innerhalb des Sichtdreiecks vorhanden. Es wird empfohlen vor Inbetriebnahme der Erschließungsstraße gemeinsam mit der Verkehrsbehörde des Kreises Pinneberg eine Prüfung der Sichtverhältnisse vor Ort durchzuführen. Der Erhalt des geschützten Baumbe-

VORABZUG

standes wäre grundsätzlich zu begrüßen, darf jedoch nicht entgegen der notwendigen Verkehrssicherheit stehen.

Verfasst: Pinneberg, den 31.03.2017

d+p ■ dänekamp und partner
BERATENDE INGENIEURE VBI

i.A. Falk Derendorf Wolfgang Kirstein

VORABZUG


Landschaftsplanerischer Beitrag
zum
B-Plan Hetlingen 12
- Umweltbericht -
Elbvorland
Hetlingerdeich
Hetlinger
Schanzsand
Hetlingen
Marsch
Hetlinger
Schanze
Klär-
anlage
Idenburg
Wedel
Louisenhöhe

Mai 2017

Landschaftsplanerischer Beitrag zum Bebauungsplan Hetlingen 12 - Umweltbericht -

Auftraggeber:
Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin
Amtsstraße 12
25436 Moorege

Auftragnehmer:
Dipl. Ing. Dirk Matzen
Landschaftsarchitekt BDLA
Kirchenstraße 20, 22869 Schenefeld
Tel. 040 – 8301746, FAX 040- 8397335
d.matzen@alice-dsl.net

Stand: 4.5.2017

letzte Überarbeitung am:

Inhalt

1. UMWELTBERICHT 5

1.1 VORBEMERKUNGEN 5

1.1.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bebauungsplans 5

1.1.2 Beschreibung der Festsetzungen des Plans mit Angaben über den Standort sowie Art und Umfang der geplanten Vorhaben 5

1.1.3 Bedarf an Grund und Boden der geplanten Vorhaben 5

1.1.5 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Bebauungsplan von Bedeutung sind, und der Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung berücksichtigt wurden 6

1.1.6 Fachgutachten und umweltrelevante Stellungnahmen 9

1.2 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN JE SCHUTZGUT EINSCHLIEßLICH ETWAIGER WECHSELWIRKUNGEN 9

1.2.1 Schutzgut Luft 9

1.2.2 Schutzgut Klima 10

1.2.3 Schutzgut Wasser 11

1.2.4 Schutzgut Boden 12

1.2.5 Schutzgut Landschaft / Stadtbild 14

1.2.6 Schutzgut Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt und der artenschutzrechtlichen Belange 14

1.2.7 Schutzgut Kultur-und sonstige Sachgüter 17

1.2.8 Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit 17

1.2.8.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen 18

1.3 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG VON PLANUNGSALTERNATIVEN 18

1.3.1 In Betracht kommende anderweitige Planungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Ziele und des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans . 18

1.3.2 Prognose der Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung (Nullvariante) 18

1.4 ZUSÄTZLICHE ANGABEN 18

1.4.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind 18

1.4.2 Überwachungsmaßnahmen (Monitoring) 18

1.4.3 Zusammenfassung des Umweltberichtes 19

2. ARTENSCHUTZFACHLICHE ABWÄGUNG 20

3. „GESETZLICH GESCHÜTZTE BIOTOPE“ NACH § 30 BNATSCHG, FFH UND SCHUTZGEBIETE 21

4. LANDSCHAFTSPLANERISCHE PLANUNGSZIELE 21

4.1 BEGRÜNUNGSMAßNAHMEN 21

4.2 OBERFLÄCHENENTWÄSSERUNG, GEWÄSSER- UND BODENSCHUTZ 22

4.3 VORSCHLAG FÜR GRÜNORDUNGSPLANERISCHE FESTSETZUNGEN IN § 2 DES B-PLANS 22

5. BEEINTRÄCHTIGUNGEN VON NATUR UND LANDSCHAFT IM PLANGEBIET 23

ANHANG 25

1. UMWELTBERICHT

1.1 VORBEMERKUNGEN

Der Bebauungsplan-Entwurf Hetlingen 12 sieht eine städtebauliche Entwicklung in Fortsetzung des bisherigen Siedlungsrandes mit Wohnbauflächen, Mischgebietsflächen und Gewerbeflächen vor.

Im Rahmen der Aufstellung des B-Plans Hetlingen 12 werden die naturräumlichen Gegebenheiten erfasst und bewertet. Es werden Vorschläge für grünordnungsplanerische Regelungsinhalte, sog. Huckepackfestsetzungen zur Übernahme in den B-Plan vorgeschlagen. Eingriffe in den Naturhaushalt werden bilanziert und die Notwendigkeit von Ausgleichsmaßnahmen überprüft.

1.1.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bebauungsplans

Der Bebauungsplan-Entwurf Hetlingen 12 hat die Zielsetzung, das Gebiet zwischen der Holmer Straße (L261) und dem Sommerdeich nördlich des Wohngebiets „Blink“ als Wohn-, Mischgebiets- und Gewerbestandort zu entwickeln. Es ist eine gute Anbindung an das überörtliche Straßennetz (L261) gegeben.

1.1.2 Beschreibung der Festsetzungen des Plans mit Angaben über den Standort sowie Art und Umfang der geplanten Vorhaben

Siehe Begründung zum B-Plan.

1.1.3 Bedarf an Grund und Boden der geplanten Vorhaben

Der Geltungsbereich des B-Plans umfasst eine Fläche von rd. 3,06 ha, die sich wie folgt aufteilt:

- Gewerbeflächen ca. 0,785 ha
- Mischgebietsflächen ca. 0,744 ha
- Wohngebietsflächen ca. 0,565 ha
- Straßenverkehrsflächen ca. 0,377 ha
- Grünflächen (öffentliche und private) ca. 0,5945 ha.

Im Norden grenzen Landwirtschaftsflächen, im Süden Wohnbauflächen an.

1.1.5 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Bebauungsplan von Bedeutung sind, und der Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung berücksichtigt wurden

In einschlägigen Fachgesetzen des Bundes sowie Fachgesetzen und Fachplänen des Landes Schleswig-Holstein sind Ziele des Umweltschutzes festgelegt, die bei der Aufstellung des Bebauungsplans von Bedeutung sind. Im Folgenden werden – bezogen auf die einzelnen Schutzgüter – die Umweltschutzziele und die Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung berücksichtigt werden, aufgelistet:

Schutzgut Luft

Gemäß § 1 Abs. 3 BNatSchG sind Luft und Klima durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu schützen; dies gilt insbesondere auch für Flächen mit günstiger lufthygienischer oder klimatischer Wirkung wie Kaltluftentstehungsgebiete.

In der 39. BImSchV werden zum Schutz der menschlichen Gesundheit Immissionsgrenzwerte für Stickstoffdioxid und Partikel PM_{10} festgelegt, die einzuhalten sind.

Laut § 1 Abs. 1 BImSchG sind Tieren, Pflanzen, Boden, Wasser und die Atmosphäre vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen von schädlicher Umwelteinwirkung (z.B. Luftverunreinigungen) ist vorzubeugen.

Den Zielen wird im Bebauungsplan mit Begrünungsmaßnahmen entsprochen, wie Gehölzpflanzungen, Dachbegrünungen und einer offenen Oberflächenentwässerung die zur Förderung der Luftqualität und der Staubbindung beitragen. Außerdem werden im Rahmen der Flächengestaltung Grünflächen vorgesehen, die lufthygienisch positive Wirkung entfalten können.

Schutzgut Klima

Gemäß § 1 Abs. 3 BNatSchG sind Luft und Klima durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu schützen; dies gilt insbesondere auch für Flächen mit günstiger lufthygienischer oder klimatischer Wirkung wie Kaltluftentstehungsgebiete.

In § 1 Abs. 5 BauGB ist festgelegt, dass Bauleitpläne auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz dazu beitragen sollen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln.

Den Zielen wird im Bebauungsplan mit Begrünungsmaßnahmen, wie Gehölzpflanzungen, Dachbegrünung und offener Oberflächenentwässerung, die das Kleinklima fördern, entsprochen. Außerdem werden Festsetzungen zum Schutz von Boden und Grundwasser getroffen, die die natürlichen Kreisläufe des Naturhaushalts unterstützen.

Schutzgut Wasser

Das Wasserhaushaltsgesetz sieht in § 1 vor, durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts und als Lebensgrundlage für Tiere und Pflanzen zu schützen. § 5 Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes beinhaltet u.a. die Vorsorgepflicht, eine Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses zu vermeiden.

Gemäß § 1 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz ist für den vorsorgenden Grundwasserschutz sowie für einen ausgeglichenen Niederschlags-Abflusshaushalt durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege Sorge zu tragen.

Die Flächen liegen im Wasserschutzgebiet „Haseldorfer Marsch“ in der Zone IIIb.

Diesen Zielen wird im Bebauungsplan mit Maßnahmen, die zur Rückhaltung und Teilversickerung des Niederschlags auf unbebauten Flächen oder Rückhaltung und Verdunstung bzw. verzögerte Ableitung mittels Dachbegrünung dienen, entsprochen. Es wird aus Grundwasserschutzgründen ein wasser- und luftundurchlässiger Aufbau von privaten Geh-

und Fahrwegen sowie Stellplätzen festgelegt. Feuerwehrzufahrten und –aufstellflächen auf zu begrünenden Flächen sollen wasser- und luftdurchlässig hergestellt werden.

Im Plangebiet befinden sich bis auf den zu erhaltenden Graben am Deichfuß keine Oberflächengewässer, die beeinträchtigt werden können.

Schutzgut Boden

Nach § 1a Abs. 2 BauGB ist mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen. Gemäß § 202 BauGB ist der Mutterboden in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen.

Gemäß § 2 Bundesbodenschutzgesetz ist der Boden hinsichtlich seiner natürlichen Funktionen als Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen, als Bestandteil des Naturhaushalts insbesondere mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, als Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers langfristig zu schützen.

§ 1 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz besagt die Böden so zu erhalten, dass sie ihre Funktionen im Naturhaushalt erfüllen können.

Diesen Zielen wird im Bebauungsplan entsprochen, in dem durch die Festsetzung einer GRZ, die offene Bodenstrukturen innerhalb der Bauflächen sichert, nachkommt. Die Beschränkung der oberirdischen Versiegelung und der Unterbauung durch eine baufeldbezogene Grundflächenzahl sowie die Ausweisung von rd. 0,6 ha Grünflächen sorgt für den Erhalt von natürlichen Böden.

Begrünungsmaßnahmen wie Gehölzpflanzungen und gärtnerisch anzulegende Flächen tragen zur Förderung der Bodenentwicklung bei.

Mit der Festsetzung von extensiven Dachbegrünungen kann ein Alternativstandort erschlossen werden, der teilweise die Funktionen des natürlichen Bodens übernehmen kann. Durch Dachbegrünungen kann der Wasserkreislauf unterstützt, die Luftqualität verbessert und ein positiver Beitrag zum Klima geleistet werden. Pflanzen und Tiere finden hier einen neuen Lebensraum.

Schutzgut Tiere und Pflanzen

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne u.a. die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt zu berücksichtigen.

Nach § 1 Abs. 3 BNatSchG sind zur dauerhaften Sicherung der biologischen Vielfalt lebensfähige Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen, ihre Lebensgemeinschaften sowie ihre Biotope und Lebensstätten auch im Hinblick auf ihre jeweiligen Funktionen im Naturhaushalt zu erhalten. Außerdem sind Tiere und Pflanzen als Bestandteil des Naturhaushalts in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Artenvielfalt, in ihren Lebensräumen sowie sonstigen Lebensbedingungen zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und ggf. wiederherzustellen.

In § 44 BNatSchG besagen die Ziele des besonderen Artenschutzes, dass Tatbestände des Tötens, Verletzens oder der Entnahme von Individuen sowie des Störens verboten sind.

Diesen Zielen wird im Bebauungsplan insofern entsprochen, als dass mit der Entwicklung von bioökologisch bedeutsamem Baumbestand die Funktion dieser Bäume als Lebensraum für Tiere geschaffen werden können. Mit der Ausweisung von Grünflächen, gärtnerisch zu gestaltenden Freiflächen und dem Anpflanzen von standortgerechten Gehölzen wird die Vielfalt der Fauna unterstützt und neue Habitate für Tiere geschaffen. Extensive Dachbegrünungen werden als Sekundärstandorte für spezifische Pflanzen und Tierpopulationen zur Verfügung stehen.

Im Plangebiet wurden keine Fortpflanzungs- oder Ruhestätten von Vögeln, Fledermäusen und Amphibien festgestellt, so dass eine Betroffenheit dieser Tiergruppe im Sinn des § 44 BNatSchG nicht gegeben ist. Bezüglich der im Plangebiet vorkommenden Vogelarten werden die in § 44 Abs. 1 BNatSchG aufgeführten Verbotstatbestände dadurch vermieden, dass die notwendigen Gehölzrodungen außerhalb der Brutzeit im Winterhalbjahr durchgeführt werden sollen.

Schutzgut Landschaft- und Stadtbild

Nach § 1 Abs. 3 Nr. 6 BNatSchG sind Freiräume im besiedelten Bereich einschließlich ihrer Bestandteile wie Bäume und Gehölzstrukturen zu erhalten und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, neu zu schaffen.

Laut § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB ist die Erhaltung und Erneuerung, Fortentwicklung, Anpassung und der Umbau vorhandener Ortsteile in der Bauleitplanung besonders zu berücksichtigen.

§ 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB sieht u.a. auch die Berücksichtigung der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbilds vor.

Der Bebauungsplan entspricht den übergeordneten Entwicklungszielen. Zur Gestaltung des Orts- und Landschaftsbilds sind Festsetzungen von Begrünungsmaßnahmen, Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern sowie die Gestaltung gärtnerisch anzulegender Flächen vorgesehen.

Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Die nach § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB zu berücksichtigen Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sind in der Bauleitplanung zu berücksichtigen.

Nach § 1 des Denkmalschutzgesetzes vom .. ist es Aufgabe des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, die Kulturdenkmäler zu schützen und zu erhalten, sowie darauf hinzuwirken, dass sie in die städtebauliche Entwicklung, Raumordnung und Landespflege eibezogen werden.

Für den Bebauungsplan ergeben sich neben der Kennzeichnung einer Archäologischen Vorbehaltsfläche hieraus keine weiteren Konsequenzen.

Schutzgut Mensch

Nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 Baugesetzbuch sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu berücksichtigen.

Der § 50 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der Fassung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1275), zuletzt geändert am 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1839, 1841) legt fest, dass Bereiche mit emissionsträchtigen Nutzungen einerseits und solche mit immissionsempfindlichen Nutzungen andererseits möglichst räumlich zu trennen sind.

Laut § 50 Satz 2 BImSchG und § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe h BauGB sind bei Planungen in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Union festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden, bei der Abwägung der betroffenen Belange die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität als Belang zu berücksichtigen.

In § 4 Abs. 1 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert am 4. April 2016 (BGBl. I S. 569, 584) sind Abfälle in erster Linie zu vermeiden, insbesondere durch die Verminderung ihrer Menge und Schädlichkeit und in zweiter Linie stofflich zu verwerten oder zur Gewinnung von Energie zu nutzen (energetische Verwertung).

Dem Ziel der Sicherstellung von gesunden Arbeitsverhältnissen im oben genannten Sinne wird im Bebauungsplan mit einer Gliederung des Plangebiets und insgesamt mit einer verträglichen Bebauungsdichte entsprochen.

Folgende Maßnahmen werden zur Verminderung von Luftimmissionen eingesetzt: Begrünungsmaßnahmen, wie Dachbegrünungen, Baum- und Gehölzpflanzungen und das Anlegen von Grünflächen und offenen Grabentrassen fördern die Luftfilterung und Staubbindung und tragen zur Lufthygiene bei.

1.1.6 Fachgutachten und umweltrelevante Stellungnahmen

Landschaftsplanerischer Fachbeitrag

Landschaftsplanerische Untersuchung zum B-Plan Hetlingen 12 (Bunde Koppel) vom 17.6.2016 (D. Matzen, Landschaftsplanerische Untersuchung, Stand. 17.6.2016)

Artenschutzfachliche Potenzialanalyse

Die im März 2017 erarbeitete Artenschutzprüfung für das Plangebiet Hetlingen 12 wurde im April/Mai 2017 aktualisiert (Dipl. Biologe K. Lutz, Stand 8.3.2017, aktualisiert am. 5.2017)

Entwässerungskonzept

Ein Entwässerungskonzept für den Geltungsbereich liegt vor (d+p Dänekamp und Partner, Stand 30.3.2017).

Lärmtechnische Untersuchung

Im Hinblick auf die zukünftig vom Plangebiet ausgehenden Gewerbelärm werden die Außenlärmpegel für Neu-, Um- und Ausbauten gemäß DIN 4109 ermittelt und festgelegt (Begründung zum B-Plan, Stand 4.5.2017). Eine schalltechnische Untersuchung liegt nicht vor.

Verkehrstechnische Untersuchung

Es liegt eine verkehrstechnische Untersuchung zum B-Plan Hetlingen 12 vor (d+p Dänekamp und Partner, Stand 31.3.2017).

Luftschadstoffgutachten

Es liegt kein Luftschadstoffgutachten vor.

1.2 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN JE SCHUTZGUT EINSCHLIEßLICH ETWAIGER WECHSELWIRKUNGEN

1.2.1 Schutzgut Luft

1.2.1.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Das Plangebiet entwickelt sich in Randlage des bisher den Ortsrand bildenden Wohngebietes „Blink“ im Übergang zu landwirtschaftlich genutzten Flächen und weist die hierfür typischen lufthygienischen Verhältnisse auf. Die Fläche stellt sich als freie Ackerfläche dar, Gehölze sind nicht vorhanden. Lufthygienisch aktives Grünvolumen ist nur temporär nach Bestellung der Fläche sowie dauerhaft in geringem Umfang in den Randzonen vorhanden.

1.2.1.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die lufthygienische Produktivität der Freiflächen wird insoweit beeinträchtigt, als große Teile zukünftig versiegelt werden. Es wird Grünvolumen durch vorgesehene Neuanpflanzungen im Bereich der Bauflächen und auf den nicht überbaubaren Freiflächen sowie am nördlichen und östlichen Siedlungsrand langfristig hergestellt.

Der zukünftige Anliegerverkehr wird leicht zunehmen, die damit verbundene Zunahme von Verkehrsimmissionen ist im Verhältnis zur Vorbelastung nicht relevant.

4.2.1.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Die lufthygienische Produktivität des Grünvolumens wird im Zuge der Erschließung der Flächen erhöht. Die Bilanz des Grünvolumens kann durch vorgesehene Neuanpflanzungen auf den Bauflächen verbessert werden. Im Bebauungsplan werden randliche Gehölzanpflanzungen festgesetzt. Durch die Neuanpflanzung von Bäumen im Bereich der nicht überbaubaren Freiflächen wird Grünvolumen langfristig entwickelt und werden die bioklimatischen Wirkungen wie Verschattungs- und Filterfunktionen optimiert.

Eine Extensivbegrünung flacher oder flach geneigter Dächer kann zu einer erheblichen Verbesserung des Mikroklimas beitragen. Staub- und gasförmige Immissionen werden durch die Vegetationsschicht gefiltert und im Begrünungsaufbau festgelegt. Aufheizungseffekte und abstrahlungsbedingte Temperaturdifferenzen werden im Sommer bei begrünten Dächern im Gegensatz zu ungeschützten oder mit Kies abgedeckten Flächen stark nivelliert.

Besondere Maßnahmen im Hinblick auf Luftschadstoffe sind nicht erforderlich.

Licht

Lichtemissionen, die im Besonderen über die Deichkrone nach Osten in das FFH-Gebiet ausstrahlen, sind zu vermeiden. Vermeidung von Werbeanlagen mit Scheuchwirkung (z.B. Fahnenmasten).

1.2.2 Schutzgut Klima

1.2.2.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Lokalklima

Die mittlere jährliche Niederschlagsmenge wird mit 800 mm angegeben. Die mittlere Jahresdurchschnittstemperatur beträgt 8,3°C, der Wind weht überwiegend aus westlichen Richtungen.

Durch Kraftfahrzeugverkehr verursachte Verkehrsemissionen auf der L261 wirken als Lärm- und Abgasimmissionen auf das Plangebiet ein. Luftmesswerte liegen nicht vor.

Die lokalen Kleinklimaverhältnisse im Plangebiet sind teilurbaner Prägung. Die landwirtschaftlich genutzten Freiflächen tragen begünstigend zur Kaltluftentstehung bei.

Bioökologisch relevanter Baumbestand ist im Plangebiet nicht vorhanden.

1.2.2.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Mit der Zunahme versiegelter Flächen geht zeitgleich die Reduzierung vegetationsgeprägter, bioklimatisch aktiver Freiflächen einher. Es sind graduelle Beeinträchtigungen durch negative lokalklimatische Veränderungen wie der Zunahme von Wärmeinseleffekten und eine erhöhte Staubbildung zu erwarten. Bebaute Areale weisen versiegelungsbedingt eine höhere Wärmeabsorbtion und Wärmeabstrahlung auf und tragen so zu Wärmeinseleffekten bei.

1.2.2.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Extensivdachbegrünung tragen aufgrund ihrer Vegetation zu einer Reduzierung von Aufheizungseffekten unbegrünter Dächer bei. Während frei bewitterte Dachflächen im Sommer Temperaturen von über 50 °C aufweisen können, wird durch Verdunstungseffekte die Temperatur auf 30 °C gepuffert. Der Wärmeinseleffekt wird damit deutlich reduziert. Staub- und gasförmige Immissionen werden durch die Vegetationsschicht aus der Luft gefiltert.

Fassadenbegrünungen tragen durch die Reduzierung von Aufheizungseffekten und Staub- sowie Luftschadstofffilterung zur Stabilisierung des Mikroklimas bei.

Baumanpflanzungen in den Randzonen und auf den nicht überbaubaren Flächen tragen durch Verschattung und Verdunstung zu einer Verbesserung des Mikroklimas bei.

1.2.3 Schutzgut Wasser

1.2.3.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Wasserhaushalt und Besielung

Natürliche Oberflächengewässer sind nicht betroffen. Der Graben am Deichfuß bleibt erhalten.

Die natürliche Grundwasserneubildungsrate im Plangebiet ist trotz der geringen Durchlässigkeit heute nicht eingeschränkt. Der mittlere Flurabstand des **oberflächennahen Grund- bzw. Stauwasserleiters** ist mit 1 m unter Geländeoberkante (GOK) anzunehmen. Lokale Stauwasserlinsen mit örtlich oberflächennah anstehendem Grund-/Stauwasser können nicht ausgeschlossen werden. In der Fachkarte „Bewertung der Raumempfindlichkeit Grundwasserschutz“ zum Landschaftsplan der Gemeinde Hetlingen wird das Plangebiet als „Hoch empfindlich“ eingestuft.

Die Flächen liegen im Wasserschutzgebiet „Haseldorfer Marsch“ in der Zone III B.

Eine gezielte Versickerung von Oberflächenwasser im Zuge einer baulichen Umstrukturierung ist aufgrund der anlehmigen Bodenverhältnisse und des hohen Grundwasserstands grundsätzlich problematisch.

Die Flächen des Plangebiets sind vollständig unversiegelt und unterliegen der natürlichen Versickerung und Evapotranspiration.

Die Vorflut für das Plangebiet wird durch den südlich gelegen Sielanschluss sichergestellt.

1.2.3.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Abhängig von der Zunahme der Oberflächenversiegelung der neuen Bebauung und Erschließung wird sich die Bilanz der Regenwasserinfiltration zur Speisung des örtlichen Grund-/Stauwassers reduzieren und der Oberflächenabfluss erhöhen. In der großräumigen Betrachtung sind mögliche Auswirkungen nicht relevant. Für die weitere Planung erfolgt die Erarbeitung einer Oberflächenentwässerungskonzeption.

1.2.3.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Im B-Plan sind keine Gewässer als Flächen für die Regelung des Wasserabflusses vorhanden. Flächen für die Herstellung der Oberflächenentwässerung sollen in Form von offenen Gräben festgesetzt werden.

Im B-Plan wird zum Schutze des Grundwassers die Wasser- und Luftundurchlässigkeit von Geh- und Fahrwegen sowie ebenerdigen Stellplätzen im Gewerbegebiet festgesetzt Feuerwehrumfahrten und –aufstellflächen auf zu begrünenden Flächen sind in vegetationsfähigem Aufbau (Schotterrasen) herzustellen. Damit wird ein Minimum dezentraler Oberflächenwasserversickerung und die Zurverfügungstellung vegetationsverwertbaren Niederschlagswassers sichergestellt.

Flachdächer im Gewerbegebiet sind extensiv zu begrünen. Extensivdachbegrünungen tragen in Abhängigkeit des Begrünungsaufbaus zu einer nachhaltigen Oberflächenwasserrückhaltung bei. So werden 40 – 70 % des jährlichen Niederschlags in Extensivdachbegrünungen mit einem Bodensubstrataufbau von 8 cm zurückgehalten. Der Rauhigkeitsfaktor begrünter Dächer führt darüber hinaus zu einer messbaren Abflussverzögerung und Entspannung der Abflussspitzen.

Mit dem Ziel der dezentralen Regenwasserrückhaltung im B-Plangebiet soll der Oberflächenabfluss aus dem Gebiet gedrosselt und kontrolliert minimiert werden.

Der Einbau von auswasch- oder auslaugbaren wassergefährdenden Materialien (z.B. Boden- und Recyclingmaterial) ist in der Schutzzone III B verboten. Das zu verwendende Material muss den Anforderungen des Regelwerkes 20 der LAGA (Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall) entsprechen. Die Verwendung von wassergefährdenden Betonzuschlagstoffen ist unzulässig.

1.2.4 Schutzgut Boden

1.2.4.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Das Gelände weist mit Höhenunterschieden von rd. 1,0 m nur schwache Reliefbewegungen auf. Die Geländehöhen bewegen sich zwischen 1,20 - 2,00 m üNN. Der östlich angrenzende Binnendeich hat eine Höhe von rd. 4 m üGOK.

Die **natürlichen Bodenfunktionen** Versickerungsfähigkeit, Filter- und Pufferkapazität gegenüber Schadstoffen, Wasserspeichervermögen und Lebensraum für Pflanzen und Tiere sind im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung ungestört, die Flächen vollständig unversiegelt.

Die anstehenden Marschenböden mit hohem Sorptionsvermögen gelten als Böden mit hoher Empfindlichkeit in Bezug auf Immissionen.

Es liegen durch Sedimentation entstandene Marschenablagerungen mit hohen Mächtigkeiten an, die Innendeichs als Kalkmarschenböden mit Verschlämmungsneigung anzusprechen sind. Es kann nicht ausgeschlossen werden, das Stoffe sedimentiert sind, die ein Untersuchungserfordernis für die Verwertung des Aushubs außerhalb des Grundstücks nach sich ziehen.

Die nordöstlich an das Siedlungsgebiet „Blink“ anschließenden Flächen liegen im archäologischen Interessensgebiet „Geesthügel Hetlingen“ des Archäologischen Landesamtes. Es ist mit kaiserzeitlichen und frühmittelalterlichen Funden zu rechnen. Eine frühzeitige Beteiligung des Landesamtes bei baulichen Aktivitäten ist angezeigt.

Altlasten

Im Plangebiet befinden sich keine Altlastenverdachtsflächen und Altlasten.

1.2.4.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Bodenfunktion

Im Zuge der baulichen Entwicklung werden der Überbauungsgrad und damit die Bodenversiegelungen auf bis zu 50 % der Gesamtfläche erhöht. Die Bodenfunktionen werden weitergehend eingeschränkt. Beim Umgang mit dem Boden sind die Anforderungen nach § 12 Bundes-BodenschutzVO an das Ein- und Aufbringen von Materialien zu berücksichtigen. Im Bereich der ehemaligen Gräben, die sich noch heute in der Topografie abzeichnen, sind durch Baggerschürfen Erkundungen vorzunehmen, um eine Verfüllung mit bodenfremden Materialien auszuschließen.

Altlasten

Nicht betroffen.

1.2.4.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Bodenfunktion

Auf den im B-Plan festgesetzten Grünflächen bleiben die Bodenfunktionen weitgehend erhalten.

Durch die Festsetzung im B-Plan, dass innerhalb der Bauflächen Geh- und Fahrwege sowie ebenerdige Stellplätze in wasser- und luftundurchlässiger Bauweise hergestellt werden müssen, werden mögliche Bodenkontaminationen durch Stoffeinträge vermieden. Die Festsetzung, dass Feuerwehrumfahrten und –aufstellflächen auf zu begrünendend Flächen in vegetationsfähigem Aufbau herzustellen sind, dient dem Ziel, Teilfunktionen des Bodens aufrecht zu erhalten.

Extensivdachbegrünungen bieten mit ihrem organisch-mineralischem Bodensubstrataufbau die teilweise Wiederherstellung von Bodenfunktionen auf dem künstlichen Standort Dach. In Verbindung mit standortangepassten Vegetationsgesellschaften werden dauerhafte Lebensraumstrukturen geschaffen. Der Dachbegrünungsaufbau übernimmt Oberflächenwasserrückhalte- und –reinigungsfunktionen und ersetzt somit teilweise die natürlichen Bodenfunktionen.

Durch die Neuanlage offener, begrünter Grabentrassen werden die Bodenfunktionen hier nachhaltig gesichert.

Bei Oberbodenarbeiten müssen die einschlägigen Richtlinien der DIN-Normen: 18320, 18915 und 18300 beachtet werden.

Altlasten

Altlasten nicht betroffen.

1.2.5 Schutzgut Landschaft / Stadtbild

1.2.5.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Das Plangebiet weist im großräumigen Kontext der Ortseingangslage den Charakter einer landwirtschaftsgeprägten Fläche mit einer homogenen, landwirtschaftlich geprägten Nutzungsstruktur auf. Die Fläche ist vom westlich und östlich angrenzenden, Kulturlandschaftsraum durch die L261 im Westen und nach Osten durch den Hochwasserschutzdeich visuell abgegrenzt. Durch die flankierenden, linearen Strukturen des Hochwasserschutzdeichs und der Baumallee liegt die Fläche in einem langgezogenen Landschaftskorridor. Der Siedlungsrand ist eingegrünt.

1.2.5.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Eingespannt zwischen den vertikalen Strukturen des Deiches und der Baumallee entwickelt sich der zukünftige Siedlungsrand weiter in den Kulturlandschaftsraum hinein.

Die neue Siedlungsrandausbildung durch ein Gewerbegebiet wird zu einer Veränderung der Maßstäblichkeit durch das mögliche Volumen und die Höhe der Bebauung führen.

1.2.5.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Für eine naturräumlich verträgliche Einbindung des Siedlungsquartiers, hier insbesondere der Gewerbeflächen, werden im Norden zum freien Kulturlandschaftsraum und parallel zur Holmer Straße Gehölzanpflanzungen festgesetzt. Es werden darüber hinaus mit grundstücksbezogenen Anpflanzgeboten für die Entwicklung von raumbildenden Gehölzstrukturen sowie Fassadenbegrünungsmaßnahmen Maßnahmen zum Erhalt und zur Entwicklung des Landschafts- und Stadtbildes getroffen.

1.2.6 Schutzgut Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt und der artenschutzrechtlichen Belange

1.2.6.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Die Erfassung der vegetationsgeprägten Biotopstrukturen erfolgt aufgrund örtlicher Erhebungen. Besonders geschützte Pflanzenarten kommen nicht vor.

Das Plangebiet wird als Ackerland genutzt. Das Ackerland wird aktuell zum Rapsanbau genutzt. Die Fläche übernimmt keine Funktionen des Biotopverbunds.

Im Einzelnen sind folgende Biotoptypen vorzufinden:

- Allee (geschützter Biotop)
- Einzelgehölz
- Gebüsch (grabenbegleitend)
- Artenarmes Ackerland
- Nährstoffreiche Gräben mit Stillgewässercharakter als Straßengraben und Graben am Deichfuß.

Die Fläche ist entsprechend des ‚Runderlasses zum Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht von 1998' als ‚Fläche mit allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz' anzusprechen.

Die geschützte Allee an der Holmer Straße besteht aus alten Bäumen der Echten Mehlbeere (Sorbus aria). Der Pflanzabstand beträgt rd. 12 – 13 m. Abgestorbene Bäume sind durch Neupflanzungen der gleichen Art ersetzt worden. Auf der Südseite des Grabens wird der Fahrradweg von einzelnen Schwarz-Erlen flankiert. Der westliche Abschnitt ist hier auf einer Länge von rd. 35 m baumfrei. Im Bereich der bestehenden südlichen Grundstückszufahrt (Grabenquerung) steht eine alte Birke (Betula pendula), die Allee weist hier eine Baumlücke auf.

Oberflächengewässer sind an das Plangebiet angrenzend als lineare Gewässerelemente vorhanden. Der Graben südlich der Holmer Straße und der Graben am Deichfuß haben Stillgewässercharakter.

Als potentiell natürliche Vegetation (pnV) würde sich ohne menschliche Einflussnahme im Plangebiet ein Auwald, bestehend aus Baumweiden und Pappeln entwickeln.

Die Baumschutzsatzung der Gemeinde Hetlingen vom 10. Januar 2001 gilt nicht für das Plangebiet.

Artenschutz

Im Rahmen einer Potentialanalyse und artenschutzfachlichen Betrachtung (Dipl. Biol. K. Lutz, 8. März 2017, aktualisiert im Mai 2017) wird der Lebensraum auf das mögliche Vorkommen geschützter Tierarten und seiner Bedeutung ermittelt und bewertet. Hier wird insbesondere auf die Artengruppen der Fledermäuse, der Vögel und der Amphibien, aus denen nach § 7 Abs. 2 Nrn. 13 und 14 BNatSchG besonders oder streng geschützte Arten betroffen sein können, abgestellt.

Bei der Begehung des Gebietes wurde auf Strukturen geachtet, die für Anhang IV-Arten und Vögel von Bedeutung sind. Potentiell können 9 Arten aus den Gruppen der Offenlandbrüter, Gebüschbrüter und Gewässervögel als Brutvögel vorkommen. Alle Vogelarten sind nach § 7 BNatSchG als europäische Vogelarten geschützt. Potentiell können zwei Arten aus der Gruppe der Offenlandbrüter die in der Roten Liste SH erfasst sind vorkommen: Feldlerche und Kiebitz. Weiterhin ist der Acker potentieller Lebensraum von Fasan und Schafstelze. Zum Ausschluss von Brutvorkommen sind im Anschluss an die Potentialbetrachtung im April und Mai weitergehende Kartierungen erfolgt. Im Ergebnis sind keine Brutvogelvorkommen erfasst worden.

Es können aufgrund fehlender Quartiere potentiell keine Fledermausarten vorkommen. Alle Fledermausarten sind nach § 7 BNatSchG streng geschützt und im Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführt. Für die Fledermäuse sind drei Biotopkategorien zu bewerten: Sommerquartiere, Winterquartiere als Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Jagdreviere. Es sind keine Baumqualitäten vorhanden, die als Winterquartier oder Sommerquartiere eingestuft werden können. Das Untersuchungsgebiet hat als Jagdhabitat für Fledermäuse nur eine mittlere Bedeutung.

Aufgrund der Lebensraumstrukturen ist das potentielle Vorkommen der Amphibienarten: Grasfrosch, Teichfrosch und Erdkröte möglich. Der Graben am Deichfuß führt nur im Winterhalbjahr Wasser und ist somit nur für den nicht im Bestand gefährdeten Grasfrosch ein

potentielles Laichgewässer. Der Moorfrosch kann wegen der mineralischen Bodenverhältnisse ausgeschlossen werden. Alle Amphibienarten sind nach der BundesartenschutzVO als besonders geschützt eingestuft, nicht jedoch nach europäischem Recht. Sie sind nicht im Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführt. Für den Teichfrosch und die Erdkröte sind im Untersuchungsgebiet im Verlauf des Grabens geeignete Landlebensraumstrukturen vorhanden.

Mit dem Verlust der Freiflächen verlieren die vorgefundenen Vogelarten einen Teil ihres Lebensraums. Arten mit großen Revieren, die hier nur ihr Nahrungsgebiet haben, können in die Umgebung ausweichen. Die Bestandsentwicklung aller betroffenen Arten ist in den letzten 10 – 20 Jahren positiv, insoweit entstehen offensichtlich immer neue verlustausgleichende Lebensräume. Langfristig bleiben die Funktionen der betroffenen Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang erhalten bzw. entstehen neu. Der Verlust möglicher Brutreviere gefährdet nicht den Erhaltungszustand dieser Arten im Raum Schleswig Holsteins. Eine Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen i.S. von zeitlich vorgezogenen CEF-Maßnahmen ist nicht erforderlich.

Fortpflanzungsstätten von Brutvogelarten i.S. des § 44 BNatSchG sind nicht betroffen. Die ökologischen Funktionen i.S. des § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG bleiben erhalten, da offenbar durch die aktuelle Landschaftsentwicklung ständig neue Lebensräume entstehen und alle Arten weiterhin im Bestand zunehmen. Haussperling und Bachstelze als typische Arten der Siedlungen erfahren durch die Siedlungserweiterung eine Aufwertung ihrer Lebensräume. Als Vermeidungsmaßnahme zum Eintreten des § 44 BNatSchG sind Rodungen von Gehölzen nur außerhalb der Brutzeit gemäß der Regelung des § 39 BNatSchG in der Zeit vom 1.Oktober bis zum 28. Februar eines Jahres zulässig.

Hetlingen liegt nicht im Verbreitungsgebiet der Haselmaus. Fischotter und Biber sind hier nicht zu erwarten. Für alle weiteren Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie sind keine potentiellen Lebensraumstrukturen vorhanden, so dass diese Arten hier nicht vorkommen.

Auch kommen von den 4 in Schleswig-Holstein gelisteten sehr seltenen Pflanzenarten des Anhang IV aufgrund fehlender Standortbedingungen keine vor.

1.2.6.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Mit der Entwicklung von Bauflächen gehen die freiflächengeprägten Biotopstrukturen verloren. Die angrenzenden Randstrukturen bleiben erhalten.

1.2.6.3 Beschreibung der Vermeidungs-und Minderungs- /Ausgleichsmaßnahmen

Mit dem Erhalt des östlichen Deichgrabens wird ein wassergeprägtes Verbindungsbiotop erhalten.

Mit der Anpflanzung von Gehölzen werden neue Lebensraumstrukturen geschaffen.

Extensivdachbegrünungen bieten in Abhängigkeit des Substrataufbaus und der Standortbedingungen einer Vielzahl von Pflanzen- und Tierarten nachhaltige Lebensraumstrukturen. Extensivdachbegrünungen tragen mit einer artenreichen Vegetationsbedeckung zur Bereicherung der Biotopqualitäten, insbesondere für Insekten und Vögel, bei. Bei Auftrag einer Schichtstärke von mindestens 8 cm werden die ökologischen Funktionen der Extensivdachbegrünung und der Standort für die Anpflanzung einer arten- und strukturreichen Sedum-/Gras-/Kräutervegetation optimiert.

1.2.7 Schutzgut Kultur-und sonstige Sachgüter

1.2.7.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Archäologische Vorbehaltsfläche

Die nordöstlich an das Siedlungsgebiet „Blink“ anschließenden Flächen liegen im archäologischen Interessensgebiet „Geesthügel Hetlingen“ des Archäologischen Landesamtes. Es ist mit kaiserzeitlichen und frühmittelalterlichen Funden zu rechnen. Eine frühzeitige Beteiligung des Landesamtes bei erdbaulichen Aktivitäten ist angezeigt.

Baudenkmäler sind im Plangebiet nicht vorhanden.

1.2.7.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Im Zuge von Erdbaumaßnahmen innerhalb des Plangebiets ist bei Boden-Auffälligkeiten eine Beteiligung der Bodendenkmalpflege erforderlich.

Erhebliche Auswirkungen auf dieses Schutzgut entstehen durch die Planung nicht. Sich negativ verstärkende Wechselwirkungen zwischen dem Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter und den anderen Schutzgütern entstehen ebenfalls nicht.

1.2.7.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen werden nicht erforderlich. Im Bebauungsplan wir ein Hinweis aufgenommen, wenn bei Erdarbeiten anfallende Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern ist.

1.2.8 Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit

1.2.8.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Lärm

Für das Plangebiet wurde keine lärmtechnische Untersuchung erstellt. Lärmeinwirkungen durch Straßenverkehrslärm gehen von der L261 aus.

Weitere Emissionsquellen sind nicht gegeben.

1.2.8.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Es ist mit einer graduellen Verkehrszunahme durch Ziel- und Quellverkehre im neuen Baugebiet auf der L261 zu rechnen, jedoch nicht in einem Maße, das als erheblich einzustufen wäre.

1.2.8.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Kein Erfordernis.

1.3 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG VON PLANUNGSALTERNATIVEN

1.3.1 In Betracht kommende anderweitige Planungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Ziele und des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans .

Standortalternativen

Das Plangebiet befindet sich in einer verkehrlich gut erschlossenen Lage am nördlichen Ortsrand. Die Lage ist wegen der Erreichbarkeit für die Ausweisung eines gemischt genutzten Quartieres im Vergleich zu anderen Nutzungen besonders prädestiniert. In Größe und Qualität vergleichbare Flächenpotentiale stehen der Gemeinde Hetlingen nicht für eine Überplanung zur Verfügung.

1.3.2 Prognose der Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung (Nullvariante)

Im Falle der Nullvariante würde die vorhandene landwirtschaftliche Nutzung fortgeführt.

1.4 ZUSÄTZLICHE ANGABEN

1.4.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind

Die zu Grunde liegenden Gutachten ermöglichen eine fachliche Einschätzung der Umweltauswirkungen. Schwierigkeiten bei der Erhebung der Grundlagen haben sich nicht ergeben. Wesentliche Kenntnislücken bei der Zusammenstellung der Angaben zum Umweltbericht bestanden nicht. Gleichwohl beruhen weitergehende Angaben, wie z.B. die Beeinträchtigung lokalklimatischer Verhältnisse durch die zukünftige Bebauung auf grundsätzlichen oder allgemeinen Angaben bzw. Einschätzungen.

1.4.2 Überwachungsmaßnahmen (Monitoring)

Das Monitoring umfasst die Überwachung planbedingter erheblicher Umweltauswirkungen. Es basiert auf Überwachungsmaßnahmen und Umweltinformationen. Die Umweltauswirkungen werden von den zuständigen Fachabteilungen des Amtes im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben überwacht.

Gemäß § 4 Abs. 3 BauGB unterrichten die zuständigen Ämter den Kreis, sofern nach den ihnen vorliegenden Erkenntnissen die Durchführung des Bebauungsplans erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt hat.

Der Bebauungsplan enthält Festsetzungen, in welchem Umfang Begrünungs- und Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Mittels der Fertigstellungs- und Entwicklungspflege wird sichergestellt, dass sich die Maßnahmen sachgerecht entwickeln und ihre ökologischen Funktionen aufnehmen und erfüllen können. Mit einer dauerhaften Pflege der Flächen ist ihre Funktionserfüllung gewährleistet.

Durch stichprobenartige Kontrolluntersuchungen seitens des Amtes wird überprüft, ob die geplante Funktionserfüllung der verschiedenen Maßnahmen tatsächlich greift. Bei festgestellten Abweichungen von den Maßnahmenzielen können dann erforderliche Maßnahmenkorrekturen und -ergänzungen vorgenommen werden, um möglichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

Die Einhaltung der umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen sowie der standortbezogenen umweltrelevanten Festsetzungen ist im Einzelfall im Rahmen des jeweiligen Genehmigungsverfahrens zu beachten.

1.4.3 Zusammenfassung des Umweltberichtes

Schutzgutbezogene Zusammenfassung

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans Hetlingen 12 wurde der vorliegende Umweltbericht erstellt. Untersucht wurden mögliche Auswirkungen der durch den B-Plan ermöglichten städtebaulichen Entwicklungen auf die Schutzgüter Luft, Klima, Wasser, Boden, Tiere und Pflanzen, Landschafts- und Stadtbild, Kultur und Sachgüter sowie Mensch. Zur Vermeidung nachteiliger Umweltauswirkungen wurden Bau- und Nutzungsauflagen sowie Beschränkungen festgelegt.

Naturschutzfachliche Abwägung

Von Bedeutung für den Naturschutz und die Landschaftspflege sind im Plangebiet die großflächigen Freiflächenstrukturen und der Deichrandgraben.

Insgesamt wird mit dem Bebauungsplan ein erheblicher Eingriff vorbereitet, für den ein Ausgleichserfordernis im Sinne des § 1 a Abs. 3 BauGB besteht. Durch Festsetzungen zur Begrünung, hier insbesondere zu Dachbegrünungen, die sinnvoll und zumutbar sind, erfolgt eine Minderung des Eingriffs. Verbleibende Eingriffe in Natur und Landschaft sind auf außerhalb des B-Plans liegenden Flächen (Ökokonto) auszugleichen.

Eine Quantifizierung des Eingriffsumfangs nach den einschlägigen Bewertungsmaßstäben ergibt bei einem Vergleich von Bestand und Planung eine deutliche Absenkung des Wertes für Boden.

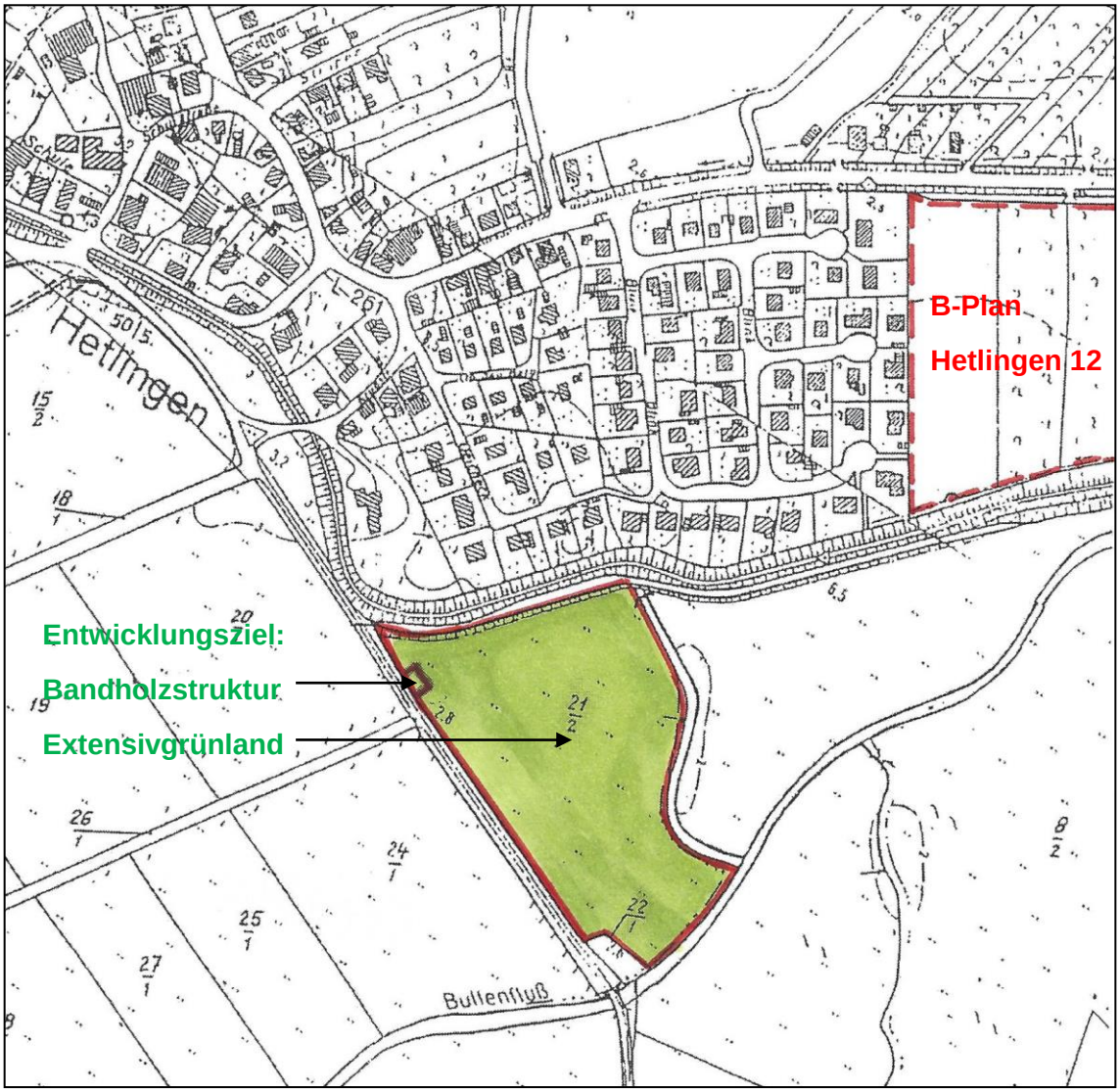
Ausgleich außerhalb des B-Plangebiets

Zur Kompensation nicht im B-Plangebiet ausgleichsfähiger Eingriffe erfolgt ein Ausgleich auf außerhalb liegenden Flächen der Gemeinde Hetlingen (siehe Abb. 1). Es werden 8.279 m^2 Fläche der Ökokontofläche (Einbuchung am 1.4.2002): Gemarkung Hetlingen, Flur 13, Flurstück 21/2 zugeordnet. Auf der Ökokontofläche mit einer Gesamtgröße von 3,0977 ha stehen noch 2,0505 ha zur Verfügung (Stand: 28.3.2017). Es erfolgt eine Zuordnung zum B-Plan Hetlingen 12 in Höhe von: 0,8729 ha.

Der Ausgangszustand auf der Ökokontofläche ist artenarmes, feuchtes Intensivgrünland. Als Entwicklungsziel ist extensives Grünland unter Verzicht auf Düngung und Pflanzenschutz- und

Pflanzenbehandlungsmittel (PSBM) angesetzt. Eine Mahd soll nicht vor dem 20. Juli eines jeden Jahres erfolgen. Auf der Ökokontofläche ist die Festlegung und Zuordnung einer ca. 300 m^2 umfassenden Bandholzstruktur im nordwestlichen Bereich der Fläche im Zusammenhang eines anderen Vorhabens erfolgt.

Abb. 1 Lage der Ökokonto-Fläche im Raum (Gemarkung Hetlingen, Flur 13, Flurstück 21/2), o.M.



2. ARTENSCHUTZFACHLICHE ABWÄGUNG

Aus der artenschutzrechtlichen Bewertung ergeben sich keine verpflichtenden Maßnahmen zum Ausgleich. Es sind keine Brutvogelarten von einer Beschädigung ihrer Fortpflanzungsstätten im Sinne des § 44 BNatSchG betroffen. Da die ökologischen Funktionen im Sinne des § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG aufgrund von Ausweichmöglichkeiten im räumlichen Zusammenhang erhalten bleiben, sind keine Maßnahmen erforderlich. Durch das Vorhaben gehen keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen verloren. Es gehen keine Nahrungsräume in so bedeutsamen Umfang verloren, dass es zum Funktionsverlust eventuell vorhandener, benachbarter Fortpflanzungsstätten kommt.

3. „GESETZLICH GESCHÜTZTE BIOTOPE“ NACH § 30 BNATSCHG, FFH UND SCHUTZGEBIETE

Schutzgebietsausweisungen nach § 23 – 28 BNatSchG in Verbindung mit § 10 HmbBNatSchAG (Landschaftsschutzgebiet, Naturschutzgebiet, Naturdenkmal, Nationalpark, Naturpark, Biosphärenreservat) sind im Plangebiet nicht vorhanden. FFH-Schutzgebiete und EU-Vogelschutzgebiete sind nicht betroffen.

Ein flächiger Schutzanspruch gemäß LNatSchG besteht für das Plangebiet nicht. Landschaftsschutz ist unmittelbar nicht betroffen. Nach § 21 LNatSchG ‚gesetzlich geschützte Biotope‘ grenzen unmittelbar nördlich in Form der **Baum-Allee** an der Holmer Straße, die gem. § 21 Abs. 1 Nr. 3 LNatSchG i.V, mit § 30 Abs. 2 Satz 2 BNatSchG geschützt ist, an das Plangebiet an. Im Zuge der Erschließung des Plangebiets wird durch die neue Straßenanbindung an die Holmer Straße eine Betroffenheit ausgelöst.

Südöstlich des Mitteldeichs grenzen an: die Kernzone des Landschaftsschutzgebiets (LSG 04), Natura 2000-Gebiet FHH-Gebiet (Nr. 2323-392) und Natura 2000-Gebiet EU-Vogelschutzgebiet (Nr. 2323-401). Nördlich der Holmer Straße grenzt die Randzone des Landschaftsschutzgebiets (LSG 04) an.

4. LANDSCHAFTSPLANERISCHE PLANUNGSZIELE

Grünflächen

In den öffentlichen Grünflächen werden die für die Oberflächenwasserbewirtschaftung des neuen Siedlungsgebiets notwendigen offenen Gräben angelegt.

Baumschutz

Nicht betroffen.

4.1 BEGRÜNUNGSMAßNAHMEN

Auf ebenerdigen Stellplatzanlagen sollte für je vier oder fünf Stellplätze ein Laubbaum gepflanzt werden. Für Baumpflanzungen sollen großkronige Bäume verwendet werden, um ein ökologisch wirksames und visuell erlebbares Grünvolumen zu schaffen. Bäume mindern durch Verschattung und Verdunstungskälte die Aufheizung der Flächen und filtern Staub und Schadstoffe aus der Luft.

Für festgesetzte Baum- und Strauchanpflanzungen sind einheimische, standortgerechte Laubgehölze zu verwenden und zu erhalten. Bäume müssen einen Stammumfang von mindestens 18 cm, in 1 m Höhe über dem Erdboden gemessen, aufweisen. Im Kronenbereich jedes großkronigen Baums ist eine offene Vegetationsfläche von mindestens 12 m^2 anzulegen und zu erhalten. Hierdurch kann eine Ergänzung des vorhandenen Lebensraumgefüges erreicht werden. Einheimische Laubgehölze stellen u.a. mit ihren Blüten- und Fruchtbeständen eine essentielle Nahrungsquelle und damit Lebensgrundlage für die einheimische Tierwelt dar und wirken sich günstig auf das Kleinklima aus. Die geforderten Pflanzgrößen sollen dazu beitragen, dass ohne lange Entwicklungszeit landschaftsbildwirksame Strukturen und bioökologische Funktionen hergestellt werden. Die Bäume sollen im ausgewachsenen Zustand einen Kronendurchmesser von über 6 m erreichen. Die offenen Vegetationsflächen sichern die Luft-, Wasser- und Nährstoffversorgung der Wurzeln und damit eine langfristige Entwicklung der Bäume.

Die Festsetzung von grundstücksbezogenen Grünanteilen sollte erfolgen. Flächige Gehölzanpflanzungen aus Bäumen und Sträuchern bilden die Grundlage für eine nachhaltige

Durchgrünung und Biotopvernetzung. Sie bieten innerhalb der Baugebiete vielfältige Lebens-, Nahrungs- und Rückzugsräume für zahlreiche Insekten, Kleinsäuger und Vogelarten.

Extensivdachbegrünungen wirken durch Schadstofffilterung aus der Luft, Abmilderung der Abstrahlungswärme und Regenwasserrückhaltung stabilisierend auf das Kleinklima und bilden einen nachhaltigen Ersatzlebensraum für standortangepasste Pflanzen, Insekten und Vögel. Der vegetationsbedingte Rauhigkeitsfaktor begrünter Dächer führt zu einer messbaren Zwischenspeicherung und Abflussverzögerung von Oberflächenwasser und damit zu einer Entspannung der Oberflächenentwässerung. Die Wasserspeicherkapazitäten werden bei einer Substratstärke von 8 cm gesichert, die Gefahr einer Austrocknung des Substrataufbaus reduziert. Damit wird das Vegetationsbild und werden die Lebensraumfunktionen auf dem Dach nachhaltig gestärkt. Zudem wird die Dachaufsicht und damit das Orts- und Landschaftsbild nachhaltig verbessert. Es ist deshalb eine wesentliche grünordnerische Maßnahme zur Minderung der durch die Bebauung verursachten Beeinträchtigungen der Funktionen von Natur und Landschaft.

Fassadenbegrünungen können schon nach wenigen Jahren bedeutsame Nahrungs- und Nistbiotope für Vögel (z.B. Mönchs- oder Dorngrasmücken) darstellen. Weiterhin tragen begrünte Fassaden zur Bereicherung des Arbeitsstättenumfeldes und zur Verbesserung der Kleinklima- und Luftverhältnisse durch Filterung von Stäuben und Reduzierung der Abstrahlungswärme von Gebäuden bei. Aufgrund der hohen baulichen Dichte sind Begrünungen auf bzw. an den Gebäuden eine wirkungsvolle Möglichkeit zur Durchgrünung von Gewerbegebieten.

4.2 OBERFLÄCHENENTWÄSSERUNG, GEWÄSSER- UND BODENSCHUTZ

Alle Geh- und Fahrwege sowie ebenerdige Stellplätze sollen zum Schutze des Wasserhaushalts in wasser- und luftdurchlässigem Aufbau hergestellt werden.

Das unbelastete Oberflächenwasser von Dachflächen und befestigten Flächen wird in offene, begrünte Gräben eingeleitet.

Den Grund- und Stauwasserstand beeinflussende Maßnahmen wie z.B. Kellerdrainagen, sind unzulässig.

4.3 VORSCHLAG FÜR GRÜNORDUNGSPLANERISCHE FESTSETZUNGEN IN § 2 DES B-PLANS

1. Auf ebenerdigen Stellplatzanlagen ist für je vier Stellplätze ein großkroniger Laubbaum zu pflanzen.

2. Im Gewerbe- und Mischgebiet muss der Durchgrünungsanteil auf den jeweiligen Grundstücken mindestens 20 vom Hundert (v.H.) betragen. Mindestens 10 v.H. der Grundstücksflächen sind mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen.

3. Im Wohngebiet ist je Grundstück ein Laubbaum zu pflanzen.

4. Für festgesetzte Baum- und Strauchanpflanzungen sind standortgerechte, heimische Laubgehölze zu verwenden und dauerhaft zu erhalten. Großkronige Bäume müssen einen Stammumfang von mindestens 18 cm, kleinkronige von mindestens 14 cm in 1,0 m über dem Erdboden gemessen, aufweisen. Im Kronenbereich großkroniger Bäume ist eine offene Vegetationsfläche von mindestens 12 m^2 anzulegen und zu begrünen.

5. Für zu erhaltende Bäume sind bei Abgang Ersatzpflanzungen mit großkronigen Bäumen vorzunehmen. Geringfügige Abweichungen von den festgesetzten Baumstandorten sind zulässig. Außerhalb der öffentlichen Straßenverkehrsflächen sind Geländeaufhöhungen oder Abgrabungen im Kronenbereich dieser Bäume unzulässig.

6. Grundstückseinfriedigungen sind nur mit standortgerechten, heimischen Hecken zulässig.

7. Im Gewerbe- und Mischgebiet sind Dächer mit einem mindestens 8 cm starken durchwurzelbaren Substrataufbau zu versehen und extensiv zu begrünen. Ausgenommen sind Flächen für technische Dachaufbauten bis höchstens 50 v.H. der Dachfläche.

8. Die Dächer von Nebengebäuden, Garagen und CarPorts sind mit einer extensiven Dachbegrünung zu versehen.

9. Im Gewerbegebiet sind Außenwände von Gebäuden, deren Fensterabstand mehr als 5 m beträgt sowie fensterlose Fassaden mit Schling- oder Kletterpflanzen zu begrünen. Je 2 m Wandlänge ist mindestens eine Pflanze zu verwenden.

10. Alle Geh- und Fahrwege sowie Platzflächen sind in wasser- und luftdurchlässiger Bauweise herzustellen. Die Wasserdurchlässigkeit des Bodens wesentlich mindernde Befestigungen wie Betonunterbau, Fugenverguß oder Asphaltierung sind unzulässig.

11. Das anfallende Oberflächenwasser von Dachflächen und befestigten Flächen, von denen kein Eintrag von Schadstoffen in das Grundwasser zu erwarten ist, ist in offenen Entwässerungsgräben zu sammeln. Die Entwässerungsgräben sind als offene, begrünte Gräben zu gestalten und dauerhaft zu erhalten.

12. Bauliche und technische Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Grundwasserabsenkungen führen können, sind nicht zulässig.

13. Im Gewerbe- und Mischgebiet sind Außenbeleuchtungen nur in Form monochromatisch abstrahlender Leuchten und mit einem geschlossenen Glaskörper zulässig. Sie sind so zu erstellen, dass sie geringstmöglich in Grün- und Wasserflächen einwirken.

14. Den Wohn-, Mischgebiets- und Gewerbeflächen ist zum Ausgleich von Eingriffen in Boden, Natur und Landschaft außerhalb des Geltungsbereichs auf dem Ökokonto der Gemeinde Hetlingen, Flurstück 21/2 in der Gemarkung Hetlingen, eine Fläche zugeordnet.

5. BEEINTRÄCHTIGUNGEN VON NATUR UND LANDSCHAFT IM PLANGEBIET

Grundlagen:

- Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht - §§ 8 a - c BNatSchG und §§ 6 - 10 LNatSchG (Gemeinsamer Runderlass des Innenministeriums und des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten vom 3. Juli 1998)
- B-Planentwurf vom April 2017 in der aktuellen Fassung.

Nachfolgend werden die Eingriffe bezogen auf den Naturhaushaltsfaktor ‘Boden’ quantifiziert. Zur Berechnung des Versiegelungsanteils werden die Festsetzungen des B-Plans für die Eingriffsbeurteilung zugrunde gelegt.

Es wird die Annahme getroffen, dass die Festsetzungen im B-Plan für den Eingriffsbereich mit den nach BauNVO getroffenen Baudichten (GRZ) gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO zulässigerweise um 50 % überschritten werden können.

Die Entwässerungsgräben werden als offene Gräben ohne Sohldichtung ausgebildet.

Der Flächenbedarf für Ausgleich kann durch Anrechnung der Hälfte der Flächen begrünter Dächer ermäßigt werden.

Tab. 1 Überschlägige Eingriffsbilanzierung für das Schutzgut Boden (Grundlage: B-Plan Nr. 12, Stand: 4.2017)

Flächenkategorie	**Brutto in m²**	**Versiegelung in m²**	**Ausgleichs-faktor 0,5**	**Ausgleichs-faktor 0,3**
Vollversiegelter Flächenanteil Wohnen (WA) GRZ 0,3 + 50 %	5.650	2.543	1.272	
Mischgebiet GRZ 0,35 + 50 %	7.440	3.906	1.953	--
Gewerbe GRZ 0,5 + 50 %	7.850	5.888	2.944	--
Verkehrsfläche (vollversiegelt)	2.190	2.190	1.095	--
Verkehrsfläche bes. Zweck-bestimmung (vollversiegelt)	1.580	1.580	790	--
Grünfläche öffentlich, Unterhaltungsweg am Graben	5.200	680	--	225
Grünfläche privat	740	--	-	--
Summe Ausgleichsfläche	30.650		8.054	225

Die Größe der notwendigen Ausgleichsfläche für das Schutzgut Boden berechnet sich somit insgesamt auf eine Fläche von: 8.054 + 225 = 8.279 m².

ANHANG

Gehölzliste

Bäume:

Acer platanoides	Spitzahorn
Acer pseudoplatanus	Bergahorn
Acer campestre ***	Feldahorn
Betula pendula	Sandbirke
Carpinus betulus	Hainbuche
Crataegus monogyna ***	Eingriffliger Weißdorn
Fagus sylvatica	Rotbuche
Fraxinus excelsior	Esche
Ilex aquifolia ***	Stechpalme
Malus sylvestris ***	Holzapfel
Prunus padus ***	Trauben-Kirsche
Populus tremula	Espe
Pyrus pyraster ***	Wildbirne
Quercus petraea	Trauben-Eiche
Quercus robur	Stiel-Eiche
Sorbus aucuparia ***	Vogelbeere
Taxus baccata ***	Eibe
Tilia cordata	Winter-Linde

*** kleinkronige Baumarten

Sträucher / Hecken: (Baumarten und zusätzlich)

Cornus mas	Kornelkirsche
Cornus sanguinea	Roter Hartriegel
Corylus avellana	Haselnuß
Euonymus europaeus	Pfaffenhütchen
Frangula alnus	Faulbaum
Ilex aquifolium	Stechpalme
Ligustrum vulgare	Liguster
Lonicera xylosteum	Heckenkirsche
Prunus spinosa	Schlehe
Rhamnus catharticus	Kreuzdorn
Rosa canina	Hunds-Rose
Rubus spec.	Brombeere
Salix caprea	Salweide
Sambucus nigra	Holunder
Viburnum opulus	Schneeball

Schling- und Kletterpflanzen:

Clematis vitalba	Waldrebe
Hedera helix	Efeu
Lonicera periclymenum	Wald-Geißblatt
Lonicera caprifolium	Jelängerjelieber

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0034/2017/HET/BV

Fachbereich:	Bauen und Liegenschaften	Datum:	18.04.2017
Bearbeiter:	René Goetze	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Wegeausschuss der Gemeinde Hetlingen	18.05.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 12 für das Gebiet südlich der Holmer Straße, östlich der Wohnbebauung Blink, nördlich der 2. Deichlinie in einer Tiefe von ca. 150 m

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:
Die Gemeindevertretung Hetlingen hat am 13.10.2016 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 12 aufzustellen.

Anlass ist die geplante Ausweisung eines Wohn-, Misch- und Gewerbegebietes zur Deckung des örtlichen Bedarfs an Wohnraum und Gewerbeflächen.

Dieser Beschluss wurde bekannt gemacht.

Gleichzeitig hat die Gemeindevertretung beschlossen, die frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen. Beide Beteiligungen haben statt gefunden und die eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen sind der Vorlage beigefügt.

Mit der Durchführung des Planverfahrens wurde gemäß Beschlussfassung das Stadtplanungsbüro WRS beauftragt. Das Büro hat einen Entwurf für den Bebauungsplan erarbeitet, welcher der Vorlage als Anlage beigefügt ist und im Rahmen der Sitzung vorgestellt werden wird. Berücksichtigt wurden in dem Entwurf bereits vorliegende Fachgutachten.
Die Verwaltung empfiehlt den vorliegenden Entwurf zu beschließen (ggf. mit Änderungen) und die Verwaltung mit den nächsten Verfahrensschritten zu beauftragen.

Finanzierung:
Die Kosten des Verfahrens stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:
Der Bau- und Wegeausschuss empfiehlt / Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 12 für das Gebiet südlich der Holmer Straße, östlich der Wohnbebauung „Blink“, nördlich der 2. Deichlinie in einer Tiefe von ca. 150 m und die Begründung werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.

2. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

_____
Riekhof

Anlagen:
- Planzeichnung und Begründung
- Abwägung Stellungnahmen frühzeitige Beteiligungen

Textliche Festsetzungen (Teil B)

Es gilt die Baunutzungsverordnung vom 26.06.1962 i.d.F. vom 23.01.1990
zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548).

A. Planungsrechtliche Festsetzungen nach § 9 (1) BauGB und Landesbauordnung Schleswig-Holstein (LBO S-H)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) BauGB und § 1 (6) BauNVO)

1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA) (§ 4 BauNVO i. V. m. § 1 (6) BauNVO)

Gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauNVO sind folgende gemäß § 4 (3) Nr. 4 und Nr. 5 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig:

Gartenbaubetriebe

Tankstellen

1.2 Mischgebiet (MI) (§ 6 BauNVO i. V. m. § 1 (5 und 6) BauNVO)

Gemäß § 1 (5) und (6) Nr. 1 BauNVO sind folgende gemäß § 6 (2) Nr. 3, Nr. 7 und Nr. 8 BauNVO allgemein sowie die gemäß § 6 (3) ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig :

Einzelhandelsbetriebe

Tankstellen

Vergnügungsstätten

1.3 Eingeschränktes Gewerbegebiet (GEe) (§ 8 BauNVO i. V. m. § 1 (5 und 6) BauNVO)

Gemäß § 1 (5) und (6) Nr. 1 BauNVO sind folgende gemäß § 8 (2) BauNVO allgemein sowie gemäß § 8 (3) ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig:

Vergnügungsstätten (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO), insbesondere Spielhallen und ähnliche Unternehmen im Sinne der §§ 33a-i der Gewerbeordnung, die der Aufstellung von Spielgeräten mit und ohne Gewinnmöglichkeit dienen, Wettbüros, Bordelle, bordellartige Betriebe sowie Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen oder auf Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet sind,

Betriebe des Beherbergungsgewerbes (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr.1 BauNVO)

Einzelhandelsbetriebe (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO),

Tankstellen

Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber oder Betriebsleiter gemäß § 8 (3) Nr. 1 BauNVO sind ausnahmsweise zulässig, sofern ihre Grundfläche 30% der insgesamt errichteten Grundfläche nicht überschreitet.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 und 3 BauGB, § 16 (6) i. V. m. §§ 18, 20 und 22 BauNVO)

2.1 Mindestgrundstücksgröße

In den Teilgebieten WA1 und WA2 ist je Einzelhaus eine Grundstücksfläche von mindestens 600 m² nachzuweisen.

2.2 Anzahl Wohneinheiten

In den Teilgebieten WA1 und WA2 sind je Einzelhaus maximal 2 Wohneinheiten zulässig. Dabei ist die zweite Wohneinheit ausschließlich als Einliegerwohnung mit einer Größe von maximal 65 m² zulässig.

Ausnahmsweise sind im Teilbaugebiet MI2 maximal 10 Wohneinheiten je Einzelhaus zulässig.

2.3 Geschossigkeiten

Im Teilbaugebiet WA1 ist maximal 1 Vollgeschoss zulässig.

In den Teilbaugebieten WA2, MI1 und MI2 sind maximal zwei Vollgeschosse zulässig.

2.4 Höhe der baulichen Anlagen (§ 18 Abs. 1 BauNVO)

Für die Gebäude werden, bezogen auf die Oberkante des fertigen Fußbodens (OKFF) des Erdgeschosses, maximale Höhen festgesetzt.

Im Teilgebiet WA1 gelten die Firsthöhe (FH) sowie die Traufhöhe (TH).

In den Teilgebieten WA2, MI1 und MI2 gelten im Falle geneigter Dächer die Firsthöhe (FH) sowie die Traufhöhe (TH), im Falle von Flachdächern die Gebäudehöhe (GH). Die festgesetzten maximalen Firsthöhen (FH), Traufhöhen (TH) bzw. Gebäudehöhen (GH) sind der Planzeichnung zu entnehmen.

Produktionsbedingte Anlagen geringeren Umfangs wie Schornsteine, Lüftungsanlagen oder Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie dürfen in den Misch- und Gewerbegebieten bis zu 2 m über die maximale Gebäudehöhe hinausragen.

2.5 Sockelhöhe (§§ 16 Abs. 2 Nr. 4 und 18 Abs. 1 BauNVO)

Es ist eine maximale Sockelhöhe von bis zu 0,60 m über dem jeweiligen Bezugspunkt zulässig. Die Sockelhöhe wird definiert durch die Oberkante des fertigen Fußbodens (OKFF) des Erdgeschosses.

2.6 Bezugspunkt

Der Bezugspunkt (Bz) für die Sockelhöhe baulicher Anlagen (s. 2.5) sowie die Höhe von Grundstückseinfriedungen ist die Oberkante des Fahrbahnaufbaus der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsfläche, gemessen in der Fahrbahnachse, in Höhe des Mittelpunktes der gemeinsamen Grenze zwischen Verkehrsflächen und jeweiligem Grundstück.

3. Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen - Lärmschutz § 1 (4) Nr. 2 BauNVO, § 9 (1) Nr. 24 BauGB

3.1 Schutz vor Verkehrslärm

Zum Schutz der Wohn- und Büronutzungen werden für Neu-, Um- und Ausbauten die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwurfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) entsprechend den nachfolgenden Abbildungen festgesetzt.

Die Abbildung 2 gilt ausschließlich für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden.

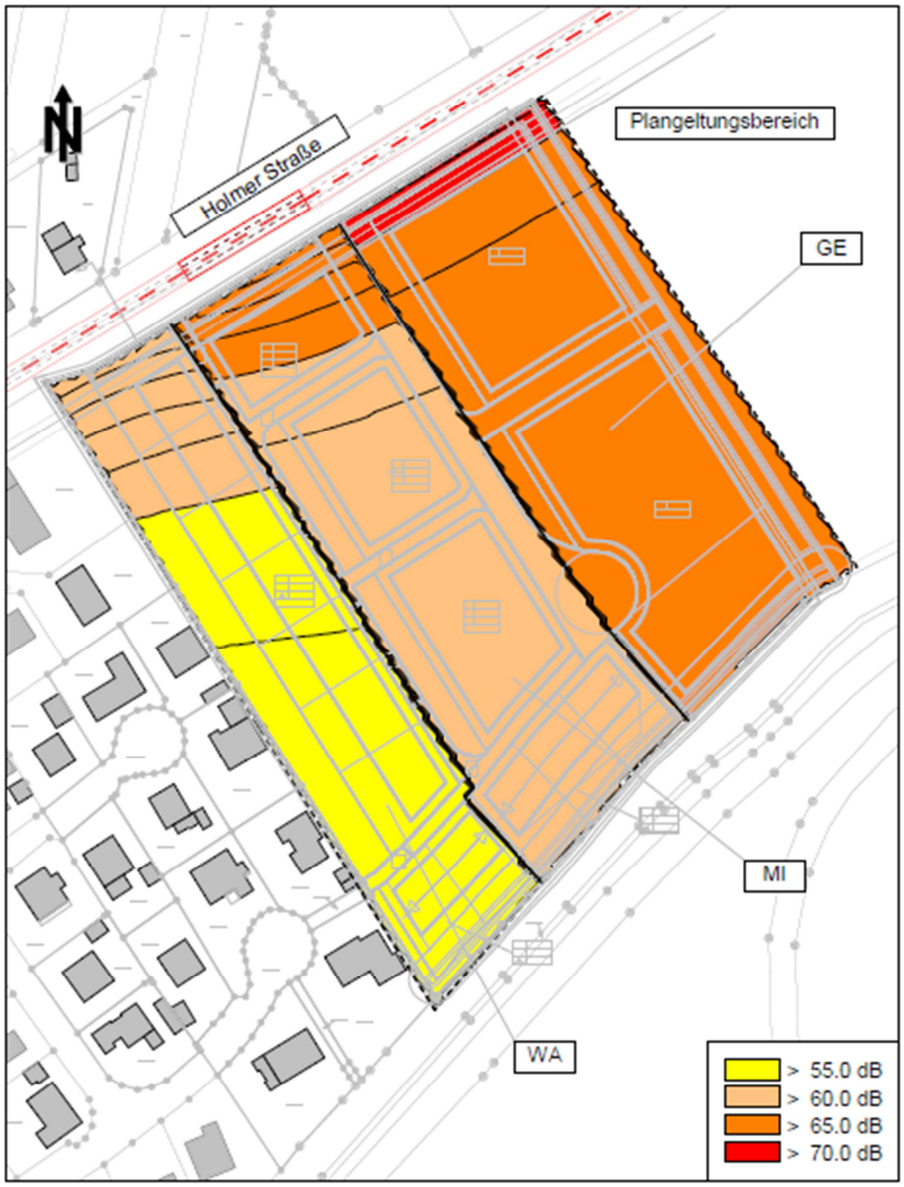


Abbildung 1: maßgeblicher Außenlärmpegel für schutzbedürftige Räume

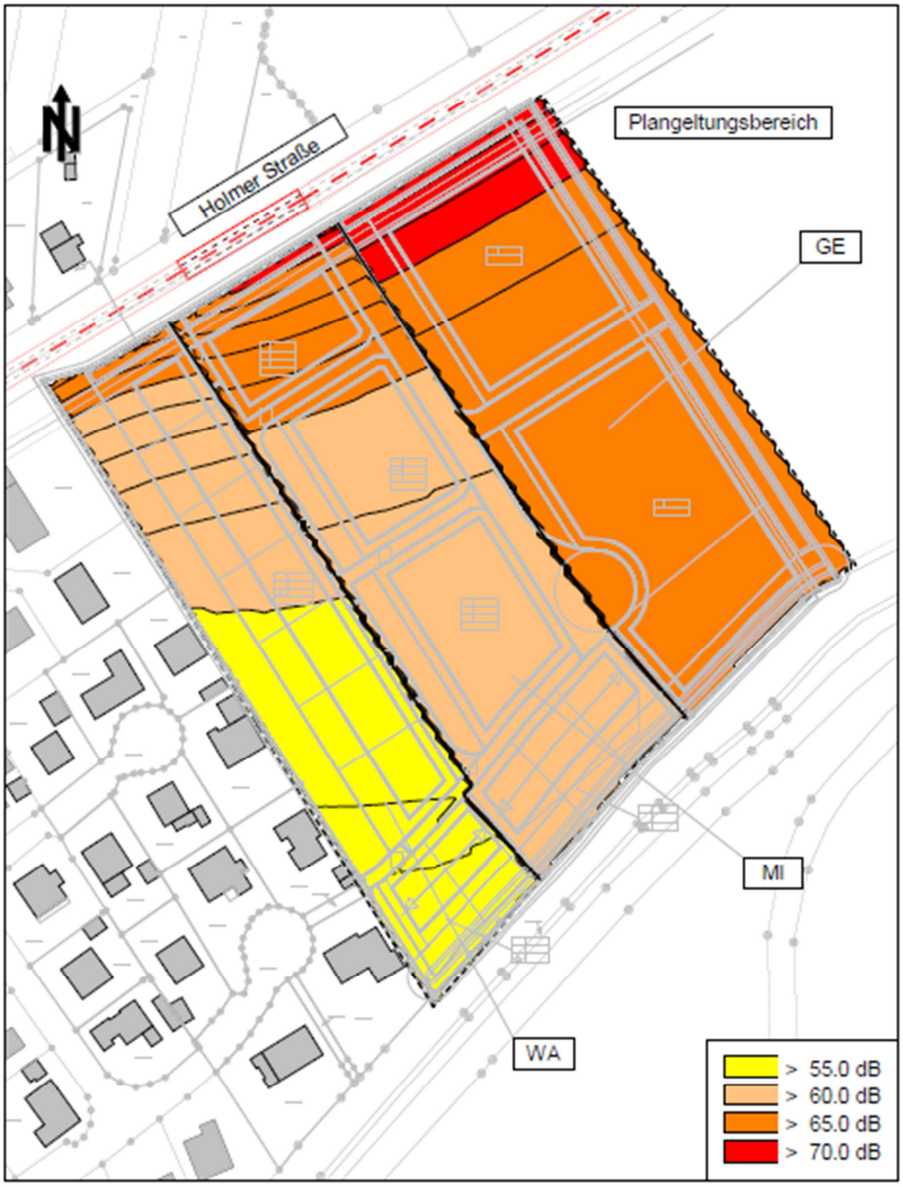


Abbildung 2: maßgeblicher Außenraumpegel für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden

Zur Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung des Gebäudes in den nicht nur vorübergehend zum Aufenthalt von Menschen vorgesehenen Räumen sind die Anforderungen an das resultierende Schalldamm-Maß gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) zu ermitteln.

Im Rahmen der jeweiligen Baugenehmigungsverfahren ist die Eignung der für die Außenbauteile der Gebäude gewählten Konstruktionen nach den Kriterien der DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) nachzuweisen.

Zum Schutz der Nachtruhe sind im Gewerbegebiet sowie im allgemeinen Wohngebiet und Mischgebiet bis zu einem Abstand von 88 m zur Straßenmitte der Holmer Straße bei Neu- , Um- und Ausbauten für Schlaf- und Kinderzimmer schallgedämmte Lüftungen vorzusehen, falls der notwendige hygienische Luftwechsel nicht auf andere geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Weise sichergestellt werden kann und die Anforderungen an das resultierende Schalldammmaß gemäß den ermittelten und ausgewiesenen maßgeblichen Außenlärmpegeln nach DIN 4109 erfüllt werden.

Von den vorgenannten Festsetzungen kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung geringere Anforderungen an den passiven Schallschutz resultieren.

4. Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen mit ihren Einfahrten gemäß § 9 (1) Nr. 4 BauGB, §§ 12 und 14 BauNVO und § 50 LBO SH

4.1 Nebenanlagen (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB, § 14 BauNVO)

Im gesamten Plangebiet sind Nebenanlagen, insbesondere Garten- / Gerätehäuser sowie Geräteschuppen auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, jedoch nicht auf Flächen für Anpflanzungen zulässig.

4.2 Stellplätze und Garagen (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB, § 12 BauNVO)

In den Teilgebieten WA1, WA2 und MI2 sind für die erste Wohneinheit jeweils zwei Stellplätze zu schaffen. Für die untergeordnete zweite Wohneinheit (Einliegerwohnung) ist jeweils ein Stellplatz zu schaffen.

Ausnahmsweise ist im Teilbaugebiet MI2 nur ein Stellplatz je Wohneinheit zu schaffen, sofern ein Gebäude mit mehr als 2 Wohneinheiten errichtet wird.

In den Teilbaugebieten MI1 ist je Wohneinheit ein Stellplatz zu schaffen.

Die erforderlichen Stellplätze sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen in Form von offenen Stellplätzen, offenen Kleingaragen (Carports) oder geschlossenen Kleingaragen zulässig. Zu der das Grundstück erschließenden öffentlichen Verkehrsfläche ist ein Mindestabstand von 5,00 m einzuhalten. Zu allen anderen angrenzenden Verkehrsflächen ist ein Mindestabstand von 1,00 m einzuhalten.

5. Sichtdreiecke

Innerhalb der Sichtdreiecke sind Bebauung, Bepflanzung oder sonstige sichtbehindernde Gegenstände über 0,80 m Höhe, gemessen von der Straßenoberkante des Fahrbahnrandes der übergeordneten Straße, unzulässig. Ausgenommen sind einzeln stehenden Bäume mit einem Astansatz von über 2,80 m.

B. Grünordnerische Festsetzungen gemäß § 9 (1) Nr. 15, 20 u. 25 BauGB

6. Schutzmaßnahmen für Boden und Wasserhaushalt

6.1 Das anfallende Oberflächenwasser von Dachflächen und befestigten Flächen, von denen kein Eintrag von Schadstoffen in das Grundwasser zu erwarten ist, ist in offenen Entwässerungsgräben zu sammeln. Die Entwässerungsgräben sind als offene, begrünte Gräben zu gestalten und dauerhaft zu erhalten.

6.2 Alle Geh- und Fahrwege sind in wasser- und luftdurchlässiger Bauweise herzustellen. Die Wasserdurchlässigkeit des Bodens wesentlich mindernde Befestigungen wie Betonunterbau, Fugenverguß oder Asphaltierung sind unzulässig.

6.3 Im Gewerbe- und Mischgebiet sind Dächer mit einer Neigung von weniger als 11° mit einem mindestens 8 cm starken durchwurzelbaren Substrataufbau zu versehen und extensiv zu begrünen. Ausgenommen sind Flächen für technische Dachaufbauten bis höchstens 50 v.H. der Dachfläche.

6.4 Flach geneigte Dächer von Nebengebäuden, Garagen und Carports mit einer Dachneigung von weniger als 11° sind mit einer extensiven Dachbegrünung zu versehen.

6.5 Bauliche und technische Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Grundwasserabsenkungen führen können, sind nicht zulässig.

7. Vegetation

7.1 Auf ebenerdigen Stellplatzanlagen ist für je vier Stellplätze ein großkroniger Laubbaum zu pflanzen.

7.2 In den Gewerbegebieten und den Teilgebieten MI1 muss der Durchgrünungsanteil auf den jeweiligen Grundstücken mindestens 20 vom Hundert (v.H.) betragen. Mindestens 10 v.H. der Grundstücksflächen sind mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen.

7.3 In den Teilgebieten WA1, WA2 und MI2 ist je Grundstück ein Laubbaum zu pflanzen.

7.4 Für festgesetzte Baum- und Strauchanpflanzungen sind standortgerechte, heimische Laubgehölze (siehe Pflanzliste) zu verwenden und dauerhaft zu erhalten. Großkronige Bäume müssen einen Stammumfang von mindestens 18 cm, Kleinkronige von mindestens 14 cm in 1,0 m über dem Erdboden gemessen, aufweisen.

Im Kronenbereich großkroniger Bäume ist eine offene Vegetationsfläche von mindestens 12 m² anzulegen und zu begrünen.

7.5 Für die als Anpflanzungsgebot festgesetzten Bäume und Sträucher sind bei deren Abgang Ersatzpflanzungen so vorzunehmen, dass der Umfang und der jeweilige Charakter der Pflanzung erhalten bleiben. Die Bäume müssen einen Stammumfang von mindestens 14/18 cm in 1 m Höhe über dem Erdboden aufweisen.

7.6 In den Mischgebieten und den Gewerbegebieten sind die Grundstückseinfriedungen zur Planstraße A nur mit standortgerechten, heimischen Hecken (siehe Pflanzliste) zulässig (siehe auch Ziffer 9.8).

7.7 In den Gewerbegebieten sind Außenwände von Gebäuden, deren Fensterabstand mehr als 5 m beträgt sowie fensterlose Fassaden mit Schling- oder Kletterpflanzen zu begrünen. Je 2 m Wandlänge ist mindestens eine Pflanze zu verwenden.

8. Sonstige Festsetzungen

8.1 In den Mischgebieten und den Gewerbegebieten sind Außenbeleuchtungen nur in Form monochromatisch abstrahlender Leuchten und mit einem geschlossenen Glaskörper zulässig. Sie sind so zu erstellen, dass sie geringstmöglich in Grün- und Wasserflächen einwirken.

8.2 Allen Teilgebieten ist zum Ausgleich von Eingriffen in Boden, Natur und Landschaft außerhalb des Geltungsbereichs auf dem Ökokonto der Gemeinde Hetlingen, Flurstück 21/2 in der Gemarkung Hetlingen, eine Fläche zugeordnet.

C. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 84 LBO SH in Verbindung mit § 9 BauGB

9. **Örtliche Bauvorschrift** (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

9.1 Geltungsbereich:

Die örtliche Bauvorschrift über Gestaltung umfasst den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 12.

9.2 Dachform und –neigung (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

In allen Allgemeinen Wohngebieten und Mischgebieten sind Satteldächer, Walmdächer, Pultdächer und Flachdächer mit einer Neigung von 0° - 60° zulässig.

Die Dächer von Nebengebäuden und Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO sind im gesamten Plangebiet mit einer Dachneigung von 0° - 60° zulässig.

9.3 Dacheindeckung und -farben (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

In allen Allgemeinen Wohngebieten und Mischgebieten sind für die Dachflächen der Hauptgebäude ausschließlich Pfanneneindeckungen in den Farben Rot, Rotbraun oder Anthrazit (vgl. Ziffer 9.6) zulässig. Flachdächer unter 12° Neigung, Verglasungen, Solaranlagen und begrünte Dächer sind von dieser Festsetzung ausgenommen.

Engobierte Dacheindeckungen sind zulässig, glasierte Dacheindeckungen sind unzulässig.

9.4 Dachgauben und Einschnitte (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

Je Dachseite ist maximal eine Dachgaube oder ein Dacheinschnitt zulässig. Die Gesamtlänge der Dachgaube oder des Dacheinschnitts je Dachseite darf insgesamt nicht mehr als 50 % der Gesamtlänge der dazugehörigen Traufe betragen. Dachgauben oder Dacheinschnitte müssen zur Ortgangkante einen Abstand von mindestens 2,00 m einhalten.

9.5 Fassadengestaltung (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

Die Verkleidung der Außenhaut der Hauptbaukörper ist nur in Verblendmauerwerk in den Farbtönen Rot, Rotbraun oder Anthrazit (vgl. Ziffer 9.6) oder in Putz in den Farben Weiß, Grau, Gelb oder Blau (vgl. Ziffer 9.6) zulässig. Daneben ist die Nutzung von Zinkblech oder Holzmaterialien bis zu einem Anteil von 30% der Außenwandfläche zulässig.

9.6 Farbtöne

Für die in Punkt 9.3 und 5.5 festgesetzten Farben sind nur Farbtöne in Annäherung an die folgenden RAL Farben allgemein zulässig:

Farbton Rot: 2001 (Rotorange), 2002 (Blutorange), 3000 (Feuerrot), 3002 (Karminrot), 3003 (Rubinrot), 3013 (Tomatenrot), 3016 (Korallenrot),

Farbton Rotbraun: 8001 (Ockerbraun), 8004 (Kupferbraun), 8012 (Rotbraun), 8015 (Kastanienbraun), 8023 (Orangebraun)

Farbton Anthrazit: 7016 (Anthrazitgrau), 7021 (Schwarzgrau), 7022 (Umbragrau), 7024 (Graphitgrau)

Farbton Grau, Weiß, Gelb und Blau: mit Hellbezugswert (Maß für Helligkeit von Oberflächen) größer als 70.

9.7 Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie sind im gesamten Plangebiet auf den Fassaden und / oder Dächern zulässig, sofern sie sich in die Fassade bzw. die Dachlandschaft einfügen.

9.8 Einfriedungen

Im Gewerbegebiet und Mischgebiet sind die Grundstückseinfriedungen zur Planstraße A nur mit standortgerechten, heimischen Hecken (siehe Pflanzliste) zulässig (siehe auch Ziffer 7.6).

Einfriedungen mit Zäunen sind in den Allgemeinen Wohn- und den Mischgebieten bis zu einer Höhe von maximal 1,20 m zulässig. Diese sind ausschließlich grundstücksseitig zulässig.

Im Gewerbegebiet sind die Grundstücke mit mindestens 1,20 m hohen Zäunen einzufrieden. Diese sind ausschließlich grundstücksseitig anzuordnen.

9.9 Anforderungen an die Gestaltung von Werbeanlagen (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

Innerhalb des Gewerbegebietes ist eine Gemeinschaftswerbeanlage mit einer Höhe von maximal 5,00 m und maximal 15 m² Ansichtsfläche für die ansässigen Gewerbetreibenden zulässig.

Werbeanlagen sind ausschließlich als Eigenwerbung an der Stätte der Leistung direkt am Gebäude und bis zu einer Flächengröße von max. 0,25 qm zulässig. Je Gebäude und Grundstück darf nur eine Werbeanlage angebracht werden. Bei leuchtenden, hinterleuchteten und angeleuchteten Werbeanlagen sind grelles, wechselndes und blinkendes Licht unzulässig.

Fahnenmasten und Fahnen sind unzulässig.

9.10 Ordnungswidrigkeitsvorschrift

Gemäß § 84 (1) LBO SH handelt ordnungswidrig, werden unter Ziffer 7.2 bis 7.5 aufgeführten örtlichen Bauvorschriften zuwider handelt. Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 82 (3) LBO SH mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 € geahndet werden.

D. Hinweise

10.1 Der westliche Teil des Plangebietes liegt innerhalb des archäologischen Interessensgebietes „Hetlinger Geesthügel“. Werden während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 15 DSchG der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.

10.2 Parallel zur Holmer Straße liegt ein Schmutzwasserkanal des Zweckverbandes Hauptsammler West. In einem Abstand von 2,50 m beiderseits der Mittellinie des Kanals dürfen keine Anlagen und Gebäude errichtet werden, die die Reinigung und die Unterhaltung des Kanasl beeinträchtigen könnten.

10.3 Die DIN-Norm 4109, Schallschutz im Hochbau wird im Amtshaus des Amtes Geest und Marsch Südholstein zur Einsicht bereitgehalten.

10.4 Pflanzliste

Bäume:

Acer platanoides	Spitzahorn
Acer pseudoplatanus	Bergahorn
Acer campestre ***	Feldahorn
Betula pendula	Sandbirke
Carpinus betulus	Hainbuche
Crataegus monogyna ***	Eingriffliger Weißdorn
Fagus sylvatica	Rotbuche
Fraxinus excelsior	Esche
Ilex aquifolia ***	Stechpalme
Malus sylvestris ***	Holzapfel
Prunus padus *	Trauben-Kirsche
Populus tremula *	Espe
Pyrus pyraster ***	Wildbirne
Quercus petraea	Trauben-Eiche
Quercus robur	Stiel-Eiche
Sorbus aucuparia *	Vogelbeere
Taxus baccata ***	Eibe
Tilia cordata	Winter-Linde

*** kleinkronige Baumarten

Sträucher / **Hecken:** (Baumarten und zusätzlich)

Cornus mas	Kornelkirsche
Cornus sanguinea	Roter Hartriegel
Corylus vellana	Haselnuss
Euonymus europaeus	Pfaffenhütchen
Frangula alnus	Faulbaum
Ilex aquifolium	Stechpalme
Ligustrum vulgare	Liguster
Lonicera xylosteum	Heckenkirsche
Prunus spinosa	Schlehe
Rhamnus catharticus	Kreuzdorn
Rosa canina	Hunds-Rose
Rubus spec.	Brombeere
Salix caprea	Salweide
Sambucus nigra	Holunder
Viburnum opulus	Schneeball

Schling- und Kletterpflanzen:

Clematis vitalba	Waldrebe
Hedera helix	Efeu
Lonicera periclymenum	Wald-Geißblatt
Lonicera caprifolium	Jelängerjelieber

LAIRM CONSULT GmbH

Beratendes Ingenieurbüro
für Akustik, Luftreinhaltung
und Immissionsschutz

Bekannt gegebene Messstelle
nach §29b BImSchG
(Geräuschmessungen)

DAkkS
Deutsche
Akkreditierungsstelle
D-PL-19845-01-00

Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen

-Stand 04. Mai. 2017-

Entwurf

Projektnummer: 16008

3. Mai 2017

Im Auftrag von:
Gemeinde Hetlingen
Amtsstraße 12

25436 Moorrege

Dieses Gutachten wurde im Rahmen des erteilten Auftrages für das oben genannte Projekt / Objekt erstellt und unterliegt dem Urheberrecht. Jede anderweitige Verwendung, Mitteilung oder Weitergabe an Dritte sowie die Bereitstellung im Internet – sei es vollständig oder auszugsweise – bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Urhebers.

LAIRM CONSULT GmbH , Haferkamp 6, 22941 Bargteheide,
Tel.: +49 (4532) 2809-0; Fax: +49 (4532) 2809-15; E-Mail: info@lairm.de

Inhaltsverzeichnis

1. Anlass und Aufgabenstellung ... 3
2. Örtliche Situation ... 3
3. Beurteilungsgrundlagen ... 4
3.1. Schalltechnische Anforderungen in der Bauleitplanung ... 4
3.1.1. Allgemeines ... 4
3.1.2. Möglichkeiten zur Vermeidung von Konflikten ... 6
3.2. Gewerbelärm ... 7
4. Gewerbelärm ... 9
4.1. Allgemeines ... 9
4.2. Betriebsbeschreibung Brillenhersteller ... 9
4.3. Vorbelastungen ... 10
4.4. Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 12 ... 10
4.5. Emissionen ... 10
4.5.1. Gewerbeflächen ... 10
4.5.2. Brillenhersteller ... 11
4.6. Immissionen ... 11
4.6.1. Allgemeines zur Schallausbreitung ... 11
4.6.2. Quellenmodellierung ... 12
4.6.3. Immissionsorte ... 12
4.6.4. Beurteilungspegel ... 13
4.7. Spitzenpegel ... 15
4.8. Qualität der Prognose ... 16
5. Verkehrslärm ... 17
5.1. Verkehrsmengen ... 17
5.2. Emissionen aus Straßenverkehrslärm ... 17
5.3. Immissionen ... 17
5.3.1. Allgemeines ... 17
5.3.2. B-Plan-induzierter Zusatzverkehr ... 17
5.3.3. Schutz des Plangeltungsbereichs vor Verkehrslärm ... 18

6. Vorschläge für Begründung und Festsetzungen 20
6.1. Begründung 20
6.2. Festsetzungen 25
7. Quellenverzeichnis 26
8. Anlagenverzeichnis I

1. Anlass und Aufgabenstellung

In der Gemeinde Hetlingen ist mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12 die Entwicklung am östlichen Ortsrand geplant.

Die Ausweisung ist als allgemeines Wohngebiet, als Mischgebiet und als Gewerbegebiet vorgesehen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ist u. a. der Schutz der Nachbarschaft vor Lärm sicherzustellen.

Auf der Ebene der Bauleitplanung sind grundsätzlich folgende Konflikte zu bearbeiten:

- Schutz der Nachbarschaft vor Immissionen aus Gewerbelärm vom Plangebiet;
- Schutz der Nachbarschaft vor Verkehrslärm auf öffentlichen Straßen durch den B-Plan-induzierten Zusatzverkehr;
- Schutz des Plangeltungsbereichs vor Straßenverkehrslärm.

Im Rahmen der Vorsorge in der Bauleitplanung erfolgt üblicherweise eine Beurteilung anhand der Orientierungswerte (OW) gemäß Beiblatt 1 [6] zur DIN 18005, Teil 1, „Schallschutz im Städtebau“[7], wobei zwischen gewerblichem Lärm und Verkehrslärm unterschieden wird. Andererseits kann sich die Beurteilung des Verkehrslärms auf öffentlichen Verkehrswegen an den Kriterien der 16. BImSchV („Verkehrslärmschutzverordnung“[4]) orientieren.

Grundsätzlich ist im Bebauungsplanverfahren die zu erwartende Lärmbelastung durch den Verkehrslärm für das Plangebiet zu ermitteln und ggf. zu klären, ob Lärmschutzmaßnahmen zum Schutz des Plangeltungsbereiches erforderlich sind. Ggf. sind Festsetzungen von passivem Schallschutz gemäß DIN 4109 erforderlich.

Zur Beurteilung des Gewerbelärms verweist die aktuelle Fassung der DIN 18005, Teil 1 [6] auf die TA Lärm, die im Rahmen des nachgeordneten Baugenehmigungsverfahrens maßgebend ist. Grundsätzlich ist bei einer Beurteilung gemäß TA Lärm die Gesamtbelastung aus Gewerbelärm zu betrachten. Daher sind im vorliegenden Fall die umliegenden gewerblichen Nutzungen zu berücksichtigen.

2. Örtliche Situation

Die in Aussicht genommene Fläche befindet sich südöstlich der Holmer Straße (L261) und schließt an das vorhandene Wohngebiet an. Im Nordosten sind landwirtschaftliche Betriebe vorhanden.

Die maßgebenden schutzbedürftigen Bebauungen befinden sich in folgenden Bereichen:

- Die mögliche Bebauung (IO 1 bis IO 4) innerhalb des Plangeltungsbereichs westlich angrenzend der geplanten Gewerbeflächen ist als Mischgebiet (MI) vorgesehen.

- Die mögliche Bebauung (IO 5 bis IO 8) innerhalb des Plangeltungsbereichs in den westlich rückwärtigen Bereichen des Mischgebiets ist als allgemeines Wohngebiet (WA) geplant.
- Die nächstgelegene schutzbedürftige Wohnbebauung außerhalb des Plangeltungsbereichs befindet sich nördlich der Holmer Straße (IO 9 und IO 10). Die Bebauung an der Holmer Straße ist im Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen als gemischte Bauflächen ausgewiesen. Es wird von einem Schutzanspruch vergleichbar dem eines Mischgebiets (MI) ausgegangen.
- Die Wohnbebauung außerhalb des Plangeltungsbereichs nördlich der Holmer Straße (IO 11) am Grünen Damm ist im Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen als landwirtschaftliche Flächen ausgewiesen. Es wird von einem Schutzanspruch vergleichbar dem eines Mischgebiets (MI) ausgegangen.

Tabelle 1: Immissionsorte

Sp	1	2	3	4
Ze	**Immissions-orte**	**Adresse**	**Einstufung**	**Anzahl der Geschosse**
1	IO 1	Holmer Straße (Plangebiet)	MI	4 m
2	IO 2	Holmer Straße (Plangebiet)	MI	4 m
3	IO 3	Holmer Straße (Plangebiet)	MI	4 m
4	IO 4	Holmer Straße (Plangebiet)	MI	4 m
5	IO 5	Holmer Straße (Plangebiet)	WA	4 m
6	IO 6	Holmer Straße (Plangebiet)	WA	4 m
7	IO 7	Holmer Straße (Plangebiet)	WA	4 m
8	IO 8	Holmer Straße (Plangebiet)	WA	4 m
9	IO 9	Holmer Straße 19	MI	2
10	IO 10	Holmer Straße 19	MI	2
11	IO 11	Grüner Damm 9	MI	2

Die genauen örtlichen Gegebenheiten sind den Lageplänen in der Anlage A 1 zu entnehmen.

3. Beurteilungsgrundlagen

3.1. Schalltechnische Anforderungen in der Bauleitplanung

3.1.1. Allgemeines

Die Berücksichtigung der Belange des Schallschutzes erfolgt nach den Kriterien der DIN 18005 Teil 1 [6] in Verbindung mit dem Beiblatt 1 [7] unter Beachtung folgender Gesichtspunkte:

- Nach § 1 Abs. 6 BauGB sind bei der Bauleitplanung die Belange des Umweltschutzes zu berücksichtigen.

- Nach § 50 BImSchG ist die Flächenzuordnung so vorzunehmen, dass schädliche Umwelteinwirkungen unter anderem auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete soweit wie möglich vermieden werden.

Die Orientierungswerte nach [7] stellen aus der Sicht des Schallschutzes im Städtebau erwünschte Zielwerte dar. Sie dienen lediglich als Anhalt, so dass von ihnen sowohl nach oben (bei Überwiegen anderer Belange) als auch nach unten abgewichen werden kann.

Konkreter wird im Beiblatt 1 zur DIN 18005/1 in diesem Zusammenhang ausgeführt: „In vorbelasteten Bereichen, insbesondere bei vorhandener Bebauung, bestehenden Verkehrswegen und in Gemengelagen, lassen sich die Orientierungswerte oft nicht einhalten. Wo im Rahmen der Abwägung mit plausibler Begründung von den Orientierungswerten abgewichen werden soll, weil andere Belange überwiegen, sollte möglichst ein Ausgleich durch andere geeignete Maßnahmen (z.B. durch geeignete Gebäudeanordnung und Grundrissgestaltung, bauliche Schallschutzmaßnahmen (insbesondere für Schlafräume) vorgesehen und planungsrechtlich abgesichert werden."

Über den Abwägungsspielraum gibt es keine Regelungen. Zur Beurteilung des Verkehrslärms kann man hilfsweise als Obergrenze die Immissionsgrenzwerte (IGW) der 16. BImSchV [4] heranziehen, da davon ausgegangen werden kann, dass die 16. BImSchV rechtlich insoweit nicht strittig ist.

Die Beurteilungspegel der Geräusche verschiedener Arten von Schallquellen (Verkehr, Industrie und Gewerbe, Freizeitlärm) sollen gemäß Beiblatt 1 zur DIN 18005 Teil 1 wegen der unterschiedlichen Einstellung der Betroffenen zu verschiedenen Arten von Geräuschquellen jeweils für sich allein mit den Orientierungswerten verglichen und nicht addiert werden.

Für die im Rahmen dieser Untersuchung zu betrachtenden Nutzungsarten legt Beiblatt 1 zur DIN 18005 Teil 1 die in Tabelle 2 zusammengefassten Orientierungswerte für Beurteilungspegel aus Verkehrs- und Gewerbelärm fest. Beurteilungszeiträume sind die 16 Stunden zwischen 6 und 22 Uhr tags sowie die 8 Stunden von 22 bis 6 Uhr nachts.

Tabelle 2: Orientierungswerte nach DIN 18005 Teil 1, Beiblatt 1 [7]

Nutzungsart	**Orientierungswert nach [7]**		
	tags	**nachts**	
		Verkehr [a]	**Anlagen** [b]
	dB(A)		
reine Wohngebiete (WR), Wochenendhausgebiete und Ferienhausgebiete	50	40	35
allgemeine Wohngebiete (WA), Kleinsiedlungsgebiete (WS) und Campingplatzgebiete	55	45	40
Friedhöfe, Kleingartenanlagen und Parkanlagen	55	55	55
Dorfgebiete (MD) und Mischgebiete (MI)	60	50	45
Kerngebiete (MK) und Gewerbegebiete (GE)	65	55	50
sonstige Sondergebiete, soweit sie schutzbedürftig sind, je nach Nutzungsart	45 bis 65	35 bis 65	35 bis 65

[a] gilt für Verkehrslärm;
[b] gilt für Industrie-, Gewerbe- und Freizeitlärm sowie für Geräusche von vergleichbaren öffentlichen Anlagen

Tabelle 3: Immissionsgrenzwerte nach § 2 Absatz 1 der 16. BImSchV – Verkehrslärmschutzverordnung [4]

Nr.	Gebietsnutzung	Immissionsgrenzwerte	
		tags	nachts
		dB(A)	
1	Krankenhäuser, Schulen, Kurheime und Altenheime	57	47
2	reine und allgemeine Wohngebiete und Kleinsiedlungsgebiete	59	49
3	Kerngebiete, Dorfgebiete und Mischgebiete	64	54
4	Gewerbegebiete	69	59

Gewerbliche Anlagen sind gemäß Abschnitt 7.5 der DIN 18005, Teil 1 nach den Vorgaben der TA Lärm zu beurteilen (vgl. Abschnitt 3.2).

3.1.2. Möglichkeiten zur Vermeidung von Konflikten

Um bereits in der Phase der Bauleitplanung sicherzustellen, dass auch bei enger Nachbarschaft von gewerblicher Nutzung, Verkehrswegen und Wohnen die Belange des Schallschutzes betreffende Konflikte vermieden werden, stehen verschiedene planerische Instrumente zur Verfügung.

Von besonderer Bedeutung sind:

- die Gliederung von Baugebieten nach in unterschiedlichem Maße schutzbedürftigen Nutzungen,
- aktive Schallschutzmaßnahmen wie Lärmschutzwände und -wälle;
- Emissionsbeschränkungen für Gewerbeflächen durch Festsetzung maximal zulässiger flächenbezogener immissionswirksamer Schallleistungspegel als Emissionskontingentierung „nach der Art der Betriebe und Anlagen und deren besonderen Bedürfnissen und Eigenschaften“ im Sinne von § 1, (4), Satz 1, Ziffer 2 BauNVO sowie eines entsprechenden Nachweisverfahrens,
- Maßnahmen der Grundrissgestaltung und der Anordnung von Baukörpern derart, dass dem ständigen Aufenthalt von Personen dienende Räume zu den lärmabgewandten Gebäudeseiten hin orientiert werden,
- Vorzugsweise Anordnung der Außenwohnbereiche im Schutz der Gebäude,
- ersatzweise passiver Schallschutz an den Gebäuden über maßgebliche Außenlärmpegel nach DIN 4109, Schallschutz im Hochbau, [8],[9] und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) [10], [11].

Nicht Gegenstand von Festsetzungen im Bebauungsplan sind – unter Beachtung des Gebotes der planerischen Zurückhaltung – Regelungen im Detail, wenn zum Schutz der Nachbarschaft vor Lärmeinwirkungen erforderliche konkrete Maßnahmen in Form von Auflagen im Baugenehmigungsverfahren durchsetzbar sind.

3.2. Gewerbelärm

Nach § 22 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BImSchG [1] sind nicht genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten und zu betreiben, dass

- schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche verhindert werden, die nach dem Stand der Technik zur Lärmminderung vermeidbar sind, und
- nach dem Stand der Technik zur Lärmminderung unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG) ist nach TA Lärm „ ... sichergestellt, wenn die Gesamtbelastung[1] am maßgeblichen Immissionsort die Immissionsrichtwerte nicht überschreitet.“ Die Immissionsrichtwerte sind in der Tabelle 4 aufgeführt.

Die Art der in Nummer 6.1 bezeichneten Gebiete und Einrichtungen ergibt sich aus den Festlegungen in den Bebauungsplänen. Sonstige in Bebauungsplänen festgesetzte Flächen für Gebiete und Einrichtungen sowie Gebiete und Einrichtungen, für die keine Festsetzungen bestehen, sind nach Nummer 6.1 entsprechend der Schutzbedürftigkeit zu beurteilen.

Tabelle 4: Immissionsrichtwerte (IRW) nach Nummer 6 TA Lärm [5]

Bauliche Nutzung	Üblicher Betrieb				Seltene Ereignisse [(a)]			
	Beurteilungspegel		Kurzzeitige Geräuschspitzen		Beurteilungspegel		Kurzzeitige Geräuschspitzen	
	Tag	Nacht	Tag	Nacht	Tag	Nacht	Tag	Nacht
	dB(A)							
Gewerbegebiete	65	50	95	70	70	55	95	70
Kern-, Dorf- und Mischgebiete	60	45	90	65	70	55	90	65
Allgemeine Wohngebiete und Kleinsiedlungsgebiete	55	40	85	60	70	55	90	65
Reine Wohngebiete	50	35	80	55	70	55	90	65
Kurgebiete, bei Krankenhäusern und Pflegeanstalten	45	35	75	55	70	55	90	65

[(a)] im Sinne von Nummer 7.2, TA Lärm „ ... an nicht mehr als an zehn Tagen oder Nächten eines Kalenderjahres und nicht an mehr als an jeweils zwei aufeinander folgenden Wochenenden ...“

Die Immissionsrichtwerte der TA Lärm beschreiben Außenwerte, die in 0,5 m Abstand vor der Mitte des geöffneten Fensters des vom Geräusch am stärksten betroffenen schutzwürdigen Raumes einzuhalten sind.

[1] Die Gesamtbelastung wird gemäß TA Lärm als Summe aus Vor- und Zusatzbelastung definiert. Die Vorbelastung ist nach Nummer 2.4 TA Lärm „die Belastung eines Ortes mit Geräuschimmissionen von allen Anlagen, für die diese Technische Anleitung gilt, ohne den Immissionsbeitrag der zu beurteilenden Anlage.“ Letzterer stellt die Zusatzbelastung dar.“

Es gelten die in Tabelle 5 aufgeführten Beurteilungszeiten. Die erhöhte Störwirkung von Geräuschen in den Tageszeiten mit erhöhter Empfindlichkeit wird für Einwirkungsorte in allgemeinen und reinen Wohngebieten, in Kleinsiedlungsgebieten sowie in Kurgebieten und bei Krankenhäusern und Pflegeanstalten durch einen Zuschlag von 6 dB(A) zum Mittelungspegel berücksichtigt, soweit dies zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten erforderlich ist.

Die Genehmigung für die zu beurteilende Anlage darf auch bei einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte aufgrund der Vorbelastung aus Gründen des Lärmschutzes nicht versagt werden, wenn der von der Anlage verursachte Immissionsbeitrag im Hinblick auf den Gesetzeszweck als nicht relevant anzusehen ist. Das ist in der Regel der Fall, wenn die von der zu beurteilenden Anlage ausgehende Zusatzbelastung die Immissionsrichtwerte nach Nummer 6 am maßgeblichen Immissionsort um mindestens 6 dB(A) unterschreitet („Relevanzkriterium“).

Unbeschadet der Regelung im vorhergehenden Absatz soll für die zu beurteilende Anlage die Genehmigung wegen einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte nach Nummer 6 aufgrund der Vorbelastung auch dann nicht versagt werden, wenn dauerhaft sichergestellt ist, dass diese Überschreitung nicht mehr als 1 dB(A) beträgt.

Tabelle 5: Beurteilungszeiten nach Nummer 6, TA Lärm [5]

<table>
<tr><th colspan="6">Beurteilungszeitraum</th></tr>
<tr><th colspan="3">werktags</th><th colspan="3">sonn- und feiertags</th></tr>
<tr><th colspan="2">Tag</th><th rowspan="2">Nacht [(a)]</th><th colspan="2">Tag</th><th rowspan="2">Nacht [(a)]</th></tr>
<tr><th>gesamt</th><th>Ruhezeit</th><th>gesamt</th><th>Ruhezeit</th></tr>
<tr><td rowspan="3">6 bis 22 Uhr</td><td>6 bis 7 Uhr</td><td rowspan="3">22 bis 6 Uhr (lauteste Stunde)</td><td rowspan="3">6 bis 22 Uhr</td><td>6 bis 9 Uhr</td><td rowspan="3">22 bis 6 Uhr (lauteste Stunde)</td></tr>
<tr><td>—</td><td>13 bis 15 Uhr</td></tr>
<tr><td>20 bis 22 Uhr</td><td>20 bis 22 Uhr</td></tr>
<tr><td colspan="6">[(a)] Nummer 6.4, TA Lärm führt dazu aus: „Die Nachtzeit kann bis zu einer Stunde hinausgeschoben oder vorverlegt werden, soweit dies wegen der besonderen örtlichen oder wegen zwingender betrieblicher Verhältnisse unter Berücksichtigung des Schutzes vor schädlichen Umwelteinwirkungen erforderlich ist. Eine achtstündige Nachtruhe der Nachbarschaft im Einwirkungsbereich der Anlage ist sicherzustellen.“</td></tr>
</table>

Geräusche des An- und Abfahrtverkehrs auf öffentlichen Verkehrsflächen in einem Abstand bis zu 500 m von dem Betriebsgrundstück sollen entsprechend Nummer 7.4 der TA Lärm „ ... durch Maßnahmen organisatorischer Art soweit wie möglich vermindert werden, sofern

- sie den Beurteilungspegel der vorhandenen Verkehrsgeräusche für den Tag oder die Nacht um mindestens 3 dB(A) erhöhen,
- keine Vermischung mit dem übrigen Verkehr erfolgt ist und
- die Immissionsgrenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung [4] erstmals oder weitergehend überschritten werden.“

Die Beurteilung des anlagenbezogenen Verkehrs auf öffentlichen Straßen orientiert sich an der 16. BImSchV, in der die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke (DTV) zugrunde gelegt wird. Die Beurteilungszeit nachts umfasst gemäß 16. BImSchV abweichend von der TA Lärm den vollen Nachtabschnitt von 8 Stunden (22 – 6 Uhr).

4. Gewerbelärm

4.1. Allgemeines

Im vorliegenden Fall ist eine korrekte städtebauliche Abstufung vom Gewerbegebiet über ein Mischgebiet zum allgemeinen Wohngebiet geplant, daher ist eine Festsetzung von Emissionskontingenten nicht erforderlich. Dies folgt dem Grundsatz der planerischen Zurückhaltung auch wenn formal das Gewerbegebiet aufgrund der vorgesehenen direkten Nachbarschaft zum Mischgebiet aus immissionsschutzrechtlicher Sicht grundsätzlich einer gewissen Beschränkung unterliegt.

Für ein Grundstück im geplanten Gewerbegebiet ist bereits eine konkrete Nutzung vorgesehen bzw. angedacht, hierfür wird ein exemplarischer Betrieb geprüft.

Für die Darstellung der Gewerbelärmimmissionen von den gewerblich Flächen wird teilweise der städtebauliche Ansatz von flächenbezogenen Schallleistungspegeln L_W" (bezogen auf eine Grundfläche von 1 m²) verwendet.

Für die Berechnung von Mindestabständen oder zur Feststellung von Schutzmaßnahmen ist gemäß DIN 18005/1 für Gewerbegebiete mit Lw" = 60 dB(A) sowohl tags als auch nachts zu rechnen. Diese Werte sind demnach als Anhaltswerte für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete anzusehen.

4.2. Betriebsbeschreibung Brillenhersteller

Das dem exemplarischen Betrieb zugrunde liegende Betriebsszenario beschreibt einen maßgeblichen mittleren Spitzentag (an mehr als 10 Tagen im Jahr erreicht) und stellt den nach der TA Lärm für die Beurteilung heranzuziehenden üblichen Betrieb dar.

Der Betrieb des Brillenherstellers möchte sich im südöstlichen Bereich des geplanten Gewerbegebiets ansiedeln. Die Betriebszeit beginnt morgens ab 7 Uhr. Gemäß Betreiberangaben sind mit maximal 20 Mitarbeitern an dem geplanten Standort zu rechnen. Es wird zur sicheren Seite davon ausgegangen, dass alle Mitarbeiter bis zu 3 x täglich mit dem Pkw an- und abfahren. Somit ergibt sich für die Mitarbeiterstellplätze eine Verkehrserzeugung von 60 Pkw-Bewegungen am Tag, davon werden zur sicheren Seite 20 Anfahrten in der morgendlichen Ruhezeit angesetzt.

Die Anlieferung von Rohmaterialien für den Brillenhersteller erfolgt mit einem Kleintransporter einmal in der Woche. Für den maßgeblichen Spitzentag wird somit eine Anlieferung im Tagesabschnitt (7:00 bis 20:00 Uhr) außerhalb der Ruhezeiten angenommen.

Für die Auslieferung wird für den maßgeblichen Spitzentag ein Kleintransporter berücksichtigt. Es wird davon ausgegangen, dass die Ladevorgänge der gefertigten Brillen lärmarm per Hand erfolgen.

Zur Berücksichtigung von haustechnischen Anlagen wurden auf dem Dach eine Lüftungsanlage und ein Klimagerät angesetzt.

Der Brillenhersteller benötigt weiterhin zur Produktion ein Schraubenkompressor, welcher jedoch in einem schallgedämmten Raum vorgesehen ist.

Im Nachtzeitraum ist kein Betrieb des Brillenherstellers geplant.

4.3. Vorbelastungen

Als Vorbelastungen werden die Emissionen von den im Norden vorhandenen landwirtschaftlich genutzten Flächen berücksichtigt.

Für die vorhandenen Gewerbeflächen wurde tags und nachts der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt.

Die Ansätze sind in Anlage A 2.2.4 dargestellt. Die Lage der Flächen kann dem Lageplan der Anlage A 1.2 entnommen werden.

4.4. Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 12

Für die geplanten gewerblichen Flächen innerhalb des Bebauungsplans Nr. 12 für die derzeit noch keine konkrete Nutzung bekannt ist, wird tags der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt wurde.

Für den Nachtzeitraum wurden Ansätze abgeleitet, die mit der geplanten und vorhandenen Wohnbebauung im Umfeld verträglich sind. Es ergeben sich für die Gewerbeflächen flächenbezogene Schallleistungspegel L_W" von 49 dB(A) nachts für die nördliche Teilfläche und 50 dB(A) nachts für die südliche Teilfläche (bezogen auf 1 Quadratmeter).

Die verwendeten Ansätze für die flächenbezogenen immissionswirksamen Schallleistungspegel sind in der Anlage A 2.2.4 dargestellt. Die Lage der Flächen kann dem Lageplan der A 1.2 entnommen werden.

4.5. Emissionen

4.5.1. Gewerbeflächen

Für die gewerblich genutzten Flächen innerhalb und außerhalb des Plangeltungsbereichs erfolgt die Berücksichtigung über einen Ansatz von flächenbezogenen Schallleistungspegeln L_W" (bezogen auf eine Grundfläche von 1 m², Quellhöhe 1,0 m über Gelände) gemäß Abschnitt 4.3 und 4.4.

4.5.2. Brillenhersteller

Die maßgeblichen Emissionsquellen auf dem exemplarischen Betriebsgrundstück sind gegeben durch:

- Kleintransporter-Fahrten auf dem Betriebsgrundstück;
- Stellplatzgeräusche (Türenschlagen, Motorstarten, etc.);
- Ladegeräusche;
- Betrieb der haustechnischen Anlagen.

Alle weiteren Quellen sind gegenüber den oben genannten nicht pegelbestimmend und werden daher vernachlässigt.

Die Ermittlung der Geräusche durch die Pkw- und Lkw-Stellplätze erfolgt gemäß der aktuellen Fassung der Parkplatzlärmstudie [15]. Bei der Quellenmodellierung der Pkw-Stellplätze wurde das zusammengefasste Verfahren nach Abschnitt 8.2.1 der Parkplatzlärmstudie verwendet. Der Parkplatzsuchverkehr und der Durchfahranteil sind bereits in den Zuschlägen enthalten und daher nicht gesondert zu erfassen. Für die Anlieferungen mittels Kleinstransporter wurde das getrennte Verfahren nach Abschnitt 8.2.2 der Parkplatzlärmstudie genutzt.

Die Entladegeräusche bei den Anlieferungen wurden gemäß der Ladelärmstudie des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie [17] ermittelt. Für die Anlieferungen im Tageszeitraum mit einem Kleintransporter wird die Entladung von 5 Paletten zu Grunde gelegt. Es wurden Ladearbeiten mit Palettenhubwagen über fahrzeugeigene Ladebordwand betrachtet, somit ergibt sich ein Schallleistungspegel von 99,1 dB(A) (inkl. Impulszuschlag).

Für das Klimagerät wurde ein typischer Schallleistungspegel von 70 dB(A) und für die Lüftungsanlage von 75 dB (A) für den Betrieb zugrunde gelegt. Diese Werte werden von Anlagen, die dem Stand der Technik entsprechen, problemlos eingehalten. Bei allen haustechnischen Anlagen wird unterstellt, dass sie keine ton- und/oder impulshaltigen Geräusche erzeugen (Stand der Technik).

Die Schallleistungspegel sind in Anlage A 2.2 aufgeführt. Dort finden sich auch die verwendeten Basis-Oktavspektren. Die Lage der Quellen kann den Lageplan in Anlage A 1.3 entnommen werden.

4.6. Immissionen

4.6.1. Allgemeines zur Schallausbreitung

Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgte mit Hilfe des EDV-Programms CadnaA [21] auf Grundlage des in der TA Lärm [5] beschriebenen Verfahrens. Die in die Modellrechnung eingehenden örtlichen Gegebenheiten sowie die Lage der Lärmquellen und Immissionsorte sind aus der Anlage A 1 ersichtlich.

Im Ausbreitungsmodell werden berücksichtigt:

- die Abschirmwirkung von vorhandenen Gebäuden sowie Reflexionen an den Gebäudeseiten (Höhen nach Ortsbesichtigung [26] geschätzt);
- Quellenhöhen gemäß Abschnitt 4.6.2;
- Immissionsorthöhen gemäß Abschnitt 4.6.3.

Das maßgebende Umfeld des Plangeltungsbereichs ist weitgehend eben, so dass mit einem ebenen Geländemodell gerechnet wurde.

Die Berechnung der Dämpfungsterme erfolgte in Oktaven, die Bodendämpfung wurde gemäß dem alternativen Verfahren aus Abschnitt 7.3.2 der DIN ISO 9613-2 [19] ermittelt.

Die Formeln zur Berechnung der Schallausbreitung gelten für eine die Schallausbreitung begünstigende Wettersituation („Mitwindausbreitungssituation“). Zur Berechnung des Beurteilungspegels ist gemäß der TA Lärm in der Regel eine meteorologische Korrektur nach DIN 9613-2 [19] zu berücksichtigen. Diese Korrektur beinhaltet die Häufigkeit des Auftretens von Mitwindsituationen, so dass der Beurteilungspegel einen Langzeitmittelungspegel darstellt. Bei der Berechnung der Beurteilungspegel wurde zur sicheren Seite auf die Berücksichtigung der meteorologischen Korrektur verzichtet.

Davon abweichend wurde bei der Ermittlung der Beurteilungspegelanteile aus den angrenzenden Gewerbeflächen unter Berücksichtigung der pauschalen flächenbezogenen Schallleistungspegel mit den A-bewerteten Schallleistungspegeln ohne Meteorologiekorrektur gerechnet.

4.6.2. Quellenmodellierung

Die Parkvorgänge der Pkw und Kleintransporter sowie die Ladearbeiten werden als Flächenschallquellen berücksichtigt. Die Fahrgeräusche der Kleintransporter-Fahrwege werden als Linienquellen modelliert. Die haustechnischen Anlagen werden als Punktquellen dargestellt. Die Lage der Quellen kann den Anlagen A 1 entnommen werden.

Die Emissionshöhen betragen:

- Pkw -Stellplatzanlage: 0,5 m über Gelände;
- Kleintransporter-Fahrwege: 0,5 m über Gelände;
- Kleintransporter-Parken: 0,5 m über Gelände;
- Ladegeräusche : 1,0 m über Gelände;
- Haustechnik auf dem Dach: 1,0 m über Dach.

4.6.3. Immissionsorte

Die Berechnungen erfolgen für die in dem Lageplan der Anlage A 1.1 verzeichneten Immissionsorte. Die Immissionshöhen betragen 2,5 m über Gelände für das Erdgeschoss und jeweils 2,8 m zusätzlich für jedes weitere Geschoss.

4.6.4. Beurteilungspegel

Auf Grundlage der obigen Emissionsansätze für die vorhandenen und geplanten gewerblich genutzten Flächen sowie des geplanten Betriebs des Brillenherstellers wurden die Beurteilungspegel an den maßgeblichen Immissionsorten außerhalb des Gewerbegebiets sowohl tags als auch nachts berechnet. Die zugehörigen Gesamtpegel sind für den Prognose-Nullfall und für den Prognose-Planfall in der Tabelle 6 zusammengestellt. Grafische Darstellungen befinden sich in Abbildung 1 und Abbildung 2. Teilpegelanalysen für den Tages- und Nachtabschnitt finden sich in der Anlage A 3.

Tabelle 6: Beurteilungspegel aus Gewerbelärm

Sp	1	2	3	4	5	4	5	6	7	8	9
Ze	Immissionsort					Prognose-Nullfall		Prognose-Planfall		Differenz	
	Nr.	Gebiet	Immissions-richtwert		Ge-schoss						
			tags	nachts		tags	nachts	tags	nachts	tags	nachts
			dB(A)			dB(A)		dB(A)		dB(A)	
1	IO 1	MI	60	45	EG	-	-	53	43	-	-
2	IO 1	MI	60	45	1.OG	-	-	54	44	-	-
3	IO 1	MI	60	45	2.OG	-	-	54	44	-	-
4	IO 2	MI	60	45	EG	-	-	54	44	-	-
5	IO 2	MI	60	45	1.OG	-	-	55	45	-	-
6	IO 2	MI	60	45	2.OG	-	-	55	45	-	-
7	IO 3	MI	60	45	EG	-	-	53	44	-	-
8	IO 3	MI	60	45	1.OG	-	-	55	45	-	-
9	IO 3	MI	60	45	2.OG	-	-	55	45	-	-
10	IO 4	MI	60	45	EG	-	-	53	42	-	-
11	IO 4	MI	60	45	1.OG	-	-	54	43	-	-
12	IO 5	WA	55	40	EG	-	-	46	39	-	-
13	IO 5	WA	55	40	1.OG	-	-	46	39	-	-
14	IO 5	WA	55	40	2.OG	-	-	47	39	-	-
15	IO 6	WA	55	40	EG	-	-	47	39	-	-
16	IO 6	WA	55	40	1.OG	-	-	47	39	-	-
17	IO 6	WA	55	40	2.OG	-	-	48	39	-	-
18	IO 7	WA	55	40	EG	-	-	47	39	-	-
19	IO 7	WA	55	40	1.OG	-	-	47	39	-	-
20	IO 7	WA	55	40	2.OG	-	-	48	39	-	-
21	IO 8	WA	55	40	EG	-	-	45	38	-	-
22	IO 8	WA	55	40	1.OG	-	-	46	38	-	-
23	IO 9	MI	60	45	EG	35	35	43	37	8	2
24	IO 9	MI	60	45	1.OG	36	36	44	38	8	2
25	IO 10	MI	60	45	EG	36	36	44	38	8	2
26	IO 10	MI	60	45	1.OG	36	36	44	38	8	2

Zusammenfassend ist Folgendes für den Tagesabschnitt festzuhalten:

- An der möglichen Bebauung ergeben sich im Bereich des Mischgebiets (MI) an den Immissionsorten IO 1 bis IO 4 Gesamtbeurteilungspegel von bis zu 55 dB(A). Der Immissionsrichtwert für Mischgebiete von 60 dB(A) tags wird somit eingehalten.
- An den möglichen Immissionsorten IO 5 bis IO 8 innerhalb des Plangeltungsbereichs wird der Immissionsrichtwert für allgemeine Wohngebiete von 55 dB(A) mit Beurteilungspegeln aus der Gesamtbelastung von bis 48 dB(A) tags eingehalten.

- An den vorhandenen Immissionsorten IO 9 und IO 10 außerhalb des Plangeltungsbereichs ergeben sich im Prognose-Nullfall Beurteilungspegel von bis 36 dB(A) tags. Damit wird der Immissionsrichtwert für Mischgebiete von 60 dB(A) tags sicher eingehalten. Im Prognose-Planfall ergeben sich Beurteilungspegel von bis zu 44 dB(A) tags. Der Immissionsrichtwert für Mischgebiete wird weiterhin eingehalten. Die maximalen Zunahmen betragen bis zu 8 dB(A).

Für den Nachtzeitraum sind folgende Ergebnisse festzustellen:

- Es ergeben sich für die mögliche Bebauung im Bereich des Mischgebiets (MI) an den Immissionsorten IO 1 bis IO 4 Gesamtbeurteilungspegel von bis zu 45 dB(A). Der Immissionsrichtwert für Mischgebiete von 45 dB(A) nachts wird somit eingehalten.
- An den möglichen Immissionsorten IO 5 bis IO 8 innerhalb des Plangeltungsbereichs wird der Immissionsrichtwert für allgemeine Wohngebiete von 40 dB(A) mit Beurteilungspegeln aus der Gesamtbelastung von bis 39 dB(A) nachts eingehalten.
- An den vorhandenen Immissionsorten IO 9 und IO 10 ergeben sich im Prognose-Nullfall Beurteilungspegel von bis zu 36 dB(A) nachts. Somit wird der Immissionsrichtwert für Mischgebiete von 45 dB(A) nachts eingehalten. Im Prognose-Planfall werden Beurteilungspegel von bis 38 dB(A) nachts erreicht. Der Immissionsrichtwert für Mischgebiete von 45 dB(A) nachts wird weiterhin eingehalten. Die maximalen Zunahmen betragen bis zu 2 dB(A).

Abbildung 1: Beurteilungspegel tags

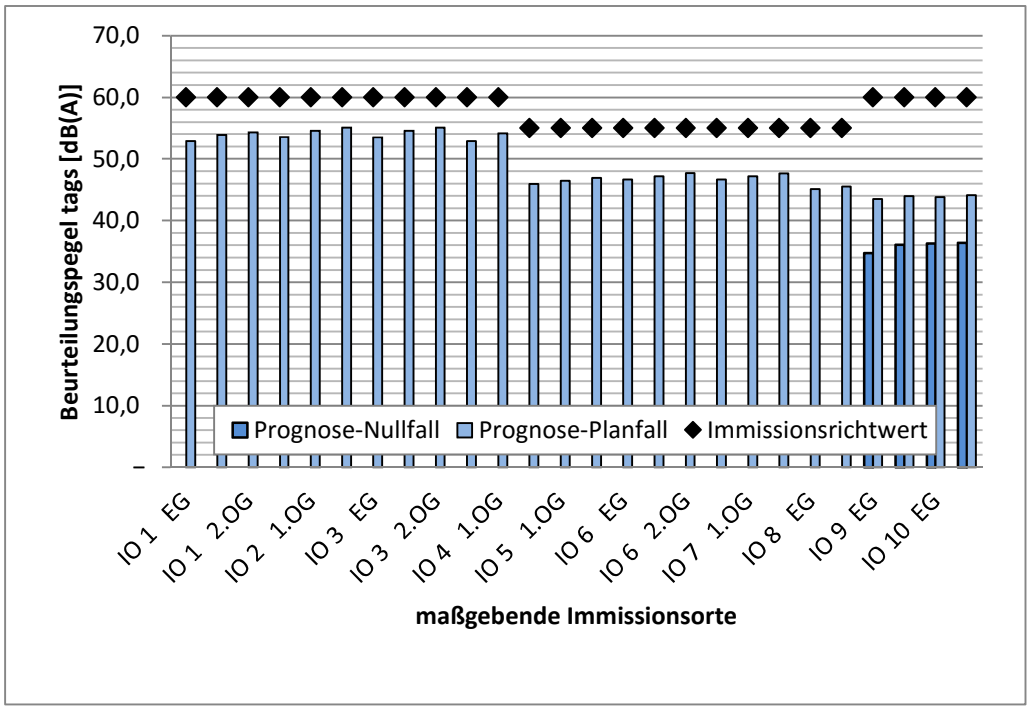
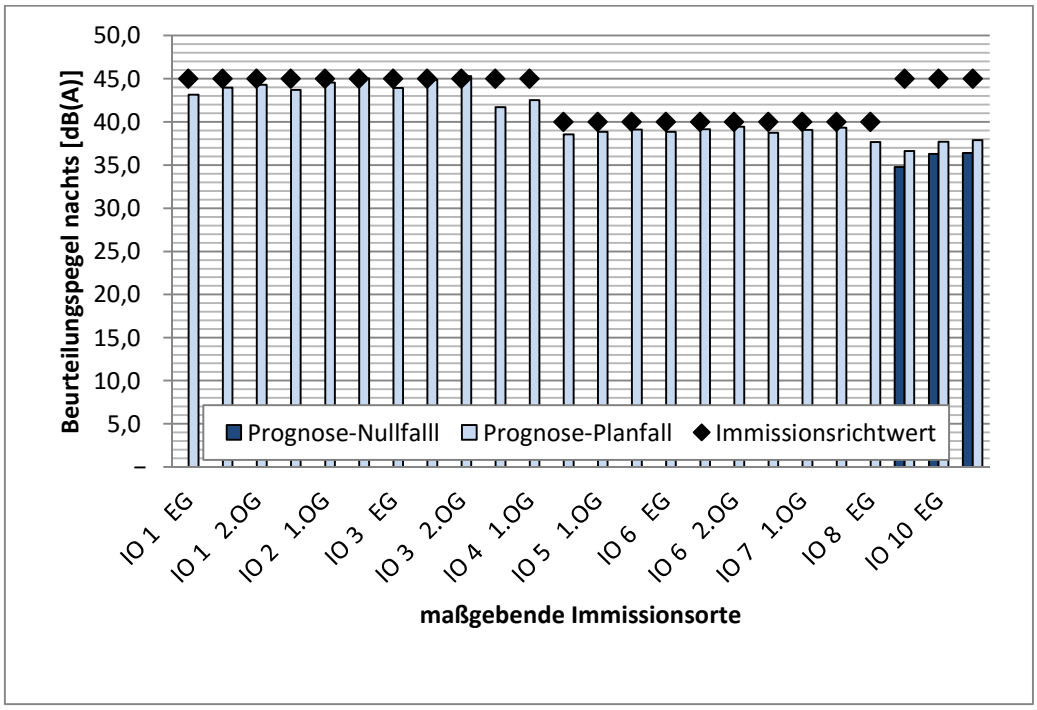


Abbildung 2: Beurteilungspegel nachts



4.7. Spitzenpegel

Um die Einhaltung der Spitzenpegelkriterien gemäß TA Lärm [5] zu prüfen, wurden die erforderlichen Mindestabstände abgeschätzt, die zur Einhaltung der maximal zulässigen Spitzenpegel erforderlich sind. Abschirmungen wurden nicht berücksichtigt.

Bezüglich der Spitzenpegel sind beschleunigte Pkw-Abfahrten, Türen- bzw. Kofferraumschließen auf den Stellplätzen sowie kurzzeitige Geräuschspitzen bei der Be- und Entladung von Interesse. Die erforderlichen Mindestabstände zur Einhaltung des zulässigen Spitzenpegels sind in der Tabelle 5 zusammengestellt.

Im vorliegenden Fall werden die Mindestabstände tags zu allen benachbarten Nutzungen eingehalten, so dass dem Spitzenpegelkriterium der TA Lärm im Tageszeitraum entsprochen wird. Im Nachtzeitraum wird der Mindestabstand durch die Ladegeräusche zu den benachbarten Nutzungen unterschritten, daher sind Nachtanlieferungen nicht möglich.

Tabelle 7: Mindestabstand zur Einhaltung der maximal zulässigen Spitzenpegel

Vorgang	Schall-leistungs-pegel [dB(A)]	Mindestabstand [m]		Mindestabstand [m]	
		WA[1)]		MI [1)]	
		tags	nachts	tags	nachts
Ladegeräusche	120 [2)]	23	230	13	139
Türen-/ Kofferraum-schließen	99,5 [3)]	< 1	36	< 1	21
Beschleunigte Pkw-Abfahrt	92,5 [3)]	< 1	17	< 1	9

1) Zulässiger Spitzenpegel (WR): 80 dB(A) tags, 55 dB(A) nachts; (WA): 85 dB(A) tags, 60 dB(A) nachts; (MI): 90 dB(A) tags, 65 dB(A) nachts; (GE): 95 dB(A) tags, 70 dB(A) nachts
2) Schätzung zur sicheren Seite;
3) Gemäß Parkplatzlärmstudie [15];
4) keine Vorgänge nachts

4.8. Qualität der Prognose

Die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung verwendeten Ansätze liegen auf der sicheren Seite. Hinsichtlich der Betriebszeiten und der Belastungen wurden konservative Ansätze verwendet, so dass eine Überschreitung der im Rahmen der vorliegenden Untersuchung ermittelten Beurteilungspegel mit einiger Sicherheit nicht zu erwarten ist.

Angaben über die Standardabweichungen für die Quellgrößen finden sich in den Tabellen der Anlage A 2.2.6. Die Angabe einer Standardabweichung für die angesetzten Quellgrößen kann an dieser Stelle jedoch lediglich der Orientierung dienen und beschreibt die zu erwartende Streuung der Pegelwerte.

An den maßgebenden Immissionsorten beträgt die zu erwartende Standardabweichung etwa 1 bis 3 dB(A) je nach Entfernung zu den Quellen.

(Anmerkung: Die angeführten Standardabweichungen dienen nur als Anhaltswerte zur Einschätzung der Qualität der Prognose. Belastbare Aussagen über die statistische Pegelverteilung sind nur dann möglich, wenn bei der Prognose für die Belastungen und die Schallleistungen von Mittelwerten ausgegangen wird. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden jedoch alle Ansätze *zur sicheren Seite* hin getroffen und liegen gegenüber den Mittelwerten deutlich höher.)

5. Verkehrslärm

5.1. Verkehrsmengen

Als maßgebende Quelle wird die Holmer Straße als öffentlicher Verkehrsweg berücksichtigt.

Die Verkehrsbelastungen für Prognosehorizont 2030/2035 für die Holmer Straße wurden für den Prognose-Nullfall und den Prognose-Planfall vom Büro d+p daenekamp und partner zur Verfügung gestellt [25]. Gemäß [25] ergibt sich für das Plangebiet insgesamt eine Verkehrserzeugung von 746 Kfz/ 24 h.

Da die Lkw-Anteile lediglich als Schwerverkehrsanteil vorliegen, wurden diese mittels dem Umrechnungsfaktor 1,64 gemäß [14] auf den Lkw-Anteil p (Kfz mit mehr als 2,8 t zulässigem Gesamtgewicht) umgerechnet.

Eine Zusammenstellung der Verkehrsbelastungen findet sich in der Anlage A 4.1.1.

5.2. Emissionen aus Straßenverkehrslärm

Die Emissionspegel wurden entsprechend den Rechenregeln gemäß RLS-90[13] berechnet. Eine Zusammenstellung zeigt die Anlage A 4.1.3. Die Zunahmen der Emissionspegel liegen im Bereich der Wahrnehmbarkeitsschwelle von 1 dB(A).

5.3. Immissionen

5.3.1. Allgemeines

Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgte mit Hilfe des EDV-Programms CadnaA [21] auf Grundlage der Rechenregeln der RLS-90 [13]. Die in die Modellrechnung eingehenden örtlichen Gegebenheiten sowie die Lage der Lärmquellen und Immissionsorte sind aus der Anlage A 1 ersichtlich.

Für die Beurteilung werden im Ausbreitungsmodell zudem die Abschirmwirkung von vorhandenen Gebäuden sowie Reflexionen an den Gebäudeseiten berücksichtigt. Die Immissionshöhen betragen für das Erdgeschoss 2,8 m über Gelände sowie jeweils 2,8 m zusätzlich für jedes weitere Geschoss.

5.3.2. B-Plan-induzierter Zusatzverkehr

Zur Beurteilung der vom Verkehr auf öffentlichen Straßen in der Umgebung hervorgerufenen Geräuschimmissionen wurden für den Prognose-Nullfall und den Prognose-Planfall für exemplarische Immissionsorte außerhalb des Plangeltungsbereiches die Beurteilungspegel für den Tages- und Nachtabschnitt getrennt berechnet. Die Ergebnisse sind tabellarisch in Tabelle 8 dargestellt.

Insgesamt ist festzustellen, dass an allen Immissionsorten die Immissionsgrenzwerte von 64 dB(A) tags und 54 dB(A) nachts für Mischgebiete sowohl im Prognose-Nullfall als auch im Prognose-Planfall eingehalten werden. Die maximalen Zunahmen betragen bis zu 1,1 dB(A).

Damit sind die Auswirkungen des B-Plan-induzierten Zusatzverkehrs als nicht weiter beurteilungsrelevant einzustufen.

Tabelle 8: Beurteilungspegel aus Straßenverkehrslärm an den maßgebenden Immissionsorten

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Ze	Immissionsort					Beurteilungspegel Straßenverkehrslärm					
	Nr.	Gebiet	Immissionsgrenzwert		Geschoss	Prognose-Nullfall		Prognose-Planfall		Zunahmen	
			tags	nachts		tags	nachts	tags	nachts	tags	nachts
			dB(A)			dB(A)		dB(A)		dB(A)	
1	IO 9	MI	64	54	EG	58,3	51,4	58,5	51,4	0,2	0,0
2	IO 9	MI	64	54	1.OG	58,9	52,0	59,1	52,0	0,2	0,0
3	IO 10	MI	64	54	EG	56,9	50,0	57,1	50,1	0,2	0,1
4	IO 10	MI	64	54	1.OG	57,7	50,9	58,0	51,0	0,3	0,1
5	IO 11	MI	64	54	EG	55,3	48,5	56,4	49,0	1,1	0,5
6	IO 11	MI	64	54	1.OG	56,5	49,7	57,6	50,2	1,1	0,5

5.3.3. Schutz des Plangeltungsbereichs vor Verkehrslärm

Innerhalb des Plangebiets sind Ausweisungen im Südwesten als allgemeines Wohngebiet, im mittleren Bereich als Mischgebiet und im Nordosten als Gewerbegebiet geplant. Die Beurteilungspegel aus Verkehrslärm im Plangebiet sind in der Anlage A 4.2 in Form von Rasterlärmkarten dargestellt.

Zur Beurteilung von Schutzmaßnahmen im Bereich der Erdgeschosse (Aufpunkthöhe 2,8 m) und der Obergeschosse (Aufpunkthöhe: 5,6 m und 8,4 m) wurden Berechnungen durchgeführt.

Im Plangeltungsbereich ergeben sich Beurteilungspegel aus Straßenverkehrslärm von bis zu etwa 66 dB(A) tags und etwa 58 dB(A) nachts.

Insgesamt ist festzustellen, dass im gesamten Bereich des Gewerbegebiets die Orientierungswerte für Gewerbegebiete von 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts lediglich im straßennahen Bereich der Holmer Straße geringfügig überschritten werden. Die Immissionsgrenzwerte für Gewerbegebiete von 69 dB(A) tags und von 59 dB(A) nachts werden im gesamten Plangeltungsbereich eingehalten.

Im gesamten Bereich des Mischgebiets wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 60 dB(A) tags im straßennahen Bereich überschritten wird. Der Immissionsgrenzwert für

Mischgebiete von 64 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Im Nachtabschnitt wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 50 dB(A) nachts im nördlichen Baufenster des Mischgebiets überschritten. Der Immissionsgrenzwert für Mischgebiete von 54 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von 25 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Im Bereich des allgemeinen Wohngebiets wird der Orientierungswert von 55 dB(A) tags in einem kleinen Teilbereich im Norden innerhalb der Baugrenzen überschritten. Der Grenzwert für allgemeine Wohngebiete von 59 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Im Nachtzeitraum wird der Orientierungswert für allgemeine Wohngebiete von 45 dB(A) wird ebenfalls im nördlichen Teilbereich des allgemeinen Wohngebiets überschritten. Der Immissionsgrenzwert von 49 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von etwa 40 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Die Umsetzung von aktivem Lärmschutz ist aufgrund der nur gebietsweise Überschreitungen und geplanten Geschossigkeit und somit der Dimensionierung der erforderlichen Lärmschutzwand innerhalb des Plangebietes aus städtebaulicher Sicht nicht zu empfehlen.

Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den Erd- sowie den Obergeschossen können aufgrund der Bauweise durch Grundrissgestaltung (Verlegung der schützenswerten Nutzungen auf die lärmabgewandte Seite) oder passiven Schallschutz geschaffen werden.

Die Anforderungen an den passiven Schallschutz zum Schutz von Büro- und Wohnnutzungen vor Verkehrslärm ergeben sich gemäß DIN 4109 [8],[9] und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) [10],[11].

Die Dimensionierung des passiven Schallschutzes erfolgt über die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen. Die maßgeblichen Außenlärmpegel sind in der Abbildung 3 für schutzbedürftige Räume und in Abbildung 4 für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden, dargestellt.

Abweichend vom Entwurf zur 1. Änderung des Teils 2 bezüglich Abschnitt 4.4.5.7 erfolgt die Ermittlung des maßgeblichen Außenlärmpegels unter Berücksichtigung der VDI 3722-2 Abschnitt 5.6 durch Überlagerung aller jeweiligen maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 [8], [9] und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) [10], [11] der auf das Plangebiet einwirkenden Lärmquellen (Straßenverkehrslärm sowie Gewerbelärm).

Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass bei einem maßgeblichen Außenlärmpegel von > 70 dB(A) mit erheblichem passivem Schallschutz und damit zusätzlichen Baukosten zu rechnen ist.

Zum Schutz der Nachtruhe sind im Gewerbegebiet von ausnahmsweise zulässigen Wohnnutzungen für Schlaf- und Kinderzimmer schallgedämmte Lüftungen vorzusehen, falls der notwendige hygienische Luftwechsel nicht auf andere geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Weise sichergestellt werden kann.

Für das Mischgebiet und das allgemeine Wohngebiet zum Schutz der Nachtruhe in den Bereichen in denen der Orientierungswert von 45 dB(A) nachts überschritten wird für

Schlaf- und Kinderzimmer schallgedämmte Lüftungen vorzusehen, falls der notwendige hygienische Luftwechsel nicht auf andere geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Weise sichergestellt werden kann.

Außenwohnbereiche können aufgrund der Einhaltung des Immissionsgrenzwertes tags im gesamten Plangeltungsbereich frei angeordnet werden.

6. Vorschläge für Begründung und Festsetzungen

6.1. Begründung

a) Allgemeines

In der Gemeinde Hetlingen ist mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12 die Entwicklung eines Gewerbegebiets, eines Mischgebiets und eines allgemeines Wohngebiets geplant.

Die in Aussicht genommene Fläche befindet sich südöstlich der Holmer Straße (L261). Im Nordosten sind landwirtschaftliche Betriebe vorhanden.

Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Einwirkungen des Straßenverkehrslärms auf das Plangebiet und die Auswirkungen des B-Plan-induzierten Zusatzverkehrs untersucht.

Für den Verkehrslärm kann sich gemäß DIN 18005, Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“ die Beurteilung auf öffentlichen Verkehrswegen an den Kriterien der 16. BImSchV („Verkehrslärmschutzverordnung“) orientieren.

Die DIN 18005, Teil 1 verweist für die Beurteilung von Anlagen auf die TA Lärm, so dass die Immissionen aus Anlagenlärm auf Grundlage der TA Lärm beurteilt werden.

Als Untersuchungsfälle wurden der Prognose-Nullfall ohne Umsetzung der geplanten Maßnahmen und der Prognose-Planfall berücksichtigt. Beide Untersuchungsfälle beziehen sich auf den Prognose-Horizont 2030/35.

b) Gewerbelärm

In der vorliegenden schalltechnischen Untersuchung wurden die Auswirkungen des geplanten Gewerbegebietes auf die Nachbarschaft geprüft.

Für die Darstellung der Gewerbelärmimmissionen von den gewerblich Flächen wird daher der städtebauliche Ansatz von flächenbezogenen Schallleistungspegeln L_W” (bezogen auf eine Grundfläche von 1 m²) verwendet.

Für die Berechnung von Mindestabständen oder zur Feststellung von Schutzmaßnahmen ist gemäß DIN 18005/1 für Gewerbegebiete mit Lw” = 60 dB(A) sowohl tags als auch nachts zu rechnen. Diese Werte sind demnach als Anhaltswerte für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete anzusehen.

Als Vorbelastungen werden die Emissionen von den im Norden vorhandenen landwirtschaftlich genutzten Flächen berücksichtigt. Für die vorhandenen Gewerbeflächen wurde

tags und nachts der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt.

Für die nördlichen geplanten gewerblichen Flächen innerhalb des Bebauungsplans Nr. 12 wird tags der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt. Für den Nachtzeitraum wurden Ansätze abgleitet, die mit der geplanten und vorhandenen Wohnbebauung im Umfeld verträglich sind.

Auf dem östlichen Betriebsgrundstück ist die Ansiedlung eines Brillenherstellers vorgesehen. Für den Brillenhersteller liegen bereits Betriebsdaten vor, so dass dieser Betrieb detailliert betrachtet wurde.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sowohl an der geplanten Bebauung innerhalb des Plangeltungsbereichs als auch an der vorhandenen Bebauung außerhalb des Plangeltungsbereichs die jeweiligen Immissionsrichtwerte aus der Gesamtbelastung im Tageszeitraum und im Nachtzeitraum eingehalten werden.

Hinsichtlich der kurzzeitig auftretenden Geräuschspitzen werden die Mindestabstände tags zu allen benachbarten Nutzungen eingehalten, so dass dem Spitzenpegelkriterium der TA Lärm im Tageszeitraum entsprochen wird. Im Nachtzeitraum wird der Mindestabstand durch die Ladegeräusche zu den benachbarten Nutzungen unterschritten, daher sind Nachtanlieferungen nicht möglich.

Insgesamt ist das geplante Gewerbegebiet mit dem geplanten Mischgebiet und dem geplanten allgemeinen Wohngebiet sowie mit der vorhandenen Bebauung mit den Anforderungen der TA Lärm grundsätzlich verträglich.

c) Verkehrslärm

Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Belastungen aus Verkehrslärm berechnet. Dabei wurde der Straßenverkehrslärm auf den maßgeblichen Straßenabschnitten berücksichtigt. Die Straßenverkehrsbelastungen für Prognosehorizont 2030/2035 für die Holmer Straße wurden für den Prognose-Nullfall und den Prognose-Planfall den Angaben des Büros d+p daenekamp und partner entnommen.

Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgte auf Grundlage der Rechenregeln der RLS-90.

Es zeigt sich, dass durch den B-Plan-induzierten Zusatzverkehr keine beurteilungsrelevanten Zunahmen zu erwarten sind.

Insgesamt ist festzustellen, dass im gesamten Bereich des Gewerbegebiets die Orientierungswerte für Gewerbegebiete von 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts lediglich im straßennahen Bereich der Holmer Straße geringfügig überschritten werden. Die Immissionsgrenzwerte für Gewerbegebiete von 69 dB(A) tags und von 59 dB(A) nachts werden im gesamten Plangeltungsbereich eingehalten.

Im gesamten Bereich des Mischgebiets wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 60 dB(A) tags im straßennahen Bereich überschritten wird. Der Immissionsgrenzwert für Mischgebiete von 64 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Im Nachtab-

schnitt wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 50 dB(A) nachts im nördlichen Baufenster des Mischgebiets überschritten. Der Immissionsgrenzwert für Mischgebiete von 54 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von 25 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Im Bereich des allgemeinen Wohngebiets werden die Orientierungswerte von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts in einem kleinen Teilbereich im Norden innerhalb der Baugrenzen überschritten. Der Grenzwert für allgemeine Wohngebiete von 59 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Der Immissionsgrenzwert von 49 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von etwa 40 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Die Umsetzung von aktivem Lärmschutz ist aufgrund der nur gebietsweise Überschreitungen und geplanten Geschossigkeit und somit der Dimensionierung der erforderlichen Lärmschutzwand innerhalb des Plangebietes aus städtebaulicher Sicht nicht zu empfehlen.

Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den Erd- sowie den Obergeschossen können aufgrund der Bauweise durch Grundrissgestaltung (Verlegung der schützenswerten Nutzungen auf die lärmabgewandte Seite) oder passiven Schallschutz geschaffen werden.

Gemäß DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) ergeben sich Anforderungen an den passiven Schallschutz zum Schutz der Wohn- und Büronutzungen vor von außen eindringenden Geräuschen. Die Dimensionierung des passiven Schallschutzes erfolgt über die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen. Die maßgeblichen Außenlärmpegel sind in der Abbildung 3 für schutzbedürftige Räume und in Abbildung 4 für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden, dargestellt.

Abweichend vom Entwurf zur 1. Änderung des Teils 2 bezüglich Abschnitt 4.4.5.7 erfolgt die Ermittlung des maßgeblichen Außenlärmpegels unter Berücksichtigung der VDI 3722-2 Abschnitt 5.6 durch Überlagerung aller jeweiligen maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017), der auf das Plangebiet einwirkenden Lärmquellen (Straßenverkehrslärm sowie Gewerbelärm).

Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass bei einem maßgeblichen Außenlärmpegel von > 70 dB(A) mit erheblichem passivem Schallschutz und damit zusätzlichen Baukosten zu rechnen ist.

Abbildung 3: maßgeblicher Außenlärmpegel für schutzbedürftige Räume

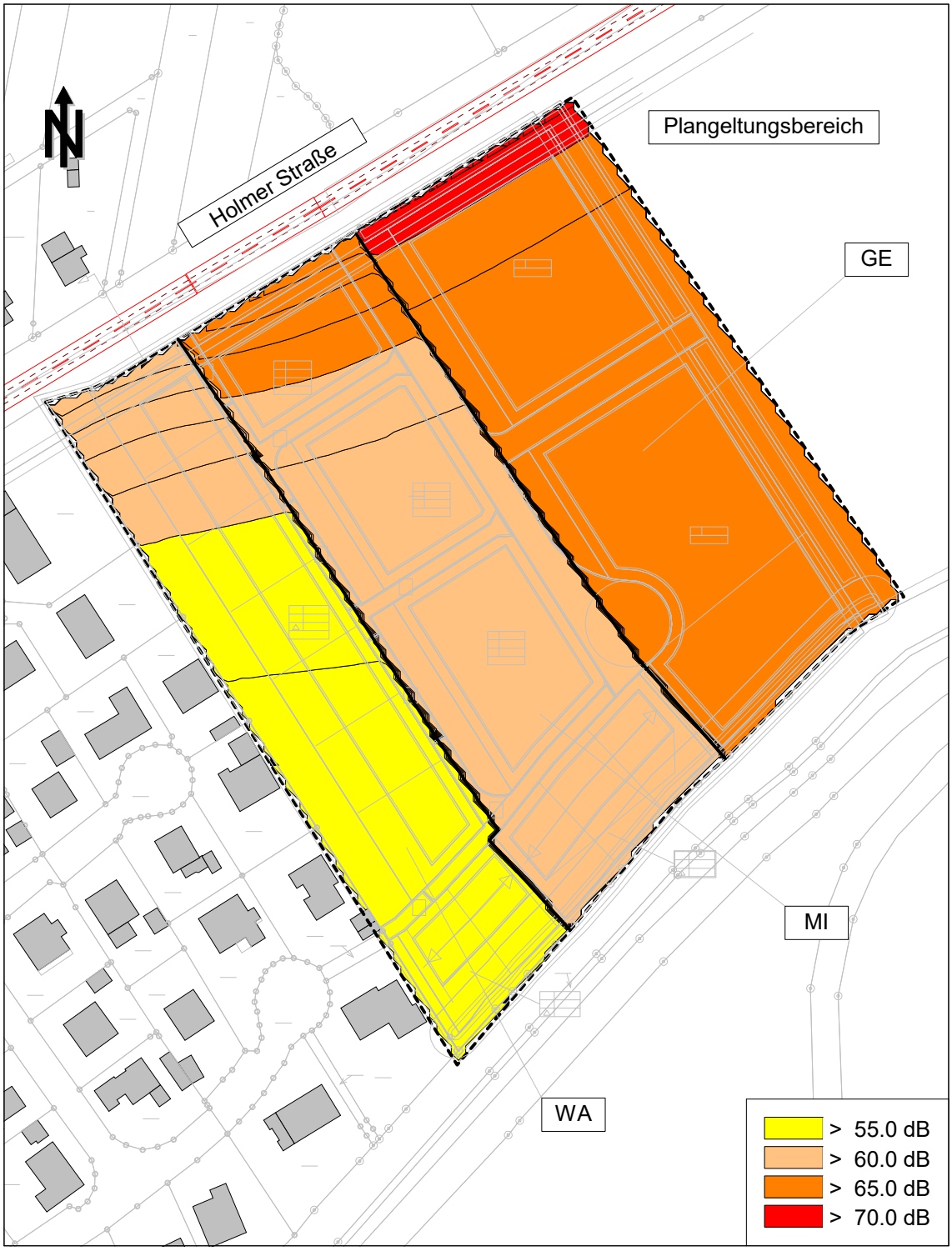
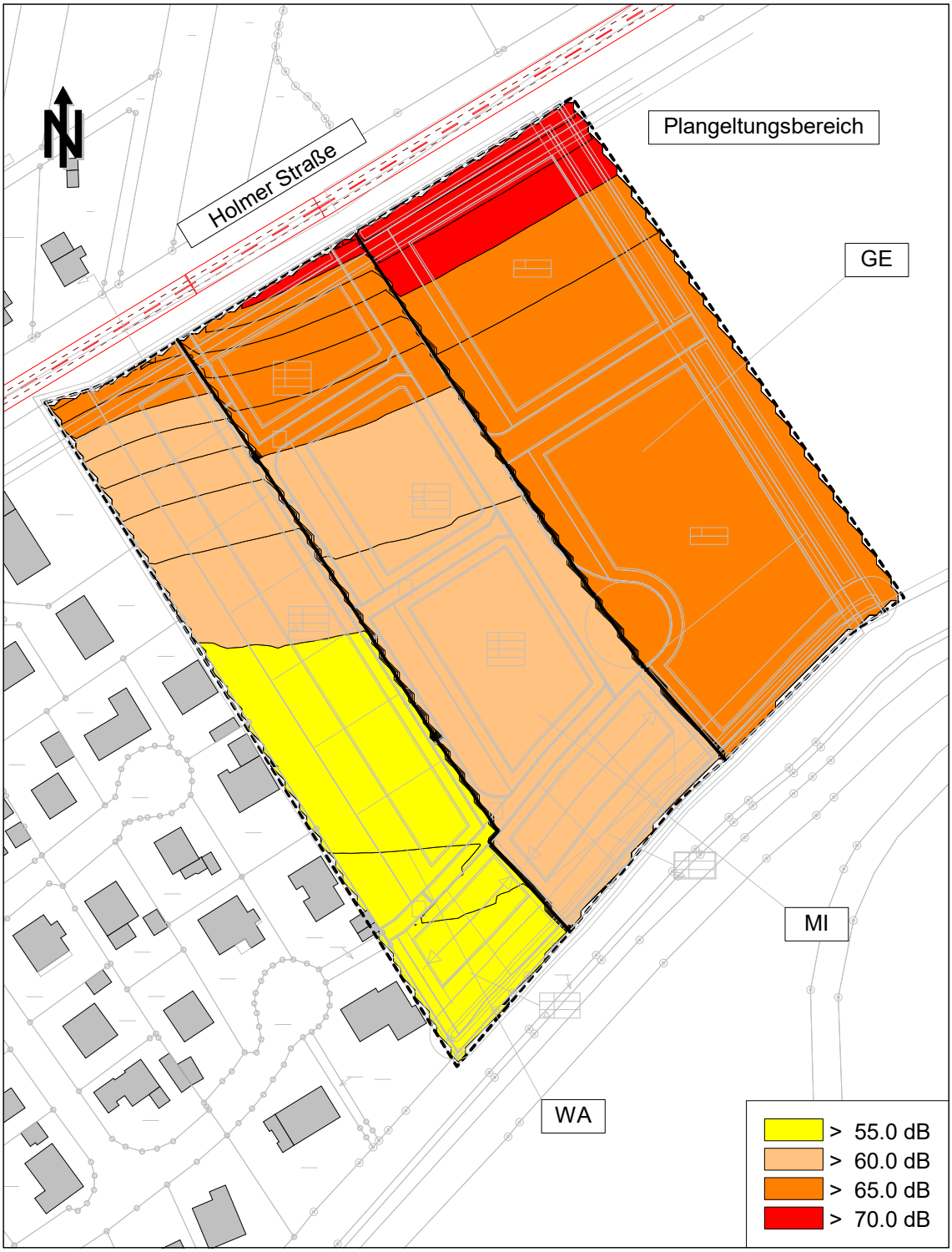


Abbildung 4: maßgeblicher Außenlärmpegel für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden



6.2. Festsetzungen

a) Verkehrslärm

Zum Schutz der Wohn- und Büronutzungen werden für Neu-, Um- und Ausbauten die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) entsprechend den nachfolgenden Abbildungen festgesetzt.

Die Abbildung 4 gilt ausschließlich für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden.

(Hinweis 1 an den Planer: Die maßgeblichen Außenlärmpegel sind Abbildung 3 *und* Abbildung 4 *zu entnehmen. Diese sind entsprechend in die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes zu übernehmen)*

(Hinweis 2 an die Verwaltung und den Planverfasser: Die DIN-Vorschrift 4109 ist im Rahmen des Planaufstellungsverfahrens durch die Verwaltung zur Einsicht bereitzuhalten und hierauf in der Bebauungsplanurkunde hinzuweisen).

Zur Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung des Gebäudes in den nicht nur vorübergehend zum Aufenthalt von Menschen vorgesehenen Räumen sind die Anforderungen an das resultierende Schalldämm-Maß gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) zu ermitteln.

Im Rahmen der jeweiligen Baugenehmigungsverfahren ist die Eignung der für die Außenbauteile der Gebäude gewählten Konstruktionen nach den Kriterien der DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) nachzuweisen.

Zum Schutz der Nachtruhe sind im Gewerbegebiet sowie im allgemeinen Wohngebiet und Mischgebiet bis zu einem Abstand von 88 m zur Straßenmitte der Holmer Straße bei Neu-, Um- und Ausbauten für Schlaf- und Kinderzimmer schallgedämmte Lüftungen vorzusehen, falls der notwendige hygienische Luftwechsel nicht auf andere geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Weise sichergestellt werden kann und die Anforderungen an das resultierende Schalldämmmaß gemäß den ermittelten und ausgewiesenen maßgeblichen Außenlärmpegeln nach DIN 4109 erfüllt werden.

Von den vorgenannten Festsetzungen kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung geringere Anforderungen an den passiven Schallschutz resultieren.

Bargteheide, den 4. Mai 2017

erstellt durch: geprüft durch:

Dipl.-Ing. (FH) Annett Ignatowitz
Projektingenieurin

Dipl.-Ing. Björn Heichen
Geschäftsführender Gesellschafter

7. Quellenverzeichnis

Gesetze, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien

[1] Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 55 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626, 637)

[2] Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 2005 (BGBl. I Nr. 37 vom 28.06.2005 S. 1757) zuletzt geändert am 21. Dezember 2006 durch Artikel 2 des Gesetzes zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte (BGBl. I Nr. 64 vom 27.12.2006 S. 3316);

[3] Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert am 22. April 1993 durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) (BGBl. I S. 466);

[4] Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) vom 12. Juni 1990 (BGBl. I Nr. 27 vom 20.06.1990 S. 1036) zuletzt geändert am 19. September 2006 durch Artikel 3 des Ersten Gesetzes über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BGBl. I Nr. 44 vom 30.09.2006 S. 2146);

[5] Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (6. BImSchVwV), TA Lärm - Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm vom 26. August 1998 (GMBl. Nr. 26 vom 28.08.1998 S. 503);

[6] DIN 18005 Teil 1, Schallschutz im Städtebau - Teil 1: Grundlagen und Hinweise für die Planung, Juli 2002;

[7] DIN 18005 Teil 1 Beiblatt 1, Schallschutz im Städtebau; Berechnungsverfahren; Schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung, Mai 1987;

[8] DIN 4109, Schallschutz im Hochbau, Teil 1: Mindestanforderungen, Juli 2016;

[9] DIN 4109, Schallschutz im Hochbau, Teil 2: Rechnerische Nachweise der Erfüllung der Anforderungen, Juli 2016;

[10] E DIN 4109-1/A1, Schallschutz im Hochbau, Teil 1 : Mindestanforderungen; Änderung A1, Januar 2017;

[11] E DIN 4109-2/A2, Schallschutz im Hochbau, Teil 2 : Rechnerische Nachweise der Erfüllung der Anforderungen; Änderung A1, Januar 2017;

[12] DIN 45691, Geräuschkontingentierung, Dezember 2006;

Emissions-/Immissionsberechnung

[13] Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen, RLS-90, Ausgabe 1990;

[14] Statistische Mitteilungen des KBA FZ 25, 1.1.2012;

[15] Parkplatzlärmstudie, Empfehlungen zur Berechnung von Schallemissionen aus Parkplätzen, Autohöfen und Omnibusbahnhöfen sowie von Parkhäusern und Tiefgaragen, Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz, 6. vollständig überarbeitete Auflage, 2007;

[16] Hessische Landesanstalt für Umwelt, Technischer Bericht zur Untersuchung der LKW- und Ladegeräusche auf Betriebsgeländen von Frachtzentren, Auslieferungslagern und Speditionen, aus: Umweltplanung, Arbeits- und Umweltschutz, Heft 1992, 16. Mai 1995;

[17] Hessische Landesanstalt für Umwelt und Geologie, Technischer Bericht zur Untersuchung der Geräuschemissionen durch Lastkraftwagen auf Betriebsgeländen von Frachtzentren, Auslieferungslagern, Speditionen und Verbrauchermärkten sowie weiterer typischer Geräusche insbesondere von Verbrauchermärkten, Lärmschutz in Hessen, Heft 3, Wiesbaden, 2005;

[18] Technischer Bericht Nr. L 4054 zur Untersuchung der Geräuschemissionen von Tankstellen, Umweltplanung, Arbeits- und Umweltschutz, Heft Nr. 275, Hessische Landesanstalt für Umwelt, 1999;

[19] DIN ISO 9613-2; Akustik – Dämpfung des Schalls bei der Ausbreitung im Freien – Teil 2: Allgemeine Berechnungsverfahren (ISO 9613-2:1996), Deutsche Fassung EN ISO 717-1:1996, Januar 1997;

[20] DIN EN ISO 717-1, Akustik - Bewertung der Schalldämmung in Gebäuden und von Bauteilen - Teil 1: Luftschalldämmung November 2006;

[21] DataKustik GmbH, Software, Technische Dokumentation und Ausbildung für den Immissionsschutz, München, Cadna/A® für Windows™, Computerprogramm zur Berechnung und Beurteilung von Lärmimmissionen im Freien, Version 2017 (32-Bit), November 2016;

Sonstige projektbezogene Quellen und Unterlagen

[22] Entwurf Bebauungsplan Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen, vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt, E-Mail vom 03. Mai 2017;

[23] Digitale Kartengrundlage, vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt, E-Mail vom 11.01.2017;

[24] Betriebsbeschreibung Brillenhersteller, mit dem Auftraggeber abgestimmt, Februar 2017;

[25] Verkehrsbelastungen, von d+p daenekamp und partner zur Verfügung gestellt, E-Mail vom 06.April 2017;

[26] Informationen gemäß Ortstermin mit Fotodokumentation, LAIRM CONSULT GmbH, 06.01.2017.

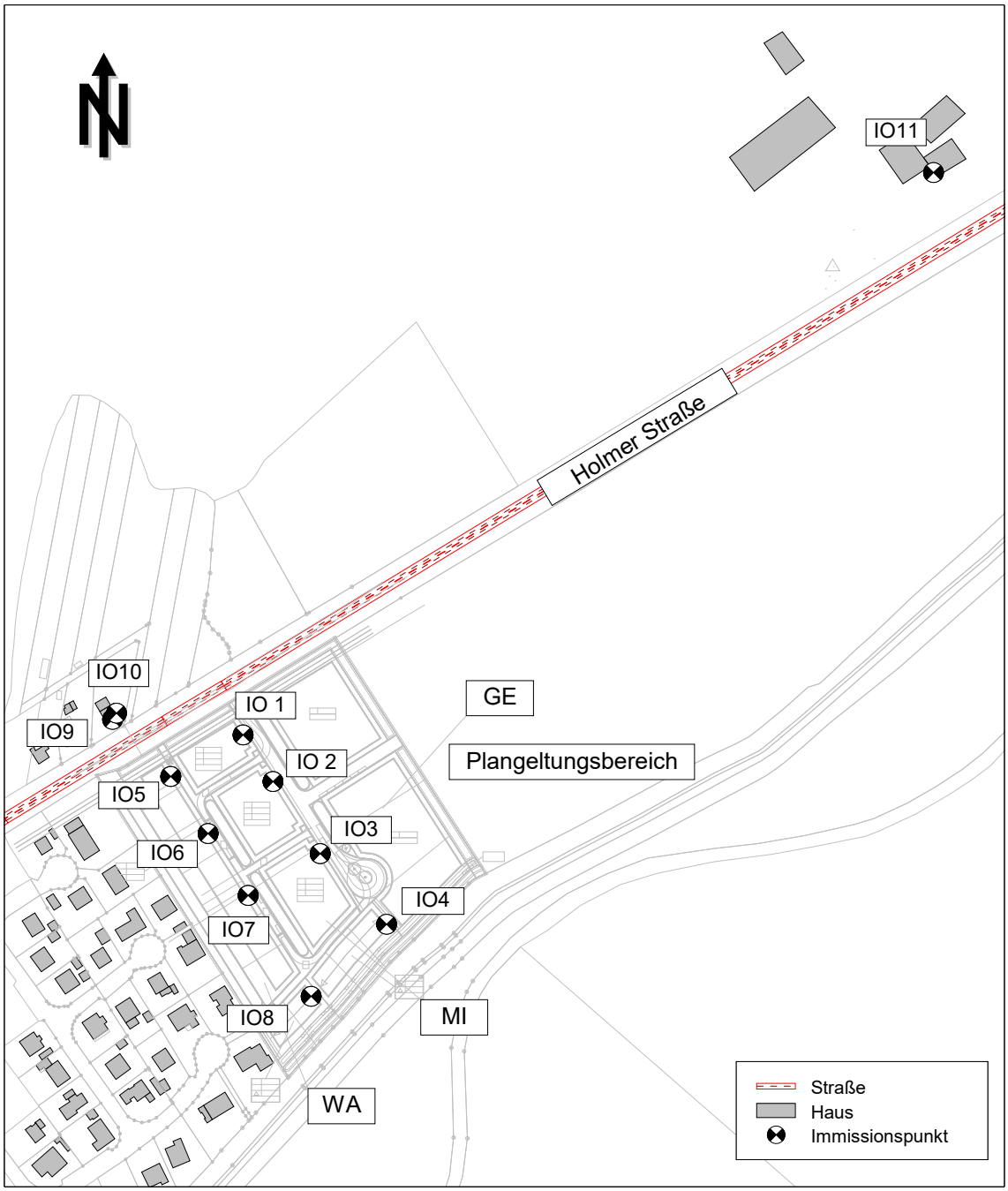
8. Anlagenverzeichnis

A 1 Lagepläne III
A 1.1 Übersichtsplan, Maßstab 1:4.000 III
A 1.2 Lage der Quellen, Maßstab 1:4.000 IV
A 1.3 Lage der Quellen des Brillenherstellers, Maßstab 1:1.000 V
A 3 Beurteilungspegel aus Gewerbelärm XIV
A 3.1 Prognose-Nullfall XIV
A 3.1.1 Teilpegelanalyse tags XIV
A 3.2 Teilpegelanalyse nachts XIV
A 3.3 Prognose-Planfall XV
A 3.3.1 Teilpegelanalyse tags XV
A 3.4 Teilpegelanalyse nachts XV
A 4 Verkehrslärm XVI
A 4.1 Straßenverkehrslärm XVI
A 4.1.1 Verkehrsbelastungen XVI
A 4.1.2 Basis-Emissionspegel XVI
A 4.1.3 Emissionspegel XVII
A 4.1.4 Zunahmen der Emissionspegel XVII
A 4.2 Beurteilungspegel aus Verkehrslärm XVIII
A 4.2.1 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 2,0 m, Maßstab 1:1.750 ... XVIII
A 4.2.2 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 2,8 m, Maßstab 1:1.750 XIX
A 4.2.3 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 5,6 m, Maßstab 1:1.750 XX
A 4.2.4 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 8,4 m, Maßstab 1:1.750 XXI
A 4.2.5 Beurteilungspegel nachts, Aufpunkthöhe 2,8 m, Maßstab 1:1.750 XXII
A 4.2.6 Beurteilungspegel nachts, Aufpunkthöhe 5,6 m, Maßstab 1:1.750 XXIII
A 4.2.7 Beurteilungspegel nachts, Aufpunkthöhe 8,4 m, Maßstab 1:1.750 XXIV
A 5 Maßgeblicher Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 XXV
A 5.1 für schutzbedürftige Räume, maßgebendes Geschoss, Maßstab 1:1.750 .. XXV

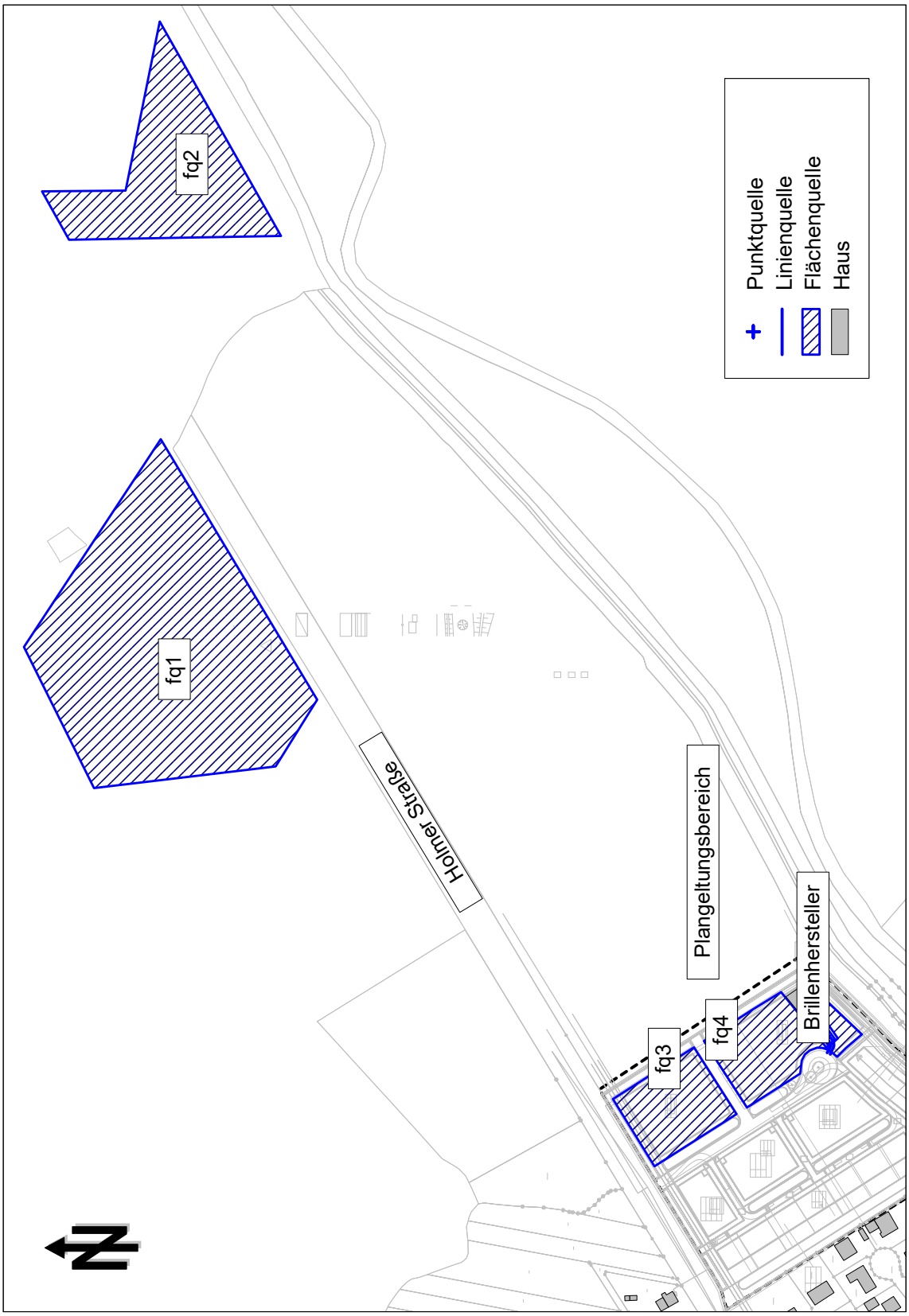
A 5.2 für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden, maßgebendes Geschoss, Maßstab 1:1.750 XXVI

A 1 Lagepläne

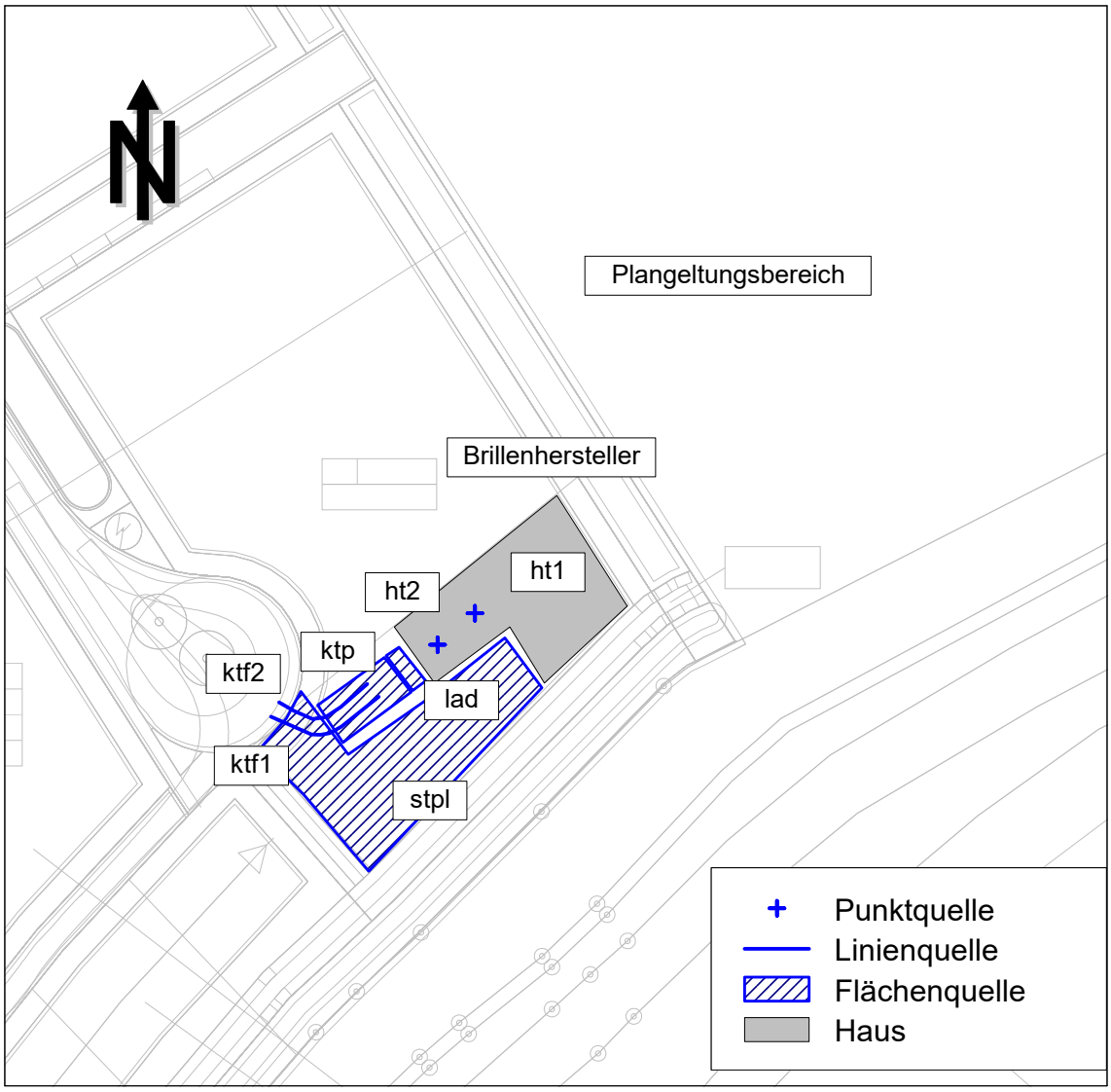
A 1.1 Übersichtsplan, Maßstab 1:4.000



A 1.2 Lage der Quellen, Maßstab 1:4.000



A 1.3 Lage der Quellen des Brillenherstellers, Maßstab 1:1.000



A 2 Gewerbelärm

A 2.1 Belastungen

Das Verkehrsaufkommen im Plangebiet ist in der folgenden Tabelle zusammengestellt:

Sp	1	3	4	5	6	7	8	9
Ze	**Teilverkehr**	**Stell-plätze** / **Anteil**	**Kürzel**	**Rich-tung**	**Anzahl Fahrzeuge**			
					tags		**nachts**	
					T_{r1}	**T_{r2}**	**T_{r3}**	**T_{r4}**
					Kfz / 13 h	**Kfz / 3 h**	**Kfz / 8 h**	**Kfz / 1 h**
Brillenhersteller								
Pkw-Verkehre								
1	Stellplatzanlage	100 %	pkzu	zu	10	20		
2			pkab	ab	30			
Lkw-Verkehr								
3	Kleintransporter Anlieferung	100 %	kt1zu	zu	1			
4			kt1ab	ab	1			
5	Kleintransporter Auslieferung	100 %	kt2zu	zu	1			
6			kt2ab	ab	1			

Anmerkungen und Erläuterungen:

Spalte 2:..... Anzahl der Stellplätze;

Spalte 3:..... Anteil an Gesamtzahl;

Spalten 6-9:... Beurteilungszeiträume wie folgt:

T_{r1}:... außerhalb der Ruhezeiten tags (7 bis 20 Uhr)

T_{r2} :.. in den Ruhezeiten tags (6 bis 7 Uhr und 20 bis 22 Uhr);

T_{r3}:... gesamte Nacht (22 bis 6 Uhr) (für die Beurteilung des Gewerbelärms gemäß TA Lärm nicht maßgebend);

T_{r4}:... lauteste Stunde nachts (zwischen 22 und 6 Uhr);

Sp	1	3	4	5	6	7	8	9
Ze	**Teilverkehr**	**Stell-**	**Kürzel**	**Rich-**	**Anzahl Fahrzeuge**			
Ze	**Vorgänge**		**Kürzel**	**Anteil**	**Anzahl der Vorgänge bzw.**			
					tags		**nachts**	
					T_{r1}	**T_{r2}**	**T_{r3}**	**T_{r4}**
					9 h	**7 h**		**1 h**
Sonstiges								
1	Haustechnik		ht	100%	13,0 h	3,0 h		1,0 h

Anmerkungen und Erläuterungen:

Spalte 1: .....Bezeichnung des Vorgangs;

Spalten 4-7: ...Beurteilungszeiträume wie folgt:

T_{r1}: ...außerhalb der Ruhezeiten tags (7 bis 20 Uhr)

T_{r2} : ..in den Ruhezeiten tags (6 bis 7 Uhr und 20 bis 22 Uhr);

T_{r3}: ...gesamte Nacht (22 bis 6 Uhr) (für die Beurteilung des Gewerbelärms gemäß TA Lärm nicht maßgebend);

T_{r4}: ...lauteste Stunde nachts (zwischen 22 und 6 Uhr);

A 2.2 Basisschallleistungen der einzelnen Quellen

A 2.2.1 Fahrbewegungen Pkw

Die Berechnung der von den fahrenden Kfz ausgehenden Schallemissionen erfolgt in Anlehnung an die in der Parkplatzlärmstudie [15] beschriebene Vorgehensweise nach der RLS-90 [13].

Um die Einheitlichkeit des Rechenmodells für alle Lärmquellen (Fahrzeugverkehr, Parkvorgänge) zu gewährleisten, werden die Emissionspegel nach RLS-90 in mittlere Schallleistungspegel für ein Ereignis pro Stunde umgerechnet. Die folgende Tabelle zeigt den Ansatz.

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ze	Kürzel	Fahrwegsbezeichnung	mittlere Schallleistungspegel (ein Vorgang pro Stunde)							
			v	D_v	Länge	Δh	g	D_{Stg}	D_{StrO}	$L_{W,r,1}$
			km / h	dB(A)	m		%	dB(A)		
1	f1	Kleintransporter Zufahrt	30	-8,8	14	0,0	0,0	0,0	1,5	60,7
2	f2	Kleintransporter Abfahrt	30	-8,8	17	0,0	0,0	0,0	1,5	61,6

Anmerkungen und Erläuterungen:

Spalte 1..... Bezeichnung der Lärmquellen;

Spalte 2..... siehe Lageplan in Anlage A 1 zur Anordnung der einzelnen Fahrstrecken auf dem Betriebsgelände;

Spalte 3..... Nach Abschnitt 4.4.1.1.2 der RLS-90 ist mit der zulässigen Höchstgeschwindigkeit, mindestens jedoch mit v = 30 km / h zu rechnen.

Spalte 4..... Geschwindigkeitskorrekturen nach Gleichung 8 der RLS-90;

Spalte 5..... Längen der Fahrstrecke;

Spalte 6..... Höhendifferenzen im jeweiligen Abschnitt;

Spalte 7..... Längsneigung des Fahrweges (Steigungen und Gefälle nach Abschnitt 4.4.1.1.4 der RLS-90 gleich behandelt);

Spalte 8..... Korrekturen für Steigungen und Gefälle nach Gleichung 9 der RLS-90;

Spalte 9..... Zuschläge für unterschiedliche Straßenoberflächen nach Tabelle 4 der RLS-90 (hier Betonsteinpflaster mit Fugen > 3 mm angesetzt);

Spalte 10..... Der Schallleistungspegel für eine Fahrt pro Stunde ergibt sich aus dem Emissionspegel nach Gleichung 6 der RLS-90 zu

$$L_{W,r,1} = L_{m,E} + 10\lg(l) + 19{,}2\,dB(A).$$

Dabei ist l die tatsächliche Fahrweglänge unter Berücksichtigung des Höhenunterschiedes. Der Korrektursummand von 19,2 dB resultiert aus den unterschiedlichen Bezugsabständen ($L_{m,E}$: Schalldruckpegel in 25 m Abstand von der Emissionsachse $\Leftrightarrow$ $L_{W,r,1}$: Schallleistungspegel bezogen auf eine Länge von 1 m).

A 2.2.2 Parkvorgänge

Neben den Fahrbewegungen sind im Bereich der Stellplatzanlagen zusätzlich die Geräusche aus den Parkvorgängen (Ein- und Ausparken, Türenschlagen etc.), dem Parkplatzsuchverkehr und dem Durchfahrtsanteil zu berücksichtigen. Es finden die Ansätze der Parkplatzlärmstudie [15] Verwendung.

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8
Ze	Kürzel	Quelle	mittlere Schallleistungspegel (ein Vorgang pro Stunde)					
			L_{W0}	K_{PA}	K_I	K_{StrO}	K_D	$L_{W,r,1}$
			dB(A)					
1	parkm	Pkw-Stellplatz Mitarbeiter (Zusammengfasstes Verfahrenen)	63,0	0	4	1,0	2,6	70,6
2	parka	Pkw-Stellplatz Anlieferung	63,0	0	4	0,0	0,0	67,0

Anmerkungen und Erläuterungen:

Spalte 3 .....Ausgangsschallleistungen für eine Bewegung pro Stunde (siehe Abschnitt 8.2 der Parkplatzlärmstudie);

Spalte 4 .....Zuschläge für unterschiedliche Parkplatztypen nach Tabelle 34 der Parkplatzlärmstudie;

Spalte 5 .....Zuschläge für die Impulshaltigkeit der Geräusche (Türenklappen), ebenfalls nach Tabelle 34 der Parkplatzlärmstudie;

Spalte 6 .....Zuschläge für unterschiedliche Straßenoberflächen gemäß Parkplatzlärmstudie (bei getrenntem Verfahren gemäß Abschnitt 8.2.2 der Parkplatzlärmstudie sowie bei Parkplätzen an Einkaufszentren nicht erforderlich);

Spalte 7 .....Zuschläge für den Schallanteil der durchfahrenden Fahrzeuge gemäß Parkplatzlärmstudie, bei getrenntem Verfahren gemäß Abschnitt 8.2.2 der Parkplatzlärmstudie nicht erforderlich;

Spalte 8 .....mittlerer Schallleistungspegel, ein Vorgang pro Stunde;

A 2.2.3 Anlieferungen

Die Schallleistungspegel, die Einwirkzeiten für einen Vorgang und der sich daraus ergebende Schallleistungs-Beurteilungspegel, beziehen sich auf einen Vorgang pro Stunde, und sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt.

Sp	1	2		3	4	5	6
Ze	Kürzel	Vorgang		mittlere Schallleistungspegel (ein Vorgang pro Stunde)			
				L_{W0}	K_I	T_E	$L_{W,r,1}$
				dB(A)		min.	dB(A)
1	ladp	Ladearbeiten mit Palettenhubwagen über fahrzeugeigene Ladebordwand	10 Vorgänge	99,1	0	60	99,1

Anmerkungen und Erläuterungen:

Spalte 2 .....Ausgangsschallleistungen für einen Vorgang pro Stunde;

Spalte 3 .....Zuschläge für die Impulshaltigkeit der Geräusche;

Spalte 4..... Einwirkzeiten je Vorgang;

Spalte 5..... mittlerer Schallleistungspegel, ein Vorgang pro Stunde;

A 2.2.4 Flächenbezogene Schallleistungspegel

Sp	1		2	3	4	5	6
Ze	Kürzel	Gewerbefläche	mittlere Schallleistungspegel				
			Fläche	L_W"		$L_{W,r,1}$	
				tags	nachts	tags	nachts
			m²	dB(A) (pro m²)		dB(A)	
1	fq1	Vorbelastung 1	25.700	60	60	104,1	104,1
2	fq2	Vorbelastung 2	9.330	60	60	99,7	99,7
3	fq3	B-Plan 12	3.390	60	49	95,3	84,3
4	fq4	B-Plan 12	3.160	60	50	95,0	85,0

Anmerkungen und Erläuterungen:

Spalten 1:..... Bezeichnung der einzelnen Lärmquellen;

Spalten 2:..... Fläche in m²;

Spalten 3-4.... flächenbezogener Schallleistungspegel gemäß Festsetzungen in B- Plänen bzw. geeignete Ansätze;

A 2.2.5 Oktavspektren Schallleistungspegel

In der folgenden Übersicht sind die verwendeten Basis-Oktavspektren angegeben, die bei der Schallausbreitungsberechnung verwendet wurden. Grundlage bilden typische Oktavspektren aus aktuellen Regelwerken (DIN EN 717-1 [20], Tankstellenlärmstudie [18] und Herstellerangaben).

Sp	1		2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ze	Vorgang		relativer Schallpegel (auf 0 dB(A) normiert)								
			31,5 Hz	63 Hz	125 Hz	250 Hz	500 Hz	1 kHz	2 kHz	4 kHz	8 kHz
			dB(A)								
1	alltief	Quellen allgemein, eher tiefenlastig (DIN EN 717-1, Spektrum Nr. 2)		-18	-14	-10	-7	-4	-6	-11	
2	lkladep	Lkw-Verladung (Paletten)	-33	-24	-10	-4	-7	-9	-13	-19	-25
3	parkfahr	Pkw-Anfahrten		-8	-6	-14	-9	-9	-9	-11	-18
4	parkpr	Parken an P+R-Anlagen, arithm. Mittel		-14	-12	-15	-9	-6	-6	-8	-14
5	radvent	Lüfter (typisches Spektrum)	0	-24	-14	-12	-7	-4	-5	-12	-17

A 2.2.6 Abschätzung der Standardabweichungen

Im Folgenden werden die Standardabweichungen σ der Quellen abgeschätzt. Für jede Quelle sind verschiedene Fehler wie z.B. in den Belastungsansätzen (Verkehrszahlen), den Schallleistungspegeln, der Quellenmodellierung, der angenommenen Fahrwegslängen und Geschwindigkeiten und damit der Einwirkzeiten etc. zu berücksichtigen. Sofern die Einzelfehler statistisch voneinander unabhängig sind, kann der Gesamtfehler als Wurzel aus der Summe der Quadrate der Einzelstandardabweichungen berechnet werden.

Folgende Annahmen werden für die Einzelfehler getroffen:

Eingangsgröße	rel. Fehler	+ σ dB(A)	- σ dB(A)	σ_{Mittel} dB(A)
Basisschallleistung L_{W0}, Pkw-Fahrt	—	2,5	2,5	2,5
Basisschallleistung L_{W0}, Lkw-Fahrt	—	3,0	3,0	3,0
Basisschallleistung Ladearbeiten	—	3,0	3,0	3,0
Pkw-Parkvorgang (inkl. Zuschläge)	—	2,5	2,5	2,5
Lkw-Parkvorgang (inkl. Zuschläge)	—	3,0	3,0	3,0
Fahrweglänge $l_{\perp}$	± 10 %	0,4	0,5	0,4
Geschwindigkeit v	± 33 %	1,2	1,7	1,5
Anzahl der Vorgänge	± 20 %	0,8	1,0	0,9
Anzahl der Lieferungen	± 20 %	0,8	1,0	0,9
Ladezeiten	± 33 %	1,2	1,7	1,5
Dauer der Vorgänge	± 20 %	0,8	1,0	0,9

Für die mittleren Gesamtstandardabweichungen ergibt sich damit:

Sp	1		2	3	4	5	6	7	8
Ze	Vorgang		Einzelstandardabweichung						Gesamt
			σ_{LW0}	$\sigma_{l,\perp}$	σ_v	σ_T	$\sigma_{LW,r,1}$	σ_{Anzahl}	σ_{LWA}
			dB(A)						
Kleinrtansporter-Fahrwege (bezogen auf eine Bewegung)									
1	pf	Pkw-Fahrt	2,5	0,4	1,5	—	2,9	0,9	3,1
Pkw-Stellplatz									
2	pk	Stellplatz	3,0	—	—	—	3,0	0,9	3,1
Anlieferung									
3	lad	Laden	3,0	—	—	1,5	3,4	0,9	3,5
Haustechnik									
4	hht	Haustechnik	3,0	—	—	0,4	3,0	—	3,0

A 2.3 Schallleistungspegel für die Quellbereiche

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Ze	Quelle	Vorgänge					Emissionen		$L_{W,r}$			$\sigma_{LW,r}$
		Kürzel	Anzahl				$L_{W,Basis}$		t mRZ	t oRZ	n	dB(A)
			P	t			Kürzel	$L_{W,r,1}$				
			%	T_{r1}	T_{r2}	T_{r4}		dB(A)	dB(A)			
Pkw-Stellplatzanlage												
1	stpl	pkzu	100	10	20		parkm	70,6	78,1	73,3		
2		pkab	100	30			parkm	70,6	73,3	73,3		
3		stpl							79,3	76,3		3,1
Kleintransporter-Fahrten												
4	ktf1	kt1zu	100	1			f1	60,7	48,7	48,7		
5		kt2zu	100	1			f1	60,7	48,7	48,7		
6		ktf1							51,7	51,7		3,1
7	ktf2	kt1ab	100	1			f2	61,6	49,5	49,5		
8		kt1ab	100	1			f2	61,6	49,5	49,5		
9		ktf2							52,5	52,5		3,1
Kleintransporter-Parken												
10	ktp	kt1zu	100	1			parka	67,0	55,0	55,0		
11		kt1ab	100	1			parka	67,0	55,0	55,0		
12		kt2zu	100	1			parka	67,0	55,0	55,0		
13		kt2ab	100	1			parka	67,0	55,0	55,0		
14		ktp							61,0	61,0		3,1
Ladearbeiten,Ladezonen												
15	lad	kt1zu	100	1			ladp	99,1	87,1	87,1		
16		lad							87,1	87,1		3,5
Haustechnik												
17	ht1	ht	100	9 h	7 h	1 h	kg	70,0	73,6	70,0	70,0	
18		ht1							73,6	70,0	70,0	3,0
19	ht2	ht	100	13 h	3 h	1 h	lt	75,0	76,9	75,0	75,0	
20		ht2							76,9	75,0	75,0	3,0
pauschale Flächenquellen												
21	fq1	tags	100	13 h	3 h		fq1	104,1	104,1	104,1		
22		nachts	100			1 h	fq1	104,1			104,1	
23		fq1							104,1	104,1	104,1	3,0
24	fq2	tags	100	13 h	3 h		fq2	99,7	99,7	99,7		
25		nachts	100			1 h	fq2	99,7			99,7	
26		fq2							99,7	99,7	99,7	3,0
27	fq3	tags	100	13 h	3 h		fq3	95,3	95,3	95,3		
28		nachts	100			1 h	fq3	84,3			84,3	
29		fq3							95,3	95,3	84,3	3,0
30	fq4	tags	100	13 h	3 h		fq4	95,0	95,0	95,0		
31		nachts	100			1 h	fq4	85,0			85,0	
32		fq4							95,0	95,0	85,0	3,0

Anmerkungen zur Tabelle:

Spalte 1..... Bezeichnung der einzelnen Lärmquellen;

Spalte 2..... Bezeichnung des Einzelvorganges in Anlage A 2.1;

Spalte 3..... Anteil der Einzelvorgänge, der im jeweiligen Bereich auftritt;

Spalten 4 - 6.. Siehe Erläuterungen zu Spalte 3 in Anlage A 2.1; der Beurteilungszeitraum nachts umfasst eine Stunde (T_{r4}).

Anmerkung: Alle Werte in den Spalten 4 bis 6 wurden auf eine ganze Zahl von Vorgängen mathematisch gerundet. Dadurch bedingt sind geringfügige Abweichungen von der Gesamtsumme nach Anlage A 2.1 möglich, die jedoch keinen Einfluss auf die Genauigkeit der schalltechnischen Berechnungen haben.

Spalten 7 - 8 ..Basisschallleistungen für einen Vorgang pro Stunde, nach Anlage A 2.2.1 bis A 2.2.4;

Spalten 9 - 11 Schallleistungs-Beurteilungspegel tags (t) und nachts (n) inklusive der Zeitbeurteilung und mit allen nach TA Lärm gegebenenfalls erforderlichen Zuschlägen (mit/ohne Ruhezeitenzuschlag (mRZ/oRZ));

Spalte 12 .....Standardabweichung des Schallleistungspegels (Anmerkung: Die Angabe einer Standardabweichung für die angesetzten Schallleistungspegel soll der Orientierung dienen und beschreibt die zu erwartende Streuung der Pegelwerte.)

A 2.4 Zusammenfassung der Schallleistungs-Beurteilungspegel

Zum Abschluss der Beschreibung des Emissionsmodells fasst die Tabelle die Schallleistungs-Beurteilungspegel für alle Einzelquellen zusammen.

Sp	1	2	3	4	5	6	7
Ze		**Lärmquelle**		**Basis-Oktav-Spektrum**	**Schallleistungs-Beurteilungspegel**		
					tags mRZ	**tags oRZ**	**nachts**
	Gruppe	**Bezeichnung**	**Kürzel**	**Kürzel**	**dB(A)**		
Brillenhersteller							
1	Pkw-Verkehr	Stellplatz	stpl	parkpr	79,3	76,3	
2	Anlieferung	Kleintransporter Zufahrt	ktf1	parkfahr	51,7	51,7	
3		Kleintransporter Abfahrt	ktf2	parkfahr	52,5	52,5	
4		Parken Anlieferung	ktp	parkpr	61,0	61,0	
5		Entladung Anlieferung	lad	lkladep	87,1	87,1	
6	Haustechnik	Klimagerät	ht1	alltief	73,6	70,0	70,0
7		Abluftanlage	ht2	radvent	76,9	75,0	75,0
8	Gewerbeflächen	Vorbelastung 1	fq1	—	104,1	104,1	104,1
9		Vorbelastung 2	fq2	—	99,7	99,7	99,7
10		B-Plan 12	fq3	—	95,3	95,3	84,3
11		B-Plan 12	fq4	—	95,0	95,0	85,0

A 3 Beurteilungspegel aus Gewerbelärm

A 3.1 Prognose-Nullfall

A 3.1.1 Teilpegelanalyse tags

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lärmquelle		**Teilbeurteilungspegel tags**									
			IO 1	**IO 2**	**IO 3**	**IO 4**	**IO 5**	**IO 6**	**IO 7**	**IO 8**	**IO 9**	**IO 10**
	Bezeichnung	**Kürzel**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**1.OG**	**1.OG**
Vorbelastung												
1	Vorbelastung 1	fq1	-	-	-	-	-	-	-	-	**35,5**	**35,8**
2	Vorbelastung 2	fq2	-	-	-	-	-	-	-	-	27,2	27,3
3	Summe		-	-	-	-	-	-	-	-	36	36

A 3.2 Teilpegelanalyse nachts

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lärmquelle		**Teilbeurteilungspegel nachts**									
			IO 1	**IO 2**	**IO 3**	**IO 4**	**IO 5**	**IO 6**	**IO 7**	**IO 8**	**IO 9**	**IO 10**
	Bezeichnung	**Kürzel**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**1.OG**	**1.OG**
Vorbelastung												
1	Vorbelastung 1	fq1	-	-	-	-	-	-	-	-	**35,5**	**35,8**
2	Vorbelastung 2	fq2	-	-	-	-	-	-	-	-	27,2	27,3
3	Summe		-	-	-	-	-	-	-	-	36	36

A 3.3 Prognose-Planfall

A 3.3.1 Teilpegelanalyse tags

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lärmquelle		**Teilbeurteilungspegel tags**									
			IO 1	**IO 2**	**IO 3**	**IO 4**	**IO 5**	**IO 6**	**IO 7**	**IO 8**	**IO 9**	**IO 10**
	Bezeichnung	**Kürzel**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**1.OG**	**1.OG**
Brillenhersteller												
1	Stellplatz	stpl	19,6	22,7	30,5	42,9	22,1	24,8	28,1	29,8	16,5	16,1
2	Kleintransporter Zufahrt	ktf1	-2,6	0,6	8,9	16,6	-3,8	-1,3	1,6	2,8	-6,7	-7,1
3	Kleintransporter Abfahrt	ktf2	-1,9	1,2	9,4	18,1	-3,1	-0,6	2,5	3,8	-6,0	-6,4
4	Parken Anlieferung	ktp	5,9	9,0	16,8	25,5	4,9	7,3	10,5	12,0	2,0	1,2
5	Entladung Anlieferung	lad	33,0	36,6	44,7	51,3	33,2	35,8	38,4	38,8	30,0	29,9
6	Klimagerät	ht1	15,9	18,9	25,0	26,9	17,4	19,7	21,9	22,1	10,8	10,9
7	Abluftanlage	ht2	20,9	24,1	30,6	35,1	20,8	23,3	25,9	26,4	15,9	15,9
8	Summe Brillenhersteller		34	37	45	**52**	34	36	39	40	30	30
Gewerbeflächen												
9	Vorbelastung 1	fq1	36,8	36,6	36,3	36,0	35,9	35,7	35,4	34,9	35,5	35,8
10	Vorbelastung 2	fq2	28,2	28,2	28,2	28,2	27,5	27,5	27,5	27,4	27,2	27,3
11	B-Plan 12	fq3	**53,7**	**53,7**	47,2	41,1	**44,7**	**44,6**	42,7	38,6	**41,4**	**41,6**
12	B-Plan 12	fq4	44,4	48,9	**53,7**	49,3	41,1	43,2	**44,4**	**41,9**	37,8	37,8
13	Summe Gewerbeflächen		54	55	55	50	47	47	47	44	44	44
14	Gesamtsumme		54	55	55	54	47	48	48	46	44	44

A 3.4 Teilpegelanalyse nachts

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lärmquelle		**Teilbeurteilungspegel nachts**									
			IO 1	**IO 2**	**IO 3**	**IO 4**	**IO 5**	**IO 6**	**IO 7**	**IO 8**	**IO 9**	**IO 10**
	Bezeichnung	**Kürzel**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**2.OG**	**1.OG**	**1.OG**	**1.OG**
Brillenhersteller												
1	Stellplatz	stpl	-56,7	-53,6	-45,8	-33,4	-57,2	-54,5	-51,2	-49,5	-59,8	-60,2
2	Kleintransporter Zufahrt	ktf1	-54,3	-51,1	-42,8	-35,1	-55,5	-53,0	-50,1	-48,9	-58,4	-58,8
3	Kleintransporter Abfahrt	ktf2	-54,4	-51,3	-43,1	-34,4	-55,6	-53,1	-50,0	-48,7	-58,5	-58,9
4	Parken Anlieferung	ktp	-55,1	-52,0	-44,2	-35,5	-56,1	-53,7	-50,5	-49,0	-59,0	-59,8
5	Entladung Anlieferung	lad	-54,1	-50,5	-42,4	-35,8	-53,9	-51,3	-48,7	-48,3	-57,1	-57,2
6	Klimagerät	ht1	15,9	18,9	25,0	26,9	13,8	16,1	18,3	18,5	10,8	10,9
7	Abluftanlage	ht2	20,9	24,1	30,6	35,1	18,9	21,4	24,0	24,5	15,9	15,9
8	Summe Brillenhersteller		22	25	32	36	20	23	25	25	17	17
Gewerbeflächen												
9	Vorbelastung 1	fq1	36,8	36,6	36,3	36,0	35,9	35,7	35,4	34,9	35,5	35,8
10	Vorbelastung 2	fq2	28,2	28,2	28,2	28,2	27,5	27,5	27,5	27,4	27,2	27,3
11	B-Plan 12	fq3	42,7	42,7	36,2	30,1	33,7	33,6	31,7	27,6	30,4	30,6
12	B-Plan 12	fq4	34,4	38,9	43,7	39,3	31,1	33,2	34,4	31,9	27,8	27,8
13	Summe Gewerbeflächen		44	45	45	42	39	39	39	38	38	38
14	Gesamtsumme		44	45	45	43	39	39	39	38	38	38

A 4 Verkehrslärm

A 4.1 Straßenverkehrslärm

A 4.1.1 Verkehrsbelastungen

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ze	Kürzel	Straßenabschnitt	Prognose-Nullfall 2030/35			Prognose-Planfall 2030/35			
			DTV	p_t	p_n	DTV	p_t	p_n	Neuverkehr
			Kfz/ 24 h	%	%	Kfz/ 24 h	%	%	
Holmer Straße (L261)									
1	str1	nordöstlich Zufahrt (außerorts)	2.532	4,4	4,0	3.205	4,5	4,2	673
2	str2	südwestlich Zufahrt (außerorts)	2.532	4,4	4,0	2.605	4,3	4,0	73
3	str3	südwestlich Zufahrt (innerorts)	2.532	4,4	4,0	2.605	4,3	4,0	73

A 4.1.2 Basis-Emissionspegel

Die folgende Zusammenstellung zeigt die in dieser Untersuchung verwendeten Basis-Emissionspegel $L_{m,E}$ gemäß RLS-90. Die Angaben sind auf 1 Pkw- oder Lkw-Fahrt je Stunde bezogen.

Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ze	Straßentyp		Steigung/ Gefälle		Straßenoberfläche		Geschwindigkeiten		Emissionspegel	
			g	D_{Stg}	StrO	D_{StrO}	v_{PKW}	v_{LKW}	$L_{m,E,1}$	
									Pkw	Lkw
	Kürzel	Beschreibung	%	dB(A)		dB(A)	km/h		dB(A)	
1	asph100	nicht geriffelte Gussasphalte, Asphaltbetone und Splitmastix-asphalt	< 5	0,0	asphalt	0,0	100	100	37,2	48,1
2	asph050		< 5	0,0	asphalt	0,0	50	50	30,7	44,3

A 4.1.3 Emissionspegel

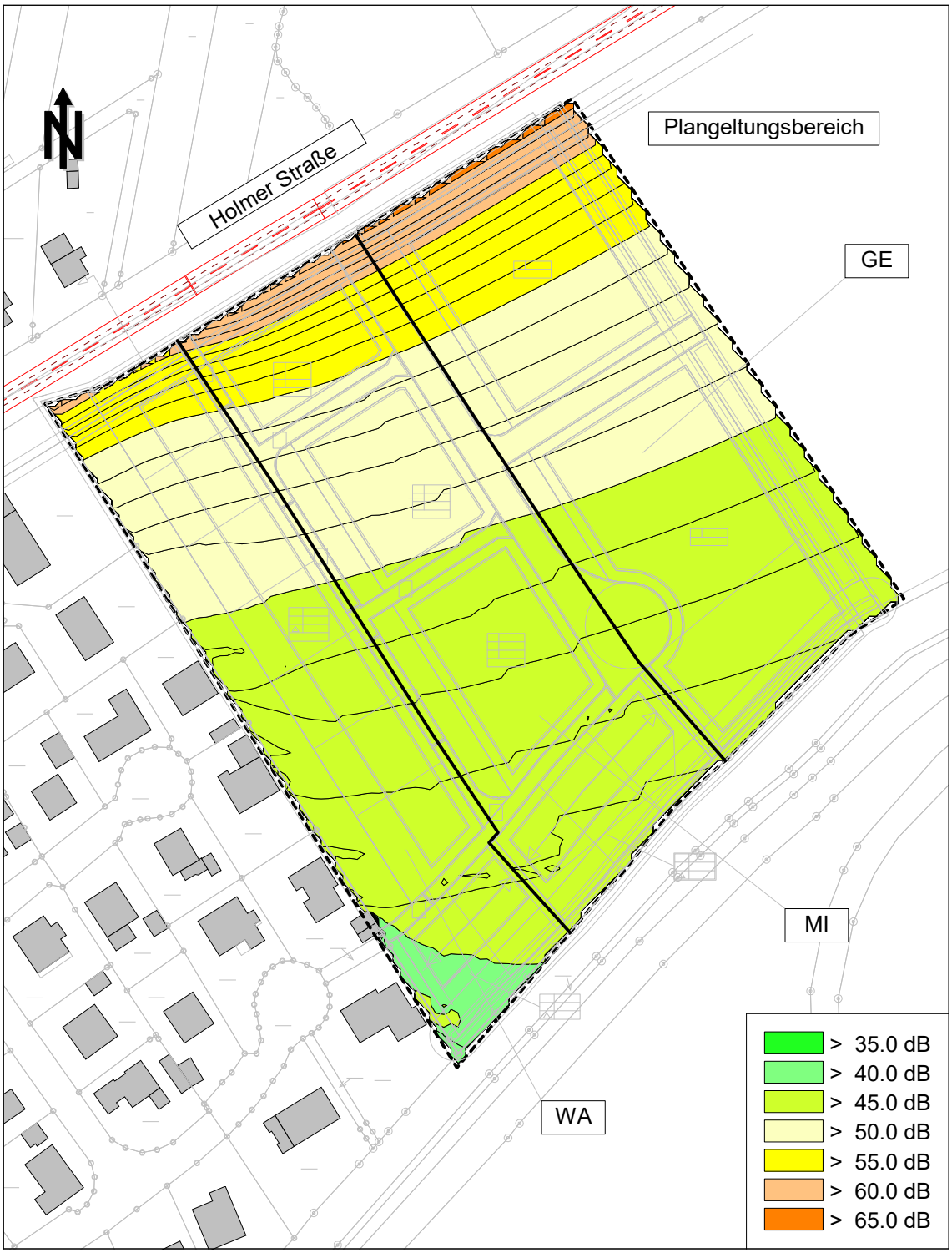
Sp	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Ze	Straßen-abschnitt	Basis-$L_{m,E}$	Prognosehorizont 2030/35						Prognose-Planfall 2030/35					
			maßgebliche Verkehrs-stärken		maßgebl. Lkw-Anteile		Emissions-pegel $L_{m,E}$		maßgebliche Verkehrs-stärken		maßgebl. Lkw-Anteile		Emissions-pegel $L_{m,E}$	
			M_t	M_n	p_t	p_n	tags	nachts	M_t	M_n	p_t	p_n	tags	nachts
			Kfz/h		%		dB(A)		Kfz/h		%		dB(A)	
Holmer Straße (L261)														
1	str1	asph100	143	31	4,4	4,0	60,1	53,3	183	34	4,5	4,2	61,2	53,8
2	str2	asph100	143	31	4,4	4,0	60,1	53,3	147	31	4,3	4,0	60,2	53,3
3	str3	asph050	143	31	4,4	4,0	55,2	48,3	147	31	4,3	4,0	55,3	48,3

A 4.1.4 Zunahmen der Emissionspegel

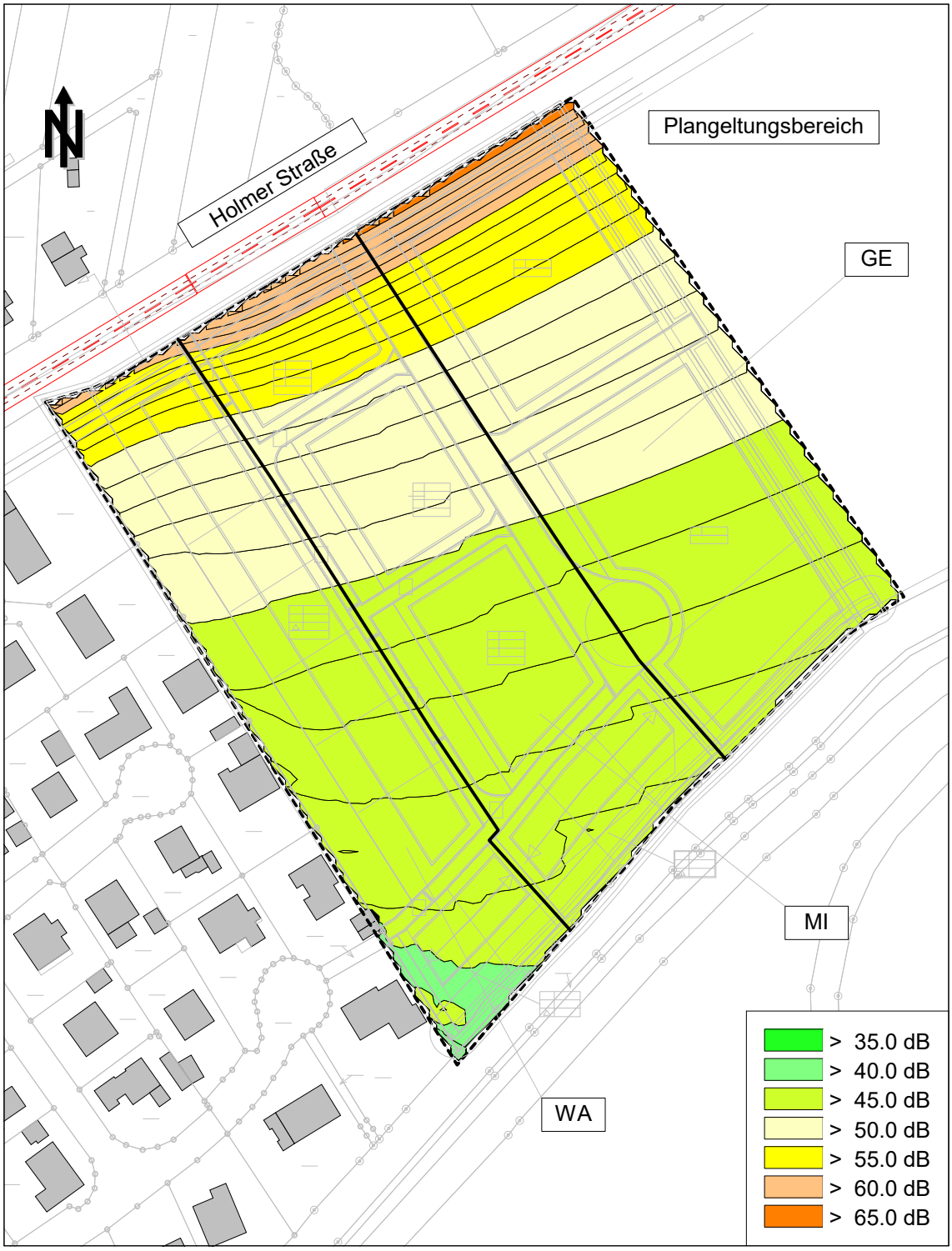
Sp	1	2	3	4	5	6	7	8
Ze	Kürzel	Straßenabschnitt	Emissionspegel $L_{m,E}$					
			Prognose-Nullfall		Prognose-Planfall		Zunahmen	
			tags	nachts	tags	nachts	tags	nachts
			dB(A)					
Holmer Straße (L261)								
1	str1	nordöstlich Zufahrt (außerorts)	60,1	53,3	61,2	53,8	1,1	0,5
2	str2	südwestlich Zufahrt (außerorts)	60,1	53,3	60,2	53,3	0,1	0,0
3	str3	südwestlich Zufahrt (innerorts)	55,2	48,3	55,3	48,3	0,1	0,0

A 4.2 Beurteilungspegel aus Verkehrslärm

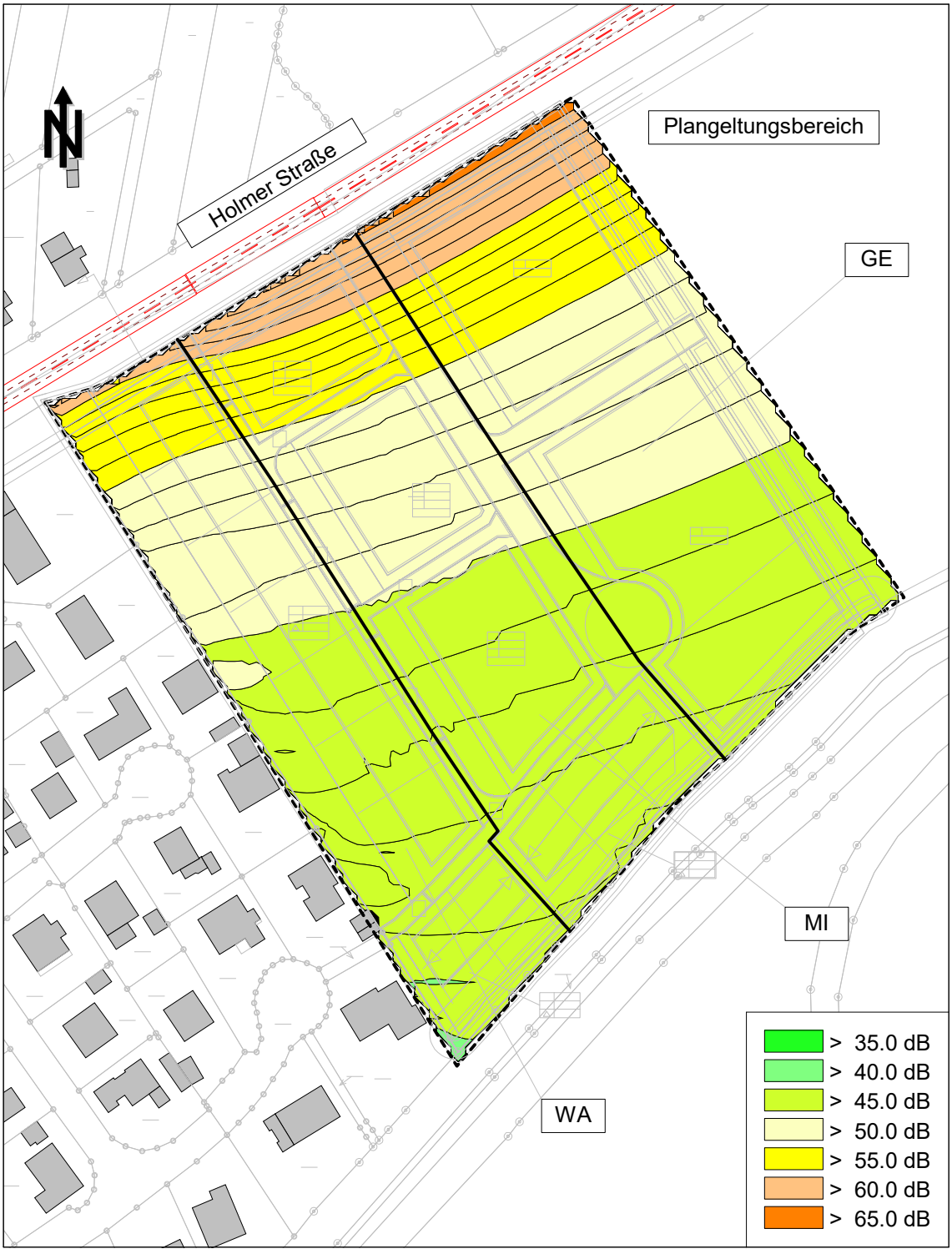
A 4.2.1 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 2,0 m, Maßstab 1:1.750



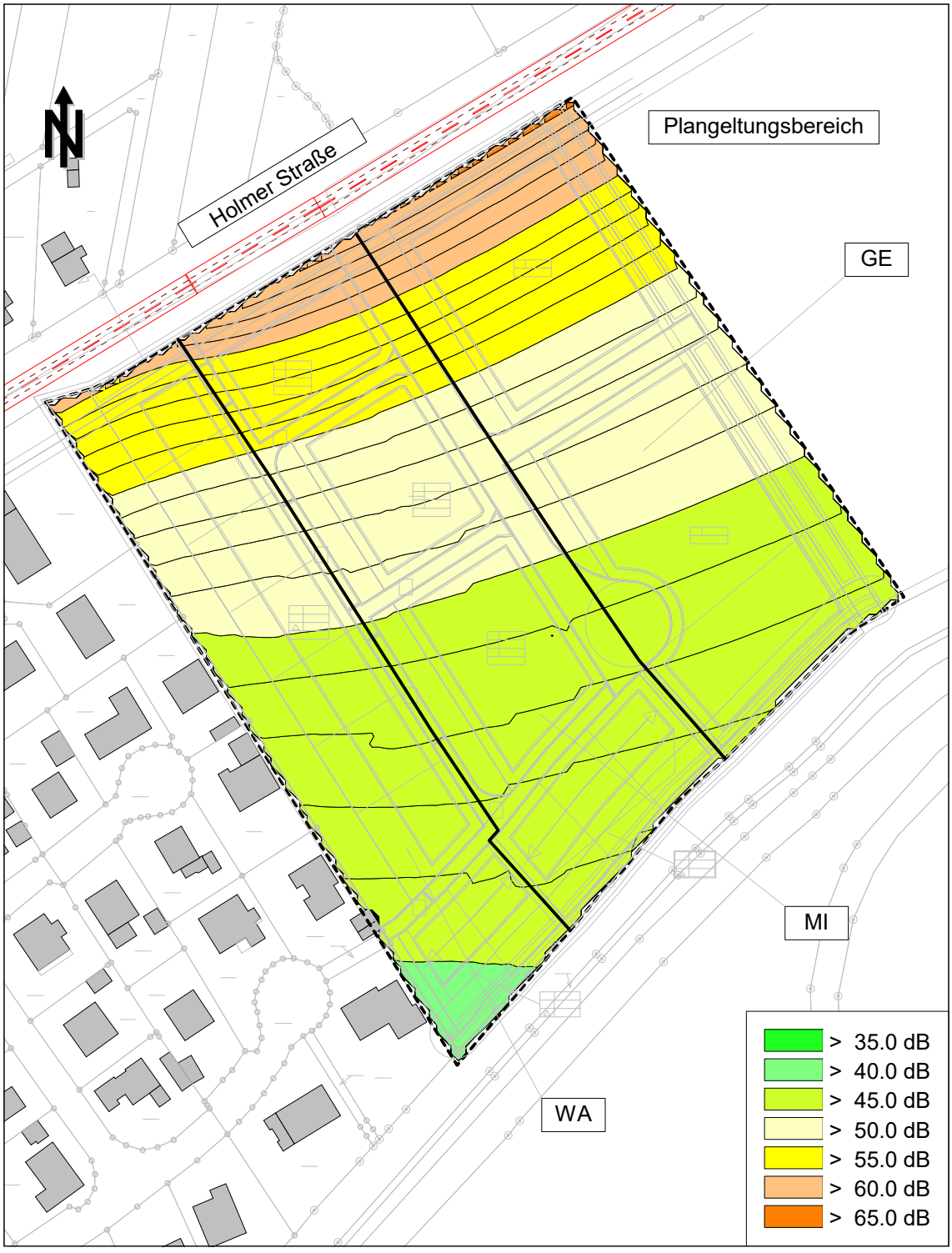
A 4.2.2 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 2,8 m, Maßstab 1:1.750



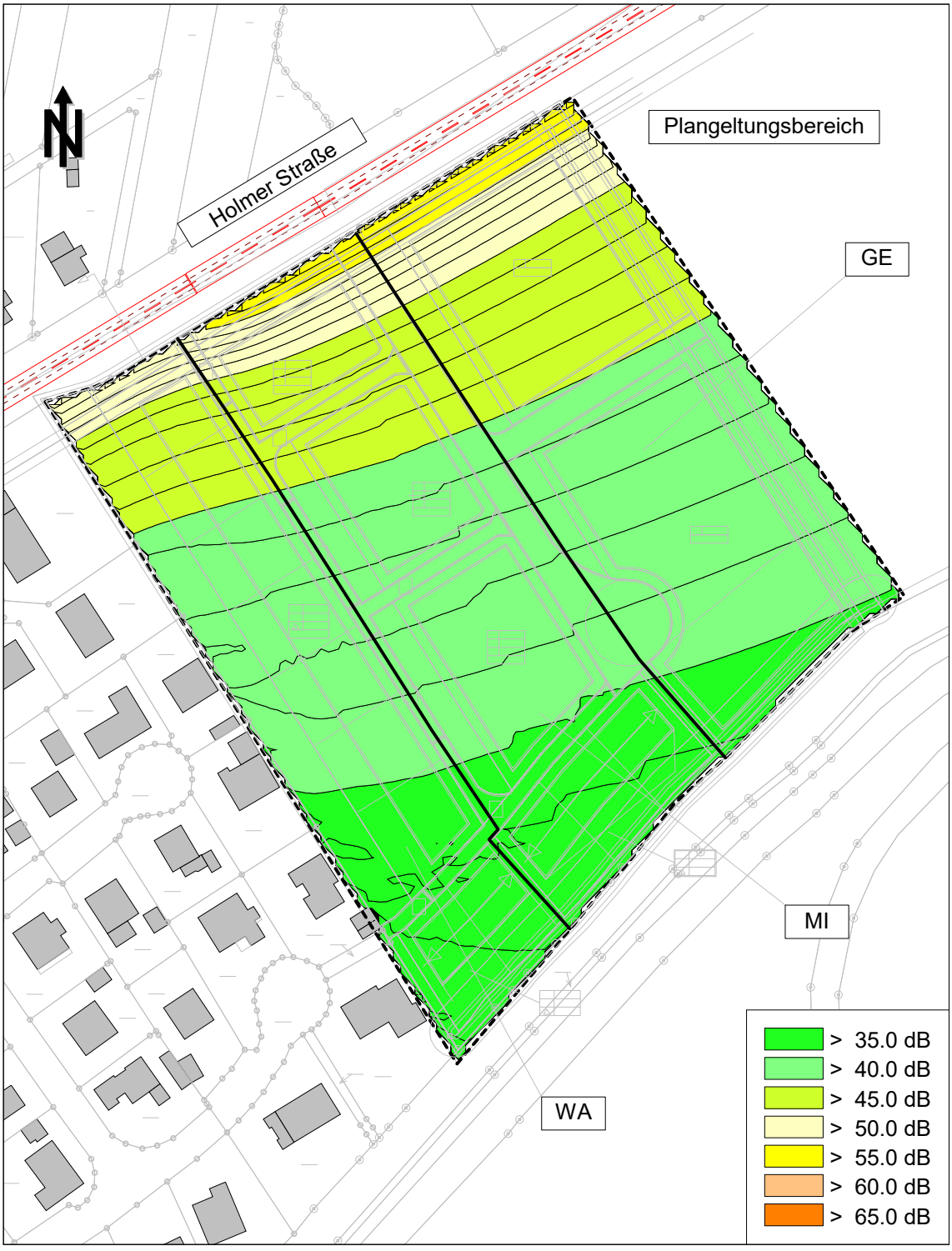
A 4.2.3 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 5,6 m, Maßstab 1:1.750



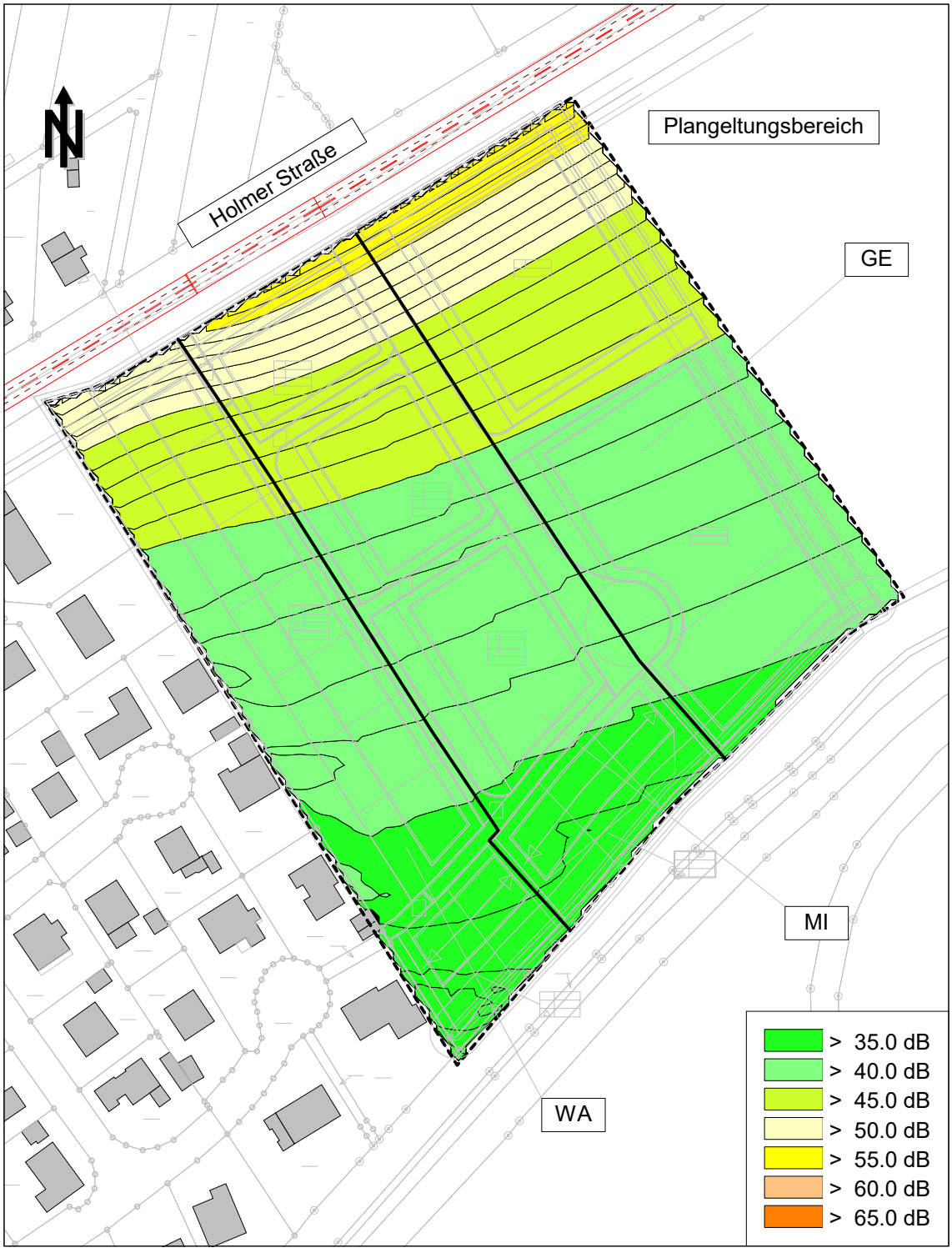
A 4.2.4 Beurteilungspegel tags, Aufpunkthöhe 8,4 m, Maßstab 1:1.750



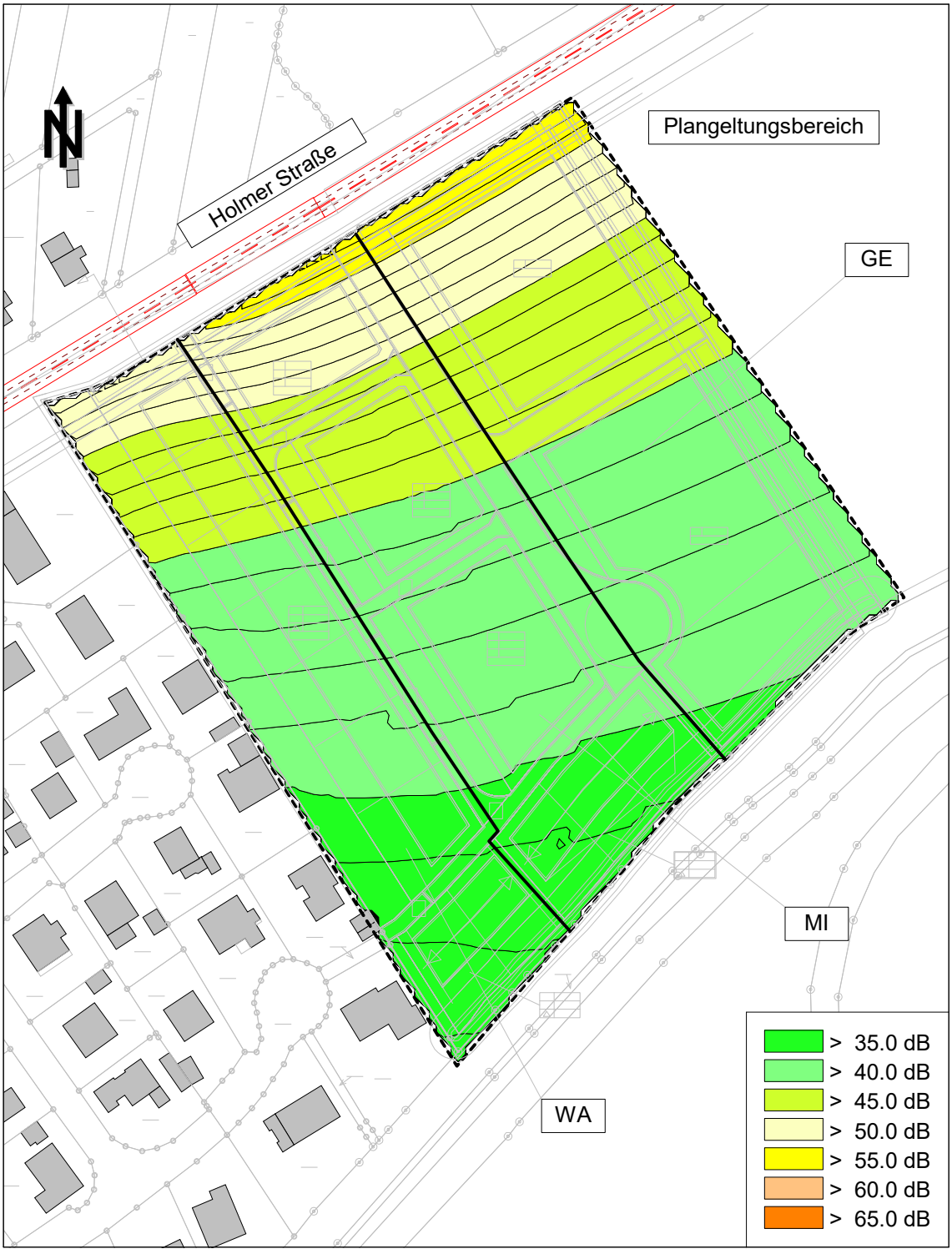
A 4.2.5 Beurteilungspegel nachts, Aufpunkthöhe 2,8 m, Maßstab 1:1.750



A 4.2.6 Beurteilungspegel nachts, Aufpunkthöhe 5,6 m, Maßstab 1:1.750

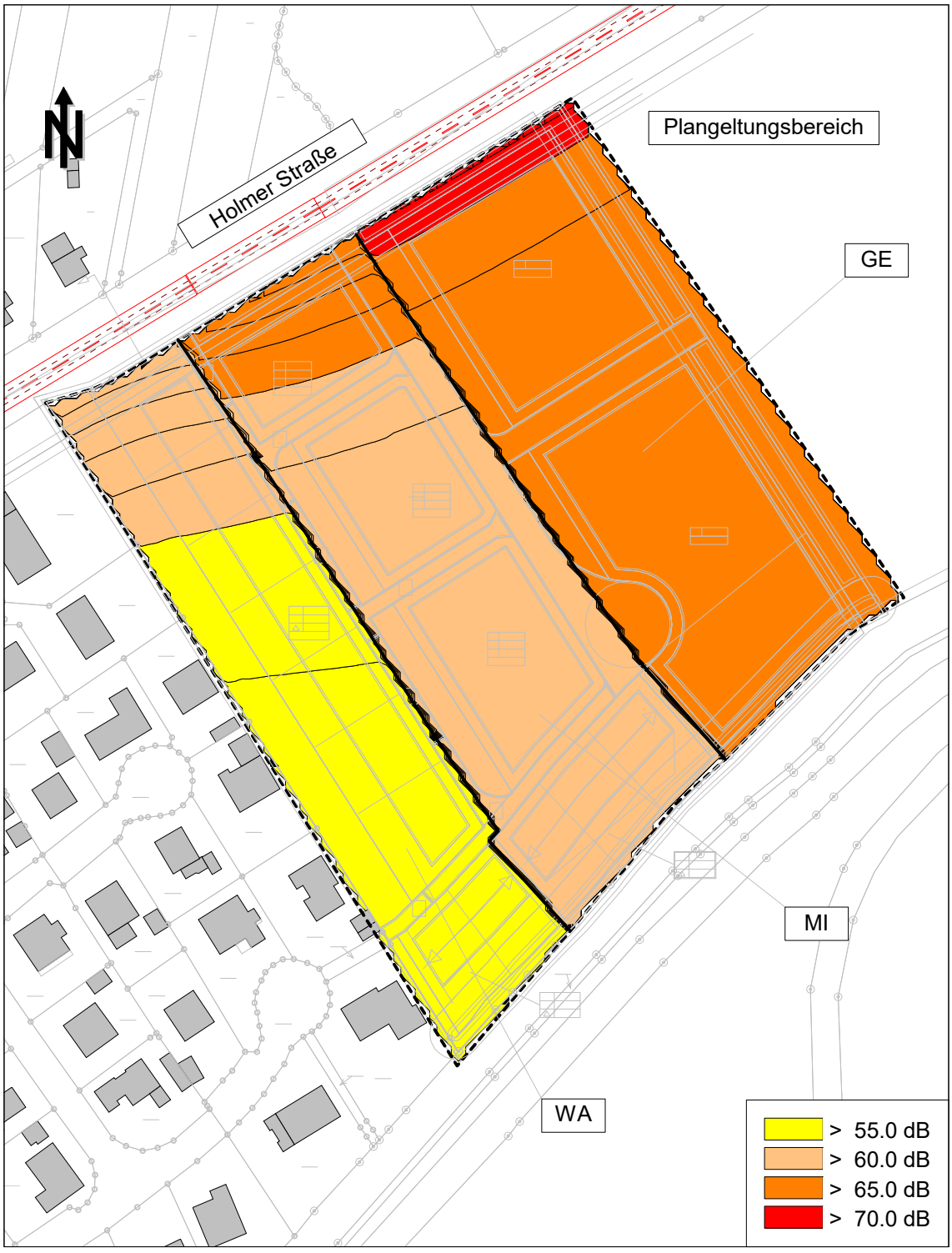


A 4.2.7 Beurteilungspegel nachts, Aufpunkthöhe 8,4 m, Maßstab 1:1.750

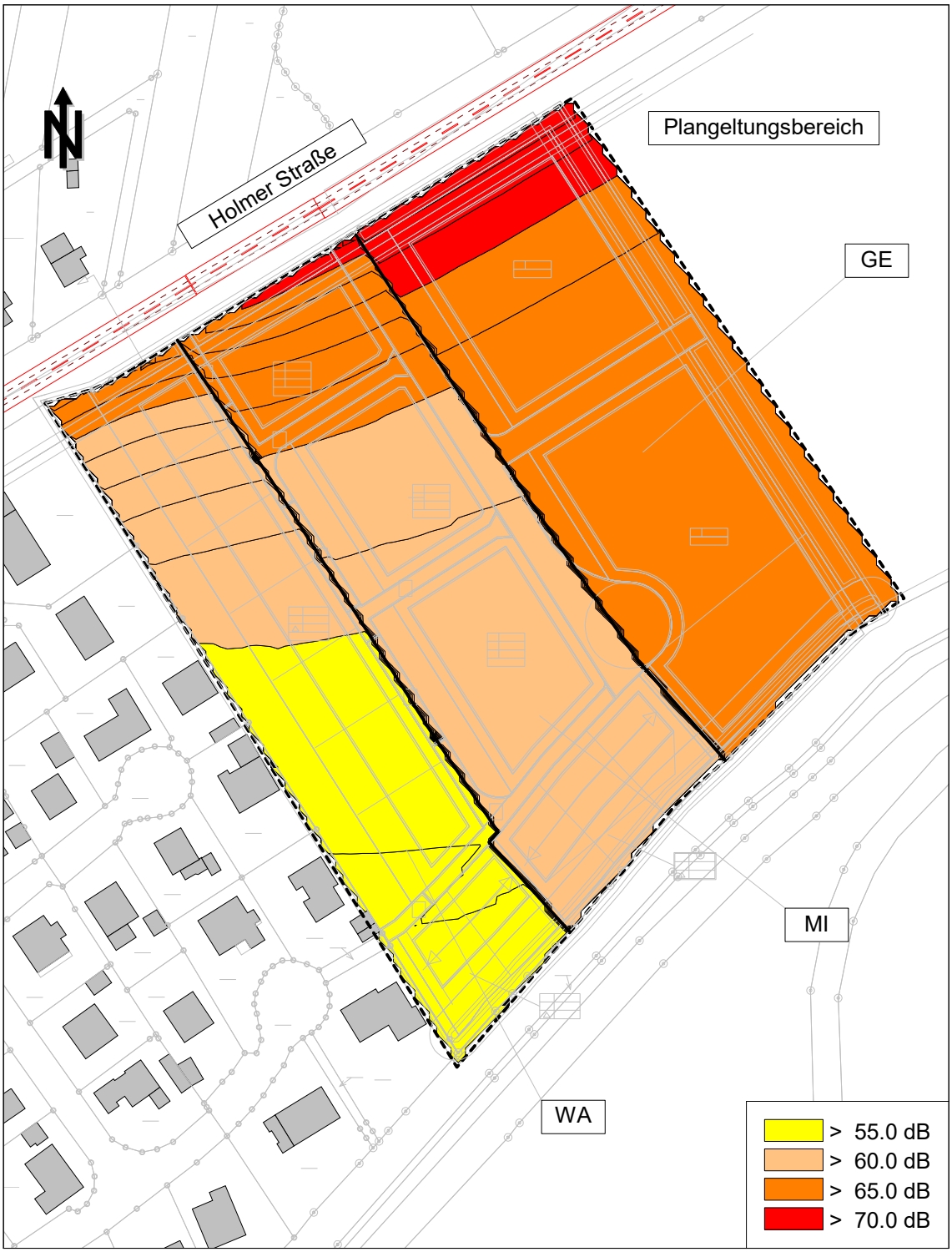


A 5 Maßgeblicher Außenlärmpegel gemäß DIN 4109

A 5.1 für schutzbedürftige Räume, maßgebendes Geschoss, Maßstab 1:1.750



A 5.2 für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden, maßgebendes Geschoss, Maßstab 1:1.750



I. Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

1. Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO)

WA — Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

MI — Mischgebiete (§ 6 BauNVO)

GE(e) — eingeschänkte Gewerbegebiete (§ 8 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

GRZ 0,3 — Grundflächenzahl als Höchstmaß, z. B. 0,3

II — Anzahl der Vollgeschosse als Höchstmaß, z. B. II

TH 6,50m — Traufhöhe als Höchstmaß, z. B. 6,50 m

FH 10,00m — Firsthöhe als Höchstmaß, z. B. 10,00 m

GH 10,00m — Gebäudehöhe als Höchstmaß, z. B. 10,00 m

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO)

Grundflächenzahl als Höchstmaß, z. B. 0,3

Firstrichtung

E — nur Einzelhäuser zulässig

4. Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Öffentliche Straßenverkehrsfläche

Straßenbegrenzungslinie

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Verkehrsberuhigter Bereich

1 — für Fußgänger, Radfahrer, Anlieger, Rettungs- und Instandhaltungsfahrzeuge

2 — für Fußgänger, Radfahrer, Rettungs- und Instandhaltungsfahrzeuge

5. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken

Flächen für Versorgungsanlagen

Elektrizität: Transformatorenstation

6. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

Schmutzwasserkanal, unterirdisch, mit beidseitig 2,50 m Schutzstreifen

7. Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

öffentliche Grünflächen

8. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
(§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 4, § 40 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

9. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6, § 40 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und Abs. 6 BauGB)

Bäume anpflanzen

9. Sonstige Planzeichen

Umgrenzung von Flächen für Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)

M — Flächen für die Aufstellung von Abfallbehältern

G, F, L zg. azv Südholstein — Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten das azv Südholstein zu belastende Flächen

G, F zg. SV Hetlingen — Mit Geh- und Fahrrechten zugunsten des SV Hetlingen zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB), von jeglicher baulichen Anlage, auch Grundstückseinfriedungen freizuhalten

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Sichtdreieck mit 110 m Schenkellänge (70 km/h)

II. Kennzeichnungen, Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 BauGB)

20.00 — Anbauverbotszone entlang der Landesstraße L 261 (§ 29 Abs. 1 StrWG)

III. Darstellungen ohne Normcharakter

vorhandene Grundstücksgrenzen

vorhandene Gebäude mit Nebengebäuden

12/5 — Flurstücksnummern

geplante Grundstücksgrenzen

eingemessene Bäume, Bestand

vorhandener Wall, eingemessen

vorhandener Graben, eingemessen

vorhandener Deich, eingemessen

Gemeinde Hetlingen
Bebauungsplan 12
"Gewerbegebiet"

Planzeichenerklärung (Teil A)

Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Planverfasser:
WIRSIND
ARCHITEKTEN & STADTPLANER

WRS ARCHITEKTEN & STADTPLANER GMBH
Markusstraße 7 20355 Hamburg
Tel 040 39 15 41 stadtplaner@wirsind.net
Axel Winckler Stefan Röhr-Kramer Daniel Schöning

Stand: 04.05.2017 Maßstab 1:1.000 bearb. Röhr-Kramer/Hildebrandt



Gemeinde Hetlingen
Bebauungsplan 12
"Gewerbegebiet"

Planzeichnung (Teil A)

Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Planverfasser:
WIRSIND
ARCHITEKTEN & STADTPLANER

WRS ARCHITEKTEN & STADTPLANER GMBH
Markusstraße 7 20355 Hamburg
Tel 040 39 15 41 stadtplaner@wirsind.net
Axel Winckler Stefan Röhr-Kramer Daniel Schöning

Stand: 04.05.2017 Maßstab 1:1.000 bearb. Röhr-Kramer/Hildebrandt

Gemeinde Hetlingen

Begründung zum Bebauungsplan Nr. 12

für das Gebiet südlich der Holmer Straße, östlich der Wohnbebauung „Blink“,
nördlich der 2. Deichlinie in einer Tiefe von ca. 150 m

Unterlagen zur Beteiligung nach § 3(2) und § 4(2) BauGB
Stand: 04.05.2017



Auftraggeber:

Gemeinde Hetlingen
Hauptstraße 23
25489 Haseldorf
www.hetlingen.de

Auftragnehmer:

WRS ARCHITEKTEN & STADTPLANER GMBH
Markusstraße 7
20355 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Seite

1 Allgemeines ... 1
1.1 Gründe und Planerfordernis ... 1
1.2 Lage im Gemeindegebiet ... 1
1.2.1 Nutzungs- und Freiraumstruktur, Orts- und Landschaftsbild ... 1
1.2.2 Infrastruktur ... 2
1.2.3 Kultur- und sonstige Sachgüter ... 2
1.2.4 Altlasten ... 2
1.3 Bedarfe ... 2

2 Planerische Rahmenbedingungen ... 3
2.1 Raumordnung / Gemeinsame Landesplanung ... 3
2.1.1 Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP) ... 3
2.1.2 Regionalplan (RegPlan) / Regionales Entwicklungskonzept (REK) ... 4
2.2 Bauleitplanung ... 5
2.2.1 Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen (2013) ... 5
2.2.1 Benachbarter Bebauungsplan Nr. 3 ... 5
2.3 Städtebaulicher Rahmenplan der Gemeinde Hetlingen (1996) ... 6
2.4 Planungsvorgaben Natur und Landschaft ... 6
2.4.1 Landschaftsplan ... 6
2.4.2 Schutzgebiete und Objekte ... 6

3 Ziele des Bebauungsplanes Nr. 12 ... 7
3.1 Einbindung dieses Bebauungsplanes ... 7
3.2 Siedlungsentwicklung ... 7
3.2.1 Erschließung / Infrastruktur ... 7
3.2.2 Orstbild / Landschaftsbild / Naherholung ... 8
3.3 Naturschutz und Landschaftspflege ... 8
3.4 Landschaftsplanung ... 8
3.5 Alternative Flächen ... 8

4 Städtebauliches Konzept ... 9
4.1 Art der baulichen Nutzung ... 9
4.1.1 Allgemeine Wohngebiete WA ... 9
4.1.2 Mischgebiete MI ... 10
4.1.3 Eingeschränkte Gewerbegebiet GEe ... 10
4.1.4 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte ... 11
4.2 Maß der baulichen Nutzung ... 11
4.2.1 Mindestgrundstücksgröße, Zahl der Wohneinheiten ... 11
4.2.2 Überbaubare Grundstücksfläche ... 12
4.2.3 Grundflächenzahl ... 12
4.2.4 Geschossigkeit, Bauweise ... 12
4.2.5 Höhenbegrenzung und Höhenlage der Gebäude ... 12
4.3 Gestaltung ... 13
4.3.1 Dachgestaltung ... 13
4.3.2 Fassadengestaltung ... 13
4.3.3 Farbtöne ... 14
4.3.4 Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie ... 14
4.3.5 Einfriedungen ... 14
4.3.6 Anforderungen an die Gestaltung von Werbeanlagen ... 14

5 Natur und Landschaft ... 15
5.1 Öffentliche Grünflächen ... 15
5.2 Flächen für Anpflanzungen ... 15
5.3 Eingriffs- und Ausgleichsregelung ... 16

6 Erschließung ... 18
6.1 Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz ... 18
6.2 Sichtdreiecke ... 18

6.3 Innere Erschließung / Planstraßen / Verkehrsflächen bes. Zweckbestimmung.....18
6.4 Fußläufige Erschließung 18
6.5 Öffentliche Parkplätze.....19
6.6 Private Stellplätze 19
6.7 Nebenanlagen.....19
7 Ver- und Entsorgung 20
7.1 Trinkwasser 20
7.2 Schmutzwasser 20
7.3 Oberflächenentwässerung.....20
7.4 Brandschutz 22
7.5 Energieversorgung.....22
7.6 Abfallbeseitigung.....22
7.7 Fernmeldetechnische Versorgung.....22
8 Immissionsschutz..... 22
8.1 Gewerbelärm 23
8.2 Verkehrslärm.....23
9 Umweltprüfung 25
10 Landschaftsplanerischer Beitrag..... 25
11 Hinweise..... 25
11.1 Kulturdenkmäler.....25
11.2 Schmutzwasserkanal.....26
12 Nachrichtliche Übernahmen 26
12.1 Anbauverbotszone 26
13 Flächenbilanz 26
13.1 Flächen 26
13.2 Kosten 27
14 Anlagen..... 27

1 Allgemeines

Grundlagen dieses Bebauungsplanes sind:

das **Baugesetzbuch** (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), in der zuletzt geänderten Fassung,

die **Baunutzungsverordnung** (BauNVO) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), in der zuletzt geänderten Fassung,

die **Planzeichenverordnung 1990** (PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), in der zuletzt geänderten Fassung,

die **Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein** (LBO SH) vom 22. Januar 2009 (GVOBl. 2009, S. 6), in der zuletzt geänderten Fassung,

das **Bundesnaturschutzgesetz** vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), in der zuletzt geänderten Fassung,

das **Gesetz zum Schutz der Natur** (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG SH) vom 24. Februar 2010 (GVOBl. S. 301), in der zuletzt geänderten Fassung,

die **Landesverordnung über gesetzlich geschützte Biotope** (Biotopverordnung) vom 22. Januar 2009 (GOVBl. 2009, S. 52),

der **Regionalplan für den Planungsraum I, Schleswig-Holstein Süd**, Fortschreibung,

der **Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP)** (Amtschl. SH 2010 S. 719),

der **Landschaftsplan Gemeinde Hetlingen** mit Stand aus dem Jahr 1998.

1.1 Gründe und Planerfordernis

Mit der Ausweisung eines Allgemeinen Wohngebietes, eines Mischgebietes und eines eingeschränkten Gewerbegebietes am nordöstlichen Rand der Gemeinde werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen in erster Linie für Umsiedelung und Expansion von ortsansässigen Gewerbebetrieben sowie in zweiter Linie für die Errichtung von Wohngebäuden geschaffen. Damit wird der festgestellten endogenen Nachfrage an Wohnbau- und Gewerbegrundstücken entsprochen.

Im geltenden Flächennutzungsplan aus dem Jahr 2013 ist die Fläche des Plangeltungsbereiches im westlichen Bereich als Mischgebiet und im östlichen Bereich als Gewerbegebiet dargestellt. Einen rechtskräftigen Bebauungsplan für das Gebiet gibt es bisher nicht. Das Planerfordernis nach § 1 (3) BauGB für die Aufstellung dieses Bebauungsplanes ist damit gegeben.

1.2 Lage im Gemeindegebiet

Das Plangebiet liegt am nordöstlichen Rand der Gemeinde Hetlingen. Im Norden grenzt es an die Holmer Straße (L 261), im Osten an freie Landschaft, im Süden an den Deich (2. Deichlinie) und im Westen an das Wohngebiet „Blink".

1.2.1 Nutzungs- und Freiraumstruktur, Orts- und Landschaftsbild

Das Plangebiet grenzt im Osten an die freie Landschaft, südlich angrenzend befinden sich ein Entwässerungsgraben und ein Deich der 2. Deichlinie. Unmittelbar im Westen grenzt der Siedlungskörper mit Einfamilienhausbebauung an.

Derzeit wird die Fläche landwirtschaftlich genutzt. Die einzige Zufahrt befindet sich am nordwestlichen Rand des Plangebietes.

Das Ortsbild westlich des Plangebietes ist geprägt durch zusammenhängende Bebauung mit überwiegend Einfamilienhäusern. Nördlich, östlich und südlich dominieren die landwirtschaftliche Nutzung sowie der Deich das Landschaftsbild.

1.2.2 Infrastruktur

In der Gemeinde Hetlingen gibt es diverse Vereine, Bildungseinrichtungen und Freizeitangebote. Der Kindergarten und die Grundschule liegen ca. 1.100 m vom Plangebiet entfernt, weiterführende Schulen sind in Wedel (ca. 8,5 km entfernt) ansässig. Der Sportverein mit Fußballplatz und zwei Tennisplätzen ist ca. 1.000 m vom Plangebiet entfernt im Ortskern gelegen. Im Plangebiet selbst sind keine Infrastruktureinrichtungen vorhanden oder geplant.

1.2.3 Kultur- und sonstige Sachgüter

Kulturgüter besitzen als Zeugnis menschlichen Handelns einen politisch-gesellschaftlichen Wert, denn sie geben Aufschluss über das Leben früherer hier lebender Menschen.

Der westliche Teil des Plangebiets liegt im archäologischen Interessensgebiet „Geesthügel Hetlingen“ des Archäologischen Landesamtes. Es ist mit kaiserzeitlichen und frühmittelalterlichen Funden zu rechnen.

Werden während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 15 DSchG der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.

1.2.4 Altlasten

Altlastenstandorte oder Altlastenverdachtsflächen sind im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes nicht bekannt. Hinweise auf Altlasten aus der früheren landwirtschaftlichen Nutzung liegen bisher nicht vor.

1.3 Bedarfe

Schon 2013 hatten sechs ortsansässige Gewerbebetriebe Interesse an Gewerbeflächen außerhalb des Ortskerns angemeldet. Diese Betriebe liegen alle in vollständig bebauten Wohn-, Misch- oder Dorfgebieten im Ortskern. Deren beengte Situation führt zu Konflikten mit den Nachbarn und bietet den Betrieben kaum Expansionsmöglichkeiten.

Derzeit gibt es konkrete Anfragen für zwei Gewerbeflächen und eine Mischgebietsfläche von ortsansässigen Betrieben an die Gemeinde. Diese Betriebe sind auf längere Sicht innerhalb des Ortskerns nicht zukunftsfähig. In der Gemeinde sind zudem keine alternativen Gewerbeflächen vorhanden, die Betriebe sollen, nicht zuletzt wegen der mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze, am Ort gehalten werden.

2 Planerische Rahmenbedingungen

2.1 Raumordnung / Gemeinsame Landesplanung

2.1.1 Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP)

Der Landesentwicklungsplan schafft auf Landesebene die räumlichen Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung. Ziel der Landesregierung ist es, Wachstum zu schaffen und gleichzeitig die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Die Raumordnung hat dabei die Aufgabe, die vielfältigen und teilweise konkurrierenden Nutzungsansprüche an den Raum zu koordinieren und Gestaltungs- und Ermessensspielräume im Sinne dieser Ziele zu nutzen.

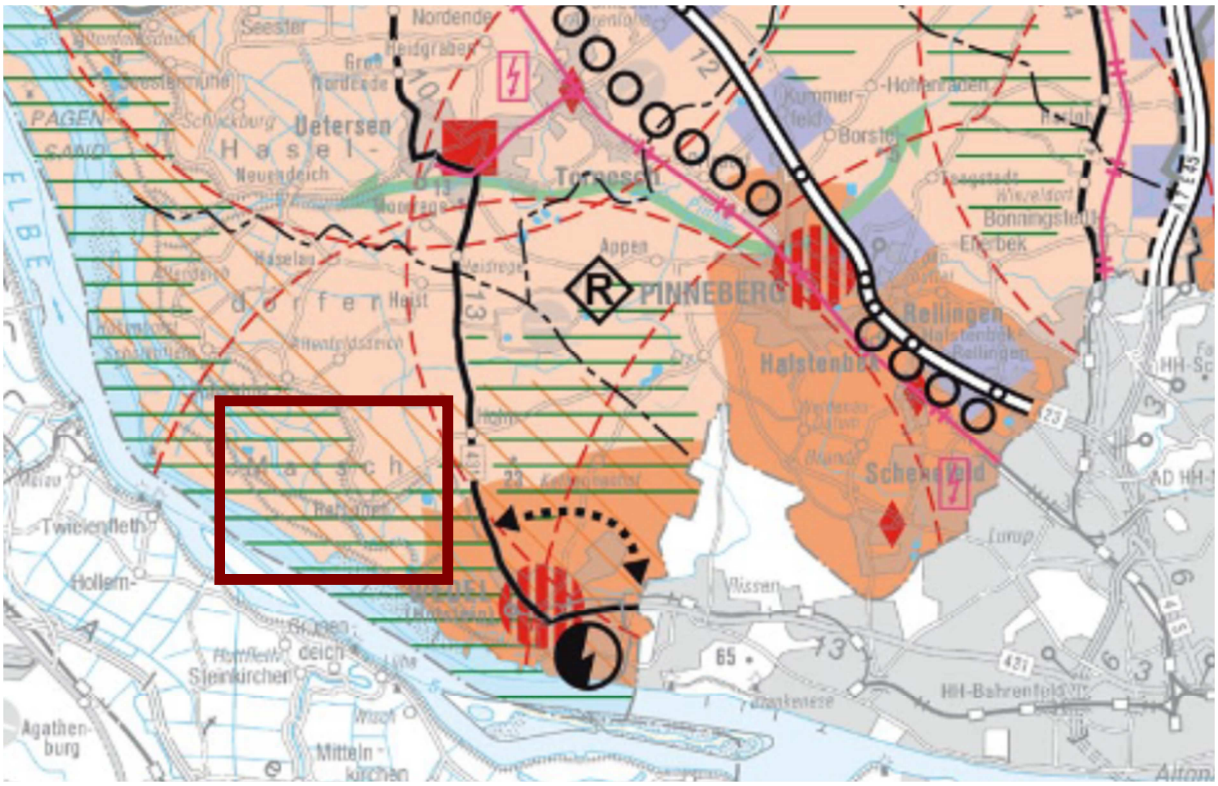


Abb. 1: Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (2010, Ausschnitt)

Der LEP stuft die Gemeinde Hetlingen als Gemeinde im Ordnungsraum um Hamburg ein. In Ordnungsräumen erfolgt die Siedlungsentwicklung vorrangig auf den Siedlungsachsen und ist außerhalb der Siedlungsachsen auf die Zentralen Orte zu konzentrieren. "In Gemeinden, die keine [Siedlungs-] Schwerpunkte sind [wie Hetlingen], können im Zeitraum 2010 bis 2025 bezogen auf ihren Wohnungsbestand am 31.12.2009 neue Wohnungen im Umfang von bis zu 15% in den Ordnungsräumen [...] gebaut werden." (Ziffer 2.5.2 4Z)

In Bezug auf die Gewerbeentwicklung ist dem LEP folgende Aussage zu entnehmen: „Alle Gemeinden können unter Beachtung ökologischer und landschaftlicher Gegebenheiten eine bedarfsgerechte Flächenvorsorge für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe sowie die Ansiedlung ortsangemessener Betriebe treffen.“ (Ziffer 2.6 1G)

Der Bebauungsplan Nr. 12 entspricht den hier gemachten Vorgaben, da mit diesem Bebauungsplan zum Einen maximal 25 Wohneinheiten, zum Anderen Gewerbeflächen für den örtlichen Bedarf geschaffen werden sollen.

2.1.2 Regionalplan (RegPlan) / Regionales Entwicklungskonzept (REK)

Der Regionalplan (RegPlan) für den Planungsraum I / Schleswig-Holstein Süd stellt die übergeordneten Planungsvorgaben und Handlungsspielräume für die kommunale Bauleitplanung dar. Der Bebauungsplan Nr. 21 entspricht den hier gemachten Vorgaben.

Für die Metropolregion Hamburg ist im REK 2000 von der Stadt Hamburg und den angrenzenden schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Landkreisen für die Metropolregion ein trilaterales Leitbild und Handlungskonzept erarbeitet worden.

Die Raumordnungspläne für die Metropolregion Hamburg stellen als gemeinsames räumliches Leitbild eine Entwicklung entlang bestimmter Achsen und die dezentrale Konzentration in diesen Achsenräumen dar. Es sind zentrale Orte sowie Entwicklungs- und Entlastungsorte festgelegt. Innerhalb der Region soll bei der planerischen Umsetzung von Projekten und Vorhaben dem Prinzip der innerregionalen Vernetzung gefolgt werden.

Im Folgenden werden die das Plangebiet betreffenden Vorgaben der regionalen Landesplanung und des REK (als informelles Planungsinstrument) dargestellt.

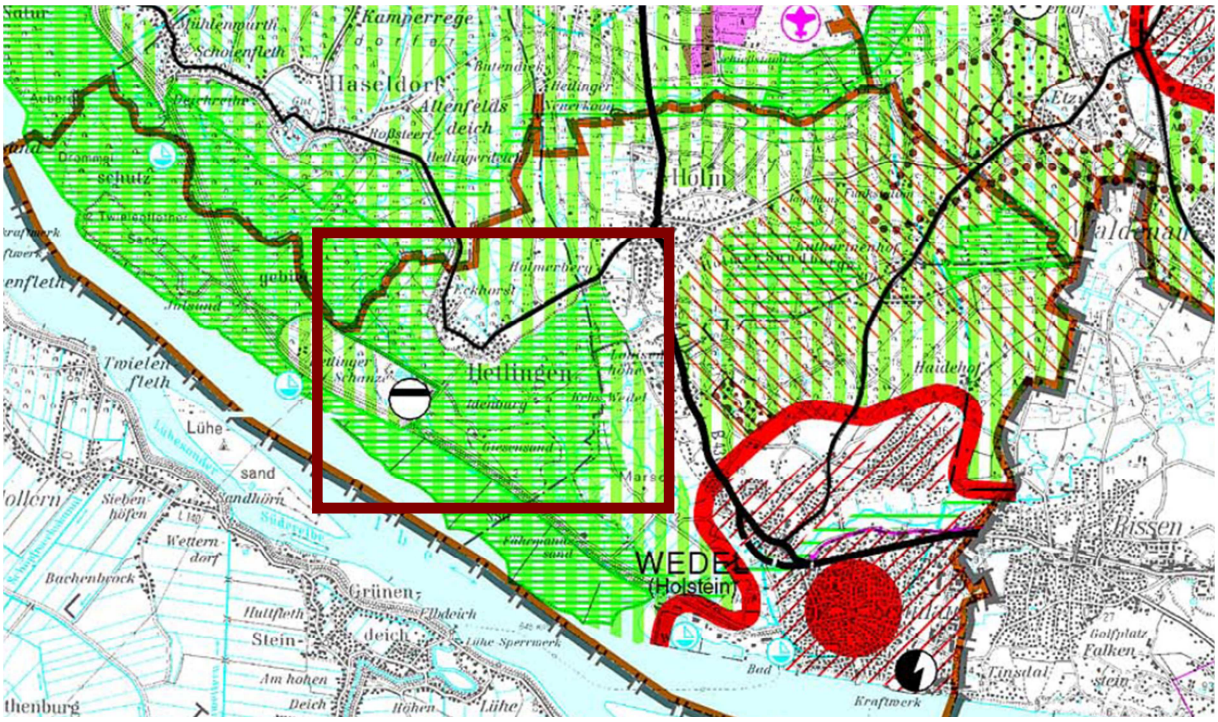


Abb. 2: Regionalplan (1998, Ausschnitt)

Die Gemeinde Hetlingen gehört zum Kreis Pinneberg im Planungsraum I / Schleswig-Holstein Süd. Der Regionalplan und das REK stellen dar, dass Hetlingen im Ordnungsraum um Hamburg liegt, in dem sich die weitere Entwicklung des Ordnungskonzepts entlang von Siedlungsachsen vollziehen soll.

Die Gemeinde liegt außerhalb der Verdichtungsräume und abseits der Grundrichtung der Siedlungsachsen. Folglich soll nur der örtliche Bedarf der Wohnbauentwicklung gedeckt werden. Hinsichtlich der Entwicklung von Gewerbeflächen wird der Gemeinde die Möglichkeit eingeräumt, Flächenvorsorge für die Ansiedelung ortsangemessener Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sowie für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe zu treffen.

Die Ziele dieses Bebauungsplanes befinden sich damit im Einklang mit den Zielen der Raumordnung.

2.2 Bauleitplanung

2.2.1 Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen (2013)

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan von 2013 weist im westlichen Teil gemischte, im östlichen Teil gewerbliche Bauflächen aus. Zwischen diesen gemischten Bauflächen und dem vorhandenen Wohngebiet „Blink“ sowie parallel zur Holmer Straße ist jeweils ein öffentlicher Grünstreifen vorgesehen. Die Ausweisung des Mischgebietes soll gemäß Begründung zum FNP der Entflechtung von Gewerbe- und Wohnnutzung innerhalb der Ortslage dienen. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 12 kann alternativ mit der angedachten Dreiteilung in Wohngebiet, Mischgebiet und Gewerbegebiet aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt werden, da der Trennungsgrundsatz von Wohnen und Gewerbe gewahrt wird.

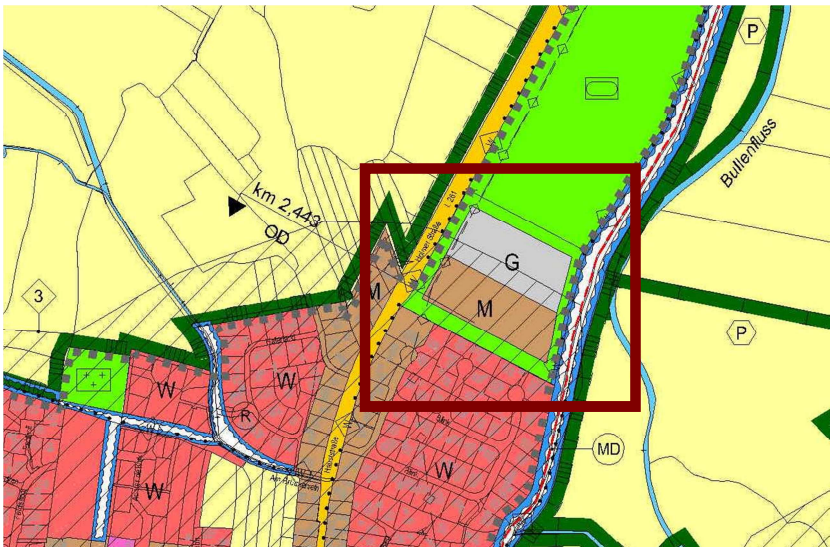


Abb. 3: Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen (2013, Ausschnitt)

2.2.1 Benachbarter Bebauungsplan Nr. 3

Westlich grenzt das Plangebiet an das Wohngebiet „Blink“, das in der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 (1973) als Mischgebiet mit offener Bauweise festgesetzt ist.

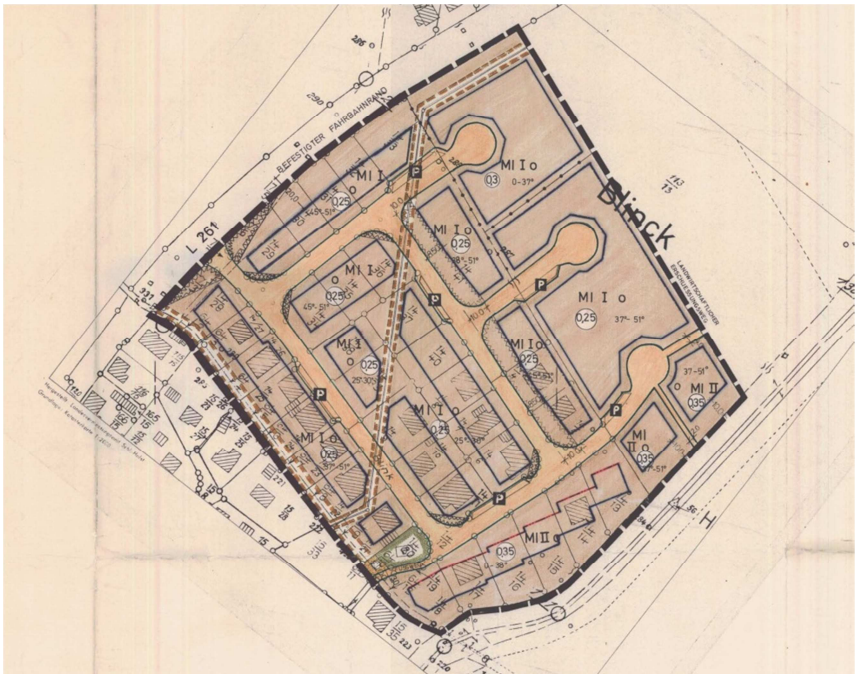


Abb. 3: Bebauungsplan Nr. 3, 2. Änderung der Gemeinde Hetlingen (1973)

2.3 Städtebaulicher Rahmenplan der Gemeinde Hetlingen (1996)

Der Entwurf zum städtebaulichen Rahmenplan der Gemeinde Hetlingen aus dem Jahr 1996 stellt eine Ergänzung der Wohnbebauung „Blink“ durch weitere Wohngebäude dar. Als Abgrenzung zur damals geplanten Sportanlage ist eine Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft verzeichnet.

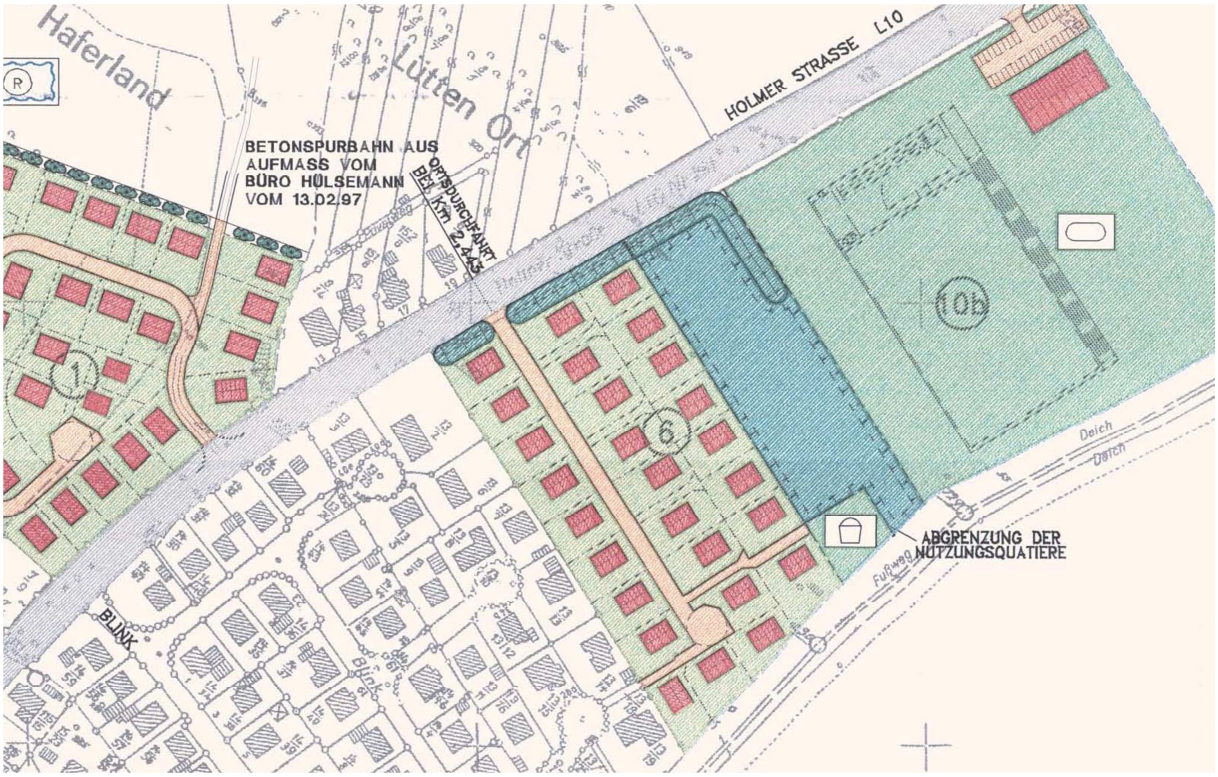


Abb. 4: Städtebaulicher Rahmenplan (1996, Ausschnitt)

2.4 Planungsvorgaben Natur und Landschaft

2.4.1 Landschaftsplan

Der Landschaftsplan der Gemeinde Hetlingen wurde am 20.07.1998 festgestellt. Die Entwicklungskonzeption sieht für den Geltungsbereich dieses B-Plans in Fortsetzung des heutigen Siedlungsrands in einer Breite von 100 m gemischte Bauflächen oder Wohnbauflächen und daran anschließend eine alternative Sonderfläche Sport vor. Die angrenzende Baumreihe an der L261 ist als Allee dargestellt.

2.4.2 Schutzgebiete und Objekte

Im Geltungsbereich des Bebaungsplanes sind keine Biotope gemäß Biotopverordnung vorhanden. Südlich angrenzend an den südlich an das Plangebiet grenzenden Deich der 2. Deichlinie befindet sich das Natura 2000- und EU-Vogelschutzgebiet Nr. 2323-401.

3 Ziele des Bebauungsplanes Nr. 12

Ziel der Planung ist zum Einen die Schaffung von Misch- und eingeschränkten Gewerbeflächen für die Verlagerung oder Erweiterung bereits ortsansässiger und die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe sowie zum Anderen die Entwicklung weiterer Wohnbauflächen zur Deckung des örtlichen Bedarfes. Dabei werden alle planerischen Vorgaben der Landesplanung und der übergeordneten Bauleitplanung berücksichtigt.

3.1 Einbindung dieses Bebauungsplanes

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 12 „Gewerbegebiet" hat die Gemeinde Hetlingen die Erschließung einer ca. 3 ha großen landwirtschaftlich genutzten Fläche am Ortsrand beschlossen.

Der LEP 2010 beschreibt die Gemeinde Hetlingen als **Gemeinde ohne zentralörtliche Einstufung** im Ordnungsraum Hamburg (Ziff. 2.5.2 Abs. 3, siehe auch Kap. 2.1.2). Als Gemeinde im Achsenzwischenraum soll sie den **örtlichen Bedarf** decken. Für die aktuellen Bedarfe (insbesondere an Gewerbeflächen) sind derzeit **keine alternativen Flächenpotentiale** im Gemeindegebiet vorhanden, da weder der Flächennutzungsplan andere Gewerbeflächen ausweist noch weitere Bebauungspläne vorhanden sind. In anderen Bebauungsplänen ausgewiesene Wohn- und gemischte Bauflächen sind bereits vollständig ausgeschöpft.

Die hier überplante Fläche am östlichen Rand der Gemeinde Hetlingen eignet sich aufgrund ihrer direkten Anbindung an das übergeordnete Straßennetz sowie der Randlage in besonderem Maße für eine gewerbliche Entwicklung. Aufgrund der direkten Nachbarschaft zu bestehender Wohnbebauung eignet sich das Gebiet zudem für eine wohnbauliche Entwicklung. Die Entwicklung von gemischten Bauflächen dient einerseits als Puffer zwischen Wohn- und eingeschränktem Gewerbegebeit und andererseits zur Deckung des in Kapitel 1.3 beschriebenen bestehenden Bedarfes an gemischten Bauflächen.

3.2 Siedlungsentwicklung

3.2.1 Erschließung / Infrastruktur

Für die Erschließung des Neubaugebietes sind folgende Ziele maßgebend:

- gute Erreichbarkeit des überregionalen Straßennetzes (L 261, B 431 und A 23)
- flächensparende Erschließung innerhalb des Plangebietes

Mit diesem Bebauungsplan werden Flächen im Anschluss an den bestehenden Siedlungskörper mit direkter Anbindung an die L 261 entwickelt. Damit besteht eine Verknüpfung mit dem übergordneten Straßennetz und den Gemeindestraßen gleichermaßen.

Hetlingen verfügt über eine für die Gemeindegröße (ca. 1.300 Einwohner) gute soziale Infrastruktur. In der Gemeinde gibt es zahlreiche Vereine, Bildungseinrichtungen und Freizeitangebote (Sportvereine, kulturelle Einrichtungen).

Die Kindertagesstätte und die Grundschule liegen ca. 1.000 m vom Plangebiet entfernt im Zentrum der Gemeinde. In ebenfalls ca. 1.000. Entfernung befinden sich die Sportanlagen sowie die freiwillige Feuerwehr, weiterführende Schulen in Moorrege, Uetersen und Wedel. Die Kirche liegt ca. 600 m vom Plangebiet entfernt. Im Plangebiet selbst sind keine Infrastruktureinrichtungen vorhanden oder geplant.

3.2.2 Orstbild / Landschaftsbild / Naherholung

Das Plangebiet liegt am nordöstlichen Rand der Ortslage. Die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung prägt das Orts- und Landschaftsbild. Der Deich der 2. Deichlinie begrenzt das Plangebiet auf der Südseite, westlöich liegen die vorhandene Bebauung des Wohngebietes „Blink". Die Allee entlang der Holmer Straße (L 261) fasst das Plangebiet von Norden, nach Osten erstrecken sich landwirtschaftlich genutzte Flächen. Für das Ortsbild bildet das Plangebiet den Übergang der Siedlung in die freie Landschaft.

Das Plangebiet selbst hat keine direkte Bedeutung für die Naherholung, da es zurzeit landwirtschaftlich genutzt und im Sinne der Naherholung nicht erschlossen ist.

Im Rahmen dieser Maßnahme werden rein fußläufige Anbindungen an das Wohngebiet „Blink" und die Holmer Straße geschaffen. Zudem wird eine Anbindung an den im Flächennutzungsplan weiter nordöstlich vorgesehenen Sportplatz östlich des Plangebietes planungsrechtlich gesichert.

Das Landschaftsbild kann durch Maßnahmen wie die Anpflanzung von groß- und kleinkronigen Bäumen in den Saumstreifen, im Straßenraum und auf den Grundstücken sowie durch einen neu anzulegenden grünen Ortsrand landschaftsgerecht neu gestaltet werden.

3.3 Naturschutz und Landschaftspflege

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sind gemäß dem Verfahren und den inhaltlichen Anforderungen nach § 1 (6) Nr. 7 BauGB in Verbindung mit § 1a BauGB die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Umweltschutzes zu beachten und zu berücksichtigen. Gemäß § 1a (2) BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden, dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen (Bodenschutzklausel).

Für das Plangebiet dieses Bebauungsplanes wurde ein landschaftsplanerischer Beitrag erarbeitet, der als Anlage beigefügt ist.

3.4 Landschaftsplanung

Für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes formuliert der landschaftsplanerische Beitrag folgende Anforderungen:

- Berücksichtigung der Belange des Artenschutzes
- Minimierung der Versiegelung und Ausgleich der Versiegelungsfolgen
- naturnahe Bewirtschaftung und Reinigung des Oberflächenabflusses
- Gestaltung des Landschafts- bzw. Ortsbildes und Einbindung des Plangebietes in die Landschaft

3.5 Alternative Flächen

Die Flächen dieses Bebauungsplanes liegen angrenzend an den Siedlungszusammenhang der Gemeinde Hetlingen. Durch die Entwicklung von Wohnbauflächen, gemischten und gewerblichen Bauflächen in dem bislang landwirtschaftlich genutzten Bereich am nordöstlichsten Rand der Gemeinde wird das Siedlungsgebiet der Gemeinde erweitert und den örtlichen Bedarfen an Wohn-, Misch- und Gewerbebauflächen entsprochen. Zugleich wird der Orstrand neu gestaltet und damit in das Landschaftsbild integriert.

4 Städtebauliches Konzept

Das städtebauliche Konzept sieht nach bereits erfolgter Abstimmung mit dem Kreis Pinneberg eine Dreiteilung des Plangebietes vor, die ohne Änderung des Flächennutzungsplanes umsetzbar ist. Im Westen soll ein Allgemeines Wohngebiet mit bis zu 9 Einfamilienhäusern an die vorhandene Bebauung „Blink" angrenzen, im Osten soll ein eingeschränktes Gewerbegebiet den Abschluss des Siedlungskörpers ausbilden. Für das eingeschränkte Gewerbegebiet ist eine Lärmbegrenzung nach Westen erforderlich. Nach Osten soll die künftige Bebauung den Ortsrand gestalten. Dazwischen ist ein Mischgebiet mit ca. 40% nicht störender gewerblicher Nutzungen, 5 Einfamilienhäusern sowie gegebenenfalls Etagenwohnungen geplant, um den Trennungsgrundsatz zwischen Wohnen und Gewerbe zu wahren.



Abb. 5: Städtebauliches Konzept (Stand: 08.02.2017)

4.1 Art der baulichen Nutzung

4.1.1 Allgemeine Wohngebiete WA

Diese Ausweisung sichert die überwiegende Wohnnutzung im westlichen Teil des Plangebietes (WA 1 und WA2), lässt jedoch eingeschränkt Spielraum für verträgliche andere Nutzungen. Es soll grundsätzlich eine Nutzungsmischung ermöglicht werden. Gewollt sind allerdings nur die dem Wohnen zugeordneten Nutzungen (wie z. B. Heimarbeit, Büros, kleine Dienstleistungsbetriebe u. dgl.). Diese Ausweisung ermöglicht auch die Errichtung von Wohnungen für Betreutes Wohnen.

Um den Wohncharakter dieses Teilbereiches zu unterstützen und ein störungsfreies Wohnen zu gewährleisten, werden die nach § 4 (3) BauNVO in Allgemeinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen

- Anlagen für Verwaltungen (Nr. 3) und
- Tankstellen (Nr. 5)

ausgeschlossen. Diese Nutzungen würden die Erschließung des Gebietes überlasten und den Charakter des Wohngebietes stören. Der Ausschluss erfolgt auch vor dem Hintergrund der (von diesen Betrieben ausgehenden) Immissionsbelastung für die Wohnnutzung.

Gemeinbedarfseinrichtungen sind im Gebiet nicht geplant. Der durch die Überplanung entstehende zusätzliche Bedarf an Grundschulplätzen wird durch die bestehende Grundschule abgedeckt.

4.1.2 Mischgebiete MI

Mischgebiete nach § 6 BauNVO dienen dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Diese Ausweisung im mittleren Teilbereich des Bebauungsplanes (MI 1 und MI 2) dient der Schaffung von gemischt genutzten Flächen für Wohnnutzung und gewerbliche Nutzung, wie z. B. Handwerksbetriebe ohne starke Emissionen. Dabei sollte gemäß BauNVO ein in etwa gleichgewichtiges Verhältnis von Wohn- und Gewerbenutzung, mindestens jedoch ein Anteil von 40% einer der beiden Nutzungsarten gewahrt werden.

Um den Mischgebietscharakter der Gebiete zu unterstützen und dennoch ein störungsarmes Wohnen zu gewährleisten, werden die nach § 6 (2) BauNVO in Mischgebieten zulässigen Nutzungen

- Einzelhandelsbetriebe (Nr. 3),
- Tankstellen (Nr. 7) und
- Vergnügungsstätten (sowohl die nach Nr. 8 allgemein wie auch die nach § 6 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen V.)

ausgeschlossen. Diese Nutzungen würden die Erschließung des Gebietes überlasten und den Charakter des Mischgebietes stören. Der Ausschluss erfolgt auch vor dem Hintergrund der (von diesen Betrieben ausgehenden) Immissionsbelastung für die gebietsinterne und im Allgemeinen Wohngebiet angrenzende Wohnnutzung.

4.1.3 Eingeschränkte Gewerbegebiet GEe

Gewerbegebiete nach § 8 BauNVO dienen vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben. Diese Ausweisung schafft im östlichen Bereich des Plangebietes (GE(e)) die planungsrechtliche Grundlage für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben, die aufgrund ihrer Einschränkungen verträglich gegenüber der angrenzenden Mischnutzung sind.

Das eingeschränkte Gewerbeiebiet soll ortsansässigen Gewerbebetrieben Expansionsmöglichkeiten bieten und Entwicklungsreserven für ortsangemessene Gewerbebetriebe für die Zukunft bereitstellen.

Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber oder Betriebsleiter (gemäß § 8 (3) Nr. 1 BauNVO) sind ausnahmsweise zulässig, sofern ihre Grundfläche nicht mehr als 30% der insgesamt errichteten Grundfläche beträgt. Diese Festsetzung sichert, dass eine Wohnnutzung für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber oder Betriebsleiter dem Gewerbebetrieb deutlich untergeordnet ist. Die Flächen sollen überwiegend dem Arbeiten vorbehalten bleiben.

Zur Sicherung des angestrebten ortsangemessenen Charakters der Gewerbegebiete werden die nach § 8 (2) BauNVO zulässigen Nutzungen

- Vergnügungsstätten (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO), insbesondere Spielhallen und ähnliche Unternehmen im Sinne der §§ 33a-i der Gewerbeordnung, die der Aufstellung von Spielgeräten mit und ohne Gewinnmöglichkeit dienen, Wettbüros, Bordelle, bordellartige Betriebe sowie Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen oder auf Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet sind,
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr.1 BauNVO)
- Einzelhandelsbetriebe (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO),
- Tankstellen

ausgeschlossen. Diese Nutzungen würden den Charakter eines produzierenden Gewerbegebietes stören und die geplante Erschließung überlasten. Der Ausschluss erfolgt auch vor dem Hintergrund der von diesen Betrieben ausgehenden Immissionsbelastung für die Wohnnutzung.

4.1.4 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte

Entlang des Deiches an der südlichen Grenze des Plangeltungsbereiches ist ein Graben vorhanden. Dieser ist für die Oberflächenentwässerung notwendig und muss von Zeit zu Zeit inspiziert und ggf. geräumt werden. Zu diesem Zweck ist ein fünf Meter breiter Streifen auf den an diesen Graben angrenzenden Privatgrundstücke in den jeweiligen Teilgebieten frei und mit schwerem Gerät befahrbar zu halten. Aus diesem Grund dürfen hier keine baulichen Anlagen errichtet werden, die dies behindern. Bodenversiegelungen (auch Stellplätze) sind von diesem Verbot ausgenommen. Zu diesem Zweck wird hier ein Geh- und Fahrrecht in der Planzeichnung eingetragen. In die privatrechtlichen Kaufverträge ist dies zu übernehmen.

Zur Entwässerung des Plangebietes sind offenen Trockengräben geplant, die als Retentionsflächen dienen und eine gedrosselten Abfluss in das Regenrückhaltebecken „Haferland“ ermöglichen. Der Anschluss des Plangebietes an die Regenwasserkanalisation erfolgt im Südwesten des Plangebietes. Die Entwässerunggräben westlich der Mischgebietsflächen müssen daher an den westlichen Entwässerungsgraben angeschlossen werden. Dies erfolgt über einen Kanal, der über Privatgrund verlaufen muss (siehe auch Kapitel 7.3). Zu diesem Zweck wird hier ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht in der Planzeichnung eingetragen. In die privatrechtlichen Kaufverträge ist dies zu übernehmen.

4.2 Maß der baulichen Nutzung

Das zulässige Maß der baulichen Nutzung ist abhängig von der festgesetzten Gebietstypologie und der angetrebten Dichte. Es wird über die Grundflächenzahl sowie die Geschossigkeit begrenzt.

4.2.1 Mindestgrundstücksgröße, Zahl der Wohneinheiten

Mit der Festsetzung der Mindestgrundstücksgröße und der Begrenzung der Anzahl der Wohneinheiten je Grundstück wird die Gesamtanzahl der Wohneinheiten im Quartier begrenzt, damit das geplante Erschließungsnetz nicht überlastet wird. Auf diese Weise wird eine hohe Wohnqualität gesichert sowie eine mit der Nachbarschaft des Quartiers und mit der Lage am Ortsrand verträgliche bauliche Dichte erreicht.

Daher ist für **Einzelhäuser (WA 1, WA 2 und MI 2)** generell eine Grundstücksgröße von mindestens 600 m² nachzuweisen.

Die höchstzulässige Zahl der Wohneinheiten ist auf maximal zwei je Einzelhaus festgesetzt. Dabei ist die zweite Wohneinheit ausschließlich als untergeordnete Einliegerwohnung mit einer Größe von maximal 65 m² zulässig.

Ausnahmsweise sind im Teilbaugebiet MI 2 maximal 10 Wohneinheiten je Einzelhaus zulässig. Diese Festsetzung ermöglicht es der Gemeinde, im Ausnahmefall auch Geschosswohnungsbau zuzulassen – eine entsprechende Nachfrage ist in Form einer Bauherrengeminschaft vor Ort vorhanden.

4.2.2 Überbaubare Grundstücksfläche

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgelegt. Diese setzen die maximale Ausdehnung der überbaubaren Fläche fest und sind so definiert, dass die Grundstücke gut bebaubar sind und zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen ein Abstand von 3 m eingehalten wird.

Dadurch werden insbesondere in den Allgemeinen Wohngebieten zusammenhängende, von Bebauung freizuhaltende Gartenbereiche gesichert.

4.2.3 Grundflächenzahl

Im Teilbaugebiet **WA 1 (Allgemeines Wohngebiet)** ist eine maximale Grundflächenzahl (GRZ) von 0,3 zulässig. Diese Festsetzung stellt die gewünschte lockere Bebauung sicher. Damit fügt sich das Gebiet in die vorhandene Nachbarschaft am Blink ein.

In den Teilbaugebieten **WA 2, MI 1 und MI 2 (Allgemeines Wohngebiet und Mischgebiete)** soll die Bebauung eine stärkere räumliche Wirkung entfalten. Insofern soll eine höhere Ausnutzung der Grundstücke möglich sein. Daher wird eine maximale GRZ von 0,35 festgesetzt.

In den Teilbaugebieten **GE(e) (eingeschränkte Gewerbegebiete)** soll eine gewerbegebietsverträgliche Ausnutzung möglich sein. Daher ist eine GRZ von 0,6 festgesetzt.

4.2.4 Geschossigkeit, Bauweise

Die Festlegung der maximal **zweigeschossigen Bauweise** in Teilbaugebieten **WA 2, MI 1 und MI 2** erfolgt vor dem Hintergrund der damit erreichbaren besseren Oberflächen-Volumen-Verhältnisse der Gebäude.

Im Teilbaugebiet **WA 1** ist in Korrespondenz zur Bebauung am Blink nur **ein Vollgeschoss** zulässig. Damit wird sichergestellt, dass sich die Bebauung in die Nachbarschaft einfügt.

In den Teilbaugebieten **WA 1, WA 2 und MI 2** sind nur **Einzelhäuser** zulässig. Diese Festsetzung soll die geplante Siedlungsdichte wahren und somit sicherstellen, dass die geplante Erschließung nicht überlastet wird.

4.2.5 Höhenbegrenzung und Höhenlage der Gebäude

Um die Gesamthöhe der Bebauung zu begrenzen und so die Einfügung in die Nachbarschaft zu erzielen, werden zusätzlich Trauf- und Firsthöhen bzw. eine Gebäudehöhe sowie eine Sockelhöhe festgesetzt. Diese sind je nach Gebietsypologie und angestrebter Dichte unterschiedlich. Im Falle geneigter Dächer gelten die Firsthöhe (FH) sowie die Traufhöhe (TH). Im Falle von Flachdächern gilt die Gebäudehöhe (GH).

Als Bezug für diese Höhen wird die Oberkante des fertigen Fußbodens (OKFF) des Erdgeschosses festgesetzt. Dieser bildet wiederum die Oberkante der **Sockelhöhe, die maximal**

0,60 m über dem jeweiligen Bezugspunkt liegen darf. Der **Bezugspunkt (Bz)** für die Sockelhöhe der Gebäude sowie die Höhe von Grundstückseinfriedungen ist die Oberkante der Straße vor dem Gebäude, definiert durch die Oberkante des Fahrbahnaufbaus der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsfläche, gemessen in der Fahrbahnachse, in Höhe des Mittelpunktes der gemeinsamen Grenze zwischen Verkehrsflächen und jeweiligem Grundstück.

Im Einzelnen werden folgende Höhen festgelegt:

Im Teilbaugebiet **WA 1** sind eine maximale **Traufhöhe von 4,00 m**, eine maximale **Firsthöhe von 9,00 m** und eine maximale **Gebäudehöhe von 9,00 m** zulässig.

In den Teilbaugebieten **WA 2, MI 1 und MI 2** sind eine maximale **Traufhöhe von 6,50 m**, eine maximale **Firsthöhe von 10,00 m** und eine maximale **Gebäudehöhe von 10,00 m** zulässig.

In den **eingeschränkten Gewerbegebieten** ist eine maximale **Gebäudehöhe von 10,00 m** zulässig.

Produktionsbedingte Anlagen geringeren Umfangs wie Schornsteine, Lüftungsanlagen oder Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie dürfen in den Misch- und Gewerbegebieten bis zu 2 m über die maximale Gebäudehöhe hinausragen.

4.3 Gestaltung

Um eine möglichst hohe Flexibilität und genügend Spielräume für die gestalterische und funktionale Vielfalt zu ermöglichen, werden nur einzelne, grundlegende Festsetzungen getroffen. Ziel ist hierbei, über „Spielregeln" für das Bauen eine gewisse Homogenität der Architekturen und damit einen harmonischen Gesamteindruck des Quartiers zu erzeugen. Es sollen weder eine Eintönigkeit immer gleicher Gebäude aufgrund zu eng gefasster Festlegungen noch ein „Wildwuchs" allzu unterschiedlicher Farben und Formen entstehen.

Der Gestaltung des Ortsbildes aufgrund § 84 (1) LBO im Sinne des § 9 (1) Nr. 4 und (6) BauGB werden folgende Prinzipien zugrunde gelegt:

4.3.1 Dachgestaltung

In allen **Allgemeinen Wohngebieten und Mischgebieten** sind **Satteldächer, Walmdächer, Pultdächer und Flachdächer** mit einer Neigung von 0° - 60° zulässig.

Die Dächer von Nebengebäuden und Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO sind im gesamten Plangebiet mit einer Dachneigung von 0° - 60° zulässig.

In allen Allgemeinen Wohngebieten und Mischgebieten sind für die Dachflächen der Hauptgebäude ausschließlich **Pfanneneindeckungen** in den **Farben Rot, Rotbraun oder Anthrazit** (vgl. Ziffer 9.6) zulässig. Flachdächer unter 12° Neigung, Verglasungen, Solaranlagen und begrünte Dächer sind von dieser Festsetzung ausgenommen.

Zur Vermeidung von Spiegelungseffekten sind engobierte Dacheindeckungen zulässig, glasierte Dacheindeckungen hingegen unzulässig.

Je Dachseite ist maximal eine **Dachgaube oder ein Dacheinschnitt** zulässig. Die Gesamtlänge der Dachgaube oder des Dacheinschnitts je Dachseite darf insgesamt nicht mehr als 50 % der Gesamtlänge der dazugehörigen Traufe betragen. Dachgauben oder Dacheinschnitte müssen zur Ortgangkante einen Abstand von mindestens 2,00 m einhalten.

4.3.2 Fassadengestaltung

Die Verkleidung der Außenhaut der Hauptbaukörper ist nur in Verblendmauerwerk in den Farbtönen Rot, Rotbraun oder Anthrazit (vgl. Ziffer 9.6) oder in Putz in den Farben Weiß,

Grau, Gelb oder Blau (vgl. Ziffer 9.6) zulässig. Daneben ist die Nutzung von Zinkblech oder Holzmaterialien bis zu einem Anteil von 30% der Außenwandfläche zulässig.

4.3.3 Farbtöne

Für die in den textlichen Festsetzungen 9.3 und 9.5 festgesetzten Farben sind nur Farbtöne in Annäherung an die folgenden RAL-Tönen allgemein zulässig:

Farbton Rot: 2001 (Rotorange), 2002 (Blutorange), 3000 (Feuerrot), 3002 (Karminrot), 3003 (Rubinrot), 3013 (Tomatenrot), 3016 (Korallenrot);

Farbton Rotbraun: 8001 (Ockerbraun), 8004 (Kupferbraun), 8012 (Rotbraun), 8015 (Kastanienbraun), 8023 (Orangebraun);

Farbton Anthrazit: 7016 (Anthrazitgrau), 7021 (Schwarzgrau), 7022 (Umbragrau), 7024 (Graphitgrau);

Farbton Grau, Weiß, Gelb und Blau: mit Hellbezugswert (Maß für Helligkeit von Oberflächen) größer als 70.

4.3.4 Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie

Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie sind im gesamten Plangebiet auf den Fassaden und/oder Dächern zulässig, sofern sie sich in die Fassade bzw. die Dachlandschaft einfügen.

4.3.5 Einfriedungen

Im eingeschränkten Gewerbegebiet (GE(e)) und Mischgebiet (MI) sind die Grundstückseinfriedungen zur Planstraße A nur mit standortgerechten, heimischen Hecken (siehe Pflanzliste) zulässig (siehe auch Ziffer 7.6).

Einfriedungen mit **Zäunen** sind in den **Allgemeinen Wohn- und den Mischgebieten** bis zu einer Höhe von **maximal 1,20 m** zulässig. In den **eingeschränkten Gewerbegebieten** sind die Grundstücke mit **mindestens 1,20 m hohen Zäunen** einzufrieden, um eine widerrechtliche Nutzung der umgebenden öffentlichen Grünfläche durch die Gewerbetreibenden zu verhindern. Diese sind ausschließlich grundstücksseitig anzuordnen.

Mit diesen Festsetzungen wird sichergestellt, dass gestalterisch unerwünschte Einfriedungen, die das Ortsbild stören würden, entlang der Planstraße A vermieden werden und ein angenehmer Gesamteindruck beim Betreten des Gebietes entsteht.

4.3.6 Anforderungen an die Gestaltung von Werbeanlagen

Innerhalb des eingeschränkten **Gewerbegebietes** ist eine **Gemeinschaftswerbeanlage** mit einer Höhe von maximal 5,00 m und maximal 15 m² Ansichtsfläche für die ansässigen Gewerbetreibenden zulässig.

Werbeanlagen sind ausschließlich als **Eigenwerbung** an der Stätte der Leistung direkt am Gebäude und bis zu einer Flächengröße von max. 0,25 m² zulässig. Je Gebäude und Grundstück darf nur eine Werbeanlage angebracht werden. Bei leuchtenden, hinterleuchteten und angeleuchteten Werbeanlagen sind grelles, wechselndes und blinkendes Licht unzulässig. Fahnenmasten und Fahnen sind unzulässig, da diese eine Scheuchwirkung auf Vögel haben und damit das Natura 2000-Gebiet südlich angrenzend an den Deich negativ beeinflussen würden.

Diese Festsetzungen sichern einerseits die Möglichkeit der Eigenwerbung für die Gewerbetreibenden und sorgen andererseits dafür, dass das Gebiet nicht von Werbeanlagen dominiert wird.

5 Natur und Landschaft

Für die Kleinklima- und Luftsituation ergeben sich bei Realisierung der grünordnungsplanerischen Maßnahmen keine nachhaltig negativen Auswirkungen.

Für die Pflanzen- und Tierwelt ergeben sich keine Beeinträchtigungen. Durch den Erhalt des grabenbegleitenden Gehölzes und zusätzlicher Gehölzpflanzungen wird der Grünanteil erhöht und damit potentielle Nist- und Nahrungsbiotope für nicht störungsempfindliche Vogelarten geboten.

Der Anteil oberflächenwasserabflussrelevanter Bebauung und Flächen auf dem Grundstück wird erhöht. Dezentrale Versickerungsmöglichkeiten, z.B. im Bereich von Stellplätzen und ein dezentrales Oberflächenentwässerungskonzept können Auswirkungen minimieren.

Aus diesem Grund wird eine Bestandserfassung der artenschutzrechtlich bedeutenden Gruppen in Form einer Potentialanalyse durchgeführt. Der darauf aufbauende artenschutzrechtliche Fachbeitrag wird im Laufe des Verfahrens ergänzt.

In Abhängigkeit des Oberflächenentwässerungskonzeptes können trotz der schwierigen, stauenden Bodenverhältnisse zur Reduzierung des Oberflächenabflusses und partiellen Grundwasseranreicherung die Pkw-Stellplätze in wasser- und luftdurchlässiger Bauweise hergestellt werden. Dies kann in der Ausführung über Splittfugenpflaster oder sog. Ökodrainpflaster erfolgen.

5.1 Öffentliche Grünflächen

Grünplanerische Maßnahmen sollen zur Gestaltung der Aufenthaltsqualität, zur Minimierung und zum Ausgleich von Eingriffen in den Naturhaushalt und in das Plangebiet beitragen. Im Norden und Osten sind daher öffentliche Grünflächen zur Ausbildung eines grünen Ortsrandes vorgesehen. Innerhalb des Plangebietes sind weitere Grünflächen in Nord-Süd-Ausrichtung geplant, die zur Aufnahme von Entwässerungsgräben vorgesehen sind. Im Süden ist zudem eine öffentliche Grünfläche festgesetzt, die den Deichseitengraben aufnimmt. Der Graben wird damit in seiner Gestalt und Funktion gewahrt und die vorhandene Flora und Fauna geschützt.

5.2 Flächen für Anpflanzungen

Zum Schutz und zur Entwicklung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen werden im Bebauungsplan diverse Festsetzungen getroffen. Die Bestimmung, dass für die Anpflanzungen nur standortgerechte, heimische Arten verwendet werden dürfen, dient dem Ziel, eine stadtökologisch wirksame Anreicherung des Naturhaushaltes und landschaftsgestalterisch optimale Einbindung zu erreichen. Standortgerechte und heimische Pflanzenarten bieten neben ihren sonstigen bioklimatischen Funktionen heimischen Tierarten einen nachhaltigen Lebensraum (siehe Pflanzenauswahlliste). Blühende und fruchtende heimische Gehölze bieten Insekten und Vögeln Lebensgrundlagen, sichern die natürliche Nahrungskette und dienen daher auch unmittelbar dem Artenschutz. Um diese Funktionen langfristig zu sichern, sind die Anpflanzungen auf Dauer zu erhalten und zu pflegen.

Auch im Hinblick auf das Orts- und Landschaftsbild und die Wohnqualität ist die Anpflanzung von Gehölzstrukturen im Plangebiet von hoher Bedeutung.

Des Weiteren tragen die Anpflanzungen darüber hinaus durch Verschattungs-, Verdunstungs- und Filterfunktionen zu einer Stabilisierung des Kleinklimas und der Lufthygiene bei.

Die Festsetzungen umfassen Pflanzgebote für Einzelbäume und Sträucher. Um auch langfristig die ökologischen und gestalterischen Funktionen zu erfüllen, sind bei Abgang von

durch Anpflanzungsgebot festgesetzten Gehölzen grundsätzlich Ersatzpflanzungen in gleichwertiger Qualität vorzunehmen.

In den **Teilbaugebieten WA 1, WA 2 und MI 2** ist je Grundstück **ein standortgerechter Laubbaum** zu pflanzen, um eine angemessene Durchgrünung der Wohngebiete zu sichern und eine nachhaltige landschafts- und ortsbildgerechte Gliederung des Plangebietes zu erzielen.

Auf **ebenerdigen Stellplatzanlagen** ist für je vier Stellplätze ein **großkroniger Laubbaum** zu pflanzen.

In den **eingeschränkten Gewerbegebieten** und den **Teilbaugebieten MI 1** muss der Durchgrünungsanteil auf den jeweiligen Grundstücken mindestens 20 vom Hundert (v.H.) betragen. Mindestens 10 v.H. der Grundstücksflächen sind mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen.

Die Baumpflanzungen übernehmen kleinklimatische Ausgleichsfunktionen, tragen zur optischen Gliederung bei und sorgen für eine gute Durchgrünung des Plangebiets. Zur Sicherung der gewünschten Durchgrünung müssen gute Wuchsbedingungen für alle Baumpflanzungen gewährleistet werden: Im Kronenbereich eines jeden Baumes ist eine offene Vegetationsfläche von mindestens 12 m² anzulegen bzw. zu erhalten, um die Nährstoff-, Luft- und Wasserversorgung des Baumes sicherzustellen und damit ein nachhaltiges Wachstum zu gewährleisten. Um möglichst kurzfristig den gewünschten Durchgrünungseffekt zu erreichen, sind für die festgesetzten Baumpflanzungen Mindestpflanzqualitäten vorgegeben.

In den **eingeschränkten Gewerbegebieten** sind **Außenwände von Gebäuden**, deren Fensterabstand mehr als 5 m beträgt sowie fensterlose Fassaden mit **Schling- oder Kletterpflanzen** zu begrünen. Je 2 m Wandlänge ist mindestens eine Pflanze zu verwenden.

An der **Nord- und Ostgrenze** des Plangebietes sind in den Grünflächen **Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern** festgesetzt. Diese dienen der Ortsrandgestaltung und Abschirmung zur freien Landschaft und tragen zur Schaffung naturraumtypischer Lebensräume für Pflanzen und Tiere bei. Zusätzlich sind Flächen zum Anpflanzen an der westlichen Grenze des Teilbaugebietes WA 2 sowie an der westlichen Grenze des südlichen Gewerbegrundstückes festgesetzt. Diese Festsetzungen dienen jeweils der Abschirmung zur und dem Schutz der angrenzenden Nachbarbebauung.

Zur Vermeidung von gestalterisch unerwünschten **Einfriedungen entlang der Planstraße A**, die das Ortsbild stören, sind im Mischgebiet sowie im eingeschränkten Gewerbegebiet Grundstückseinfriedungen zur Planstraße A nur aus **standortgerechten, heimischen Hecken** anzulegen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen.

Im **Gewerbe- und Mischgebiet** sind **Außenbeleuchtungen** nur in Form monochromatisch abstrahlender Leuchten und mit einem geschlossenen Glaskörper zulässig. Sie sind so zu erstellen, dass sie geringstmöglich in Grün- und Wasserflächen einwirken.

5.3 Eingriffs- und Ausgleichsregelung

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sind gemäß dem Verfahren und den inhaltlichen Anforderungen nach § 1 (6) Nr. 7 BauGB, in Verbindung mit § 1a BauGB die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Umweltschutzes zu beachten und zu berücksichtigen. Gemäß § 1a (2) BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden, dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen (Bodenschutzklausel). Dazu gehört auch, dass die zu erwartenden Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes soweit als möglich

im Plangebiet selbst gemindert, ausgeglichen oder ersetzt werden. Zu der Entscheidung über die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Abwägung gehören auch Entscheidungen über Festsetzungen, die dazu dienen, die zu erwartenden Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes auf den Grundstücksflächen, auf denen Eingriffe zu erwarten sind, oder im sonstigen Geltungsbereich des Bauleitplans auszugleichen, zu ersetzen oder zu mindern. Anhand der "Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der verbindlichen Bauleitplanung" in der Anlage zum gemeinsamen Runderlass des Innenministeriums und des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten vom August 1998 ist im Rahmen der Umweltprüfung ermittelt worden, ob die dargestellten Ausgleichsmaßnahmen eine volle Kompensation des Eingriffes erreichen.

Für das Plangebiet dieses Bebauungsplanes wurde ein Umweltbericht erarbeitet. Darin wurden der Zustand des Plangebietes, seine Bedeutung für den Planungsraum und die geplanten Nutzungen gegenübergestellt, um abwägen zu können, ob und inwieweit erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes hervorgerufen werden, und ob diese durch grünordnerische und landschaftspflegerische Maßnahmen sowie eine landschaftsgerechte Neugestaltung ausgeglichen werden können.

Für die Eingriffe des Bebauungsplans Nr. 12 ist auf 8.279 m² Ausgleich zu leisten. Diese 0,8 ha werden planextern auf dem Ökokonto der Gemeinde Hetlingen (Gemarkung Hetlingen, Flur 13, Flurstück 21/2) erbracht.

Wegen der Einzelheiten, insbesondere der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung wird auf den landschaftsplanerischen Beitrag (Anlage zur Begründung) verwiesen.

6 Erschließung

6.1 Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz

Die Anbindung an das übergeordnete Straßennetz erfolgt über die Holmer Straße (Landesstraße 261). Gemäß Absprache mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr ist eine direkte Anbindung möglich.

Ein Linksabbieger von der Landesstraße ist nach Aussage das Landesbetriebs Straße und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein hierbei nicht erforderlich. Nach erfolgtem Ausbau der Planstraße A und Bebauung des Gebiets sollte geprüft werden, ob die nach StVO charakteristischen und örtlichen Gegebenheiten für ein Versetzen der Ortstafel vor die Einmündung der Planstraße gegeben sind.

6.2 Sichtdreiecke

Innerhalb der für die in diesem Abschnitt der Landesstraße zulässige Höchstgeschwindikeit von 70 km/h bemessenen Sichtdreiecke sind Bebauung, Bepflanzung oder sonstige sichtbehindernde Gegenstände von über 0,8 m Höhe, gemessen von der Straßenoberkante des Fahrbahnrandes der übergeordneten Straße, unzulässig. Ausgenommen sind einzeln stehende Bäume mit einem Astansatz von über 2,80 m.

6.3 Innere Erschließung / Planstraßen / Verkehrsflächen bes. Zweckbestimmung

Die interne Erschließung des Plangebietes ist über die **Planstraße A** vorgesehen. Diese hat eine Breite von 8,35 m einschließlich einseitigem Gehweg, die Wendekehre hat einen Radius von 12,00 m.

Die Wohnhäuser werden über drei Stichstraßen **(Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung)** mit einer Breite von 4,50 m erreicht. Diese dürfen – neben ihrer Nutzung als Fuß- und Radweg - von Anliegern, Rettungs- und Instandhaltungsfahrzeugen befahren werden.

Die Gewerbegrundstücke werden entweder direkt über die Planstraße A, oder über die **Planstraße B** erschlossen. Diese hat eine Breite von 8,00 m einschließlich einseitigem Gehweg. Die Planstraße B ist damit so dimensioniert, dass sie gleichzeitig als mögliche Erschließung der gemäß Flächennutzungsplan vorgesehenen Sportplatzflächen nordöstlich des Gebietes genutzt werden kann, da der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr eine weitere Erschließung von der Landesstraße zukünftig ausgeschlossen hat.

6.4 Fußläufige Erschließung

Die Abschnitte der oben erläuterten Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (für Anlieger befahrbar) werden zu einer vollständigen Fuß- und Radwegeverbindung bis zur Holmer Straße im Norden und zur Straße „Am Blink“ im Süden ergänzt durch einzelne nicht für PKW befahrbare Abschnitte. Auch diese werden als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, in diesem Falle als ausschließlich für Rettungs- sowie Instandhaltungsfahrzeuge befahrbarer Fuß- und Radweg festgesetzt.

Der in der 2. Änderung des B-Plans Nr. 3 „Blink“ vorgesehene Stich nach Osten wird in das Konzept aufgenommen, um hier eine Zufahrt für den Notfall herstellen zu können.

6.5 Öffentliche Parkplätze

Entlang der Erschließungsstraßen werden insgesamt 11 öffentliche Parkplätze realisiert. Im Allgemeinen werden ca. 30 % öffentliche Parkplätze als ausreichend erachtet. Bei ca. 30 möglichen Wohneinheiten und 11 öffentlichen Parkplätzen ist die Versorgung mit öffentlichen Parkplätzen als gut einzustufen. In der Planstraße B befinden sich 6 Plätze, im Bereich der Stichstraße befinden sich weitere 5 Parkplätze.

6.6 Private Stellplätze

Die Parkplätze in den öffentlichen Straßen im Plangebiet sollen Besuchern des Quartiers vorbehalten bleiben. Daher sind in den **Teilbaugebieten WA 1, WA 2 und MI 2** für die erste Wohneinheit **2 Stellplätze** nachzuweisen. Für die untergeordnete zweite Wohneinheit (Einliegerwohnung) ist ein Stellplatz zu schaffen. Damit wird der erfahrungsgemäß hohen Anzahl an erforderlichen privaten Stellplätzen gerecht.

Ausnahmsweise ist im Teilbaugebiet MI 2 nur 1 Stellplatz je Wohneinheit zu schaffen, sofern ein Gebäude mit mehr als 2 Wohneinheiten errichtet wird.

In den **Teilbaugebieten MI 1** ist je Wohneinheit **1 Stellplatz** zu schaffen.

Die erforderlichen Stellplätze sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche in Form von offenen Stellplätzen, Garagen und Carports zulässig. In den Teilbaugebieten WA 1, WA 2, MI 1 und MI 2 sind diese mit einem Abstand von mindestens 5,00 m zu der das Grundstück erschließenden öffentlichen Verkehrsfläche zu errichten, um ausreichend Fläche für einen weiteren Abstellplatz für Kraftfahrzeuge auf den Grundstücken zu gewährleisten. Zur Schaffung von ausreichend Raum für eine ansprechende Einfriedung der Stellplätze, ist zu allen anderen angrenzenden Verkehrsflächen ein Mindestabstand von 1,00 m einzuhalten.

In den Gewerbegebieten sind auf den Grundstücken ausreichend Stellplätze für Mitarbeiter und Besucher herzustellen.

6.7 Nebenanlagen

Im gesamten Plangebiet sind Nebenanlagen, insbesondere Garten- / Gerätehäuser sowie Geräteschuppen auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, jedoch nicht auf Flächen für Anpflanzungen sowie auf Flächen mit Geh- und Fahrrecht zugunsten des SV Hetlingen zulässig. Diese Festsetzung bietet einen möglichst großen Gestaltungsspielraum für die Bauherren und sichert gleichzeitig, dass Flächen für Anpflanzungen und Flächen mit Geh- und Fahrrecht zugunsten des SV Hetlingen freigehalten werden.

7 Ver- und Entsorgung

7.1 Trinkwasser

Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser wird durch den Wasserbeschaffungsverband Haseldorfer Marsch gewährleistet. Weitere Details (Anschlusspunkte etc.) sind im weiteren Verfahren mit dem Versorgungsträger abzustimmen.

7.2 Schmutzwasser

Die Schmutzwasserbeseitigung erfolgt durch Anschluss an das bestehende Kanalnetz im Nordwesten des Gebietes in der Holmer Straße. Aufgrund der geringen Geländehöhen muss das anfallende Schmutzwasser mit einer Pumpstation über eine Druckrohrleitung DN 80 zum Anschlussschacht Nr. 201095 gepumpt werden. Aufgrund der geringen Platzverhältnisse wird vorläufig auf einen Druckentspannungsschacht verzichtet. Die Pumpstation ist unmittelbar südlich der Holmer Straße innerhalb des Mischgebiets vorgesehen. Eine detaillierte Planung erfolgt im Rahmen der Erschließungsplanung.

Der im Norden längs zur Holmer Straße verlaufende vorhandene Schmutzwassersammler des Zweckverbandes Hauptsammler West stellt keine Behinderung bei der Durchführung der Bauarbeiten dar. In einem Abstand von 2,50 m beiderseits der Mittellinie des Kanals dürfen keine Anlagen und Gebäude errichtet werden, die die Reinigung und die Unterhaltung des Kanals beeinträchtigen könnten.

7.3 Oberflächenentwässerung

Die Versickerung des Oberflächenwassers ist nach ersten Untersuchungen nicht möglich. Zur Oberflächenentwässerung ist daher in Absprache mit dem Kreis Pinneberg und dem azv Südholstein ein offenes Grabensystem mit drei Trockengräben zur Ableitung des anfallenden Regenwassers sowie Nutzung des Deichgrabens geplant.

Die drei neu herzustellenden Gräben sind über Rohre DN 300 miteinander verbunden. Der Graben 1 ist zudem mit einem 2,50 m breiten Pflegeweg zur Unterhaltung vorgesehen. Die Gräben 2 und 3 sind von der öffentlichen Verkehrsfläche zugänglich, sodass ein zusätzlicher Pfegeweg nicht notwendig ist. Für die Verbindung zwischen Graben 1 und 2 ist ein Kanal über Privatgrund zu verlegen. Hierfür ist eine Grunddienstbarkeit einzutragen.

Alle Gräben leiten im Südwesten über den Schacht Nr. 101090 in die bestehende Regenwasserkanalisation ein, welche im Nordosten der Gemeinde Hetlingen an das Regenrückhaltebecken „Haferland“ anschließt. Da das bestehende Rückhaltebecken nicht für den zusätzlich anfallenden Abfluss von ca. 435 m³ ausgelegt ist, wird das Niederschlagswasser aus den Gräben nur gedrosselt in die Kanalisation eingeleitet. Hierfür wird, vorbehaltlich der Abstimmung mit der unteren Wasserbehörde, der marschtypische Drosselabfluss von ca. 1,20 l/sha angesetzt. Die Entwässerungsgräben innerhalb des Bebauungsgebietes fungieren somit als ein Retentionsraum.

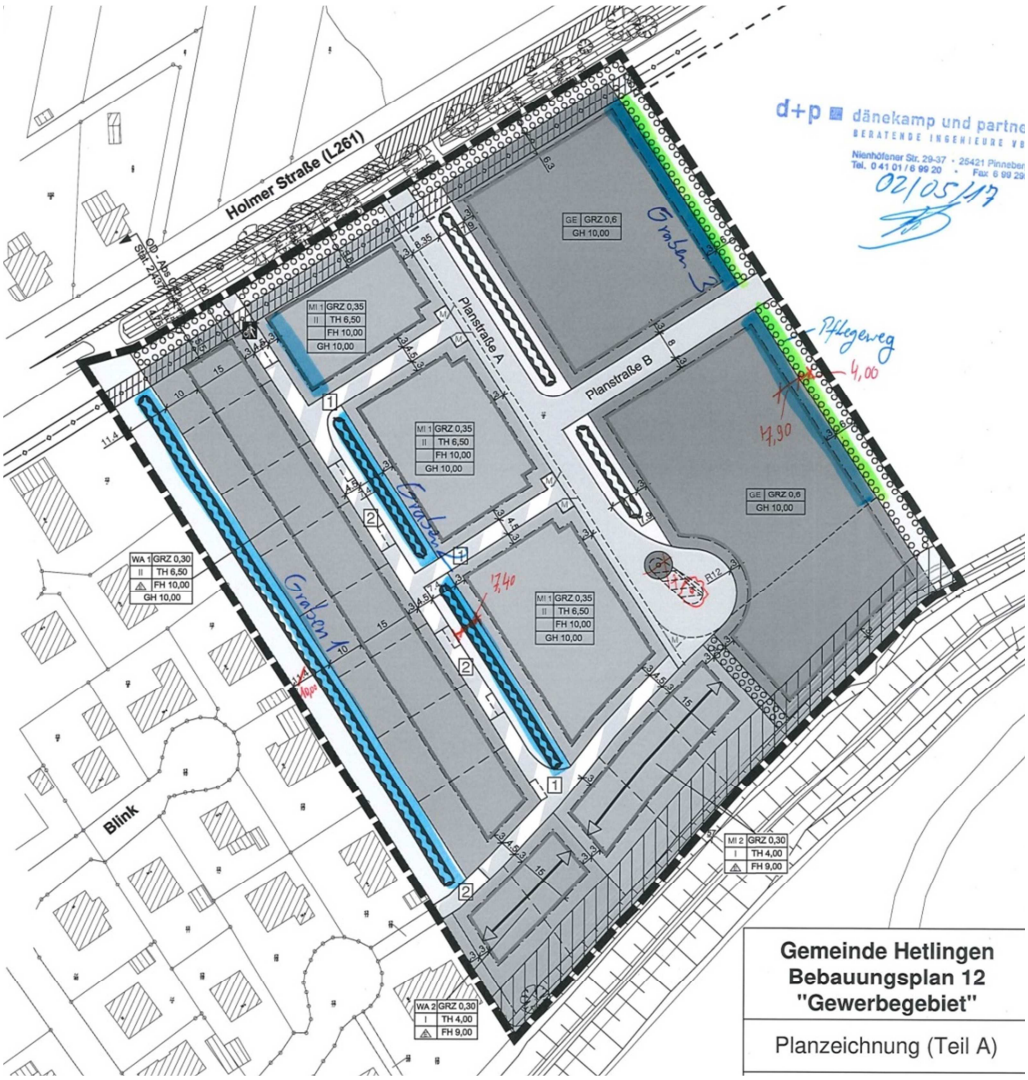
Der vorhandene Entwässerungsgraben entlang der 2. Deichlinie fällt in den Verantwortungsbereich des Gewässer- und Landschaftsverbandes des Kreises Pinneberg (GuLV). Für die Grabennutzung sind im Zuge der Vorplanung eine Genehmigung einzuholen und gegebenenfalls Schutzmaßnahmen, wie zum Beispiel Erosionsschutz der Sohle und Böschung durchzuführen.

Es wurde zudem geprüft, ob die Entwässerungsgräben entlang der Planstraße A an den östlichen Rand der Gewerbegrundstücke verschoben werden können. Dazu nimmt das beauftragte Ingenieurbüro dänekamp+partner wie folgt Stellung:

Derzeit sind die 3 Gräben mit Rohrleitungen verbunden und als ein einzelner Rückhalteraum geplant. Die Rohrleitungen sind hierzu weitestgehend ohne nennenswertes Gefälle eingeplant. Bei einer Verlegung des Grabens Nr. 3 östlich des Gewerbegebietes werden die Rohrleitungen für die Berücksichtigung als Gesamtretentionsraum zu lang. Folglich sind die 3 Gräben als Einzelretentionsräume (Graben 1 für das Wohngebiet, Graben 2 für das Mischgebiet und Graben 3 für das Gewerbegebiet, jeweils mit angrenzenden Verkehrsflächen) nachzuweisen, welches einen sehr geringen Abfluss (0,4 l/s bis 1,6 l/s) aus den Einzelgräben bedeutet. Dies hat eine deutlich wartungsintensivere Drossel zur Folge (Verstopfungsgefahr aufgrund geringer Durchlässigkeit). Eine weitere Abstimmung mit dem AZV ist zwingend erforderlich. Für jeden Graben ist ein eigenes Drosselbauwerk und eigener Notüberlauf vorzusehen. Dafür könnten die Rohrleitungen über die Grundstücke der Wohnbebauung entfallen.

Aufgrund des hohen Versiegelungsgrades im Gewerbe- und Mischgebiet sind die Gräben entsprechend der beigefügten Skizze in der Länge zu verändern. Der Graben im Bereich des Wohngebietes kann im Gegenzug verschmälert werden. In Graben 3 muss zudem die Einstauhöhe deutlich erhöht werden (bis ca. 30 cm unter Geländeoberkante), was dazu führt, dass die Gewerbetreibenden ihr Oberflächenwasser oberflächlich ableiten müssten (ACO-Rinnen, Pflastermulden etc.).

Die Planstraße A (Haupterschließung) muss zudem über zusätzliche Straßenabläufe entwässert werden. Es sind zusätzliche Kosten in Höhe von ca. 30.000 € brutto einzukalkulieren.



Sobald eine Entscheidung zur Lage der Entwässerungsgräben vorliegt, werden das Wasserwirtschaftliche Konzept und die Anlage zur Begründung ergänzt. Wegen der Einzelheiten wird daher auf das Wasserwirtschaftliche Konzept[1] verwiesen.

7.4 Brandschutz

Die Löschwasserversorgung wird durch den Anschluss an eine vorhandene Trinkwasserleitung in der Holmer Straße sowie durch eine zusätzliche Einrichtung zur Löschwasserversorgung innerhalb des Plangebietes gesichert.

7.5 Energieversorgung

Die Versorgung mit Strom, Gas und Frischwasser wird durch Erweiterung der vorhandenen Leitungen sichergestellt.

7.6 Abfallbeseitigung

Träger der Abfallbeseitigung ist der Kreis Pinneberg, der sich zu diesem Zwecke der Gemeinnützigen Abfallbeseitigungsgesellschaft mbH (GAB) bedient. Der gesamte Müll wird in der MVA Tornesch-Ahrenlohe verwertet.

7.7 Fernmeldetechnische Versorgung

Die fernmeldetechnische Versorgung des Gebietes erfolgt durch Erweiterung des bestehenden Netzes.

8 Immissionsschutz

In der Gemeinde Hetlingen ist mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12 die Entwicklung eines Gewerbegebiets, eines Mischgebiets und eines allgemeines Wohngebiets geplant.

Die in Aussicht genommene Fläche befindet sich südöstlich der Holmer Straße (L261). Im Nordosten sind landwirtschaftliche Betriebe vorhanden.

Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Einwirkungen des Straßenverkehrslärms auf das Plangebiet und die Auswirkungen des B-Plan-induzierten Zusatzverkehrs untersucht.

Für den Verkehrslärm kann sich gemäß DIN 18005, Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“ die Beurteilung auf öffentlichen Verkehrswegen an den Kriterien der 16. BImSchV („Verkehrslärmschutzverordnung“) orientieren.

Die DIN 18005, Teil 1 verweist für die Beurteilung von Anlagen auf die TA Lärm, so dass die Immissionen aus Anlagenlärm auf Grundlage der TA Lärm beurteilt werden.

Als Untersuchungsfälle wurden der Prognose-Nullfall ohne Umsetzung der geplanten Maßnahmen und der Prognose-Planfall berücksichtigt. Beide Untersuchungsfälle beziehen sich auf den Prognose-Horizont 2030/35.

1 d+p dänekamp und partner: Wasserwirtschaftliches Konzept zum Bebauungsplan Nr. 12

8.1 Gewerbelärm

In der vorliegenden schalltechnischen Untersuchung[2] wurden die Auswirkungen des geplanten Gewerbegebietes auf die Nachbarschaft geprüft.

Für die Darstellung der Gewerbelärmimmissionen von den gewerblichen Flächen wird daher der städtebauliche Ansatz von flächenbezogenen Schallleistungspegeln LW'' (bezogen auf eine Grundfläche von 1 m²) verwendet.

Für die Berechnung von Mindestabständen oder zur Feststellung von Schutzmaßnahmen ist gemäß DIN 18005/1 für Gewerbegebiete mit Lw'' = 60 dB(A) sowohl tags als auch nachts zu rechnen. Diese Werte sind demnach als Anhaltswerte für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete anzusehen.

Als Vorbelastungen werden die Emissionen von den im Norden vorhandenen landwirtschaftlich genutzten Flächen berücksichtigt. Für die vorhandenen Gewerbeflächen wurde tags und nachts der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt.

Für die nördlichen geplanten gewerblichen Flächen innerhalb des Bebauungsplans Nr. 12 wird tags der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt. Für den Nachtzeitraum wurden Ansätze abgleitet, die mit der geplanten und vorhandenen Wohnbebauung im Umfeld verträglich sind.

Im südlichen Bereich des Gewerbegebietes ist die Ansiedlung eines Brillenherstellers vorgesehen. Für den Brillenhersteller liegen bereits Betriebsdaten vor, so dass dieser Betrieb detailliert betrachtet wurde.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sowohl an der geplanten Bebauung innerhalb des Plangeltungsbereichs, als auch an der vorhandenen Bebauung außerhalb des Plangeltungsbereichs die jeweiligen Immissionsrichtwerte aus der Gesamtbelastung im Tageszeitraum und im Nachtzeitraum eingehalten werden.

Hinsichtlich der kurzzeitig auftretenden Geräuschspitzen werden die Mindestabstände tags zu allen benachbarten Nutzungen eingehalten, so dass dem Spitzenpegelkriterium der TA Lärm im Tageszeitraum entsprochen wird. Im Nachtzeitraum wird der Mindestabstand durch die Ladegeräusche zu den benachbarten Nutzungen unterschritten, daher sind Nachtanlieferungen nicht möglich.

Insgesamt ist das geplante Gewerbegebiet mit dem geplanten Mischgebiet und dem geplanten Allgemeinen Wohngebiet sowie mit der vorhandenen Bebauung mit den Anforderungen der TA Lärm grundsätzlich verträglich.

8.2 Verkehrslärm

Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Belastungen aus Verkehrslärm berechnet. Dabei wurde der Straßenverkehrslärm auf den maßgeblichen Straßenabschnitten berücksichtigt. Die Straßenverkehrsbelastungen für den Prognosehorizont 2030/2035 für die Holmer Straße wurden für den Prognose-Nullfall und den Prognose-Planfall den Angaben des Büros d+p daenekamp und partner entnommen.

Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgte auf Grundlage der Rechenregeln der RLS-90.

Es zeigt sich, dass durch den B-Plan-induzierten Zusatzverkehr keine beurteilungsrelevanten Zunahmen zu erwarten sind.

2 LAIRM CONSULT GMBH: Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen

Insgesamt ist festzustellen, dass im gesamten Bereich des Gewerbegebiets die Orientierungswerte für Gewerbegebiete von 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts lediglich im straßennahen Bereich der Holmer Straße geringfügig überschritten werden. Die Immissionsgrenzwerte für Gewerbegebiete von 69 dB(A) tags und von 59 dB(A) nachts werden im gesamten Plangeltungsbereich eingehalten.

Im gesamten Bereich des Mischgebiets wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 60 dB(A) tags im straßennahen Bereich überschritten. Der Immissionsgrenzwert für Mischgebiete von 64 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Im Nachtabschnitt wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 50 dB(A) nachts im nördlichen Baufenster des Mischgebiets überschritten. Der Immissionsgrenzwert für Mischgebiete von 54 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von 25 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Im Bereich des Allgemeinen Wohngebiets werden die Orientierungswerte von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts in einem kleinen Teilbereich im Norden innerhalb der Baugrenzen überschritten. Der Grenzwert für Allgemeine Wohngebiete von 59 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Der Immissionsgrenzwert von 49 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von etwa 40 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Die Umsetzung von aktivem Lärmschutz ist aufgrund der nur gebietsweise Überschreitungen und geplanten Geschossigkeit und somit der Dimensionierung der erforderlichen Lärmschutzwand innerhalb des Plangebietes aus städtebaulicher Sicht nicht zu empfehlen.

Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den Erd- sowie den Obergeschossen können aufgrund der Bauweise durch Grundrissgestaltung (Verlegung der schützenswerten Nutzungen auf die lärmabgewandte Seite) oder passiven Schallschutz geschaffen werden.

Gemäß DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) ergeben sich Anforderungen an den passiven Schallschutz zum Schutz der Wohn- und Büronutzungen vor von außen eindringenden Geräuschen. Die Dimensionierung des passiven Schallschutzes erfolgt über die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen. Die maßgeblichen Außenlärmpegel sind in der Abbildung 3 für schutzbedürftige Räume und in Abbildung 4 für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden, dargestellt.

Abweichend vom Entwurf zur 1. Änderung des Teils 2 bezüglich Abschnitt 4.4.5.7 erfolgt die Ermittlung des maßgeblichen Außenlärmpegels unter Berücksichtigung der VDI 3722-2 Abschnitt 5.6 durch Überlagerung aller jeweiligen maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) der auf das Plangebiet einwirkenden Lärmquellen (Straßenverkehrslärm sowie Gewerbelärm).

Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass bei einem maßgeblichen Außenlärmpegel von > 70 dB(A) mit erheblichem passiven Schallschutz und damit zusätzlichen Baukosten zu rechnen ist.

9 Umweltprüfung

Nach der seit dem 20.07.2004 geltenden Fassung des Baugesetzbuches ist grundsätzlich zu jedem Bauleitplan eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Der als Anlage beigefügte Umweltbericht[3] ist Bestandteil dieser Begründung. Wegen der Einzelheiten wird deshalb auf die Anlage verwiesen.

10 Landschaftsplanerischer Beitrag

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sind gemäß dem Verfahren und den inhaltlichen Anforderungen nach § 1 (6) Nr. 7 BauGB, in Verbindung mit § 1a BauGB die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Umweltschutzes zu beachten und zu berücksichtigen. Für das Plangebiet dieses Bebauungsplanes wurde daher ein landschaftsplanerischer Beitrag erarbeitet. Darin wurden der Zustand des Plangebietes und die geplanten Nutzungen beschrieben und bewertet sowie Maßnahmen zur Minimierung von Beeinträchtigungen aufgezeigt. Weiterhin werden Angaben zum Artenschutz und zum Ausgleich von Eingriffen gemacht.

Der als Anlage beigefügte landschaftsplanerische Beitrag (Umweltbericht) ist Bestandteil dieser Begründung. Wegen der Einzelheiten wird deshalb auf die Anlage verwiesen.

11 Hinweise

11.1 Kulturdenkmäler

Kulturdenkmäler sind Gegenstände aus vergangener Zeit, die Zeugnisse, insbesondere des geistigen oder künstlerischen Schaffens, des handwerklichen oder technischen Wirkens oder historischer Ereignisse oder Entwicklungen darstellen, an deren Erhaltung und Pflege oder wissenschaftlicher Erforschung und Dokumentation aus geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht.

Der westliche Teil des Plangebietes liegt innerhalb des archäologischen Interessengebietes „Hetlinger Geesthügel“. Werden während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 15 DSchG der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.

[3] Dipl.-Ing. Dirk Matzen Ladschaftsarchitekt BDLA: Landschaftsplanerischer Beitrag zum-Plan 12 der Gemeinde Hetlingen – Umweltbericht -

11.2 Schmutzwasserkanal

Parallel zur Holmer Straße liegt ein Schmutzwasserkanal des Zweckverbandes Hauptsammler West. In einem Abstand von 2,50 m beiderseits der Mittellinie des Kanals dürfen keine Anlagen und Gebäude errichtet werden, die die Reinigung und die Unterhaltung des Kanals beeinträchtigen könnten.

12 Nachrichtliche Übernahmen

Gemäß § 9 Abs. 6 BauGB sollen Festsetzungen, die aufgrund anderer gesetzlicher Vorschriften getroffen wurden, nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen werden.

12.1 Anbauverbotszone

Zur Sicherung der Möglichkeit eines späteren Ausbaus der Landesstraßen, dürfen gemäß § 29 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt an Landesstraßen keine Hochbauten jeglicher Art in einer Entfernung bis zu 20 m errichtet werden. Der Abstand wird gemessen vom äußeren Rand der befestigten, für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn.

Diese Anbauverbotszone wird aufgrund des § 9 Abs. 6 BauGB nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen.

13 Flächenbilanz

13.1 Flächen

Der Plangeltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen mit der Lagebezeichnung südlich der Holmer Straße, östlich der Wohnbebauung „Blink“, nördlich der 2. Deichlinie in einer Tiefe von ca. 150 m, hat eine Gesamtgröße von 30.650 qm.

Allgemeine Wohnbaugebiete	5.750 qm
Mischgebiete	7.250 qm
Gewerbegebiete	8.300 qm
Oberflächenentwässerung	3.500 qm
Verkehrsfläche (inkl. 50 m² Müll)	2.200 qm
Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung	1.200 qm
Grünflächen (inkl. Stromkasten/Internet)	2.000 qm
Fuß- und Radwege	400 qm
Fläche für Trafostation	50 qm
Geltungsbereich des Bebauungsplanes	**30.650 qm**

13.2 Kosten

Die Gemeinde Hetlingen trägt die Plnungs- und Erschließungskosten.

Als laufende Kosten der Gemeinde sind die Pflege der öffentlichen Straßenverkehrsflächen und der Grünflächen mit ihren Anpflanzungen zu berücksichtigen.

14 Anlagen

Landschaftsplanerischer Beitrag zum Bebauungsplan Nr. 12 „Umweltbericht“
Dipl.-Ing. Dirk Matzen Landschaftsarchitekt BDLA, Kirchenstraße 20, 22869 Schenefeld, 07.04.2017

Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen
L*AI*R*P*M CONSULT GmbH, Haferkamp 6, 22941 Bargteheide, 03.05.2017

Wasserwirtschaftliches Konzept zur Abführung des Oberflächenwassers zum B-Plan Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen
d+p Dänekamp und Partner, Nienhöfener Straße 29 - 37, 25421 Pinneberg, in Arbeit

Verkehrsuntersuchung Bebauungsplan Nr. 12
d+p Dänekamp und Partner, Nienhöfener Straße 29 – 37, 25421 Pinneberg, 31.03.2017

Baugrunduntersuchung, -beurteilung und Gründungsberatung
Ingenieurgesellschaft Dr.-Ing. Michael Beuße mbG, Wilkensweg 6, 21149 Hamburg, 06.04.2017

V E R K E H R S U N T E R S U C H U N G

- Gemeinde Hetlingen, Erschließung B.-Plan Nr. 12 -

Inhaltsverzeichnis

1. Vorhandene Situation 1

1.1 Erfassung Bestandssituation 1

2. Vorgehen der Abschätzung der Verkehrsmengen 2

2.1. Abschätzung der Verkehrsmengen Mischgebiet 2

2.1.1. Ermittlung der Strukturgrößen 2
2.1.2. Verkehrsaufkommen 3
2.1.3. Tagesbelastung und Stundenwerte 4

2.2. Abschätzung der Verkehrsmengen Wohngebiet 5

2.2.1. Ermittlung der Strukturgrößen 5
2.2.2. Verkehrsaufkommen 6
2.2.3. Tagesbelastung und Stundenwerte 7

2.3. Abschätzung der Verkehrsmengen Gewerbegebiet 7

2.3.1. Ermittlung der Strukturgrößen 7
2.3.2. Verkehrsaufkommen 8
2.3.3. Tagesbelastung und Stundenwerte 8

2.4. Abschätzung der Verkehrsmengen Gesamterschließung 9

3. Verteilung auf umliegendes Straßennetz 9

4. Verkehrsaufkommen umliegendes Straßennetz 10

5. Prognose Verkehrsmengen 2030 10

VORABZUG

6. Verkehrsqualität 11

6.1 Grundlagen der Bewertung 11

6.2 Leistungsfähigkeit gem. HBS 2015 13

7. Geplante Erschließung 14

Abkürzungen

FGSV	Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen
DTV	Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke
HBS	Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen
MIV	motorisierter Individualverkehr
MSV	maßgebende stündliche Verkehrsstärke
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr

VORABZUG

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Plangebiet (Bing Maps, 2017 Microsoft Corporation) 1

Abbildung 2: Verkehrsströme 2030 11

Quellenverzeichnis

BVU, iTP, IVV, Planco. „Verkehrsverflechtungsprognose 2030." Juni 2014.

Dr.-Ing. Dietmar Bosserhoff. „Abschätzung des Verkehrsaufkommens durch Vorhaben der Bauleitplanung." August 2011.

Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen. „Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen." Ausgabe 2015.

Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von Gebietstypen. „Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von Gebietstypen." Ausgabe 2006.

Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen. „Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen." Ausgabe 2006.

Prinz, Städtebauliches Entwerfen. „Städtebauliches Entwerfen." Stuttgart 1993.

Statistisches Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland. „Statistisches Jahrbuch." 2013.

—. „Statistisches Jahrbuch." 2010.

VORABZUG

1. Vorhandene Situation

Die zu untersuchende geplante Erschließung befindet sich in der Holmer Straße (L261) kurz vor der Ortsdurchfahrt in der Gemeinde Hetlingen. Die geplante Erschließung erfolgt über einen unsignalisierten Knotenpunkt Planstraße / Holmer Straße.

Die Holmer Straße führt in Richtung Norden zur B 431 in der Gemeinde Holm. In Richtung Süden führt die L 261 in Richtung Haseldorf.



Abbildung 1: Plangebiet (Bing Maps, 2017 Microsoft Corporation)

1.1 Erfassung Bestandssituation

Die Holmer Straße hat eine Breite von ca. 6,00 m und ist gemäß Richtlinie zur Anlage von Landstraßen als regionale Verbindungsstraße der Entwurfskategorie EKL 4 einzustufen. Es sind sowohl außerorts als auch in der Ortsdurchfahrt keine Linksabbiegefahrstreifen auf der L261 vorhanden. Außerhalb der Ortsdurchfahrt ist die Holmer Straße eine Allee.

2. Vorgehen der Abschätzung der Verkehrsmengen

Um die zu erwartenden Verkehrsmengen möglichst realistisch abzuschätzen, wird ein Verfahren gewählt, welches jeweils einen Mindest- und Maximalwert bei den anzunehmenden Parametern berücksichtigt. Aus dem arithmetischen Mittel der Eingangswerte ergibt sich eine hinreichend genaue, den Regelwerken entsprechende Abschätzung der Verkehrsmengen (Dr.-Ing. Dietmar Bosserhoff).

Um die möglichen Auswirkungen auf die geplante Einmündung zu untersuchen sind die Verkehrsmengen aus der geplanten Nutzung zu ermitteln.

Im Nachfolgenden werden die Verfahrensschritte einzeln erläutert.

2.1. Abschätzung der Verkehrsmengen Mischgebiet

2.1.1. Ermittlung der Strukturgrößen

Für das geplante Mischgebiet werden gemäß Planung ca. 18 Wohneinheiten und eine gewerbliche Bruttogeschossfläche von ca. 3.800 m² angesetzt.

In Abhängigkeit von der geplanten Ersterschließung wird eine Haushaltsgröße von 3,0 Einwohnern / Wohneinheit bis maximal 3,5 EW/WE angesetzt. (Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von Gebietstypen). Bei der gewerblichen Nutzung wird bei einer zu erwartenden Nutzung durch beispielsweise Handwerksbetriebe, Kfz-Instandsetzung oder unternehmensorientierte Dienstleistungen ohne merklichen

VORABZUG

Kundenverkehr eine Bruttogeschossfläche von ca. und 50 bis 70 m² je Beschäftigtem angesetzt.

Es ergibt sich somit eine Beschäftigtenanzahl von ca. 65 und eine Einwohnerzahl von ca. 59.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 1 „Strukturgrößen“ aufgeführt.

2.1.2. Verkehrsaufkommen

Unter Bezugnahme auf die Einwohnerzahl ergeben sich für das geplante Mischgebiet - unter Berücksichtigung einer Wegehäufigkeit von mindestens 3,5 bis maximal 4,0 Wege (rechnerisch somit 3,75) pro Einwohner und Tag sowie aufgrund der schlechten Verkehrsanbindung durch kein ÖPNV-Angebot und einem Anteil des MIV von 40 bis 90 Prozent - bei einem Belegungsgrad von 1,3 Personen je Kfz im Mittel 121 Fahrten pro Tag.

Im Allgemeinen gilt, dass unter günstigen Voraussetzungen, d.h. bei Erreichbarkeit von Nahversorgungs- und Gemeinbedarfseinrichtungen auf kurzen Wegen und attraktiver ÖPNV-Erschließung der Pkw-Anteil nur etwa 30 % aller Wege beträgt. Im umgekehrten Fall, d.h. bei fehlenden oder weit entfernten Nahversorgungs- und Gemeinbedarfseinrichtungen und nicht attraktiver ÖPNV-Anbindung, beträgt der Pkw-Anteil ca. 70 %. In ländlichen Gegenden geht der PKW-Anteil gegen 100 %.

Durch die Besucher der geplanten Wohnbebauung sind hier werktags bei einem MIV-Anteil von 40 bis 90 Prozent und einem Anteil von maximal 3 Prozent am Einwohnerverkehr im Mittel zusätzlich 4 Fahrten pro Werktag zu erwarten.

VORABZUG

Durch den Wirtschaftsverkehr der Einwohner kommen bei 0,1 Kfz-Fahrten pro Einwohner und Tag noch einmal 6 Fahrten hinzu.

Durch die Beschäftigten sind hier werktags bei einem MIV-Anteil von 40 bis 90 Prozent und einer Wegehäufigkeit von 2,5 bis 3,0 Wegen pro Beschäftigtem und Tag - bei einem Belegungsgrad von 1,1 Personen je Kfz - im Mittel zusätzlich 128 Fahrten pro Werktag zu erwarten.

Der Wirtschaftsverkehr der Beschäftigten macht bei einer geschätzten Häufigkeit von. 0,5 bis 1,0 Kfz-Fahrten je Beschäftigtem im Mittel 52 Fahrten am Tag aus.

Der Kundenverkehr beträgt unter Berücksichtigung einer Wegehäufigkeit von 0,5 bis 1 Weg je Beschäftgtem und Tag und einem MIN-Anteil von 40 bis 90 Prozent bei einer PKW-Besetzung von 1,5 Personen je PKW im Mittel 27 Fahrten pro Werktag.

Als Gesamtverkehr aus der geplanten Nutzung sind somit im Mittel 337 Kfz-Fahrten in 24 Stunden (werktags) zu erwarten gewesen.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 1 „Verkehrsaufkommen“ aufgeführt.

VORABZUG

2.1.3. Tagesbelastung und Stundenwerte

Teilt man diese Gesamtleistung nun auf richtungsbezogene Einzelströme auf, so ergeben sich als Quell- bzw. Zielverkehr als Mittel 172 Kfz pro Tag.

Unter Berücksichtigung der normierten Tagesganglinie (Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von

Gebietstypen) für den vorliegenden Gebietstyp sind maximal 18 Fahrzeuge in der Zeit von 17 bis 18 Uhr als Quellverkehr und maximal 22 Fahrzeuge als Zielverkehr in der Zeit von 7 bis 8 Uhr zu erwarten.

Für die geplante Nutzung ergeben sich in der maßgebenden Spitzenstunde (18 – 19 Uhr) 22 Fahrzeuge als maximaler Zielverkehr und 13 Fahrzeuge als Quellverkehr in diesem Zeitraum.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 1 „Kfz-Stundenwerte“ aufgeführt.

2.2. Abschätzung der Verkehrsmengen Wohngebiet

2.2.1. Ermittlung der Strukturgrößen

Für das geplante Wohngebiet sind wir gemäß vorliegender Planung von 9 Wohneinheiten ausgegangen.

In Abhängigkeit von der Bebauung wird die durchschnittliche Haushaltsgröße für Einfamilienhäuser mit 3,5 Einwohnern pro Wohneinheit angegeben (Prinz, Städtebauliches Entwerfen). Dieser wird als Maximalwert für die Geschosswohnungen angesetzt.

Als Mindestwert wird in Abhängigkeit von der Gemeindegröße 3,0 Einwohner je Wohneinheit angesetzt (Statistisches Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland).

Rechnerisch ergibt sich also ein Wert von 3,25 Einwohnern je Wohneinheit für die Wohnbebauung.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 2 „Strukturgrößen“ aufgeführt.

VORABZUG

2.2.2. Verkehrsaufkommen

Unter Bezugnahme auf die Einwohnerzahl ergeben sich für das geplante Baugebiet - unter Berücksichtigung einer Wegehäufigkeit von mindestens 3,5 bis maximal 4,0 Wege (rechnerisch somit 3,75) pro Einwohner und Tag sowie aufgrund der schlechten Verkehrsanbindung durch kein ÖPNV-Angebot und einem Anteil des MIV von 80 bis 90 (rechnerisch 85) Prozent - bei einem Belegungsgrad von 1,3 Personen je Kfz im Mittel 75 Fahrten pro Tag.

Im Allgemeinen gilt, dass unter günstigen Voraussetzungen, d.h. bei Erreichbarkeit von Nahversorgungs- und Gemeinbedarfseinrichtungen auf kurzen Wegen und attraktiver ÖPNV-Erschließung der Pkw-Anteil nur etwa 30 % aller Wege beträgt. Im umgekehrten Fall, d.h. bei fehlenden oder weit entfernten Nahversorgungs- und Gemeinbedarfseinrichtungen und nicht attraktiver ÖPNV-Anbindung, beträgt der Pkw-Anteil ca. 70 %. In ländlichen Gegenden geht der PKW-Anteil gegen 100 %.

Durch die Besucher der geplanten Wohnbebauung sind hier werktags bei einem MIV-Anteil von 90 bis 100 (rechnerisch 95) Prozent und einem Anteil von maximal 5 Prozent am Einwohnerverkehr im Mittel zusätzlich 4 Fahrten pro Werktag zu erwarten.

Als Gesamtverkehr aus der Erschließung sind somit unter Berücksichtigung des zusätzlichen Wirtschaftsverkehres (Anlieferung, Versorgung etc. im Mittel 3 Kfz/Tag) im Mittel 82 Kfz-Fahrten in 24 Stunden zu erwarten.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 2 „Verkehrsaufkommen“ aufgeführt.

VORABZUG

2.2.3. Tagesbelastung und Stundenwerte

Teilt man diese Gesamtleistung nun auf richtungsbezogene Einzelströme auf, so ergeben sich als Quell- bzw. Zielverkehr als Mittel 42 Kfz pro Tag.

Unter Berücksichtigung der normierten Tagesganglinie (Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von Gebietstypen) für den vorliegenden Gebietstyp sind maximal 6 Fahrzeuge in der Zeit von 6 bis 7 Uhr als Quellverkehr und maximal 6 Fahrzeuge als Zielverkehr in der Zeit von 17 bis 18 Uhr zu erwarten.

Für die geplante Bebauung ergeben sich in der maßgebenden Spitzenstunde (7 – 8 Uhr) 1 Fahrzeug als maximaler Zielverkehr und 6 Fahrzeuge als Quellverkehr in diesem Zeitraum.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 2 „Kfz-Stundenwerte“ aufgeführt.

VORABZUG

2.3. Abschätzung der Verkehrsmengen Gewerbegebiet

2.3.1. Ermittlung der Strukturgrößen

Für das geplante Gewerbegebiet werden gemäß Planung ca. 18 Wohneinheiten und eine 4.850 m² Bruttogeschossfläche angesetzt.

Bei der Nutzung wird bei einer zu erwartenden Nutzung durch beispielsweise Handwerksbetriebe, Kfz-

Instandsetzung oder unternehmensorientierte Dienstleistungen ohne merklichen Kundenverkehr eine Bruttogeschossfläche von ca. und 50 bis 70 m² je Beschäftigtem angesetzt.

Es ergibt sich somit eine Beschäftigtenanzahl von ca. 91.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 3 „Strukturgrößen“ aufgeführt.

2.3.2. Verkehrsaufkommen

Durch die Beschäftigten sind hier werktags bei einem MIV-Anteil von 40 bis 90 Prozent und einer Wegehäufigkeit von 2,5 bis 3,0 Wegen pro Beschäftigtem und Tag - bei einem Belegungsgrad von 1,1 Personen je Kfz - im Mittel zusätzlich 176 Fahrten pro Werktag zu erwarten.

Durch den zu erwartenden Kundenverkehr mit 0,5 bis 1,0 Wegen je Beschäftigtem und Tag bei einem MIV-Anteil von 90 bis 100 Prozent kommen noch 74 Kfz-Fahrten im Mittel hinzu.

Der Wirtschaftsverkehr macht bei einer geschätzten Häufigkeit von 0,2 bis 0,5 Kfz-Fahrten je Beschäftigtem im Mittel 54 Fahrten am Tag aus.

Als Gesamtverkehr aus der geplanten Nutzung sind somit im Mittel 304 Kfz-Fahrten in 24 Stunden (werktags) zu erwarten gewesen.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 3 „Verkehrsaufkommen“ aufgeführt.

2.3.3. Tagesbelastung und Stundenwerte

VORABZUG

Teilt man diese Gesamtleistung nun auf richtungsbezogene Einzelströme auf, so ergeben sich als Quell- bzw. Zielverkehr als Mittel 154 Kfz pro Tag.

Unter Berücksichtigung der normierten Tagesganglinie (Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von Gebietstypen) für den vorliegenden Gebietstyp sind maximal 18 Fahrzeuge in der Zeit von 17 bis 18 Uhr als Quellverkehr und maximal 29 Fahrzeuge als Zielverkehr in der Zeit von 7 bis 8 Uhr zu erwarten.

Für die geplante Nutzung ergeben sich in der maßgebenden Spitzenstunde (7 – 8 Uhr) 29 Fahrzeuge als maximaler Zielverkehr und 5 Fahrzeuge als Quellverkehr in diesem Zeitraum.

Die Berechnungen sind tabellarisch in der Anlage 3 „Kfz-Stundenwerte“ aufgeführt.

2.4. Abschätzung der Verkehrsmengen Gesamterschließung

Für das Gesamte geplante Erschließungsgebiet ergibt sich folglich ein zu erwartender Tagesverkehr von täglich 724 Kfz. Hiervon entfallen ca. 22 Kfz auf den Schwerverkehr (>3,5t).

In der maßgebenden Spitzenstunde treten hiervon zwischen 7 und 8 Uhr 24 Kfz als Quellverkehr aus dem Plangebiet und 52 Kfz als Zielverkehr in das Plangebiet auf.

3. Verteilung auf umliegendes Straßennetz

Für die maßgebende Spitzenstunde ist für den Quellverkehr mit einer Aufteilung von 90 Prozent der Verkehre in Richtung

VORABZUG

Holm und 10 Prozent der Verkehre in Richtung Haseldorf zu rechnen.

Der Zielverkehr kommt schätzungsweise zu 90 Prozent aus Richtung Holm und zu 10 Prozent aus Richtung Haseldorf.

4. Verkehrsaufkommen umliegendes Straßennetz

Die aktuellen Verkehrszahlen für die Hauptstraße sind den Verkehrsdaten des Landesbetriebes aus dem Jahr 2005 auf Höhe Streckenkilometer 3,2 entnommen. Hieraus ergibt sich eine Querschnittsbelastung von 2388 Kfz/24h (werktags) bei einem Schwerverkehrsanteil von 2,7 Prozent. Für die Maximalbelastung der Hauptrichtung in der Spitzenstunde wird für beide Richtungen 188 Kfz angenommen. Bei einer Hochrechnung aus der Verkehrsverpflechtungsprognose 2025 (BVU, iTP, IVV, Planco) ist bis 2010 mit einer Steigerung von 0,2 Prozent pro Jahr zu rechnen. Daraus folgt, dass in 2010 mit Verkehren von 2412 Kfz/24h (werktags) für den Gesamtquerschnitt der Holmer Straße zu rechnen ist. Dies bedeutet eine Belastung in der Spitzenstunde von 190 Kfz.

5. Prognose Verkehrsmengen 2030

Bei der Prognose für das Jahr 2030 ist mit einer Verkehrssteigerung von 5 Prozent (BVU, iTP, IVV, Planco) gegenüber 2010 zu rechnen. Die Folgende Belastung in der Spitzenstunde wurde somit für die Bewertung zugrunde gelegt:

VORABZUG

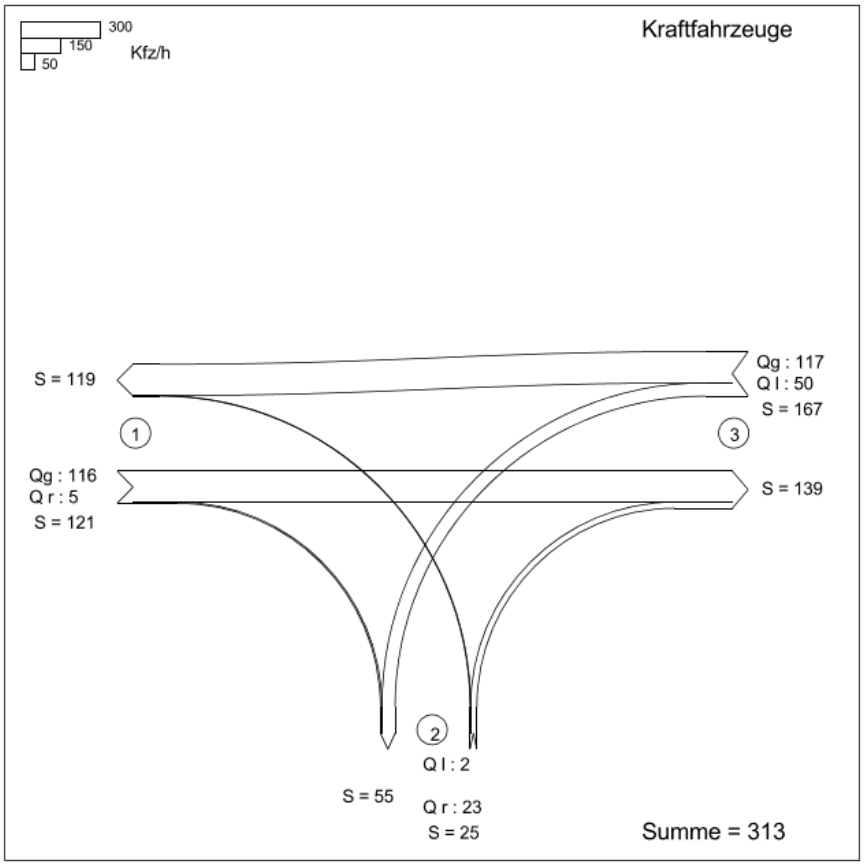


Abbildung 2: Verkehrsströme 2030

6. Verkehrsqualität

6.1 Grundlagen der Bewertung

Der einzelne Knotenpunkt ohne Lichtsignalanlagen wird auf Grundlage des Handbuchs für die Bemessung von Straßenverkehrsräumen, Teil L Landstraßen, Ausgabe 2015 (HBS 2015) bewertet.

Für unsignalisierte Knotenpunkte ist als Bewertungskriterium die Wartezeit des einzelnen Verkehrsteilnehmers entscheidend. Zur Einteilung in die einzelnen Qualitätsstufen des Verkehrsablaufes sind die Vorgaben aus Tabelle L5-1 aus dem HBS 2015 maßgebend.

QSV	Kfz-Verkehr mittlere Wartezeit t_w [s]
A	≤ 10
B	≤ 20
C	≤ 30
D	≤ 45
E	> 45
F	-[1)]

[1)] Die QSV F ist erreicht, wenn die nachgefragte Verkehrsstärke q über der Kapazität C liegt.

Tabelle 1: L5-1 gem. HBS 2015, Grenzwerte für Qualitätsstufen

VORABZUG

Maßgebend für die Beurteilung der Verkehrsqualität eines Knotenpunktes mit Lichtsignalanlage ist die schlechteste Qualitätsstufe, die sich für einen einzelnen Fahrstreifen ergibt.

Die Qualitätsstufen bedeuten:

QSV A: Die Mehrzahl der Verkehrsteilnehmer kann nahezu ungehindert den Knotenpunkt passieren. Die Wartezeiten sind sehr gering.

QSV B: Die Abflussmöglichkeiten der wartepflichtigen Verkehrsströme werden vom bevorrechtigten Verkehr beeinflusst. Die dabei entstehenden Wartezeiten sind gering.

QSV C: Die Verkehrsteilnehmer in den Nebenströmen müssen auf eine merkbare Anzahl von bevorrechtigten Verkehrsteilnehmern achten. Die Wartezeiten sind spürbar. Es kommt zur Bildung von Stau, der jedoch weder hinsichtlich seiner räumlichen Ausdehnung noch bezüglich der zeitlichen Dauer eine starke Beeinträchtigung darstellt.

QSV D: Die Mehrzahl der Verkehrsteilnehmer in den Nebenströmen muss Haltevorgänge, verbunden mit

deutlichen Zeitverlusten, hinnehmen. Für einzelne Verkehrsteilnehmer können die Wartezeiten hohe Werte annehmen. Auch wenn sich vorübergehend ein merklicher Stau in einem Nebenstrom ergeben hat, bildet sich dieser wieder zurück. Der Verkehrszustand ist noch stabil.

QSV E: Es bilden sich Staus, die sich bei der vorhandenen Belastung nicht mehr abbauen. Die Wartezeiten nehmen sehr große und dabei stark streuende Werte an. Geringfügige Verschlechterungen der Einflussgrößen können zum Verkehrszusammenbruch (d.h. ständig zunehmende Staulänge) führen. Die Kapazität ist erreicht.

QSV F: Die Anzahl der Verkehrsteilnehmer, die in einem Verkehrsstrom dem Knotenpunkt je Zeiteinheit zufließen, ist über eine Stunde größer aös die Kapazität für diesen Verkehrsstrom. Es bilden sich lange, ständig wachsende Staus mit besonders hohen Wartezeiten. Diese Situation löst sich erst nach einer deutlichen Abnahme der Verkehrsstärken im zufließenden Verkehr wieder auf. Der Knotenpunkt ist überlastet.

6.2 Leistungsfähigkeit gem. HBS 2015

Die Ergebnisse der Leistungsfähigkeitsberechnung sind detailliert in Anlage 4 dargestellt.

Zusammenfassend lässt sich die Verkehrsqualität für die Einmündung als sehr gut beschreiben. Die Wartezeiten sind sehr gering (entspricht Qualitätsstufe A). Für die Abbieger in die Planstraße ergeben sich ebenfalls gute bis sehr gute Verkehrsqualitäten. Auch hier wird die Qualitätsstufe A erreicht.

VORABZUG

Ein Handlungsbedarf ergibt sich in der Regel ab Qualitätsstufe E.

Auf einen Linksabbieger aus Gründen der Leistungsfähigkeit kann somit verzichtet werden.

7. Geplante Erschließung

Für die Erschließung des Gebietes ist eine Anbindung an die Landesstraße 261 ca. bei Station 2+380 vorgesehen. Die Anbindung erfolgt plangleich ohne separate Abbiegefahrstreifen. Aufgrund der geringen vorhandenen und zu erwartenden Verkehrsmengen ist gem. Richtlinie zur Anlage von Landstraßen (RAL) in diesem begründeten Ausnahmefall auf die Einrichtung eines Linksabbiegefahrstreifens auf der L261 zu verzichten. Aufgrund der örtlichen Nähe zu der geschlossenen Ortschaft (ca. 60 m) ist als Entwurfsgrundsatz für die Prüfung der Anbindung eine innerörtliche Lage vorauszusetzen.

Es wird empfohlen nach Abschluss der Maßnahme eine Versetzung des Ortsdurchgangsschildes zu prüfen. Für die Gewährleistung der vorgesehenen Sichtdreiecke ist vor Inbetriebnahme der Erschließungsstraße das vorhandene Tempo 70 Verkehrsschild um ca. 30 m in Richtung Holm zu versetzen.

Bei der Prüfung der Sichtbeziehungen bestehen bei dem vorgesehenen Tempo 70 in Richtung Holm keine Einschränkungen durch die vorhandene Allee. In Richtung Hetlingen sind hier jedoch nachweislich 2 Bäume innerhalb des Sichtdreiecks vorhanden. Es wird empfohlen vor Inbetriebnahme der Erschließungsstraße gemeinsam mit der Verkehrsbehörde des Kreises Pinneberg eine Prüfung der Sichtverhältnisse vor Ort durchzuführen. Der Erhalt des geschützten Baumbe-

VORABZUG

standes wäre grundsätzlich zu begrüßen, darf jedoch nicht entgegen der notwendigen Verkehrssicherheit stehen.

Verfasst: Pinneberg, den 31.03.2017

d+p ■ dänekamp und partner
BERATENDE INGENIEURE VBI

i.A. Falk Derendorf Wolfgang Kirstein

VORABZUG



Landschaftsplanerischer Beitrag zum B-Plan Hetlingen 12 - Umweltbericht -

Mai 2017

Landschaftsplanerischer Beitrag zum Bebauungsplan Hetlingen 12 - Umweltbericht -

Auftraggeber:
Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin
Amtsstraße 12
25436 Moorege

Auftragnehmer:
Dipl. Ing. Dirk Matzen
Landschaftsarchitekt BDLA
Kirchenstraße 20, 22869 Schenefeld
Tel. 040 – 8301746, FAX 040- 8397335
d.matzen@alice-dsl.net

Stand: 4.5.2017

letzte Überarbeitung am:

Inhalt

1. UMWELTBERICHT 5

1.1 VORBEMERKUNGEN 5

1.1.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bebauungsplans 5

1.1.2 Beschreibung der Festsetzungen des Plans mit Angaben über den Standort sowie Art und Umfang der geplanten Vorhaben 5

1.1.3 Bedarf an Grund und Boden der geplanten Vorhaben 5

1.1.5 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Bebauungsplan von Bedeutung sind, und der Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung berücksichtigt wurden 6

1.1.6 Fachgutachten und umweltrelevante Stellungnahmen 9

1.2 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN JE SCHUTZGUT EINSCHLIEßLICH ETWAIGER WECHSELWIRKUNGEN 9

1.2.1 Schutzgut Luft 9

1.2.2 Schutzgut Klima 10

1.2.3 Schutzgut Wasser 11

1.2.4 Schutzgut Boden 12

1.2.5 Schutzgut Landschaft / Stadtbild 14

1.2.6 Schutzgut Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt und der artenschutzrechtlichen Belange 14

1.2.7 Schutzgut Kultur-und sonstige Sachgüter 17

1.2.8 Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit 17

1.2.8.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen 18

1.3 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG VON PLANUNGSALTERNATIVEN 18

1.3.1 In Betracht kommende anderweitige Planungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Ziele und des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans . 18

1.3.2 Prognose der Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung (Nullvariante) 18

1.4 ZUSÄTZLICHE ANGABEN 18

1.4.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind 18

1.4.2 Überwachungsmaßnahmen (Monitoring) 18

1.4.3 Zusammenfassung des Umweltberichtes 19

2. ARTENSCHUTZFACHLICHE ABWÄGUNG 20

3. „GESETZLICH GESCHÜTZTE BIOTOPE“ NACH § 30 BNATSCHG, FFH UND SCHUTZGEBIETE 21

4. LANDSCHAFTSPLANERISCHE PLANUNGSZIELE 21

4.1 BEGRÜNUNGSMAßNAHMEN 21

4.2 OBERFLÄCHENENTWÄSSERUNG, GEWÄSSER- UND BODENSCHUTZ 22

4.3 VORSCHLAG FÜR GRÜNORDUNGSPLANERISCHE FESTSETZUNGEN IN § 2 DES B-PLANS 22

5. BEEINTRÄCHTIGUNGEN VON NATUR UND LANDSCHAFT IM PLANGEBIET 23

ANHANG 25

1. UMWELTBERICHT

1.1 VORBEMERKUNGEN

Der Bebauungsplan-Entwurf Hetlingen 12 sieht eine städtebauliche Entwicklung in Fortsetzung des bisherigen Siedlungsrandes mit Wohnbauflächen, Mischgebietsflächen und Gewerbeflächen vor.

Im Rahmen der Aufstellung des B-Plans Hetlingen 12 werden die naturräumlichen Gegebenheiten erfasst und bewertet. Es werden Vorschläge für grünordnungsplanerische Regelungsinhalte, sog. Huckepackfestsetzungen zur Übernahme in den B-Plan vorgeschlagen. Eingriffe in den Naturhaushalt werden bilanziert und die Notwendigkeit von Ausgleichsmaßnahmen überprüft.

1.1.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bebauungsplans

Der Bebauungsplan-Entwurf Hetlingen 12 hat die Zielsetzung, das Gebiet zwischen der Holmer Straße (L261) und dem Sommerdeich nördlich des Wohngebiets „Blink“ als Wohn-, Mischgebiets- und Gewerbestandort zu entwickeln. Es ist eine gute Anbindung an das überörtliche Straßennetz (L261) gegeben.

1.1.2 Beschreibung der Festsetzungen des Plans mit Angaben über den Standort sowie Art und Umfang der geplanten Vorhaben

Siehe Begründung zum B-Plan.

1.1.3 Bedarf an Grund und Boden der geplanten Vorhaben

Der Geltungsbereich des B-Plans umfasst eine Fläche von rd. 3,06 ha, die sich wie folgt aufteilt:

- Gewerbeflächen ca. 0,785 ha
- Mischgebietsflächen ca. 0,744 ha
- Wohngebietsflächen ca. 0,565 ha
- Straßenverkehrsflächen ca. 0,377 ha
- Grünflächen (öffentliche und private) ca. 0,5945 ha.

Im Norden grenzen Landwirtschaftsflächen, im Süden Wohnbauflächen an.

1.1.5 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Bebauungsplan von Bedeutung sind, und der Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung berücksichtigt wurden

In einschlägigen Fachgesetzen des Bundes sowie Fachgesetzen und Fachplänen des Landes Schleswig-Holstein sind Ziele des Umweltschutzes festgelegt, die bei der Aufstellung des Bebauungsplans von Bedeutung sind. Im Folgenden werden – bezogen auf die einzelnen Schutzgüter – die Umweltschutzziele und die Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung berücksichtigt werden, aufgelistet:

Schutzgut Luft

Gemäß § 1 Abs. 3 BNatSchG sind Luft und Klima durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu schützen; dies gilt insbesondere auch für Flächen mit günstiger lufthygienischer oder klimatischer Wirkung wie Kaltluftentstehungsgebiete.

In der 39. BImSchV werden zum Schutz der menschlichen Gesundheit Immissionsgrenzwerte für Stickstoffdioxid und Partikel PM_{10} festgelegt, die einzuhalten sind.

Laut § 1 Abs. 1 BImSchG sind Tieren, Pflanzen, Boden, Wasser und die Atmosphäre vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen von schädlicher Umwelteinwirkung (z.B. Luftverunreinigungen) ist vorzubeugen.

Den Zielen wird im Bebauungsplan mit Begrünungsmaßnahmen entsprochen, wie Gehölzpflanzungen, Dachbegrünungen und einer offenen Oberflächenentwässerung die zur Förderung der Luftqualität und der Staubbindung beitragen. Außerdem werden im Rahmen der Flächengestaltung Grünflächen vorgesehen, die lufthygienisch positive Wirkung entfalten können.

Schutzgut Klima

Gemäß § 1 Abs. 3 BNatSchG sind Luft und Klima durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu schützen; dies gilt insbesondere auch für Flächen mit günstiger lufthygienischer oder klimatischer Wirkung wie Kaltluftentstehungsgebiete.

In § 1 Abs. 5 BauGB ist festgelegt, dass Bauleitpläne auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz dazu beitragen sollen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln.

Den Zielen wird im Bebauungsplan mit Begrünungsmaßnahmen, wie Gehölzpflanzungen, Dachbegrünung und offener Oberflächenentwässerung, die das Kleinklima fördern, entsprochen. Außerdem werden Festsetzungen zum Schutz von Boden und Grundwasser getroffen, die die natürlichen Kreisläufe des Naturhaushalts unterstützen.

Schutzgut Wasser

Das Wasserhaushaltsgesetz sieht in § 1 vor, durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts und als Lebensgrundlage für Tiere und Pflanzen zu schützen. § 5 Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes beinhaltet u.a. die Vorsorgepflicht, eine Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses zu vermeiden.

Gemäß § 1 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz ist für den vorsorgenden Grundwasserschutz sowie für einen ausgeglichenen Niederschlags-Abflusshaushalt durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege Sorge zu tragen.

Die Flächen liegen im Wasserschutzgebiet „Haseldorfer Marsch“ in der Zone IIIb.

Diesen Zielen wird im Bebauungsplan mit Maßnahmen, die zur Rückhaltung und Teilversickerung des Niederschlags auf unbebauten Flächen oder Rückhaltung und Verdunstung bzw. verzögerte Ableitung mittels Dachbegrünung dienen, entsprochen. Es wird aus Grundwasserschutzgründen ein wasser- und luftundurchlässiger Aufbau von privaten Geh-

und Fahrwegen sowie Stellplätzen festgelegt. Feuerwehrzufahrten und –aufstellflächen auf zu begrünenden Flächen sollen wasser- und luftdurchlässig hergestellt werden.

Im Plangebiet befinden sich bis auf den zu erhaltenden Graben am Deichfuß keine Oberflächengewässer, die beeinträchtigt werden können.

Schutzgut Boden

Nach § 1a Abs. 2 BauGB ist mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen. Gemäß § 202 BauGB ist der Mutterboden in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen.

Gemäß § 2 Bundesbodenschutzgesetz ist der Boden hinsichtlich seiner natürlichen Funktionen als Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen, als Bestandteil des Naturhaushalts insbesondere mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, als Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers langfristig zu schützen.

§ 1 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz besagt die Böden so zu erhalten, dass sie ihre Funktionen im Naturhaushalt erfüllen können.

Diesen Zielen wird im Bebauungsplan entsprochen, in dem durch die Festsetzung einer GRZ, die offene Bodenstrukturen innerhalb der Bauflächen sichert, nachkommt. Die Beschränkung der oberirdischen Versiegelung und der Unterbauung durch eine baufeldbezogene Grundflächenzahl sowie die Ausweisung von rd. 0,6 ha Grünflächen sorgt für den Erhalt von natürlichen Böden.

Begrünungsmaßnahmen wie Gehölzpflanzungen und gärtnerisch anzulegende Flächen tragen zur Förderung der Bodenentwicklung bei.

Mit der Festsetzung von extensiven Dachbegrünungen kann ein Alternativstandort erschlossen werden, der teilweise die Funktionen des natürlichen Bodens übernehmen kann. Durch Dachbegrünungen kann der Wasserkreislauf unterstützt, die Luftqualität verbessert und ein positiver Beitrag zum Klima geleistet werden. Pflanzen und Tiere finden hier einen neuen Lebensraum.

Schutzgut Tiere und Pflanzen

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne u.a. die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt zu berücksichtigen.

Nach § 1 Abs. 3 BNatSchG sind zur dauerhaften Sicherung der biologischen Vielfalt lebensfähige Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen, ihre Lebensgemeinschaften sowie ihre Biotope und Lebensstätten auch im Hinblick auf ihre jeweiligen Funktionen im Naturhaushalt zu erhalten. Außerdem sind Tiere und Pflanzen als Bestandteil des Naturhaushalts in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Artenvielfalt, in ihren Lebensräumen sowie sonstigen Lebensbedingungen zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und ggf. wiederherzustellen.

In § 44 BNatSchG besagen die Ziele des besonderen Artenschutzes, dass Tatbestände des Tötens, Verletzens oder der Entnahme von Individuen sowie des Störens verboten sind.

Diesen Zielen wird im Bebauungsplan insofern entsprochen, als dass mit der Entwicklung von bioökologisch bedeutsamem Baumbestand die Funktion dieser Bäume als Lebensraum für Tiere geschaffen werden können. Mit der Ausweisung von Grünflächen, gärtnerisch zu gestaltenden Freiflächen und dem Anpflanzen von standortgerechten Gehölzen wird die Vielfalt der Fauna unterstützt und neue Habitate für Tiere geschaffen. Extensive Dachbegrünungen werden als Sekundärstandorte für spezifische Pflanzen und Tierpopulationen zur Verfügung stehen.

Im Plangebiet wurden keine Fortpflanzungs- oder Ruhestätten von Vögeln, Fledermäusen und Amphibien festgestellt, so dass eine Betroffenheit dieser Tiergruppe im Sinn des § 44 BNatSchG nicht gegeben ist. Bezüglich der im Plangebiet vorkommenden Vogelarten werden die in § 44 Abs. 1 BNatSchG aufgeführten Verbotstatbestände dadurch vermieden, dass die notwendigen Gehölzrodungen außerhalb der Brutzeit im Winterhalbjahr durchgeführt werden sollen.

Schutzgut Landschaft- und Stadtbild

Nach § 1 Abs. 3 Nr. 6 BNatSchG sind Freiräume im besiedelten Bereich einschließlich ihrer Bestandteile wie Bäume und Gehölzstrukturen zu erhalten und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, neu zu schaffen.

Laut § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB ist die Erhaltung und Erneuerung, Fortentwicklung, Anpassung und der Umbau vorhandener Ortsteile in der Bauleitplanung besonders zu berücksichtigen.

§ 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB sieht u.a. auch die Berücksichtigung der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbilds vor.

Der Bebauungsplan entspricht den übergeordneten Entwicklungszielen. Zur Gestaltung des Orts- und Landschaftsbilds sind Festsetzungen von Begrünungsmaßnahmen, Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern sowie die Gestaltung gärtnerisch anzulegender Flächen vorgesehen.

Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Die nach § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB zu berücksichtigen Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sind in der Bauleitplanung zu berücksichtigen.

Nach § 1 des Denkmalschutzgesetzes vom .. ist es Aufgabe des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, die Kulturdenkmäler zu schützen und zu erhalten, sowie darauf hinzuwirken, dass sie in die städtebauliche Entwicklung, Raumordnung und Landespflege eibezogen werden.

Für den Bebauungsplan ergeben sich neben der Kennzeichnung einer Archäologischen Vorbehaltsfläche hieraus keine weiteren Konsequenzen.

Schutzgut Mensch

Nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 Baugesetzbuch sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu berücksichtigen.

Der § 50 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der Fassung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1275), zuletzt geändert am 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1839, 1841) legt fest, dass Bereiche mit emissionsträchtigen Nutzungen einerseits und solche mit immissionsempfindlichen Nutzungen andererseits möglichst räumlich zu trennen sind.

Laut § 50 Satz 2 BImSchG und § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe h BauGB sind bei Planungen in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Union festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden, bei der Abwägung der betroffenen Belange die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität als Belang zu berücksichtigen.

In § 4 Abs. 1 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert am 4. April 2016 (BGBl. I S. 569, 584) sind Abfälle in erster Linie zu vermeiden, insbesondere durch die Verminderung ihrer Menge und Schädlichkeit und in zweiter Linie stofflich zu verwerten oder zur Gewinnung von Energie zu nutzen (energetische Verwertung).

Dem Ziel der Sicherstellung von gesunden Arbeitsverhältnissen im oben genannten Sinne wird im Bebauungsplan mit einer Gliederung des Plangebiets und insgesamt mit einer verträglichen Bebauungsdichte entsprochen.

Folgende Maßnahmen werden zur Verminderung von Luftimmissionen eingesetzt: Begrünungsmaßnahmen, wie Dachbegrünungen, Baum- und Gehölzpflanzungen und das Anlegen von Grünflächen und offenen Grabentrassen fördern die Luftfilterung und Staubbindung und tragen zur Lufthygiene bei.

1.1.6 Fachgutachten und umweltrelevante Stellungnahmen

Landschaftsplanerischer Fachbeitrag

Landschaftsplanerische Untersuchung zum B-Plan Hetlingen 12 (Bunde Koppel) vom 17.6.2016 (D. Matzen, Landschaftsplanerische Untersuchung, Stand. 17.6.2016)

Artenschutzfachliche Potenzialanalyse

Die im März 2017 erarbeitete Artenschutzprüfung für das Plangebiet Hetlingen 12 wurde im April/Mai 2017 aktualisiert (Dipl. Biologe K. Lutz, Stand 8.3.2017, aktualisiert am. 5.2017)

Entwässerungskonzept

Ein Entwässerungskonzept für den Geltungsbereich liegt vor (d+p Dänekamp und Partner, Stand 30.3.2017).

Lärmtechnische Untersuchung

Im Hinblick auf die zukünftig vom Plangebiet ausgehenden Gewerbelärm werden die Außenlärmpegel für Neu-, Um- und Ausbauten gemäß DIN 4109 ermittelt und festgelegt (Begründung zum B-Plan, Stand 4.5.2017). Eine schalltechnische Untersuchung liegt nicht vor.

Verkehrstechnische Untersuchung

Es liegt eine verkehrstechnische Untersuchung zum B-Plan Hetlingen 12 vor (d+p Dänekamp und Partner, Stand 31.3.2017).

Luftschadstoffgutachten

Es liegt kein Luftschadstoffgutachten vor.

1.2 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN JE SCHUTZGUT EINSCHLIEßLICH ETWAIGER WECHSELWIRKUNGEN

1.2.1 Schutzgut Luft

1.2.1.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Das Plangebiet entwickelt sich in Randlage des bisher den Ortsrand bildenden Wohngebietes „Blink“ im Übergang zu landwirtschaftlich genutzten Flächen und weist die hierfür typischen lufthygienischen Verhältnisse auf. Die Fläche stellt sich als freie Ackerfläche dar, Gehölze sind nicht vorhanden. Lufthygienisch aktives Grünvolumen ist nur temporär nach Bestellung der Fläche sowie dauerhaft in geringem Umfang in den Randzonen vorhanden.

1.2.1.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die lufthygienische Produktivität der Freiflächen wird insoweit beeinträchtigt, als große Teile zukünftig versiegelt werden. Es wird Grünvolumen durch vorgesehene Neuanpflanzungen im Bereich der Bauflächen und auf den nicht überbaubaren Freiflächen sowie am nördlichen und östlichen Siedlungsrand langfristig hergestellt.

Der zukünftige Anliegerverkehr wird leicht zunehmen, die damit verbundene Zunahme von Verkehrsimmissionen ist im Verhältnis zur Vorbelastung nicht relevant.

4.2.1.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Die lufthygienische Produktivität des Grünvolumens wird im Zuge der Erschließung der Flächen erhöht. Die Bilanz des Grünvolumens kann durch vorgesehene Neuanpflanzungen auf den Bauflächen verbessert werden. Im Bebauungsplan werden randliche Gehölzanpflanzungen festgesetzt. Durch die Neuanpflanzung von Bäumen im Bereich der nicht überbaubaren Freiflächen wird Grünvolumen langfristig entwickelt und werden die bioklimatischen Wirkungen wie Verschattungs- und Filterfunktionen optimiert.

Eine Extensivbegrünung flacher oder flach geneigter Dächer kann zu einer erheblichen Verbesserung des Mikroklimas beitragen. Staub- und gasförmige Immissionen werden durch die Vegetationsschicht gefiltert und im Begrünungsaufbau festgelegt. Aufheizungseffekte und abstrahlungsbedingte Temperaturdifferenzen werden im Sommer bei begrünten Dächern im Gegensatz zu ungeschützten oder mit Kies abgedeckten Flächen stark nivelliert.

Besondere Maßnahmen im Hinblick auf Luftschadstoffe sind nicht erforderlich.

Licht

Lichtemissionen, die im Besonderen über die Deichkrone nach Osten in das FFH-Gebiet ausstrahlen, sind zu vermeiden. Vermeidung von Werbeanlagen mit Scheuchwirkung (z.B. Fahnenmasten).

1.2.2 Schutzgut Klima

1.2.2.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Lokalklima

Die mittlere jährliche Niederschlagsmenge wird mit 800 mm angegeben. Die mittlere Jahresdurchschnittstemperatur beträgt 8,3°C, der Wind weht überwiegend aus westlichen Richtungen.

Durch Kraftfahrzeugverkehr verursachte Verkehrsemissionen auf der L261 wirken als Lärm- und Abgasimmissionen auf das Plangebiet ein. Luftmesswerte liegen nicht vor.

Die lokalen Kleinklimaverhältnisse im Plangebiet sind teilurbaner Prägung. Die landwirtschaftlich genutzten Freiflächen tragen begünstigend zur Kaltluftentstehung bei.

Bioökologisch relevanter Baumbestand ist im Plangebiet nicht vorhanden.

1.2.2.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Mit der Zunahme versiegelter Flächen geht zeitgleich die Reduzierung vegetationsgeprägter, bioklimatisch aktiver Freiflächen einher. Es sind graduelle Beeinträchtigungen durch negative lokalklimatische Veränderungen wie der Zunahme von Wärmeinseleffekten und eine erhöhte Staubbildung zu erwarten. Bebaute Areale weisen versiegelungsbedingt eine höhere Wärmeabsorbtion und Wärmeabstrahlung auf und tragen so zu Wärmeinseleffekten bei.

1.2.2.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Extensivdachbegrünung tragen aufgrund ihrer Vegetation zu einer Reduzierung von Aufheizungseffekten unbegrünter Dächer bei. Während frei bewitterte Dachflächen im Sommer Temperaturen von über 50 °C aufweisen können, wird durch Verdunstungseffekte die Temperatur auf 30 °C gepuffert. Der Wärmeinseleffekt wird damit deutlich reduziert. Staub- und gasförmige Immissionen werden durch die Vegetationsschicht aus der Luft gefiltert.

Fassadenbegrünungen tragen durch die Reduzierung von Aufheizungseffekten und Staub- sowie Luftschadstofffilterung zur Stabilisierung des Mikroklimas bei.

Baumanpflanzungen in den Randzonen und auf den nicht überbaubaren Flächen tragen durch Verschattung und Verdunstung zu einer Verbesserung des Mikroklimas bei.

1.2.3 Schutzgut Wasser

1.2.3.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Wasserhaushalt und Besielung

Natürliche Oberflächengewässer sind nicht betroffen. Der Graben am Deichfuß bleibt erhalten.

Die natürliche Grundwasserneubildungsrate im Plangebiet ist trotz der geringen Durchlässigkeit heute nicht eingeschränkt. Der mittlere Flurabstand des **oberflächennahen Grund- bzw. Stauwasserleiters** ist mit 1 m unter Geländeoberkante (GOK) anzunehmen. Lokale Stauwasserlinsen mit örtlich oberflächennah anstehendem Grund-/Stauwasser können nicht ausgeschlossen werden. In der Fachkarte „Bewertung der Raumempfindlichkeit Grundwasserschutz“ zum Landschaftsplan der Gemeinde Hetlingen wird das Plangebiet als „Hoch empfindlich“ eingestuft.

Die Flächen liegen im Wasserschutzgebiet „Haseldorfer Marsch“ in der Zone III B.

Eine gezielte Versickerung von Oberflächenwasser im Zuge einer baulichen Umstrukturierung ist aufgrund der anlehmigen Bodenverhältnisse und des hohen Grundwasserstands grundsätzlich problematisch.

Die Flächen des Plangebiets sind vollständig unversiegelt und unterliegen der natürlichen Versickerung und Evapotranspiration.

Die Vorflut für das Plangebiet wird durch den südlich gelegen Sielanschluss sichergestellt.

1.2.3.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Abhängig von der Zunahme der Oberflächenversiegelung der neuen Bebauung und Erschließung wird sich die Bilanz der Regenwasserinfiltration zur Speisung des örtlichen Grund-/Stauwassers reduzieren und der Oberflächenabfluss erhöhen. In der großräumigen Betrachtung sind mögliche Auswirkungen nicht relevant. Für die weitere Planung erfolgt die Erarbeitung einer Oberflächenentwässerungskonzeption.

1.2.3.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Im B-Plan sind keine Gewässer als Flächen für die Regelung des Wasserabflusses vorhanden. Flächen für die Herstellung der Oberflächenentwässerung sollen in Form von offenen Gräben festgesetzt werden.

Im B-Plan wird zum Schutze des Grundwassers die Wasser- und Luftundurchlässigkeit von Geh- und Fahrwegen sowie ebenerdigen Stellplätzen im Gewerbegebiet festgesetzt Feuerwehrumfahrten und –aufstellflächen auf zu begrünenden Flächen sind in vegetationsfähigem Aufbau (Schotterrasen) herzustellen. Damit wird ein Minimum dezentraler Oberflächenwasserversickerung und die Zurverfügungstellung vegetationsverwertbaren Niederschlagswassers sichergestellt.

Flachdächer im Gewerbegebiet sind extensiv zu begrünen. Extensivdachbegrünungen tragen in Abhängigkeit des Begrünungsaufbaus zu einer nachhaltigen Oberflächenwasserrückhaltung bei. So werden 40 – 70 % des jährlichen Niederschlags in Extensivdachbegrünungen mit einem Bodensubstrataufbau von 8 cm zurückgehalten. Der Rauhigkeitsfaktor begrünter Dächer führt darüber hinaus zu einer messbaren Abflussverzögerung und Entspannung der Abflussspitzen.

Mit dem Ziel der dezentralen Regenwasserrückhaltung im B-Plangebiet soll der Oberflächenabfluss aus dem Gebiet gedrosselt und kontrolliert minimiert werden.

Der Einbau von auswasch- oder auslaugbaren wassergefährdenden Materialien (z.B. Boden- und Recyclingmaterial) ist in der Schutzzone III B verboten. Das zu verwendende Material muss den Anforderungen des Regelwerkes 20 der LAGA (Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall) entsprechen. Die Verwendung von wassergefährdenden Betonzuschlagstoffen ist unzulässig.

1.2.4 Schutzgut Boden

1.2.4.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Das Gelände weist mit Höhenunterschieden von rd. 1,0 m nur schwache Reliefbewegungen auf. Die Geländehöhen bewegen sich zwischen 1,20 - 2,00 m üNN. Der östlich angrenzende Binnendeich hat eine Höhe von rd. 4 m üGOK.

Die **natürlichen Bodenfunktionen** Versickerungsfähigkeit, Filter- und Pufferkapazität gegenüber Schadstoffen, Wasserspeichervermögen und Lebensraum für Pflanzen und Tiere sind im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung ungestört, die Flächen vollständig unversiegelt.

Die anstehenden Marschenböden mit hohem Sorptionsvermögen gelten als Böden mit hoher Empfindlichkeit in Bezug auf Immissionen.

Es liegen durch Sedimentation entstandene Marschenablagerungen mit hohen Mächtigkeiten an, die Innendeichs als Kalkmarschenböden mit Verschlämmungsneigung anzusprechen sind. Es kann nicht ausgeschlossen werden, das Stoffe sedimentiert sind, die ein Untersuchungserfordernis für die Verwertung des Aushubs außerhalb des Grundstücks nach sich ziehen.

Die nordöstlich an das Siedlungsgebiet „Blink“ anschließenden Flächen liegen im archäologischen Interessensgebiet „Geesthügel Hetlingen“ des Archäologischen Landesamtes. Es ist mit kaiserzeitlichen und frühmittelalterlichen Funden zu rechnen. Eine frühzeitige Beteiligung des Landesamtes bei baulichen Aktivitäten ist angezeigt.

Altlasten

Im Plangebiet befinden sich keine Altlastenverdachtsflächen und Altlasten.

1.2.4.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Bodenfunktion

Im Zuge der baulichen Entwicklung werden der Überbauungsgrad und damit die Bodenversiegelungen auf bis zu 50 % der Gesamtfläche erhöht. Die Bodenfunktionen werden weitergehend eingeschränkt. Beim Umgang mit dem Boden sind die Anforderungen nach § 12 Bundes-BodenschutzVO an das Ein- und Aufbringen von Materialien zu berücksichtigen. Im Bereich der ehemaligen Gräben, die sich noch heute in der Topografie abzeichnen, sind durch Baggerschürfen Erkundungen vorzunehmen, um eine Verfüllung mit bodenfremden Materialien auszuschließen.

Altlasten

Nicht betroffen.

1.2.4.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Bodenfunktion

Auf den im B-Plan festgesetzten Grünflächen bleiben die Bodenfunktionen weitgehend erhalten.

Durch die Festsetzung im B-Plan, dass innerhalb der Bauflächen Geh- und Fahrwege sowie ebenerdige Stellplätze in wasser- und luftundurchlässiger Bauweise hergestellt werden müssen, werden mögliche Bodenkontaminationen durch Stoffeinträge vermieden. Die Festsetzung, dass Feuerwehrumfahrten und –aufstellflächen auf zu begrünendend Flächen in vegetationsfähigem Aufbau herzustellen sind, dient dem Ziel, Teilfunktionen des Bodens aufrecht zu erhalten.

Extensivdachbegrünungen bieten mit ihrem organisch-mineralischem Bodensubstrataufbau die teilweise Wiederherstellung von Bodenfunktionen auf dem künstlichen Standort Dach. In Verbindung mit standortangepassten Vegetationsgesellschaften werden dauerhafte Lebensraumstrukturen geschaffen. Der Dachbegrünungsaufbau übernimmt Oberflächenwasserrückhalte- und –reinigungsfunktionen und ersetzt somit teilweise die natürlichen Bodenfunktionen.

Durch die Neuanlage offener, begrünter Grabentrassen werden die Bodenfunktionen hier nachhaltig gesichert.

Bei Oberbodenarbeiten müssen die einschlägigen Richtlinien der DIN-Normen: 18320, 18915 und 18300 beachtet werden.

Altlasten

Altlasten nicht betroffen.

1.2.5 Schutzgut Landschaft / Stadtbild

1.2.5.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Das Plangebiet weist im großräumigen Kontext der Ortseingangslage den Charakter einer landwirtschaftsgeprägten Fläche mit einer homogenen, landwirtschaftlich geprägten Nutzungsstruktur auf. Die Fläche ist vom westlich und östlich angrenzenden, Kulturlandschaftsraum durch die L261 im Westen und nach Osten durch den Hochwasserschutzdeich visuell abgegrenzt. Durch die flankierenden, linearen Strukturen des Hochwasserschutzdeichs und der Baumallee liegt die Fläche in einem langgezogenen Landschaftskorridor. Der Siedlungsrand ist eingegrünt.

1.2.5.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Eingespannt zwischen den vertikalen Strukturen des Deiches und der Baumallee entwickelt sich der zukünftige Siedlungsrand weiter in den Kulturlandschaftsraum hinein.

Die neue Siedlungsrandausbildung durch ein Gewerbegebiet wird zu einer Veränderung der Maßstäblichkeit durch das mögliche Volumen und die Höhe der Bebauung führen.

1.2.5.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Für eine naturräumlich verträgliche Einbindung des Siedlungsquartiers, hier insbesondere der Gewerbeflächen, werden im Norden zum freien Kulturlandschaftsraum und parallel zur Holmer Straße Gehölzanpflanzungen festgesetzt. Es werden darüber hinaus mit grundstücksbezogenen Anpflanzgeboten für die Entwicklung von raumbildenden Gehölzstrukturen sowie Fassadenbegrünungsmaßnahmen Maßnahmen zum Erhalt und zur Entwicklung des Landschafts- und Stadtbildes getroffen.

1.2.6 Schutzgut Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt und der artenschutzrechtlichen Belange

1.2.6.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Die Erfassung der vegetationsgeprägten Biotopstrukturen erfolgt aufgrund örtlicher Erhebungen. Besonders geschützte Pflanzenarten kommen nicht vor.

Das Plangebiet wird als Ackerland genutzt. Das Ackerland wird aktuell zum Rapsanbau genutzt. Die Fläche übernimmt keine Funktionen des Biotopverbunds.

Im Einzelnen sind folgende Biotoptypen vorzufinden:

- Allee (geschützter Biotop)
- Einzelgehölz
- Gebüsch (grabenbegleitend)
- Artenarmes Ackerland
- Nährstoffreiche Gräben mit Stillgewässercharakter als Straßengraben und Graben am Deichfuß.

Die Fläche ist entsprechend des ‚Runderlasses zum Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht von 1998' als ‚Fläche mit allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz' anzusprechen.

Die geschützte Allee an der Holmer Straße besteht aus alten Bäumen der Echten Mehlbeere (Sorbus aria). Der Pflanzabstand beträgt rd. 12 – 13 m. Abgestorbene Bäume sind durch Neupflanzungen der gleichen Art ersetzt worden. Auf der Südseite des Grabens wird der Fahrradweg von einzelnen Schwarz-Erlen flankiert. Der westliche Abschnitt ist hier auf einer Länge von rd. 35 m baumfrei. Im Bereich der bestehenden südlichen Grundstückszufahrt (Grabenquerung) steht eine alte Birke (Betula pendula), die Allee weist hier eine Baumlücke auf.

Oberflächengewässer sind an das Plangebiet angrenzend als lineare Gewässerelemente vorhanden. Der Graben südlich der Holmer Straße und der Graben am Deichfuß haben Stillgewässercharakter.

Als potentiell natürliche Vegetation (pnV) würde sich ohne menschliche Einflussnahme im Plangebiet ein Auwald, bestehend aus Baumweiden und Pappeln entwickeln.

Die Baumschutzsatzung der Gemeinde Hetlingen vom 10. Januar 2001 gilt nicht für das Plangebiet.

Artenschutz

Im Rahmen einer Potentialanalyse und artenschutzfachlichen Betrachtung (Dipl. Biol. K. Lutz, 8. März 2017, aktualisiert im Mai 2017) wird der Lebensraum auf das mögliche Vorkommen geschützter Tierarten und seiner Bedeutung ermittelt und bewertet. Hier wird insbesondere auf die Artengruppen der Fledermäuse, der Vögel und der Amphibien, aus denen nach § 7 Abs. 2 Nrn. 13 und 14 BNatSchG besonders oder streng geschützte Arten betroffen sein können, abgestellt.

Bei der Begehung des Gebietes wurde auf Strukturen geachtet, die für Anhang IV-Arten und Vögel von Bedeutung sind. Potentiell können 9 Arten aus den Gruppen der Offenlandbrüter, Gebüschbrüter und Gewässervögel als Brutvögel vorkommen. Alle Vogelarten sind nach § 7 BNatSchG als europäische Vogelarten geschützt. Potentiell können zwei Arten aus der Gruppe der Offenlandbrüter die in der Roten Liste SH erfasst sind vorkommen: Feldlerche und Kiebitz. Weiterhin ist der Acker potentieller Lebensraum von Fasan und Schafstelze. Zum Ausschluss von Brutvorkommen sind im Anschluss an die Potentialbetrachtung im April und Mai weitergehende Kartierungen erfolgt. Im Ergebnis sind keine Brutvogelvorkommen erfasst worden.

Es können aufgrund fehlender Quartiere potentiell keine Fledermausarten vorkommen. Alle Fledermausarten sind nach § 7 BNatSchG streng geschützt und im Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführt. Für die Fledermäuse sind drei Biotopkategorien zu bewerten: Sommerquartiere, Winterquartiere als Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Jagdreviere. Es sind keine Baumqualitäten vorhanden, die als Winterquartier oder Sommerquartiere eingestuft werden können. Das Untersuchungsgebiet hat als Jagdhabitat für Fledermäuse nur eine mittlere Bedeutung.

Aufgrund der Lebensraumstrukturen ist das potentielle Vorkommen der Amphibienarten: Grasfrosch, Teichfrosch und Erdkröte möglich. Der Graben am Deichfuß führt nur im Winterhalbjahr Wasser und ist somit nur für den nicht im Bestand gefährdeten Grasfrosch ein

potentielles Laichgewässer. Der Moorfrosch kann wegen der mineralischen Bodenverhältnisse ausgeschlossen werden. Alle Amphibienarten sind nach der BundesartenschutzVO als besonders geschützt eingestuft, nicht jedoch nach europäischem Recht. Sie sind nicht im Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführt. Für den Teichfrosch und die Erdkröte sind im Untersuchungsgebiet im Verlauf des Grabens geeignete Landlebensraumstrukturen vorhanden.

Mit dem Verlust der Freiflächen verlieren die vorgefundenen Vogelarten einen Teil ihres Lebensraums. Arten mit großen Revieren, die hier nur ihr Nahrungsgebiet haben, können in die Umgebung ausweichen. Die Bestandsentwicklung aller betroffenen Arten ist in den letzten 10 – 20 Jahren positiv, insoweit entstehen offensichtlich immer neue verlustausgleichende Lebensräume. Langfristig bleiben die Funktionen der betroffenen Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang erhalten bzw. entstehen neu. Der Verlust möglicher Brutreviere gefährdet nicht den Erhaltungszustand dieser Arten im Raum Schleswig Holsteins. Eine Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen i.S. von zeitlich vorgezogenen CEF-Maßnahmen ist nicht erforderlich.

Fortpflanzungsstätten von Brutvogelarten i.S. des § 44 BNatSchG sind nicht betroffen. Die ökologischen Funktionen i.S. des § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG bleiben erhalten, da offenbar durch die aktuelle Landschaftsentwicklung ständig neue Lebensräume entstehen und alle Arten weiterhin im Bestand zunehmen. Haussperling und Bachstelze als typische Arten der Siedlungen erfahren durch die Siedlungserweiterung eine Aufwertung ihrer Lebensräume. Als Vermeidungsmaßnahme zum Eintreten des § 44 BNatSchG sind Rodungen von Gehölzen nur außerhalb der Brutzeit gemäß der Regelung des § 39 BNatSchG in der Zeit vom 1.Oktober bis zum 28. Februar eines Jahres zulässig.

Hetlingen liegt nicht im Verbreitungsgebiet der Haselmaus. Fischotter und Biber sind hier nicht zu erwarten. Für alle weiteren Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie sind keine potentiellen Lebensraumstrukturen vorhanden, so dass diese Arten hier nicht vorkommen.

Auch kommen von den 4 in Schleswig-Holstein gelisteten sehr seltenen Pflanzenarten des Anhang IV aufgrund fehlender Standortbedingungen keine vor.

1.2.6.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Mit der Entwicklung von Bauflächen gehen die freiflächengeprägten Biotopstrukturen verloren. Die angrenzenden Randstrukturen bleiben erhalten.

1.2.6.3 Beschreibung der Vermeidungs-und Minderungs- /Ausgleichsmaßnahmen

Mit dem Erhalt des östlichen Deichgrabens wird ein wassergeprägtes Verbindungsbiotop erhalten.

Mit der Anpflanzung von Gehölzen werden neue Lebensraumstrukturen geschaffen.

Extensivdachbegrünungen bieten in Abhängigkeit des Substrataufbaus und der Standortbedingungen einer Vielzahl von Pflanzen- und Tierarten nachhaltige Lebensraumstrukturen. Extensivdachbegrünungen tragen mit einer artenreichen Vegetationsbedeckung zur Bereicherung der Biotopqualitäten, insbesondere für Insekten und Vögel, bei. Bei Auftrag einer Schichtstärke von mindestens 8 cm werden die ökologischen Funktionen der Extensivdachbegrünung und der Standort für die Anpflanzung einer arten- und strukturreichen Sedum-/Gras-/Kräutervegetation optimiert.

1.2.7 Schutzgut Kultur-und sonstige Sachgüter

1.2.7.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Archäologische Vorbehaltsfläche

Die nordöstlich an das Siedlungsgebiet „Blink“ anschließenden Flächen liegen im archäologischen Interessensgebiet „Geesthügel Hetlingen“ des Archäologischen Landesamtes. Es ist mit kaiserzeitlichen und frühmittelalterlichen Funden zu rechnen. Eine frühzeitige Beteiligung des Landesamtes bei erdbaulichen Aktivitäten ist angezeigt.

Baudenkmäler sind im Plangebiet nicht vorhanden.

1.2.7.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Im Zuge von Erdbaumaßnahmen innerhalb des Plangebiets ist bei Boden-Auffälligkeiten eine Beteiligung der Bodendenkmalpflege erforderlich.

Erhebliche Auswirkungen auf dieses Schutzgut entstehen durch die Planung nicht. Sich negativ verstärkende Wechselwirkungen zwischen dem Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter und den anderen Schutzgütern entstehen ebenfalls nicht.

1.2.7.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen werden nicht erforderlich. Im Bebauungsplan wir ein Hinweis aufgenommen, wenn bei Erdarbeiten anfallende Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern ist.

1.2.8 Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit

1.2.8.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands

Lärm

Für das Plangebiet wurde keine lärmtechnische Untersuchung erstellt. Lärmeinwirkungen durch Straßenverkehrslärm gehen von der L261 aus.

Weitere Emissionsquellen sind nicht gegeben.

1.2.8.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Es ist mit einer graduellen Verkehrszunahme durch Ziel- und Quellverkehre im neuen Baugebiet auf der L261 zu rechnen, jedoch nicht in einem Maße, das als erheblich einzustufen wäre.

1.2.8.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Kein Erfordernis.

1.3 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG VON PLANUNGSALTERNATIVEN

1.3.1 In Betracht kommende anderweitige Planungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Ziele und des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans .

Standortalternativen

Das Plangebiet befindet sich in einer verkehrlich gut erschlossenen Lage am nördlichen Ortsrand. Die Lage ist wegen der Erreichbarkeit für die Ausweisung eines gemischt genutzten Quartieres im Vergleich zu anderen Nutzungen besonders prädestiniert. In Größe und Qualität vergleichbare Flächenpotentiale stehen der Gemeinde Hetlingen nicht für eine Überplanung zur Verfügung.

1.3.2 Prognose der Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung (Nullvariante)

Im Falle der Nullvariante würde die vorhandene landwirtschaftliche Nutzung fortgeführt.

1.4 ZUSÄTZLICHE ANGABEN

1.4.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind

Die zu Grunde liegenden Gutachten ermöglichen eine fachliche Einschätzung der Umweltauswirkungen. Schwierigkeiten bei der Erhebung der Grundlagen haben sich nicht ergeben. Wesentliche Kenntnislücken bei der Zusammenstellung der Angaben zum Umweltbericht bestanden nicht. Gleichwohl beruhen weitergehende Angaben, wie z.B. die Beeinträchtigung lokalklimatischer Verhältnisse durch die zukünftige Bebauung auf grundsätzlichen oder allgemeinen Angaben bzw. Einschätzungen.

1.4.2 Überwachungsmaßnahmen (Monitoring)

Das Monitoring umfasst die Überwachung planbedingter erheblicher Umweltauswirkungen. Es basiert auf Überwachungsmaßnahmen und Umweltinformationen. Die Umweltauswirkungen werden von den zuständigen Fachabteilungen des Amtes im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben überwacht.

Gemäß § 4 Abs. 3 BauGB unterrichten die zuständigen Ämter den Kreis, sofern nach den ihnen vorliegenden Erkenntnissen die Durchführung des Bebauungsplans erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt hat.

Der Bebauungsplan enthält Festsetzungen, in welchem Umfang Begrünungs- und Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Mittels der Fertigstellungs- und Entwicklungspflege wird sichergestellt, dass sich die Maßnahmen sachgerecht entwickeln und ihre ökologischen Funktionen aufnehmen und erfüllen können. Mit einer dauerhaften Pflege der Flächen ist ihre Funktionserfüllung gewährleistet.

Durch stichprobenartige Kontrolluntersuchungen seitens des Amtes wird überprüft, ob die geplante Funktionserfüllung der verschiedenen Maßnahmen tatsächlich greift. Bei festgestellten Abweichungen von den Maßnahmenzielen können dann erforderliche Maßnahmenkorrekturen und -ergänzungen vorgenommen werden, um möglichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

Die Einhaltung der umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen sowie der standortbezogenen umweltrelevanten Festsetzungen ist im Einzelfall im Rahmen des jeweiligen Genehmigungsverfahrens zu beachten.

1.4.3 Zusammenfassung des Umweltberichtes

Schutzgutbezogene Zusammenfassung

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans Hetlingen 12 wurde der vorliegende Umweltbericht erstellt. Untersucht wurden mögliche Auswirkungen der durch den B-Plan ermöglichten städtebaulichen Entwicklungen auf die Schutzgüter Luft, Klima, Wasser, Boden, Tiere und Pflanzen, Landschafts- und Stadtbild, Kultur und Sachgüter sowie Mensch. Zur Vermeidung nachteiliger Umweltauswirkungen wurden Bau- und Nutzungsauflagen sowie Beschränkungen festgelegt.

Naturschutzfachliche Abwägung

Von Bedeutung für den Naturschutz und die Landschaftspflege sind im Plangebiet die großflächigen Freiflächenstrukturen und der Deichrandgraben.

Insgesamt wird mit dem Bebauungsplan ein erheblicher Eingriff vorbereitet, für den ein Ausgleichserfordernis im Sinne des § 1 a Abs. 3 BauGB besteht. Durch Festsetzungen zur Begrünung, hier insbesondere zu Dachbegrünungen, die sinnvoll und zumutbar sind, erfolgt eine Minderung des Eingriffs. Verbleibende Eingriffe in Natur und Landschaft sind auf außerhalb des B-Plans liegenden Flächen (Ökokonto) auszugleichen.

Eine Quantifizierung des Eingriffsumfangs nach den einschlägigen Bewertungsmaßstäben ergibt bei einem Vergleich von Bestand und Planung eine deutliche Absenkung des Wertes für Boden.

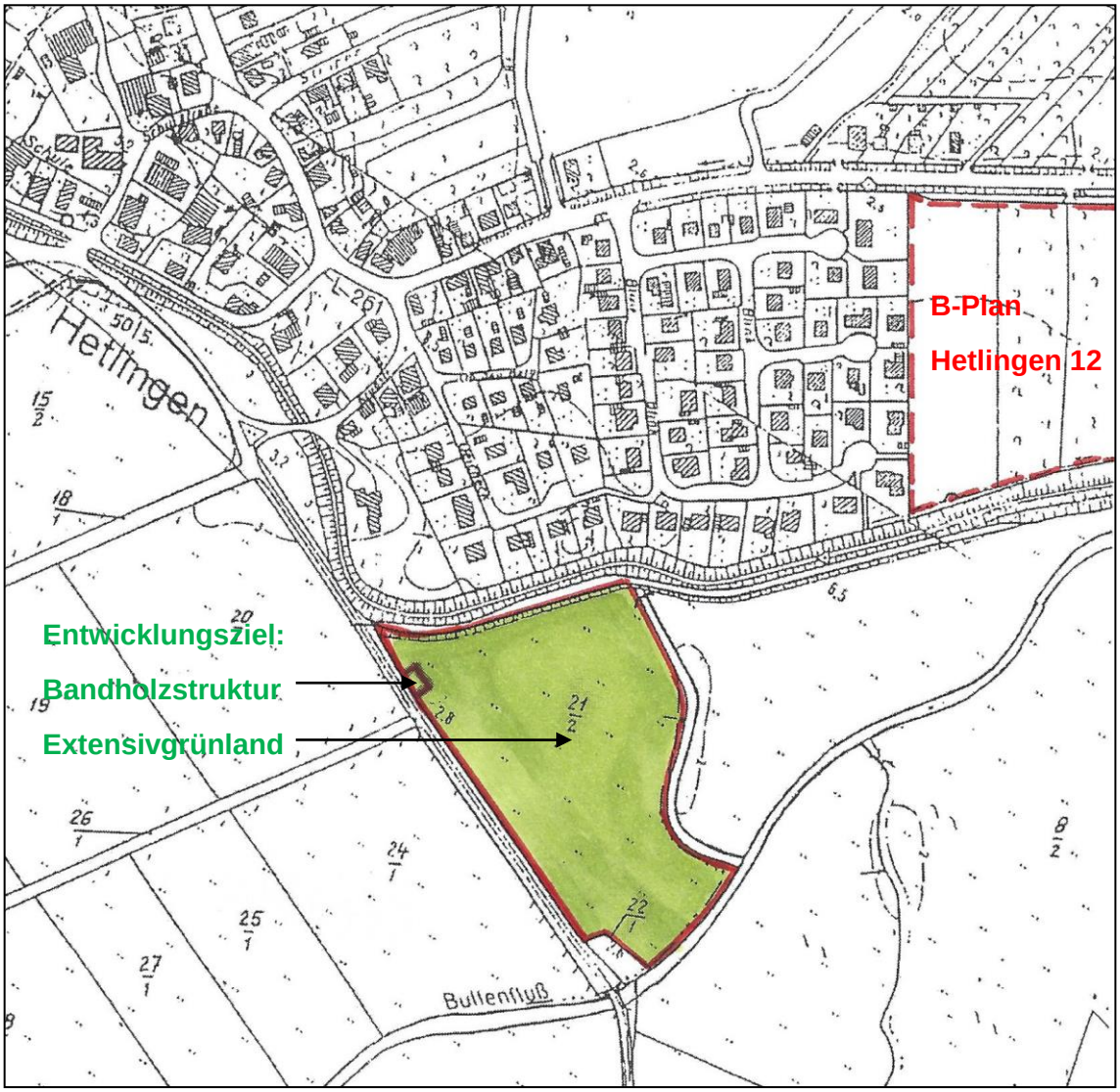
Ausgleich außerhalb des B-Plangebiets

Zur Kompensation nicht im B-Plangebiet ausgleichsfähiger Eingriffe erfolgt ein Ausgleich auf außerhalb liegenden Flächen der Gemeinde Hetlingen (siehe Abb. 1). Es werden 8.279 m^2 Fläche der Ökokontofläche (Einbuchung am 1.4.2002): Gemarkung Hetlingen, Flur 13, Flurstück 21/2 zugeordnet. Auf der Ökokontofläche mit einer Gesamtgröße von 3,0977 ha stehen noch 2,0505 ha zur Verfügung (Stand: 28.3.2017). Es erfolgt eine Zuordnung zum B-Plan Hetlingen 12 in Höhe von: 0,8729 ha.

Der Ausgangszustand auf der Ökokontofläche ist artenarmes, feuchtes Intensivgrünland. Als Entwicklungsziel ist extensives Grünland unter Verzicht auf Düngung und Pflanzenschutz- und

Pflanzenbehandlungsmittel (PSBM) angesetzt. Eine Mahd soll nicht vor dem 20. Juli eines jeden Jahres erfolgen. Auf der Ökokontofläche ist die Festlegung und Zuordnung einer ca. 300 m^2 umfassenden Bandholzstruktur im nordwestlichen Bereich der Fläche im Zusammenhang eines anderen Vorhabens erfolgt.

Abb. 1 Lage der Ökokonto-Fläche im Raum (Gemarkung Hetlingen, Flur 13, Flurstück 21/2), o.M.



2. ARTENSCHUTZFACHLICHE ABWÄGUNG

Aus der artenschutzrechtlichen Bewertung ergeben sich keine verpflichtenden Maßnahmen zum Ausgleich. Es sind keine Brutvogelarten von einer Beschädigung ihrer Fortpflanzungsstätten im Sinne des § 44 BNatSchG betroffen. Da die ökologischen Funktionen im Sinne des § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG aufgrund von Ausweichmöglichkeiten im räumlichen Zusammenhang erhalten bleiben, sind keine Maßnahmen erforderlich. Durch das Vorhaben gehen keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen verloren. Es gehen keine Nahrungsräume in so bedeutsamen Umfang verloren, dass es zum Funktionsverlust eventuell vorhandener, benachbarter Fortpflanzungsstätten kommt.

3. „GESETZLICH GESCHÜTZTE BIOTOPE“ NACH § 30 BNATSCHG, FFH UND SCHUTZGEBIETE

Schutzgebietsausweisungen nach § 23 – 28 BNatSchG in Verbindung mit § 10 HmbBNatSchAG (Landschaftsschutzgebiet, Naturschutzgebiet, Naturdenkmal, Nationalpark, Naturpark, Biosphärenreservat) sind im Plangebiet nicht vorhanden. FFH-Schutzgebiete und EU-Vogelschutzgebiete sind nicht betroffen.

Ein flächiger Schutzanspruch gemäß LNatSchG besteht für das Plangebiet nicht. Landschaftsschutz ist unmittelbar nicht betroffen. Nach § 21 LNatSchG ‚gesetzlich geschützte Biotope‘ grenzen unmittelbar nördlich in Form der **Baum-Allee** an der Holmer Straße, die gem. § 21 Abs. 1 Nr. 3 LNatSchG i.V, mit § 30 Abs. 2 Satz 2 BNatSchG geschützt ist, an das Plangebiet an. Im Zuge der Erschließung des Plangebiets wird durch die neue Straßenanbindung an die Holmer Straße eine Betroffenheit ausgelöst.

Südöstlich des Mitteldeichs grenzen an: die Kernzone des Landschaftsschutzgebiets (LSG 04), Natura 2000-Gebiet FHH-Gebiet (Nr. 2323-392) und Natura 2000-Gebiet EU-Vogelschutzgebiet (Nr. 2323-401). Nördlich der Holmer Straße grenzt die Randzone des Landschaftsschutzgebiets (LSG 04) an.

4. LANDSCHAFTSPLANERISCHE PLANUNGSZIELE

Grünflächen

In den öffentlichen Grünflächen werden die für die Oberflächenwasserbewirtschaftung des neuen Siedlungsgebiets notwendigen offenen Gräben angelegt.

Baumschutz

Nicht betroffen.

4.1 BEGRÜNUNGSMAßNAHMEN

Auf ebenerdigen Stellplatzanlagen sollte für je vier oder fünf Stellplätze ein Laubbaum gepflanzt werden. Für Baumpflanzungen sollen großkronige Bäume verwendet werden, um ein ökologisch wirksames und visuell erlebbares Grünvolumen zu schaffen. Bäume mindern durch Verschattung und Verdunstungskälte die Aufheizung der Flächen und filtern Staub und Schadstoffe aus der Luft.

Für festgesetzte Baum- und Strauchanpflanzungen sind einheimische, standortgerechte Laubgehölze zu verwenden und zu erhalten. Bäume müssen einen Stammumfang von mindestens 18 cm, in 1 m Höhe über dem Erdboden gemessen, aufweisen. Im Kronenbereich jedes großkronigen Baums ist eine offene Vegetationsfläche von mindestens 12 m^2 anzulegen und zu erhalten. Hierdurch kann eine Ergänzung des vorhandenen Lebensraumgefüges erreicht werden. Einheimische Laubgehölze stellen u.a. mit ihren Blüten- und Fruchtbeständen eine essentielle Nahrungsquelle und damit Lebensgrundlage für die einheimische Tierwelt dar und wirken sich günstig auf das Kleinklima aus. Die geforderten Pflanzgrößen sollen dazu beitragen, dass ohne lange Entwicklungszeit landschaftsbildwirksame Strukturen und bioökologische Funktionen hergestellt werden. Die Bäume sollen im ausgewachsenen Zustand einen Kronendurchmesser von über 6 m erreichen. Die offenen Vegetationsflächen sichern die Luft-, Wasser- und Nährstoffversorgung der Wurzeln und damit eine langfristige Entwicklung der Bäume.

Die Festsetzung von grundstücksbezogenen Grünanteilen sollte erfolgen. Flächige Gehölzanpflanzungen aus Bäumen und Sträuchern bilden die Grundlage für eine nachhaltige

Durchgrünung und Biotopvernetzung. Sie bieten innerhalb der Baugebiete vielfältige Lebens-, Nahrungs- und Rückzugsräume für zahlreiche Insekten, Kleinsäuger und Vogelarten.

Extensivdachbegrünungen wirken durch Schadstofffilterung aus der Luft, Abmilderung der Abstrahlungswärme und Regenwasserrückhaltung stabilisierend auf das Kleinklima und bilden einen nachhaltigen Ersatzlebensraum für standortangepasste Pflanzen, Insekten und Vögel. Der vegetationsbedingte Rauhigkeitsfaktor begrünter Dächer führt zu einer messbaren Zwischenspeicherung und Abflussverzögerung von Oberflächenwasser und damit zu einer Entspannung der Oberflächenentwässerung. Die Wasserspeicherkapazitäten werden bei einer Substratstärke von 8 cm gesichert, die Gefahr einer Austrocknung des Substrataufbaus reduziert. Damit wird das Vegetationsbild und werden die Lebensraumfunktionen auf dem Dach nachhaltig gestärkt. Zudem wird die Dachaufsicht und damit das Orts- und Landschaftsbild nachhaltig verbessert. Es ist deshalb eine wesentliche grünordnerische Maßnahme zur Minderung der durch die Bebauung verursachten Beeinträchtigungen der Funktionen von Natur und Landschaft.

Fassadenbegrünungen können schon nach wenigen Jahren bedeutsame Nahrungs- und Nistbiotope für Vögel (z.B. Mönchs- oder Dorngrasmücken) darstellen. Weiterhin tragen begrünte Fassaden zur Bereicherung des Arbeitsstättenumfeldes und zur Verbesserung der Kleinklima- und Luftverhältnisse durch Filterung von Stäuben und Reduzierung der Abstrahlungswärme von Gebäuden bei. Aufgrund der hohen baulichen Dichte sind Begrünungen auf bzw. an den Gebäuden eine wirkungsvolle Möglichkeit zur Durchgrünung von Gewerbegebieten.

4.2 OBERFLÄCHENENTWÄSSERUNG, GEWÄSSER- UND BODENSCHUTZ

Alle Geh- und Fahrwege sowie ebenerdige Stellplätze sollen zum Schutze des Wasserhaushalts in wasser- und luftdurchlässigem Aufbau hergestellt werden.

Das unbelastete Oberflächenwasser von Dachflächen und befestigten Flächen wird in offene, begrünte Gräben eingeleitet.

Den Grund- und Stauwasserstand beeinflussende Maßnahmen wie z.B. Kellerdrainagen, sind unzulässig.

4.3 VORSCHLAG FÜR GRÜNORDUNGSPLANERISCHE FESTSETZUNGEN IN § 2 DES B-PLANS

1. Auf ebenerdigen Stellplatzanlagen ist für je vier Stellplätze ein großkroniger Laubbaum zu pflanzen.

2. Im Gewerbe- und Mischgebiet muss der Durchgrünungsanteil auf den jeweiligen Grundstücken mindestens 20 vom Hundert (v.H.) betragen. Mindestens 10 v.H. der Grundstücksflächen sind mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen.

3. Im Wohngebiet ist je Grundstück ein Laubbaum zu pflanzen.

4. Für festgesetzte Baum- und Strauchanpflanzungen sind standortgerechte, heimische Laubgehölze zu verwenden und dauerhaft zu erhalten. Großkronige Bäume müssen einen Stammumfang von mindestens 18 cm, kleinkronige von mindestens 14 cm in 1,0 m über dem Erdboden gemessen, aufweisen. Im Kronenbereich großkroniger Bäume ist eine offene Vegetationsfläche von mindestens 12 m^2 anzulegen und zu begrünen.

5. Für zu erhaltende Bäume sind bei Abgang Ersatzpflanzungen mit großkronigen Bäumen vorzunehmen. Geringfügige Abweichungen von den festgesetzten Baumstandorten sind zulässig. Außerhalb der öffentlichen Straßenverkehrsflächen sind Geländeaufhöhungen oder Abgrabungen im Kronenbereich dieser Bäume unzulässig.

6. Grundstückseinfriedigungen sind nur mit standortgerechten, heimischen Hecken zulässig.

7. Im Gewerbe- und Mischgebiet sind Dächer mit einem mindestens 8 cm starken durchwurzelbaren Substrataufbau zu versehen und extensiv zu begrünen. Ausgenommen sind Flächen für technische Dachaufbauten bis höchstens 50 v.H. der Dachfläche.

8. Die Dächer von Nebengebäuden, Garagen und CarPorts sind mit einer extensiven Dachbegrünung zu versehen.

9. Im Gewerbegebiet sind Außenwände von Gebäuden, deren Fensterabstand mehr als 5 m beträgt sowie fensterlose Fassaden mit Schling- oder Kletterpflanzen zu begrünen. Je 2 m Wandlänge ist mindestens eine Pflanze zu verwenden.

10. Alle Geh- und Fahrwege sowie Platzflächen sind in wasser- und luftdurchlässiger Bauweise herzustellen. Die Wasserdurchlässigkeit des Bodens wesentlich mindernde Befestigungen wie Betonunterbau, Fugenverguß oder Asphaltierung sind unzulässig.

11. Das anfallende Oberflächenwasser von Dachflächen und befestigten Flächen, von denen kein Eintrag von Schadstoffen in das Grundwasser zu erwarten ist, ist in offenen Entwässerungsgräben zu sammeln. Die Entwässerungsgräben sind als offene, begrünte Gräben zu gestalten und dauerhaft zu erhalten.

12. Bauliche und technische Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Grundwasserabsenkungen führen können, sind nicht zulässig.

13. Im Gewerbe- und Mischgebiet sind Außenbeleuchtungen nur in Form monochromatisch abstrahlender Leuchten und mit einem geschlossenen Glaskörper zulässig. Sie sind so zu erstellen, dass sie geringstmöglich in Grün- und Wasserflächen einwirken.

14. Den Wohn-, Mischgebiets- und Gewerbeflächen ist zum Ausgleich von Eingriffen in Boden, Natur und Landschaft außerhalb des Geltungsbereichs auf dem Ökokonto der Gemeinde Hetlingen, Flurstück 21/2 in der Gemarkung Hetlingen, eine Fläche zugeordnet.

5. BEEINTRÄCHTIGUNGEN VON NATUR UND LANDSCHAFT IM PLANGEBIET

Grundlagen:

- Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht - §§ 8 a - c BNatSchG und §§ 6 - 10 LNatSchG (Gemeinsamer Runderlass des Innenministeriums und des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten vom 3. Juli 1998)
- B-Planentwurf vom April 2017 in der aktuellen Fassung.

Nachfolgend werden die Eingriffe bezogen auf den Naturhaushaltsfaktor ‘Boden’ quantifiziert. Zur Berechnung des Versiegelungsanteils werden die Festsetzungen des B-Plans für die Eingriffsbeurteilung zugrunde gelegt.

Es wird die Annahme getroffen, dass die Festsetzungen im B-Plan für den Eingriffsbereich mit den nach BauNVO getroffenen Baudichten (GRZ) gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO zulässigerweise um 50 % überschritten werden können.

Die Entwässerungsgräben werden als offene Gräben ohne Sohldichtung ausgebildet.

Der Flächenbedarf für Ausgleich kann durch Anrechnung der Hälfte der Flächen begrünter Dächer ermäßigt werden.

Tab. 1 Überschlägige Eingriffsbilanzierung für das Schutzgut Boden (Grundlage: B-Plan Nr. 12, Stand: 4.2017)

Flächenkategorie	**Brutto in m²**	**Versiegelung in m²**	**Ausgleichs-faktor 0,5**	**Ausgleichs-faktor 0,3**
Vollversiegelter Flächenanteil Wohnen (WA) GRZ 0,3 + 50 %	5.650	2.543	1.272	
Mischgebiet GRZ 0,35 + 50 %	7.440	3.906	1.953	--
Gewerbe GRZ 0,5 + 50 %	7.850	5.888	2.944	--
Verkehrsfläche (vollversiegelt)	2.190	2.190	1.095	--
Verkehrsfläche bes. Zweck-bestimmung (vollversiegelt)	1.580	1.580	790	--
Grünfläche öffentlich, Unterhaltungsweg am Graben	5.200	680	--	225
Grünfläche privat	740	--	-	--
Summe Ausgleichsfläche	30.650		8.054	225

Die Größe der notwendigen Ausgleichsfläche für das Schutzgut Boden berechnet sich somit insgesamt auf eine Fläche von: 8.054 + 225 = 8.279 m².

ANHANG

Gehölzliste

Bäume:

Acer platanoides	Spitzahorn
Acer pseudoplatanus	Bergahorn
Acer campestre ***	Feldahorn
Betula pendula	Sandbirke
Carpinus betulus	Hainbuche
Crataegus monogyna ***	Eingriffliger Weißdorn
Fagus sylvatica	Rotbuche
Fraxinus excelsior	Esche
Ilex aquifolia ***	Stechpalme
Malus sylvestris ***	Holzapfel
Prunus padus ***	Trauben-Kirsche
Populus tremula	Espe
Pyrus pyraster ***	Wildbirne
Quercus petraea	Trauben-Eiche
Quercus robur	Stiel-Eiche
Sorbus aucuparia ***	Vogelbeere
Taxus baccata ***	Eibe
Tilia cordata	Winter-Linde

*** kleinkronige Baumarten

Sträucher / Hecken: (Baumarten und zusätzlich)

Cornus mas	Kornelkirsche
Cornus sanguinea	Roter Hartriegel
Corylus avellana	Haselnuß
Euonymus europaeus	Pfaffenhütchen
Frangula alnus	Faulbaum
Ilex aquifolium	Stechpalme
Ligustrum vulgare	Liguster
Lonicera xylosteum	Heckenkirsche
Prunus spinosa	Schlehe
Rhamnus catharticus	Kreuzdorn
Rosa canina	Hunds-Rose
Rubus spec.	Brombeere
Salix caprea	Salweide
Sambucus nigra	Holunder
Viburnum opulus	Schneeball

Schling- und Kletterpflanzen:

Clematis vitalba	Waldrebe
Hedera helix	Efeu
Lonicera periclymenum	Wald-Geißblatt
Lonicera caprifolium	Jelängerjelieber

Dipl.-Biol. Karsten Lutz
Bestandserfassungen, Recherchen und Gutachten
Biodiversity & Wildlife Consulting
Bebelallee 55 d
D - 22297 Hamburg
Tel.: 040 / 540 76 11
karsten.lutz@t-online.de

01. Juni 2017

Artenschutzprüfung für den B-Plan Hetlingen 12

Im Auftrag der Gemeinde Hetlingen



Abbildung 1: Lage des Untersuchungsgebietes mit 1-km-Umgebung (Luftbild aus Google-Earth™)

Inhaltsverzeichnis

1 Anlass und Aufgabenstellung 3
2 Potenzialanalyse zu Brutvögeln und Arten des Anhangs IV 3
2.1 Gebietsbeschreibung 4
2.2 Potenziell vorhandene Brutvögel 5
2.2.1 Anmerkungen zur Art der Vorwarnliste 6
2.3 Potenzielle Fledermauslebensräume 6
2.3.2 Charakterisierung der Biotope des Gebietes im Hinblick auf ihre Funktion für Fledermäuse 8
2.4 Potenziell vorhandene Amphibien 8
2.5 Weitere potenziell vorhandene Arten des Anhangs IV 9
3 Beschreibung des Vorhabens 10
3.1 Technische Beschreibung 10
3.2 Wirkungen auf Brutvögel 10
3.3 Wirkung auf Fledermäuse 11
3.4 Wirkung auf Amphibien 11
4 Artenschutzprüfung 11
4.1 Zu berücksichtigende Arten 12
4.1.1 Zu berücksichtigende Lebensstätten von europäischen Vogelarten 12
4.1.2 Zu berücksichtigende Lebensstätten von Fledermäusen 13
4.2 Prüfung des Eintretens der Verbote nach § 44 13
5 Zusammenfassung 14
6 Literaturverzeichnis 15
7 Abbildungsverzeichnis 15
8 Tabellenverzeichnis 16
9 Artenschutztabelle (europäisch geschützte Arten) 17

1 Anlass und Aufgabenstellung

Die Gemeinde Hetlingen beabsichtigt die Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 12. Es soll auf einer Ackerfläche eine Wohnbebauung angesiedelt werden. Von der Planung können Arten, die nach § 7 (2) Nr. 13 u. 14 BNatSchG besonders oder streng geschützt sind, betroffen sein. Zunächst ist eine Relevanzprüfung vorzunehmen, d.h. es wird ermittelt, welche Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und welche Vogelarten überhaupt vorkommen. Mit Hilfe von Potenzialabschätzungen und einer Erfassung eventueller Feldlerchenvorkommen wird das Vorkommen von Vögeln und Fledermäusen sowie anderen Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie ermittelt (Kap. 2). Danach wird eine artenschutzfachliche Betrachtung des geplanten Vorhabens durchgeführt (Kap. 4).

2 Potenzialanalyse zu Brutvögeln und Arten des Anhangs IV

Das Gebiet wurde zunächst am 07. März 2017 begangen. Dabei wurde insbesondere auf Strukturen geachtet, die für Anhang IV-Arten und Vögel von Bedeutung sind. Die Gehölze wurden vom Boden aus einzeln mit dem Fernglas besichtigt und auf potenzielle Fledermaushöhlen untersucht.

Die Auswahl der potenziellen Arten erfolgt einerseits nach ihren Lebensraumansprüchen (ob die Habitate geeignet erscheinen) und andererseits nach ihrer allgemeinen Verbreitung im Raum Hetlingen. Maßgeblich ist dabei für die Brutvögel die aktuelle Avifauna Schleswig-Holsteins (KOOP & BERNDT 2014). Verwendet werden für Fledermäuse die relativ aktuellsten Angaben in BORKENHAGEN (2011). Für die Amphibien bieten der Atlas von KLINGE & WINKLER (2005) sowie die Ergebnisse des FFH-Monitorings FÖAG (2013 2016) eine gute Grundlage. Ergänzend wird der unveröffentlichte Arbeitsatlas der Amphibien und Reptilien (FÖAG 2016) herangezogen.

Im Ergebnis der Potenzialanalyse vom März konnte das potenzielle Vorkommen von Feldlerchen und Kiebitzen in den Ackerflächen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Diese Arten gelten in Schleswig-Holstein als gefährdet, so dass von ihrem Vorkommen maßgeblich Art und Ausmaß von Kompensationsmaßnahmen abhängen. Um hier eine bessere Datengrundlage zu bekommen, wurde zusätzlich zur Potenzialanalyse der übrigen Arten der Bestand dieser Arten im Frühjahr 2017 erfasst.

Das Gebiet wurde am 05.04, 29.04. und 16.05.2017 begangen. Dabei wurde insbesondere auf Strukturen geachtet, die für Anhang IV-Arten und Vögel von Bedeutung sind. Die Bäume wurden vom Boden aus einzeln mit dem Fernglas besichtigt und auf potenzielle Fledermaushöhlen untersucht.

Feldlerchen und Kiebitze können mit drei Geländebegehungen (Anfang April, Ende April und Mitte Mai) zuverlässig erfasst bzw. ausgeschlossen werden (SÜDBECK et al. 2005), so dass Begehungen an folgenden Tagen durchgeführt wurden:

05. April 2017 29. April 2017 16. Mai 2017

2.1 Gebietsbeschreibung



Abbildung 2: Untersuchungsgebiet (Luftbild aus Google-Earth™)

Das Untersuchungsgebiet umfasst ca. 4,6 ha. Es besteht aus einem intensiv genutzten Acker, der am Südostrand von einem Graben und am Südwestrand von Wohnhausgärten begrenzt wird. Der Nordwestrand wird durch den Fuß-/Radweg an der Landstraße 261 begrenzt. Nach Nordosten setzt sich der Acker fort. Am Graben in

der südlichsten Ecke des Untersuchungsgebietes besteht ein kleiner Gehölzstreifen aus kleinen, jungen Bäumen und Gebüschen. Dort bestehen keine Höhlen.

2.2 Potenziell vorhandene Brutvögel

Die potenziell vorhandenen Brutvogelarten sind in Tabelle 1 dargestellt. Es wird dargestellt, ob die Art im Untersuchungsgebiet Brutvogel (b) sein kann oder diesen Bereich nur als Nahrungsgast (ng) nutzen kann. Alle Arten, die in Gehölzen leben, haben hier nur Teilreviere am Rande. Nur die Gehölzgruppe in der südlichsten Ecke kommt als Brutplatz für anspruchslose Arten in Frage. Andere Arten können diese kleine Fläche zur Nahrungssuche in ihr ansonsten außerhalb, z.B. in den Wohnhausgärten, liegendes Revier einbeziehen.

Die im Frühjahr 2016 tatsächlich beobachteten Arten sind mit Rechteck „□“markiert. Arten, deren Vorkommen mit dem Untersuchungszeitraum bis Mitte Mai ausgeschlossen werden können, wurden nicht aufgeführt (z.B. Goldammer, Feldlerche).

Keine der festgestellten Arten brütet in der Ackerfläche. Alle Arten brüten in den Säumen und Gärten und nutzen die Ackerfläche nur zeitweilig zur Nahrungssuche.

Der große Graben zwischen Ackerfläche und Deich kommt als Brutplatz für Gewässervögel in Frage, allerdings können Röhrichtvögel nicht vorkommen, weil geeignete Vegetation, nämlich ein Röhricht, fehlt.

Tabelle 1: Artenliste der potenziellen Vogelarten.
St: Status im Untersuchungsgebiet: b: Brutvogel, ng: Nahrungsgast; SH: Rote-Liste-Status nach KNIEF et al. (2010) und DE: nach GRÜNEBERG et al. (2015). - = ungefährdet, V = Vorwarnliste; Trend: Bestandstrend in Schleswig-Holstein nach KNIEF et al. (2010): + = zunehmend, / = keine starken Veränderungen, -- abnehmend

	St.	SH	DE	Trend
Gehölzvögel				
Amsel *Turdus merula* □	b	-	-	+
Blaumeise *Parus caeruleus*	ng	-	-	+
Feldsperling *Passer montanus*	ng	-	**V**	+
Haussperling *Passer domesticus* □	ng	-	**V**	/
Kohlmeise *Parus major*	ng	-	-	+
Rabenkrähe *Corvus corone* □	ng	-	-	+
Ringeltaube *Columba palumbus* □	ng	-	-	+
Rotkehlchen *Erithacus rubecula*	b	-	-	/
Stieglitz *Carduelis carduelis*	ng	-	-	+
Zaunkönig *Troglodytes troglodytes*	b	-	-	+

Alle Vogelarten sind nach § 7 BNatSchG als „europäische Vogelarten“ besonders geschützt.

2.2.1 Anmerkungen zur Art der Vorwarnliste

- **Feldsperlinge** kommen im Allgemeinen in Ortschaften mit vielfältigen Strukturen und gutem Bestand an alten Obst- und Zierbäumen vor. Außerhalb von Ortschaften, in der Knicklandschaft und Feldgehölzen ist der Feldsperling heute spärlich verbreitet. Er benötigt zumindest kleine Brachestrukturen, überwinternde Krautvegetation (z.B. Stoppelfelder, im Untersuchungsgebet die Brachflächen) zur Nahrungssuche, die in der intensiv genutzten Agrarlandschaft kaum noch vorhanden sind.
- **Haussperlinge** brüten kolonieartig in Gebäudenischen und nutzen ein größeres Gebiet zur Nahrungssuche in der Gruppe. Als typischer Siedlungsvogel benötigt er Bereiche mit offenen, oder schütter bewachsenen Bodenstellen. Sein potenzieller Lebensraum in der Umgebung sind Parks, Gärten und die dichter bebauten Siedlungsflächen (alte Gewerbeflächen) sowie kleine brach gefallene Gelände. Diese Art benötigt lückenreiche Bausubstanz zum Brüten, strukturreiche Gärten und offene Bodenstellen mit lückiger und kurzrasiger Vegetation (z.B. Sandwege, junge Ruderalflächen). Die Sanierung und Abdichtung von Gebäuden, die Versiegelung von Böden und die „Aufgeräumtheit“ in Siedlungen sowie die Urbanisierung von Dörfern (Verlust von Nutzgärten und Kleintierhaltungen, besonders wichtig sind Flächen mit offenen Bodenstellen) sind wichtige Ursache für die Bestandsrückgänge. Im Untersuchungsgebiet kommen Haussperlinge am Siedlungsrand potenziell vor.

2.3 Potenzielle Fledermauslebensräume

Alle potenziell vorkommenden Fledermausarten sind im Anhang IV (streng zu schützende Tier- und Pflanzenarten von gemeinschaftlichem Interesse) der FFH-Richtlinie aufgeführt und damit auch nach § 7 BNatSchG streng geschützt. Dadurch sind alle Fledermausarten artenschutzrechtlich zunächst gleich zu behandeln. Aufgrund der Verbreitungsübersichten in BORKENHAGEN (2011) kommen im Raum Hetlingen praktisch alle der in Schleswig-Holstein vorhandenen Arten mit Ausnahme der eher östlich verbreiteten anspruchsvollen Waldarten wie Teich- und Bechsteinfledermaus oder der sehr seltenen Arten vor. Eine spezielle Auflistung ist daher zunächst nicht erforderlich. Die folgenden Kapitel berücksichtigen die Anforderungen aller Arten.

Fledermäuse benötigen drei verschiedene wichtige Biotopkategorien, die als Lebensstätten im Sinne des § 44 BNatSchG gelten können: Sommerquartiere (verschiedene Ausprägungen) und Winterquartiere als Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Jagdreviere (Nahrungsräume).

2.3.1.1 Winterquartiere

Winterquartiere müssen frostsicher sein. Dazu gehören Keller, Dachstühle in großen Gebäuden, alte, große Baumhöhlen, Bergwerksstollen.

- mittlere Bedeutung: Altholzbestände (mind. 50 cm Stammdurchmesser im Bereich der Höhle) mit Baumhöhlen; alte, nischenreiche Häuser mit großen Dachstühlen.
- hohe Bedeutung: alte Keller oder Stollen; alte Kirchen oder vergleichbare Gebäude; bekannte Massenquartiere

2.3.1.2 Sommerquartiere

Sommerquartiere können sich in Gebäuden oder in Baumhöhlen befinden.

- mittlere Bedeutung: ältere, nischenreiche Wohnhäuser oder Wirtschaftsgebäude; alte oder strukturreiche Einzelbäume oder Waldstücke.
- hohe Bedeutung: ältere, nischenreiche und große Gebäude (z.B. Kirchen, alte Stallanlagen); Waldstücke mit höhlenreichen, alten Bäumen; bekannte Wochenstuben.

2.3.1.3 Jagdreviere

Fledermäuse nutzen als Nahrungsräume überdurchschnittlich insektenreiche Biotope, weil sie einen vergleichsweise hohen Energiebedarf haben. Als mobile Tiere können sie je nach aktuellem Angebot Biotope mit Massenvermehrungen aufsuchen und dort Beute machen. Solche Biotope sind i.d.R. Biotope mit hoher Produktivität, d.h. nährstoffreich und feucht (eutrophe Gewässer, Sümpfe). Alte, strukturreiche Wälder bieten dagegen ein stetigeres Nahrungsangebot auf hohem Niveau. Diese beiden Biotoptypen sind entscheidend für das Vorkommen von Fledermäusen in einer Region.

- mittlere Bedeutung: Laubwaldparzellen, alte, strukturreiche Hecken; Gebüschsäume / Waldränder; Röhrichte und Kleingewässer über 100 m², kleine Fließgewässer, altes strukturreiches Weideland, große Brachen mit Staudenfluren, Röhrichte.
- hohe Bedeutung: Waldstücke mit strukturreichen, alten Bäumen; eutrophe Gewässer oder Röhrichte über 1000 m² größere Fließgewässer.

2.3.2 Charakterisierung der Biotope des Gebietes im Hinblick auf ihre Funktion für Fledermäuse

Bei der Begehung des Untersuchungsgebietes wurde nach den oben aufgeführten Lebensraumstrukturen gesucht. Daraus wird die Bewertung der Lebensraumeignung des Untersuchungsgebietes für Fledermäuse abgeleitet.

2.3.2.1 Quartiere

Die Bäume mit Potenzial für Fledermausquartiere sind nicht vorhanden. Alle Gehölze sind noch klein, befinden sich noch in der Wachstumsphase und weisen kein bzw. kaum Totholz auf.

2.3.2.2 Jagdgebiete (Nahrungsräume)

Der kleine Gehölzstreifen am Südrand ist quantitativ unbedeutend. Der Graben am Südostrand hat als Gewässer > 100 m² mittlere Bedeutung als potenzielles Jagdgebiet.

Äcker, insbesondere intensiv bewirtschaftete, haben nur geringe Bedeutung.

2.4 Potenziell vorhandene Amphibien

In den Gräben entlang der Straße wurden keine Amphibien gefunden.

Im Graben zwischen Acker und Deich wurden Laichballen des Grasfrosches gefunden.

Für alle Arten kommen nur der Graben und seine direkte Uferumgebung in Frage. Der Getreideacker ist kein Lebensraum für Amphibien.

Tabelle 2: Artenliste der potenziell vorkommenden Amphibienarten

RL D = Status nach Rote Liste Deutschlands (KÜHNEL et al. 2009), regionalisiert für Tiefland; RL SH = Status nach Rote Liste Schleswig-Holsteins (KLINGE 2004), D = Daten mangelhaft, - = ungefährdet

Art	RL D	RL SH
Erdkröte, *Bufo bufo*	-	-
Grasfrosch, *Rana temporaria*	-	**V**
Teichfrosch *Pelophylax (Rana)* kl. *esculenta*	-	**D**

Die drei Arten sind wie alle Amphibienarten in Deutschland durch die Bundesartenschutzverordnung besonders geschützt, jedoch nicht nach europäischem Recht. Sie sind nicht im Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführt.

2.5 Weitere potenziell vorhandene Arten des Anhangs IV

Hetlingen liegt nach BORKENHAGEN (2011) nicht im Verbreitungsgebiet der Haselmaus (*Muscardinus avellanarius*). Ein Vorkommen der Haselmaus ist nicht anzunehmen.

Fischotter und Biber sind hier ebenfalls nicht zu erwarten.

Andere Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie sind nicht zu erwarten, da die übrigen Arten des Anhangs IV sehr spezielle Lebensraumansprüche haben (Trockenrasen, Heiden, Moore, alte Wälder, spezielle Gewässer, marine Lebensräume), die hier nicht erfüllt werden.

In Schleswig-Holstein kommen nur 4 sehr seltene Pflanzenarten des Anhangs IV vor (PETERSEN et al. 2003):

- *Apium repens* (Kriechender Scheiberich) (Feuchtwiesen, Ufer)
- *Luronium natans* (Froschzunge) (Gewässerpflanze)
- *Oenanthe conioides* (Schierlings-Wasserfenchel) (Süßwasserwatten)
- *Hamatocaulis vernicosus* (Firnisglänzendes Sichelmoos) (Moore, Nasswiesen, Gewässerufer)

Diese Pflanzenarten des Anhangs IV benötigen ebenfalls sehr spezielle Standorte und können hier nicht vorkommen.

3 Beschreibung des Vorhabens

3.1 Technische Beschreibung

Auf der in Abbildung 2 markierten Fläche soll auf dem Acker die Nutzung Dorfgebiet/ Wohnen ausgewiesen werden. Insgesamt sollen Wohngrundstücke für eine lockere Einzelhausbebauung in 1-geschossiger Bauweise festgesetzt werden. Die Ackerfläche wird damit mit einer Einzelhaussiedlung überbaut. Die am Rand befindlichen Grabenabschnitte bleiben erhalten. Die wenigen, bestehenden Gehölze am Rand sollen vollständig erhalten bleiben.

Insgesamt kommt es zu einer Veränderung des offenen Ackerlandes zu modernen Wohnhausneubau-Gärten, die im Allgemeinen nur noch schmale unversiegelte Flächen zwischen Wegen, Terrassen und Abstellflächen aufweisen. Nach Fertigstellung der Gärten werden dort kleinflächig neue Grünflächen angelegt werden. Solche Flächen mit Zierrabatten sind erfahrungsgemäß stark versiegelt oder werden naturfern mit Zierrasen und Neophyten-Gehölzen gestaltet. Sie bieten gewöhnlich nur einer geringen Artenzahl geeignete Lebensmöglichkeiten. Insgesamt wird jedoch durch die neuen Ziergehölze eine kleine Gehölzmenge neu entstehen.

Die Wirkungen des Baubetriebes werden im Rahmen des im Hoch- und Tiefbau üblichen liegen. Spezielle Arbeiten, die besonderen Lärm oder Schadstoffemissionen verursachen, sind nicht vorgesehen.

Das Abschieben des Oberbodens geschieht mit Rücksicht auf § 39 (5) Nr. 1 im Winterhalbjahr, d.h. zum Schutz von bodenbrütenden Vögeln (Fasan) nicht von April bis August.

3.2 Wirkungen auf Brutvögel

Von Bedeutung für Vögel ist der Flächenverlust des gesamten Ackers. Da keine typischen Offenlandarten wie Feldlerche und Kiebitz sowie Schafstelze vorkommen, geht kein Lebensraum für diese Arten verloren.

Die kleinflächigen Gehölze, Staudenfluren und Grasbiotope der Ränder und des Grabenufers bleiben erhalten. Die hier vorkommenden Arten verlieren keinen bedeutenden Teil ihres Lebensraumes. Die anpassungsfähigeren Gehölzvogelarten erfahren mit den neuen Wohnhausgärten eine Erweiterung ihres Lebensraumes, denn durch die Gestaltung der neuen Gärten entstehen neue Gehölze auf bisher gehölzlosem Standort.

Auch der **Feld-** und **Haussperling** gewinnen mit der neuen Siedlung tendenziell Lebensraum hinzu. Beide Arten kommen am Siedlungsrand vor. Der Siedlungsrand wird durch das Vorhaben sogar vergrößert und die Möglichkeit zur Nah-

rungssuche in angrenzendem Offenland bleibt vorhanden. Beide Arten sind typische Arten der Siedlungen. Sie erfahren eine Ausweitung ihres Lebensraumes.

Die Arten mit großen Revieren oder Arten, die im Acker nur Nahrungsgebiete haben, können die neuen Wohngärten ebenso nutzen oder in die Umgebung (Abbildung 1) ausweichen. Die Rabenvögel und Ringeltaube gehören zu den Arten, deren Bestand im Umland Hamburgs in den letzten Jahren aufgrund einer für diese Arten günstigen Landschaftsentwicklung deutlich zunimmt (MITSCHKE 2012).

3.3 Wirkung auf Fledermäuse

Potenzielle Quartierbäume werden nicht gefällt.

Die potenzielle Nahrungsfläche geringer Bedeutung wird zwar verkleinert, jedoch entstehen langfristig in der neuen Siedlung neue Nahrungsgehölze als Ersatz. Angesichts der größeren, potenziell bedeutenderen Flächen in der Umgebung (Abbildung 1; Siedlung, Grünland, Gehölze) ist der Verlust unbedeutend. Zudem gelten solche Nahrungsräume nicht als Lebensstätten im Sinne des § 44 BNatSchG (vgl. Kap. 4.1.2). Fledermäuse haben große Aktionsradien von, je nach Art unterschiedlich, mehreren Kilometern (DIETZ et al. 2005), so dass auch lokale graduelle Verluste für die potenziell vorhandenen Arten zu einer nur geringen Verschlechterung ihres Lebensraumes führt. Dass damit Quartiere außerhalb des Untersuchungsgebietes einen wichtigen Teil ihrer Nahrungsquellen verlieren und somit so beschädigt werden, dass sie ihre Funktion verlieren, ist nicht zu erwarten.

3.4 Wirkung auf Amphibien

Grasfrosch, Teichfrösche und Erdkröten verlieren keine potenziellen Laichplätze.

Bedeutende Teile des Landlebensraumes gehen nicht verloren. Der Grabenrand bleibt erhalten. Die Populationen behalten einen Landlebensraum, der weiterhin geeignet ist, diese Populationen zu unterhalten.

4 Artenschutzprüfung

Im Abschnitt 5 des Bundesnaturschutzgesetzes sind die Bestimmungen zum Schutz und zur Pflege wild lebender Tier- und Pflanzenarten festgelegt. Neben dem allgemeinen Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen (§ 41) sind im § 44 strengere Regeln zum Schutz besonders und streng geschützter Arten festgelegt.

In diesem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag werden die Bestimmungen des besonderen Artenschutzes nach § 44 Abs. 1 BNatSchG behandelt.

Ein Flächennutzungs- oder Bebauungsplan kann selbst nicht gegen die Zugriffsverbote des § 44 BNatSchG verstoßen, sondern nur dessen Vollzug. Er verstößt jedoch gegen § 1 Abs. 3 BauGB, wenn bei der Beschlussfassung absehbar die Zugriffsverbote des § 44 unüberwindliche Hindernisse für die Verwirklichung darstellen. Es ist also festzustellen, ob eventuelle Verletzungen der Zugriffsverbote überwunden werden können.

4.1 Zu berücksichtigende Arten

Bei der Feststellung der vorkommenden und zu betrachtenden betroffenen Arten wird unterschieden, ob sie nach europäischem (FFH-RL, VSchRL) oder nur deutschem Recht geschützt sind. Im BNatSchG ist klargestellt, dass für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe sowie für Vorhaben in Gebieten mit Bebauungsplänen nach § 30 BauGB, während der Planaufstellung nach § 33 BauGB und im Innenbereich nach § 34 BauGB die artenschutzrechtlichen Verbote nur noch bezogen auf die europäisch geschützten Arten, also die Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie und die europäischen Vogelarten, gelten. Für Arten, die nur nach nationalem Recht (z.B. Bundesartenschutzverordnung) besonders geschützt sind, gilt der Schutz des § 44 (1) BNatSchG nur für Handlungen außerhalb von nach § 15 BNatSchG zugelassenen Eingriffen. Eine Rechtsverordnung nach § 54 (Abs. 1) Nr. 2 BNatSchG ist noch nicht erlassen.

Im hier vorliegenden Fall betrifft das Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (Fledermäuse) und alle Vogelarten. Die potenziellen Amphibienarten sind nicht im Anhang IV aufgeführt.

4.1.1 Zu berücksichtigende Lebensstätten von europäischen Vogelarten

Nach § 44 BNatSchG ist es verboten, europäischen Vogelarten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten, sie erheblich zu stören oder ihre Entwicklungsformen, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Der Tatbestand des Tötens, Verletzens oder der Entnahme von Individuen sowie des Störens wird durch die Wahl des Zeitpunktes zur Baufeldvorbereitung (Abschieben des Oberbodens, Grabenbeseitigung) im Winterhalbjahr vermieden. Es verbleibt in dieser Untersuchung die Frage nach der Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten.

Fortpflanzungsstätten sind die Nester der Vögel incl. eventueller dauerhafter Bauten, z.B. Spechthöhlen. Für Brutvögel, die sich jedes Jahr einen neuen Nistplatz suchen, ist das Nest nach dem Ausfliegen der letzten Jungvögel funktionslos ge-

worden und eine Zerstörung des alten Nestes somit kein Verbotstatbestand. In diesen Fällen ist das gesamte Brutrevier als relevante Lebensstätte heranzuziehen: Trotz eventueller Inanspruchnahme eines Brutplatzes (z.B. altes Nest) kann von der Erhaltung der Brutplatzfunktion im Brutrevier ausgegangen werden, wenn sich innerhalb des Reviers weitere vergleichbare Brutmöglichkeiten finden, an denen die Brutvögel ihr neues Nest bauen können. In diesem Fall ist die Gesamtheit der geeigneten Strukturen des Brutreviers, in dem ein Brutpaar regelmäßig seinen Brutplatz sucht, als relevante Lebensstätte (Fortpflanzungs- und Ruhestätte) anzusehen. Soweit diese Strukturen ihre Funktionen für das Brutgeschäft trotz einer teilweisen Inanspruchnahme weiter erfüllen oder geeignete Ausweichmöglichkeiten bestehen, liegt keine nach § 44 relevante Beschädigung vor. Vogelfortpflanzungs- und Ruhestätten sind also dann betroffen, wenn ein ganzes Brutrevier, indem sich regelmäßig genutzte Brutplätze befinden, seine Funktion als Brutrevier verliert. Das ist z.B. dann der Fall, wenn die von den Arten Fläche zu gering wird.

Zu betrachten ist also, ob Brutreviere von europäischen Vogelarten beseitigt werden. Diese Frage wird in Kap. 3.2 (S. 10) beantwortet: Es werden keine Brutrevier beseitigt oder beschädigt. Damit werden keine Fortpflanzungsstätten zerstört oder beschädigt.

4.1.2 Zu berücksichtigende Lebensstätten von Fledermäusen

Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen sind ihre Quartiere. Jagdgebiete gehören nicht zu den in § 44 aufgeführten Lebensstätten, jedoch können sie für die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungsstätten Bedeutung erlangen. Das trifft dann zu, wenn es sich um besonders herausragende und für das Vorkommen wichtige limitierende Nahrungsräume handelt.

Durch das Vorhaben gehen keine potenziellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen in Bäumen verloren (Kap. 3.3). Es gehen keine Nahrungsräume in so bedeutendem Umfang verloren, dass es zum Funktionsverlust eventuell vorhandener, benachbarter Fortpflanzungsstätten kommt.

4.2 Prüfung des Eintretens der Verbote nach § 44

Die zutreffenden Sachverhalte werden dem Wortlaut des § 44 (1) BNatSchG stichwortartig gegenübergestellt.

Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten (*Zugriffsverbote*)

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*

    a. Dieses Verbot wird im Hinblick auf Vögel und Fledermäuse nicht verletzt, da die Arbeiten in einem Gelände ohne Vogelbruten durchgeführt werden.

2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*

    b. Dieses Verbot wird nicht verletzt, da der Baubetrieb nicht zu erheblichen Störungen der umgebenden Tierwelt führt.

3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*

    c. Fortpflanzungsstätten von Vögeln werden nicht beschädigt (Kap. 3.2). Potenzielle Lebensstätten von Fledermäusen werden nicht beschädigt (Kap. 3.3).

4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.*

    d. solche Arten sind hier nicht zu erwarten (Kap. 2.5).

Bei einer Verwirklichung des Vorhabens kommt es demnach nicht zum Eintreten eines Verbotes nach § 44 (1) BNatSchG.

5 Zusammenfassung

Es ist beabsichtigt, eine neue Wohnhaussiedlung in Hetlingen zu errichten. Eine Potenzialanalyse mit Brutvogelerfassung im April bis Mitte Mai ergibt das potenzielle Brutvorkommen von 3 Brutvogelarten und weiteren Nahrungsgästen (Tabelle 1) sowie 3 Amphibienarten (Kap. 2.4). Fledermäuse haben hier keine Quartiere (Kap. 2.3.2).

Für die Arten, die nach den europäischen Richtlinien (FFH-RL, Anh. IV [Fledermäuse] und europ. Vogelarten) geschützt sind, wird eine artenschutzrechtliche Betrachtung vorgenommen.

Von den im Untersuchungsgebiet vorkommenden Brutvogelarten sind keine von einer Zerstörung oder zumindest Beschädigung ihrer Fortpflanzungsstätte im Sinne des § 44 BNatSchG durch das Vorhaben betroffen.

Bei potenziell vorhandenen Fledermäusen sind potenzielle Fortpflanzungs- und Ruhestätten nicht betroffen.

Die Bestimmungen des § 44 BNatSchG bilden kein unüberwindliches Hindernis zur Verwirklichung des Bebauungsplanes.

6 Literaturverzeichnis

BORKENHAGEN, P. (2011): Die Säugetiere Schleswig-Holsteins. Husum, 664 S.

FÖAG Faunistisch-Ökologische Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein (2013): Monitoring der Tierarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie in Schleswig-Holstein. Jahresbericht 2013, 73 S. http://www.schleswig-holstein.de/LLUR/DE/ Startseite/PDF/Monitoringbericht_FFH__blob=publicationFile.pdf

FÖAG Faunistisch-Ökologische Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein (2016): Arbeitsatlas Amphibien und Reptilien Schleswig-Holsteins

GRÜNEBERG, C., H.- G. BAUER, H. HAUPT, O. HÜPPOP & T. RYSLAVY & P. SÜDBECK (2015): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. Berichte zum Vogelschutz 52:19-67

KLINGE, A. & C. WINKLER (2005): Atlas der Amphibien und Reptilien Schleswig-Holsteins. Hrsg. Landesamt für Natur und Umwelt, Flintbek, 277 S.

KLINGE, A. (2004): Die Amphibien und Reptilien Schleswig-Holsteins – Rote Liste. Landesamt für Naturschutz und Landschaftspflege Schleswig-Holstein, Flintbek

KNIEF, W., R.K. BERNDT, B. HÄLTERLEIN, K. JEROMIN, J.J. KIECKBUSCH, B. KOOP (2010): Die Brutvögel Schleswig-Holsteins. Rote Liste. Flintbek, 118 S.

KOOP, B. & R. K. BERNDT (2014): Vogelwelt Schleswig-Holsteins. Band 7. Zweiter Brutvogelatlas. Neumünster, 504 S.

KÜHNEL, K.-D., A. GEIGER, H. LAUFER, R. PODLOUCKY & M. SCHLÜPMANN (2009): Rote Liste und Gesamtartenliste der Amphibien (Amphibia) Deutschlands – Stand Dezember 2008. Naturschutz und Biologische Vielfalt 70 (1):259-288

MITSCHKE, A. (2012): Atlas der Brutvögel in Hamburg und Umgebung. Hamburger avifaunistische Beiträge 39:5-228

PETERSEN, B., G. ELLWANGER, G. BIEWALD, U. HAUKE, G. LUDWIG, P. PRETSCHER, E. SCHRÖDER & A. SSYMANK (2003): Das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 – Ökologie und Verbreitung von Arten der FFH-Richtlinie in Deutschland. Bd. 1 – Pflanzen und Wirbellose. Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz 69/1:1-743

7 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Lage des Untersuchungsgebietes mit 1-km-Umgebung (Luftbild aus Google-Earth™) 1

Abbildung 2: Untersuchungsgebiet (Luftbild aus Google-Earth™) 4

8 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Artenliste der potenziellen Vogelarten. 5
Tabelle 2: Artenliste der potenziell vorkommenden Amphibienarten..... 8

9 Artenschutztabelle (europäisch geschützte Arten)

Art / Arten-gruppe	Schutzsta-tus	Verbotstatbestand BNatSchG	Vermeidungs- / Aus-gleichsmaßnahme	Rechtsfolge
Fledermäuse	Anhang IV	Keine Beschädigung von Fort-pflanzungs- und Ruhestätte (Kap. 3.3)	-	Verbotstatbestand nicht verletzt
Vogelarten der Tabelle 1	europ. Vogel-arten	Kein Verlust von Bruthabitaten. (Kap. 3.2)	-	Verbotstatbestand nicht verletzt

Gemeinde Hetlingen

Begründung zum Bebauungsplan Nr. 12

für das Gebiet südlich der Holmer Straße, östlich der Wohnbebauung „Blink“,
nördlich der 2. Deichlinie in einer Tiefe von ca. 150 m

Unterlagen zur Beteiligung nach § 3(2) und § 4(2) BauGB

Stand: 06.06.2017



Auftraggeber:

Gemeinde Hetlingen
Hauptstraße 23
25489 Haseldorf
www.hetlingen.de

Auftragnehmer:

WRS ARCHITEKTEN & STADTPLANER GMBH
Markusstraße 7
20355 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Seite

1 Allgemeines ... 1
1.1 Gründe und Planerfordernis ... 1
1.2 Lage im Gemeindegebiet ... 1
1.2.1 Nutzungs- und Freiraumstruktur, Orts- und Landschaftsbild ... 1
1.2.2 Infrastruktur ... 2
1.2.3 Kultur- und sonstige Sachgüter ... 2
1.2.4 Altlasten ... 2
1.2.5 Kampfmittel ... 2
1.2.6 Bedarfe ... 2

2 Planerische Rahmenbedingungen ... 3
2.1 Raumordnung / Gemeinsame Landesplanung ... 3
2.1.1 Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP) ... 3
2.1.2 Regionalplan (RegPlan) / Regionales Entwicklungskonzept (REK) ... 4
2.2 Bauleitplanung ... 5
2.2.1 Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen (2013) ... 5
2.2.2 Benachbarter Bebauungsplan Nr. 3 ... 5
2.3 Städtebaulicher Rahmenplan der Gemeinde Hetlingen (1996) ... 6
2.4 Planungsvorgaben Natur und Landschaft ... 6
2.4.1 Landschaftsplan ... 6
2.4.2 Schutzgebiete und Objekte ... 6

3 Ziele des Bebauungsplanes Nr. 12 ... 7
3.1 Einbindung dieses Bebauungsplanes ... 7
3.2 Siedlungsentwicklung ... 7
3.2.1 Erschließung / Infrastruktur ... 7
3.2.2 Orstbild / Landschaftsbild / Naherholung ... 8
3.3 Naturschutz und Landschaftspflege ... 8
3.4 Landschaftsplanung ... 8
3.5 Alternative Flächen ... 8

4 Städtebauliches Konzept ... 9
4.1 Art der baulichen Nutzung ... 9
4.1.1 Allgemeine Wohngebiete WA ... 9
4.1.2 Mischgebiete MI ... 10
4.1.3 Eingeschränkte Gewerbegebiet GEe ... 10
4.1.4 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte ... 11
4.2 Maß der baulichen Nutzung ... 11
4.2.1 Mindestgrundstücksgröße, Zahl der Wohneinheiten ... 11
4.2.2 Überbaubare Grundstücksfläche ... 12
4.2.3 Grundflächenzahl ... 12
4.2.4 Geschossigkeit, Bauweise ... 12
4.2.5 Höhenbegrenzung und Höhenlage der Gebäude ... 12
4.3 Gestaltung ... 13
4.3.1 Dachgestaltung ... 13
4.3.2 Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie ... 13
4.3.3 Einfriedungen ... 13
4.3.4 Anforderungen an die Gestaltung von Werbeanlagen ... 14

5 Natur und Landschaft ... 15
5.1 Öffentliche Grünflächen ... 15
5.2 Flächen für Anpflanzungen ... 15
5.3 Eingriffs- und Ausgleichsregelung ... 16

6 Erschließung ... 18
6.1 Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz ... 18
6.2 Sichtdreiecke ... 18
6.3 Innere Erschließung / Planstraßen / Verkehrsflächen bes. Zweckbestimmung ... 18

6.4 Fußläufige Erschließung 18
6.5 Öffentliche Parkplätze 19
6.6 Private Stellplätze 19
6.7 Nebenanlagen 19
7 Ver- und Entsorgung 20
7.1 Trinkwasser 20
7.2 Schmutzwasser 20
7.3 Oberflächenentwässerung 20
7.4 Brandschutz 21
7.5 Energieversorgung 21
7.6 Abfallbeseitigung 21
7.7 Fernmeldetechnische Versorgung 21
8 Immissionsschutz 21
8.1 Gewerbelärm 22
8.2 Verkehrslärm 22
9 Umweltprüfung 24
10 Landschaftsplanerischer Beitrag 24
11 Hinweise 24
11.1 Kulturdenkmäler 24
11.2 Schmutzwasserkanal 25
11.3 Bodenschutz 25
12 Nachrichtliche Übernahmen 25
12.1 Anbauverbotszone 25
13 Flächenbilanz 26
13.1 Flächen 26
13.2 Kosten 26
14 Anlagen 27

1 Allgemeines

Grundlagen dieses Bebauungsplanes sind:

das **Baugesetzbuch** (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057),

die **Baunutzungsverordnung** (BauNVO) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057) geändert worden ist,

die **Planzeichenverordnung 1990** (PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057),

die **Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein** (LBO SH) vom 22. Januar 2009 (GVOBl. 2009, S. 6), in der zuletzt geänderten Fassung,

das **Bundesnaturschutzgesetz** vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), in der zuletzt geänderten Fassung,

das **Gesetz zum Schutz der Natur** (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG SH) vom 24. Februar 2010 (GVOBl. S. 301), in der zuletzt geänderten Fassung,

die **Landesverordnung über gesetzlich geschützte Biotope** (Biotopverordnung) vom 22. Januar 2009 (GOVBl. 2009, S. 52),

der **Regionalplan für den Planungsraum I, Schleswig-Holstein Süd**, Fortschreibung,

der **Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP)** (Amtschl. SH 2010 S. 719),

der **Landschaftsplan Gemeinde Hetlingen** mit Stand aus dem Jahr 1998.

1.1 Gründe und Planerfordernis

Mit der Ausweisung eines Allgemeinen Wohngebietes, eines Mischgebietes und eines eingeschränkten Gewerbegebietes am nordöstlichen Rand der Gemeinde werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen in erster Linie für Umsiedelung und Expansion von ortsansässigen Gewerbebetrieben sowie in zweiter Linie für die Errichtung von Wohngebäuden geschaffen. Damit wird der festgestellten endogenen Nachfrage an Wohnbau- und Gewerbegrundstücken entsprochen.

Im geltenden Flächennutzungsplan aus dem Jahr 2013 ist die Fläche des Plangeltungsbereiches im westlichen Bereich als Mischgebiet und im östlichen Bereich als Gewerbegebiet dargestellt. Einen rechtskräftigen Bebauungsplan für das Gebiet gibt es bisher nicht. Das Planerfordernis nach § 1 (3) BauGB für die Aufstellung dieses Bebauungsplanes ist damit gegeben.

1.2 Lage im Gemeindegebiet

Das Plangebiet liegt am nordöstlichen Rand der Gemeinde Hetlingen. Im Norden grenzt es an die Holmer Straße (L 261), im Osten an freie Landschaft, im Süden an den Deich (2. Deichlinie) und im Westen an das Wohngebiet „Blink".

1.2.1 Nutzungs- und Freiraumstruktur, Orts- und Landschaftsbild

Das Plangebiet grenzt im Osten an die freie Landschaft, südlich angrenzend befinden sich ein Entwässerungsgraben und ein Deich der 2. Deichlinie. Unmittelbar im Westen grenzt der Siedlungskörper mit Einfamilienhausbebauung an.

Derzeit wird die Fläche landwirtschaftlich genutzt. Die einzige Zufahrt befindet sich am nordwestlichen Rand des Plangebietes.

Das Ortsbild westlich des Plangebietes ist geprägt durch zusammenhängende Bebauung mit überwiegend Einfamilienhäusern. Nördlich, östlich und südlich dominieren die landwirtschaftliche Nutzung sowie der Deich das Landschaftsbild.

1.2.2 Infrastruktur

In der Gemeinde Hetlingen gibt es diverse Vereine, Bildungseinrichtungen und Freizeitangebote. Der Kindergarten und die Grundschule liegen ca. 1.100 m vom Plangebiet entfernt, wieterführende Schulen sind in Wedel (ca. 8,5 km entfernt) ansässig. Der Sportverein mit Fußballplatz und zwei Tennisplätzen ist ca. 1.000 m vom Plangebiet entfernt im Ortskern gelegen. Im Plangebiet selbst sind keine Infrastruktureinrichtungen vorhanden oder geplant.

1.2.3 Kultur- und sonstige Sachgüter

Kulturgüter besitzen als Zeugnis menschlichen Handelns einen politisch-gesellschaftlichen Wert, denn sie geben Aufschluss über das Leben früherer hier lebender Menschen.

Der westliche Teil des Plangebiets liegt im archäologischen Interessensgebiet „Geesthügel Hetlingen“ des Archäologischen Landesamtes. Es ist mit kaiserzeitlichen und frühmittelalterlichen Funden zu rechnen.

Werden während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 15 DSchG der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.

1.2.4 Altlasten

Altlastenstandorte oder Altlastenverdachtsflächen sind im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes nicht bekannt. Hinweise auf Altlasten aus der früheren landwirtschaftlichen Nutzung liegen bisher nicht vor.

1.2.5 Kampfmittel

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegen zwar keine Hinweise auf möglicherweise vorhandene Kampfmittel vor, gleichwohl können Kampfmittel nicht garantiert ausgeschlossen werden. Vor Beginn von Tiefbaumaßnahmen wie z. B. Baugruben, Kanalisation oder Straßenbau ist die Fläche gemäß Kampfmittelverordnung des Landes Schlewig-Holstein auf Kampfmittel untersuchen zu lassen.

1.2.6 Bedarfe

Schon 2013 hatten sechs ortsansässige Gewerbebetriebe Interesse an Gewerbeflächen außerhalb des Ortskerns angemeldet. Diese Betriebe liegen alle in vollständig bebauten Wohn-, Misch- oder Dorfgebieten im Ortskern. Deren beengte Situation führt zu Konflikten mit den Nachbarn und bietet den Betrieben kaum Expansionsmöglichkeiten.

Derzeit gibt es konkrete Anfragen für zwei Gewerbeflächen und eine Mischgebietsfläche von ortsansässigen Betrieben an die Gemeinde. Diese Betriebe sind auf längere Sicht innerhalb des Ortskerns nicht zukunftsfähig. In der Gemeinde sind zudem keine alternativen Gewerbeflächen vorhanden, die Betriebe sollen, nicht zuletzt wegen der mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze, am Ort gehalten werden.

2 Planerische Rahmenbedingungen

2.1 Raumordnung / Gemeinsame Landesplanung

2.1.1 Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP)

Der Landesentwicklungsplan schafft auf Landesebene die räumlichen Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung. Ziel der Landesregierung ist es, Wachstum zu schaffen und gleichzeitig die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Die Raumordnung hat dabei die Aufgabe, die vielfältigen und teilweise konkurrierenden Nutzungsansprüche an den Raum zu koordinieren und Gestaltungs- und Ermessensspielräume im Sinne dieser Ziele zu nutzen.

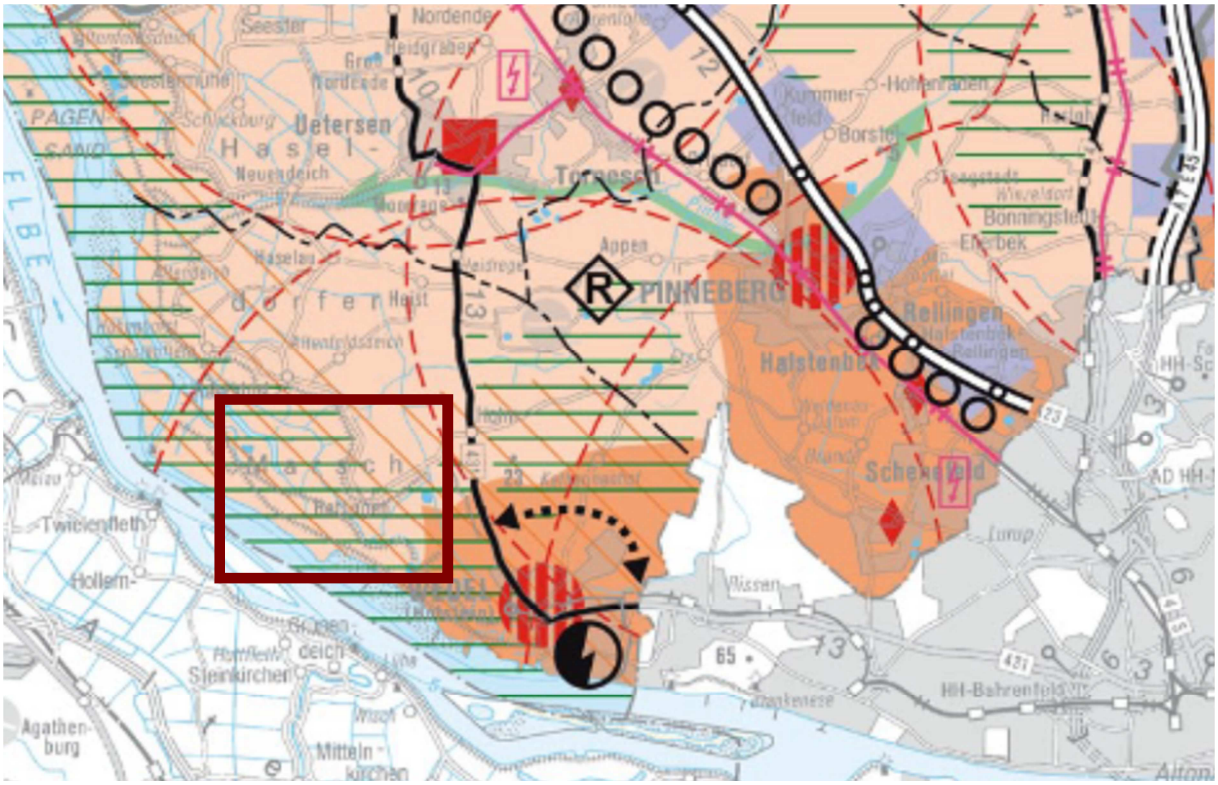


Abb. 1: Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (2010, Ausschnitt)

Der LEP stuft die Gemeinde Hetlingen als Gemeinde im Ordnungsraum um Hamburg ein. In Ordnungsräumen erfolgt die Siedlungsentwicklung vorrangig auf den Siedlungsachsen und ist außerhalb der Siedlungsachsen auf die Zentralen Orte zu konzentrieren. "In Gemeinden, die keine [Siedlungs-] Schwerpunkte sind [wie Hetlingen], können im Zeitraum 2010 bis 2025 bezogen auf ihren Wohnungsbestand am 31.12.2009 neue Wohnungen im Umfang von bis zu 15% in den Ordnungsräumen [...] gebaut werden." (Ziffer 2.5.2 4Z)

In Bezug auf die Gewerbeentwicklung ist dem LEP folgende Aussage zu entnehmen: „Alle Gemeinden können unter Beachtung ökologischer und landschaftlicher Gegebenheiten eine bedarfsgerechte Flächenvorsorge für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe sowie die Ansiedlung ortsangemessener Betriebe treffen.“ (Ziffer 2.6 1G)

Der Bebauungsplan Nr. 12 entspricht den hier gemachten Vorgaben, da mit diesem Bebauungsplan zum Einen maximal 25 Wohneinheiten, zum Anderen Gewerbeflächen für den örtlichen Bedarf geschaffen werden sollen.

2.1.2 Regionalplan (RegPlan) / Regionales Entwicklungskonzept (REK)

Der Regionalplan (RegPlan) für den Planungsraum I / Schleswig-Holstein Süd stellt die übergeordneten Planungsvorgaben und Handlungsspielräume für die kommunale Bauleitplanung dar. Der Bebauungsplan Nr. 21 entspricht den hier gemachten Vorgaben.

Für die Metropolregion Hamburg ist im REK 2000 von der Stadt Hamburg und den angrenzenden schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Landkreisen für die Metropolregion ein trilaterales Leitbild und Handlungskonzept erarbeitet worden.

Die Raumordnungspläne für die Metropolregion Hamburg stellen als gemeinsames räumliches Leitbild eine Entwicklung entlang bestimmter Achsen und die dezentrale Konzentration in diesen Achsenräumen dar. Es sind zentrale Orte sowie Entwicklungs- und Entlastungsorte festgelegt. Innerhalb der Region soll bei der planerischen Umsetzung von Projekten und Vorhaben dem Prinzip der innerregionalen Vernetzung gefolgt werden.

Im Folgenden werden die das Plangebiet betreffenden Vorgaben der regionalen Landesplanung und des REK (als informelles Planungsinstrument) dargestellt.

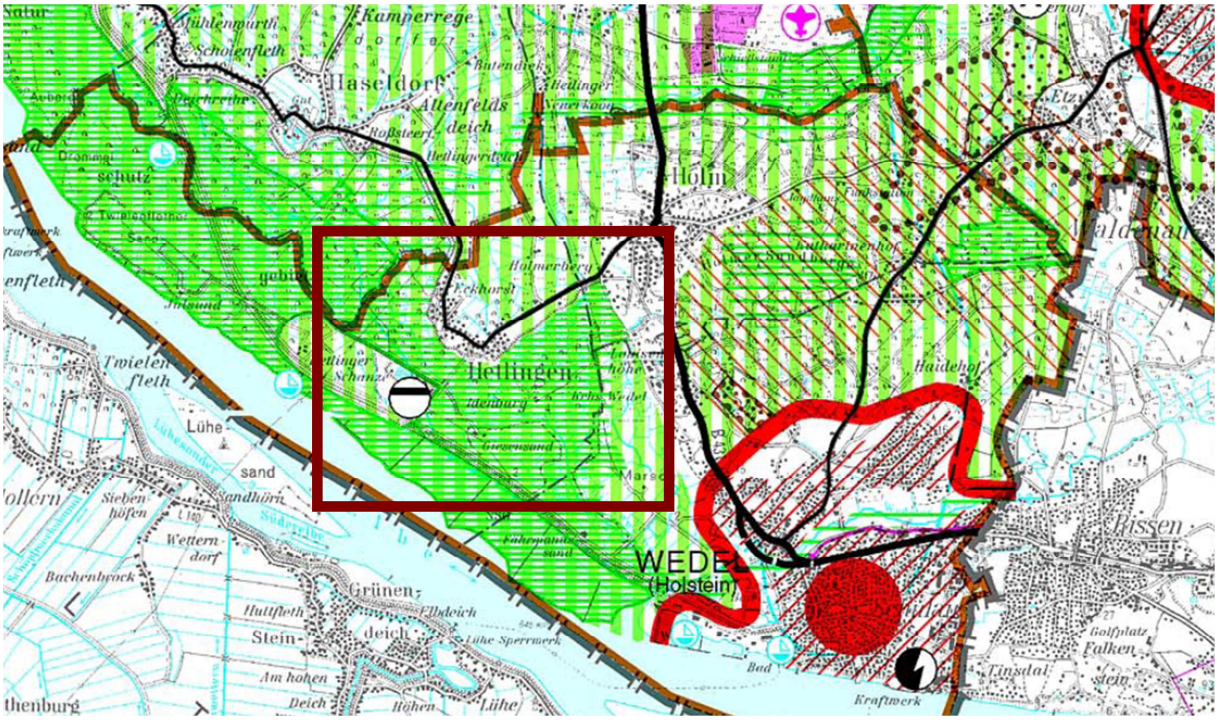


Abb. 2: Regionalplan (1998, Ausschnitt)

Die Gemeinde Hetlingen gehört zum Kreis Pinneberg im Planungsraum I / Schleswig-Holstein Süd. Der Regionalplan und das REK stellen dar, dass Hetlingen im Ordnungsraum um Hamburg liegt, in dem sich die weitere Entwicklung des Ordnungskonzepts entlang von Siedlungsachsen vollziehen soll.

Die Gemeinde liegt außerhalb der Verdichtungsräume und abseits der Grundrichtung der Siedlungsachsen. Folglich soll nur der örtliche Bedarf der Wohnbauentwicklung gedeckt werden. Hinsichtlich der Entwicklung von Gewerbeflächen wird der Gemeinde die Möglichkeit eingeräumt, Flächenvorsorge für die Ansiedelung ortsangemessener Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sowie für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe zu treffen.

Die Ziele dieses Bebauungsplanes befinden sich damit im Einklang mit den Zielen der Raumordnung.

2.2 Bauleitplanung

2.2.1 Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen (2013)

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan von 2013 weist im westlichen Teil gemischte, im östlichen Teil gewerbliche Bauflächen aus. Zwischen diesen gemischten Bauflächen und dem vorhandenen Wohngebiet „Blink“ sowie parallel zur Holmer Straße ist jeweils ein öffentlicher Grünstreifen vorgesehen. Die Ausweisung des Mischgebietes soll gemäß Begründung zum FNP der Entflechtung von Gewerbe- und Wohnnutzung innerhalb der Ortslage dienen. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 12 kann alternativ mit der angedachten Dreiteilung in Wohngebiet, Mischgebiet und Gewerbegebiet aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt werden, da der Trennungsgrundsatz von Wohnen und Gewerbe gewahrt wird.

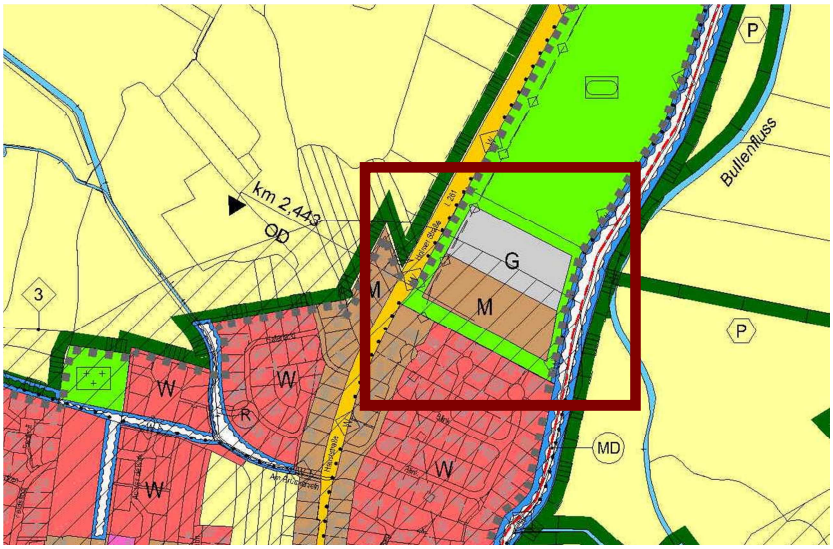


Abb. 3: Flächennutzungsplan der Gemeinde Hetlingen (2013, Ausschnitt)

2.2.2 Benachbarter Bebauungsplan Nr. 3

Westlich grenzt das Plangebiet an das Wohngebiet „Blink“, das in der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 (1973) als Mischgebiet mit offener Bauweise festgesetzt ist.

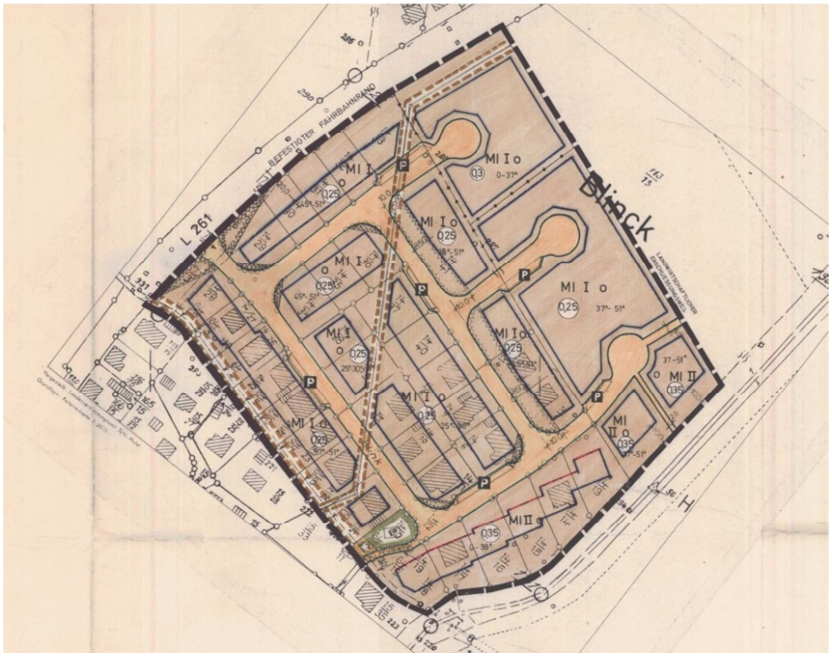


Abb. 3: Bebauungsplan Nr. 3, 2. Änderung der Gemeinde Hetlingen (1973)

2.3 Städtebaulicher Rahmenplan der Gemeinde Hetlingen (1996)

Der Entwurf zum städtebaulichen Rahmenplan der Gemeinde Hetlingen aus dem Jahr 1996 stellt eine Ergänzung der Wohnbebauung „Blink“ durch weitere Wohngebäude dar. Als Abgrenzung zur damals geplanten Sportanlage ist eine Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft verzeichnet.

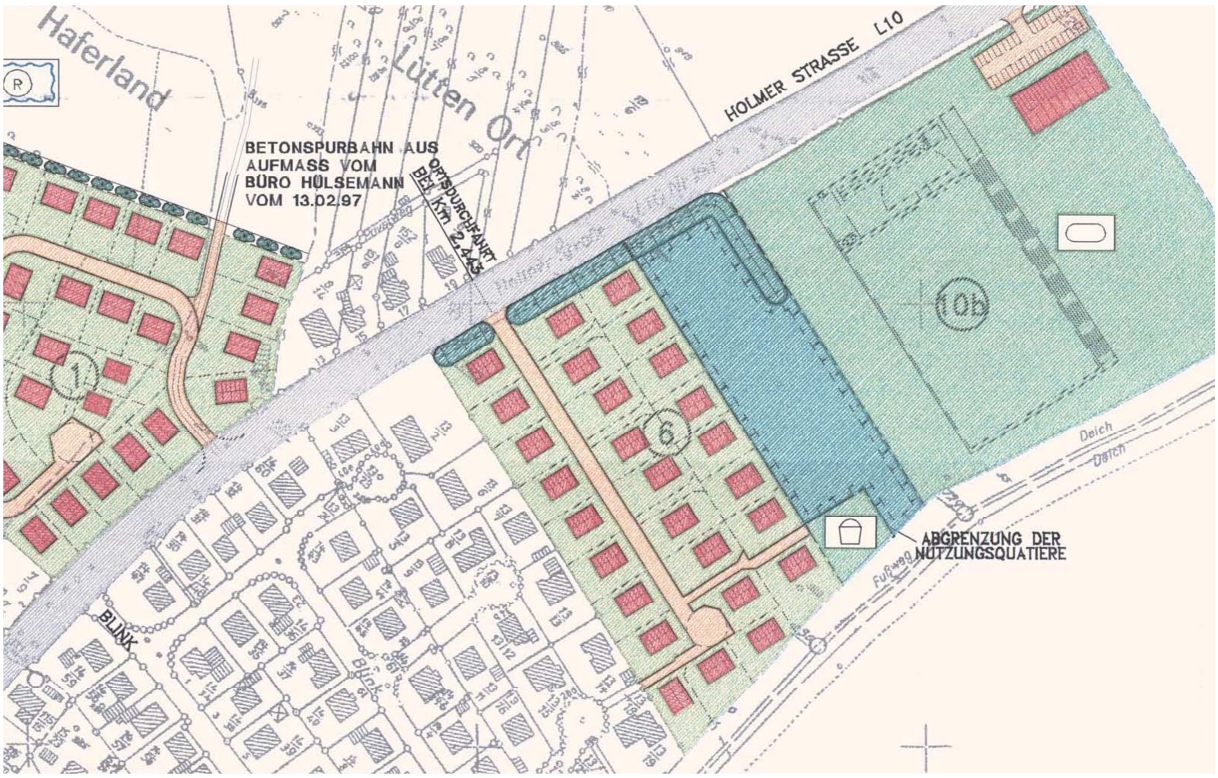


Abb. 4: Städtebaulicher Rahmenplan (1996, Ausschnitt)

2.4 Planungsvorgaben Natur und Landschaft

2.4.1 Landschaftsplan

Der Landschaftsplan der Gemeinde Hetlingen wurde am 20.07.1998 festgestellt. Die Entwicklungskonzeption sieht für den Geltungsbereich dieses B-Plans in Fortsetzung des heutigen Siedlungsrands in einer Breite von 100 m gemischte Bauflächen oder Wohnbauflächen und daran anschließend eine alternative Sonderfläche Sport vor. Die angrenzende Baumreihe an der L261 ist als Allee dargestellt.

2.4.2 Schutzgebiete und Objekte

Im Geltungsbereich des Bebaungsplanes sind keine Biotope gemäß Biotopverordnung vorhanden. Südlich angrenzend an den südlich an das Plangebiet grenzenden Deich der 2. Deichlinie befindet sich das Natura 2000- und EU-Vogelschutzgebiet Nr. 2323-401.

Das Plangebiet liegt in der Zone III B des Wasserschutzgebiets Haseldorfer Marsch.
Der Einbau von auswasch- oder auslaugbaren wassergefährdenden Materialien (z.B. Boden- und Recyclingmaterial, Bauschutt) ist in den Schutzzonen III B verboten. Verwendetes Material muss den Anforderungen des Regelwerks 20 der LAGA entsprechen. Vor dem Einbau solcher Materialien ist daher eine Abstimmung mit der unteren Wasserbehörde erforderlich und die entsprechenden Unbedenklichkeitsnachweise des Materials (Zertifikate bzw. Laboranalysen) sind der Wasserbehörde vor dem Einbau vorzulegen.

3 Ziele des Bebauungsplanes Nr. 12

Ziel der Planung ist zum Einen die Schaffung von Misch- und eingeschränkten Gewerbeflächen für die Verlagerung oder Erweiterung bereits ortsansässiger und die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe sowie zum Anderen die Entwicklung weiterer Wohnbauflächen zur Deckung des örtlichen Bedarfes. Dabei werden alle planerischen Vorgaben der Landesplanung und der übergeordneten Bauleitplanung berücksichtigt.

3.1 Einbindung dieses Bebauungsplanes

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 12 „Gewerbegebiet" hat die Gemeinde Hetlingen die Erschließung einer ca. 3 ha großen landwirtschaftlich genutzten Fläche am Ortsrand beschlossen.

Der LEP 2010 beschreibt die Gemeinde Hetlingen als **Gemeinde ohne zentralörtliche Einstufung** im Ordnungsraum Hamburg (Ziff. 2.5.2 Abs. 3, siehe auch Kap. 2.1.2). Als Gemeinde im Achsenzwischenraum soll sie den **örtlichen Bedarf** decken. Für die aktuellen Bedarfe (insbesondere an Gewerbeflächen) sind derzeit **keine alternativen Flächenpotentiale** im Gemeindegebiet vorhanden, da weder der Flächennutzungsplan andere Gewerbeflächen ausweist noch weitere Bebauungspläne vorhanden sind. In anderen Bebauungsplänen ausgewiesene Wohn- und gemischte Bauflächen sind bereits vollständig ausgeschöpft.

Die hier überplante Fläche am östlichen Rand der Gemeinde Hetlingen eignet sich aufgrund ihrer direkten Anbindung an das übergeordnete Straßennetz sowie der Randlage in besonderem Maße für eine gewerbliche Entwicklung. Aufgrund der direkten Nachbarschaft zu bestehender Wohnbebauung eignet sich das Gebiet zudem für eine wohnbauliche Entwicklung. Die Entwicklung von gemischten Bauflächen dient einerseits als Puffer zwischen Wohn- und eingeschränktem Gewerbegebeit und andererseits zur Deckung des in Kapitel 1.3 beschriebenen bestehenden Bedarfes an gemischten Bauflächen.

3.2 Siedlungsentwicklung

3.2.1 Erschließung / Infrastruktur

Für die Erschließung des Neubaugebietes sind folgende Ziele maßgebend:

- gute Erreichbarkeit des überregionalen Straßennetzes (L 261, B 431 und A 23)
- flächensparende Erschließung innerhalb des Plangebietes

Mit diesem Bebauungsplan werden Flächen im Anschluss an den bestehenden Siedlungskörper mit direkter Anbindung an die L 261 entwickelt. Damit besteht eine Verknüpfung mit dem übergordneten Straßennetz und den Gemeindestraßen gleichermaßen.

Hetlingen verfügt über eine für die Gemeindegröße (ca. 1.300 Einwohner) gute soziale Infrastruktur. In der Gemeinde gibt es zahlreiche Vereine, Bildungseinrichtungen und Freizeitangebote (Sportvereine, kulturelle Einrichtungen).

Die Kindertagesstätte und die Grundschule liegen ca. 1.000 m vom Plangebiet entfernt im Zentrum der Gemeinde. In ebenfalls ca. 1.000. Entfernung befinden sich die Sportanlagen sowie die freiwillige Feuerwehr, weiterführende Schulen in Moorrege, Uetersen und Wedel. Die Kirche liegt ca. 600 m vom Plangebiet entfernt. Im Plangebiet selbst sind keine Infrastruktureinrichtungen vorhanden oder geplant.

3.2.2 Orstbild / Landschaftsbild / Naherholung

Das Plangebiet liegt am nordöstlichen Rand der Ortslage. Die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung prägt das Orts- und Landschaftsbild. Der Deich der 2. Deichlinie begrenzt das Plangebiet auf der Südseite, westlöich liegen die vorhandene Bebauung des Wohngebietes „Blink". Die Allee entlang der Holmer Straße (L 261) fasst das Plangebiet von Norden, nach Osten erstrecken sich landwirtschaftlich genutzte Flächen. Für das Ortsbild bildet das Plangebiet den Übergang der Siedlung in die freie Landschaft.

Das Plangebiet selbst hat keine direkte Bedeutung für die Naherholung, da es zurzeit landwirtschaftlich genutzt und im Sinne der Naherholung nicht erschlossen ist.

Im Rahmen dieser Maßnahme werden rein fußläufige Anbindungen an das Wohngebiet „Blink" und die Holmer Straße geschaffen. Zudem wird eine Anbindung an den im Flächennutzungsplan weiter nordöstlich vorgesehenen Sportplatz östlich des Plangebietes planungsrechtlich gesichert.

Das Landschaftsbild kann durch Maßnahmen wie die Anpflanzung von groß- und kleinkronigen Bäumen in den Saumstreifen, im Straßenraum und auf den Grundstücken sowie durch einen neu anzulegenden grünen Ortsrand landschaftsgerecht neu gestaltet werden.

3.3 Naturschutz und Landschaftspflege

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sind gemäß dem Verfahren und den inhaltlichen Anforderungen nach § 1 (6) Nr. 7 BauGB in Verbindung mit § 1a BauGB die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Umweltschutzes zu beachten und zu berücksichtigen. Gemäß § 1a (2) BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden, dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen (Bodenschutzklausel).

Für das Plangebiet dieses Bebauungsplanes wurde ein landschaftsplanerischer Beitrag erarbeitet, der als Anlage beigefügt ist.

3.4 Landschaftsplanung

Für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes formuliert der landschaftsplanerische Beitrag folgende Anforderungen:

- Berücksichtigung der Belange des Artenschutzes
- Minimierung der Versiegelung und Ausgleich der Versiegelungsfolgen
- naturnahe Bewirtschaftung und Reinigung des Oberflächenabflusses
- Gestaltung des Landschafts- bzw. Ortsbildes und Einbindung des Plangebietes in die Landschaft

3.5 Alternative Flächen

Die Flächen dieses Bebauungsplanes liegen angrenzend an den Siedlungszusammenhang der Gemeinde Hetlingen. Durch die Entwicklung von Wohnbauflächen, gemischten und gewerblichen Bauflächen in dem bislang landwirtschaftlich genutzten Bereich am nordöstlichsten Rand der Gemeinde wird das Siedlungsgebiet der Gemeinde erweitert und den örtlichen Bedarfen an Wohn-, Misch- und Gewerbebauflächen entsprochen. Zugleich wird der Orstrand neu gestaltet und damit in das Landschaftsbild integriert.

4 Städtebauliches Konzept

Das städtebauliche Konzept sieht nach bereits erfolgter Abstimmung mit dem Kreis Pinneberg eine Dreiteilung des Plangebietes vor, die ohne Änderung des Flächennutzungsplanes umsetzbar ist. Im Westen soll ein Allgemeines Wohngebiet mit bis zu 9 Einfamilienhäusern an die vorhandene Bebauung „Blink" angrenzen, im Osten soll ein eingeschränktes Gewerbegebiet den Abschluss des Siedlungskörpers ausbilden. Für das eingeschränkte Gewerbegebiet ist eine Lärmbegrenzung nach Westen erforderlich. Nach Osten soll die künftige Bebauung den Ortsrand gestalten. Dazwischen ist ein Mischgebiet mit ca. 40% nicht störender gewerblicher Nutzungen, 5 Einfamilienhäusern sowie gegebenenfalls Etagenwohnungen geplant, um den Trennungsgrundsatz zwischen Wohnen und Gewerbe zu wahren.



Abb. 5: Städtebauliches Konzept (Stand: 08.02.2017)

4.1 Art der baulichen Nutzung

4.1.1 Allgemeine Wohngebiete WA

Diese Ausweisung sichert die überwiegende Wohnnutzung im westlichen Teil des Plangebietes (WA1 und WA2), lässt jedoch eingeschränkt Spielraum für verträgliche andere Nutzungen. Es soll grundsätzlich eine Nutzungsmischung ermöglicht werden. Gewollt sind allerdings nur die dem Wohnen zugeordneten Nutzungen (wie z. B. Heimarbeit, Büros, kleine Dienstleistungsbetriebe u. dgl.). Diese Ausweisung ermöglicht auch die Errichtung von Wohnungen für Betreutes Wohnen.

Um den Wohncharakter dieses Teilbereiches zu unterstützen und ein störungsfreies Wohnen zu gewährleisten, werden die nach § 4 (3) BauNVO in Allgemeinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen

- Gartenbaubetriebe (Nr. 4) und
- Tankstellen (Nr. 5)

ausgeschlossen. Diese Nutzungen würden die Erschließung des Gebietes überlasten und den Charakter des Wohngebietes stören. Der Ausschluss erfolgt auch vor dem Hintergrund der (von diesen Betrieben ausgehenden) Immissionsbelastung für die Wohnnutzung.

Gemeinbedarfseinrichtungen sind im Gebiet nicht geplant. Der durch die Überplanung entstehende zusätzliche Bedarf an Grundschulplätzen wird durch die bestehende Grundschule abgedeckt.

4.1.2 Mischgebiete MI

Mischgebiete nach § 6 BauNVO dienen dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Diese Ausweisung im mittleren Teilbereich des Bebauungsplanes (MI 1 und MI 2) dient der Schaffung von gemischt genutzten Flächen für Wohnnutzung und gewerbliche Nutzung, wie z. B. Handwerksbetriebe ohne starke Emissionen. Dabei sollte gemäß BauNVO ein in etwa gleichgewichtiges Verhältnis von Wohn- und Gewerbenutzung, mindestens jedoch ein Anteil von 40% einer der beiden Nutzungsarten gewahrt werden.

Um den Mischgebietscharakter der Gebiete zu unterstützen und dennoch ein störungsarmes Wohnen zu gewährleisten, werden die nach § 6 (2) BauNVO in Mischgebieten zulässigen Nutzungen

- Einzelhandelsbetriebe (Nr. 3),
- Tankstellen (Nr. 7) und
- Vergnügungsstätten (sowohl die nach Nr. 8 allgemein als auch die nach § 6 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen V.)

ausgeschlossen. Diese Nutzungen würden die Erschließung des Gebietes überlasten und den Charakter des Mischgebietes stören. Der Ausschluss erfolgt auch vor dem Hintergrund der (von diesen Betrieben ausgehenden) Immissionsbelastung für die gebietsinterne und im Allgemeinen Wohngebiet angrenzende Wohnnutzung.

4.1.3 Eingeschränkte Gewerbegebiet GEe

Gewerbegebiete nach § 8 BauNVO dienen vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben. Diese Ausweisung schafft im östlichen Bereich des Plangebietes (GE(e)) die planungsrechtliche Grundlage für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben, die aufgrund ihrer Einschränkungen verträglich gegenüber der angrenzenden Mischnutzung sind.

Das eingeschränkte Gewerbeiebiet soll ortsansässigen Gewerbebetrieben Expansionsmöglichkeiten bieten und Entwicklungsreserven für ortsangemessene Gewerbebetriebe für die Zukunft bereitstellen.

Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber oder Betriebsleiter (gemäß § 8 (3) Nr. 1 BauNVO) sind ausnahmsweise zulässig, sofern ihre Grundfläche nicht mehr als 30% der insgesamt errichteten Grundfläche beträgt. Diese Festsetzung sichert, dass eine Wohnnutzung für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber oder Betriebsleiter dem Gewerbebetrieb deutlich untergeordnet ist. Die Flächen sollen überwiegend dem Arbeiten vorbehalten bleiben.

Zur Sicherung des angestrebten ortsangemessenen Charakters der Gewerbegebiete werden die nach § 8 (2) BauNVO zulässigen Nutzungen

- Vergnügungsstätten (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO), insbesondere Spielhallen und ähnliche Unternehmen im Sinne der §§ 33a-i der Gewerbeordnung, die der Aufstellung von Spielgeräten mit und ohne Gewinnmöglichkeit dienen, Wettbüros, Bordelle, bordellartige Betriebe sowie Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen oder auf Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet sind,
- Einzelhandelsbetriebe (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO),
- Tankstellen (Nr. 3)

ausgeschlossen. Diese Nutzungen würden den Charakter eines produzierenden Gewerbegebietes stören und die geplante Erschließung überlasten. Der Ausschluss erfolgt auch vor dem Hintergrund der von diesen Betrieben ausgehenden Immissionsbelastung für die Wohnnutzung.

4.1.4 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte

Entlang des Deiches an der südlichen Grenze des Plangeltungsbereiches ist ein Graben vorhanden. Dieser ist für die Oberflächenentwässerung notwendig und muss von Zeit zu Zeit inspiziert und ggf. geräumt werden. Zu diesem Zweck ist ein fünf Meter breiter Streifen auf den an diesen Graben angrenzenden Privatgrundstücke in den jeweiligen Teilgebieten frei und mit schwerem Gerät befahrbar zu halten. Aus diesem Grund dürfen hier keine baulichen Anlagen errichtet werden, die dies behindern. Bodenversiegelungen (auch Stellplätze) sind von diesem Verbot ausgenommen. Zu diesem Zweck wird hier ein Geh- und Fahrrecht in der Planzeichnung eingetragen. In die privatrechtlichen Kaufverträge ist dies zu übernehmen.

Zur Entwässerung des Plangebietes sind offenen Trockengräben geplant, die als Retentionsflächen dienen und eine gedrosselten Abfluss in das Regenrückhaltebecken „Haferland“ ermöglichen. Der Anschluss des Plangebietes an die Regenwasserkanalisation erfolgt im Südwesten des Plangebietes. Die Entwässerunggräben westlich der Mischgebietsflächen müssen daher an den westlichen Entwässerungsgraben angeschlossen werden. Dies erfolgt über einen Kanal, der über Privatgrund verlaufen muss (siehe auch Kapitel 7.3). Zu diesem Zweck wird hier ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht in der Planzeichnung eingetragen. In die privatrechtlichen Kaufverträge ist dies zu übernehmen.

4.2 Maβ der baulichen Nutzung

Das zulässige Maβ der baulichen Nutzung ist abhängig von der festgesetzten Gebietstypologie und der angetrebten Dichte. Es wird über die Grundflächenzahl sowie die Geschossigkeit begrenzt.

4.2.1 Mindestgrundstücksgröβe, Zahl der Wohneinheiten

Mit der Festsetzung der Mindestgrundstücksgröβe und der Begrenzung der Anzahl der Wohneinheiten je Grundstück wird die Gesamtanzahl der Wohneinheiten im Quartier begrenzt, damit das geplante Erschließungsnetz nicht überlastet wird. Auf diese Weise wird eine hohe Wohnqualität gesichert sowie eine mit der Nachbarschaft des Quartiers und mit der Lage am Ortsrand verträgliche bauliche Dichte erreicht.

Daher ist für **Einzelhäuser (WA 1, WA 2 und MI 2)** generell eine Grundstücksgröβe von mindestens 600 m² nachzuweisen.

Die höchstzulässige Zahl der Wohneinheiten ist in den Teilbaugebieten WA1, WA2, MI1 und MI2 auf maximal zwei je Einzelhaus festgesetzt. Dabei ist die zweite Wohneinheit ausschließlich als untergeordnete Einliegerwohnung zulässig.

Ausnahmsweise sind in den Teilbaugebieten MI1 und MI 2 maximal 10 Wohneinheiten je Einzelhaus zulässig. Diese Festsetzung ermöglicht es der Gemeinde, im Ausnahmefall auch Geschosswohnungsbau zuzulassen – eine entsprechende Nachfrage ist in Form einer Bauherrengeminschaft vor Ort vorhanden.

4.2.2 Überbaubare Grundstücksfläche

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgelegt. Diese setzen die maximale Ausdehnung der überbaubaren Fläche fest und sind so definiert, dass die Grundstücke gut bebaubar sind und zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen ein Abstand von 3 m eingehalten wird.

Dadurch werden insbesondere in den Allgemeinen Wohngebieten zusammenhängende, von Bebauung freizuhaltende Gartenbereiche gesichert.

4.2.3 Grundflächenzahl

Im Teilbaugebiet **WA 1 (Allgemeines Wohngebiet)** ist eine maximale Grundflächenzahl (GRZ) von 0,3 zulässig. Diese Festsetzung stellt die gewünschte lockere Bebauung sicher. Damit fügt sich das Gebiet in die vorhandene Nachbarschaft am Blink ein.

In den Teilbaugebieten **WA 2, MI 1 und MI 2 (Allgemeines Wohngebiet und Mischgebiete)** soll die Bebauung eine stärkere räumliche Wirkung entfalten. Insofern soll eine höhere Ausnutzung der Grundstücke möglich sein. Daher wird eine maximale GRZ von 0,35 festgesetzt.

In den Teilbaugebieten **GE(e) (eingeschränkte Gewerbegebiete)** soll eine gewerbegebietsverträgliche Ausnutzung möglich sein. Daher ist eine GRZ von 0,6 festgesetzt.

4.2.4 Geschossigkeit, Bauweise

Die Festlegung der maximal **zweigeschossigen Bauweise** in Teilbaugebieten **WA 1, WA 2, MI 1 und MI 2** erfolgt vor dem Hintergrund der damit erreichbaren besseren Oberflächen-Volumen-Verhältnisse der Gebäude.

In den Teilbaugebieten **WA 1, WA 2 und MI 2** sind nur **Einzelhäuser** zulässig. Diese Festsetzung soll die geplante Siedlungsdichte wahren und somit sicherstellen, dass die geplante Erschließung nicht überlastet wird.

4.2.5 Höhenbegrenzung und Höhenlage der Gebäude

Um die Gesamthöhe der Bebauung zu begrenzen und so die Einfügung in die Nachbarschaft zu erzielen, werden zusätzlich Trauf- und Firsthöhen bzw. eine Gebäudehöhe sowie eine Sockelhöhe festgesetzt. Diese sind je nach Gebietsypologie und angestrebter Dichte unterschiedlich. Im Falle geneigter Dächer gelten die Firsthöhe (FH) sowie die Traufhöhe (TH). Im Falle von Flachdächern gilt die Gebäudehöhe (GH).

Als Bezug für diese Höhen wird die Oberkante des fertigen Fußbodens (OKFF) des Erdgeschosses festgesetzt. Dieser bildet wiederum die Oberkante der **Sockelhöhe, die maximal 0,60 m** über dem jeweiligen Bezugspunkt liegen darf. Der **Bezugspunkt (Bz)** für die Sockelhöhe der Gebäude sowie die Höhe von Grundstückseinfriedungen ist die Oberkante der Straße vor dem Gebäude, definiert durch die Oberkante des Fahrbahnaufbaus der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsfläche, gemessen in der Fahrbahnachse, in Höhe des Mittelpunktes der gemeinsamen Grenze zwischen Verkehrsflächen und jeweiligem Grundstück.

Im Einzelnen werden folgende Höhen festgelegt:

In den Teilbaugebieten **WA 1, WA 2, MI 1 und MI 2** sind eine maximale **Traufhöhe von 6,50 m**, eine maximale **Firsthöhe von 10,00 m** und eine maximale **Gebäudehöhe von 10,00 m** zulässig.

In den **eingeschränkten Gewerbegebieten** ist eine maximale **Gebäudehöhe von 10,00 m** zulässig.

Produktionsbedingte Anlagen geringeren Umfangs wie Schornsteine, Lüftungsanlagen oder Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie dürfen in den Misch- und Gewerbegebieten bis zu 2 m über die maximale Gebäudehöhe hinausragen.

4.3 Gestaltung

Um eine möglichst hohe Flexibilität und genügend Spielräume für die gestalterische und funktionale Vielfalt zu ermöglichen, werden nur einzelne, grundlegende Festsetzungen getroffen. Ziel ist hierbei, über „Spielregeln" für das Bauen eine gewisse Homogenität der Architekturen und damit einen harmonischen Gesamteindruck des Quartiers zu erzeugen. Es sollen weder eine Eintönigkeit immer gleicher Gebäude aufgrund zu eng gefasster Festlegungen noch ein „Wildwuchs" allzu unterschiedlicher Farben und Formen entstehen.

Der Gestaltung des Ortsbildes aufgrund § 84 (1) LBO im Sinne des § 9 (1) Nr. 4 und (6) BauGB werden folgende Prinzipien zugrunde gelegt:

4.3.1 Dachgestaltung

In allen **Allgemeinen Wohngebieten und Mischgebieten** sind **Satteldächer, Walmdächer, Pultdächer und Flachdächer** mit einer Neigung von 0° - 60° zulässig.

Die Dächer von Nebengebäuden und Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO sind im gesamten Plangebiet mit einer Dachneigung von 0° - 60° zulässig.

In allen **Allgemeinen Wohn- und Mischgebieten** sind für die Dachflächen der Hauptgebäude ausschließlich **Pfanneneindeckungen** zulässig. Flachdächer unter 12° Neigung, Verglasungen, Solaranlagen und begrünte Dächer sind von dieser Festsetzung ausgenommen.

Je Dachseite ist maximal eine **Dachgaube oder ein Dacheinschnitt** zulässig. Die Gesamtlänge der Dachgaube oder des Dacheinschnitts je Dachseite darf insgesamt nicht mehr als 50 % der Gesamtlänge der dazugehörigen Traufe betragen. Dachgauben oder Dacheinschnitte müssen zur Ortgangkante einen Abstand von mindestens 2,00 m einhalten.

4.3.2 Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie

Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie sind im gesamten Plangebiet auf den Fassaden und/oder Dächern zulässig, sofern sie sich in die Fassade bzw. die Dachlandschaft einfügen.

4.3.3 Einfriedungen

Im eingeschränkten Gewerbegebiet (GE(e)) und Mischgebiet (MI) sind die Grundstückseinfriedungen zur Planstraße A nur mit standortgerechten, heimischen Hecken (siehe Pflanzliste) zulässig (siehe auch Ziffer 7.6).

Einfriedungen mit **Zäunen** sind sind entlang der Grenze zur erschließenden Straße in den **Allgemeinen Wohn- und den Mischgebieten** bis zu einer Höhe von **maximal 1,20 m** zulässig. In den **eingeschränkten Gewerbegebieten** sind die Grundstücke mit **mindestens 1,20 m hohen Zäunen** einzufrieden, um eine widerrechtliche Nutzung der umgebenden öffentlichen

Grünfläche durch die Gewerbetreibenden zu verhindern. Diese (zusätzlichen) Zäune sind im gesamten Plangebiet ausschließlich grundstücksseitig anzuordnen.

Mit diesen Festsetzungen wird sichergestellt, dass gestalterisch unerwünschte Einfriedungen, die das Ortsbild stören würden, entlang der Planstraße A vermieden werden und ein angenehmer Gesamteindruck beim Betreten des Gebietes entsteht.

4.3.4 Anforderungen an die Gestaltung von Werbeanlagen

Innerhalb des eingeschränkten **Gewerbegebietes** ist eine **Gemeinschaftswerbeanlage** mit einer Höhe von maximal 5,00 m und maximal 15 m² Ansichtsfläche für die ansässigen Gewerbetreibenden zulässig.

Werbeanlagen sind im Allgemeinen Wohngebiet ausschließlich als **Eigenwerbung** an der Stätte der Leistung direkt am Gebäude und bis zu einer Flächengröße von max. 0,25 m² zulässig.

Im gesamten Plangebiet darf je Gebäude und Grundstück eine Werbeanlage angebracht werden. Bei leuchtenden, hinterleuchteten und angeleuchteten Werbeanlagen sind grelles, wechselndes und blinkendes Licht unzulässig.

Diese Festsetzungen sichern einerseits die Möglichkeit der Eigenwerbung für die Gewerbetreibenden und sorgen andererseits dafür, dass das Gebiet nicht von Werbeanlagen dominiert wird.

5 Natur und Landschaft

Für die Kleinklima- und Luftsituation ergeben sich bei Realisierung der grünordnungsplanerischen Maßnahmen keine nachhaltig negativen Auswirkungen.

Für die Pflanzen- und Tierwelt ergeben sich keine Beeinträchtigungen. Durch den Erhalt des grabenbegleitenden Gehölzes und zusätzlicher Gehölzpflanzungen wird der Grünanteil erhöht und damit potentielle Nist- und Nahrungsbiotope für nicht störungsempfindliche Vogelarten geboten.

Der Anteil oberflächenwasserabflussrelevanter Bebauung und Flächen auf dem Grundstück wird erhöht. Dezentrale Versickerungsmöglichkeiten, z.B. im Bereich von Stellplätzen und ein dezentrales Oberflächenentwässerungskonzept können Auswirkungen minimieren.

Aus diesem Grund wird eine Bestandserfassung der artenschutzrechtlich bedeutenden Gruppen in Form einer Potentialanalyse durchgeführt. Der darauf aufbauende artenschutzrechtliche Fachbeitrag wird im Laufe des Verfahrens ergänzt.

In Abhängigkeit des Oberflächenentwässerungskonzeptes können trotz der schwierigen, stauenden Bodenverhältnisse zur Reduzierung des Oberflächenabflusses und partiellen Grundwasseranreicherung die Pkw-Stellplätze in wasser- und luftdurchlässiger Bauweise hergestellt werden. Dies kann in der Ausführung über Splittfugenpflaster oder sog. Ökodrainpflaster erfolgen.

5.1 Öffentliche Grünflächen

Grünplanerische Maßnahmen sollen zur Gestaltung der Aufenthaltsqualität, zur Minimierung und zum Ausgleich von Eingriffen in den Naturhaushalt und in das Plangebiet beitragen. Im Norden und Osten sind daher öffentliche Grünflächen zur Ausbildung eines grünen Ortsrandes vorgesehen. Innerhalb des Plangebietes sind weitere Grünflächen in Nord-Süd-Ausrichtung geplant, die zur Aufnahme von Entwässerungsgräben vorgesehen sind. Im Süden ist zudem eine öffentliche Grünfläche festgesetzt, die den Deichseitengraben aufnimmt. Der Graben wird damit in seiner Gestalt und Funktion gewahrt und die vorhandene Flora und Fauna geschützt.

5.2 Flächen für Anpflanzungen

Zum Schutz und zur Entwicklung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen werden im Bebauungsplan diverse Festsetzungen getroffen. Die Bestimmung, dass für die Anpflanzungen nur standortgerechte, heimische Arten verwendet werden dürfen, dient dem Ziel, eine stadtökologisch wirksame Anreicherung des Naturhaushaltes und landschaftsgestalterisch optimale Einbindung zu erreichen. Standortgerechte und heimische Pflanzenarten bieten neben ihren sonstigen bioklimatischen Funktionen heimischen Tierarten einen nachhaltigen Lebensraum (siehe Pflanzenauswahlliste). Blühende und fruchtende heimische Gehölze bieten Insekten und Vögeln Lebensgrundlagen, sichern die natürliche Nahrungskette und dienen daher auch unmittelbar dem Artenschutz. Um diese Funktionen langfristig zu sichern, sind die Anpflanzungen auf Dauer zu erhalten und zu pflegen.

Auch im Hinblick auf das Orts- und Landschaftsbild und die Wohnqualität ist die Anpflanzung von Gehölzstrukturen im Plangebiet von hoher Bedeutung.

Des Weiteren tragen die Anpflanzungen darüber hinaus durch Verschattungs-, Verdunstungs- und Filterfunktionen zu einer Stabilisierung des Kleinklimas und der Lufthygiene bei.

Die Festsetzungen umfassen Pflanzgebote für Einzelbäume und Sträucher. Um auch langfristig die ökologischen und gestalterischen Funktionen zu erfüllen, sind bei Abgang von

durch Anpflanzungsgebot festgesetzten Gehölzen grundsätzlich Ersatzpflanzungen in gleichwertiger Qualität vorzunehmen.

In den **Teilbaugebieten WA 1, WA 2 und MI 2** ist je Grundstück **ein standortgerechter Laubbaum** zu pflanzen, um eine angemessene Durchgrünung der Wohngebiete zu sichern und eine nachhaltige landschafts- und ortsbildgerechte Gliederung des Plangebietes zu erzielen.

Auf **ebenerdigen Stellplatzanlagen** ist für je vier Stellplätze ein **großkroniger Laubbaum** zu pflanzen.

In den **eingeschränkten Gewerbegebieten** und den **Teilbaugebieten MI 1** muss der Durchgrünungsanteil auf den jeweiligen Grundstücken mindestens 20 vom Hundert (v.H.) betragen.

Die Baumpflanzungen übernehmen kleinklimatische Ausgleichsfunktionen, tragen zur optischen Gliederung bei und sorgen für eine gute Durchgrünung des Plangebiets. Zur Sicherung der gewünschten Durchgrünung müssen gute Wuchsbedingungen für alle Baumpflanzungen gewährleistet werden: Im Kronenbereich eines jeden Baumes ist eine offene Vegetationsfläche von mindestens 12 m² anzulegen bzw. zu erhalten, um die Nährstoff-, Luft- und Wasserversorgung des Baumes sicherzustellen und damit ein nachhaltiges Wachstum zu gewährleisten. Um möglichst kurzfristig den gewünschten Durchgrünungseffekt zu erreichen, sind für die festgesetzten Baumpflanzungen Mindestpflanzqualitäten vorgegeben.

An der **Nord- und Ostgrenze** des Plangebietes sind in den Grünflächen **Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern** festgesetzt. Diese dienen der Ortsrandgestaltung und Abschirmung zur freien Landschaft und tragen zur Schaffung naturraumtypischer Lebensräume für Pflanzen und Tiere bei. Zusätzlich sind Flächen zum Anpflanzen an der westlichen Grenze des Teilbaugebietes WA 2 sowie an der westlichen Grenze des südlichen Gewerbegrundstückes festgesetzt. Diese Festsetzungen dienen jeweils der Abschirmung zur und dem Schutz der angrenzenden Nachbarbebauung.

Zur Vermeidung von gestalterisch unerwünschten **Einfriedungen entlang der Planstraße A**, die das Ortsbild stören, sind im Mischgebiet sowie im eingeschränkten Gewerbegebiet Grundstückseinfriedungen zur Planstraße A nur aus **standortgerechten, heimischen Hecken** anzulegen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen.

Im **Gewerbe- und Mischgebiet** sind **Außenbeleuchtungen** nur in Form monochromatisch abstrahlender Leuchten und mit einem geschlossenen Glaskörper zulässig. Sie sind so zu erstellen, dass sie geringstmöglich in Grün- und Wasserflächen einwirken.

5.3 Eingriffs- und Ausgleichsregelung

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sind gemäß dem Verfahren und den inhaltlichen Anforderungen nach § 1 (6) Nr. 7 BauGB, in Verbindung mit § 1a BauGB die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Umweltschutzes zu beachten und zu berücksichtigen. Gemäß § 1a (2) BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden, dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen (Bodenschutzklausel). Dazu gehört auch, dass die zu erwartenden Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes soweit als möglich im Plangebiet selbst gemindert, ausgeglichen oder ersetzt werden. Zu der Entscheidung über die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Abwägung gehören auch Entscheidungen über Festsetzungen, die dazu dienen, die zu erwartenden Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes auf den

Grundstücksflächen, auf denen Eingriffe zu erwarten sind, oder im sonstigen Geltungsbereich des Bauleitplans auszugleichen, zu ersetzen oder zu mindern. Anhand der "Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der verbindlichen Bauleitplanung" in der Anlage zum gemeinsamen Runderlass des Innenministeriums und des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten vom August 1998 ist im Rahmen der Umweltprüfung ermittelt worden, ob die dargestellten Ausgleichsmaßnahmen eine volle Kompensation des Eingriffes erreichen.

Für das Plangebiet dieses Bebauungsplanes wurde ein Umweltbericht erarbeitet. Darin wurden der Zustand des Plangebietes, seine Bedeutung für den Planungsraum und die geplanten Nutzungen gegenübergestellt, um abwägen zu können, ob und inwieweit erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes hervorgerufen werden, und ob diese durch grünordnerische und landschaftspflegerische Maßnahmen sowie eine landschaftsgerechte Neugestaltung ausgeglichen werden können.

Für die Eingriffe des Bebauungsplans Nr. 12 ist auf 7.897 m² Ausgleich zu leisten. Diese knapp 0,8 ha werden planextern auf dem Ökokonto der Gemeinde Hetlingen (Gemarkung Hetlingen, Flur 13, Flurstück 21/2) erbracht.

Wegen der Einzelheiten, insbesondere der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung wird auf den landschaftsplanerischen Beitrag (Anlage zur Begründung) verwiesen.

6 Erschließung

6.1 Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz

Die Anbindung an das übergeordnete Straßennetz erfolgt über die Holmer Straße (Landesstraße 261). Gemäß Absprache mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr ist eine direkte Anbindung möglich.

Ein Linksabbieger von der Landesstraße ist nach Aussage das Landesbetriebs Straße und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein hierbei nicht erforderlich. Nach erfolgtem Ausbau der Planstraße A und Bebauung des Gebiets sollte geprüft werden, ob die nach StVO charakteristischen und örtlichen Gegebenheiten für ein Versetzen der Ortstafel vor die Einmündung der Planstraße gegeben sind.

6.2 Sichtdreiecke

Innerhalb der für die in diesem Abschnitt der Landesstraße zulässige Höchstgeschwindikeit von 70 km/h bemessenen Sichtdreiecke sind Bebauung, Bepflanzung oder sonstige sichtbehindernde Gegenstände von über 0,8 m Höhe, gemessen von der Straßenoberkante des Fahrbahnrandes der übergeordneten Straße, unzulässig. Ausgenommen sind einzeln stehende Bäume mit einem Astansatz von über 2,80 m.

6.3 Innere Erschließung / Planstraßen / Verkehrsflächen bes. Zweckbestimmung

Die interne Erschließung des Plangebietes ist über die **Planstraße A** vorgesehen. Diese hat eine Breite von 8,35 m einschließlich einseitigem Gehweg, die Wendekehre hat einen Radius von 12,00 m.

Die Wohnhäuser werden über drei Stichstraßen **(Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung)** mit einer Breite von 4,50 m erreicht. Diese dürfen – neben ihrer Nutzung als Fuß- und Radweg - von Anliegern, Rettungs- und Instandhaltungsfahrzeugen befahren werden.

Die Gewerbegrundstücke werden entweder direkt über die Planstraße A, oder über die **Planstraße B** erschlossen. Diese hat eine Breite von 8,00 m einschließlich einseitigem Gehweg. Die Planstraße B ist damit so dimensioniert, dass sie gleichzeitig als mögliche Erschließung der gemäß Flächennutzungsplan vorgesehenen Sportplatzflächen nordöstlich des Gebietes genutzt werden kann, da der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr eine weitere Erschließung von der Landesstraße zukünftig ausgeschlossen hat.

Die Erschließung des nörlichen Gewerbegebietes erfolgt entweder von Süden über die Planstraße B oder von Westen über eine maximal 6,00 m breite Zufahrt über den Graben. Die Lage der Zufahrt kann je nach Aufteilung des Gewerbegebietes innerhalb des in der Planzeichnung gekennzeichneten Einfahrtsbereiches angeordnet werden. Die Anordnung hat im Rahmen der Erschließungsplanung zu erfolgen und sichert eine möglichst gute Erschließung der Gewerbegrundstücke.

6.4 Fußläufige Erschließung

Die Abschnitte der oben erläuterten Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (für Anlieger befahrbar) werden zu einer vollständigen Fuß- und Radwegeverbindung bis zur Holmer Straße im Norden und zur Straße „Am Blink“ im Süden ergänzt durch einzelne nicht für PKW befahrbare Abschnitte. Auch diese werden als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, in diesem Falle als ausschließlich für Rettungs- sowie Instandhaltungsfahrzeuge befahrbarer Fuß- und Radweg festgesetzt.

Der in der 2. Änderung des B-Plans Nr. 3 „Blink“ vorgesehene Stich nach Osten wird in das Konzept aufgenommen, um hier eine Zufahrt für den Notfall herstellen zu können.

6.5 Öffentliche Parkplätze

Entlang der Erschließungsstraßen werden insgesamt 11 öffentliche Parkplätze realisiert. Im Allgemeinen werden ca. 30 % öffentliche Parkplätze als ausreichend erachtet. Bei ca. 30 möglichen Wohneinheiten und 11 öffentlichen Parkplätzen ist die Versorgung mit öffentlichen Parkplätzen als gut einzustufen. In der Planstraße B befinden sich 6 Plätze, im Bereich der Stichstraße befinden sich weitere 5 Parkplätze.

6.6 Private Stellplätze

Die Parkplätze in den öffentlichen Straßen im Plangebiet sollen Besuchern des Quartiers vorbehalten bleiben. Daher sind in den **Teilbaugebieten WA 1, WA 2, MI 1 und MI 2** für die erste Wohneinheit **2 Stellplätze** nachzuweisen. Für die untergeordnete zweite Wohneinheit (Einliegerwohnung) ist ein Stellplatz zu schaffen, sofern ihre Größe 65 m² nicht überschreitet. Damit wird der erfahrungsgemäß hohen Anzahl an erforderlichen privaten Stellplätzen gerecht.

Ausnahmsweise ist in den Teilbaugebieten MI 1 und MI 2 nur 1 Stellplatz je Wohneinheit zu schaffen, sofern ein Gebäude mit mehr als 2 Wohneinheiten errichtet wird.

Die erforderlichen Stellplätze sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche in Form von offenen Stellplätzen, Garagen und Carports zulässig.

In den Teilbaugebieten WA 1, WA 2, MI 1 und MI 2 sind diese mit einem Abstand von mindestens 3,00 m zu der das Grundstück erschließenden öffentlichen Verkehrsfläche zu errichten, um einen ausreichend großen Abstand der privaten Stellplätze zur öffentlichen Verkehrsfläche zu gewährleisten. Zur Schaffung von ausreichend Raum für eine ansprechende Einfriedung der Stellplätze, ist zu allen anderen angrenzenden Verkehrsflächen ein Mindestabstand von 1,00 m einzuhalten.

In den Gewerbegebieten sind auf den Grundstücken ausreichend Stellplätze für Mitarbeiter und Besucher herzustellen.

6.7 Nebenanlagen

Im gesamten Plangebiet sind Nebenanlagen, insbesondere Garten- / Gerätehäuser sowie Geräteschuppen auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, jedoch nicht auf Flächen für Anpflanzungen sowie auf Flächen mit Geh- und Fahrrecht zugunsten des SV Hetlingen zulässig. Diese Festsetzung bietet einen möglichst großen Gestaltungsspielraum für die Bauherren und sichert gleichzeitig, dass Flächen für Anpflanzungen und Flächen mit Geh- und Fahrrecht zugunsten des SV Hetlingen bzw. des azv Südholstein freigehalten werden.

7 Ver- und Entsorgung

7.1 Trinkwasser

Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser wird durch den Wasserbeschaffungsverband Haseldorfer Marsch gewährleistet. Weitere Details (Anschlusspunkte etc.) sind im weiteren Verfahren mit dem Versorgungsträger abzustimmen.

7.2 Schmutzwasser

Die Schmutzwasserbeseitigung erfolgt durch Anschluss an das bestehende Kanalnetz im Nordwesten des Gebietes in der Holmer Straße. Aufgrund der geringen Geländehöhen muss das anfallende Schmutzwasser mit einer Pumpstation über eine Druckrohrleitung DN 80 zum Anschlussschacht Nr. 201095 gepumpt werden. Aufgrund der geringen Platzverhältnisse wird vorläufig auf einen Druckentspannungsschacht verzichtet. Die Pumpstation ist unmittelbar südlich der Holmer Straße innerhalb des Mischgebiets vorgesehen. Eine detaillierte Planung erfolgt im Rahmen der Erschließungsplanung.Der im Norden längs zur Holmer Straße verlaufende vorhandene Schmutzwassersammler des Zweckverbandes Hauptsammler West stellt keine Behinderung bei der Durchführung der Bauarbeiten dar. In einem Abstand von 2,50 m beiderseits der Mittellinie des Kanals dürfen keine Anlagen und Gebäude errichtet werden, die die Reinigung und die Unterhaltung des Kanals beeinträchtigen könnten.

7.3 Oberflächenentwässerung

Die Versickerung des Oberflächenwassers ist nicht möglich. Zur Oberflächenentwässerung ist daher in Absprache mit dem Kreis Pinneberg und dem azv Südholstein ein offenes Grabensystem mit drei Trockengräben zur Ableitung des anfallenden Regenwassers sowie die Nutzung des Deichseitengrabens geplant.Die drei neu herzustellenden Gräben sind über Rohre DN 300 miteinander verbunden. Der Graben 1 ist zudem mit einem 2,50 m breiten Pflegeweg zur Unterhaltung vorgesehen. Die Gräben 2 und 3 sind von der öffentlichen Verkehrsfläche zugänglich, sodass ein zusätzlicher Pfegeweg nicht notwendig ist. Für die Verbindung zwischen Graben 1 und 2 ist ein Kanal über Privatgrund zu verlegen. Hierfür ist eine Grunddienstbarkeit einzutragen.Alle Gräben leiten im Südwesten über den Schacht Nr. 101090 in die bestehende Regenwasserkanalisation ein, welche im Nordosten der Gemeinde Hetlingen an das Regenrückhaltebecken „Haferland“ anschließt. Da das bestehende Rückhaltebecken nicht für den zusätzlich anfallenden Abfluss von ca. 435 m³ ausgelegt ist, wird das Niederschlagswasser aus den Gräben nur gedrosselt in die Kanalisation eingeleitet. Hierfür wird, vorbehaltlich der Abstimmung mit der unteren Wasserbehörde, der marschtypische Drosselabfluss von ca. 1,20 l/sha angesetzt. Die Entwässerungsgräben innerhalb des Bebauungsgebietes fungieren somit als ein Retentionsraum. Für die Erschließung des nördlichen Gewerbegebietes ist eine Unterbrechung des Trockengrabens 3 für eine Zufahrt von maximal 6,00 m Breite zulässig. Der Platzbedarf einer solchen Zufahrt wurde bei der Dimensionierung des Trockengrabens 3 berücksichtigt.Der vorhandene Entwässerungsgraben entlang der 2. Deichlinie fällt in den Verantwortungsbereich des Gewässer- und Landschaftsverbandes des Kreises Pinneberg (GuLV). Für die Grabennutzung sind im Zuge der Vorplanung eine Genehmigung einzuholen und gegebenenfalls Schutzmaßnahmen, wie zum Beispiel Erosionsschutz der Sohle und Böschung durchzuführen.

Wegen der Einzelheiten wird daher auf das Wasserwirtschaftliche Konzept[1] verwiesen.

1 d+p dänekamp und partner: Wasserwirtschaftliches Konzept zum Bebauungsplan Nr. 12

7.4 Brandschutz

Die Löschwasserversorgung wird durch den Anschluss an eine vorhandene Trinkwasserleitung in der Holmer Straße sowie durch eine zusätzliche Einrichtung zur Löschwasserversorgung innerhalb des Plangebietes gesichert.

7.5 Energieversorgung

Die Versorgung mit Strom, Gas und Frischwasser wird durch Erweiterung der vorhandenen Leitungen sichergestellt.

7.6 Abfallbeseitigung

Träger der Abfallbeseitigung ist der Kreis Pinneberg, der sich zu diesem Zwecke der Gemeinnützigen Abfallbeseitigungsgesellschaft mbH (GAB) bedient. Der gesamte Müll wird in der MVA Tornesch-Ahrenlohe verwertet.

7.7 Fernmeldetechnische Versorgung

Die fernmeldetechnische Versorgung des Gebietes erfolgt durch Erweiterung des bestehenden Netzes.

8 Immissionsschutz

In der Gemeinde Hetlingen ist mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12 die Entwicklung eines Gewerbegebiets, eines Mischgebiets und eines allgemeines Wohngebiets geplant.

Die in Aussicht genommene Fläche befindet sich südöstlich der Holmer Straße (L261). Im Nordosten sind landwirtschaftliche Betriebe vorhanden.

Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Einwirkungen des Straßenverkehrslärms auf das Plangebiet und die Auswirkungen des B-Plan-induzierten Zusatzverkehrs untersucht.

Für den Verkehrslärm kann sich gemäß DIN 18005, Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“ die Beurteilung auf öffentlichen Verkehrswegen an den Kriterien der 16. BImSchV („Verkehrslärmschutzverordnung“) orientieren.

Die DIN 18005, Teil 1 verweist für die Beurteilung von Anlagen auf die TA Lärm, so dass die Immissionen aus Anlagenlärm auf Grundlage der TA Lärm beurteilt werden.

Als Untersuchungsfälle wurden der Prognose-Nullfall ohne Umsetzung der geplanten Maßnahmen und der Prognose-Planfall berücksichtigt. Beide Untersuchungsfälle beziehen sich auf den Prognose-Horizont 2030/35.

8.1 Gewerbelärm

In der vorliegenden schalltechnischen Untersuchung[2] wurden die Auswirkungen des geplanten Gewerbegebietes auf die Nachbarschaft geprüft.

Für die Darstellung der Gewerbelärmimmissionen von den gewerblichen Flächen wird daher der städtebauliche Ansatz von flächenbezogenen Schallleistungspegeln LW'' (bezogen auf eine Grundfläche von 1 m²) verwendet.

Für die Berechnung von Mindestabständen oder zur Feststellung von Schutzmaßnahmen ist gemäß DIN 18005/1 für Gewerbegebiete mit Lw'' = 60 dB(A) sowohl tags als auch nachts zu rechnen. Diese Werte sind demnach als Anhaltswerte für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete anzusehen.

Als Vorbelastungen werden die Emissionen von den im Norden vorhandenen landwirtschaftlich genutzten Flächen berücksichtigt. Für die vorhandenen Gewerbeflächen wurde tags und nachts der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt.

Für die nördlichen geplanten gewerblichen Flächen innerhalb des Bebauungsplans Nr. 12 wird tags der obige Ansatz für nicht eingeschränkte Gewerbegebiete zugrunde gelegt. Für den Nachtzeitraum wurden Ansätze abgleitet, die mit der geplanten und vorhandenen Wohnbebauung im Umfeld verträglich sind.

Im südlichen Bereich des Gewerbegebietes ist die Ansiedlung eines Brillenherstellers vorgesehen. Für den Brillenhersteller liegen bereits Betriebsdaten vor, so dass dieser Betrieb detailliert betrachtet wurde.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sowohl an der geplanten Bebauung innerhalb des Plangeltungsbereichs, als auch an der vorhandenen Bebauung außerhalb des Plangeltungsbereichs die jeweiligen Immissionsrichtwerte aus der Gesamtbelastung im Tageszeitraum und im Nachtzeitraum eingehalten werden.

Hinsichtlich der kurzzeitig auftretenden Geräuschspitzen werden die Mindestabstände tags zu allen benachbarten Nutzungen eingehalten, so dass dem Spitzenpegelkriterium der TA Lärm im Tageszeitraum entsprochen wird. Im Nachtzeitraum wird der Mindestabstand durch die Ladegeräusche zu den benachbarten Nutzungen unterschritten, daher sind Nachtanlieferungen nicht möglich.

Insgesamt ist das geplante Gewerbegebiet mit dem geplanten Mischgebiet und dem geplanten Allgemeinen Wohngebiet sowie mit der vorhandenen Bebauung mit den Anforderungen der TA Lärm grundsätzlich verträglich.

8.2 Verkehrslärm

Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Belastungen aus Verkehrslärm berechnet. Dabei wurde der Straßenverkehrslärm auf den maßgeblichen Straßenabschnitten berücksichtigt. Die Straßenverkehrsbelastungen für den Prognosehorizont 2030/2035 für die Holmer Straße wurden für den Prognose-Nullfall und den Prognose-Planfall den Angaben des Büros d+p daenekamp und partner entnommen.

Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgte auf Grundlage der Rechenregeln der RLS-90.

Es zeigt sich, dass durch den B-Plan-induzierten Zusatzverkehr keine beurteilungsrelevanten Zunahmen zu erwarten sind.

2 LAIRM CONSULT GMBH: Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen

Insgesamt ist festzustellen, dass im gesamten Bereich des Gewerbegebiets die Orientierungswerte für Gewerbegebiete von 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts lediglich im straßennahen Bereich der Holmer Straße geringfügig überschritten werden. Die Immissionsgrenzwerte für Gewerbegebiete von 69 dB(A) tags und von 59 dB(A) nachts werden im gesamten Plangeltungsbereich eingehalten.

Im gesamten Bereich des Mischgebiets wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 60 dB(A) tags im straßennahen Bereich überschritten. Der Immissionsgrenzwert für Mischgebiete von 64 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Im Nachtabschnitt wird der Orientierungswert für Mischgebiete von 50 dB(A) nachts im nördlichen Baufenster des Mischgebiets überschritten. Der Immissionsgrenzwert für Mischgebiete von 54 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von 25 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Im Bereich des Allgemeinen Wohngebiets werden die Orientierungswerte von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts in einem kleinen Teilbereich im Norden innerhalb der Baugrenzen überschritten. Der Grenzwert für Allgemeine Wohngebiete von 59 dB(A) tags wird innerhalb der Baugrenzen eingehalten. Der Immissionsgrenzwert von 49 dB(A) nachts wird im Norden in einem Abstand von etwa 40 m zur Straßenmitte der Holmer Straße überschritten.

Die Umsetzung von aktivem Lärmschutz ist aufgrund der nur gebietsweise Überschreitungen und geplanten Geschossigkeit und somit der Dimensionierung der erforderlichen Lärmschutzwand innerhalb des Plangebietes aus städtebaulicher Sicht nicht zu empfehlen.

Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den Erd- sowie den Obergeschossen können aufgrund der Bauweise durch Grundrissgestaltung (Verlegung der schützenswerten Nutzungen auf die lärmabgewandte Seite) oder passiven Schallschutz geschaffen werden.

Gemäß DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) ergeben sich Anforderungen an den passiven Schallschutz zum Schutz der Wohn- und Büronutzungen vor von außen eindringenden Geräuschen. Die Dimensionierung des passiven Schallschutzes erfolgt über die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen. Die maßgeblichen Außenlärmpegel sind in der Abbildung 3 für schutzbedürftige Räume und in Abbildung 4 für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden, dargestellt.

Abweichend vom Entwurf zur 1. Änderung des Teils 2 bezüglich Abschnitt 4.4.5.7 erfolgt die Ermittlung des maßgeblichen Außenlärmpegels unter Berücksichtigung der VDI 3722-2 Abschnitt 5.6 durch Überlagerung aller jeweiligen maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) der auf das Plangebiet einwirkenden Lärmquellen (Straßenverkehrslärm sowie Gewerbelärm).

Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass bei einem maßgeblichen Außenlärmpegel von > 70 dB(A) mit erheblichem passiven Schallschutz und damit zusätzlichen Baukosten zu rechnen ist. Das betrifft jedoch lediglich einen ca. 13,50 m breiten Streifen innerhalb der Baugrenze im Gewerbegebiet parallel zur Holmer Straße, sofern es sich um Räume handelt, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden.

9 Umweltprüfung

Nach der seit dem 20.07.2004 geltenden Fassung des Baugesetzbuches ist grundsätzlich zu jedem Bauleitplan eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Der als Anlage beigefügte Umweltbericht[3] ist Bestandteil dieser Begründung. Wegen der Einzelheiten wird deshalb auf die Anlage verwiesen.

10 Landschaftsplanerischer Beitrag

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sind gemäß dem Verfahren und den inhaltlichen Anforderungen nach § 1 (6) Nr. 7 BauGB, in Verbindung mit § 1a BauGB die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Umweltschutzes zu beachten und zu berücksichtigen. Für das Plangebiet dieses Bebauungsplanes wurde daher ein landschaftsplanerischer Beitrag erarbeitet. Darin wurden der Zustand des Plangebietes und die geplanten Nutzungen beschrieben und bewertet sowie Maßnahmen zur Minimierung von Beeinträchtigungen aufgezeigt. Weiterhin werden Angaben zum Artenschutz und zum Ausgleich von Eingriffen gemacht.

Der als Anlage beigefügte landschaftsplanerische Beitrag (Umweltbericht) ist Bestandteil dieser Begründung. Wegen der Einzelheiten wird deshalb auf die Anlage verwiesen.

11 Hinweise

11.1 Kulturdenkmäler

Kulturdenkmäler sind Gegenstände aus vergangener Zeit, die Zeugnisse, insbesondere des geistigen oder künstlerischen Schaffens, des handwerklichen oder technischen Wirkens oder historischer Ereignisse oder Entwicklungen darstellen, an deren Erhaltung und Pflege oder wissenschaftlicher Erforschung und Dokumentation aus geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht.

Der westliche Teil des Plangebietes liegt innerhalb des archäologischen Interessengebietes „Hetlinger Geesthügel“. Werden während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 15 DSchG der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.

[3] Dipl.-Ing. Dirk Matzen Ladschaftsarchitekt BDLA: Landschaftsplanerischer Beitrag zum-Plan 12 der Gemeinde Hetlingen – Umweltbericht -

11.2 Schmutzwasserkanal

Parallel zur Holmer Straße liegt ein Schmutzwasserkanal des Zweckverbandes Hauptsammler West. In einem Abstand von 2,50 m beiderseits der Mittellinie des Kanals dürfen keine Anlagen und Gebäude errichtet werden, die die Reinigung und die Unterhaltung des Kanals beeinträchtigen könnten.

11.3 Bodenschutz

Die Marschen sind durch Sedimentation entstanden. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass nach (historischen) Überschwemmungen Stoffe sedimentiert sind, die ein Untersuchungserfordernis für die Verwertung des Aushubes außerhalb des Grundstücks nach sich ziehen. Neben den Wasserschutzgebietsanforderungen sind bei der Planung des Umgangs mit dem Boden auch die Anforderungen nach § 12 Bundes-Bodenschutzverordnung an das Auf- und Einbringen von Materialien zu berücksichtigen.

12 Nachrichtliche Übernahmen

Gemäß § 9 Abs. 6 BauGB sollen Festsetzungen, die aufgrund anderer gesetzlicher Vorschriften getroffen wurden, nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen werden.

12.1 Anbauverbotszone

Zur Sicherung der Möglichkeit eines späteren Ausbaus der Landesstraßen, dürfen gemäß § 29 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt an Landesstraßen keine Hochbauten jeglicher Art in einer Entfernung bis zu 20 m errichtet werden. Der Abstand wird gemessen vom äußeren Rand der befestigten, für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn.

Diese Anbauverbotszone wird aufgrund des § 9 Abs. 6 BauGB nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen.

13 Flächenbilanz

13.1 Flächen

Der Plangeltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen mit der Lagebezeichnung südlich der Holmer Straße, östlich der Wohnbebauung „Blink“, nördlich der 2. Deichlinie in einer Tiefe von ca. 150 m, hat eine Gesamtgröße von 30.650 qm.

Allgemeine Wohnbaugebiete	5.750 qm
Mischgebiete	7.250 qm
Gewerbegebiete	8.150 qm
Oberflächenentwässerung	3.550 qm
Verkehrsfläche (inkl. 15 m² Müll)	2.200 qm
Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung (inkl. 40 m² Müll)	1.200 qm
Grünflächen (inkl. Stromkasten/Internet)	2.100 qm
Fuß- und Radwege	400 qm
Fläche für Trafostation	50 qm
Geltungsbereich des Bebauungsplanes	**30.650 qm**

13.2 Kosten

Die Gemeinde Hetlingen trägt die Planungs- und Erschließungskosten.

Als laufende Kosten der Gemeinde sind die Pflege der öffentlichen Straßenverkehrsflächen und der Grünflächen mit ihren Anpflanzungen zu berücksichtigen.

14 Anlagen

Landschaftsplanerischer Beitrag zum Bebauungsplan Nr. 12 „Umweltbericht“
Dipl.-Ing. Dirk Matzen Landschaftsarchitekt BDLA, Kirchenstraße 20, 22869 Schenefeld, 07.04.2017

Artenschutzprüfung für den B-Plan Hetlingen 12
Dipl.-Biol. Karsten Lutz, Bebelallee 55 d, D - 22297 Hamburg, 01.06.2017

Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 12 der Gemeinde Hetlingen
L*AI*R*P*M CONSULT GmbH, Haferkamp 6, 22941 Bargteheide, 03.05.2017

Wasserwirtschaftliches Konzept - Gemeinde Hetlingen, Erschließung B-Plan Nr. 12
d+p Dänekamp und Partner, Nienhöfener Straße 29 - 37, 25421 Pinneberg, in Aufstellung

Verkehrsuntersuchung Bebauungsplan Nr. 12
d+p Dänekamp und Partner, Nienhöfener Straße 29 – 37, 25421 Pinneberg, 31.03.2017

Baugrunduntersuchung, -beurteilung und Gründungsberatung
Ingenieurgesellschaft Dr.-Ing. Michael Beuße mbG, Wilkensweg 6, 21149 Hamburg, 06.04.2017



Gemeinde Hetlingen
Bebauungsplan 12
"Gewerbegebiet"

Planzeichnung (Teil A)

Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Planverfasser:
WIRSIND
ARCHITEKTEN & STADTPLANER
WRS ARCHITEKTEN & STADTPLANER GMBH
Markusstraße 7 20355 Hamburg
Tel 040 39 15 41 stadtplaner@wirsind.net
Axel Winckler Stefan Röhr-Kramer Daniel Schöning

Stand: 06.06.2017 Maßstab 1:1.000 bearb. Röhr-Kramer/Hildebrandt

Textliche Festsetzungen (Teil B)

Es gilt die Baunutzungsverordnung vom 26.06.1962 i.d.F. vom 23.01.1990
zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548).

A. Planungsrechtliche Festsetzungen nach § 9 (1) BauGB und Landesbauordnung Schleswig-Holstein (LBO S-H)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) BauGB und § 1 (6) BauNVO)

1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA) (§ 4 BauNVO i. V. m. § 1 (6) BauNVO)

Gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauNVO sind folgende gemäß § 4 (3) Nr. 4 und Nr. 5 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig:

Gartenbaubetriebe

Tankstellen

1.2 Mischgebiet (MI) (§ 6 BauNVO i. V. m. § 1 (5 und 6) BauNVO)

Gemäß § 1 (5) und (6) Nr. 1 BauNVO sind folgende gemäß § 6 (2) Nr. 3, Nr. 7 und Nr. 8 BauNVO allgemein sowie die gemäß § 6 (3) ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig:

Einzelhandelsbetriebe

Tankstellen

Vergnügungsstätten

1.3 Eingeschränktes Gewerbegebiet (GEe) (§ 8 BauNVO i. V. m. § 1 (5 und 6) BauNVO)

Gemäß § 1 (5) und (6) Nr. 1 BauNVO sind folgende gemäß § 8 (2) BauNVO allgemein zulässigen Nutzungen nicht zulässig:

Vergnügungsstätten (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO), insbesondere Spielhallen und ähnliche Unternehmen im Sinne der §§ 33a-i der Gewerbeordnung, die der Aufstellung von Spielgeräten mit und ohne Gewinnmöglichkeit dienen, Wettbüros, Bordelle, bordellartige Betriebe sowie Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen oder auf Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet sind,

Einzelhandelsbetriebe (Gewerbebetriebe i.S.d. § 8 (2) Nr. 1 BauNVO),

Tankstellen

Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber oder Betriebsleiter gemäß § 8 (3) Nr. 1 BauNVO sind ausnahmsweise zulässig, sofern ihre Grundfläche 30% der insgesamt errichteten Grundfläche nicht überschreitet.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 und 3 BauGB, § 16 (6) i. V. m. §§ 18, 20 und 22 BauNVO)

2.1 Mindestgrundstücksgröße

In den Teilbaugebieten WA1, WA2 und MI2 ist je Einzelhaus eine Grundstücksfläche von mindestens 600 m² nachzuweisen.

2.2 Anzahl Wohneinheiten

In den Teilbaugebieten WA1, WA2, MI1 und MI2 sind je Einzelhaus maximal 2 Wohneinheiten zulässig. Dabei ist die zweite Wohneinheit ausschließlich als Einliegerwohnung zulässig.

Ausnahmsweise sind in den Teilbaugebiet MI1 und MI2 maximal 10 Wohneinheiten je Einzelhaus zulässig.

2.3 Geschossigkeiten

In den Teilbaugebieten WA1, WA2, MI1 und MI2 sind maximal zwei Vollgeschosse zulässig.

2.4 Höhe der baulichen Anlagen (§ 18 Abs. 1 BauNVO)

Für die Gebäude werden, bezogen auf die Oberkante des fertigen Fußbodens (OKFF) des Erdgeschosses, maximale Höhen festgesetzt.

Im Teilgebiet WA1 gelten die Firsthöhe (FH) sowie die Traufhöhe (TH).

In den Teilbaugebieten WA1, WA2, MI1 und MI2 gelten im Falle geneigter Dächer die Firsthöhe (FH) sowie die Traufhöhe (TH), im Falle von Flachdächern die Gebäudehöhe (GH). Die festgesetzten maximalen Firsthöhen (FH), Traufhöhen (TH) bzw. Gebäudehöhen (GH) sind der Planzeichnung zu entnehmen.

Produktionsbedingte Anlagen geringeren Umfangs wie Schornsteine, Lüftungsanlagen oder Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie dürfen in den Misch- und Gewerbegebieten bis zu 2 m über die maximale Gebäudehöhe hinausragen.

2.5 Sockelhöhe (§§ 16 Abs. 2 Nr. 4 und 18 Abs. 1 BauNVO)

Es ist eine maximale Sockelhöhe von bis zu 0,60 m über dem jeweiligen Bezugspunkt zulässig. Die Sockelhöhe wird definiert durch die Oberkante des fertigen Fußbodens (OKFF) des Erdgeschosses.

2.6 Bezugspunkt

Der Bezugspunkt (Bz) für die Sockelhöhe baulicher Anlagen (s. 2.5) sowie die Höhe von Grundstückseinfriedungen ist die Oberkante des Fahrbahnaufbaus der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsfläche, gemessen in der Fahrbahnachse, in Höhe des Mittelpunktes der gemeinsamen Grenze zwischen Verkehrsflächen und jeweiligem Grundstück.

3. Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen - Lärmschutz § 1 (4) Nr. 2 BauNVO, § 9 (1) Nr. 24 BauGB

3.1 Schutz vor Verkehrslärm

Zum Schutz der Wohn- und Büronutzungen werden für Neu-, Um- und Ausbauten die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwurfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) entsprechend den nachfolgenden Abbildungen festgesetzt.

Die Abbildung 2 gilt ausschließlich für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden.

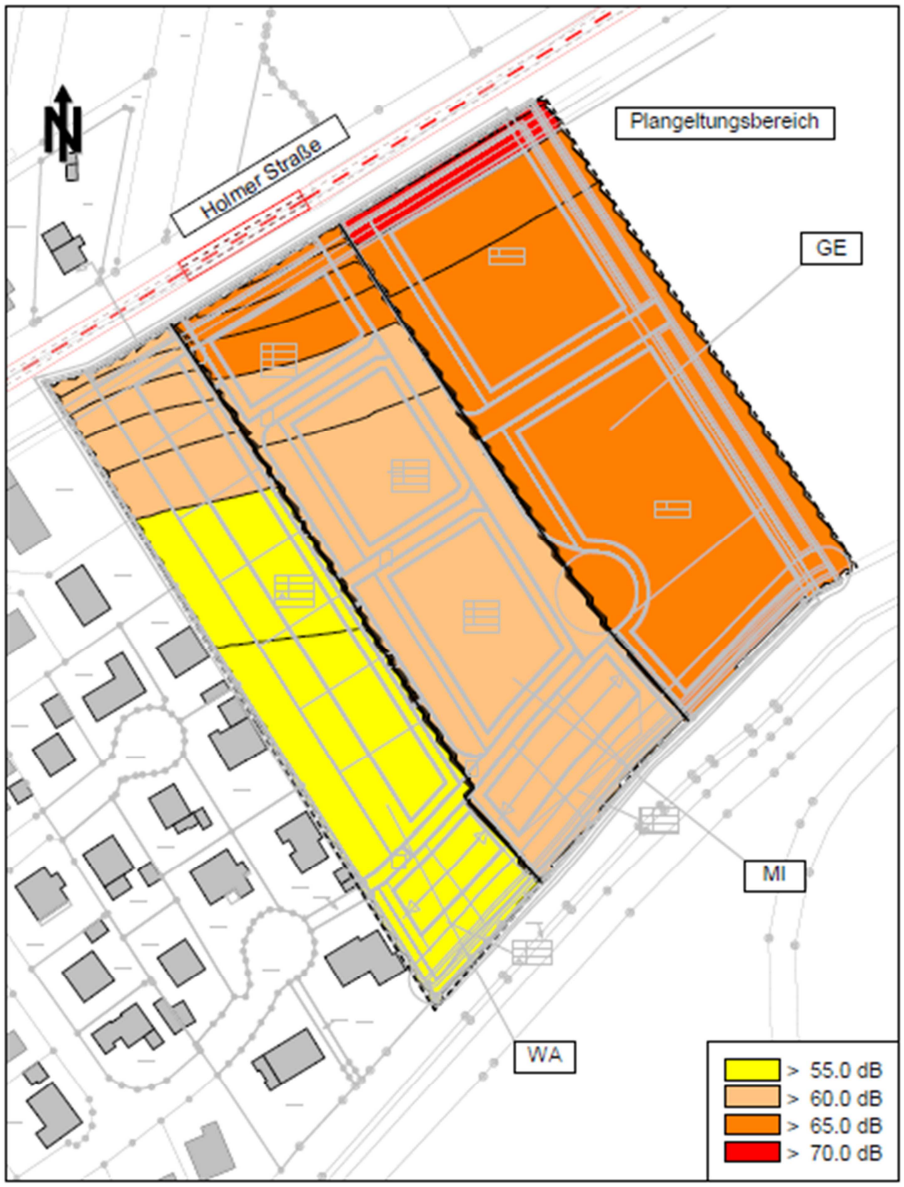


Abbildung 1: maßgeblicher Außenlärmpegel für schutzbedürftige Räume

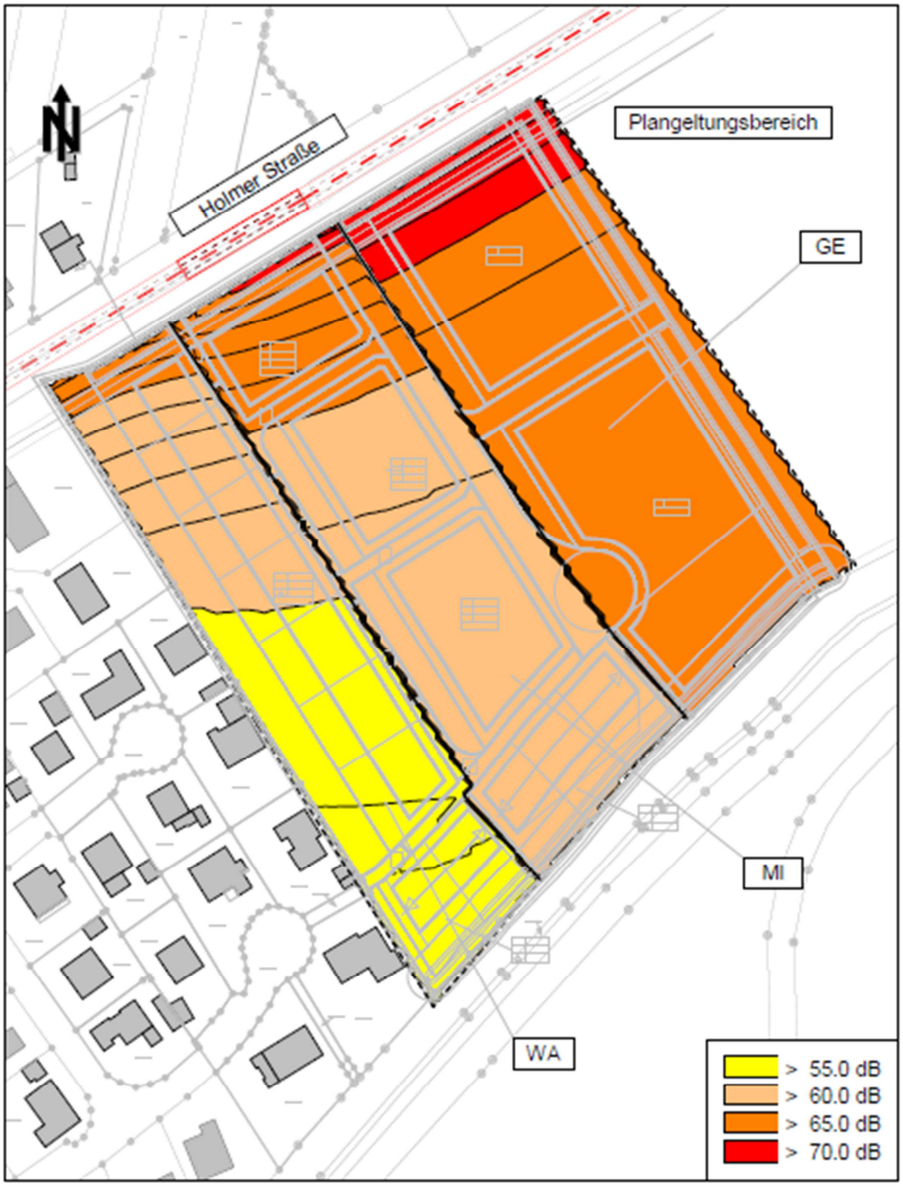


Abbildung 2: maßgeblicher Außenraumpegel für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden

Zur Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung des Gebäudes in den nicht nur vorübergehend zum Aufenthalt von Menschen vorgesehenen Räumen sind die Anforderungen an das resultierende Schalldamm-Maß gemäß DIN 4109 und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) zu ermitteln.

Im Rahmen der jeweiligen Baugenehmigungsverfahren ist die Eignung der für die Außenbauteile der Gebäude gewählten Konstruktionen nach den Kriterien der DIN 4109 (Juli 2016) und der Entwürfe zu den 1. Änderungen (Januar 2017) nachzuweisen.

Zum Schutz der Nachtruhe sind im gesamten Plangebiet bis zu einem Abstand von 88 m zur Straßenmitte der Holmer Straße bei Neu- , Um- und Ausbauten für Schlaf- und Kinderzimmer schallgedämmte Lüftungen vorzusehen, falls der notwendige hygienische Luftwechsel nicht auf andere geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Weise sichergestellt werden kann und die Anforderungen an das resultierende Schalldämmmaß gemäß den ermittelten und ausgewiesenen maßgeblichen Außenlärmpegeln nach DIN 4109 erfüllt werden.

Von den vorgenannten Festsetzungen kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung geringere Anforderungen an den passiven Schallschutz resultieren.

4. Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen mit ihren Einfahrten gemäß § 9 (1) Nr. 4 BauGB, §§ 12 und 14 BauNVO und § 50 LBO SH

4.1 Nebenanlagen (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB, § 14 BauNVO)

Im gesamten Plangebiet sind Nebenanlagen, insbesondere Garten- / Gerätehäuser sowie Geräteschuppen auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, jedoch nicht auf Flächen für Anpflanzungen zulässig.

4.2 Stellplätze und Garagen (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB, § 12 BauNVO)

In den Teilbaugebieten WA1, WA2, MI1 und MI2 sind für die erste Wohneinheit jeweils zwei Stellplätze zu schaffen. Für die untergeordnete zweite Wohneinheit (Einliegerwohnung) ist jeweils ein Stellplatz zu schaffen, sofern ihre Größe 65 m² nicht überschreitet.

Ausnahmsweise ist in den Teilbaugebieten MI1 und MI2 nur ein Stellplatz je Wohneinheit zu schaffen, sofern ein Gebäude mit mehr als 2 Wohneinheiten errichtet wird.

Die erforderlichen Stellplätze sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen in Form von offenen Stellplätzen, offenen Kleingaragen (Carports) oder geschlossenen Kleingaragen zulässig. Zu der das Grundstück erschließenden öffentlichen Verkehrsfläche ist ein Mindestabstand von 3,00 m einzuhalten. Zu allen anderen angrenzenden Verkehrsflächen ist ein Mindestabstand von 1,00 m einzuhalten.

4.3 Einfahrten

Für die Erschließung des nördlichen Gewerbegebietes darf die Fläche der Entwässerungsmulde für eine Zufahrt von maximal 6,00 m Breite unterbrochen werden. Diese Unterbrechung ist innerhalb des in der Planzeichnung gekennzeichneten Einfahrtsbereichs anzuordnen.

5. Sichtdreiecke

Innerhalb der Sichtdreiecke sind Bebauung, Bepflanzung oder sonstige sichtbehindernde Gegenstände über 0,80 m Höhe, gemessen von der Straßenoberkante des Fahr-

bahnrandes der übergeordneten Straße, unzulässig. Ausgenommen sind einzeln stehenden Bäume mit einem Astansatz von über 2,80 m.

B. Grünordnerische Festsetzungen gemäß § 9 (1) Nr. 15, 20 u. 25 BauGB

6. Schutzmaßnahmen für Boden und Wasserhaushalt

6.1 Das anfallende Oberflächenwasser von Dachflächen und befestigten Flächen, von denen kein Eintrag von Schadstoffen in das Grundwasser zu erwarten ist, ist in offenen Entwässerungsgräben zu sammeln. Die Entwässerungsgräben sind als offene, begrünte Gräben zu gestalten und dauerhaft zu erhalten.

6.2 Alle Geh- und Fahrwege sind in wasser- und luftdurchlässiger Bauweise herzustellen. Die Wasserdurchlässigkeit des Bodens wesentlich mindernde Befestigungen wie Betonunterbau, Fugenverguß oder Asphaltierung sind unzulässig.

6.3 Bauliche und technische Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Grundwasserabsenkungen führen können, sind nicht zulässig.

7. Vegetation

7.1 Auf ebenerdigen Stellplatzanlagen ist für je vier Stellplätze ein großkroniger Laubbaum zu pflanzen.

7.2 In den Gewerbegebieten und den Teilbaugebieten MI1 muss der Durchgrünungsanteil auf den jeweiligen Grundstücken mindestens 20 vom Hundert (v.H.) betragen.

7.3 In den Teilbaugebieten WA1, WA2 und MI2 ist je Grundstück ein Laubbaum zu pflanzen.

7.4 Für festgesetzte Baum- und Strauchanpflanzungen sind standortgerechte, heimische Laubgehölze (siehe Pflanzliste) zu verwenden und dauerhaft zu erhalten. Großkronige Bäume müssen einen Stammumfang von mindestens 18 cm, Kleinkronige von mindestens 14 cm in 1,0 m über dem Erdboden gemessen, aufweisen.

Im Kronenbereich großkroniger Bäume ist eine offene Vegetationsfläche von mindestens 12 m² anzulegen und zu begrünen.

7.5 Für die als Anpflanzungsgebot festgesetzten Bäume und Sträucher sind bei deren Abgang Ersatzpflanzungen so vorzunehmen, dass der Umfang und der jeweilige Charakter der Pflanzung erhalten bleiben. Die Bäume müssen einen Stammumfang von mindestens 14/18 cm in 1 m Höhe über dem Erdboden aufweisen.

7.6 In den Mischgebieten und den Gewerbegebieten sind die Grundstückseinfriedungen zur Planstraße A nur mit standortgerechten, heimischen Hecken (siehe Pflanzliste) zulässig (siehe auch Ziffer 9.6).

8. Sonstige Festsetzungen

8.1 In den Mischgebieten und den Gewerbegebieten sind Außenbeleuchtungen nur in Form monochromatisch abstrahlender Leuchten und mit einem geschlossenen Glaskörper zulässig. Sie sind so zu erstellen, dass sie geringstmöglich in Grün- und Wasserflächen einwirken.

8.2 Den Wohn-, Mischgebiets- und Gewerbeflächen ist zum Ausgleich von Eingriffen in Boden, Natur und Landschaft außerhalb des Geltungsbereichs auf dem Ökokonto der Gemeinde Hetlingen, Flurstück 21/2 in der Gemarkung Hetlingen, Flur 13 eine Fläche zugeordnet.

C. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 84 LBO SH in Verbindung mit § 9 BauGB

9. **Örtliche Bauvorschrift** (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

9.1 Geltungsbereich:

Die örtliche Bauvorschrift über Gestaltung umfasst den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 12.

9.2 Dachform und –neigung (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

In den Teilbaugebieten WA1, WA2, MI1 und MI2 sind Satteldächer, Walmdächer, Pultdächer und Flachdächer mit einer Neigung von 0° - 60° zulässig.

Die Dächer von Nebengebäuden und Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO sind im gesamten Plangebiet mit einer Dachneigung von 0° - 60° zulässig.

9.3 Dacheindeckung (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

In den Teilbaugebieten WA1, WA2, MI1 und MI2 sind für die Dachflächen der Hauptgebäude ausschließlich Pfanneneindeckungen zulässig. Flachdächer unter 12° Neigung, Verglasungen, Solaranlagen und begrünte Dächer sind von dieser Festsetzung ausgenommen.

9.4 Dachgauben und Einschnitte (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

Je Dachseite ist maximal eine Dachgaube oder ein Dacheinschnitt zulässig. Die Gesamtlänge der Dachgaube oder des Dacheinschnitts je Dachseite darf insgesamt nicht mehr als 50 % der Gesamtlänge der dazugehörigen Traufe betragen. Dachgauben

oder Dacheinschnitte müssen zur Ortgangkante einen Abstand von mindestens 2,00 m einhalten.

9.5 Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie sind im gesamten Plangebiet auf den Fassaden und / oder Dächern zulässig, sofern sie sich in die Fassade bzw. die Dachlandschaft einfügen.

9.6 Einfriedungen

Im Gewerbegebiet und Mischgebiet sind die Grundstückseinfriedungen zur Planstraße A nur mit standortgerechten, heimischen Hecken (siehe Pflanzliste) zulässig (siehe auch Ziffer 7.6).

Einfriedungen mit Zäunen sind entlang der Grenze zur erschließenden Straße in den Teilbaugebiete WA1, WA2, MI1 und MI2 bis zu einer Höhe von maximal 1,20 m zulässig. Diese sind ausschließlich grundstücksseitig zulässig.

Im Gewerbegebiet sind die Grundstücke mit mindestens 1,20 m hohen Zäunen einzufrieden. Diese sind ausschließlich grundstücksseitig anzuordnen.

9.7 Anforderungen an die Gestaltung von Werbeanlagen (§ 84 (1) Nr. 1 LBO SH)

Innerhalb des Gewerbegebietes ist eine Gemeinschaftswerbeanlage mit einer Höhe von maximal 5,00 m und maximal 15 m² Ansichtsfläche für die ansässigen Gewerbetreibenden zulässig.

Werbeanlagen sind in den Teilbaugebieten WA1 und WA2 ausschließlich als Eigenwerbung an der Stätte der Leistung direkt am Gebäude und bis zu einer Flächengröße von max. 0,25 qm zulässig.

Je Gebäude und Grundstück darf nur eine Werbeanlage angebracht werden. Bei leuchtenden, hinterleuchteten und angeleuchteten Werbeanlagen sind grelles, wechselndes und blinkendes Licht unzulässig.

9.8 Ordnungswidrigkeitsvorschrift

Gemäß § 84 (1) LBO SH handelt ordnungswidrig, werden unter Ziffer 9.2 bis 9.7 aufgeführten örtlichen Bauvorschriften zuwider handelt. Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 82 (3) LBO SH mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 € geahndet werden.

D. Hinweise

10.1 Der westliche Teil des Plangebietes liegt innerhalb des archäologischen Interessensgebietes „Hetlinger Geesthügel“. Werden während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 15 DSchG der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.

10.2 Parallel zur Holmer Straße liegt ein Schmutzwasserkanal des Zweckverbandes Hauptsammler West. In einem Abstand von 2,50 m beiderseits der Mittellinie des Kanals dürfen keine Anlagen und Gebäude errichtet werden, die die Reinigung und die Unterhaltung des Kanals beeinträchtigen könnten.

10.3 Die DIN-Norm 4109, Schallschutz im Hochbau wird im Amtshaus des Amtes Geest und Marsch Südholstein zur Einsicht bereitgehalten.

10.4 Vor Beginn von Tiefbaumaßnahmen ist die Fläche gem. Kampfmittelverordnung des Landes Schleswig-Holstein auf Kampfmittel zu untersuchen.

10.5 Ergeben sich bei Sondierungsarbeiten und/ oder Erdarbeiten Hinweise auf Bodenverunreinigungen, schädliche Bodenveränderungen und/ oder eine Altlast, so ist dieses der unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Pinneberg unverzüglich nach § 2 des Landes-Bodenschutzgesetzes mitzuteilen, so dass Maßnahmen zur Gefahrermittlung und/ oder Gefahrenabwehr nach dem Bodenschutzrecht eingeleitet werden können.

10.6 Pflanzliste

Bäume:

Acer platanoides	Spitzahorn
Acer pseudoplatanus	Bergahorn
Acer campestre ***	Feldahorn
Betula pendula	Sandbirke
Carpinus betulus	Hainbuche
Crataegus monogyna ***	Eingriffliger Weißdorn
Fagus sylvatica	Rotbuche
Fraxinus excelsior	Esche
Ilex aquifolia ***	Stechpalme
Malus sylvestris ***	Holzapfel
Prunus padus *	Trauben-Kirsche
Populus tremula *	Espe
Pyrus pyraster ***	Wildbirne
Quercus petraea	Trauben-Eiche
Quercus robur	Stiel-Eiche
Sorbus aucuparia *	Vogelbeere
Taxus baccata ***	Eibe
Tilia cordata	Winter-Linde

*** kleinkronige Baumarten

Sträucher / **Hecken:** (Baumarten und zusätzlich)

Cornus mas	Kornelkirsche
Cornus sanguinea	Roter Hartriegel
Corylus vellana	Haselnuss
Euonymus europaeus	Pfaffenhütchen

Frangula alnus	Faulbaum
Ilex aquifolium	Stechpalme
Ligustrum vulgare	Liguster
Lonicera xylosteum	Heckenkirsche
Prunus spinosa	Schlehe
Rhamnus catharticus	Kreuzdorn
Rosa canina	Hunds-Rose
Rubus spec.	Brombeere
Salix caprea	Salweide
Sambucus nigra	Holunder
Viburnum opulus	Schneeball

Schling- und Kletterpflanzen:

Clematis vitalba	Waldrebe
Hedera helix	Efeu
Lonicera periclymenum	Wald-Geißblatt
Lonicera caprifolium	Jelängerjelieber

I. Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

1. Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO)

WA — Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

MI — Mischgebiete (§ 6 BauNVO)

GE(e) — eingeschänkte Gewerbegebiete (§ 8 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

GRZ 0,3 — Grundflächenzahl als Höchstmaß, z. B. 0,3

II — Anzahl der Vollgeschosse als Höchstmaß, z. B. II

TH 6,50m — Traufhöhe als Höchstmaß, z. B. 6,50 m

FH 10,00m — Firsthöhe als Höchstmaß, z. B. 10,00 m

GH 10,00m — Gebäudehöhe als Höchstmaß, z. B. 10,00 m

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO)

Firstrichtung

E — nur Einzelhäuser zulässig

Baugrenze

4. Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Öffentliche Straßenverkehrsfläche

Straßenbegrenzungslinie

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Verkehrsberuhigter Bereich

1 — für Fußgänger, Radfahrer, Anlieger, Rettungs- und Instandhaltungsfahrzeuge

2 — für Fußgänger, Radfahrer, Rettungs- und Instandhaltungsfahrzeuge

Einfahrtbereich (s. textl. Festsetzung Nr. 4.3)

5. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken

Flächen für Versorgungsanlagen

Elektrizität: Transformatorenstation

6. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

Schmutzwasserkanal, unterirdisch, mit beidseitig 2,50 m Schutzstreifen

7. Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

öffentliche Grünflächen

8. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
(§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 4, § 40 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

9. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6, § 40 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und Abs. 6 BauGB)

Bäume anpflanzen

10. Sonstige Planzeichen

Umgrenzung von Flächen für Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)

M — Flächen für die Aufstellung von Abfallbehältern

G, F, L zg. azv Südholstein — Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten das azv Südholstein zu belastende Flächen

G, F zg. SV Hetlingen — Mit Geh- und Fahrrechten zugunsten des SV Hetlingen zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB), von jeglicher baulichen Anlage, auch Grundstückseinfriedungen freizuhalten

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Sichtdreieck mit 110 m Schenkellänge (70 km/h)

II. Kennzeichnungen, Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 BauGB)

20,00 — Anbauverbotszone entlang der Landesstraße L 261 (§ 29 Abs. 1 StrWG)

III. Darstellungen ohne Normcharakter

vorhandene Grundstücksgrenzen

vorhandene Gebäude mit Nebengebäuden

12/5 — Flurstücksnummern

geplante Grundstücksgrenzen

eingemessene Bäume, Bestand

eingemessener Wall, Bestand

eingemessener Graben, Bestand

eingemessener Deich, Bestand

Gemeinde Hetlingen Bebauungsplan 12 "Gewerbegebiet"

Zeichenerklärung (Teil A)

Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Planverfasser:
WIRSIND
ARCHITEKTEN & STADTPLANER
WRS ARCHITEKTEN & STADTPLANER GMBH
Markusstraße 7 20355 Hamburg
Tel 040 39 15 41 stadtplaner@wirsind.net
Axel Winckler Stefan Röhr-Kramer Daniel Schöning

Stand: 06.06.2017 Maßstab 1:1.000 bearb. Röhr-Kramer/Hildebrandt

WASSERWIRTSCHAFTLICHES KONZEPT

- Gemeinde Hetlingen, Erschließung B.-Plan Nr. 12 -

Inhaltsverzeichnis

1. Vorhandene Situation.....1

2. Baugrundverhältnisse 1

3. Regenwasserableitung.....2

4. Schmutzwasserableitung 4

5. Zusammenfassung 6

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Plangebiet (Bing Maps, 2017 Microsoft Corporation) 1

Quellenverzeichnis

Deutscher Wetterdienst (DWD). „KOSTRA DWD." 2010.

„DIN EN 752 - Entwässerungssysteme außerhalb von Gebäuden." Beuth Verlag, 2008.

DWA-A 117. „Bemessung von Rückhalteräumen." April 2006.

WRS Architekten und Stadtplaner. „Bebauungsplan Nr. 12, Entwurf." 30. Mai 2017.

1. Vorhandene Situation

Das geplante Gewerbe-, Misch- und Wohngebiet liegt am östlichen Ortsausgang der Gemeinde Hetlingen im Kreis Pinneberg. Es wird im Norden durch die Holmer Straße (L 261) mit parallel geführtem Geh- und Radweg und Entwässerungsgraben und im Süden durch die 2. Deichlinie begrenzt. Längs der Deichlinie befindet sich ebenfalls ein Entwässerungsgraben. Im Westen schließt das Gebiet an das bestehende Wohngebiet Blink (B-Plan Nr. 3), im Osten an unbebautes Ackerland an.

Das Gebiet ist ca. 3,07 ha groß und dehnt sich von Norden nach Süden zwischen 160 und 200 m und von Osten nach Westen rund 155 m aus.



Abbildung 1: Plangebiet (Bing Maps, 2017 Microsoft Corporation)

2. Baugrundverhältnisse

Die Baugrundverhältnisse sind detailliert in der Baugrunduntersuchung der Ingenieurgesellschaft Dr.-Ing. Michael Beuße mbH vom Mai 2017 dargestellt.

3. Regenwasserableitung

Versickerungsfähige Flächen sind in dem geplanten Bebauungsgebiet gemäß vorhandenem Baugrundgutachten nicht vorhanden. Aus diesem Grund wird die Ableitung des im Gebiet anfallenden Oberflächenabflusses über Entwässerungsgräben vorgesehen.

Geplant ist die Herstellung von drei Trockengräben mit Breiten bis ca. 6,90 m (obere Böschung) zur Ableitung des anfallenden Regenwassers sowie die Nutzung des bestehenden Deichgrabens für die direkt angrenzende Wohnbebauung. Die Querschnitte sind in Anlage 1 dargestellt. Die drei neu herzustellenden Gräben sind über Rohre DN 300 ohne Sohlgefälle miteinander verbunden und sind somit rechnerisch als ein gesamter Rückhalteraum anzusetzen. Graben 2 und 3 erhalten beidseitig 1,00 m breite Böschungsstreifen und Graben 3 einen 4,00 m breiten Pflegeweg zur Unterhaltung. Nach einer noch anzufertigenden Gefährdungsbeurteilung sind die Gräben ggf. einzuzäunen.

Für die Verbindung zwischen Graben 1 und 2 ist der Kanal über Privatgrund zu verlegen. Hierfür ist eine Grunddienstbarkeit vorgesehen. Die Verbindung der Gräben 2 und 3 ist über öffentlichen Grund vorgesehen.

Alle Gräben leiten im Südwesten über den Schacht Nr. 101090 in die bestehende Regenwasserkanalisation im Blink ein, welche im Nordosten der Gemeinde Hetlingen an das Regenrückhaltebecken „Haferland“ anschließt. Die vorgesehene Lage der Entwässerungseinrichtungen ist in Anlage 2 dargestellt.

Da das bestehende Rückhaltebecken nicht für den zusätzlich anfallenden Abfluss ausgelegt ist, wird das Niederschlagswasser aus den Gräben gedrosselt in die Kanalisation eingeleitet. Die Entwässerungsgräben innerhalb des Bebauungsgebietes fungieren somit als ein Retentionsraum.

Die Berechnung der abflusswirksamen versiegelten Fläche (Au) ist in Anlage 3 dargestellt und ergibt sich zu:

Au = 14.905 m².

Die Festlegung des erforderlichen Drosselabflusses erfolgt aus der marschtypischen Drosselabflussspende von 1,8 l/(s*ha) welches einem technisch sinnvoll herzustellenden Drosselabfluss von 2,7 l/s bei der angeschlossenen Fläche entspricht.

Die Berechnungen des Rückhaltevolumens werden für ein Regenereignis mit einem fünfjährlichen Wiederkehrintervall (T = 5 a; n = 0,2 1/a) und dem vorab ermittelten Drosselabfluss durchgeführt. Als Niederschlag wird die Niederschlagsauswertung nach KOSTRA-DWD für den Raum Hetlingen herangezogen. Die Niederschlagsauswertung ist in der Anlage 3 in tabellarischer Form dokumentiert.

Es ergibt sich ein erforderliches Stauvolumen gem. Berechnung nach DWA Arbeitsblatt 117 von:

Verf. = 538 m³

Die geplanten Speichervolumina verteilen sich auf die 3 geplanten Gräben wie folgt:

Graben1 : 259 m³

Graben 2: 135 m³

Graben 3: 153 m³

Summe: 547 m³

Die Gräben werden als Trockengräben mit einem maximalen zeitweiligen Einstau von 0,62 m geplant.

Der vorhandene Entwässerungsgraben entlang der 2. Deichlinie fällt in den Verantwortungsbereich des Gewässer- und Landschaftsverband des Kreises Pinneberg (GuLV). Es wird hierfür ein 5 m breiter Pflegestreifen, welcher von Einbauten und Bepflanzung freizuhalten ist gefordert. Eine entsprechende Grunddienstbarkeit ist bei Veräußerung der Grundstücke vorzusehen. Eine besondere Befestigung ist nicht vorgesehen. Die Pflege muss somit in Trockenperioden, bei ausreichender Standfestigkeit des Baugrundes stattfinden.

Für die Ableitung von Regenwasser in den Deichseitengraben ist im Zuge der Erschließungsplanung eine Genehmigung einzuholen. Nach Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde des Kreises Pinneberg ist eine erlaubnisfreie Einleitung von bis zu 1.000 m² undurchlässiger Fläche möglich.

Für die Reinigung und Inspektion der Entwässerungsleitungen sind Kontrollschächte mit einem Innendurchmesser von mindestens 1000 mm gem. Vorgaben des Abwasserzweckverbandes Südholstein vorzusehen. Die detaillierte hydraulische Bemessung Leitungen erfolgt im Zuge der Erschließungsplanung zu erfolgen.

4. Schmutzwasserableitung

Für die Schmutzwasserableitung im Bebauungsgebiet ergeben sich überschläglich die Durchmesser DN 200. Eine genaue Dimensionierung ist im Zuge der Erschließungsplanung durchzuführen.

Der Anschluss an das bestehende Kanalnetz erfolgt im Nordwesten des Gebietes in der Holmer Straße. Aufgrund der geringen Geländehöhen muss das anfallende Schmutzwasser mit einer Pumpstation über eine Druckrohrleitung DN 80 zum Anschlussschacht Nr. 201095 gepumpt werden. Vor Einleitung in die Freigefälleleitung ist ein Druckentspannungsschacht vorzusehen. Die Pumpstation ist im Bereich der geplanten Wendeanlage vorgesehen.

Der im Norden längs zur Holmer Straße verlaufende vorhandene Schmutzwassersammler stellt keine Behinderung bei der Durchführung der Bauarbeiten dar.

Leitungsdimensionen kleiner als 150 mm bei Freigefälleleitungen sind aufgrund der Wartung und des Betriebes nicht zu empfehlen.

Für die Reinigung und Inspektion sind Kontrollschächte mit einem Innendurchmesser von 1.000 mm vorzusehen.

5. Zusammenfassung

Die geplante Erschließung und Bebauung des Bebauungsplanes Nr. 12 geht mit einer erhöhten Versiegelung der Fläche einher. Es ist daher eine Rückhaltung auf dem Grundstück zu schaffen. Die Ableitung kann gedrosselt über die vorhandene Rohrleitung im Blink erfolgen. Die Detailplanung ist im Zuge der Entwurfsplanung zu erstellen. Eine Versickerung von Oberflächenwasser ist nicht möglich.

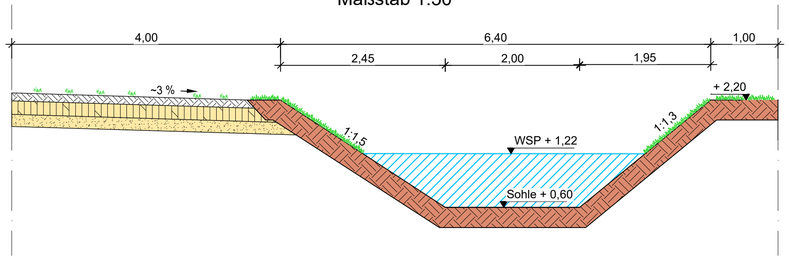
Die Schmutzwasserentsorgung ist über eine Pumpstation mit Anschluss an den vorhandenen Freigefällekanal in der Holmer Straße vorgesehen.

Verfasst: Pinneberg, den 07.06.2017

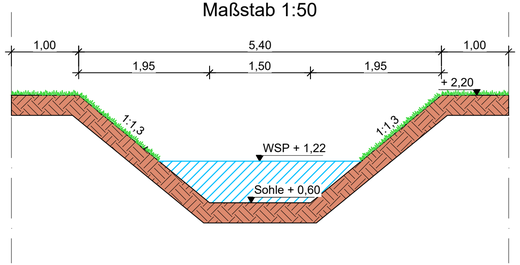
d+p ■ dänekamp und partner
BERATENDE INGENIEURE VBI

i.A. Falk Derendorf Wolfgang Kirstein

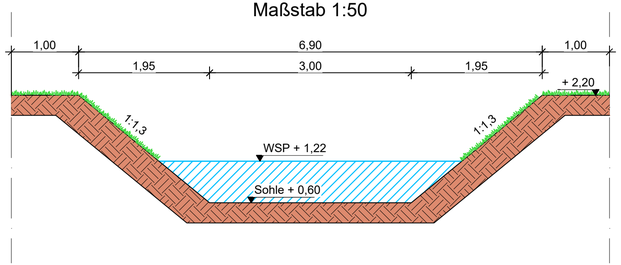
Detail Graben 1
(Trockengraben)
(geplant)
Maßstab 1:50



Detail Graben 2
(Trockengraben)
(geplant)
Maßstab 1:50



Detail Graben 3
(Trockengraben)
(geplant)
Maßstab 1:50



d+p dänekamp und partner
BERATENDE INGENIEURE VBI
Dipl.-Ing. Wolfgang Kirstein · Dipl.-Ing. Wolfgang Nolte
Nienhöfener Straße 29-37 25421 Pinneberg Tel. 04101/6992-0 Fax 6992-99
E-Mail info@daenekamp.de Internet www.daenekamp.de

Gemeinde Hetlingen

Erschließungskonzept
Bebauungsplan Nr. 12

Baumaßnahme

Entwässerung

Straßenbau

Bauherr
Gemeinde Hetlingen
über Amt Geest und Marsch Südholstein
Amtsstraße 12
25436 Moorrege
Tel.: 04122 / 854 -0

Anlage 1 Blatt 1

Planart Querschnitte Graben

Maßstab 1 : 50

Projekt Nr. HET17001

Phase Vorplanung

Datei V-HET17001.dwg

Blattgröße 0,30 m x 0,77 m = 0,23 m²

bearbeitet:	gezeichnet:	geprüft:
März. 2017 De.	März. 2017 Lei.	/ /

Aufgestellt
Moorrege, den

R:\Projekte\17\HET17001\Vorplanung\V-HET17001.dwg\Gruen:\A01-B01_QS-Graben\Plotdatum: 07.06.2017\mleiter

Schacht erneuern
Druckentspannungsschacht

Ortsschild
Lage ungenau

Holmer Straße

Graben 3
(Trockengraben)

Graben 2
(Trockengraben)

Graben 1
(Trockengraben)

Regenwassere

vorh. Graben

vorh. Graben

DN 300

DN 300

DN 300

Trafo

6.36

8.35

8.06

4.50

4.45

6.95

7.40

4.50

4.50

30.31

201095
D 2.08
S 0.54

101EIN01
D 1.80
S 1.40

102045
203055
D 2.22
S 0.72

203050

102040

102035

102085
D 2.47
S 0.51

203020
D 2.35
S 0.59

203015

102000

Zeichenerklärung:

- gepl. Graben
- gepl. Pflegeweg
- gepl. Verrohrung
- vorh. Graben
- vorh. Schmutzwasserleitung
- vorh. Regenwasserleitung
- vorh. Schmutz-/Regenwasserschacht

N
W
O
S

d+p dänekamp und partner
BERATENDE INGENIEURE VBI
Dipl.-Ing. Wolfgang Kirstein · Dipl.-Ing. Wolfgang Nolte
Nienhöfener Straße 29-37 25421 Pinneberg Tel. 04101/6992-0 Fax 6992-99
E-Mail info@daenekamp.de Internet www.daenekamp.de

Gemeinde Hetlingen

Erschließungskonzept
Bebauungsplan Nr. 12

Baumaßnahme
Entwässerung
Straßenbau

Bauherr
Gemeinde Hetlingen
über Amt Geest und Marsch Südholstein
Amtsstraße 12
25436 Moorrege
Tel.: 04122 / 854 -0

Anlage 2 Blatt 1

Planart Lageplan Entwässerung

Maßstab 1:500

Projekt Nr. HET17001

Phase Vorplanung

Datei V-HET17001.dwg

Blattgröße 0,59 m x 0,77 m = 0,45 m²

bearbeitet:	gezeichnet:	geprüft:
März. 2017 De.	März. 2017 Lei.	/ /

Aufgestellt
Moorrege, den

R: \Projekte\17\HET17001\Vorplanung\V-HET17001.dwg\EW: \A02-B01_LP-EW\Plotdatum: 07.06.2017\mleiter

Örtliche Regendaten zur Bemessung nach Arbeitsblatt DWA-A 138

Datenherkunft / Niederschlagsstation	Hetlingen (SH)
Spalten-Nr. KOSTRA-Atlas	32
Zeilen-Nr. KOSTRA-Atlas	21
KOSTRA-Datenbasis	1951-2010
KOSTRA-Zeitspanne	Januar - Dezember

Regendauer D in [min]	Regenspende $r_{D(T)}$ [l/(s ha)] für Wiederkehrzeiten T in [a]		
	1	5	10
5	156,9	283,4	337,8
10	124,2	210,4	247,6
15	102,8	171,7	201,4
20	87,7	146,5	171,8
30	67,7	114,7	135,0
45	50,5	88,1	104,2
60	40,3	72,3	86,1
90	29,3	51,4	60,9
120	23,4	40,3	47,6
180	17,1	28,7	33,7
240	13,6	22,6	26,4
360	9,9	16,1	18,7
540	7,2	11,5	13,3
720	5,8	9,0	10,4
1080	4,4	7,1	8,3
1440	3,6	5,9	6,9
2880	2,2	3,7	4,4
4320	1,6	2,8	3,3

Bemerkungen:

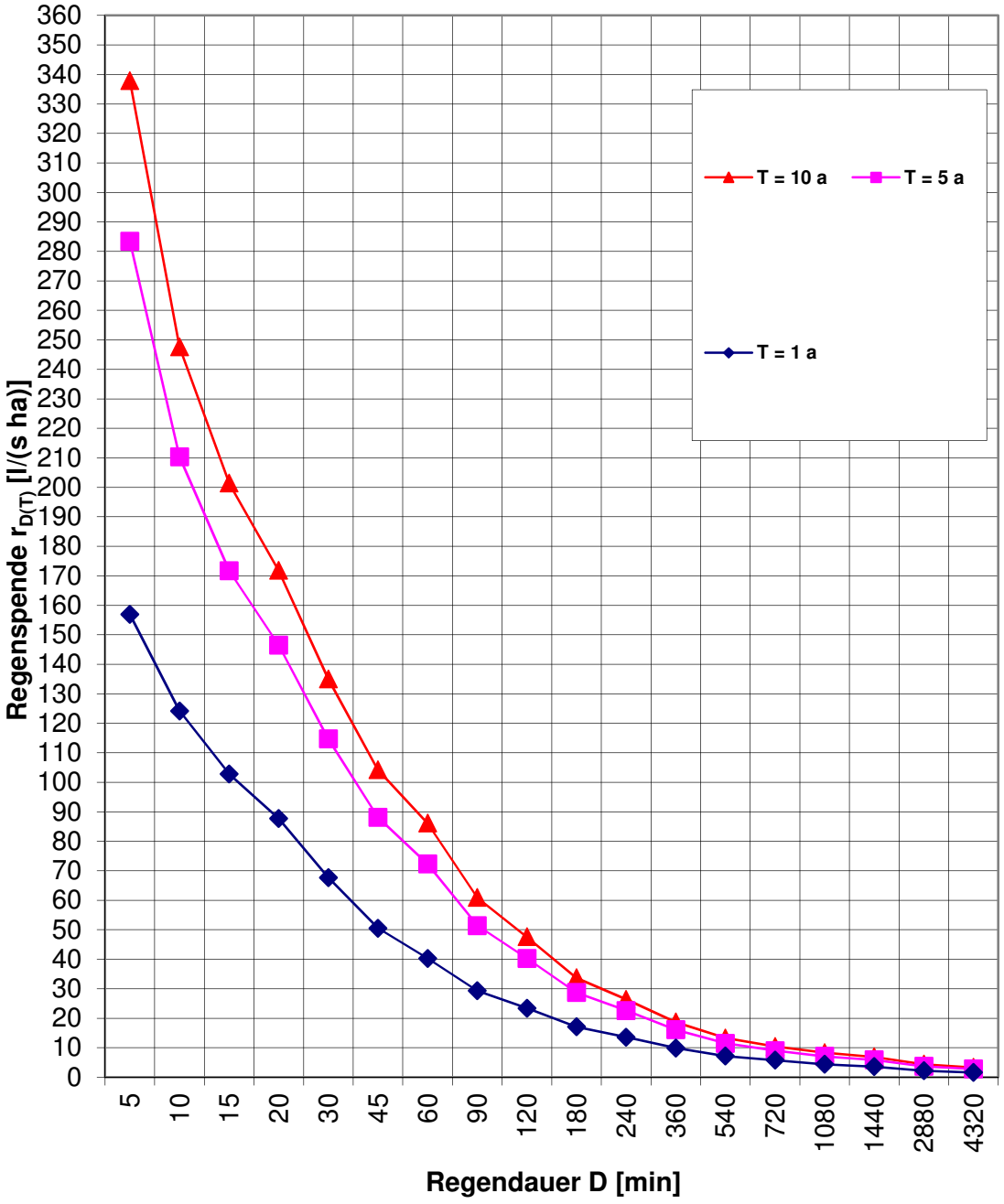
Bemessungsprogramm ATV-A138.XLS © 2012 - Institut für technisch-wissenschaftliche Hydrologie GmbH
Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover, Tel.: 0511-97193-0, Fax: 0511-97193-77, www.itwh.de

Lizenznummer: ATV-0832-1062

Örtliche Regendaten zur Bemessung nach Arbeitsblatt DWA-A 138

Datenherkunft / Niederschlagsstation	Hetlingen (SH)
Spalten-Nr. KOSTRA-Atlas	32
Zeilen-Nr. KOSTRA-Atlas	21
KOSTRA-Datenbasis	1951-2010
KOSTRA-Zeitspanne	Januar - Dezember

Regenspendenlinien



Bemessungsprogramm ATV-A138.XLS © 2012 - Institut für technisch-wissenschaftliche Hydrologie GmbH
Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover, Tel.: 0511-97193-0, Fax: 0511-97193-77, www.itwh.de

Lizenznummer: ATV-0832-1062

Ermittlung der abflusswirksamen Flächen A_u nach Arbeitsblatt DWA-A 138

Flächentyp	Art der Befestigung mit empfohlenen mittleren Abflussbeiwerten Ψ_m	Teilfläche $A_{E,i}$ [m^2]	$\Psi_{m,i}$ gewählt	Teilfläche $A_{u,i}$ [m^2]
WA	allg. Wohngebiet	5.650	0,30	1.695
MI	Mischgebiet	7.500	0,50	3.750
GE	Gewerbegebiet	7.850	0,80	6.280
Straßen, Wege und Plätze (flach)	Asphalt, fugenloser Beton: 0,9	2.200	0,90	1.980
	Pflaster mit dichten Fugen: 0,75	1.600	0,75	1.200
	fester Kiesbelag: 0,6			
	Pflaster mit offenen Fugen: 0,5			
	lockerer Kiesbelag, Schotterrasen: 0,3			
	Verbundsteine mit Fugen, Sickersteine: 0,25			
	Rasengittersteine: 0,15			
Böschungen, Bankette und Gräben	toniger Boden: 0,5			
	lehmiger Sandboden: 0,4			
	Kies- und Sandboden: 0,3			
Gärten, Wiesen und Kulturland	flaches Gelände: 0,0 - 0,1	5.950	0,00	
	steiles Gelände: 0,1 - 0,3			

Gesamtfläche Einzugsgebiet A_E [m^2]	**30.750**
Summe undurchlässige Fläche A_u [m^2]	**14.905**
resultierender mittlerer Abflussbeiwert Ψ_m [-]	**0,48**

Bemerkungen:

Bemessungsprogramm ATV-A138.XLS © 2012 - Institut für technisch-wissenschaftliche Hydrologie GmbH
Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover, Tel.: 0511-97193-0, Fax: 0511-97193-77, www.itwh.de
Lizenznummer: ATV-0832-1062

Bemessung von Rückhalteräumen im Näherungsverfahren nach Arbeitsblatt DWA-A 117

Gemeinde Hetlingen
Bebauungsplan 12
Oberflächenentwässerung

Auftraggeber:

Gemeinde Hetlingen
über Amt Geest und Marsch Südholstein
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Rückhalteraum:

Graben 1

Eingabedaten: $V_{s,u} = (r_{D(n)} - q_{dr}) * D * f_Z * f_A * 0{,}06$ **mit** $q_{dr} = (Q_{dr,RRB} + Q_{dr,RÜB} - Q_{t24}) / A_u$

Einzugsgebietsfläche	A_E	m^2	30.750
Abflussbeiwert gem. Tabelle 2 (DWA-A 138)	Ψ_m	-	0,48
undurchlässige Fläche	A_u	m^2	14.905
vorgelagertes Volumen RÜB	$V_{RÜB}$	m^3	0,0
vorgegebener Drosselabfluss RÜB	$Q_{dr,RÜB}$	l/s	0,0
Trockenwetterabfluss	Q_{t24}	l/s	0,0
Drosselabfluss	Q_{dr}	l/s	2,7
Drosselabflussspende bezogen auf A_u	q_{dr}	l/(s ha)	1,8
gewählte Länge der Sohlfläche (Rechteckbecken)	L_s	m	150,0
gewählte Breite der Sohlfläche (Rechteckbecken)	b_s	m	2,0
gewählte max. Einstauhöhe (Rechteckbecken)	z	m	0,62
gewählte Böschungsneigung (Rechteckbecken)	1:m	-	1,3
gewählte Regenhäufigkeit	n	1/Jahr	0,2
Zuschlagsfaktor	f_Z	-	1,15
Fließzeit zur Berechnung des Abminderungsfaktors	t_f	min	15
Abminderungsfaktor	f_A	-	1,000

Ergebnisse:

maßgebende Dauer des Bemessungsregens	D	min	540
maßgebende Regenspende	$r_{D,n}$	l/(s*ha)	11,5
erfordl. spezifisches Speichervolumen	$V_{erf,s,u}$	m^3/ha	**361**
erforderliches Speichervolumen	V_{erf}	m^3	**538**
vorhandenes Speichervolumen	V	m^3	**259**
Beckenlänge an Böschungsoberkante	L_o	m	151,6
Beckenbreite an Böschungsoberkante	b_o	m	3,6
Entleerungszeit	t_E	h	26,6

Bemerkungen:

259 m³ + 135 m³ + 153 m³ = 547 m³ > 538 m³

Bemessungsprogramm ATV-A138.XLS © 2012 - Institut für technisch-wissenschaftliche Hydrologie GmbH
Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover, Tel.: 0511-97193-0, Fax: 0511-97193-77, www.itwh.de
Lizenznummer: ATV-0832-1062

Bemessung von Rückhalteräumen im Näherungsverfahren nach Arbeitsblatt DWA-A 117

Gemeinde Hetlingen
Bebauungsplan 12
Oberflächenentwässerung

Auftraggeber:

Gemeinde Hetlingen
über Amt Geest und Marsch Südholstein
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Rückhalteraum:

Graben 1

örtliche Regendaten:

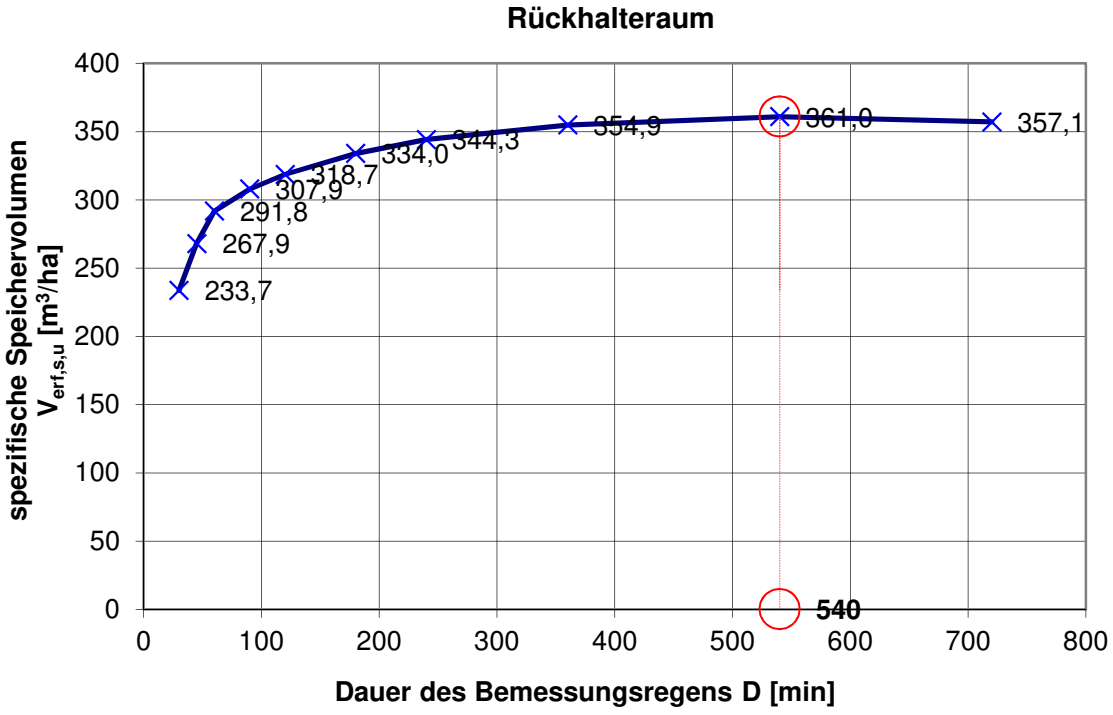
D [min]	$r_{D(n)}$ [l/(s*ha)]
30	114,7
45	88,1
60	72,3
90	51,4
120	40,3
180	28,7
240	22,6
360	16,1
540	11,5
720	9,0

Fülldauer RÜB:

$D_{RBÜ}$ [min]
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0

Berechnung:

$V_{s,u}$ [m³/ha]
233,7
267,9
291,8
307,9
318,7
334,0
344,3
354,9
361,0
357,1



Bemessung von Rückhalteräumen im Näherungsverfahren nach Arbeitsblatt DWA-A 117

Gemeinde Hetlingen
Bebauungsplan 12
Oberflächenentwässerung

Auftraggeber:

Gemeinde Hetlingen
über Amt Geest und Marsch Südholstein
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Rückhalteraum:

Graben 2

Eingabedaten: $V_{s,u} = (r_{D(n)} - q_{dr}) * D * f_Z * f_A * 0{,}06$ **mit** $q_{dr} = (Q_{dr,RRB} + Q_{dr,RÜB} - Q_{t24}) / A_u$

Einzugsgebietsfläche	A_E	m^2	30.750
Abflussbeiwert gem. Tabelle 2 (DWA-A 138)	Ψ_m	-	0,48
undurchlässige Fläche	A_u	m^2	14.905
vorgelagertes Volumen RÜB	$V_{RÜB}$	m^3	0,0
vorgegebener Drosselabfluss RÜB	$Q_{dr,RÜB}$	l/s	0,0
Trockenwetterabfluss	Q_{t24}	l/s	0,0
Drosselabfluss	Q_{dr}	l/s	2,7
Drosselabflussspende bezogen auf A_u	q_{dr}	l/(s ha)	1,8
gewählte Länge der Sohlfläche (Rechteckbecken)	L_s	m	95,0
gewählte Breite der Sohlfläche (Rechteckbecken)	b_s	m	1,5
gewählte max. Einstauhöhe (Rechteckbecken)	z	m	0,62
gewählte Böschungsneigung (Rechteckbecken)	1:m	-	1,3
gewählte Regenhäufigkeit	n	1/Jahr	0,2
Zuschlagsfaktor	f_Z	-	1,15
Fließzeit zur Berechnung des Abminderungsfaktors	t_f	min	15
Abminderungsfaktor	f_A	-	1,000

Ergebnisse:

maßgebende Dauer des Bemessungsregens	D	min	540
maßgebende Regenspende	$r_{D,n}$	l/(s*ha)	11,5
erfordl. spezifisches Speichervolumen	$V_{erf,s,u}$	m^3/ha	**361**
erforderliches Speichervolumen	V_{erf}	m^3	**538**
vorhandenes Speichervolumen	V	m^3	**135**
Beckenlänge an Böschungsoberkante	L_o	m	96,6
Beckenbreite an Böschungsoberkante	b_o	m	3,1
Entleerungszeit	t_E	h	13,9

Bemerkungen:

259 m³ + 135 m³ + 153 m³ = 547 m³ > 538 m³

Bemessungsprogramm ATV-A138.XLS © 2012 - Institut für technisch-wissenschaftliche Hydrologie GmbH
Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover, Tel.: 0511-97193-0, Fax: 0511-97193-77, www.itwh.de
Lizenznummer: ATV-0832-1062

Bemessung von Rückhalteräumen im Näherungsverfahren nach Arbeitsblatt DWA-A 117

Gemeinde Hetlingen
Bebauungsplan 12
Oberflächenentwässerung

Auftraggeber:

Gemeinde Hetlingen
über Amt Geest und Marsch Südholstein
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Rückhalteraum:

Graben 2

örtliche Regendaten:

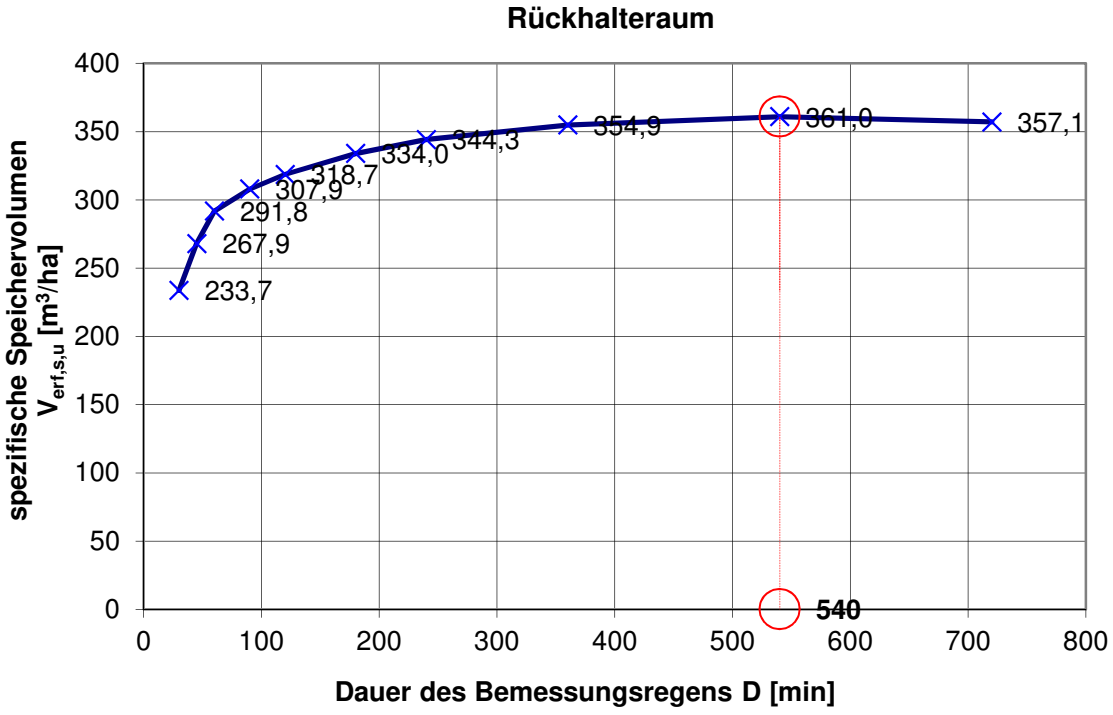
D [min]	$r_{D(n)}$ [l/(s*ha)]
30	114,7
45	88,1
60	72,3
90	51,4
120	40,3
180	28,7
240	22,6
360	16,1
540	11,5
720	9,0

Fülldauer RÜB:

$D_{RBÜ}$ [min]
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0

Berechnung:

$V_{s,u}$ [m³/ha]
233,7
267,9
291,8
307,9
318,7
334,0
344,3
354,9
361,0
357,1



Bemessungsprogramm ATV-A138.XLS © 2012 - Institut für technisch-wissenschaftliche Hydrologie GmbH
Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover, Tel.: 0511-97193-0, Fax: 0511-97193-77, www.itwh.de
Lizenznummer: ATV-0832-1062

Bemessung von Rückhalteräumen im Näherungsverfahren nach Arbeitsblatt DWA-A 117

Gemeinde Hetlingen
Bebauungsplan 12
Oberflächenentwässerung

Auftraggeber:

Gemeinde Hetlingen
über Amt Geest und Marsch Südholstein
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Rückhalteraum:

Graben 3

Eingabedaten: $V_{s,u} = (r_{D(n)} - q_{dr}) * D * f_Z * f_A * 0{,}06$ **mit** $q_{dr} = (Q_{dr,RRB} + Q_{dr,RÜB} - Q_{t24}) / A_u$

Einzugsgebietsfläche	A_E	m^2	30.750
Abflussbeiwert gem. Tabelle 2 (DWA-A 138)	Ψ_m	-	0,48
undurchlässige Fläche	A_u	m^2	14.905
vorgelagertes Volumen RÜB	$V_{RÜB}$	m^3	0,0
vorgegebener Drosselabfluss RÜB	$Q_{dr,RÜB}$	l/s	0,0
Trockenwetterabfluss	Q_{t24}	l/s	0,0
Drosselabfluss	Q_{dr}	l/s	2,7
Drosselabflussspende bezogen auf A_u	q_{dr}	l/(s ha)	1,8
gewählte Länge der Sohlfläche (Rechteckbecken)	L_s	m	65,0
gewählte Breite der Sohlfläche (Rechteckbecken)	b_s	m	3,0
gewählte max. Einstauhöhe (Rechteckbecken)	z	m	0,62
gewählte Böschungsneigung (Rechteckbecken)	1:m	-	1,3
gewählte Regenhäufigkeit	n	1/Jahr	0,2
Zuschlagsfaktor	f_Z	-	1,15
Fließzeit zur Berechnung des Abminderungsfaktors	t_f	min	15
Abminderungsfaktor	f_A	-	1,000

Ergebnisse:

maßgebende Dauer des Bemessungsregens	D	min	540
maßgebende Regenspende	$r_{D,n}$	l/(s*ha)	11,5
erfordl. spezifisches Speichervolumen	$\mathbf{V_{erf,s,u}}$	$\mathbf{m^3/ha}$	**361**
erforderliches Speichervolumen	$\mathbf{V_{erf}}$	$\mathbf{m^3}$	**538**
vorhandenes Speichervolumen	**V**	$\mathbf{m^3}$	**153**
Beckenlänge an Böschungsoberkante	L_o	m	66,6
Beckenbreite an Böschungsoberkante	b_o	m	4,6
Entleerungszeit	t_E	h	15,7

Bemerkungen:

259 m³ + 135 m³ + 153 m³ = 547 m³ > 538 m³

Bemessungsprogramm ATV-A138.XLS © 2012 - Institut für technisch-wissenschaftliche Hydrologie GmbH
Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover, Tel.: 0511-97193-0, Fax: 0511-97193-77, www.itwh.de
Lizenznummer: ATV-0832-1062

Bemessung von Rückhalteräumen im Näherungsverfahren nach Arbeitsblatt DWA-A 117

Gemeinde Hetlingen
Bebauungsplan 12
Oberflächenentwässerung

Auftraggeber:

Gemeinde Hetlingen
über Amt Geest und Marsch Südholstein
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Rückhalteraum:

Graben 3

örtliche Regendaten:

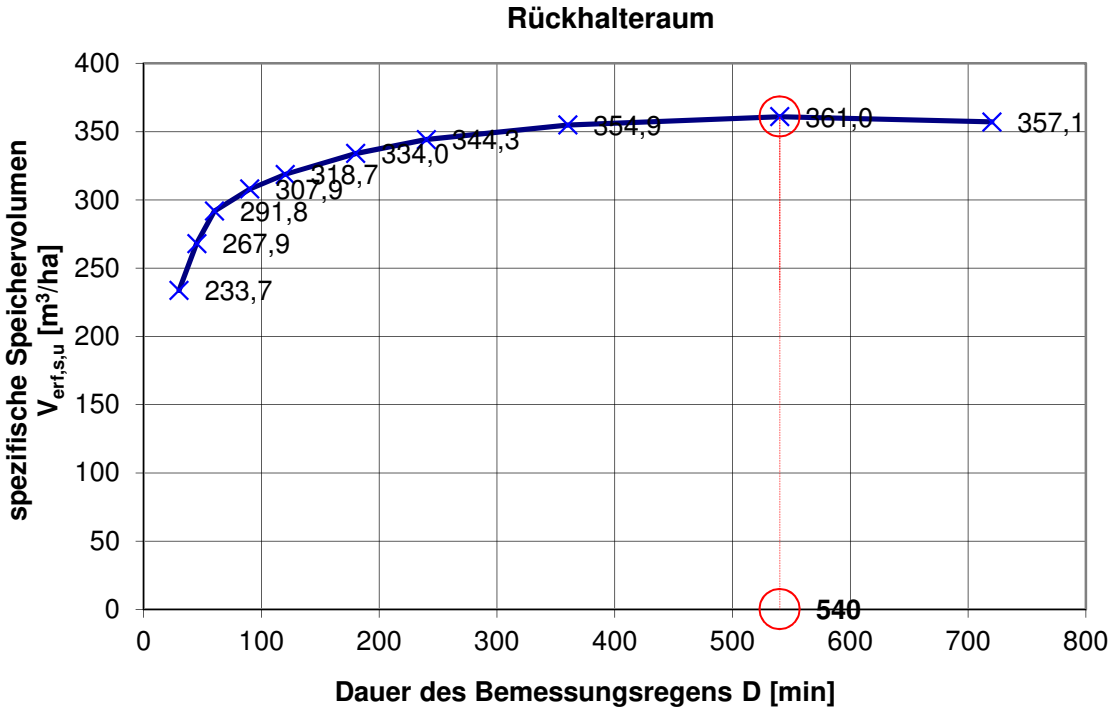
D [min]	$r_{D(n)}$ [l/(s*ha)]
30	114,7
45	88,1
60	72,3
90	51,4
120	40,3
180	28,7
240	22,6
360	16,1
540	11,5
720	9,0

Fülldauer RÜB:

$D_{RBÜ}$ [min]
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0
0,0

Berechnung:

$V_{s,u}$ [m³/ha]
233,7
267,9
291,8
307,9
318,7
334,0
344,3
354,9
361,0
357,1



Bemessungsprogramm ATV-A138.XLS © 2012 - Institut für technisch-wissenschaftliche Hydrologie GmbH
Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover, Tel.: 0511-97193-0, Fax: 0511-97193-77, www.itwh.de
Lizenznummer: ATV-0832-1062

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0031/2017/HET/BV

Fachbereich:	Soziales und Kultur	Datum:	10.04.2017
Bearbeiter:	Kerstin Seemann	AZ:	4/

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Schul- und Sozialausschuss der Gemeinde Hetlingen	03.05.2017	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen	01.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Schülerentwicklung und Schulkostenbeiträge

Sachverhalt:

Im Finanzausschuss wurde um Prüfung der an die Stadt Hamburg gezahlten Schulkostenbeiträge und um die künftige Entwicklung der Schülerzahlen gebeten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Nach § 48 des Schulgesetzes ist eine der Aufgaben des Schulträgers, den Schulentwicklungsplan regelmäßig fortzuschreiben. Zum Stichtag der Schulstatistik des letzten Jahres (23.09.2016) haben 35 Schüler/innen (Vorjahr 34 Schüler/innen) die Grundschule in Hetlingen besucht. Die Grundschule hat 2 Familienklassen.

Die Anzahl der Schüler/innen im Schuljahr 2016 / 2017 teilt sich wie folgt auf:

12 Schüler/innen	Jahrgangsstufe 1
7 Schüler/innen	Jahrgangsstufe 2
8 Schüler/innen	Jahrgangsstufe 3
8 Schüler/innen	Jahrgangsstufe 4

Die vorläufigen Einschulungszahlen für die nächsten Schuljahre werden zur Kenntnis gegeben:

Einschulungsjahr	Kinder
2017	12
2018	9
2019	11
2020	14

2021	10
2022	13

Nachstehend wird die Anzahl der Schüler genannt, die die weiterführenden Schulen (Gemeinschaftsschule und Gymnasien) besuchen:

Geburtszeitraum	**Kinder**
01.07.2005 bis 30.06.2006	12
01.07.2004 bis 30.06.2005	12
01.07.2003 bis 30.06.2004	25
01.07.2002 bis 30.06.2003	12
01.07.2001 bis 30.06.2002	4
01.07.2000 bis 30.06.2001	18
01.07.1999 bis 30.06.2000	13
01.07.1998 bis 30.06.1999	20
01.07.1997 bis 30.06.1998	20

Im Jahr 2016 sind Schulkosten für 116 Kinder angefallen. Hiervon haben 2 Kinder Schulen in Hamburg besucht. Beide Kinder waren zum Stichtag mit 1. Wohnsitz in der Gemeinde Hetlingen wohnhaft gemeldet. Daher sind die Schulkostenbeiträge zu zahlen. Für den Besuch einer Schule in Hamburg ist es nicht notwendig, dort mit dem 1. Wohnsitz gemeldet zu sein. Es gilt auch hierfür die freie Schulwahl. Die Stadt Hamburg kann jedoch die Aufnahme von auswärtigen Schülern ablehnen, wenn die Schule keine freien Plätze hat. Es sind für die Kinder Kosten in Höhe von 2.627,00 € im Jahr 2016 angefallen.

Die genaue Höhe der Schulkostenbeiträge können nicht genannt werden, da im Vorfeld nicht bekannt ist, welche Schulen besucht werden und welche Schulkosten dort entsprechend anfallen.

Finanzierung:
Die Schulkosten werden aus den Produkten 21100.5452100, 21700.5452100, 21820.5452100 und 22100.5452100 gezahlt.

Fördermittel durch Dritte:
Keine

Beschlussvorschlag:
Der Schul- und Sozialausschuss / Der Finanzausschuss / Die Gemeindevertretung nimmt die Erläuterung zur Kenntnis.

_____
(Riekhoff)
Bürgermeisterin

Grundschule
Haseldorfer Marsch
Kamperrege 1
25489 Haseldorf
Tel.: 04129-227
Fax.:04129-955985
3. Mai 2017

Stellungnahme der Schulleitung zur Anfrage von Herrn Alex Thomsen wegen Schwimmunterricht in Schulen, insbesondere an der Außenstelle der Grundschule Haseldorfer Marsch in Hetlingen

Zu 1.:
„Ist der Schwimmunterricht an der Grundschule grundsätzlich ein Pflichtfach/-angebot"?

Ja. Schwimmen gehört zum Fach Sport.

Dies wird im Lehrplan Grundschule Schleswig-Holstein mehrfach erwähnt. So gehört zu den fünf Themenbereichen des Sportunterrichtes auch der Bereich „Sich in und auf dem Wasser bewegen", der sich in die Themen „Bewegungsmöglichkeiten im Wasser erkunden, Schwimmen lernen und üben, in das Wasser springen, Verhaltensregeln […] am […] Wasser aneignen, Spiel- und Wettkampfformen (sowie) sich fit halten durch Schwimmen" (Lehrplan Sport S. 178) gliedert.
Dem Schwimmunterricht in der Grundschule kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, u. a. wegen der „ … Notwendigkeit, den Schülern und Schülerinnen Wassersicherheit zu vermitteln". [Lehrplan Sport S. 181).

Zu 2.:
„Erfüllt der Schwimmunterricht noch den ursprünglichen Zweck/das Ziel „Alle Kinder sollen schwimmen können, wenn sie die Grundschule […] verlassen oder können bereits alle Kinder schwimmen, wenn sie in der Schule sind?"

Bevor die Schüler und Schülerinnen in das dritte Schulbesuchsjahr kommen, ermitteln Schulleitung und Schwimmlehrkräfte per Elternabfrage, auf welchem Stand die Kinder bezüglich des Schwimmens sind (Nichtschwimmer, unsichere Schwimmer, „Seepferdchen"-Inhaber, Inhaber des Bronze-Abzeichens usw.).
Danach werden die SuS nach ihrem Schwimmvermögen in Gruppen eingeteilt. Die Ergebnisse dieser Abfragen sind natürlich je nach Jahrgang unterschiedlich; wirklich sichere Schwimmer sind jedoch durchschnittlich zu maximal 20 % vorhanden.
Ziel ist nach wie vor, alle Kinder zu Schwimmern mit Abzeichen zu machen. Sichere Schwimmer streben das nächsthöhere Abzeichen an.
Bis auf ganz wenige Ausnahmen gelingt es den Schwimmlehrkräften, allen Schülern und Schülerinnen das Schwimmen beizubringen.

Zu 3.:
„Ist der Schwimmunterricht [...] gut umsetzbar und zielführend [...] oder gibt es Probleme (beispielsweise organisatorische Probleme wie z. B. Fahrt nach Uetersen, verlässliche geeignete Lehrkraft, Durchführung/Erfolg [...])?“

Der Schwimmunterricht an der GS Haseldorfer Marsch ist zurzeit gut umsetzbar und auch zielführend.
Probleme organisatorischer Art im Hinblick auf die Fahrt von und nach Uetersen sind wegen der Nutzung des Haseldorfer Schulbusses nicht vorhanden.
Die Schule verfügte bislang über zwei voll ausgebildete, erfahrene Schwimmlehrkräfte, von denen eine leider langfristig erkrankt ist. Für die erkrankte Kollegin konnte die Schule mit Herrn Frankenberger, erfahrenes Mitglied der Schwimmsparte des TSV Uetersen, Ersatz gewinnen. Sollte eine der beiden Schwimmlehrkräfte ausfallen, ist auch einer der Bademeister der Uetersener Schwimmhalle bereit, einzuspringen.
Hinsichtlich der Durchführung des Schwimmunterrichtes gibt es keine Probleme. Die relativ kleinen Gruppen (bis ca. 15 Schüler und Schülerinnen) können in der Halle je nach Schwimmvermögen noch einmal geteilt werden, da es zwei Schwimmlehrkräfte und zwei Becken gibt. Schwimmlehrmittel sind ausreichend vorhanden.
Alle Faktoren, ergänzt durch die Kompetenz erfahrener Lehrkräfte, führen in der Summe zum guten Erfolg des Schwimmunterrichtes.

Zu 4.:
„Könnte man sich andere Formen/Organisationen des Schwimmunterrichts vorstellen (z. B. Gutscheinsystem, Kooperation Grundschule mit HMTV, eigene „Hetlingen-Lösung“ mit Gemeindebus, neuer Standort z. B. Abgebucht (?? gemeint ist wohl „Badebucht“?) [...])?“

Schwimmunterricht ist Aufgabe der Schule (s. Punkt 1). Andere Organisationsformen wären nötig, wenn die derzeitige Durchführung gravierende Mängel oder Schwächen aufweisen würde – dies ist nicht der Fall.

Lange Zeit konnte an der Grundschule Haseldorfer Marsch kein Schwimmunterricht angeboten werden, weil es keine Hallenzeiten gab, weil es keine ausgebildeten Schwimmlehrkräfte gab oder ein Transport von Schüler und Schülerinnen nicht möglich war. Dass es heute Schwimmunterricht gibt, ist das Ergebnis langfristiger Bemühungen von Kollegium und Schulleitung.
Wir halten Schwimmunterricht nach wie vor für unverzichtbar, sei es, weil unsere Kinder in einem Land „zwischen den Meeren“ aufwachsen, sei es, weil es in den achtziger Jahren mehr Grundschüler gab, die schwimmen konnten, als es heute der Fall ist.
Landespolitiker verkünden stolz die Freigabe von mehr Mitteln für die Renovierung und den Erhalt von Sport- und Schwimmstätten – zu Recht. Schulen sollten darauf aber nicht mit der Einschränkung des Schwimmunterrichtes antworten. Infrage gestellt wird der Hetlinger Schwimmunterricht sicherlich vor allem aus finanziellen Gründen. Vorgeschlagen wird eine „Hetlinger Lösung mit Gemeindebus“. Der Schulbus, mit dem zurzeit die Fahrt zur Schwimmhalle und zurück möglich gemacht wird, wird vom Schulträger der GS Haseldorfer Marsch finanziert. Ein „Ausstieg“ Hetlingens aus der Mitfinanzierung der Fahrten zur Schwimmhalle müsste mit den Haseldorfer Gemeindevertretern verhandelt werden; dabei ist allerdings zu bedenken, dass die Hetlinger Schüler und Schülerinnen den Bus auch zu zahlreichen anderen Gelegenheiten, meist kostenlos, mitnutzen (Fahrten zwischen den Standorten zu Festen, Lauftagen, Bundesjugendspielen, Fahrten zu Ausflügen in

die nähere Umgebung, Einladungen zu Projekten an Nachbarschulen und vieles andere mehr).

Aus pädagogischer Sicht sind gemeinsame Fahrten aller Drittklässler beider Standorte eindeutig die sehr viel bessere Lösung.
Bei einer „Hetlinger Lösung", die die Nutzung des Gemeindebusses für Fahrten zum Schwimmunterricht vorsieht, bleiben zudem rechtliche Fragen ungeklärt, wie z. B. die Beaufsichtigung der Schüler im und am Bus sowie die Anforderungen an den Fahrer (Personenbeförderungsschein).
Ein neuer Standort für den Schwimmunterricht, wie ebenfalls vorgeschlagen, könnte evtl. finanzielle Einsparungen möglich machen; da die Uetersener Halle im Herbst 2017 für mehrere Wochen wegen Sanierung geschlossen sein wird, müssen ohnehin andere Möglichkeiten ausgelotet werden. Dennoch bleibt die Uetersener Halle (nach ihrer Sanierung) die „erste Wahl", da sie sich von ihrer Konzeption her ideal für unseren Schwimmunterricht eignet, Bademeister und andere Bedienstete im Falle personeller Engpässe bereit und in der Lage sind, einzuspringen und die Schule auf die ihr zur Verfügung gestellten Schwimmzeiten aus stundenplantechnischen Gründen angewiesen ist.
Weitere Informationen zum Thema finden sich im Internet: Aktion der DLRG, des Deutschen Kinderschutzbundes, des Bildungsministeriums u. a. für das Schwimmenlernen in der Grundschule.

Aus der Summe aller Argumente ergibt sich für die Schulleitung der Grundschule Haseldorfer Marsch ein eindeutiges Plädoyer für die Weiterführung des Schwimmunterrichtes in seiner jetzigen Form.

Mit freundlichem Gruß

gez.

Joachim Kähler
-Schulleiter-

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0038/2017/HET/BV

Fachbereich:	Bauen und Liegenschaften	Datum:	26.04.2017
Bearbeiter:	Stefan Rieger	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Wegeausschuss der Gemeinde Hetlingen	18.05.2017	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen	01.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Aufstellen einer weiteren Straßenlampe an der Ecke Hauptstraße/Feldstroot

Sachverhalt:
Der Bereich an der Ecke Hauptstraße/Feldstroot ist abends / Nachts komplett dunkel, da dort keine Straßenlampe vorhanden ist.

Stellungnahme der Verwaltung:
Es ist, nach Rücksprache der Verwaltung mit der Bürgermeisterin und einer Begehung vor Ort, festgestellt worden, dass die Beleuchtung in dem Einmündungsbereich Ecke Hauptstraße/Feldstroot nicht ausreichend vorhanden ist. Das Aufstellen einer Straßenlaterne wäre sinnvoll. Die Kosten würden sich, für die komplette Installation, auf ca. 1.900,00€ belaufen.

Die Verwaltung befürwortet die Aufstellung einer Lichtpunkteinheit, um die bessere Ausleuchtung der Einmündung gewährleisten zu können.

Finanzierung:
Die Finanzierung muss im Rahmen der ersten Nachtragshaushaltsplanung sichergestellt werden.

Fördermittel durch Dritte: Keine

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Wegeausschuss der Gemeinde Hetlingen empfiehlt / der Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen / die Gemeindevertretung Hetlingen beschließt diese Arbeiten durchführen zu lassen. Die erforderlichen Mittel werden im Haushalt 2017 bereitgestellt.

_____
Monika Riekhof

Anlagen: keine

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0041/2017/HET/BV

Fachbereich:	Bauen und Liegenschaften	Datum:	27.04.2017
Bearbeiter:	Von Wolffersdorff	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Wegeausschuss der Gemeinde Hetlingen	18.05.2017	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen	01.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Geruchsbelästigung im Vereinsraum der Feuerwehr

Sachverhalt:

Eine Einwohnerin berichtete in einer der letzten Sitzungen von erheblichen Geruchsbelästigungen im Vereinsraum der Feuerwehr.

Stellungnahme der Verwaltung:

Am 27.04.17 wurde das Gebäude inkl. Vereinsraum im Rahmen der Sockelsanierung begangen. Anwesend waren u.a. zwei Vertreter der ausführenden Firmen, der projektleidende Architekt von Planpark Architekten, ein Sachverständiger für Bauschäden, der Bauausschussvorsitzende und ein Vertreter der Verwaltung. Von den sechs Beteiligten wurde der Geruch nicht als belästigend oder intensiv wahrgenommen. Es wurde besprochen Angebot für eine Raumluftuntersuchung einzuholen. Bisher liegt ein Angebot vor. Die Raumluftanalyse gibt Auskunft zu Art, Menge und gesundheitlicher Bewertung: Angebotshöhe = 1.404,44 € Brutto
Bei einer Quellensuche wären u.U. Materialuntersuchungen verdächtiger Baustoffe notwendig: Angebotshöhe je Materialprobe = 540,26 €

Finanzierung:
Haushaltsmittel stehen unter dem Ansatz Bewirtschaftungskosten zur Verfügung.

Fördermittel durch Dritte:
keine

Beschlussvorschlag:
Der Bau- und Wegeausschuss / Der Finanzausschuss empfiehlt bzw. Die Gemeindevertretung beschließt:

Die Geruchsbelästigung im Vereinsraum soll untersucht werden. Die Verwaltung wird beauftragt ein weiteres Angebot einzuholen. Das günstigste Angebot soll beauftragt werden sowie ggf. weitere notwendige Materialuntersuchungen.

ODER

Es ist auf eine ausreichende Lüftung der Räumlichkeiten zu achten.

_____
Bürgermeisterin M. Riekhof

Anlagen:

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0041/2017/HET/BV

Fachbereich:	Bauen und Liegenschaften	Datum:	27.04.2017
Bearbeiter:	Von Wolffersdorff	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Wegeausschuss der Gemeinde Hetlingen	18.05.2017	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen	01.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Geruchsbelästigung im Vereinsraum der Feuerwehr

Sachverhalt:

Eine Einwohnerin berichtete in einer der letzten Sitzungen von erheblichen Geruchsbelästigungen im Vereinsraum der Feuerwehr.

Stellungnahme der Verwaltung:

Am 27.04.17 wurde das Gebäude inkl. Vereinsraum im Rahmen der Sockelsanierung begangen. Anwesend waren u.a. zwei Vertreter der ausführenden Firmen, der projektleidende Architekt von Planpark Architekten, ein Sachverständiger für Bauschäden, der Bauausschussvorsitzende und ein Vertreter der Verwaltung. Von den sechs Beteiligten wurde der Geruch nicht als belästigend oder intensiv wahrgenommen. Es wurde besprochen Angebot für eine Raumluftuntersuchung einzuholen. Bisher liegt ein Angebot vor. Die Raumluftanalyse gibt Auskunft zu Art, Menge und gesundheitlicher Bewertung: Angebotshöhe = 1.404,44 € Brutto
Bei einer Quellensuche wären u.U. Materialuntersuchungen verdächtiger Baustoffe notwendig: Angebotshöhe je Materialprobe = 540,26 €

Finanzierung:
Haushaltsmittel stehen unter dem Ansatz Bewirtschaftungskosten zur Verfügung.

Fördermittel durch Dritte:
keine

Beschlussvorschlag:
Der Bau- und Wegeausschuss / Der Finanzausschuss empfiehlt bzw. Die Gemeindevertretung beschließt:

Die Geruchsbelästigung im Vereinsraum soll untersucht werden. Die Verwaltung wird beauftragt ein weiteres Angebot einzuholen. Das günstigste Angebot soll beauftragt werden sowie ggf. weitere notwendige Materialuntersuchungen.

ODER

Es ist auf eine ausreichende Lüftung der Räumlichkeiten zu achten.

_____
Bürgermeisterin M. Riekhof

Anlagen:

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0050/2017/HET/BV

Fachbereich:	Bürgerservice und Ordnung	Datum:	11.05.2017
Bearbeiter:	Julia Furchert	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig- Holstein (RAD.SH)

Sachverhalt:
Am 28.03.2017 wurde in Neumünster die Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein (RAD.SH) gegründet.

Folgende Kommunen sind bereits Mitglied: Stadt Kellinghusen, Landeshauptstadt Kiel, Stadt Mölln, Stadt Neumünster, Stadt Norderstedt, Stadt Niebüll, Stadt Preetz, Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg AöR, Kreis Segeberg, Gemeinde Timmendorfer Strand.
Seit der Gründung haben Barsbüttel, Kaltenkirchen, Henstedt-Ulzburg und Leck ihren Beschluss zum Beitritt gefasst.

Offiziell startet RAD.SH im Rahmen der jährlich vom Land durchgeführten Fachtagung Radverkehr im Herbst 2017.

In der Anlage sind Informationen zu den Aufgaben von RAD.SH und den Vorteilen für die Mitgliedskommunen enthalten.

Damit die Gemeinde Mitglied werden kann, sind folgende Dinge erforderlich:

- Beschluss der Selbstverwaltungsgremien
- Benennung einer Ansprechpartnerin oder eines Ansprechpartners
- Entrichtung der Beiträge
- Absicht zur Umsetzung einfacher Maßnahmen
- Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit

Stellungnahme der Verwaltung:
Es wird um Beratung und Beschlussfassung seitens des Gremiums gebeten.

Finanzierung:
Die Beiträge betragen für ordentliche Mitglieder bis 5.000 Einwohner 500,00 Euro im Jahr und für Mitglieder von 5.001 bis 10.000 Einwohnern 750,00 Euro jährlich.

Fördermittel durch Dritte:
-entfällt-

Beschlussvorschlag:
A: Die Gemeinde beschließt der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein (RAD.SH) beizutreten.

B: Die Gemeinde beschließt der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein (RAD.SH) nicht beizutreten.

_____
Riekhof

Anlagen:
Broschüre RAD.SH, Infobrief 1 – RAD.SH



Dr. Frank Nägele

Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein

Radverkehr braucht Unterstützer und Strukturen

Radverkehr wird immer wichtiger – in der Freizeit, im Alltag, im Tourismus. Radverkehr als ein Grundpfeiler für nachhaltige Mobilität ist bei geringem Flächenbedarf leise, trägt zu einem munteren Stadtbild bei und leistet nicht zuletzt einen positiven Beitrag zur Gesundheit. Daher wollen viele Kommunen den Fahrradverkehr weiterentwickeln und attraktiver gestalten.

In vielen Bundesländern bestehen bereits Arbeitsgemeinschaften „Fahrradfreundlicher Verkehr", um kommunale Lösungen in gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit zu erarbeiten. Positive wie negative Erfahrungen werden im professionellen Rahmen eines kommunalen Vereins bewertet und ausgetauscht.

Der Landtag hat daher Mittel bereitgestellt, um auch im echten Norden die Gründung einer solchen Arbeitsgemeinschaft für Gemeinden, Ämter und Kreise zu unterstützen.

In einer kleinen, ehrenamtlichen Arbeitsgruppe wurden bereits erste Schritte vorbereitet. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken.

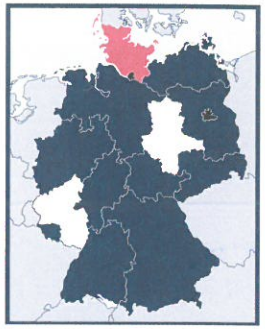
Ich wünsche Ihnen viel Erfolg.

Ihr Frank Nägele





RAD.SH – der Verein für Fuß- und Radverkehr



In der Mehrheit der Bundesländer gibt es bereits Arbeitsgemeinschaften fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise oder werden vorbereitet. In Anlehnung an deren Satzungen wurde ein Entwurf erstellt. In Schleswig-Holstein wird der Beitritt ohne große Hürden ermöglicht. Der Schwerpunkt der Tätigkeit ist auf die kommunale Praxis ausgerichtet.

Dazu gehören:

- Fortbildungsmaßnahmen
- Beratung von Mitgliedern
- Pflege und Vermittlung von Kontakten zu anderen Institutionen
- Mitgliederinformationen und Vernetzung der Akteure
- Durchführung jährlicher kommunaler Konferenzen
- eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit
- eine Geschäftsstelle unterstützt die Mitglieder, betreut die Gremien und präsentiert nach außen



Gründungsmitglied werden



Erforderlich sind:

- Beschluss der Selbstverwaltungsgremien, Fuß- und Radverkehr fördern zu wollen
- Benennung einer/s AnsprechpartnerIn
- Entrichtung der Beiträge
- Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit

Die Mitgliedschaft steht offen für:

- kommunale Gebietskörperschaften
- Aufgabenträger kommunaler Gebietskörperschaften

Mitgliedsbeiträge - Vorschlag

Einwohner	Jahresbeitrag
0 - 5.000	500 €
5.001 - 10.000	750 €
10.001 - 20.000	1.000 €
20.001 - 50.000	2.000 €
50.001 - 100.000	3.000 €
ab 100.001	4.000 €
Fördermitglieder ohne Anspruch auf Leistungen (natürliche Personen)	ab 25 €
Fördermitglieder ohne Anspruch auf Leistungen (juristische Personen)	ab 100 €
Touristische Verbände	noch nicht festgelegt
Land Schleswig-Holstein	

Gute Gründe für die Mitgliedschaft

- Austausch von Informationen und Vernetzung von Kommunen untereinander
- Gemeinsame Materialien als Muster und Vorlagen für Bürgerinformationen, Beschlüsse, Faltblätter, Ausstellungen, Infotafeln, Aktionsideen etc.
- Gemeinsame Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung bei Veranstaltungen und Aktionen
- Fachveranstaltungen, Exkursionen und Fortbildung
- Vernetzung zur gemeinsamen Beauftragung von Planungs- und Bauleistungen
- Information über Fördermöglichkeiten; Hilfe bei Antragsstellungen
- Radverkehr in Alltag, Freizeit und Tourismus
- Verknüpfung des Fuß- und Radverkehrs mit dem Öffentlichen Verkehr
- Berücksichtigung des Fußverkehrs und der Nahmobilität
- Mitwirkung bei der Verbesserung der Förder- und Finanzierungsregelungen, enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden
- Schaffung eines größeren politischen Gewichts für den Fuß- und Radverkehr



Auszeichnung fußgänger- und fahrradfreundliche Kommunen

Fußgänger- und fahrradfreundliche Kommunen können sich auszeichnen lassen. Sie stellen sich Kriterien, deren Erreichung durch eine Kommision geprüft werden. Die Auszeichnung ist zeitlich befristet und kann verlängert werden. Zertifiziert werden ausschließlich Mitglieder der RAD.SH.



Interesse?

Bitte nehmen sie Kontakt mit uns auf.

AnsprechpartnerInnen:

Kirsten Kock, Verkehrsclub Deutschland, Landesverband Nord (VCD Nord)
info@RAD.SH | 0431/986 46-26

Carsten Massau, Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC), Landesverband Schleswig-Holstein
info@RAD.SH | 0431/670 750 33

www.RAD.SH

Fotos: Edwin Süselbeck und Kirsten Kock
V.i.S.d.P.: Carsten Massau
4. Auflage September 2016



RAD.SH

Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein

Zusammenarbeit mit touristischen Organisationen

Am 17.11.2015 fand ein Gespräch mit Kerstin Schneider (Tourismusreferat im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie), Arne Loeper (Referat VII 4110 im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie) und Herrn Prüß (Geschäftsführer der Schleswig-Holstein Binnenland Tourismus e.V. (SHBT)) statt. Zusätzlich wurde die RAD.SH am 8.6.2016 im Rahmen der touristischen RAD AG im Wirtschaftsministerium unter Leitung von Frau Schneider vor 18 Touristikern präsentiert.

In beiden Gesprächen wurde klar, dass touristische Organisationen an weiteren Verbesserungen der Radverkehrsbedingungen interessiert sind. Handelnde Akteure sind aber Land und Kommunen.

Vorstellung auf den Fachtagungen Radverkehr 2015 und 2016

Am 24.9.2015 haben wir (ADFC/VCD) das erste Mal die RAD.SH mit einem Vortrag öffentlich vorgestellt, und zwar auf der Fachtagung Radverkehr in Tönning mit insgesamt 62 Teilnehmern.

Am 13.10.2016 stellten wir die RAD.SH ein zweites Mal auf der Fachtagung Radverkehr vor, diesmal in Kiel mit insgesamt 50 Teilnehmern. Zusätzlich berichtete Frau Fuchs aus der Geschäftsstelle der AGFS aus Nordrhein-Westfalen, der ältesten dieser Arbeitsgemeinsachaften, über die vielen Vorteile eines solchen Vereins.



Fachtagung Radverkehr am 13.10.2016 in Kiel



Durchführung von Workshops für interessierte Kommunen

Es wurden drei Workshops für interessierte Kommunen durchgeführt, und zwar am 2.12.2015 in Neumünster, am 8.3.2016 in Norderstedt und am 23.5.2016 in Preetz. Die Veranstaltungen dauerten etwa 2 Stunden.



1. Workshop am 2.12.2015 in Neumünster

Einladungen zu einem der drei Workshops gingen an

- Kreis Bad Segeberg
- Stadt Bargteheide
- Stadt Eckernförde
- Stadt Elmshorn
- Stadt Eutin (Mobilitätsbeirat)
- Stadt Geesthacht
- Stadt Glückstadt
- Stadt Heide
- Stadt Flensburg
- Stadt Itzehoe
- Stadt Kellinghusen
- Landeshauptstadt Kiel
- Stadt Lübeck
- NAH.SH
- Stadt Neumünster
- Stadt Norderstedt
- Kreis Nordfriesland
- Stadt Pinneberg
- Stadt Plön
- Stadt Preetz
- Amt Preetz Land
- Stadt Ratzeburg
- Stadt Rendsburg
- Stadt Schenefeld
- Stadt Schleswig (ADFC)
- Verkehrsministerium
- Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg AöR

Eine Mitgliedschaft prüfen

- Stadt Elmshorn
- Stadt Flensburg
- Stadt Geesthacht
- Stadt Glückstadt
- Stadt Itzehoe
- Stadt Norderstedt
- Stadt Pinneberg
- Kreis Segeberg
- KielRegion

Die Gründung beschlossen haben

- Landeshauptstadt Kiel
- Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg AöR
- Gemeinde Timmendorfer Strand
- Stadt Neumünster
- Stadt Preetz
- Stadt Mölln

Vorstellung bei der Stadt Rendsburg und der Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg AöR

Am 25.2.16 erfolgte eine Vorstellung der RAD.SH im Umweltausschuss der Stadt Rendsburg. Dort beschloss man, dass statt der Stadt Rendsburg doch besser die Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg AöR eine Mitgliedschaft prüfen soll. Daraufhin stellten wir am 20.4.16 in Jevenstedt dem Vorstand und am 25.5.16 in Rendsburg dem Vorstand und dem Verwaltungsrat das Konzept vor. Direkt im Anschluss wurde beschlossen, die RAD.SH mitzugründen.

Satzung - Entwurf

Es wurde ein Satzungsentwurf entwickelt, der insbesondere zusätzlich zur Fahrradfreundlichkeit den Aspekt der Fußgängerfreundlichkeit und der Nahmobilität verdeutlicht. Der Satzungsentwurf sieht einen niedrigschwelligen Beitritt vor und die Vergabe eines Zertifikates „fußgänger- und fahrradfreundliche Stadt".

Mitgliedsbeiträge - Vorschlag

Es wurden Vorschläge für Mitgliedsbeiträge erarbeitet (s. Tabelle).

Einwohner	Jahresbeitrag
0 - 5.000	500 €
5.001 - 10.000	750 €
10.001 - 20.000	1.000 €
20.001 - 50.000	2.000 €
50.001 - 100.000	3.000 €
ab 100.001	4.000 €
Fördermitglieder ohne Anspruch auf Leistungen (natürliche Personen)	ab 25 €
Fördermitglieder ohne Anspruch auf Leistungen (juristische Personen)	ab 100 €
Touristische Verbände	noch kein Vorschlag
Land Schleswig-Holstein	

Weiteres Vorgehen

Aus sechs Kommunen liegen mittlerweile Beschlüsse vor, RAD.SH gründen zu wollen bzw. aus einer Kommune, Mitglied zu werden. Weitere Kommunen und ein Kreis haben ihr Interesse signalisiert, mitzugründen.

Im Herbst 2016 werden die 130 bisher nicht angesprochenen Städte, Ämter und Kreise sowie alle bereits Informierten über den aktuellen Stand der RAD.SH informiert.

Sobald mindestens 8 Gründungskommunen bereit stehen, kann die Gründung konkret vorbereitet werden. Dazu muss ein Satzungsentwurf und eine Organigramm erstellt werden. Anschließend müssten mehrere Vorbereitungsversammlungen durchgeführt werden, um sich final auf die Satzung zu einigen, mögliche Vorstandsmitglieder zu finden, den Geschäftssitz festzulegen und die Stellenausschreibung für die Geschäftsführung vorzubereiten. Nach Einigung auf eine Satzung wird diese noch einmal abschließend juristisch geprüft.

Gründung und offizieller Start 2017

Im Frühsommer 2017 könnte die Gründungsversammlung stattfinden. Nach erfolgter Eintragung ins Vereinsregister entscheidet die RAD.SH e.V. als juristische Person, ob sie bis zur Funktionsfähigkeit der Geschäftsstelle auf weitere externe Unterstützung von Seiten des VCD und ADFC zurückgreifen will.

Der offizielle Start der **RAD.SH** könnte dann auf der nächsten Fachtagung Radverkehr im Herbst 2017 stattfinden.

Seminar 29.5. - 2.6.2017 in Malente

Für den 29. bis 2.6.2016 ist das Seminar „Mobilität, Urbanität, Lebensqualität: Vom autogerechten Land zu neuen Konzepten qualitativer Mobilität“ in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente geplant, in dem es die beiden ersten Tage nur um die RAD.SH geht (http://www.heinemann-bildungsstaette.de/59.html).

AnsprechpartnerInnen:

Kirsten Kock, Verkehrsclub Deutschland, Landesverband Nord (VCD Nord)
info@RAD.SH | 0431/986 46-26

Carsten Massau, Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC), Landesverband Schleswig-Holstein
info@RAD.SH | 0431/670 750 33

www.**RAD**.SH

Fotos: Alexander Grunwald-Gräf und Annika Jongeling
V.i.S.d.P.: Carsten Massau
2. Auflage November 2016

Infobrief 1 - RAD.SH

Auf der Basis der Ergebnisse einer Vorbereitungsgruppe zum Thema fahrradfreundliche Kommunen hatte das Wirtschafts- und Verkehrsministerium 2015 70.000 € für Maßnahmen bereitgestellt, um in Schleswig-Holstein, ähnlich wie in 10 anderen Flächenländern in Deutschland, die Gründung eines Vereins „fahrradfreundlicher Kommunen“ voran zu treiben. Nach ersten vorbereitenden Arbeiten wurden der ADFC und VCD mit der Akquise von Kommmunen und der Gründung beauftragt. Akteure sind: Carsten Massau (ADFC), Kirsten Kock (VCD) sowie ehrenamtlich Edwin Süselbeck (ADFC) und Heinz-Hermann Ingwersen (VCD).

Zusammenfassung der bisherigen Aktivitäten der Vorbereitungsgruppe und der Projektarbeit:

- Satzungsentwurf und Vorschlag für eine Beschlussvorlage,
- Infomaterial (Faltblatt, Roll-Up, Infobrief 1),
- Internetseite angelegt: www.RAD.SH,
- 39 Kommunen angesprochen,
- 5 Multiplikatorengespräche durchgeführt,
- 3 regionale Workshops durchgeführt,
- 3 lokale Vorträge gehalten,
- 2 Vorstellungen auf den Fachtagungen Radverkehr 2015 und 2016.


RAD.SH

Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Radverkehrsförderung in Schleswig-Holstein

RAD.SH-Infoveranstaltung für interessierte Kommunen, Ämter und Kreise
am 23. Mai 2016 in Preetz
Informationen und Anmeldungen bei Carsten Massau
Telefon: 0431 / 670 7503 3
info@RAD.SH

Radverkehr braucht Unterstützer und Strukturen

Ihr Frank Nägele

Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein

Domain, Internetseite und E-Mail-Adressen

Es wurden folgende Domains gesichert:
www.rad.sh, www. rad-sh.de, www.sh-rad.de
Es wurde eine Internetseite eingerichtetet: www. rad.sh (s. Bild)

Es wurden E-Mail-Adressen nach dem Muster Vorname.Nachname@RAD.SH eingerichtet.

Akquise von Kommunen

Es wurden insgesamt über 55 Verwaltungsmitarbeiter oder Kommunalpolitiker in 39 Kommunen persönlich angesprochen. Wir haben uns gezielt an Kommunen gewandt, bei denen uns gewisse Aktivitäten in der Radverkehrsförderung (z.B. Radverkehrskonzept, Radverkehrsbeauftragte, STADTRADELN, Bike & Ride-Anlagen) bekannt waren und wir uns eine größere Chance auf Gründungsbereitschaftschaft erhofften.

HETLINGER MÄNNERTURNVEREIN VON 1903 e. V.

Turnen – Fußball – Tennis – Tischtennis – Floorball

HMTV von 1903 e. V., Cranz 7, 25491 Hetlingen

Gemeinde Hetlingen
Frau Bürgermeisterin
Monika Riekhof
Haferland 1

25491 Hetlingen

Vorsitzender:
Robert Wieber
Cranz 7
25491 Hetlingen

Hetlingen,
3. Mai 2017

Antrag auf Aufstellung eines Schaukastens im Zugangsbereich zur Mehrzweckhalle Hetlingen

Antragsteller:
HMTV, Vorsitzender Robert Wieber, Cranz 7, 25491 Hetlingen, Tel.: 0170 / 210 46 46,
e-mail: Vorstand@HetlingerMTV.de

Standort des Montagevorhabens:
Hauptstr. 65, 25491 Hetlingen, Zugangsbereich zur Mehrzweckhalle
an der linken Seite gelegen Höhe Einfahrtsbereich zum Geräteraum der Feuerwehr links neben der KiTa-Hinweis-Tafel mit Vorderseite der Tafel Richtung Parkplatzbereich vor der Mehrzweckhalle (s. Foto)

Grundstückseigentümerin:
Gemeinde Hetlingen, Bürgermeisterin Monika Riekhof, Haferland 1, 25491 Hetlingen

HETLINGER MÄNNERTURNVEREIN VON 1903 e. V.

Turnen – Fußball – Tennis – Tischtennis – Floorball

Montagebeschreibung der beantragten Objektes:

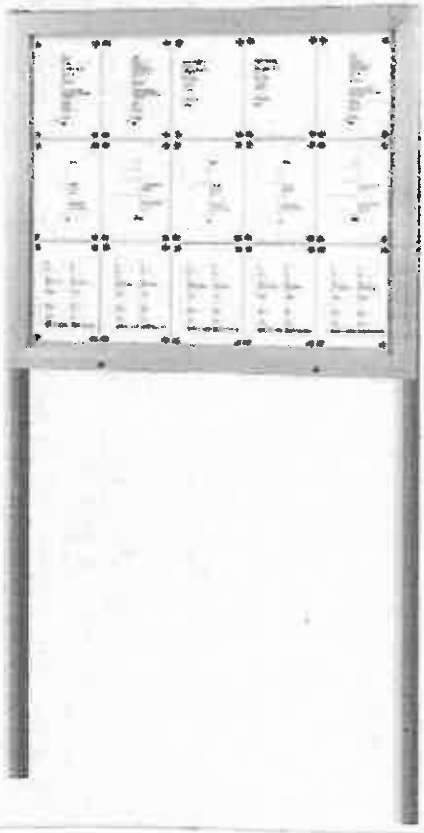
Schaukasten15 x DIN A4 mit Ständern (Erdmontage oder Bodenmontage)

Eleganter Aluminium-Schaukasten, silber eloxiert in Ev1/E6 mit schlagfester Front aus Sicherheitsglas (ESG). Verschließbar, inkl. 2 Schlüsseln. Rückwand aus speziell beschichtetem Stahlblech, magnethaftend und mit speziellen Markern beschreibbar. Für den Innenbereich mit B1-Norm (schwer entflammbar) und Aussenbereich durch umlaufende Abdichtung geeignet, absolut wetterfest und wasserdicht. Keine scharfen Kanten und Ecken durch das innovative Profildesign, dadurch ist der Schaukasten bestens geeignet zur Verwendung in öffentlich zugänglichen Bereichen. Die Frontscheibe wird in geöffnetem Zustand durch eine Metallarretierung und Gasdruckdämpfer gehalten. Lieferung erfolgt inklusive passender Ständeranlage zum Einbetonieren

Produktmerkmale im Überblick:

- Rückwand aus Stahlblech magnetisch
- weiße Oberfläche der Rückwand beschreibbar
- verschließbar inkl. 2 Schlüsseln
- wetterbeständig für Innen- und Außeneinsatz
- silber eloxiert in EV1/E6
- Frontscheibe aus Sicherheitsglas (ESG)
- starker Gasdruckdämpfer unterstützt Öffnung
- Ständeranlage zur Erdmontage

Technische Daten:
Format 15 x DIN A4 (5x3)
Sichtmaß 1118 x 940 mm
Rahmenmaß 1245 x 1067 x 46,6 mm
Öffnungsrichtung nach oben
Arretierung Gasdruckdämpfer
Höhe 2500 mm
Profilmaß Ständeranlage 60 x 40 mm

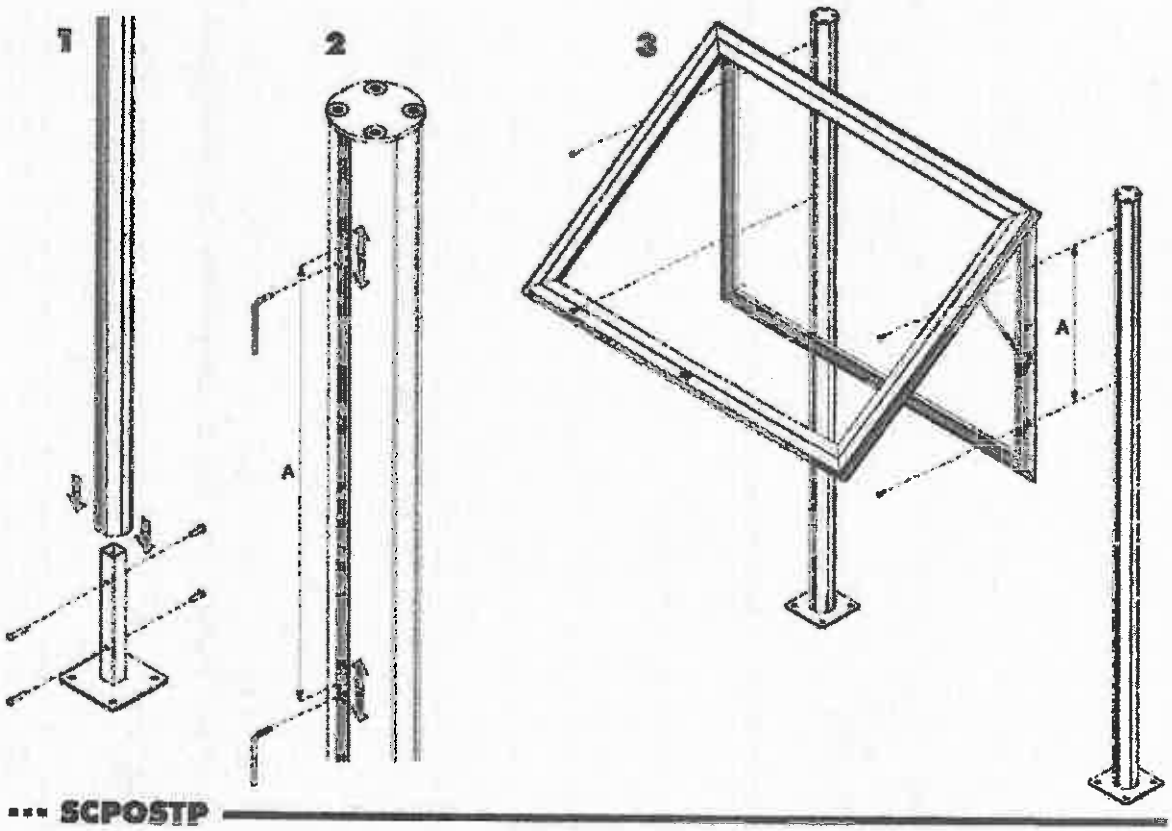


Vorsitzender: Robert Wieber, Cranz 7, 25491 Hetlingen, Tel.: 0170 / 210 46 46
E-Mail: Vorstand@HetlingerMTV.de
Bankverbindung: Raiffeisenbank Elbmarsch eG / BLZ: 22163114 Konto-Nr.: 403679
IBAN: DE98221631140000403679 / BIC: GENODEF1HTE

HETLINGER MÄNNERTURNVEREIN VON 1903 e. V.

Turnen – Fußball – Tennis – Tischtennis – Floorball

Montageskizze:



Für die Anlieferung des Schaukastens vom HMTV vorgesehene Firma:
Druck- Power Werbeberatung, Inh. Günter Nichts,
Blink 13, 25491 Hetlingen

Datum / Unterschrift / Stempel: 3.5.17

Hetlinger Männer-Turnverein von 1903 e. V. 25491 Hetlingen

Vorsitzender: Robert Wieber, Cranz 7, 25491 Hetlingen, Tel.: 0170 / 210 46 46
E-Mail: Vorstand@HetlingerMTV.de
Bankverbindung: Raiffeisenbank Elbmarsch eG / BLZ 22163114 Konto-Nr.: 403679
IBAN: DE98221631140000403679 / BIC: GENODEF1HTE

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0055/2017/HET/BV

Fachbereich:	Finanzen	Datum:	15.05.2017
Bearbeiter:	Horst Tronnier	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Hetlingen	15.06.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Kunstrasenprojekt des HMTV

Sachverhalt:

Der Sport,- Kultur- und Umweltausschuss der Gemeinde Hetlingen hat in seiner Sitzung am 10.05.2017 die Verwaltung beauftragt, für die gemeinsame Sondersitzung am 15. Juni 2017 die Möglichkeiten der Finanzierung und Abwicklung einer Bürgschaft für das Kunstrasenprojekt des Sportvereins auszuarbeiten.

Das Investitionsvolumen für das Projekt Kunstrasen liegt gemäß Aussage des Vereins bei ca. 250.000,00 €. Die Finanzierung wurde in der SKU-Ausschusssitzung mit 75.000,00 € aus Eigenmitteln des Vereins, mit 75.000,00 € Förderung des Landes Schleswig-Holstein, mit 50.000,00 € als Zuschuss des Kreises Pinneberg und schließlich mit 50.000,00 € als Zuschuss der Gemeinde angegeben. Die Vereinsmittel sollen über eine Bürgschaft der Gemeinde finanziert werden.
Unabhängig von der baurechtlichen Einschätzung des Projektes werden auf der Basis der Beratungsergebnisse des SKU-Ausschusses vom 10.05.2017 Finanzierungsmöglichkeiten nachstehend aufgezeigt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Weitere als die in der SKU-Ausschusssitzung angedeuteten Finanzierungsmöglichkeiten konnten seitens der Verwaltung nicht eruiert werden. Die in der Sitzung des Ausschusses dargestellten Finanzierungswege können also grundsätzlich bestätigt werden. Allerdings stellen sich nach Prüfung der Förderungsrichtlinien die Wertangaben verwaltungsseitig zum Teil anders dar. Auch bezüglich des Wunsches des Vereins nach einer Bürgschaft für den Vereinsanteil wie auch zur Finanzierung eines Gemeindeanteils sind Anmerkungen zu treffen.

Finanzierung:
Siehe Fördermittel durch Dritte.

Fördermittel durch Dritte:
Die Investitionsförderung des Landes Schleswig-Holstein für den Neubau, den Umbau und die Sanierung von Sportstätten sowie für den Ankauf bestimmter langlebiger Sportgeräte hat das Land dem Landessportverband (LSV) übertragen. Antragsberechtigt sind nur gemeinnützige Mitgliedsvereine und –verbände des LSV. Ein Rechtsanspruch auf die Förderung besteht nicht. Die Richtlinien über die Förderung des LSV sind dieser Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügt. Einem Anhang zu den Richtlinien ist zu entnehmen, dass für Kunstrasen-Sportplätze eine Zuwendung in Höhe von 20 %, max. 50.000,00 € (!) denkbar ist. Die weiteren Vorgaben sind den Richtlinien zu entnehmen. In der Sitzung des SKU-Ausschusses ist die Landesförderung gemäß Protokoll mit 75.000,00 € angegeben worden.
Der Kreis Pinneberg hat – wie das Land - eine Sportförderungsrichtlinie (Anlage 2) und bezuschusst den Neubau und Umbau sowie die Erweiterung und Sanierung von Sportanlagen und Gemeinschaftseinrichtungen von gemeinnützigen Sportvereinen. Der Kreistag hat die Richtlinie dahingehend geändert, dass die Zuwendungshöhe nicht mehr wie bisher von der Finanzkraft der Gemeinde abhängig gemacht wird. Die beigefügte Fassung enthält diese erst kürzlich beschlossenen Änderungen noch nicht.
Die Höhe des Zuschusses beträgt nach der Änderung der Richtlinien 15 % der förderungsfähigen Kosten. Vereine mit einem Anteil von über 30 % an jugendlichen Mitgliedern bis 18 Jahre und jungen Menschen bis zum 26. Lebensjahr, soweit sie durch ihren Status (z.B. Schüler, Student, arbeitslos) einen entsprechend verminderten Beitrag zahlen, werden mit zusätzlich 5 % gefördert. Der Kreis Pinneberg gewährt einen Zuschuss nur, wenn die Zuschüsse von Gemeinde und Kreis zusammen mindestens 30 % der förderungsfähigen Kosten bzw. bei einem zusätzlichen Zuschuss für Vereine mit einem bestimmten Anteil an jugendlichen Mitgliedern 40 % der förderungsfähigen Kosten betragen. Die Gemeinden haben also einen gleich hohen Zuschuss wie der Kreis zu übernehmen. Anderenfalls wird der Kreis einen Zuschussantrag ablehnen.
Davon ausgehend, dass der Sportverein einen zusätzlichen Zuschuss für einen hohen Anteil jugendlicher Mitglieder erhalten kann, wären die im SKU-Ausschuss gemachten Angaben zutreffend. Kreis und Gemeinde müssten einen Zuschuss von jeweils ca. 50.000,00 € übernehmen. Ohne den zusätzlichen Zuschuss läge dieser jeweils bei 37.500,00 €.
Auch auf die Bezuschussung des Kreises besteht kein Rechtsanspruch.

Bei der Gewährung von Bürgschaften ist ein Erlass des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom 10.07.2012 zu beachten. Nach §§ 86 Abs. 1 und 95 h Abs. 1 der Gemeindeordnung (GO) darf eine Gemeinde keine Sicherheit zugunsten Dritter bestellen. Sinn dieser Regelung ist es, die Gemeinden vor Rechtsgeschäften zu schützen, die mit Risiken behaftet sind und sie daher in ihrem Vermögen, in ihrer dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit und in der stetigen Erfüllung der Aufgaben gefährden könnten. Eine Ausnahme hiervon formulieren §§ 86 Abs. 2 Satz 1 und 95 h Abs. 2 Satz 1 GO. Danach darf eine Gemeinde Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben übernehmen.

Die Übernahme der Bürgschaft bedarf der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde, wenn der Ergebnisplan des Haushaltsjahres und der drei nachfolgenden Jahre nicht ausgeglichen ist sowie der Ergebnisplan in den beiden vorangegangenen Haushaltsjahren nicht ausgeglichen war. Für die Gemeinde Hetlingen wäre die Übernahme einer Bürgschaft genehmigungspflichtig.
Neben weiteren Bestimmungen des Erlasses, der dieser Sitzungsvorlage als Anlage 3 beigefügt ist, ist auch die Vereinnahmung einer Bürgschaftsprovision vorgeschrieben. Die Provision hat den Bürgschaftsvorteil voll abzuschöpfen. In den Hinweisen des Landes zur Ausschöpfung der Einnahmemöglichkeiten wird hierauf gleichfalls hingewiesen. Gemeinden, die Fehlbetragszuweisungen erwarten, sollen den Bürgschaftsvorteil voll ausschöpfen. Anderenfalls ist davon auszugehen, dass ein Fehlbetrag nicht in vollem Umfang anerkannt wird.

Die Gemeinde Hetlingen wird aufgrund ihrer derzeitigen Haushaltssituation nicht in der Lage sein, einen Zuschuss an den Sportverein für das Projekt Kunstrasenplatz aus liquiden Mitteln zu finanzieren. Die Gemeinde müsste ihren Anteil, ohne den der Kreis Pinneberg keinen Zuschuss zahlen würde, kreditfinanzieren. Eine Kreditaufnahme ist im Rahmen der Haushaltsplanung durch die Kommunalaufsichtsbehörde genehmigungspflichtig. Inwieweit eine entsprechende Genehmigung in Aussicht gestellt werden kann, wird derzeit geprüft.

Zusammenfassend ergibt sich folgender Überblick, wenn die Förderungsbedingungen im Übrigen vollständig erfüllt werden:

Zuschuss des Landessportverbandes: 20 % der förderungsfähigen Kosten, max. 50.000,00 €
Zuschuss des Kreises Pinneberg: 15 % der förderungsfähigen Kosten, max. 20 %, wenn der Verein mehr als 30 % jugendliche Mitglieder hat
Gemeinde Hetlingen: mind. 15 % oder 20 % der förderungsfähigen Kosten, je nach Zuschuss des Kreises.

Beispielberechnung bei Höchstförderung des Landes und des Kreises:

Kosten:	ca. 250.000,00 €
Landeszuschuss:	50.000,00 €
Kreiszuschuss:	50.000,00 €
Gemeindezuschuss:	50.000,00 €
Eigenanteil des Vereins	100.000,00 €

Beschlussvorschlag:
Die Gremien der Gemeinde Hetlingen werden um Beratung gebeten.

_____
Monika Riekhof
Bürgermeisterin

Anlagen:
Richtlinie über die (Projekt-) Förderung des Landessportverbandes SH
Sportförderungsrichtlinie des Kreises Pinneberg
Erlass des Innenministeriums zur Gewährung von Bürgschaften

Richtlinie über die (Projekt-)Förderung des Landessportverbandes Schleswig-Holstein e. V.

Aufgrund des Gesetzes zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster GlüÄndStV AG) vom 1. Februar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 64) hat das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (IM) den Landessportverband Schleswig-Holstein e. V. (LSV) mit Bescheid vom 11.03.2014 mit dem Recht zur Weitergabe von Mitteln zur Projektförderung in öffentlich-rechtlicher Form beliehen.

Die Weitergabe der Projektfördermittel in öffentlich-rechtlicher Form erfolgt in entsprechender Anwendung nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO und den dazu ergangenen Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P) in ihrer jeweils gültigen Fassung. Die ANBest-P können im Internetauftritt des LSV unter www.lsv-sh.de/service/downloads, Abschnitt „Zuschussmöglichkeiten“, eingesehen und ausgedruckt werden.

Diese Richtlinie regelt die Förderung von Investitionsprojekten für den Sport durch den Landessportverband:

1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

1.1 Durch die Zuwendungen des Landessportverbandes sollen Projekte zur Unterstützung und Weiterentwicklung eines landesweiten, vielfältigen und sozialverträglichen Sportangebotes gefördert werden.

1.2 Der LSV gewährt zu diesem Zweck Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinie, § 44 LHO vom 22.April 1971 (GVOBl. Schl.-H. S. 162) i. d. F. vom 22. Juni 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 381) zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2010 (GVOBL. Schl.-H S.789) und den Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO Erlass vom 19. Dezember1974 (Amtsbl. Schl.-H. 1975, S.1), zuletzt geändert durch Erlass vom 4. Juni 2013 (Amtsbl. Schl.-H. S. 399).

Nach § 2 Abs. 3 in Verbindung mit § 5 des am 28. Dezember 2013 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetzes (GVOBl. Schl.-H. S. 404) gewährt das Land Schleswig-Holstein Zuwendungen nach der Landeshaushaltsordnung nur, wenn die Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für den Bewilligungszeitraum (siehe Bewilligungsbescheid) mindestens den festgelegten Mindestlohn von 9,18 Euro (brutto) pro Zeitstunde zahlen.

Gemäß § 2 Abs. 2 in Verbindung mit § 2 Abs. 4 des Mindestlohngesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landesmindestlohngesetz) hat der LSV bei Weitergabe der Mittel § 2 Abs. 3 Landesmindestlohngesetz bis zum Letztempfänger entsprechend zu berücksichtigen.

1.3 Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet der LSV auf Grund seines pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Mittel.

1.4 Die bereitgestellten Fördermittel sind nach dem Prinzip des Gender Mainstreaming mit dem Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter einzusetzen.

2 Gegenstand der Förderung

2.1 Gefördert werden insbesondere:

a) vorrangig die Sanierung bestehender Sportanlagen einschließlich der Vereinsheime,
b) Neubau, Umbau und Erweiterung von Sportanlagen einschließlich der Vereinsheime,
c) Anschaffung von langlebigen Sportgeräten

2.1.1 Nicht förderfähige Maßnahmen

Nicht gefördert werden Maßnahmen, soweit sie

a) im abgabenrechtlichen Sinne einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zuzurechnen sind, es sei denn, es handelt sich um einen Zweckbetrieb,
b) im abgaberechtlichen Sinne der Vermögensverwaltung zuzurechnen sind.

2.2 Die Anschaffung von Verbrauchsmaterial, wie z. B. Bälle, Schläger, Schwimmwesten, wird nicht gefördert.

Förderungsbereiche

2.3 Sanierung bestehender Sportanlagen
Die Sanierung bestehender Sportanlagen wird grundsätzlich mit 20 % der zuwendungsfähigen Kosten gefördert, soweit im Anhang dieser Richtlinie keine abweichende Regelung getroffen worden ist.

2.3.1 Für Instandhaltung und Pflegearbeiten (= Bauunterhaltungsmaßnahmen) werden keine Zuwendungen gewährt.

2.3.2. Sanierungsprojekte können mit Energiesparmaßnahmen verbunden sein. Fotovoltaikanlagen werden nicht gefördert, da sie sich refinanzieren.

2.4 Der Neubau, der Umbau und die Erweiterung von Sportstätten
Der Neubau, der Umbau und die Erweiterung von Sportanlagen werden mit 20 % der zuwendungsfähigen Kosten gefördert, soweit im Anhang zu den Bewilligungsgrundlagen keine andere Regelung getroffen ist.

2.4.1 Investitionen auf Grund von behördlichen Auflagen können gefördert werden.

2.4.2 Ein Neubau eines Vereinsheimes kann erst nach Ablauf von 20 Jahren erneut gefördert werden.

2.5 Anschaffung von langlebigen Sportgeräten

Der Kauf von Sportgeräten wird grundsätzlich mit 20 % der zuwendungsfähigen Kosten unterstützt, soweit im Anhang keine abweichende Regelung getroffen ist.

3 Zuwendungsempfängerinnen/Zuwendungsempfänger

3.1. Antragsberechtigt sind gemeinnützige Sportvereine und -verbände, sofern sie ordentliches Mitglied des Landessportverbandes Schleswig-Holstein und Träger der Maßnahme sind.

3.2. Gefördert werden auch Sportvereine mit Sitz in Schleswig-Holstein, die fachlich einem Hamburger Fachverband angegliedert sind.

3.3. Kreisfachverbände erhalten keine Zuwendungen.

3.4. Der Antragsteller muss mindestens zwei Jahre Mitglied im LSV sein.

3.5. Bei Antragstellung vor Ablauf der Mindestmitgliedschaft kann die Zustimmung vorzeitig zum Maßnahmebeginn erteilt werden. Eine Auszahlung der Zuwendung wird erst nach Erfüllung der Mindestmitgliedschaft vorgenommen.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1. Voraussetzung für eine Förderung ist, dass das Vorhaben vollständig geplant und die Gesamtfinanzierung bis auf die beantragten Mittel gesichert ist (VV Nr.1 zu § 44 LHO).
Die sächlichen und personellen Folgekosten sind grundsätzlich vom Träger zu bestreiten.

4.2. Die Förderquote beträgt höchstens 50 %, der Eigenanteil (einschl. Eigenleistungen) muss mindestens 20 % der Kosten betragen.

4.3. Am Kapitalmarkt aufgenommene Mittel sollen 50 % der Gesamtkosten nicht überschreiten.

4.4. Bei Baumaßnahmen gilt eine Zweckbindungsfrist von 25 Jahren, bei der Anschaffung von Sportgeräten beträgt die Zweckbindungsfrist 10 Jahre.

4.5. Die Bagatellgrenze für Zuwendungen gemäß Ziffer 2.1 a und b beträgt 1.000,-- Euro, wenn gemäß Ziffer 2.1 a und b die zuwendungsfähigen Kosten mindestens 5.000,- Euro betragen.
Die Bagatellgrenze für Zuwendungen gem. Ziffer 2.1 c beträgt 200,-- Euro, die zuwendungsfähigen Kosten beim Sportgerätekauf müssen mindestens 1.000 Euro betragen.

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

5.1. Investitionen werden grundsätzlich im Rahmen einer **Anteilsfinanzierung** bezuschusst.

5.2. Die sich bei der Berechnung ergebenden Förderbeträge werden im Bewilligungsbescheid/ bei der Auszahlung ggf. auf jeweils volle 50,- Euro aufgerundet.

Baumaßnahmen:

5.3. Der Höchstförderbetrag eines antragstellenden Vereins für Investitionen in Sportstätten beträgt insgesamt 60.000,- Euro und gilt für drei Jahre ab Zuwendungsdatum. Zuschüsse für Sportgeräte werden nicht auf die Höchstgrenze angerechnet.

5.4. Wird eine Förderung gemäß Ziffer 2.4 oder 2.5 beantragt, kann sich, wenn die Anlage von mehreren Vereinen betrieben wird, die Höchstfördersumme für die Gesamtmaßnahme bis zur Höhe von 90.000,00 Euro erhöhen.
Der Antrag auf Fördermittel muss von einem der beteiligten Vereine gestellt werden, welcher dann als Zuwendungsnehmer gilt.

5.5. Ein Antrag, der vor Ablauf der Dreijahresfrist gestellt wird, kann dennoch beschieden werden; eine Auszahlung der Zuwendung wird allerdings erst nach Ablauf der Frist vorgenommen.

5.6. Grundsätzlich werden Zuwendungen nicht erhöht, wenn nach dem Baubeginn Kostensteigerungen eintreten.

5.7. Planungskosten, die vor der Zustimmung zum Baubeginn entstehen, werden bei der Zuwendung für ein Bauvorhaben berücksichtigt.

Sportgeräteförderung:

5.8. Die Anschaffung von langlebigen Sportgeräten gemäß Ziffer 2.5 wird bis zur Höhe von 12.500,00 Euro pro Maßnahme unterstützt.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen bei Investitionsmaßnahmen

6.1. Bei der Realisierung einer Investition ist darüber hinaus grundsätzlich zu beachten:

6.1.1. Neubau- und Sanierungsmaßnahmen mit einem Volumen von mehr als 25.000,- Euro müssen einer baufachlichen Prüfung unterzogen werden. Diese baufachliche Prüfung kann wie bisher durch die zuständigen Stellen der Kreisbauämter, aber auch durch einen öffentlich-rechtlich bestellten Bausachverständigen erfolgen (Auskünfte hierzu erteilt die IHK).

6.1.2. Bei Hochbauten ist eine Kostengliederung nach der DIN 276 zu erstellen.

6.1.3. Das Vergaberecht ist zu beachten.

6.1.4. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb nicht als Beginn eines Vorhabens. Das Ausschreibungsverfahren gemäß VOB/VOL ist nicht als Beginn des Vorhabens zu werten(VV Ziffer 1.3).

6.1.5. Kauft ein Verein ein gebrauchtes Gebäude, so gilt als Bemessungsgrundlage für eine Zuwendung die Kaufsumme zuzüglich der erforderlichen Sanierungssumme, um die Sportstätte im Sinne des Vereins herzurichten.
Die Kaufsumme und die Sanierungskosten werden mit 20 % der zuwendungsfähigen Kosten bezuschusst. Auflage: keine weiteren Sanierungszuwendungen in den nächsten fünf Jahren.

Auszahlungen bei Baumaßnahmen:

6.2. Baumaßnahmen bis zu 25.000,- Euro zuwendungsfähiger Gesamtkosten:
Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt nach Abschluss der Maßnahme unter Vorlage des Verwendungsnachweises.

6.3. Baumaßnahmen über 25.000,- Euro zuwendungsfähige Gesamtkosten:
Die Auszahlung erfolgt entsprechend dem Baufortschritt in höchstens drei Teilbeträgen, und zwar:

6.3.1. 50 % der Zuwendung, wenn durch vorliegende Rechnungen 50 % der zuwendungsfähigen Gesamtkosten nachgewiesen werden,

6.3.2. weitere 45 % der Zuwendung, wenn die Baumaßnahme abgeschlossen ist.

6.3.3. Die Auszahlung der restlichen 5 % erfolgt nach Vorlage des fachtechnisch geprüften Verwendungsnachweises.

6.4. Zuwendungen bis zur Höhe von 50.000,- Euro können mit einem vereinfachten Verwendungsnachweis abgerechnet werden.

Auszahlungen bei Sportgeräten

6.5 Die Auszahlung der Zuwendung für langlebige Sportgeräte erfolgt nach Bezahlung der Rechnung unter Vorlage des Zahlungsbeleges und des Verwendungsnachweises.

7. Verfahren

7.1. Anträge auf Gewährung von Zuwendungen sind beim Landessportverband Schleswig-Holstein über den zuständigen Kreissportverband auf den entsprechenden Formularen einzureichen, ggf. wird vom LSV eine Stellungnahme des zuständigen Landesfachverbandes eingeholt. Die Formulare sind herunterzuladen unter www.lsv-sh.de -> Zuschussmöglichkeiten.

7.2. Die Bindungsfrist für Investitionen in Sportstätten beträgt 25 Jahre. Der Nachweis über die zweckentsprechende Nutzung erfolgt durch Eigentumsnachweis am Grundstück. Sofern der Zuwendungsempfänger nicht Eigentümer des Grundstücks ist, bedarf es für die Dauer der Zweckbindung eines vertraglich gesicherten Nutzungsrechts. Im begründeten Einzelfall kann der LSV auf Antrag vor Ablauf der Bindungsfrist eine Nutzung zu anderen, den Zielen der Sportförderung des Landes entsprechenden Zwecken, zulassen.

7.3. Im Antrag ist anzugeben, ob der Zuwendungsempfänger allgemein oder für das betreffende Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG berechtigt ist.

7.4. Will der Antragsteller aus zwingenden Gründen vor einer Entscheidung über seinen Antrag mit der Baumaßnahme beginnen oder müssen die Geräte dringend angeschafft werden, so muss die Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn oder zur vorzeitigen Anschaffung der Geräte vor der endgültigen Auftragsvergabe beim LSV beantragt und genehmigt werden.

7.5. Die Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn begründet keinen Rechtsanspruch auf eine spätere Bewilligung.

7.6. Für bereits vor Bewilligung oder vor der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn angefangene Vorhaben sowie beschaffte Geräte werden keine Zuwendungen gewährt.

7.7. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung, sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV zu § 44 LHO i. V. m. der entsprechenden Regelung insbesondere des Landesverwaltungsgesetzes (§§ 116, 117, 117a LVwG), soweit nicht in diesen Förderrichtlinien Abweichungen zugelassen worden sind.

7.8. Die Rücknahme oder der Widerruf von unanfechtbar gewordenen Zuwendungsbescheiden kann insbesondere erfolgen, wenn:

7.8.1. der Antragsteller den Betrieb der geförderten Einrichtung aufgibt und dieser nicht entsprechend den bisherigen Zuwendungszwecke von anderen nach Ziffer 3 Antragsberechtigten fortgeführt wird,

7.8.2. der Zuwendungszweck aus sonstigen Gründen nicht oder nicht mehr erfüllt wird und die Zweckbindungsfrist noch nicht erreicht ist,

7.8.3. über das Vermögen des Antragstellers ein Insolvenzverfahren eröffnet wird,

7.8.4. der Verwendungsnachweis nicht ordnungsgemäß oder nicht rechtzeitig vorgelegt wird (Ziffer 8.3.2 ANBest-P).

7.9. Kaufbelege sind für die Dauer von zehn Jahren aufzubewahren.

7.10. Zur Sicherung eines Rückzahlungsanspruchs bei Zuwendungen über 50.000,- Euro ist vor der Auszahlung der letzten Rate durch den Zuwendungsempfänger eine unverzinsliche Buchgrundschuld zu Gunsten des LSV eintragen zu lassen.

7.11 Eine Zuwendung ist anteilig zu erstatten, wenn der antragstellende Verein vor Ablauf der jeweiligen Zweckbindungsfrist die Mitgliedschaft im LSV beendet. Dies gilt auch dann, wenn der Zuwendungszweck weiterhin erfüllt wird. Die Höhe der Verzinsung ergibt sich aus Ziffer 8.4 ANBest-P.

8. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2015 in Kraft. Sie gilt bis zum 30.06.2018.

9. Anhang **Stand: Juli 2015**

Für die nachstehend aufgeführten Maßnahmen hat der LSV folgende Grundsatzbeschlüsse gefasst

A	
Abdeckungen für Matten	20 % Zuwendung
Anzeigetafeln	*keine Zuwendung*
Atemluftkompressoren	20 % Zuwendung
Auswertegeräte für Schießsport	20 % Zuwendung
B	
Ballprallwände	*keine Zuwendung*
Bälle, Ballwurfmaschinen	*keine Zuwendung*
Balance-Pads	*keine Zuwendung*
Basketballanlagen	20 % Zuwendung
Beachvolleyballanlagen (mobil)	20 % Zuwendung
Billard-Tische	20 % Zuwendung
Boote (Kanu-, Segel- oder Ruderboote, sofern die Boote im Eigentum eines Vereines sind)	20 % Zuwendung
Bootsanhänger	20 % Zuwendung
Bootslagerhallen	20 % Zuwendung – nur für Anteil vereinseigener Boote
Bootswaschplätze	20 % Zuwendung, max. 2.000,00 Euro
D	
Diskusring	20 % Zuwendung
Defibrillatoren	20 % Zuwendung
E	
EDV-Anlagen	*keine Zuwendung*
F	
Fäkalien-Absauganlagen	20 % Zuwendung, max. 4.000,00 Euro
Fechtbahnen	20 % Zuwendung
Fotovoltaikanlagen	keine Zuwendung, s. Ziffer 2.3.2
Flutlichtanlagen	20 % Zuwendung, max. 6.000,00 Euro
Freistoß-Übungsmauern	20 % Zuwendung

Freilauf-Führanlagen im Reitsport	*keine Zuwendung*
Fußball-Tennisanlagen (mobil, fahrbar, Gesamtkosten rd. 1.500,00 Euro)	20 % Zuwendung
Fußball-Minitennis (Stückpreis rd. 135 Euro)	*keine Zuwendung*
G	
Geräteschränke	*keine Zuwendung*
Gewichtheberbretter	20 % Zuwendung
Gewichtheberscheiben	20 % Zuwendung
Golfplätze Unter Golfanlagen werden der Platz, Driving-Range, Pitching-Green und ein erforderliches Vereinsheim zusammengefasst.	Kummulierte Zuwendungen bis zu 100,00 Euro pro Mitglied.
Grundstücksumzäunungen	*keine Zuwendung*
H	
Hammerwurfgitter	20 % Zuwendung
Hebebühnen für Boote	keine Zuwendung
Heizungsanlagen- Sanierung	20 %, max. 4.000,00 Euro
Hochsprunganlagen	20 % Zuwendung
Hürden	20 % Zuwendung
Hindernismaterial für Reiten	20 % Zuwendung
J	
Jugendkarts (nur vereinseigen)	20 % Zuwendung
K	
Kegelsportanlagen (nur 2-, 4- oder 6 Doppelbahnen)	10.000,00 Euro pro Doppelbahn, max. 45.000,00 Euro Höchstbetrag
Kegelstellgeräte	20 % Zuwendung
Kletterwände	20 % Zuwendung
Kopfballpendel	*keine Zuwendung*
Kopiergeräte	*keine Zuwendung*
Kraftsportgeräte	20 % Zuwendung
Kunstrasen-Sportplätze: Bau / Sanierung von Rasenfeldern / Sportplatzflächen mit Kunstrasenbelag	20 % Zuwendung, max. 50.000,00 Euro

M	
Markierungskegel	*keine Zuwendung*
Mastkräne	20 % Zuwendung, max. 4.000,00 Euro
Matten (Aikido-, Jiu-Jitsu-, Judo-, Karate-, Turnmatten)	20 % Zuwendung .
Mattentransportwagen	20 % Zuwendung
Mini-Tramp	20 % Zuwendung
Motor für Segelboote	*keine Zuwendung*
Motor für Sicherungsboot	20 % Zuwendung, max. 1.500,00 Euro
Motorschleppflugzeuge	20 % Zuwendung
Musik- und Verstärkeranlagen (sofern Musik integraler Bestandteil der Sportart ist)	20 % Zuwendung
Musikinstrumente	*keine Zuwendung*
N	
Notfallkoffer Koronarsport	20 % Zuwendung
P	
Parkplätze	*keine Zuwendung*
Pferdeanhänger	20 % Zuwendung, max. 1.500,00 Euro
Pferdeställe und Boxen für private Pferde	*keine Zuwendung*
Pfeilfangnetze	*keine Zuwendung*
R	
Radar-Messgeräte für Ballgeschwindigkeit	*keine Zuwendung*
Räder (Radball-, BMX-, Kunstradsport-, Renn-)	20 % Zuwendung
Reithallenspiegel	20 % Zuwendung
Reitpferde	*keine Zuwendung*
Rettungsinseln	*keine Zuwendung*
Rettungswesten für Tauchsport	20 % Zuwendung
Rhönräder	20 % Zuwendung
Riemen und Skulls	20 % Zuwendung
Rollbretter	*keine Zuwendung*

Ruderergometer	20 % Zuwendung
S	
Schießanlagen, konventionell oder elektronisch. Alle notwendigen Baumaßnahmen sind darin enthalten	20 % Zuwendung, max. 750 Euro pro Stand
Sicherungsboote mit Motor	20 % Zuwendung, max. 1.500 Euro
Schiedsrichterstühle	*keine Zuwendung*
Segel für Segelboote	*keine Zuwendung*
Schläger	*keine Zuwendung*
Schleppwinden	20 % Zuwendung
Schwimmwesten	*keine Zuwendung*
Segelflugzeuge	20 % Zuwendung
Skateboardbahnen	20 % Zuwendung
Slipanlagen	20 % Zuwendung, max. 4.000,00 Euro
Solarthermien Warmwasser-Aufbereitungsanlagen zum Eigengebrauch	20 % der zuwendungsfähigen Kosten, max. 5.500,00 Euro.
Spielgeräte	*keine Zuwendung*
Speere	20 % Zuwendung
Sportbekleidung	*keine Zuwendung*
Sportwaffen (nur Jugendbereich)	20 % Zuwendung
Sportrollstühle	20 % Zuwendung
Spiegelwand	20 % Zuwendung
Sprungpferd	20 % Zuwendung
Schwebebalken	20 % Zuwendung
Spannreck	20 % Zuwendung
Sprungkasten	20 % Zuwendung
Startblöcke	20 % Zuwendung
Staub- und Schleifanlagen im Segelsport	*keine Zuwendung*
Steps	*keine Zuwendung*
Stoppuhren	*keine Zuwendung*
Strandsegler	20 % Zuwendung
Streetballanlagen	20 % Zuwendung
Surfbretter	*keine Zuwendung*

Stufenbarren	20 % Zuwendung
T	
Tore	20 % Zuwendung
Trefferanzeigen für Zuschauer	*keine Zuwendung*
Trennleinen für Schwimmsport	20 % Zuwendung
Tennishallen mit einem Spielfeld – Neubau -	20 % max.20.000,00 Euro
Tennishallen mit zwei Spielfeldern – Neubau	20 % max. 40.000,00 Euro Weitere Spielfelder und zu erstellende Clubräume bleiben unberücksichtigt.
Tennishallen mit zwei oder mehr Spielfeldern – Sanierung	20 % max. 40.000,00 Euro
Tenniswände	20 % Zuwendung
Tischtennistische	20 % Zuwendung
Tischtennisnetze	*keine Zuwendung*
Turngeräte für Turnhallenerstausstattung (Nur für den Vereinsbereich)	20 % Zuwendung
Trampolin	20 % Zuwendung
Turnbänke	20 % Zuwendung
Trial-Übungsgeräte	20 % Zuwendung
U	
Uferbefestigungen	*keine Zuwendung*
V	
Voltigierpferde	20 % max. 1.000 Euro
Volleyballanlagen	20 % Zuwendung
W	
Wasserski-Zugboote	20 % Zuwendung
Wettkampfleinen für Schwimmsport	20 % Zuwendung
Z	
Zelte	*keine Zuwendung*
Zirkusgeräte (Einräder, Laufkugeln, Hochräder)	20 % Zuwendung
Zufahrten zu Sportanlagen	*keine Zuwendung*
Zuschaueranlagen	*keine Zuwendung*

R I C H T L I N I E

zur Förderung von Sportanlagen und Gemeinschaftseinrichtungen der Sportvereine

- Sportförderungsrichtlinie -

---

§ 1

Förderungsgrundsätze

(1) Der Kreis Pinneberg gewährt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse an gemeinnützige Sportvereine für den Neubau und Umbau sowie die Erweiterung und Sanierung von Sportanlagen und Gemeinschaftseinrichtungen, soweit die förderungsfähigen Kosten mehr als 10.000 Euro betragen.

(2) Nicht bezuschusst werden
a) Kostengruppen 100 und 200 der DIN 276,
b) Grundstückseinfriedigungen,
c) Parkplätze,
d) Zufahrten zu Sportanlagen,
e) Zuschaueranlagen,
f) Bepflanzungen,
g) Richtfeste,
h) Bereiche, die dem Begriff des „wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs“ im Sinne der Abgabenordnung zuzuordnen sind,
i) Aufwendungen, die infolge unterlassener baulicher Unterhaltung entstanden sind.

§ 2

Antragstellung

Anträge auf Gewährung von Zuschüssen sind bis zum 01.08. eines Jahres für das folgende Kalenderjahr beim Kreis Pinneberg - Fachdienst Schule, Kultur und Sport - auf den entsprechenden Formularen zu stellen. Den Anträgen sind alle für die Prüfung und Kostenermittlung bzw. -festsetzung notwendige Unterlagen beizufügen. Sofern der gesetzte Termin nicht eingehalten wird, ist eine Förderung im Folgejahr ausgeschlossen.

§ 3

Förderungsvoraussetzungen

(1) Der Bedarf und die Dringlichkeit für die Förderung einer Maßnahme müssen zum Zeitpunkt der Antragstellung gegeben sein.

(2) Die Dringlichkeit wird jährlich im Rahmen einer Prioritätenliste durch den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport festgelegt.

(3) Die zu fördernde Maßnahme muss mindestens 25 Jahre für den vorgesehenen Zweck vom Zuschussempfänger genutzt werden. Der Nachweis über die zweckentsprechende Nutzung erfolgt durch Eigen

tumsnachweis oder sonstige dingliche Rechte am Grundstück. Sofern der Zuwendungsempfänger nicht Eigentümer des Grundstücks/der Sportstätte ist, bedarf es für die Dauer der Zweckbindung eines vertraglich gesicherten Nutzungsrechtes.

(4) Die gesicherte Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist Voraussetzung für die Bewilligung eines Kreiszuschusses. Dabei müssen Antragsteller mindestens 20 % der förderungsfähigen Kosten durch Eigenkapital/Eigenleistungen aufbringen. Das Fremdkapital über den Kapitalmarkt soll 50 % der förderungsfähigen Kosten nicht überschreiten.

(5) Vor der Bewilligung eines Zuschusses kann mit einem Vorhaben begonnen werden, wenn die vollständigen Antragsunterlagen beim Fachdienst Schule, Kultur und Sport des Kreises vorliegen, die förderungsfähigen Kosten nach § 4 ermittelt bzw. festgesetzt und gegebenenfalls erforderliche Vergabezustimmungen erteilt wurden. Ein Rechtsanspruch auf eine spätere Bewilligung besteht damit jedoch nicht.

§ 4

Festsetzung/Ermittlung der förderungsfähigen Kosten

(1) Baumaßnahmen gem. § 1 Abs. 1 mit einem Bauvolumen von mehr als 25.000 € brutto, müssen einer baufachlichen Prüfung unterzogen werden. Hierbei sind auch die förderungsfähigen Kosten festzusetzen. Diese baufachliche Prüfung erfolgt durch die Aufsicht baulicher Fördermaßnahmen der Kreiserwaltung Pinneberg als ZBau-Behörde.

(2) Die Kosten von Baumaßnahmen gem. § 1 Abs. 1 mit einem Bauvolumen unter 25.000 € brutto werden unter Vorlage von Angeboten vom FD Schule, Kultur und Sport ermittelt und hinsichtlich der rechnerischen Richtigkeit überprüft.

(3) Zusätzliche Kosten für Maßnahmen des Umweltschutzes sind anzuerkennen.

(4) Eigenleistungen werden in der vom Landessportverband festgesetzten Höhe anerkannt.

(5) Eine Erhöhung der förderungsfähigen Kosten nach Bewilligung des Zuschusses ist ausgeschlossen.

§ 5

Art und Höhe des Zuschusses

(1) Die Zuschüsse werden im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung bewilligt. Sie sind bei der Bewilligung auf einen Höchstbetrag zu begrenzen.

(2) Die Höhe des Kreiszuschusses richtet sich nach der vom Kreis festgestellten Finanzkraft der Gemeinde/Stadt und beträgt in der Zuschussgruppe
A = 10 %
B = 15 %
der förderungsfähigen Kosten.

Die Zuschussgruppen werden aus der jährlich vom Referat Zentrale Steuerungsunterstützung und Innerer Service ermittelten „Übersicht über die Finanzdaten der Städte und Gemeinden im Kreis Pinneberg“ festgesetzt. Zuschussgruppe A erfasst die Gruppen 1 und 2, B die Gruppen 3 und 4. Für

die Einstufung in die Zuschussgruppe gilt das Jahr der Antragstellung.

(3) Der Zuschuss nach Abs. 2 wird nur gewährt, wenn die Zuschüsse von Gemeinde/Stadt und Kreis zusammen mindestens 30 % der förderungsfähigen Kosten betragen.

(4) Vereine mit einem Anteil von über 30 % an jugendlichen Mitgliedern bis 18 Jahre werden mit zusätzlich 5 % gefördert. Junge Menschen bis zum 26. Lebensjahr, soweit sie durch ihren Status (z.B. Schüler, Studenten, Arbeitslose) einen entsprechend verminderten Beitrag zahlen, sind wie Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr zu behandeln. Stichtag ist der 01.01. des Jahres der Antragstellung.

(5) Die Zusatzförderung nach Abs. 4 wird nur gewährt, wenn die Zuschüsse nach den Absätzen 2 und 4 von Gemeinde/Stadt und Kreis zusammen mindestens 40 % der förderungsfähigen Kosten betragen.

(6) Der Höchstförderbetrag pro Investitionsmaßnahme eines Antragstellers wird auf 700.000 € festgesetzt. Der Zuschuss ist auf volle 100 Euro zu runden.

§ 6

Rücknahme der Bewilligung

Die Bewilligung ist zurückzunehmen, wenn mit der Maßnahme nicht innerhalb von 12 Monaten nach Zustellung des Bewilligungsbescheides begonnen worden ist.

§ 7

Auszahlungen

Bewilligte Kreiszuschüsse werden entsprechend dem Baufortschritt des Vorhabens ausgezahlt. Unabhängig davon werden bis zur endgültigen Prüfung des Verwendungsnachweises in der Regel 10 % des Zuschusses einbehalten.

§ 8

Zweckbestimmte Verwendung

(1) Bewilligte Kreiszuschüsse sind grundsätzlich für den genannten Zweck zu verwenden. Eine Änderung der Zweckbestimmung bzw. ein Eigentums- und Besitzwechsel ist nur mit Zustimmung des Kreises möglich.

(2) Innerhalb von drei Monaten nach Fertigstellung der Anlage ist über die zweckbestimmte Verwendung des Kreiszuschusses ein Nachweis der entstandenen Gesamtkosten in der vom Kreis vorgeschriebenen Form vorzulegen.

§ 9

Rückzahlungsbestimmungen

(1) Der bewilligte Kreiszuschuss ist ganz oder teilweise zurückzuzahlen, wenn
a) eine mit der Bewilligung verbundene Auflage nicht eingehalten wird,
b) die zugrunde gelegten förderungsfähigen Kosten unterschritten werden,
c) die Zweckbestimmung nach der Bewilligung ohne Zustimmung des Kreises geändert wird.
d) der Antragsteller den Betrieb der geförderten Einrichtung aufgibt und dieser nicht entsprechend der

bisherigen Zweckbestimmung von anderen Sportvereinen fortgeführt wird.

(2) Der bewilligte Kreiszuschuss kann zurückgefordert werden wenn,
a) der Antrag mit unrichtigen oder unvollständigen Angaben begründet worden ist,
b) der Verwendungsnachweis nicht ordnungsgemäß geführt oder rechtzeitig vorgelegt wird,
c) ein Eigentums- oder Besitzwechsel ohne Zustimmung des Kreises erfolgt ist.

§ 10

Zuständigkeit

Für die Bewilligung von Zuschüssen und Entscheidungen im Rahmen dieser Richtlinie ist der Landrat zuständig.

§ 11

Rechtsanspruch

Rechtsansprüche auf Gewährung eines Zuschusses können aus dieser Richtlinie nicht hergeleitet werden. Der Kreis entscheidet aufgrund seines pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

§ 12

Sonstige Verfahrensregelungen

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Kreiszuschüsse sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Bewilligungsbescheides und die Rückforderung der bewilligten Kreiszuschüsse wendet der Kreis Pinneberg neben der Sportförderungsrichtlinie die entsprechenden Landesbestimmungen analog an.

§ 13

Übergangsvorschrift

Für bereits bewilligte Vorhaben und für solche, für die bis zum 01.08.2010 ein Antrag mit prüffähigen Unterlagen für das Haushaltsjahr 2011 gestellt worden ist, gelten die Sportförderungsrichtlinien vom 23.06.1999, zuletzt geändert durch Kreistagsbeschluss vom 05.12.2001

§ 14

Inkrafttreten

Die vorstehende Richtlinie tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft, soweit § 13 keine andere Regelung trifft. Gleichzeitig verlieren die Sportförderungsrichtlinien vom 23.06.1999 ihre Gültigkeit.

Kreistagsbeschluss vom 22.09.2010

Innenministerium
des Landes
Schleswig-Holstein

Innenministerium | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Anschriften laut Verteiler

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: IV 305 -163.101-§ 86
Meine Nachricht vom:

Heino Siedenschnur
heino.siedenschnur@im.landsh.de
Telefon: 0431 988-3109
Telefax: 0431 988-614-3109/

10. Juli 2012

Gewährung von Bürgschaften
hier: kommunalrechtliche Regelungen

1. Grundsätzliches

Nach §§ 86 Abs. 1 und 95 h Abs. 1 GO darf eine Gemeinde keine Sicherheiten zugunsten Dritter bestellen. Sinn dieser Regelung ist es, die Gemeinden vor Rechtsgeschäften zu schützen, die mit Risiken behaftet sind und sie daher in ihrem Vermögen, in ihrer dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit und in der stetigen Erfüllung der Aufgaben gefährden könnten. Eine Ausnahme hiervon formulieren §§ 86 Abs. 2 Satz 1 und 95 h Abs. 2 Satz 1 GO (siehe Ziffer 2).

Der Erlass geht nachfolgend nicht weiter auf die Gewährung von sogenannten harten Patronatserklärungen ein, da diese grundsätzlich unzulässig sind. Für die Gewährung von Patronatserklärungen zugunsten von Gesellschaften ergibt sich dieses ausdrücklich aus § 102 Abs. 1 Nr. 2 GO, der eine Haftungsbeschränkung für Gesellschaften vorsieht. Für Kommunalunternehmen ergibt sich dieses aus § 106 a Abs. 4 GO, der lediglich eine allgemeine Unterstützung durch die Gemeinde und die Bereitstellung von Mitteln nach kaufmännischen Grundsätzen vorsieht. Zudem regelt § 9 der Landesverordnung über Kommunalunternehmen als Anstalt des öffentlichen Rechts (KUVO) vom 1. Dezember 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 735) ausdrücklich, dass die Gemeinde nicht für Verbindlichkeiten des Kommunalunternehmens haftet. Für gemeinsame Kommunalunternehmen gelten nach § 19 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GkZ) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 122), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. Dezember 2006 (GVOBl. Schl.-H. S. 285) und § 1 KUVO die vorgenannten Vorschriften entsprechend.

Im Übrigen geht eine sogenannte harte Patronatserklärung weit über eine Bürgschaftserklärung hinaus, so dass diese regelmäßig nicht mit dem EU-Beihilferecht vereinbar seien dürften.

2. Kommunalrechtliche Regelungen zur Bürgschaftsgewährung

Nach §§ 86 Abs. 2 Satz 1 und 95 h Abs. 2 Satz 1 GO darf eine Gemeinde Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben übernehmen (Ausnahme von dem Grundsatz der §§ 86 Abs. 1 und 95 h Abs. 1 GO). Bürgschaften sind zudem grundsätzlich nur für investive Zwecke - also nicht zur Absicherung von Kassenkrediten – zulässig.

Die Übernahme der Bürgschaft bedarf der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde, sofern nicht

- bei Gemeinden, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung führen, der Ergebnisplan des Haushaltsjahres und der drei nachfolgenden Jahre nach dem mittelfristigen Ergebnisplan ausgeglichen ist sowie der Ergebnisplan oder die Ergebnisrechnung in den beiden vorangegangenen Haushaltsjahren ausgeglichen war (§ 95 h Abs. 4 GO),
- bei Gemeinden, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der kameralen Buchführung führen, der Verwaltungshaushalt des Haushaltsjahres und der drei nachfolgenden Jahre nach der Finanzplanung ausgeglichen ist sowie in den beiden vorangegangenen Haushaltsjahren ausgeglichen war (§ 86 Abs. 4 GO),
- die Befreiungstatbestände der Landesverordnung über die Genehmigungsfreiheit von Rechtsgeschäften kommunaler Körperschaften vom 8. Januar 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 14) vorliegen.

Bei der Übernahme von Bürgschaften ist unabhängig von der Genehmigungspflicht zu beachten:

- Es dürfen grundsätzlich nur Ausfallbürgschaften ohne Verzicht auf die Einrede der Vorausklage, das heißt keine selbstschuldnerischen Bürgschaften übernommen werden.
- Umfang und Dauer der Bürgschaft müssen begrenzt sein. Die Bürgschaft ist in Hinblick auf das EU-Beihilferecht grundsätzlich auf einen Höchstbetrag von 80 % des ausstehenden Kreditbetrags oder der sonstigen finanziellen Verpflichtungen zu beschränken. Die Dauer der Bürgschaft sollte auf die Zinsbindungsfrist des Kredites oder auf höchstens 10, im Ausnahmefall 15 Jahre beschränkt sein.
- Es ist grundsätzlich eine Bürgschaftsprovision zu vereinnahmen, die den Bürgschaftsvorteil voll abschöpft (§ 76 GO). Eine Bürgschaftsprovision in %, die den Bürgschaftsvorteil voll abschöpft, ergibt sich aus der Gegenüberstellung des Zinssatzes für eine verbürgte und des Zinssatzes für eine unverbürgte Kreditgewährung. Hierzu müssen konkrete Alternativangebote eingeholt werden. Durch Multiplikation der Bürgschaftsprovision in % mit dem Kreditbetrag bzw. Restkreditbetrag ergibt sich der jährliche Bürgschaftsvorteil. Unabhängig davon ist zu prüfen, ob sich nach den EU-Beihilferegelungen gegebenenfalls eine höhere Provision ergibt. Auf Ziffer 3 der Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften vom 20. Juni 2008 (ABL. EG 2008/C155/10) wird hingewiesen.
- Bürgschaften dürfen nur für Kredite oder für sonstige finanzielle Verpflichtungen übernommen werden, deren Rückzahlung durch die Kreditnehmer bei normalem wirtschaftlichem Ablauf erwartet werden kann.

- Die Gemeinde hat sich das Prüfungsrecht nach §§ 86 Abs. 6 und 95 h Abs. 6 GO vorzubehalten.
- Bei der Übernahme von Bürgschaften für Unternehmen, an denen neben der Kommune weitere Kommunen oder auch andere beteiligt sind, sollte die Bürgschaft in der Regel nach dem Beteiligungsverhältnis aufgeteilt werden.
- Es ist zu vereinbaren, dass Tilgungen den verbürgten und den nicht verbürgten Teil des Kreditbetrags entsprechend der anteiligen Bürgschaftsübernahme vermindern.

Bei genehmigungspflichtigen Bürgschaften benötigt die Kommunalaufsichtsbehörde für die Überprüfung folgende Unterlagen, die mit dem Antrag auf Genehmigung einzureichen sind:

- einen beglaubigten Auszug aus der Niederschrift zum Beschluss der Vertretungskörperschaft bzw. – innerhalb der in der Hauptsatzung bestimmten Grenzen – die schriftlich niedergelegte Entscheidung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters über die Übernahme der Bürgschaft (vgl. § 28 Nr. 14 GO).
- – Der Beschluss bzw. die Entscheidung muss hinreichend bestimmt sein. Dazu ist es notwendig, dass sich die Bürgschaft auf ein absehbares, konkretes Rechtsgeschäft (bzw. mehrere einzelne absehbare, konkrete Rechtsgeschäfte) bezieht. Im Beschluss bzw. in der Entscheidung sind generell für jedes Rechtsgeschäft die Höhe des zu sichernden Geldbetrages, die maximale Dauer des finanziellen Risikos, Art und Umfang der vorzunehmenden Investition, die Art der Bürgschaft (grundsätzlich nur Ausfallbürgschaften) sowie die Höhe der Bürgschaftsprovision anzugeben. Ein Beschluss bzw. eine Entscheidung über eine allgemeine Gewährung von Bürgschaften bis zu einem bestimmten Höchstbetrag für den Bürgschaftsempfänger ist nicht hinreichend bestimmt. –
- eine Kopie der Schuldurkunde (des Darlehensvertrages).
- die rechtswirksam unterschriebene und gesiegelte Bürgschaftserklärung der Kommune in dreifacher Ausfertigung; ein Muster enthält die Anlage. Anl. 1
- eine Bestätigung der Gemeinde, dass sie über eine Bürgschaftsregelung verfügt, wenn es sich um eine De-minimis-Beihilfe handeln soll.

Der Kommunalaufsichtsbehörde ist darüber hinaus mitzuteilen, ob ein Notifizierungsverfahren eingeleitet wird bzw. warum dies nicht geschehen soll.

Der Antrag auf Genehmigung einer Bürgschaft ist zu begründen; dabei ist insbesondere auf das Vorliegen der Voraussetzung der §§ 86 und 95 h GO (kommunale Aufgabe) einzugehen.

3. EU-Rechtliche Regelungen

Ich weise daraufhin, dass die Kommunen sich vor einer Entscheidung zur Gewährung einer Bürgschaft mit den beihilferechtlichen Bestimmungen des EU-Rechts und der Frage der Notifizierungspflicht intensiv auseinander setzen müssen.

Nach Mitteilung der Europäischen Kommission vom 20. Juni 2008 (ABL. EG 2008/C155/10) sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem

Gemeinsamen Markt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten beeinträchtigen können.

Es wird hingewiesen auf:

- den nicht veröffentlichten Erlass EU-Beihilferecht; Neue De-minimis-Beihilfenverordnung vom 19. Juni 2007 - IV343 – 517.220-71 -.
- den nicht veröffentlichten Erlass EU-Beihilferecht; Handreichung zum Monti-Paket vom 1. August 2006 - IV343 – 517.220-71 -.
- den nicht veröffentlichten Erlass EU-Beihilferecht; A) Handreichung zur Beurteilung kommunaler Bürgschaften; B) Leitfaden „EG-Beihilfenrechtskonforme Finanzierung von kommunalen Leistungen der Daseinsvorsorge" vom 23. Oktober 2008 - IV 343 - 517.220 – 71 -.
- die Mitteilung der EU-Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG Vertrag auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften vom 20. Juni 2008 (ABL. EG 2008/C155/10).

4. Aufhebung von Erlassen

Den nicht veröffentlichten Erlasse zur Gewährung von Bürgschaften - kommunalrechtlicher Regelungen - vom 20.Januar 2011- IV305 – 163.102-1.1 - hebe ich auf.

5. Veröffentlichungen im Internet

Auf die Veröffentlichungen im Internet unter www.schleswig-holstein.de/IM/DE/KommunalesSport (→ Kommunale Finanzen bzw. → EU-Beihilferecht) wird hingewiesen.

Die Landräte bitte ich, die ihrer Aufsicht unterstehenden kommunalen Körperschaften entsprechend zu unterrichten.

Stöfen

Klaus Stöfen

Anlage

Anlage

Muster einer

Bürgschaftserklärung

Die/der... [Name der Kommune] ...

übernimmt gemäß Beschlussfassung der ... [Bezeichnung der Vertretungskörperschaft] ... vom ...

gegenüber der ... [Name des Kreditinstitutes] ...

eine Ausfallbürgschaft zugunsten der/des ... [Hauptschuldner] ...

für einen Kredit in Höhe von ... €

zu den Bedingungen der Schuldurkunde vom ...

mit der Darlehensnummer ...

zu nachfolgenden Bedingungen:

1. Die... [Name der Kommune] ... verbürgt sich durch Ausfallbürgschaft ohne Verzicht auf die Einrede der Vorausklage für ___%[1] des Kreditbetrags. Diese Bürgschaft erstreckt sich nur auf die Hauptschuld, nicht jedoch auf Zinsen und Nebenkosten.

2. Tilgungen vermindern den verbürgten und nicht verbürgten Anteil des Kreditbetrags entsprechend der Verbürgung nach Ziffer 1.

3. Die Bürgschaft gilt nicht für Widererhöhungen der Kreditschuld, nachdem das Bürgschaftsobligo durch Tilgungen gemindert worden ist. Die Bürgschaft endet mit dem Ablauf der Zinsbindungsfrist des Kredits, spätestens jedoch mit Ablauf des ... [Datum][2] ... oder mit der schriftlich bestätigten Rückgabe dieser Bürgschaftserklärung.

4. Der Kreditgeber ist verpflichtet, der ... [Name der Kommune] ... schriftlich die Höhe etwaiger Rückstände spätestens innerhalb von drei Monaten nach Fälligkeit mitzuteilen. Kommt der Kreditgeber dieser Pflicht nicht nach, wird die ... [Name der Kommune] ... von der Bürgschaftserklärung für die nicht gemeldeten rückständigen Beträge frei.

5. Die ... [Name des Kreditinstitutes] ... verpflichtet sich, den Bürgen bei außerordentlicher Tilgung des Kredits unverzüglich zu informieren.

---

[1] höchstens 80 %

[2] spätestens nach 10 Jahren, im Ausnahmefall nach 15 Jahren

Amt Geest und Marsch Südholstein

Amt GuMS * Amtsstraße 12 * 25436 Moorrege

Herrn Landrat
des Kreises Pinneberg
-Kommunalaufsicht-
Herrn Munzke
Kurt-Wagener-Straße 11
25337 Elmshorn

Der Amtsdirektor
Fachbereich Finanzen
Amtsstraße 12
25436 Moorrege
Tel. (Zentrale): 04122-854-0
Fax (zentral): 04122-854-140
www.amt-gums.de
Ihr/e Ansprechpartner/in:
Herr Tronnier
Tel.: 04122-854-168
Fax: 04122-854-268
tronnier@amt-gums.de
Az:
(bitte bei Schriftverkehr immer angeben)

Moorrege, 07.06.2017

Kunstrasenprojekt in Hetlingen

Sehr geehrter Herr Munzke,

Sport steigert das Wohlbefinden, kurbelt den Stoffwechsel an, verbessert das Immunsystem und die Kondition und sorgt nicht zuletzt für gute Laune. Die Gemeinde Hetlingen hält einige Sporteinrichtungen vor, die von der Bevölkerung gut angenommen werden und stetig ausgelastet sind. Das Angebot muss ständig angepasst und auf einem aktuellen Niveau gehalten werden. Reicht das Angebot in der Gemeinde nicht aus, laufen die Leute weg oder stellen ihre sportlichen Aktivitäten ein. Dabei ist Gesundheit das höchste Gut des Menschen und wir sollten alles dafür tun, die Gesundheit unserer Mitbürger zu stärken.

Der örtliche Sportverein, der Hetlinger Männerturnverein (HMTV), hat erkannt, dass die Außensportanlagen nicht mehr den heutigen Ansprüchen genügen. Für den Fußballsport steht eine Rasenspielfläche zur Verfügung. Trainingseinheiten müssen außerhalb der Sportanlagen auf einer zuletzt als Weide genutzten ehemaligen landwirtschaftlichen Fläche abgehalten werden. Gerade in nassen Wintermonaten ist die Marschlandschaft allein durch Betreten sehr anfällig für Schäden an der Grasnarbe. Die Rasenspielfläche kann daher insbesondere im Winterhalbjahr nicht auch noch als Trainingsfläche genutzt werden.

Der HMTV möchte einen Kunstrasenplatz im Anschluss an die Rasenspielfläche herrichten, wofür der Aufwand mit rd. 250.000,00 € geschätzt worden ist. Vom Landessportverband wird eine Bezuschussung in Höhe von 50.000,00 € erwartet. Auf der Basis der Sportförderungsrichtlinie des Kreises Pinneberg wird auch hier eine Bezuschussung in Höhe von 50.000,00 € angenommen. Um die geplante Maßnahme im kommenden Jahr umzusetzen, müssen die Finanzierungsanträge bis zum 01.08. des Jahres eingereicht werden.

Da der Kreis Pinneberg die Bezuschussung von einer Zuschussgewährung der Gemeinde abhängig macht, gilt es nun zu prüfen, ob die Gemeinde Hetlingen hierzu bereit ist. Dazu soll am 15. Juni zunächst eine gemeinsame Sitzung verschiedener Ausschüsse stattfinden, um der Gemeindevertretung für ihre Sitzung am 22. Juni eine Entscheidung in der Sache vorzuschlagen.

Die Finanzsituation der Gemeinde Hetlingen ist hinlänglich bekannt. Einen Investitionszuschuss könnte die Gemeinde nicht aus vorhandenen Mitteln aufbringen. Eine Kreditaufnahme wäre also erforderlich. Zudem hat der Verein, der seinen Eigenanteil zum Teil durch Eigenleistungen, zu einem wesentlichen Teil aber gleichfalls aus Kreditmitteln aufbringen muss, bereits eine Bürgschaft seitens der Gemeinde angesprochen.

Für die Beratungen in den gemeindlichen Gremien wäre es hilfreich, wenn wir von Ihnen eine Einschätzung der Genehmigungsfähigkeit einer Kreditaufnahme durch die Gemeinde Hetlingen und der Gewährung einer Bürgschaft erhalten könnten.

Für Ihre Rückäußerung in der Sache danke ich bereits im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage:

(H. Tronnier)

kreis pinneberg

Der Landrat
Kommunalaufsicht
Ihr Ansprechpartner
Bruno Munzke
Tel.: 04121-4502-4404
Fax: 04121-4502-94404
br.munzke@kreis-pinneberg.de
Kurt-Wagener-Straße 11
25337 Elmshorn
Zimmer 1411

Elmshorn, 02.06.2017

115 IHRE BEHÖRDENNUMMER Wir lieben Fragen

Kreis Pinneberg · Postfach · 25392 Elmshorn

Herrn Amtsdirektor
des Amtes Geest
und Marsch Südholstein
Amtsstraße 12
25436 Moorrege



nachrichtlich: Gemeindeprüfungsamt des Kreises Pinneberg

Kommunalaufsichtliche Beurteilung der Finanzierung von Vorhaben

Bezug: Ihr Schreiben vom 22.05.2017

Sehr geehrter Herr Tronnier,

soweit die Finanzierung von Vorhaben der Gemeinde Hetlingen nur durch Kreditaufnahmen möglich sein sollte, ist grundsätzlich auszuführen, dass nach § 95 g Absatz 1 GO in Verbindung mit § 76 Absatz 3 GO Kredite nur für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung aufgenommen werden dürfen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.

Nach § 95 g Absatz 2 Satz 3 GO ist eine Gesamtgenehmigung der Kredite in der Regel zu versagen, wenn die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht im Einklang stehen (Ziffer 2.3 des Runderlasses des Innenministeriums vom 29.08.2013).

Aufschlüsse über die dauernde Leistungsfähigkeit ergeben sich aus der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung. Bei mittelfristig negativem Jahresergebnis **hat** die Kommunalaufsichtsbehörde die Gesamtgenehmigung ganz zu versagen oder auf einen Teil des Gesamtbetrages zu beschränken.

Die aufgelaufenen Defizite befinden sich schon Ende 2016 für die Gemeinde Hetlingen auf einem hohen Niveau und werden sich bis Ende 2019 erhöhen. Das planerische Defizit lag Ende 2016 bei 1.11 T€. Ende 2019 werden rd. 1.87 T€ erwartet. Auch das zu erwartende Ist-Ergebnis der Jahre 2014 bis 2016 wird nach Ihren Ausführungen im Schreiben vom 10.04.2017 (Fehlbetragszuweisung) negativ ausfallen.

Somit bleibt festzustellen, dass die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Hetlingen nicht gegeben ist.

kreis pinneberg

Insoweit ist eine Kreditgenehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde rechtlich nicht zulässig. Auch eine Beschränkung auf einen Teilbetrag kann ich bei der dargestellten negativen Finanzlage der Gemeinde Hetlingen nicht in Aussicht stellen.

Ausnahmen könnten nur dann zugelassen werden, soweit die Kreditaufnahme notwendig ist und den in Zif. 2.3 des Krediterlasses vom 29.08.2013 genannten Kategorien 1 – 6 zuzuordnen wären. Diese Fälle sind der Kommunalaufsichtsbehörde besonders zu begründen.

Meine Prüfung hat jedoch ergeben, dass das von Ihnen im Schreiben vom 22.05.2017 benannte Vorhaben nicht unter den Kriterien der Zif. 2.3 Nr. 1 – 6 des Krediterlasses zu subsummieren ist. Es handelt sich bei dem benannten Vorhaben um eine zusätzliche freiwillige Maßnahme.

In diesem Fall ist eine Kreditaufnahme als nicht genehmigungsfähig anzusehen.

Die Genehmigungsfähigkeit einer Bürgschaft wird bei der nicht gegebenen dauernden Leistungsfähigkeit ähnlich beurteilt. Eine Genehmigung kann nicht in Aussicht gestellt werden. Auf § 95 h GO i.V.m. dem Bürgschaftserlass vom 10.07.2012 wird verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Bruno Munzke

Gemeinde Hetlingen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0029/2017/HET/BV

Fachbereich:	Zentrale Dienste	Datum:	03.04.2017
Bearbeiter:	Maren Bornholdt	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Kinder- und Jugendbeirat Hetlingen	29.05.2017	öffentlich
Gemeindevertretung Hetlingen	22.06.2017	öffentlich

Satzung des Hetlinger Kinder- und Jugendbeirates

Sachverhalt:
Aufgrund zahlreicher Änderungen ist eine Neufassung der Satzung des Hetlinger Kinder- und Jugendbeirates notwendig.
In einer anliegenden Synopse wurden die Änderungen mit der bisherigen Fassung gegenübergestellt und entsprechende Hinweise hinzugefügt, so dass an dieser Stelle auf weitere Ausführungen verzichtet wird.

Stellungnahme der Verwaltung:
In der Sitzung des Hetlinger Kinder- und Jugendbeirates am 27.02.2017 wurde beschlossen, unter Artikel 3 „Zusammensetzung“ das Datum der nächsten Wahl (26.11.) einzufügen. Dies ist leider nicht möglich. Die Inhalte der Satzung sind im § 47 d GO geregelt. Hierzu gehört nicht die Festlegung eines Datums der Wahl. Die Festlegung des Datums der Wahl gehört ausschließlich in den Abstimmungsbereich der Gemeindevertretung und Verwaltung.

Weiterhin wurde die Legislaturperiode in der Satzung auf ein Jahr festgelegt. Sinnvoller wäre es, die Legislaturperiode auf 2 Jahre festzulegen. Dies wäre eine Anpassung an andere Satzungen von Kinder- und Jugendbeiräten sowie eine Senkung des Verwaltungsaufwandes.

Finanzierung:
-entfällt-

Fördermittel durch Dritte:
-entfällt-

Beschlussvorschlag:
Der Hetlinger Kinder- und Jugendbeirat empfiehlt der Gemeindevertretung die Neufassung der Satzung des Hetlinger Kinder- und Jugendbeirates.

_____
Riekhof

Anlagen:
- Satzung des Hetlinger Kinder- und Jugendbeirates
- Synopse bisherige Satzung des Hetlinger Kinder- und Jugendbeirates und Entwurf der Neufassung (sich ändernde Absätze)
- Entwurf Satzung des Hetlinger Kinder- und Jugendbeirates

Satzung des Hetlinger Kinder- und Jugendbeirates

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 59 ff.), zuletzt geändert am 22.02.2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 72), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 27.03.2014 folgende Satzung erlassen:

Vorwort

Als Interessenvertretung der Hetlinger Kinder und Jugendlichen wird ein Kinder- und Jugendbeirat eingerichtet. Aufgabe des Beirates ist es
- die Belange der Hetlinger Kinder und Jugendlichen gegenüber der Gemeinde Hetlingen, dem Gemeinderat sowie den Ausschüssen zu vertreten
- sich an der Kommunalpolitik der Gemeinde Hetlingen zu beteiligen
- sich aktiv für demokratische und parlamentarische Grundsätze einzusetzen
- die Hetlinger Kinder und Jugendlichen zu informieren und den Kontakt mit ihnen zu suchen
- einen Beitrag zur politischen Aufklärung der Hetlinger Kinder und Jugendlichen zu leisten
- das friedliche und respektvolle Miteinander aller Hetlinger/innen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, zu fördern
- durch Zusammenarbeit mit den Vereinen, Verbänden und Institutionen, sowie Aktionen und Veranstaltungen, die Situation der Hetlinger Kinder und Jugendlichen zu verbessern.

Artikel 1
Rechtsstellung

Der Kinder- und Jugendbeirat ist politisch und konfessionell unabhängig.

Der Kinder- und Jugendbeirat hat in allen Ausschüssen, in Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche betreffen, Antrags- und Rederecht. Für die Teilnahme-, Rede- und Antragsrechte an bzw. in den Sitzungen des Rates und der Ausschüsse finden die Gemeindeordnung, die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung für den Rat in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

Artikel 2
Aufgaben und Ziele

Aufgaben des Kinder- und Jugendbeirates sind insbesondere Beratung über grundsätzliche Fragen der Kinder- und Jugendarbeit und der kommunalen Kinder und Jugendlichen Politik in Hetlingen, Beratung über Anträge und Empfehlungen an die Gemeinde Hetlingen, die die Interessen und Wünsche der Kinder und Jugendlichen betreffen, Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche in Hetlingen zu sein und deren Interessen gegenüber der Gemeinde Hetlingen wahrzunehmen.

Der Kinder- und Jugendbeirat führt eine eigene Öffentlichkeitsarbeit durch.

Bei Planungen und Vorhaben der Gemeinde (Bebauungspläne etc.), die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, führt der Kinder- und Jugendbeirat in Kooperation mit den zuständigen gemeindlichen Gremien Projektbeteiligung durch.

Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates sollen im Rahmen des geltenden Rechts nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten eigenverantwortlich handeln können, das gilt insbesondere für die Verwaltung des eigenen Budgets.

Artikel 3
Zusammensetzung

Der Kinder- und Jugendbeirat der Gemeinde Hetlingen besteht aus mindestens 5 und höchstens 11 gewählten Jugendlichen im Alter von 12 bis 21 Jahren, wobei die gewählten Mitglieder bis zum Ende der Wahlperiode des jeweiligen Beirates über das 21. Lebensjahr hinaus im Beirat tätig sein können. Die Altersbegrenzung gilt für den Zeitpunkt der Wahl. Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates müssen einen Wohnsitz auf dem Gebiet der Gemeinde Hetlingen haben. Beim Nichterreichen der erforderlichen Mindestmitgliederzahl gilt der Beirat als nicht gewählt. Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates können nicht gleichzeitig Mitglieder des Gemeinderates, bürgerliches Mitglied der Ausschüsse der Gemeinde Hetlingen oder Mitglied eines anderen Kinder- und Jugendbeirates sein.

Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates werden in allgemeiner, freier, gleicher, geheimer und direkter Wahl gewählt. Wahlberechtigt sind alle Kinder und Jugendlichen im Alter von 8 bis 21 Jahren, sofern ein Wohnsitz auf dem Gebiet der Gemeinde Hetlingen liegt und/oder der Grundschulstandort in Hetlingen besucht wird.

Die Legislaturperiode beträgt 1 Jahr. Die Tätigkeit des jeweiligen Kinder- und Jugendbeirates endet zum Zeitpunkt der Konstituierung des neu gewählten Beirates.

Artikel 4
Vorstand

Der Vorstand besteht aus 4 Mitgliedern.
Der Kinder- und Jugendbeirat wählt aus seiner Mitte:

a) eine Vorsitzende / einen Vorsitzenden
b) eine/n Stellvertreter/in
c) eine/n Kassenwart/in
d) eine/n Schriftführer/in

Der Vorstand leitet die Beschlüsse des Beirates möglichst umgehend an die Verwaltung oder die Gremien der Gemeinde Hetlingen weiter. Er unterrichtet den Beirat über die Stellungnahmen, die Beratungsergebnisse und Beschlüsse der Gemeinde Hetlingen, die seine Angelegenheiten betreffen.

Artikel 5
Sitzungen

Die Sitzungen des Kinder- und Jugendbeirates finden nach Bedarf statt, mindestens jedoch dreimal im Jahr. Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich; die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechtigte Interessen einzelner es erfordern. Der Termin für die Sitzungen wird in der vorherigen Sitzung beschlossen.

Der Kinder- und Jugendbeirat wird zu seiner ersten Sitzung durch die Bürgermeisterin, im Übrigen durch den/die Vorsitzende/n bzw. den/die Stellvertreter/in einberufen.
Die Öffentlichkeit ist im Vorfeld über die Sitzungen zu informieren. Dies erfolgt über das Bürgerinformationssystem der Stadt Uetersen und des Amtes Haseldorf. Außerdem ist es dem Kinder- und Jugendbeirat gestattet zusätzlich eigene Medien zur Bekanntmachung zu nutzen.

Der Kinder- und Jugendbeirat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit einer einfachen Mehrheit angenommen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Über jede Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen, in der die Beschlüsse aufzuzeichnen sind. Die Niederschrift ist von der Sitzungsleitung sowie der Schriftführung zu unterzeichnen und den Mitgliedern des Kinder- und Jugendbeirates vor der nächsten Sitzung zuzuleiten. Das Protokoll ist in dieser Sitzung vom Beirat zu genehmigen.

Artikel 6
Zuschuss

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erhält der Kinder- und Jugendbeirat im Haushalt Geschäftskosten im Rahmen der von der Gemeindevertretung der Gemeinde Hetlingen bereitgestellten Haushaltsmittel. Der Kinder- und Jugendbeirat darf aus seiner Arbeit keinen finanziellen Gewinn ziehen.
Für die Sitzungen des Jugendbeirates erhalten die Mitglieder ein Sitzungsgeld in Höhe der für die gemeindlichen Gremien gültigen Sätze.

Artikel 7
Auflösung, Pflichten

Der Kinder- und Jugendbeirat kann auf Antrag mit der Zustimmung von zwei Dritteln seiner Mitglieder dem Gemeinderat Satzungsänderungen sowie seine Auflösung und Neuwahlen empfehlen.

Ein Mitglied scheidet aus dem Kinder- und Jugendbeirat aus,
1. wenn es durch eine der Gemeinde gegenüber abzugebende schriftliche Erklärung auf die Mitgliedschaft verzichtet,
2. wenn es nicht mehr mit einem Wohnsitz in Hetlingen gemeldet ist.

Artikel 8
Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Amt Haseldorf ist berechtigt, die zur Durchführung dieser Satzung erforderlichen personenbezogener Daten der Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates gem. § 11 LDSG zu erheben. Zu den erforderlichen Daten gehören der Name, die Anschrift, das Geburtsdatum sowie die Bankverbindungen der Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates.

Artikel 9
Weitergehende Regelungen

Soweit diese Satzung keine spezielle Regelung enthält, gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Schleswig-Holstein und die für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Hetlingen geltenden Bestimmungen.

Artikel 10
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Uetersen, den 28.03.2014

Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin

Barbara Ostmeier

GEMEINDE HETLINGEN 2 KREIS PINNEBERG

Synopse bisherige Satzung des Hetlinger Kinder- und Jugendbeirates und Entwurf der Neufassung (sich ändernde Absätze)

§	bisheriger Inhalt	Inhalt lt. neuem Entwurf	Bemerkungen
	Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 59 ff.), zuletzt geändert am 22.02.2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 72), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 27.03.2014 folgende Satzung erlassen:	Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der zurzeit geltenden Fassung, wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 22.06.2017 folgende Satzung erlassen:	Anpassung an neue kommunalrechtliche Vorgaben
Vorwort	- die Belange der Hetlinger Kinder und Jugendlichen gegenüber der Gemeinde Hetlingen, dem Gemeinderat sowie den Ausschüssen zu vertreten	- die Belange der Hetlinger Kinder und Jugendlichen gegenüber der Gemeinde Hetlingen, der Gemeindevertretung sowie den Ausschüssen zu vertreten	Einheitliche Bezeichnung
Artikel 1 - Rechtsstellung	Für die Teilnahme-, Rede- und Antragsrechte an bzw. in den Sitzungen des Rates und der Ausschüsse finden die Gemeindeordnung, die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung für den Rat in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.	Für die Teilnahme-, Rede- und Antragsrechte an bzw. in den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse finden die Gemeindeordnung, die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.	Einheitliche Bezeichnung
Artikel 3 - Zusammensetzung	Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates müssen einen Wohnsitz auf dem Gebiet der Gemeinde Hetlingen haben.	Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates müssen einen Wohnsitz in dem Gebiet der Gemeinde Hetlingen haben.	Berichtigung der Grammatik

Artikel 3 - Zusammensetzung	Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates können nicht gleichzeitig Mitglieder des Gemeinderats, bürgerliches Mitglied der Ausschüsse der Gemeinde Hetlingen oder Mitglied eines anderen Kinder- und Jugendbeirates sein.	Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates können nicht gleichzeitig Mitglieder der Gemeindevertretung, bürgerliches Mitglied der Ausschüsse der Gemeinde Hetlingen oder Mitglied eines anderen Kinder- und Jugendbeirates sein.	Einheitliche Bezeichnung
Artikel 3 - Zusammensetzung	Wahlberechtigt sind alle Kinder und Jugendlichen im Alter von 8 bis 21 Jahren, sofern ein Wohnsitz auf dem Gebiet der Gemeinde Hetlingen liegt und/oder der Grundschulstandort in Hetlingen besucht wird.	Wahlberechtigt sind alle Kinder und Jugendlichen im Alter von 8 bis 21 Jahren, sofern ein Wohnsitz in dem Gebiet der Gemeinde Hetlingen liegt und/oder der Grundschulstandort in Hetlingen besucht wird.	Berichtigung der Grammatik
Artikel 3 - Zusammensetzung	Die Legislaturperiode beträgt 1 Jahr.	Die Legislaturperiode beträgt 2 Jahre.	Anpassung an Satzungen anderer Kinder- und Jugendbeiräte
Artikel 4 - Vorstand	Der Kinder- und Jugendbeirat wählt aus seiner Mitte: - eine Vorsitzende / einen Vorsitzenden - eine/n Stellvertreter/in - eine/n Kassenwart/in - eine/n Schriftführer/in	Der Kinder- und Jugendbeirat wählt aus seiner Mitte: - eine Vorsitzende / einen Vorsitzenden - eine/n Stellvertreter/in - eine/n Kassenwart/in - eine/n Beisitzer/in	Wunsch des Beirates
Artikel 5 - Sitzungen	Die Sitzungen des Kinder- und Jugendbeirates finden nach Bedarf statt, mindestens jedoch dreimal im Jahr.	Die Sitzungen des Kinder- und Jugendbeirates finden nach Bedarf statt, mindestens jedoch viermal im Jahr.	Wunsch des Beirates

Artikel 5 - Sitzungen	Der Termin für die Sitzungen wird in der vorherigen Sitzung beschlossen.	Dieser Satz wird gestrichen.	Wunsch des Beirates
Artikel 5 - Sitzungen	Dies erfolgt über das Bürgerinformationssystem der Stadt Uetersen und des Amtes Haseldorf.	Dies erfolgt über das Bürgerinformationssystem des Amtes Geest und Marsch Südholstein.	Anpassung an Änderung der Verwaltung für die Gemeinde Hetlingen
Artikel 5 - Sitzungen	Die Niederschrift ist von der Sitzungsleitung sowie der Schriftführung zu unterzeichnen und den Mitgliedern des Kinder- und Jugendbeirates vor der nächsten Sitzung zuzuleiten.	Die Niederschrift ist von der Sitzungsleitung sowie von der/dem Protokollführer/in zu unterzeichnen und den Mitgliedern des Kinder- und Jugendbeirates vor der nächsten Sitzung zuzuleiten.	Änderung aufgrund Ähnlichkeit und Verwechslungsgefahr mit dem alten § 4 d)
Artikel 7 - Auflösung, Pflichten	Der Kinder- und Jugendbeirat kann auf Antrag mit der Zustimmung von zwei Dritteln seiner Mitglieder dem Gemeinderat Satzungsänderungen sowie seine Auflösung und Neuwahlen empfehlen.	Der Kinder- und Jugendbeirat kann auf Antrag mit der Zustimmung von zwei Dritteln seiner Mitglieder der Gemeindevertretung Satzungsänderungen sowie seine Auflösung und Neuwahlen empfehlen.	Einheitliche Bezeichnung
Artikel 8 - Verarbeitung personenbezogener Daten	Das Amt Haseldorf ist berechtigt, die zur Durchführung dieser Satzung erforderlichen personenbezogenen Daten der Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates gem. § 11 LDSG zu erheben.	Das Amt Geest und Marsch Südholstein ist berechtigt, die zur Durchführung dieser Satzung erforderlichen personenbezogenen Daten der Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates gem. § 13 LDSG zu erheben.	Anpassung an Änderung der Verwaltung für die Gemeinde Hetlingen

Satzung des Hetlinger Kinder- und Jugendbeirates

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der zuletzt geltenden Fassung, wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 22.06.2017 folgende Satzung erlassen:

Vorwort

Als Interessenvertretung der Hetlinger Kinder und Jugendlichen wird ein Kinder- und Jugendbeirat eingerichtet. Aufgabe des Beirates ist es

- die Belange der Hetlinger Kinder und Jugendlichen gegenüber der Gemeinde Hetlingen, der Gemeindevertretung sowie den Ausschüssen zu vertreten
- sich an der Kommunalpolitik der Gemeinde Hetlingen zu beteiligen
- sich aktiv für demokratische und parlamentarische Grundsätze einzusetzen
- die Hetlinger Kinder und Jugendlichen zu informieren und den Kontakt mit ihnen zu suchen
- einen Beitrag zur politischen Aufklärung der Hetlinger Kinder und Jugendlichen zu leisten
- das friedliche und respektvolle Miteinander aller Hetlinger/innen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, zu fördern
- durch Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und Institutionen, sowie Aktionen und Veranstaltungen, die Situation der Hetlinger Kinder und Jugendlichen zu verbessern.

Artikel 1
Rechtsstellung

Der Kinder- und Jugendbeirat ist politisch und konfessionell unabhängig.

Der Kinder- und Jugendbeirat hat in allen Ausschüssen, in Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche betreffen, Antrags- und Rederecht. Für die Teilnahme-, Rede- und Antragsrechte an bzw. in den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse finden die Gemeindeordnung, die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

Artikel 2
Aufgaben und Ziele

Aufgaben des Kinder- und Jugendbeirates sind insbesondere Beratung über grundsätzliche Fragen der Kinder- und Jugendarbeit und der kommunalen Kinder und Jugendlichen Politik in Hetlingen, Beratung über Anträge und Empfehlungen an die Gemeinde Hetlingen, die die Interessen und Wünsche der Kinder und Jugendlichen betreffen, Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche in Hetlingen zu sein und deren Interessen gegenüber der Gemeinde Hetlingen wahrzunehmen.

Der Kinder- und Jugendbeirat führt eine eigene Öffentlichkeitsarbeit durch.

Bei Planungen und Vorhaben der Gemeinde (Bebauungspläne etc.), die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, führt der Kinder- und Jugendbeirat in Kooperation mit den zuständigen gemeindlichen Gremien Projektbeteiligungen durch.

Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates sollen im Rahmen des geltenden Rechts nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten eigenverantwortlich handeln können, das gilt insbesondere für die Verwaltung des eigenen Budgets.

Artikel 3
Zusammensetzung

Der Kinder- und Jugendbeirat der Gemeinde Hetlingen besteht aus mindestens 5 und höchstens 11 gewählten Jugendlichen im Alter von 12 bis 21 Jahren, wobei die gewählten Mitglieder bis zum Ende der Wahlperiode des jeweiligen Beirates über das 21. Lebensjahr hinaus im Beirat tätig sein können. Die Altersbegrenzung gilt für den Zeitpunkt der Wahl. Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates müssen einen Wohnsitz in dem Gebiet der Gemeinde Hetlingen haben. Beim Nichterreichen der erforderlichen Mindestmitgliederzahl gilt der Beirat als nicht gewählt. Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates können nicht gleichzeitig Mitglieder der Gemeindevertretung, bürgerliches Mitglied der Ausschüsse der Gemeinde Hetlingen oder Mitglied eines anderen Kinder- und Jugendbeirates sein.

Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates werden in allgemeiner, freier, gleicher, geheimer und direkter Wahl gewählt. Wahlberechtigt sind alle Kinder und Jugendlichen im Alter von 8 bis 21 Jahren, sofern ein Wohnsitz in dem Gebiet der Gemeinde Hetlingen liegt und/oder der Grundschulstandort in Hetlingen besucht wird.

Die Legislaturperiode beträgt 2 Jahre. Die Tätigkeit des jeweiligen Kinder- und Jugendbeirates endet zum Zeitpunkt der Konstituierung des neu gewählten Beirates.

Artikel 4
Vorstand

Der Vorstand besteht aus 4 Mitgliedern.
Der Kinder- und Jugendbeirat wählt aus seiner Mitte:

a) eine Vorsitzende / einen Vorsitzenden
b) eine/n Stellvertreter/in
c) eine/n Kassenwart/in
d) eine/n Beisitzer/in

Der Vorstand leitet die Beschlüsse des Beirates möglichst umgehend an die Verwaltung oder die Gremien der Gemeinde Hetlingen weiter. Er unterrichtet den Beirat über die Stellungnahmen, die Beratungsergebnisse und Beschlüsse der Gemeinde Hetlingen, die seine Angelegenheiten betreffen.

Artikel 5
Sitzungen

Die Sitzungen des Kinder- und Jugendbeirates finden nach Bedarf statt, mindestens jedoch viermal im Jahr. Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich; die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechtigte Interessen einzelner es erfordern.

Der Kinder- und Jugendbeirat wird zu seiner ersten Sitzung durch die Bürgermeisterin, im Übrigen durch den / die Vorsitzende/n bzw. Stellvertreter/in einberufen. Die Öffentlichkeit ist im Vorfeld über die Sitzungen zu informieren. Dies erfolgt über das Bürgerinformationssystem des Amtes Geest und Marsch Südholstein. Außerdem ist es dem Kinder- und Jugendbeirat gestattet zusätzlich eigene Medien zur Bekanntmachung zu nutzen.

Der Kinder- und Jugendbeirat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit einer einfachen Mehrheit angenommen. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Über jede Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen, in der die Beschlüsse aufzuzeichnen sind. Die Niederschrift ist von der Sitzungsleitung sowie der/dem Protokollführer/in zu unterzeichnen und den Mitgliedern des Kinder- und Jugendbeirates vor der nächsten Sitzung zuzuleiten. Das Protokoll ist in dieser Sitzung vom Beirat zu genehmigen.

Artikel 6
Zuschuss

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erhält der Kinder- und Jugendbeirat im Haushalt Geschäftskosten im Rahmen der von der Gemeindevertretung der Gemeinde Hetlingen bereitgestellten Haushaltsmittel. Der Kinder- und Jugendbeirat darf aus seiner Arbeit keinen finanziellen Gewinn ziehen. Für die Sitzungen des Jugendbeirates erhalten die Mitglieder ein Sitzungsgeld in Höhe der für die gemeindlichen Gremien gültigen Sätze.

Artikel 7
Auflösung, Pflichten

Der Kinder- und Jugendbeirat kann auf Antrag mit der Zustimmung von zwei Dritteln seiner Mitglieder der Gemeindevertretung Satzungsänderungen sowie seine Auflösung und Neuwahlen empfehlen.

Ein Mitglied scheidet aus dem Kinder- und Jugendbeirat aus,

1. wenn es durch eine der Gemeinde gegenüber abzugebende schriftliche Erklärung auf die Mitgliedschaft verzichtet,
2. wenn es nicht mehr mit einem Wohnsitz in Hetlingen gemeldet ist.

Artikel 8
Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Amt Geest und Marsch Südholstein ist berechtigt, die zur Durchführung dieser Satzung erforderlichen personenbezogenen Daten der Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates gem. § 13 LDSG zu erheben. Zu den erforderlichen Daten gehören der Name, die Anschrift, das Geburtsdatum sowie die Bankverbindungen der Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates.

Artikel 9
Weitergehende Regelungen

Soweit diese Satzung keine spezielle Regelung enthält, gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Schleswig-Holstein und die für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Hetlingen geltenden Bestimmungen.

Artikel 10
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Hetlingen, den 22.06.2017

Gemeinde Hetlingen
Die Bürgermeisterin

Monika Riekhof